

Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Jahrbuch 2008

Eine Zusammenfassung von Beiträgen
aus der Arbeit der Gesellschaft 2008

Die Jahrbücher der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Band 4 Jahrbuch 2008

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber und Copyright 2009 Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg
Internet: www.clausewitz-gesellschaft.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenze des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bzw. der Autoren unzulässig.

Redaktionelle Bearbeitung und Lektorat: Werner Baach, Verantwortlicher für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Layout und Satz: Sebastian Reichold, Zentrum Operative Information

Umschlaggestaltung: Sebastian Reichold, Zentrum Operative Information

Gesamtherstellung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Umschlagabbildung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Bilder: Bundeswehr (Informations- und Medienzentrale, Standortkommando Berlin), Fett, Hentrich, NATO, picture alliance, EU, Vereinte Nationen

Druck: Kommando Strategische Aufklärung

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigen Papier (chlorfrei gebleicht).

ISBN: 978-3-9810794-3-2

Inhalt	Seite
Editorial	6
Gelöbnis von Rekruten der Bundeswehr am 20. Juli 2008 in Berlin Gelöbnisansprache von Helmut Schmidt, ehemaliger Kanzler der Bundesrepublik Deutschland	10
Berliner Colloquium 2008 der Clausewitz-Gesellschaft und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Vernetzt – wozu? Krisenvorbeugung, Krisenbewältigung und Krisennachsorge im 21. Jahrhundert	14
Vernetztes Handeln der Bundesregierung bei der Krisenbewältigung im multinationalen Umfeld Dr. Thomas de Maizière	14
Über die Komplexität vernetzter Sicherheit – Zusammenfassung des Berliner Colloquiums 2008 Werner Baach	24
42. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft Klimawandel – Energiesicherheit – Rohstoffe – Welternährung: Kardinalprobleme des 21. Jahrhunderts	34
Zusammenfassender Bericht über die Informationstagung Werner Baach	34
Klimapolitik als präventive Sicherheitspolitik Dr. Dirk Messner	45
Forum 2008 der Clausewitz-Gesellschaft Sicherheit der Heimat – das Zusammenwirken der Sicherheitsorgane für die Innere und Äußere Sicherheit	56
Zusammenfassung des Forums Wolfgang Fett Werner Baach	56

Rechtsstaatliche Freiheitssicherung – jenseits von verantwortungsloser Dramatisierung und Realitätsverweigerung Dr. Manfred Baldus	71
Carl von Clausewitz und aktuelle Herausforderungen für Sicherheitspolitik und Strategie	
Aktuelles vom Internationalen Clausewitz-Zentrum Die Aktualität des Carl von Clausewitz Dr. Lennart Souchon	84
Was kann Clausewitz Politikern und Soldaten heute geben? Hans-Hennig von Sandrart	91
Clausewitz im modernen Bedrohungsspektrum Dr. Wilhelm N. Germann	104
Carl von Clausewitz und internationale Konflikte – Peacekeeping der Vereinten Nationen Manfred Eisele	117
Internationale Akteure auf dem Balkan im Lichte von Clausewitz und Folgerungen für heutige Streitkräfte Chrisitan O.E. Millotat	126
Der „Westen“ und Russland Der Georgienkrieg und die Folgen im Lichte von Einsichten des Carl von Clausewitz Dr. Klaus Olshausen	142
Stabilisierungsoperationen und Kleiner Krieg Kai Rohrschneider	151
Clausewitz und die Effektivität militärischer ESVP-Operationen in Afrika Eva Strickmann	167
Betrachtungen über Carl von Clausewitz und sein Werk	
Die Unlogik des Gelingens im Sinne von Clausewitz Namil Al-Sabah	183

Der Strategiebegriff bei Clausewitz, Jomini und Erzherzog Karl Dr. Dirk Freudenberg	205
Clausewitz und die Welt der Madame de Staël Dr. Roland Beck	216
Verteidigungspolitik und Bundeswehr	
Die Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2003 vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Unwägbarkeiten in Europa Karl Feldmeyer	223
Zeitgemäße Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Inneren Führung. Bewährtes und zu Bewahrendes Robert Bergmann	231
Tradition in 50 Jahren Bundeswehr Werner von Scheven	248
Beiträge zu geopolitischen und geostrategischen Fragen	
Chinas rasanter Aufbruch in die Moderne – Licht und Schatten Reinhard Dietrich	265
Maritime Dimension der Aufrüstung und Entwicklung des Irans: Eine Bedrohung der Anrainerstaaten des Persischen Golfs und der weltweiten Energieversorgung oder nur Teil einer defensiven strategischen Ausrichtung des Irans? Christian Hillmer	290
Der besondere Beitrag	
Gedanken über Thüringen und das vereinte Deutschland Dr. Dagmar Schipanski	314
Schwerpunkte der Clausewitz-Gesellschaft für das Jahr 2009	327

EDITORIAL

Mit dem nunmehr vorliegenden Jahrbuch 2008 haben wir das „vierblättrige Kleeblatt“ unseres Projekts erreicht. Dieses als Wagnis begonnene Vorhaben, die Ergebnisse unserer drei zentralen Veranstaltungen zusammenzufassen und allen Mitgliedern und einer ausgewählten Öffentlichkeit mit einem Jahrbuch zugänglich

„Nie ist unser Schicksal so mit den Weltbegebenheiten verflochten gewesen wie in diesem Augenblick.“

(24. Oktober 1812)

Carl von Clausewitz

zu machen, ist ein wichtiges, ja unverzichtbares Element der Arbeit unserer Clausewitz-Gesellschaft im sicherheitspolitischen, strategischen und operativen Themenfeld geworden.

Neben dieser Zusammenfassung unserer großen Veranstaltungen bleibt unser Ziel, weitere spezielle oder allgemeine Arbeiten von Mitgliedern, gerade auch von jüngeren, aufzunehmen. Als besondere Maßnahme haben wir uns entschlossen, die Rede von Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt beim Gelöbnis junger Bundeswehrsoldaten vor dem Reichstag am 20. Juli 2008 als ersten Beitrag in unser Jahrbuch aufzunehmen. Er artikuliert das Spannungsfeld einer Treueverpflichtung des Einzelnen gegenüber seinem Staat. Dies wirkt umso nachdrücklicher als er sein eigenes Erleben im und mit dem Unrechtsstaat des Dritten Reiches der demokratischen Wirklichkeit heute gegenüberstellt und gipfelt in dem Schlusswort: „Ihr müsst wissen: Euer Dienst kann auch Risiken und Gefahren umfassen. Aber Ihr könnt Euch darauf verlassen: Dieser Staat wird Euch nicht missbrauchen. Denn die Würde und das Recht des einzelnen Menschen sind das oberste Gebot – nicht nur für die Regierenden, sondern für uns alle“.

Die Einsichten von Carl von Clausewitz werden in mehreren Beiträgen aus unterschiedlichen Blickwinkeln, in ganz verschiedenen geographischen und geopolitischen Räumen und pragmatischen und akademischen Zielrichtungen genutzt. Als Beispiele erwähne ich die Arbeiten

- von Eva Strickmann, „Clausewitz und die Effektivität militärischer ESVP-Operationen in Afrika“. Ihre Untersuchungen zu Kriegen in Afrika sind in erweiterter Form gerade als Buch erschienen;
- von Nabil Al-Sabah, der in seiner Arbeit zur „Unlogik des Gelingens“ die Erkenntnisse von Carl von Clausewitz heranzieht, um einerseits Grenzen von Intelligenztests aufzuzeigen und andererseits Hinweise zu geben für komplexe Entscheidungsfindungsprozesse in dynamischen komplexen Situationen oder

- von Hans-Henning von Sandrart, „Was kann Clausewitz Politikern und Soldaten heute geben?“, der mit seiner soldatischen und politischen Erfahrung und Beurteilung im nationalen wie im Bündnisrahmen wichtige Elemente Clausewitzschen Denkens als sinnvolle Maxime für heute handelnde Persönlichkeiten erläutert sowie
- von Christian Hillmer, „Die Maritime Dimension der Aufrüstung des Iran“, seine Lehrgangsarbeit als Absolvent des LGAN 2006, die mit der Clausewitzmedaille ausgezeichnet worden ist.

Alle drei zentralen Veranstaltungen befassten sich mit wichtigen Teilbereichen der immer komplexer und komplizierter werdenden weltweiten sicherheitspolitischen Herausforderungen.

Im Berliner Colloquium konzentrierten wir uns auf das notwendige Zusammenwirken vieler nationaler, internationaler und multinationaler Akteure in den laufenden und absehbaren Krisenreaktions- und Friedenseinsätzen. Während niemand dieses Erfordernis in Frage stellte, wurde doch sehr deutlich, wie unterschiedlich international EU und NATO – trotz weitgehend gleicher Mitgliedschaften – oder national die verschiedenen Ressorts ein und derselben Regierung an die Beurteilung von Krisenlagen herangehen und welche Schwerpunkte sie nach ihren jeweiligen Zielsetzungen betonen. Zwar besteht auf der deklaratorischen Ebene schon eine gemeinsame Wortwahl der „vernetzten Sicherheit“ bzw. – im Sprachgebrauch der Allianz – des „Comprehensive Approach“, aber dies ist noch keineswegs substantiell getragen von einer gemeinsamen strategischen Zielsetzung über unterschiedliche Aufgabenpakete (zivil und militärisch) bis zum engen, gut abgestimmten Zusammenwirken im Einsatzgebiet.

Die 42. sicherheitspolitische Informationstagung in Hamburg suchte die Konfliktpotenziale aufzuhellen, die mit steigendem Bedarf an natürlichen Ressourcen für die Entwicklung und den Fortbestand der Völker dieser Erde verbunden sein können. An vier Bereichen: Klimawandel, Energiesicherheit, Rohstoffe und Welternährung wurden die Herausforderungen für die Lebensgrundlagen großer Teile der Menschheit erörtert, die zu Gefahren, ja Bedrohungen werden können. Dass richtig verstandene Klimapolitik auch präventive Sicherheitspolitik ist, war eine Aussage, die im Mittelpunkt der Ausführungen von Dr. Messner stand. Der lückenhafte Interessenverbund für Energiesicherheit und die Ausnutzung der ungleichen Verteilung von Öl- und Gasvorkommen als Instrument von Macht-, ja Pressionspolitik waren wichtige Diskussionspunkte bei der Frage, wie die Mitgliedstaaten der EU und der Allianz wirksamer einen internationalen

Verbund für Energiesicherheit gestalten können. Aber die Konkurrenz um begrenzte Ressourcen umfasst auch die mineralischen Rohstoffe. Ihre sichere Verfügbarkeit bleibt eine entscheidende Basis für die wirtschaftliche Entwicklung Europas im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen. Um die Ernährung der Weltbevölkerung allen Klimaentwicklungen zum Trotz sicherzustellen, bedürfe es vielfältiger Maßnahmen, so Dr. Kern. Ständige Innovation, umweltfreundliche Technologien, gentechnisch optimierte Nutzpflanzen und ein Ende der „strategisch völlig falschen“ Stilllegung landwirtschaftlicher Nutzflächen waren einige Schlüsselemente in seinem Vortrag. Am Ende der Tagung war allen Teilnehmern klar, dass die sicherheitspolitischen Erörterungen, geschweige denn Antworten auf diese Herausforderungen erst in Ansätzen zu erkennen sind. Hier kann auch die Clausewitz-Gesellschaft zusätzliche Anregungen fördern.

Das Forum 2008 in Erfurt stellte die Sicherheit der Heimat in den Mittelpunkt. Es wurde überdeutlich, dass die Herausforderungen in diesem Bereich nicht auf die Abwehr des transnationalen Terrorismus eingengt werden dürfen, wenngleich dieser auch für Deutschland eine reale Gefahr darstellt. Da viele Risiken und Gefahren heute nicht mehr lokal oder regional, nicht mehr mit „innen“ und „außen“ zu fassen sind, wird es sehr darauf ankommen, alle verfügbaren Mittel des Staates (Bund, Länder, Gemeinden), ohne künstliche oder überkommene Begrenzungen, aber auch internationale Einrichtungen zu nutzen. So sollen einerseits erfolgreiche Gefahrenabwehr erreicht und andererseits im Fall von Naturkatastrophen oder von Menschen willentlich erzeugt oder unwillentlich verschuldeter Desaster die Folgen wirksam beherrscht werden.

Dass überkommene gesetzliche Regelungen und föderale Strukturen weiterer Anpassungen bedürfen, um eine gemeinsame Analyse der Risiken, ein gemeinsames aktuelles Lagebild und einen effizienten Entscheidungsprozess voranzubringen, war ein Fazit aus den beiden Paneldiskussionen und dem Vortrag von Senator a.D. Nagel. Im abschließenden Vortrag von Prof. Dr. Baldus war es augenöffnend, dem angeblichen Gegensatz von Freiheit und Sicherheit die Vorstellung gegenüberzustellen, dass die „Freiheit vom Staate“ nur die eine Seite der Medaille ist und der Bürger eben auch seine „Freiheit durch den Staat“ einfordert. Dies verlangt eine möglichst erfolgreiche Gefahrenabwehr vielfältiger Risiken und Bedrohungen.

Die Tischrede unseres Ehrengastes beim festlichen Abendessen, der Präsidentin des Thüringischen Landtags, Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski, war eine Bereicherung unseres Forums. Ihre selbstbewussten Worte zu historischen und gegen-

wärtigen Leistungen Thüringens, ihre Freude über die Erfolge der Deutschen Einheit und ihre nachdenklichen Aussagen zur Befindlichkeit der Menschen im Osten und im Westen unseres Vaterlandes beeindruckten alle Teilnehmer. Wir sind deshalb froh, dass Dr. Schipanski uns ermöglicht hat, ihre Rede als "besonderen Beitrag" in das Jahrbuch aufzunehmen.

Schließen möchte ich mit meinem persönlichen und sehr herzlichen Dank an Herrn Oberst a.D. Werner Baach. Erneut hat er mit großem persönlichem Einsatz diesem vierten Jahrbuch Gestalt und Gesicht gegeben. Ohne ihn als Kopf und Motor wäre dieses Jahrbuch nicht möglich geworden. Mein Dank und der Dank der Clausewitz-Gesellschaft gilt allen Autoren für ihre fundierten und interessanten Beiträge, die sie uns kostenlos zur Verfügung gestellt haben.

Das Zentrum Operative Information und das Kommando Strategische Aufklärung haben maßgeblichen Anteil daran, dass wir das Jahrbuch 2008 im I. Quartal 2009 und im Rahmen unseres Budgets fertig stellen konnten. Ich danke den Kommandeuren, Oberst Dietger Lather und Brigadegeneral Friedrich-Wilhelm Kriesel und ihren Mitarbeitern sehr herzlich für ihren engagierten Einsatz in einer Zeit, in der beide Dienststellen selbst vielfältige Aufgaben zu gestalten und Veränderungen zu organisieren hatten.

Dr. Klaus Olshausen
Präsident der Clausewitz-Gesellschaft

Gelöbnis von Rekruten der Bundeswehr am 20. Juli 2008 in Berlin

Gelöbnisansprache von Helmut Schmidt, ehemaliger Kanzler der Bundesrepublik Deutschland

Lassen Sie mich zunächst Ihnen, Herr Bundesminister, für die Einladung danken, in der heutigen Feier das Wort zu ergreifen. Ich tue das mit innerer Bewegung. Denn heute vor über 70 Jahren bin ich selbst Rekrut gewesen. Und es liegt auch schon fast vier Jahrzehnte zurück, dass ich als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt zu unseren Soldaten sprechen durfte.

Heute will ich mich besonders an die Rekruten wenden und will versuchen, ihnen ein kleines Stück meiner eigenen geschichtlichen Erfahrungen vorzutragen.

1937 bin ich als Wehrpflichtiger eingezogen worden. Damals habe ich die nationalsozialistische Führung Deutschlands für verrückt gehalten und habe sie als ein Übel betrachtet. Aber dass sie aus Verbrechern bestand, das habe ich noch während des Hitler'schen Weltkrieges nicht begriffen. Erstmals als ich im Herbst 1944 als Zuhörer zum so genannten Volksgerichtshof abkommandiert war und dort einen Tag des unmenschlichen Schauprozesses gegen die Widerstandskämpfer des 20. Juli miterleben musste, erst da habe ich angefangen, den verbrecherischen Charakter des „Dritten Reiches“ zu begreifen. Jedoch habe ich danach gleichwohl als kämpfender Soldat weiterhin meine Befehle und Pflichten befolgt – so wie Millionen anderer Soldaten auch. Damals, in den letzten sieben oder acht Monaten des Krieges, sind zivile Bürger und Soldaten in größerer Zahl um ihr Leben gebracht worden als vorher während der ganzen ersten sechs Jahre des Krieges. Diese ungeheuren Opfer aus fast allen europäischen Völkern waren absolut sinnlos, denn unser schließlicher Zusammenbruch war längst erkennbar.



Auch wenn das Attentat auf Hitler geglückt wäre – das katastrophale Ende war gleichwohl gewiss. Trotzdem haben wir weiter gekämpft. Und die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Rüstung haben weiter gearbeitet. Denn in den Schulen, in den Kirchen und in den Fabriken waren wir zum Gehorsam gegenüber Obrigkeit und Staat erzogen und gedrillt worden. Vor allem aber hatte jedermann Angst vor der Gestapo und vor dem Kriegsgesicht.

Schon seit 1941, seit unserem Überfall auf die Sowjetunion, ist mir klar gewesen, damals zwanzig Jahre alt, dass Deutschland den Krieg verlieren würde. Er würde in einer Katastrophe enden. Gleichwohl blieb ich patriotisch gesonnen und glaubte: Wenn mein Land im Krieg ist, dann muss ich als Soldat meine Pflicht erfüllen. Das hatte ja mein Vater 1914 genauso getan.

Die meistern der Frauen und Männer vom 20. Juli 1944 waren weitgehend ähnlich erzogen worden. Was sie aber vor vielen Deutschen auszeichnete, das war ihre Überzeugung, dass es gleichwohl ihre moralische Pflicht war, wenigstens einen letzten Versuch zum Staatsstreich zu unternehmen. Manche von ihnen haben gehnt oder gewusst, dass selbst ein geglückter Staatsstreich die Katastrophe nicht mehr abwenden konnte. Tresckow hat es gewusst – und hat gesagt: „Ja, trotzdem!“ Ähnlich Stauffenberg, der Julius Leber zum Reichskanzler machen wollte. Leber aber wusste auch: In jedem Fall wird die bedingungslose Kapitulation Deutschlands unausweichlich. Tatsächlich hat später die Kapitulation das Schicksal unseres Volkes in die Hände der siegreichen Feinde gelegt.

Wenn heute drei Bundesverteidigungsminister nacheinander die Verbindung des Gedenkens an den 20. Juli 1944 mit dem feierlichen Gelöbnis von heutigen Rekruten als eine Tradition geschaffen haben; wenn inzwischen neben deutschen Politikern auch hervorragende Repräsentanten der Polen und der Franzosen, der Engländer und der Amerikaner, der Norweger und der Holländer sich als Redner an dieser Tradition beteiligt haben, so haben sie damit die heroische moralische Leistung des aktiven Widerstands gegen Hitler ehren wollen. Zugleich haben sie die von ihren Nationen ausgehende Versöhnung mit uns Deutschen bestätigt. Vor allem haben sie ihr Vertrauen in Deutschland ausgedrückt – und ihr Vertrauen in unsere beständige Einbindung in die europäische Gemeinschaft.

In der Tat: Die heutige Bundesrepublik Deutschland ist ein ganz anderer Staat geworden. Ganz anders als zu Zeiten Wilhelms II., anders als zu Zeiten Weimars – unvergleichlich besser und zuverlässiger als Hitlers Unrechtsstaat. Heute muss keiner von uns sein eigenes Leben aufs Spiel setzen, um eine Unrechtsregierung zu stürzen. Heute muss kein Deutscher sich in der eigenen Seele mit seinem gespaltenen Bewusstsein quälen, des Nachts Hitler zum Teufel zu wünschen, aber

Heute muss kein Deutscher sich in der eigenen Seele mit seinem gespaltenen Bewusstsein quälen, des Nachts Hitler zum Teufel zu wünschen, aber am nächsten Tag abermals seine Befehle zu befolgen. Heute leben wir alle unter einer besseren inneren Verfassung und in einer friedlicheren äußeren Verfassung als jemals die früheren Generationen.

am nächsten Tag abermals seine Befehle zu befolgen. Heute leben wir alle unter einer besseren inneren Verfassung und in einer friedlicheren äußeren Verfassung als jemals die früheren Generationen. Das ist eine gewaltige Leistung der letzten 60 Jahre. Wir haben diese Leistung allerdings nicht allein und nicht nur aus eigener Kraft zustande gebracht. Sondern wir verdanken sie unserer Einbettung in die europäische Gemeinschaft und in das atlantische Bündnis. Wir verdanken sie unseren Nachbarn. Wir verdanken sie allen Europäern, die gegen Diktatur und Unrecht und gegen die Teilung Europas aufgebeht haben.

Zugleich aber legt uns das Vertrauen, das unsere Nachbarn und das die einstmaligen Sieger in uns setzen, dies Vertrauen legt uns eine schwere Bürde auf. Denn wir allesamt sind belastet mit der Verantwortung dafür, dass sich die Schrecken

der deutschen Vergangenheit nicht wiederholen dürfen. Das ist eine sehr schwere Verantwortung.

*Liebe junge Soldaten...
Dieser Staat wird Euch nicht missbrauchen. Denn die Würde und das Recht des einzelnen Menschen sind das oberste Gebot – nicht nur für die Regierenden, sondern für uns alle.*

Zwar glauben viele, unser heutiger Friede sei doch selbstverständlich. Aber seit Jahrhunderten haben wir Deutsche uns keineswegs als

eine sonderlich friedfertige Nation erwiesen. Richard von Weizsäcker, als Bundespräsident am vierzigsten Jahrestag der Kapitulation sprechend, hat sehr nüchtern festgestellt: „Es gibt keine endgültig errungene moralische Vollkommenheit – für niemanden und für kein Land! ... Wir bleiben als Menschen gefährdet.“ Und diese beiden Sätze sind leider die reine Wahrheit. Es ist leider wahr, dass wir Menschen verführbar sind. Auch wir Deutschen bleiben verführbar.

Weil wir einer denkbaren politischen Verführung widerstehen wollen, deshalb ist es notwendig, sowohl moralisch aus unserer Geschichte zu lernen als auch politisch daraus zu lernen. Der politische Anfangsfehler wurde im Frühjahr 1930 gemacht. Denn drei Jahre bevor Hitler an die Macht kam, ist – über eine nebensächliche Streitfrage – die Weimarer Koalition zerfallen, welche bis dahin die Reichsregierung getragen hatte. Die demokratischen Parteien räumten freiwillig das Feld. Sie machten freiwillig Platz für eine Notverordnungs-Diktatur. So ist 1933 Hitler zur Macht gekommen, die er sogleich schändlich missbraucht hat.

Die Weimarer große Koalition hat nicht nur sich selbst aufgegeben, sie hat vor allem die parlamentarische Demokratie preisgegeben. Aus dieser historischen Tatsache haben wir für heute und morgen zu lernen.

Tatsächlich sind seit 1949 alle acht Bundeskanzler und ihre politischen Parteien und Fraktionen mit der parlamentarischen Demokratie sehr viel klüger umgegangen. Sie haben auch in kluger Weise dazu beigetragen, uns den äußeren Frieden zu erhalten. So haben wir unserem Grundgesetz und dem Völkerrecht gehorcht, als wir uns dem Krieg im Irak verweigert haben.

Dagegen wenn wir heutzutage an militärischen Eingriffen in Afghanistan uns beteiligen, dann geschieht es in Übereinstimmung mit unserem Grundgesetz, in Übereinstimmung mit dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – und gemeinsam mit unseren Verbündeten. Man kann über solche Einsätze streiten. Jedoch jeder Soldat und jeder Rekrut darf sich darauf verlassen. Auch künftig werden Bundestag und Bundesregierung unsere Streitkräfte nur im Gehorsam gegen das Grundgesetz und nur im Gehorsam gegen das Völkerrecht einsetzen.

Liebe junge Soldaten! Ihr habt das große Glück – ganz anders als ich als Rekrut des Jahres 1937! –, Ihr habt das Glück, einer heute friedfertigen Nation und ihrem heute rechtlich geordneten Staat zu dienen. Ihr müsst wissen: Eurer Dienst kann auch Risiken und Gefahren umfassen. Aber Ihr könnt Euch darauf verlassen: Dieser Staat wird Euch nicht missbrauchen. Denn die Würde und das Recht des einzelnen Menschen sind das oberste Gebot – nicht nur für die Regierenden, sondern für uns alle.



Berliner Colloquium 2008 der Clausewitz-Gesellschaft und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Vernetzt – wozu? Krisenvorbeugung, Krisenbewältigung und Krisennach- sorge im 21. Jahrhundert

Deutschland beteiligt sich seit über fünfzehn Jahren mit militärischen Mitteln in unterschiedlichster Weise am internationalen Krisenmanagement auf mehreren Kontinenten. Viele dieser Einsätze sind durch die komplexe Lage vor Ort und das Zusammenspiel unterschiedlicher nationaler und multinationaler Organisationen gekennzeichnet. Das Weißbuch der Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang den Begriff „vernetzte Sicherheit“ geprägt. Das Berliner Colloquium 2008, die gemeinsame Veranstaltung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, war dieser Thematik gewidmet. Das Colloquium untersuchte die Bedeutung des Begriffs der „vernetzten Sicherheit“ aus verschiedenen Blickwinkeln und auf unterschiedlichen Ebenen: in der politischen Theorie wie in der Praxis der Kriseneinsätze. Zu der erneut hochrangig besetzten Tagung vom 8. bis 10. April 2008 in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin hießen die Präsidenten der beiden Organisationen, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen und Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, über 300 Mitglieder und Gäste aus Politik, Diplomatie, Militär und Gesellschaft willkommen.

Dem **Bundeskanzleramt** kommt in der nationalen „Vernetzung“ des komplexen Krisenmanagements mit Blick auf die nationalen wie multi- und internationalen Wirkungszusammenhänge entscheidende Bedeutung zu. Dem Vortrag des Chefs des Bundeskanzleramts, Bundesminister Dr. Thomas de Maizière zum Thema „Vernetztes Handeln der Bundesregierung bei der Krisenbewältigung im multinationalen Umfeld“, galt aus diesem Grund das besondere Interesse des Colloquiums. Nachfolgend stellen wir den Vortrag den Lesern des Jahrbuchs 2008 im Wortlaut vor.

Vernetztes Handeln der Bundesregierung bei der Krisenbewältigung im multinationalen Umfeld

Dr. Thomas de Maizière

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, herzlichen Dank für die Einladung. Es war für mich, ich darf das mal so sagen, auch eine familiäre Ehrensache, hier zuzusagen. Ich kann mir vorstellen, welche freundlichen und

konstruktiv-kritischen Zuhörer hier versammelt sind. Ich beginne mit einigen Bemerkungen, und dann stehe ich gerne für eine Diskussion zur Verfügung, wie es wohl auch der Tradition Ihrer Tagungen entspricht.

Carl von Clausewitz hat mit seinem grundlegenden Verständnis von Politik und dem Einsatz militärischer Macht moderner Sicherheitspolitik ein bleibendes Fundament gegeben. Wem sage ich das hier? Sein Gedankengut gehört zum Selbstverständnis der Bundeswehr als Streitkräfte in der Demokratie und seiner Soldatinnen und Soldaten als Staatsbürger in Uniform. Das Vermächtnis von Clausewitz' ist inzwischen Bestandteil der Tradition der Bundeswehr und Herr Präsident, wenn ich das hinzufügen darf, die Clausewitz-Gesellschaft selbst gehört mittlerweile sicher zum guten und mit zum besten Bestandteil der Tradition der Bundeswehr.

Sich mit Clausewitz zu beschäftigen bedeutet immer zugleich auch, sich mit den Grundlagen der Sicherheitspolitik auseinander zu setzen, auch unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Politik ist im Verständnis Clausewitz' bereits als gesamtstaatliche Interessenvertretung gemeint und keineswegs reduziert auf eine rein militärische Sicherheitsvorsorge. Mit der vernetzten Sicherheit, Sie haben das Thema etwas anders genannt, stellt die Clausewitz-Gesellschaft deshalb mit Fug und Recht ein Thema von hoher sicherheitspolitischer Aktualität in den Mittelpunkt ihres Berliner Colloquiums.



Minister de Maizière in der Diskussion

Sicherheitspolitik verfolgt heute einen umfassenden, Ressort übergreifenden, national und multinational vernetzten Ansatz. Sie haben es wahrscheinlich von allen Rednern bisher in unterschiedlichen Varianten gehört. Die Forderung von vernetzter Sicherheit ist auch eine Kernbotschaft des Weißbuchs der Bundesregierung. Vernetzte Sicherheit beherrscht mittlerweile die Diskussion über unser Engagement in Afghanistan und in anderen Konfliktregionen.

Die Diskussion wird getragen von der Überzeugung, dass Krisenvorsorge und erfolgreiches Krisenmanagement nur durch Ressort übergreifendes Handeln möglich ist, national wie auch international. Sicherheit hat heute neben der militärischen Dimension, ich weiß nicht, ob es eine abschließende Aufzählung

ist, fünf zusätzliche Dimensionen. Das ist vielleicht nicht besonders neu, aber jedenfalls neu erkennbar.

1. Sicherheit hat eine wirtschaftspolitische Dimension.
2. Sicherheit hat eine entwicklungspolitische Dimension.
3. Sicherheit hat eine soziale Dimension.
4. Entweder neu oder ganz alt: Sicherheit hat eine kulturelle Dimension im Dialog zwischen den Kulturen. Wenn heute in irgendeiner Zeitung der Welt im Feuilleton eine Karikatur erscheint, dann kann das zu massenhaften Protesten bis hin zu Unruhen anderswo in der Welt führen.
5. Sie hat eine ökologische Dimension: Klima, Wasser, Umweltverschmutzung.

Das verdeutlicht, Sicherheit lässt sich weder exklusiv politisch, militärisch noch regional definieren. Im Gegenteil, wir stehen vor globalen Herausforderungen und Risiken.

Die Bundesregierung hat diese Risiken im Weißbuch 2006 beschrieben. Ich möchte sie ganz kurz in Erinnerung rufen. Wir haben uns auseinanderzusetzen mit dem internationalen grenzüberschreitenden Terrorismus, mit der Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und den Folgen regionaler Konflikte. Wir stehen dem Phänomen von „failed States“ gegenüber, in denen die staatliche Ordnung zerfallen ist und durch die Herrschaft von Warlords oder Strukturen organisierter Kriminalität ersetzt wurde, und zwar entweder für ganze Staaten oder aber, nicht weniger gefährlich, für wesentliche Teile von Staaten.

Sicherheit lässt sich weder exklusiv politisch, militärisch noch regional definieren. Im Gegenteil, wir stehen vor globalen Herausforderungen und Risiken.

Auch da habe ich mir oft die Frage gestellt, ob das eine neue oder eine alte Entwicklung ist.

Für die Neuzeit vielleicht eine neue Entwicklung. Historisch ist das eigentlich eher der Normalzustand oder jedenfalls ein länger anhaltender Zustand gewesen. Im Grunde ist erst mit der Gründung der Nationalstaaten, wie immer sie auch innerlich verfasst waren, diese Form von nicht vorhandener Staatlichkeit domestiziert worden, mit dem Gewaltmonopol des Staates, jedenfalls im Innern.

Ich sage das nur, weil vieles als neu ausgerufen wird. Wenn man aber genau überlegt, ist es gar nicht so furchtbar neu. Das Bewusstsein davon vielleicht, und die Gleichzeitigkeit vielleicht, aber jedenfalls das Phänomen von „failed States“ ist für uns eine neue Erfahrung, aber sie ist historisch sicher bekannt.

Als rohstoffarmes und exportorientiertes Land müssen wir Vorsorge treffen für die Sicherheit unserer Transport- und Kommunikationswege sowie für den sicheren Zugang zu Energie- und Rohstoffressourcen. Auch die Arbeitsteilung, dass wir diese Rohstoffe gerne haben und andere für die Sicherheit sorgen, wird auf Dauer nicht so bleiben. Wir müssen uns auch mit den möglichen Auswirkungen von Migration oder von Epidemien beschäftigen. Diese Risiken betreffen praktisch alle Politikfelder, und sie lassen sich aufgrund ihrer Natur mit nationalstaatlichen Lösungen nicht allein bewältigen.

Ich will gerne auch hinzufügen: Vielleicht verwenden wir in dem Zusammenhang auch ein bisschen zu voreilig den Begriff des Lösens. Wir haben uns angewöhnt, die Politiker allemal, vielleicht auch Soldaten, dass man einen Auftrag zu erfüllen und ein Problem zu lösen hat.

Ich vermute, ein Blick in die letzten zweitausend Jahre Geschichte zeigt, dass vieles von dem, was ich hier beschreibe, nie ganz zu lösen sein wird. Und das Management von Erwartungen ist möglicherweise ein zentrales Problem, das mit diesem Thema zu tun hat. Vielleicht geht es also nicht um Lösen, sondern um Bändigen, oder, um einen Begriff aus einem anderen Zeitalter zu nehmen, kann man ja fast sagen, um Eindämmen. Und das wäre vielleicht schon viel.

Die Antwort der Bundesregierung auf diese vielfältigen Herausforderungen ist daher eine Politik, die von einem ganzheitlichen und multinational eingebundenen Verständnis von Sicherheit ausgeht. Wie sollte es anders sein? Unsere Sicherheitspolitik ist Werte gebunden auf der Basis der Werte des Grundgesetzes, aber auch Interessen geleitet, nämlich den nationalen Interessen unseres Staates und den internationalen Interessen unserer Bündnisse, denen wir angehören. Nicht immer sind Werte und Interessen deckungsgleich. Und wir erliegen oft der Versuchung, dass die einen nur die Werte betonen und die anderen nur die Interessen. Und in Wahrheit ist es immer ein Abwägungsprozess. Beides muss immer zugleich in den Blick genommen und abgewogen werden, sonst laufen wir in die Irre. Unsere Sicherheitspolitik ist sowohl auf präventives wie auf nachhaltiges Handeln angelegt, um Krisen möglichst frühzeitig entschärfen und Konflikte dauerhaft bewältigen zu können, und sie folgt einem vernetzten Ansatz, in dem möglichst alle staatlichen Handlungsmöglichkeiten Ressort übergreifend aufeinander abgestimmt und auf ein gemeinsames Ziel hin ausgerichtet sind.

National unterscheiden wir dabei zwischen der Vernetzung auf horizontaler Ebene, zwischen den Bundesressorts, darüber ist offenbar auch schon viel geredet

worden, aber auch vertikal, d.h. zwischen Kommunen, Bund und Ländern. Wie sieht es nun konkret aus für die Arbeit der Bundesregierung?

Das vernetzte Handeln der Bundesregierung stellt ein durchgängiges Prinzip in der Arbeit der Bundesressorts dar; ich füge zart hinzu, oder sollte es wenigstens: Das konkrete Handeln hängt dabei vom Charakter der jeweiligen Krise und der Art der Herausforderung ab, die sich in einer Konfliktregion stellen.

Lassen Sie mich dies am Beispiel unseres Afghanistan-Engagements aufzeigen, auch davon war wahrscheinlich schon die Rede oder wird noch davon die Rede sein. Der Wiederaufbau dieses Landes und die Gewährleistung eines sicheren Umfeldes ist eine hoch komplexe Aufgabe. In der Bewältigung dieser Herausforderung hat sich daher inzwischen eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Verteidigungsministerium, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Bundesministerium des Innern (BMI) entwickelt. Ressortbesprechungen auf Arbeitsebene werden mittlerweile in Form wöchentlicher Konferenzen und Besprechungen durchgeführt. Zur Vorbereitung von Leitungsentscheidungen finden regelmäßig Gespräche auf der Ebene der Staatssekretäre statt. Ich füge hinzu, interessanterweise ging in diesem Fall die Initiative zu diesen Runden vom Staatssekretär des Verteidigungsministeriums aus.

Als Grundlage für das gemeinsame Handeln haben diese Ressorts das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung entwickelt. Vor Ort wird der ressortgemeinsame Ansatz durch das Konzept der „Provincial Reconstruction Teams“ – kurz: PRT – in Kunduz und Feyzabad umgesetzt. Sie werden jeweils durch einen zivilen Leiter aus dem Auswärtigen Amt und einem militärischen Kommandeur geführt. Dabei wirken auch Mitarbeiter aus dem Innenministerium und dem Entwicklungshilfe-Ressort mit.

Gerade in der Arbeit der PRT hat sich gezeigt, wie erfolgreich die Zusammenarbeit der staatlichen Entwicklungshilfe mit der Bundeswehr sein kann. Das oft behauptete Konkurrenzverhältnis zwischen zivilem und militärischem Engagement wird dort abgebaut. Sicher ist einiges verbesserungsfähig. Aber was ich so höre, ist das, verglichen mit dem, was manche unserer Partner und Freunde dort machen, schon ein großer Fortschritt.

Die Bundeswehr liefert zum Beispiel Informationen über die Lage der Bevölkerung und gibt damit den Vertretern des BMZ wertvolle Grundlagen für die

Schwerpunktsetzung ihrer eigenen Arbeit. Das Beispiel Afghanistan zeigt aber auch, wie wichtig die vertikale Vernetzung ist. Das habe ich eben angedeutet. Auch die Länder verfügen über Personalressourcen und über Expertisen, auf die der Bund bei der Bewältigung internationaler Krisen dringend angewiesen ist. Ich denke hier insbesondere an Polizeikräfte. Ohne Unterstützung der Länder ist unser Staat nicht in der Lage, angemessene Polizeikontingente für internationale Stabilisierungsmissionen zu stellen.

Wie notwendig das aber ist, zeigt sich gerade beim Aufbau von EUPOL in Afghanistan und bei EULEX im Kosovo. Ich stelle dabei fest, dass die Bereitschaft der Bundesländer zur Abstellung von Personal für internationale Einsätze unterschiedlich ausgeprägt ist.

Angesichts der zunehmenden Verflechtung von äußerer und innerer Sicherheit sehe ich die Länder verstärkt in der Pflicht, sich hier zu engagieren. Ich bin daher der Auffassung, dass wir nicht nur darüber nachdenken müssen, was wir da tun, inwieweit die Bundeswehr die Länder bei der inneren Gefahrenabwehr unterstützen kann, wenn deren Mittel nicht ausreichen. Wir diskutieren ja darüber sehr intensiv in der Bundesrepublik Deutschland. Genauso wichtig wäre eine Diskussion darüber, welche Beiträge die Länder bei der Krisenbewältigung des Bundes im multinationalen Umfeld leisten sollen.

Als ich als sächsischer Innenminister in einer Kaserne in Sachsen eine Einheit besucht habe, die sich auf einen internationalen Einsatz vorbereitete, da wurde dort der Umgang mit Demonstranten geübt. Dann habe ich gefragt: „Haben Sie schon mal jemals mit irgendeinem Polizisten geredet?“ Antwort: „Nein“.

Dann habe ich gefragt: „Können Sie sich vielleicht vorstellen, dass die Erfahrungen im Umgang mit Demonstranten bei jedenfalls geeigneten Kräften der Polizei mindestens gleich gut ist wie die Erfahrung von Ihren Ausbildern?“ Da war die Antwort: „wahrscheinlich ja“. Dann habe ich versucht, da jedenfalls mal einen Kontakt herzustellen. Hier scheinen mir Ressourcen brach zu liegen, die gehoben werden könnten.

Ich glaube, wenn man sagt, es ist nicht nur Aufgabe der Soldaten, Brunnen zu bohren, das ist nicht Kerngeschäft der Soldaten, dann ist es auch nicht Kerngeschäft der Bundeswehr, Polizeiaufgaben zu übernehmen, soweit es nicht Feldjäger-Aufgaben sind. Deswegen glaube ich, ist dort ein stärkeres Engagement der Länder, was nicht so einfach ist aus vielerlei Gründen, sicher geboten.

In diesem Zusammenhang will ich gerne im Sinne eines Exkurses kurz die Bedeutung und die Arbeit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik sehr hoch einschätzen und würdigen. Der sechsmonatige Lehrgang für Führungskräfte trägt dazu bei, Führungspersonal aus den unterschiedlichsten Bereichen des Staates, auch der Länder, der Wirtschaft, des öffentlichen Lebens zusammen-

Wenn es um die Vernetzung internationaler Akteure im Krisenmanagement geht, messen wir der Zusammenarbeit von NATO und EU eine zentrale Bedeutung zu.

zuführen. Damit stellt die BAKS mit ihrem neuen Präsidenten, aber auch mit ihrem vorherigen Präsidenten, ein gutes Forum dar, um den vernetzten Ansatz von Sicherheitspolitik nachhaltig zu verankern und persönliche Netzwerke zu knüpfen. Und schließlich trägt auch die Arbeit des Bundessicherheitsrates dazu bei, Sie haben es schon erwähnt, das erweiterte Verständnis von Sicherheit in der Bundesregierung zu vertiefen. Neben politischen Einzelentscheidungen zu Rüstungsexporten wird dort seit einiger Zeit auf meine Anregung hin auch jeweils ein strategisches Thema behandelt und Ressort übergreifend diskutiert.

Meine Damen und Herren, die Erkenntnis, dass Krisen nur durch einen vernetzten sicherheitspolitischen Ansatz bewältigt werden können, ist mittlerweile auch im internationalen Rahmen anerkannt. Die Stabilisierungseinsätze, die in den letzten 18 Jahren unter dem Dach der VN, der NATO und der EU durchgeführt wurden, haben eines deutlich aufgezeigt: Manchmal ist es notwendig, Streitkräfte recht frühzeitig zu entsenden, um etwa einen Waffenstillstand zu ermöglichen, ethnische Säuberungen zu beenden oder eine Wahl abzusichern. Das würde man sicherlich nicht im Lehrbuch über den Einsatz von Streitkräften im ersten Kapitel finden.

Das allein reicht jedoch nicht aus. Die Hauptarbeit eines nachhaltigen Krisenmanagements fängt oft dann erst an. Oft ist es in einer Krisenregion erforderlich, fehlende staatliche Ordnung wieder herzustellen. Dazu gehören besonders der Aufbau eines funktionierenden Sicherheitsapparates, Polizei und Armee, aber auch eine effiziente Justiz. Auch das scheint mir ein Punkt zu sein, der vernachlässigt worden ist. Was nützt eine gute Polizei bei der Drogenbekämpfung, wenn es keine funktionierende Justiz gibt.

Der Bund hat bis auf Bundesrichter bei den Bundesgerichten und Bundesanwälten beim Bundesgerichtshof keine eigenen Richter oder Staatsanwälte. Auch dort, denke ich, wird das Gewicht und die Aufgabe und die Verantwortung der Länder zunehmen müssen.

Dazu gehört dann aber auch etwa Finanzverwaltung, Steuerverwaltung, Zoll, die es ermöglichen, den Staat zu unterstützen, Steuereinkünfte zu erzielen, den neuen Staatsapparat zu finanzieren, good Governance zu befördern oder Korruption zu bekämpfen. Dazu gehört eine zielgerichtete Entwicklungshilfe, die die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse der betroffenen Bevölkerung verbessert und ihr den Zugang zu Bildungseinrichtungen und zu einem funktionierenden Gesundheitssystem ermöglicht. Nur so kann religiösem oder nationalem Extremismus entgegen gewirkt werden, der immer dann neue Nahrung findet, wenn die Menschen in Konfliktregionen für sich keine Lebensperspektive mehr sehen oder zu sehen glauben.

Derart vielfältige Herausforderungen sind nur dann zu bewältigen, wenn die beteiligten internationalen Akteure zusammenwirken. Es gilt dabei, die unterschiedlichen Stärken dieser Akteure zu nutzen und zielgerichtet eben miteinander zu vernetzen.

Dass dies keine leichte Aufgabe ist, zeigt sich wiederum am Beispiel Afghanistans. Dort sind eine Reihe unterschiedlicher Akteure aktiv, neben den Nicht-Regierungs-Organisationen insbesondere UNAMA, NATO, EU und die Weltbank, deren Aktivitäten durch Koordinierungsmechanismen wie joint coordination meeting board abzustimmen sind, mit vielleicht wechselnden Ergebnissen.

Ich bin froh, dass man sich auf Kai Ede als neuen Leiter von UNAMA einigen konnte und ihn mit weit reichenden Kompetenzen ausgestattet hat. Die Bundesregierung wird ihn nach Kräften bei seiner Arbeit unterstützen. In die gleiche Richtung geht das beim NATO-Gipfel in Bukarest thematisierte Bemühen um einen umfassenden politisch-militärischen Plan, in dem die NATO auf deutsche Initiative hin aufzeigt, was sie in Afghanistan leisten kann und wird und was eben auch nicht.

Die Anwesenheit des VN-Generalsekretärs Ban Ki Moon und des EU-Außenbeauftragten Javier Solana in Bukarest verdeutlicht, dass die Stabilisierung Afghanistans eine internationale Gemeinschaftsaufgabe ist. Die NATO hat dabei die Aufgabe, ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau zu gewährleisten und den Aufbau der afghanischen Armee und Polizei zu unterstützen.

NATO und EU sind für uns die Hauptforen, in die wir unsere sicherheitspolitischen Interessen einbringen und international zur Wirkung bringen können.

Für die Aspekte des staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus sind jedoch vorrangig andere Akteure zuständig. Meine Damen und Herren, wenn es um die

Vernetzung internationaler Akteure im Krisenmanagement geht, messen wir der Zusammenarbeit von NATO und EU eine zentrale Bedeutung zu. Bundeskanzlerin Merkel hat dies seit ihrer Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahre 2006 immer wieder betont. NATO und EU sind für uns die Hauptforen, in die wir unsere sicherheitspolitischen Interessen einbringen und international zur Wirkung bringen können. Dies ist möglich, weil wir mit unseren NATO- und EU-Verbündeten gemeinsame Wertvorstellungen teilen und durch weitgehend identische Sicherheitsinteressen miteinander verbunden sind.

NATO und EU sind Organisationen mit unterschiedlichen Stärken, die sich im internationalen Krisenmanagement hervorragend ergänzen können oder können müssten. Die NATO wird dabei aufgrund ihrer Zweckbestimmung und der Anbindung an die Vereinigten Staaten von Amerika auf abschbare Zeit, aus meiner Sicht, das militärisch wichtigere Forum bleiben. Die Notwendigkeit eines umfassenden Ansatzes im Krisenmanagement ist mittlerweile zum Allgemeinut, auch in der NATO, geworden. Das ständige Eintreten der Bundesregierung hierfür hat dazu sicherlich ebenso beigetragen wie die Erfahrung des Bündnisses in Afghanistan. Wir bleiben aber skeptisch gegenüber Bestrebungen, der NATO zivile Krisenmanagementfähigkeiten zuzuweisen. In diesen Feldern sehen wir vielmehr eher die Stärke oder mindestens mal eine Herausforderung an die EU. Sie deckt querschnittlich alle Politikfelder ab und kann die damit verbundene Expertise gut bei der Bewältigung internationaler Krisen einbringen.

Mit den erfolgreichen Missionen EUFOR, Kongo, in der Operation in Bosnien-Herzegowina, hat die EU ihre sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit bewiesen. Dennoch besteht Einvernehmen darüber, ich sage es ganz vorsichtig, dass die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiter gestärkt und ausgebaut werden muss und wir noch nicht annähernd so weit sind, wie wir es uns gerne wünschen. Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass dies nicht in Konkurrenz zur NATO geschehen darf. Die NATO und mit ihr eine starke transatlantische Partnerschaft bleiben feste Anker deutscher Sicherheitspolitik. Amerika braucht genauso in der Europäischen Union einen handlungsfähigen Partner. Deshalb sind transatlantische Partnerschaft und der weitere Ausbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik keine Gegensätze, sondern sie verhalten sich zueinander komplementär.

Wie entscheidend das Zusammenwirken von NATO und EU ist, zeigt sich sehr deutlich bei den im Aufbau befindlichen zivilen Missionen EULEX im Kosovo und EUPOL in Afghanistan. Nur unter dem Schutz und mit der Unterstützung

der NATO-Truppen von KFOR und ISAF werden diese Missionen erfolgreich wirken können. Der zum Teil sehr schwierige Aufstellungsprozess dieser beiden EU-Missionen, darauf bezog sich meine leicht zurückhaltende Bemerkung eben, zeigt aber auch, dass wir gerade auf dem Feld des zivilen Krisenmanagements noch viel besser werden müssen.

Wir haben mittlerweile einen breiten Erfahrungsschatz, was die Aufstellung und Führung militärischer Einsatzkontingente betrifft. Nun müssen wir uns verstärkt darum bemühen, dass die EU in der Bereitstellung und Führung ziviler Kontingente ebenso effizient wird. Der derzeit angestrebte Ausbau der zivilen Krisenmanagementfähigkeiten der EU ist dafür ein wichtiger Schritt.

Meine Damen und Herren, das Prinzip der Ressortverantwortung gehört zu den im Grundgesetz festgelegten Arbeitsprinzipien der Bundesregierung. Dies steht allerdings nicht im Widerspruch zu dem Erfordernis der Vernetzung und einer guten Zusammenarbeit. Eine möglichst enge Ressortabstimmung im Krisenmanagement ist stets einzufordern. Sie ist unter den Rahmenbedingungen realisierbar, die das Grundgesetz vorgibt und die meistens auch unter den Bedingungen einer Koalitionsregierung erforderlich ist. Viel mehr kommt es darauf an, dass alle Verantwortlichen das erweiterte Verständnis von Sicherheit mittragen und in ihren Ressorts konsequent umsetzen.

Ressortübergreifendes und vernetztes Denken ist wichtiger als Organisations- und Strukturfragen. Und ich erinnere auch daran, dass es Beispiele bei unseren Partnern und Verbündeten gibt, wo es klare Strukturfragen gibt, klare Hierarchien, und es trotzdem, jedenfalls in der Vergangenheit, etwa zwischen einem amerikanischen Außenminister und einem amerikanischen Sicherheitsbeauftragten, durchaus Konflikte gibt, die sich mit Konflikten zwischen Außen- und Verteidigungsminister oder Außenminister und Kanzlern in Koalitionsregierungen der Vergangenheit mindestens haben messen lassen.

Die Tatsache, dass sich die Mitglieder der Clausewitz-Gesellschaft mit dem Thema auf diesem Colloquium beschäftigen, ist für mich das Zeichen, dass der erweiterte Sicherheitsbegriff und das Erfordernis vernetzten Handelns bei unseren sicherheitspolitischen Eliten angekommen ist; vielleicht mehr als bei denen, die eine gewisse Skepsis gegenüber allem Militärischen entwickeln.

Zum Autor: Dr. Thomas de Maiziere ist Chef des Bundeskanzleramts und Bundesminister für besondere Aufgaben.

Über die Komplexität vernetzter Sicherheit – Zusammenfassung des Berliner Colloquiums 2008

Werner Baach

Vernetzte Zusammenarbeit kann man nicht befehlen

Dem Vortrag von Minister de Maizière schloss sich eine intensive Diskussion an. Darin hob der Minister die Notwendigkeit optimaler Vernetzung der Zusammenarbeit auf Bundesebene noch einmal besonders hervor. Dafür gelte das **Ressortprinzip**, das durch das Grundgesetz als Arbeitsprinzip für die Bundesregierung festgelegt worden sei. Folgerichtig ergebe sich daraus die Forderung nach einer engen Ressortabstimmung im Krisenmanagement. Alle Ressorts müssten das erweiterte Verständnis von Sicherheit konsequent umsetzen. Ressortübergreifendes und vernetztes Denken und Handeln seien wichtiger als Organisations- und Strukturfragen. Zu der aufgekommenen Diskussion über eine Erweiterung der Stellung des Bundessicherheitsrates (BSR) stellte der Minister fest, dass die Aufgabe dieses Gremiums auf seine Initiative hin zwar erweitert worden sei, dass es sich dabei aber nicht um die Vorstufe zu einem nationalen Sicherheitsrat nach amerikanischem Muster handle. Dafür sehe er in Deutschland keine Grundlage. Die in diesem Zusammenhang auch gestellte Frage, welche Möglichkeiten das Bundeskanzleramt habe, Einfluss auf die Ressorts, aber auch vertikal in Richtung Bundesländer auszuüben, um koordiniertes Handeln herbeizuführen, stellte er fest, dass dies auch abhängig von der personellen und der koalitionsmäßigen Konstellation sei. Da änderten auch Organisationserlasse nichts: „Sie können vernetzte Zusammenarbeit nicht befehlen.“

Minister de Maizière betonte, wie wichtig die **vertikale Vernetzung** im Rahmen der föderalen Zuständigkeiten beim Krisenmanagement sei. Die Bundesländer verfügten über Personalressourcen und Expertisen, auf die der Bund bei der Bewältigung internationaler Krisen dringend angewiesen sei. Das gelte insbesondere bei den Polizeikräften, wo Deutschland ohne Unterstützung der Länder nicht in der Lage sei, angemessene Kontingente für internationale Stabilisierungsmissionen zu stellen. Das zeige sich auch beim Afghanistaneinsatz. Kritisch merkte der Minister an, dass die Bereitschaft der Bundesländer zur Abstellung von Personal für solche Einsätze „sehr unterschiedlich ausgeprägt“ sei. Angesichts der zunehmenden Verflechtung von äußerer und innerer Sicherheit sehe er die Länder verstärkt in der Pflicht, sich hier zu engagieren. Auf die Frage, wie die

deutsche Sicherheitspolitik der **Öffentlichkeit** verständlicher vermittelt werden könne, wie dies Bundespräsident Köhler mehrfach gefordert habe, eingehend, stellte der Minister fest, dass seit vielen Jahren erstmals wieder ein Weißbuch vorgelegt worden sei. Deshalb sei es schade, dass darüber so wenig diskutiert worden sei. Es stimme nach seiner Überzeugung auch, dass ein Großteil der Bevölkerung die Folgen der internationalen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland noch nicht ganz verinnerlicht habe. Der Minister richtete in diesem Zusammenhang an die Teilnehmer des Colloquiums die Bitte, sich aktiv in die Vermittlung sicherheitspolitischer Inhalte an die Bürger unseres Landes einzubringen. Es gebe in der Gesellschaft eine Holschuld und eine Bringschuld, und der „Sicherheits-Community“ falle eine wichtige Bringschuld gegenüber der Bevölkerung zu. Auf die Schwierigkeit, der Bevölkerung unter anderem die Notwendigkeit der deutschen Beteiligung am Afghanistaneinsatz zu vermitteln, führte der Minister aus: „Wir bleiben in Afghanistan, auch wenn angeblich eine große Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist...Aber dass bestimmte Einsätze nie besonders beliebt sind, das ist ja auch klar...und dass wir diese Lücke zwischen dem, was sicherheitspolitisch geboten ist und dem, wozu die Bereitschaft der Bevölkerung besteht kleiner machen, ist eine politische Führungsaufgabe, aber nicht nur eine politische Führungsaufgabe allein. Dabei mitzuwirken, darum bitte ich Sie alle.“



Vernetztes Handeln in der Krisenbewältigung – „Durchwursteln im Gestrüpp der Akteure“?

Anspruch und Wirklichkeit der „Vernetzung“ standen im Mittelpunkt von drei hochrangigen Panel-Diskussionen. Den diesen Diskussionsrunden vorangestellten Einführungsvortrag hatte Dr. Stefan Mair, Forschungsdirektor der Stiftung Wissenschaft und Politik, bewusst provokant unter die Frage „Krisenbewältigung: Synergie durch planvolles Handeln oder Durchwursteln im Gestrüpp der Akteure?“ gestellt. Durchwursteln könne praktische Vorteile haben, so der Vortragende zuspitzend. Es reflektiere die Vielfalt von Akteuren, Strategien, Mitteln und Ansätzen, deren Summe es erst ermögliche, auf Unerwartetes zu reagieren und das Scheitern einer falschen Strategie zu verschmerzen. Das sei gerade „im hochkomplexen Gestrüpp moderner Krisenbewältigung“ und zur Reaktion auf

unbekannte sicherheitspolitische Lagen nicht das Schlechteste. Andererseits müsse das Schaffen von Synergien und planvollem Handeln nicht immer die erfolgreichste Strategie sein. Er selbst sehe in der Praxis das Optimum in vernetzten Einsätzen in der „Balance zwischen Vielfalt der Akteure und Ansätze einerseits, Planung und synergetischem Handeln andererseits“. Diese Balance besteht nach Auffassung des Vortragenden bisher (noch) nicht. Die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs nach dem kalten Kriege habe dazu geführt, dass Bedrohungen und Herausforderungen umfassender gesehen würden. Mit wenigen Ausnahmen wollten bei dieser Erweiterung des Aufgabenspektrums „alle alles machen“. Das Ergebnis seien Überlappungen, Kompetenzstreitigkeiten und endlose Abstimmungsprozesse, international wie national. Das führe dazu, dass „Durchwursten im Gestrüpp der Akteure dominiert“. Das gelte in nicht unerheblichem Maße auch für Deutschland. Eine Neuordnung von Verfahren und Praktiken sei deshalb notwendig: Aufhebung des Ressortprinzips, Neuzuschnitt der Ressorts oder Stärkung des Bundessicherheitsrats. Krisenbewältigung als hochkomplexe Aufgabe bedürfe zwar der Vielfalt, aber es sei nicht schlecht, „das Gestrüpp zu lichten, die Zweckbestimmung transparenter zu gestalten, Ziele tiefer zu hängen und eine eindeutige Funktionszuordnung vorzunehmen“.

Ressortübergreifendes Handeln in der Krisenbewältigung: nur Koordination oder „Führen aus einer Hand“?

Unter der Überschrift „Ressortübergreifendes Handeln in der Krisenbewältigung – Anspruch und Wirklichkeit“ diskutierten – in Fortführung der bereits von Minister de Maizière angesprochenen Thematik – Dr. von Alvensleben (AA) sowie die Staatssekretäre Wolf (BMVg), Stather (BMZ) und Dr. Hanning (BMI). Sie

„Übergeordnete weisungsbefugte Koordinierungsstäbe, wie sie manche unserer Partnerländer in der einen oder anderen Form haben, sind unserem System der individuellen Ressortverantwortung fremd.“

stimmten darin überein, dass Ressort übergreifende Zusammenarbeit und „querschnittliches Vorgehen“ beim Krisenmanagement unverzichtbar seien. Die Panel-Diskussion zeigte zugleich aber deutlich unterschiedliche Auffassungen darüber, ob eine übergreifende

Koordination bei Kriseneinsätzen erforderlich oder wünschbar sei. Dr. von Alvensleben ebenso wie Staatssekretär Stather, BMZ, ließen zwar keinen Zweifel an der Notwendigkeit einer engen, frühzeitigen Abstimmung und einer guten Organisation der Zusammenarbeit, standen aber der Auffassung von Sts Wolf und Sts Dr. Hanning skeptisch gegenüber, wonach ein „Überkoordinator“ die „Führung aus einer Hand“ gewährleisten müsse.

Das Beispiel Afghanistan zeige, so von Alvensleben, welche Fortschritte bei der Vernetzung es unter den deutschen staatlichen Akteuren gegeben habe. Die dort bei der Arbeit der Provincial Reconstruction Teams (Regionale Wiederaufbau-teams) entwickelten Abstimmungsmechanismen seien vorbildhaft für künftigen Bedarf, auch wenn sich diese gute Zusammenarbeit „nicht ohne gelegentliche Reibungsverluste und erst im Laufe des Einsatzes“ entwickelt habe. Die vorhandenen Strukturen seien ausreichend, man müsse sie nur konsequent nutzen. Und weiter: „Übergeordnete weisungsbefugte Koordinierungsstäbe, wie sie manche unserer Partnerländer in der einen oder anderen Form haben, sind unserem System der individuellen Ressortverantwortung fremd.“ Die bisherigen praktischen Erfahrungen zeigten, dass die Akteure im Einsatzland wie auch in Deutschland flexibel auf unterschiedliche Ausgangslagen reagieren könnten. Andererseits lehre die Erfahrung aber auch, „dass unsere Ressortabstimmungen häufig erst im Verlauf eines Engagements beginnen und dann in Form eines Austauschs über die Beiträge der einzelnen Ressorts. Eine Abstimmung im Vorfeld ist die Ausnahme, oft auch nicht möglich, wenn Krisen, wie im Fall des Libanon, unerwartet eintreten. Es muss aber unser Ziel sein, eine frühzeitigere Koordinierung zu erreichen, damit wir die Beiträge der einzelnen Ressorts von Beginn an besser aufeinander abstimmen können.“

Sts Wolf, Bundesministerium der Verteidigung, stellte dem entgegen, man habe in der Praxis zwar eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Ressorts etabliert, auch wenn die ersten Schritte nicht frei von Vorurteilen gewesen seien. Diese Zusammenarbeit müsse aber auch koordiniert werden, und zu diesem Zweck müsse „aus einer Hand geführt werden“. Er führte dazu weiter aus: „Damit betreten wir allerdings den Bereich, der meines Erachtens der sensitive des vernetzten Ansatzes ist. Er ist sowohl national als auch im internationalen Umfeld schwierig zu lösen, da wir es hier mit ganz verschiedenen Zuständigkeiten, Finanzierungswegen und Machtbefugnissen zu tun haben. Die Beiträge der verschiedenen Ressorts, Organisationen, Nationen müssen orchestriert werden, das bedeutet, gegebenenfalls auch priorisiert oder angepasst werden. Diese Rolle kann eigentlich nur ein anerkannter „Supervisor“ übernehmen. In der Regel wird diese Forderung auch von vielen Akteuren formuliert. Nur wer soll es tun? Für Afghanistan sucht man einen solchen „Überkoordinator“, der möglichst unparteiisch, weithin akzeptiert – auch bei Nichtregierungsorganisationen – und mit Einfluss die Geschehnisse steuert.“ Er halte ein solches abgestimmtes Vorgehen

Die Beiträge der verschiedenen Ressorts, Organisationen, Nationen müssen orchestriert werden, das bedeutet, gegebenenfalls auch priorisiert oder angepasst werden. Diese Rolle kann eigentlich nur ein anerkannter „Supervisor“ übernehmen.

auf nationaler und internationaler Ebene für unerlässlich, wolle man bei Krisenbewältigung und Krisennachsorge dauerhaften Erfolg erreichen. Dazu sei „eine Vernetzung aller Akteure auf Basis einer übergeordneten Strategie...unabdingbar“.

Staatssekretär Stather, BMWZ, brachte seinen Vorbehalt gegenüber einer dann möglicherweise militärisch geprägten Vorrangstellung beim Krisenmanagement deutlich zum Ausdruck: Zwischen den Ressorts bestünden „deutlich unterschiedliche Kulturen“ beim Handlungsansatz („ein Entwicklungspolitiker ist eher Pazifist“). Auffällig war andererseits in der Diskussion die Übereinstimmung darüber, dass in den Ministerien das Bewusstsein für Kooperation „an der Basis“ und – trotz Betonung des Ressortprinzips – „querschnittliches Denken und Vorgehen“ bei allen Beteiligten gestärkt werden müsse.

Staatssekretär von Alvensleben griff in seinen Ausführungen auch das Thema der „Zivilen Krisenprävention“ (ZKP) auf. 2004 habe die Bundesregierung den „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ beschlossen. Der Begriff ZKP schließe dabei im üblichen Sprachgebrauch auch die Maßnahmen der Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung mit ein, die stets auch ein vorbeugendes Element umfassten. Der Aktionsplan habe zur Einsetzung von Beauftragten für ZKP in den Ressorts geführt, die sich regelmäßig in einem Ressortkreis trafen, der die Empfehlungen des Aktionsplans umsetzen und zu besserer Vernetzung führen solle. Diesem Ressortkreis sei ein Beirat aus Vertretern der „Zivilgesellschaft“ an die Seite gestellt worden. Damit sei zum einen ein Zeichen gesetzt worden, das die Bedeutung der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in diesem Bereich betone. Zum anderen sei dadurch sicher-

„Deutschland braucht sich nicht zu verstecken. Es hat auch in den VN ein hohes Ansehen – gerade wegen seines umfassenden Sicherheitsansatzes im Norden Afghansistans, aber auch wegen seines Engagements in anderen Krisenregionen.“

gestellt, dass ein enger Austausch von Anregungen und Erfahrungen zwischen staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft gewährleistet werden könne. Zurzeit arbeite der Ressortkreis am zweiten Umsetzungsbericht zum Aktionsplan. Er mache deutlich, „dass die ZKP heute als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe

allgemein akzeptiert ist“. Niemand ziehe in Zweifel, dass die Zivilgesellschaft selbst einen erheblichen Beitrag leiste und deshalb eingebunden werden müsse.

Über die Notwendigkeit internationaler Vernetzung von Krisenoperationen

Mit dem Thema der **internationalen Vernetzung** von Krisenoperationen befassten sich in einer weiteren Diskussionsrunde Botschafter a.D. Gunter Pleuger (VN), Botschafter Martin Erdmann (NATO) und Botschafter Dr. Clemens von Goetze (EU). Sie stimmten darin überein, dass bei dieser Aufgabe ein „sehr breiter Ansatz“ (Botschafter Erdmann) erforderlich sei, das habe sich in Afghanistan gezeigt. Die VN, so Botschafter Pleuger, befasse sich nicht mehr allein mit der „klassischen Friedenssicherung“, sondern verstärkt mit den Problemen der „failing states“ und damit, die Folgen der Globalisierung in den armen Ländern der Erde abzumildern – und dies trotz derzeit erheblicher interner Krisen der VN in den Bereichen Legitimation, Kapazität und Reformstau. Botschafter Erdmann, erläuterte den auf dem NATO-Gipfel von Bukarest Anfang April behandelten „comprehensive approach“, der auf einen breiten Ansatz und die enge Koordinierung der Krisenvorsorge und -bewältigung zielt. Dafür sei vor allem eine „enge Verzahnung“ zwischen NATO und EU erforderlich. Botschafter von Goetze wies darauf hin, dass die EU – im Unterschied zur NATO – die Kapazitäten habe bzw. die ihrer Mitgliedstaaten so organisieren könne, um damit alle Felder der Krisenbewältigung breit abzudecken. Insgesamt waren sich die drei Botschafter darin einig, dass die VN eine „überragende Koordinationsfunktion“ hätten und dass bei der Umsetzung der Maßnahmen eine enge Verzahnung aller drei Organisationen unabdingbar sei.



Die Botschafter in der Panel-Diskussion über die internationale Vernetzung von Sicherheit

In der Diskussion auf die Frage nach der Weigerung Deutschlands eingehend, sich im Süden Afghanistans zu engagieren, wurde festgestellt, dass in dieser Sache in den letzten zwei Jahren ein „massiver angelsächsischer Druck“ aufgebaut worden sei. Dieser habe Deutschland aber „nur oberflächlich geschadet“, weil die deutschen Leistungen im internationalen Krisenmanagement anerkannt würden. Botschafter Dr. Pleuger: „Deutschland braucht sich nicht zu verstecken. Es hat auch in den VN ein hohes Ansehen – gerade wegen seines umfassenden Sicherheitsansatzes im Norden Afghanistans, aber auch wegen seines Engagements in anderen Krisenregionen.“

In einer weiteren Diskussionsrunde untersuchten Generalleutnant Kather (2006/2007 Kommandeur KFOR), Herr Wokalek (UNMIK Pristina) und Ministerialdirigent Wnendt (bis Juli 2007 Leiter der OSZE-Mission im Kosovo) in einer Art „Fallstudie“ die **internationale Zusammenarbeit im Kosovo**. Der Konflikt, so der Diskussionsleiter, Generalleutnant a.D. Lahl, sei nach seiner Einschätzung „noch lange nicht gelöst“. Große Herausforderungen seien die ethnischen Spannungen zwischen Serben und Kosovo-Albanern, die katastrophale wirtschaftliche Lage sowie die Unsicherheit im Inneren des Kosovo (einschließlich des Problems der organisierten Kriminalität). Die Diskussionsrunde war sich dennoch darin einig, dass eine „gewisse Stabilität“ des Kosovo erreicht worden sei. Die Zusammenarbeit funktioniere, wenngleich die Abstimmung manchmal kompliziert und zeitraubend sei. Man müsse deshalb überlegen, ob sie einfacher gestaltet werden könne, zum Beispiel durch Verringerung der Zahl der beteiligten Länder und die Beauftragung einer „lead nation“. Doch überwogen die Zweifel, vor allem in der Diskussion mit dem Plenum, dass das Konzept einer „lead nation“ realisierbar sei, vor allem weil die USA es nicht mitbringen.

Generalinspekteur: Die Bundeswehr und der militärische Beitrag zur vernetzten Krisenbewältigung

Mit der Feststellung, dass die soldatische Aufgabe in der Krisenvorsorge wie -bewältigung in sich selbst schon eine vernetzte Aufgabe sei, leitete General Schneiderhan seine Betrachtungen zum Thema



General Schneiderhan und Generalleutnant a.D. Lahl, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

„vernetzte Sicherheit“ ein. Es reiche für den Soldaten heute nicht mehr aus, nur „Militärhandwerker“ zu sein, und die Einengung seiner Rolle auf die des „Kämpfers“ entspreche nicht mehr dem Berufsbild des Soldaten von heute und morgen, dessen Handeln allein im Rahmen vielfacher Vernetzung erfolgreich sein könne. Ein erster Aspekt dieser Vernetzung betreffe „das eigene Haus“, konkret: Die durch das GG vorgenommene Gliederung der Bundeswehr in Streitkräfte

und Bundeswehrverwaltung dürfe nicht (künstlich) zum Hindernis für das vernetzte Handeln der gesamten Bundeswehr werden. Gleiches gelte für die Vernetzung zwischen den Teilstreitkräften. Er glaube, dass in den Streitkräften dieses Element der „Jointness“ erfolgreich verwirklicht worden sei. Und, so der Generalinspekteur weiter, man werde dem Vernetzungsgedanken nicht gerecht,

wenn man ihn allein organisatorisch begreife: „Vernetzung ist keine Organisationsform, das ist die Steuerung von Prozessen...“ Dabei sei für die Soldaten eine ganz schwierige Entwicklung eingetreten, nämlich die „Fragmentierung unserer Aufträge“. Denn den geschlossenen Einsatz von großen Truppenkörpern gebe es zurzeit nicht, auch wenn er ihn nicht ganz ausschließen wolle. Jeder Einsatz habe andere Qualitäten: Man könne von der UNIFIL-Mission der Marine vor der Küste des Libanon nur ganz bedingte Rückschlüsse auf Bedingungen im Kosovo ziehen, und vom Kosovo nur bedingt auf Bosnien oder gar Afghanistan schließen.

Vernetzung muss schon bei der Entscheidungsfindung erfolgen

Für die Optimierung der nationalen Abstimmungsprozesse müsse die Vernetzung schon in der Entscheidungsfindung stattfinden, nicht erst in der Durchführung beginnen. Da bestünden die geringsten Probleme, denn die Truppe vor Ort löse das meist sehr pragmatisch. Und mit vorsichtiger Kritik an den Abstimmungsmechanismen zwischen den Ressorts fuhr der Generalinspekteur fort:

Wir müssen bei der Entscheidungsfindung wissen, wer welchen Beitrag im Engagement der Bundesrepublik Deutschland in der Bewältigung einer Krise leisten soll.

„Wir müssen bei der Entscheidungsfindung wissen, wer welchen Beitrag im Engagement der Bundesrepublik Deutschland in der Bewältigung einer Krise leisten soll.“ Schon bei der Festlegung des Mandats müsse gemeinsam darüber abgestimmt werden, was Ziel und Erfolgskriterien einer Mission sein sollten, und die insgesamt beizustellenden Komponenten müssten „definiert, erfüllbar und überprüfbar“ sein.

Militärisches Mittel sei und bleibe zwar ein entscheidendes Mittel zur Krisenbewältigung, aber es sei eben nur ein Mittel von mehreren. Weiter führte er dazu aus: „Und das Phänomen heute ist ja, dass die Soldaten der Politik sagen, wir alleine können das übrigens nicht lösen, was wir uns da als Nation aufgeladen haben... Wir wissen sehr wohl, wo die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit liegen. Wir wissen, wie schwer es ist, die Absicherung zu leisten, die kollabierenden Staaten wieder auf Beine hilft, weil auch das im Staat selber, dem wir helfen wollen, der ungeheuren Vernetzung bedarf, um all diese Komponenten, die man zum Wiederherstellen staatlicher Autorität braucht, zu aktivieren... Und es sind die Soldaten, die der Politik sagen: Ich kann kein Justizwesen aufbauen, ich kann kein Schulwesen aufbauen, ich kann kein Verwaltungssystem aufbauen mit nachhaltiger Wirkung. Ich kann helfen, ich kann Voraussetzungen schaffen.“

Zum deutschen Einsatz im Norden Afghanistans stellte General Schneiderhan fest, dass die Vernetzung der PRT in einer „zivil-militärischen Doppelspitze“ zwischen BMVg und Auswärtigem Amt „im Wesentlichen draußen im Einsatz gut funktioniert“. Mit Sorge erfülle ihn aber, dass auch in Nordafghanistan die Bedrohung für die Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) ebenso wie für die Soldaten steige – in dem Teil des Landes also, der von manchen Kritikern so gern als „Schlafstätte für die Bundeswehr“ bezeichnet werde. Mit erkennbarer Bitterkeit stellte der Generalinspekteur weiter fest: „Was außerordentlich weh tut... ist, wie wir manchmal mit der Leistung unserer Soldaten hier in der Öffentlichkeit umgehen, nur weil sie eben nicht permanent in Kampfhandlungen gebunden sind. Das ist außerordentlich unfair, wenn es aus unseren Reihen kommt... Die, die am Tag nach einem Anschlag wieder hinausfahren müssen, das sind keine

Was außerordentlich weh tut... ist, wie wir manchmal mit der Leistung unserer Soldaten hier in der Öffentlichkeit umgehen, nur weil sie eben nicht permanent in Kampfhandlungen gebunden sind.

Feiglinge...“. In diesem Zusammenhang erteilte er Forderungen, einen Einsatz der Bundeswehr im Süden Afghanistans notfalls auch gegen die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung zu beschließen, eine deutliche Absage: „Ich wage zu bezweifeln, dass das eine gute Idee

ist. Am Ende sind es die Soldaten, die das ausführen müssen, Staatsbürger in Uniform und Teil dieser Gesellschaft. Ich kann nur davor warnen, gegen diese Gesellschaft solche Einsätze durchsetzen zu wollen.“

Vernetzung sei auch beim Krisenmanagement im Inland notwendig. Die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit bestünden nicht mehr so wie früher. Deshalb habe die Bundeswehr mit ihrem neuen territorialen Konzept im Rahmen der Katastrophenvorsorge nach Artikel 35 GG ein flächendeckendes Netz so aufgebaut, dass es den föderalen Strukturen bestmöglich entspreche. Zurzeit suche er zudem in Gesprächen, zum Beispiel mit dem Technischen Hilfswerk und dem Deutschen Roten Kreuz, Klarheit darüber zu gewinnen, ob es möglich und sinnvoll sei, wenn auch die Bundeswehr, so wie diese Hilfsorganisationen, Stützpunkte für die Krisenvorsorge im Inneren schaffe. Solche Stützpunkte könnten dann variabel für die jeweils zu erwartenden Anforderungen in einer Krise unterschiedlich mit Material und Gerät bestückt und schnell für einen Einsatz zusammengeführt und disloziert werden.

Die strategische Informationsvernetzung ist defizitär

Ein Feld, bei dem man erst ganz am Anfang stehe, sei das der „strategischen Informationsvernetzung“. Übergreifende strategische Kommunikationskonzepte

fehlten weitgehend, in Deutschland ebenso wie in NATO und EU. Das habe für die Soldaten „ungeheuer negative Auswirkungen“. Wie könne man einen Soldaten, der in den Einsatz gehe, motivieren, wenn jeder Zwischenfall in der deutschen Öffentlichkeit dazu benutzt werde, den Auftrag in Frage zu stellen?

Wie schließlich, „wenn auch im politischen Umfeld nach mehrheitlicher Mandatserteilung die Diskussion über die Sinnhaftigkeit unseres Tuns nicht abreißt? Wie motiviert man Soldaten dann, bewusst in die Gefahr hineinzugehen und in der Gefahr zu handeln?“ Das habe zudem negative Auswirkungen auf die Bevölkerung, zum Beispiel in Afghanistan: „Wie sollen die denn glauben, dass wir ihnen die Zukunft bringen, die menschenwürdige, wenn sie in unserer eigenen Kommunikation nur unsere Selbstzweifel erkennen können?“ Auch in der anschließenden Diskussion fokussierte sich das



ISAF-Patrouille in Afghanistan: „Die, die am Tag nach einem Anschlag wieder hinaus fahren müssen, das sind keine Feiglinge“ (Generalinspekteur)

Interesse auf die Probleme bei der Information der Bevölkerung. Mit den Medien selbst habe man, so der Generalinspekteur, ein gutes Netzwerk, aber dennoch fühle die Mehrheit der Gesellschaft „keine kollektive Betroffenheit“ in Fragen der deutschen Sicherheitspolitik und der Auslandseinsätze; das gelte selbst für Teile der Bundeswehr. Er bat alle, insbesondere auch die Medien, um Unterstützung dabei, in der Bevölkerung ein besseres Verständnis und so auch eine größere Akzeptanz zu schaffen.

Auch Minister de Maizière hatte zuvor in seinem Vortrag das Thema der Vermittlung eines neuen sicherheitspolitischen Denkens in der Bevölkerung aufgegriffen. Ganz sicher sei die oft nicht mehr verständliche Fachsprache in vielen Politikfeldern eine zentrale Ursache für die Politikverdrossenheit in Deutschland. Es gelte, gerade auf dem Feld internationaler Verantwortung Deutschlands und der Akzeptanz der Maßnahmen gegenüber der Bevölkerung eine verständliche Sprache zu finden; „Da haben wir eine gewaltige Lücke, und da spielt Sprache eine zentrale Rolle.“ Hier könne auch die Clausewitz-Gesellschaft einen wichtigen Beitrag leisten, nicht nur intern, sondern auch nach außen.

Zum Autor: Oberst a.D. Werner Baach ist freier Journalist und Medienberater. Er ist im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft für die Informationsarbeit verantwortlich.

42. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft

Klimawandel – Energiesicherheit – Rohstoffe – Welternährung: Kardinalprobleme des 21. Jahrhunderts

Zusammenfassender Bericht über die Informationstagung

Werner Baach

Die Zahlen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen alarmieren: Drei Prozent der Weltbevölkerung sind Migranten, über 950 Millionen Menschen sind von Hunger bedroht. Die Meeresspiegel steigen, Überschwemmungen und Dürren lassen Anbauflächen und Siedlungsräume verschwinden, Ressourcen wie Wasser werden knapp. Die Veränderungen verschlechtern die Lebensgrundlagen weiter Teile der Menschheit, Konflikte drohen. Auf diese Fragen suchte die 42. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft am 15. und 16. August 2008 Antworten. Der Präsident der Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, hieß zu der hochrangig besetzten Tagung an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg über 300 Mitglieder und Gäste aus Politik, Diplomatie, Militär und Gesellschaft willkommen. Vier wesentliche Aspekte der Thematik wurden aus verschiedenen Blickwinkeln von international ausgewiesenen Experten untersucht: Klimawandel; Welternährung; Energiesicherheit; Rohstoffsicherheit.

Klimapolitik ist präventive Sicherheitspolitik

Im einleitenden Vortrag „Klimawandel als Sicherheitsrisiko“ untersuchte Prof. Dr. Dirk Messner, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, die sich abzeichnenden Umwälzungen im „System Erde“ und ihre Auswirkungen auf die Menschheit. Seine Hauptbotschaft lautete: Der Klimawandel kann (und muss) die internationale Gemeinschaft (endlich) in dem Bemühen vereinen, die Auswirkungen als gemeinsame Bedrohung der Menschheit zu begreifen. Gelingt das nicht, werde es zu schweren Verwerfungen in den internationalen Beziehungen kommen. Denn die Folgen seien weit reichend: Im Unterschied zu den „alten“ Umweltkonflikten, deren Auswirkungen eher lokal und regional begrenzt seien, hätten die „neuen“, vom Klimawandel getriebenen Konflikte dramatische Folgen, weil weltweit eine große Zahl an Menschen davon betroffen werde. Regierungen, Wirtschaften und Gesellschaften würden dadurch zunehmend überla-

stet. Eine Destabilisierung des geostrategischen Gefüges wäre die Folge, und am Ende könnten selbst stabile Staaten in ihrer Fähigkeit, die weltweiten Konflikte zu lösen, überfordert werden. Die „klassischen Instrumente“ der Sicherheitspolitik verlor dann Wirksamkeit. Das zeige die Bedeutung einer vorausschauenden Klimapolitik, denn sie sei präventive Sicherheitspolitik.

Hinweis: Der Vortrag „Klimapolitik als präventive Sicherheitspolitik“ von Professor Dr. Messner ist im Anschluss an diese Zusammenfassung im vollen Wortlaut veröffentlicht.

Welternährung: Möglichkeiten, Grenzen, Konfliktszenarien

Eine nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung sei ein wichtiger Beitrag zur globalen Sicherheit der Zukunft, stellte Dr. Manfred Kern von der Bayer CropScience, einem der führenden Ernährungsunternehmen weltweit, in einer breit angelegten Präsentation fest. Die Bevölkerung der Erde werde 2025 voraussichtlich etwa 8 Milliarden betragen. Der Bedarf an Lebensmitteln werde sich dadurch verdoppeln. In den nächsten Jahrzehnten müssten mehr Nahrungsmittel produziert werden als in den vergangenen 10.000 Jahren der Menschheitsgeschichte zusammen. Dennoch sei dies nicht das Hauptproblem der zukünftigen Welternährungssicherung. Einen viel größeren Einfluss werde das schnelle ökonomische Wachstum und die damit verbundenen veränderten Essgewohnheiten in einigen Regionen der Erde haben, voran in China und Indien: Der Konsum von fleischlichen Lebensmitteln und der Kalorienverbrauch würden sich signifikant erhöhen. Allein in Südostasien werde sich der Lebensmittelbedarf bis 2025 mehr als verdoppeln, über 25 Prozent davon müsste dann durch Importe gedeckt werden.

Diese Entwicklung gehe einher mit weit reichenden globalen, vor allem durch den Klimawandel ausgelösten Veränderungen des Systems Erde: abnehmende Ackerflächen, Wüstenbildungen, Wasserknappheit. Als Folge davon „dürre die Landwirtschaft aus“; Klima-anomalien nähmen zu; die Verschiebung landwirtschaftlicher Anbauregionen in Richtung der Erdpole werde zu „dramatischen Perspektiven“ für Regionen wie Afrika und Südostasien führen; ein Drittel der Erde werde von Erosion bedroht werden. Dies könne zu globaler Landflucht von bis zu 2 Milliarden Menschen führen und regionale und globale Migrationen mit einem „hochgradigen Konfliktpotential“ auslösen. Eine zunehmende Urbanisierung in „Megastädten“, die eine „gewaltige Logistik“ benötigten, sei wahrscheinlich. Die Unterernährung werde auf über 1 Milliarde Menschen steigen.

Gleichzeitig müssten auch die Pflanzen als Folge des Klimawandels „strategische Veränderungen“ durchmachen: Temperaturanstieg und Ausdörrung der Böden verlangten eine „Erhöhung der Trockenheitstoleranz“ der Nutzpflanzen. Wenn es nicht gelinge, das genetische Potential vor allem des Saatguts auszubauen, werde die Welt „die Probleme der Ernährung nicht stemmen“.

Dann drohe „ein Teufelskreis mit globalen Auswirkungen und hohem Konfliktpotential“. Der Ausbruch aus diesem „Teufelskreis der Armut“, so Dr. Kern weiter, könne nur durch eine dauerhafte Sicherung der landwirtschaftlichen Produktivität gelingen. Ziel müsse eine „nachhaltige und umweltgerechte“ Produktion sein. Ohne die effiziente Nutzung vorhandener und die konsequente Verwirklichung neuer Agrotechnologien sei dies nicht möglich. Dabei müsse und könne die Gentechnik, in Kombination mit verbesserten konventionellen Produktionstechnologien, einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Produktion von Grundnahrungsmitteln und Rohstoffen zu sichern und zu erhöhen. Nachhaltige Entwicklung bedeute ständige Innovation, Verbesserung und Einsatz umweltfreundlicher Technologien mit dem Ziel, Umweltprobleme und Ressourcenverbrauch drastisch zu senken. Dr. Kern plädierte eindringlich für die Entwicklung „gentechnisch optimierter“ Nutzpflanzen und übte herbe Kritik an der aktuellen Politik auf diesem Gebiet, insbesondere in Deutschland („abenteuerlich, unverantwortlich“). Auch sei es „strategisch völlig falsch“, landwirtschaftliche Anbauflächen und die Nutzung dieser Flächen für die Nahrungserzeugung zu verringern, wie dies derzeit in vielen Ländern und Regionen der Erde geschehe.

Energiesicherheit verlangt internationalen Interessenverbund

Während die Hauptauswirkungen der Klimaänderung erst ab Mitte des Jahrhunderts voll spürbar würden, sei die Frage nach der Energiesicherheit schon jetzt äußerst virulent, mit dieser Feststellung leitete Dr. Frank Umbach vom „Centre for European Security Strategies“ die Panel-Diskussion zum Thema „Energiesicherheit im 21. Jahrhundert – Produzenten und Konsumenten – Lösungen und Konflikte auch für die Sicherheitspolitik“ ein. Die „Machtverhältnisse“ zwischen Produzenten und Konsumenten hätten sich gegenüber früher deutlich verschoben: Achtzig Prozent der weltweit verbliebenen Ressourcen, insbesondere an Öl und Gas, seien heute unter staatlicher Kontrolle, und die Bereitschaft der produzierenden Länder zu Änderungen in ihrer Energiepolitik sinke in dem Maße, wie immer höhere Preise für Rohöl erzielt würden. Die starke Konzentration der verbliebenen Ölreserven um den Persischen Golf herum sei zudem äußerst

konfliktrichtig. Die Region sei schon jetzt labil, zum Teil sogar instabil und habe langfristig „katastrophale Entwicklungsperspektiven“. Die hohe Abhängigkeit der Europäer von Rohöl aus der Golfregion – etwa 30 Prozent der dortigen Produktion geht nach Europa – provoziere in den USA bereits die Forderung nach verstärktem Engagement der Europäer zur Energiesicherung. Diese Haltung werde sich unter einem möglichen Präsidenten Obama noch verstärken. Deutschland sei unter den Europäern besonders abhängig, so Dr. Umbach weiter, und gerade deshalb müsse die Konsequenz für unser Land sein, sich bis mindestens 2030 alle energiepolitischen Optionen offen zu halten. Dabei müsse Deutschland auf dem Energiesektor „zunehmend europäisch denken und handeln“. Zu Recht kritisierten die anderen Europäer, dass Deutschland eine nationale Energiepolitik – zum Beispiel bei der Ostsee-Pipeline – betreibe, und dies auf Kosten übergreifenden europäischen Handelns.

In der Panel-Diskussion kristallisierte sich als Kernaussage heraus, dass als Gegengewicht zur Monopolstellung weniger Energieproduzenten – immer wieder wurde in diesem Zusammenhang Russland genannt – die strategischen Interessen Europas nur durch konsequentes gemeinsames Handeln Europas gewahrt werden könnten, trotz derzeit zum Teil deutlich unterschiedlicher nationaler Energiepolitik der 27 Mitgliedsstaaten. Dr. Kyriakos Revelas stellte aus EU-Sicht fest, die Europäische Kommission habe im März 2006 ein „Grünbuch“ vorgelegt, in dem drei wesentliche Ziele („ein energiepolitisches Zieldreieck“) zur Energiesicherung vorgeschlagen worden seien: Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit. Nachhaltigkeit stehe für die Einsparung von Energie, die Verringerung der Treibhausemissionen und den Ausbau erneuerbarer Energien. Durch eine Kombination entsprechender Maßnahmen könne bis 2020 der Energieverbrauch in der EU um bis zu 20 Prozent gesenkt werden. Das zweite Ziel, Wettbewerbsfähigkeit, soll durch die Vollendung des EU-Energiebinnenmarktes erreicht werden. Verbrauchern wie Unternehmen soll u.a. durch Regulierung auf europäischer Ebene günstiger Energie bereitgestellt werden. Das dritte Ziel, Versorgungssicherheit, soll vor allem durch „eine Diversifikation im Hinblick auf Lieferländer und Transitrouten... und verstärkte internationale Kooperation und gegenseitige Abhängigkeit erstrebt werden, d.h. über vertragliche Abmachungen



Panel-Diskussion zur Energiesicherheit Europas

mit Energieliefer- und Transitländern...“. Ein „Energieaktionsplan“ der EU soll das Erreichen der drei Ziele unterstützen.

Aus NATO-Sicht wies Adrian Kendry darauf hin, dass das Bündnis in seinen Gipfeltreffen von Riga (2006) und Bukarest (2008) sein legitimes Interesse an Energiesicherheit angesichts weltweit wachsenden Energiebedarfs klar formuliert habe. Die Allianz werde sich u.a. auf den folgenden Feldern engagieren: Beschaffung von Informationen über die Lageentwicklung auf dem Gebiet der Energieversorgung; Vorsorgemaßnahmen zur Gewährleistung von Stabilität; Unterstützung von internationaler und regionaler Zusammenarbeit; Unterstützung des Schutzes kritischer Energie-Infrastrukturen. Vor allem aber könne die NATO durch ihre sich weltweit entwickelnde Partnerschaft mit zahlreichen Staaten – Produzenten, Verbrauchern und Transitländern von Energie – einen wichtigen Beitrag zur Energiesicherheit leisten.

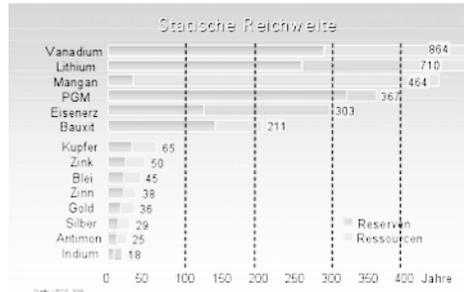
Zusammenfassend zum Thema Energiesicherheit stellte Generalleutnant a.D. Dr. Olshausen als Moderator fest, dass ein Großteil der Ressourcen in instabilen Regionen läge oder in solchen, die es werden könnten. Daraus resultierten komplexe Probleme und Herausforderungen für die Energiesicherheit. Dies wiederum verlange ein wirksames Zusammenspiel vor allem zwischen Europäischer Union und NATO mit dem Ziel, Energiesicherheit im internationalen Verbund dauerhaft zu gewährleisten.

Mineralische Rohstoffe: Konkurrenz um begrenzte Ressourcen

In einer weiteren Panel-Diskussion zum Thema „Mineralische Rohstoffe: Konkurrenz um begrenzte Ressourcen“ stellte Generalmajor Robert Bergmann, Vizepräsident der Clausewitz-Gesellschaft“, als Moderator einleitend fest, dass gerade Deutschland als „Exportweltmeister“ von der Zulieferung von Rohstoffen stark abhängig sei. Vor allem „Schlüssel-Rohstoffe“ seien nur begrenzt verfügbar und enthielten dadurch Konfliktpotential. Deshalb sei die Kernfrage: Wie stellen wir Rohstoffe konfliktfrei zur Verfügung? Aus Sicht der EU stellte der zuständige Fachmann, Paul Anciaux, fest, nicht nur Deutschland, die EU insgesamt sei in hohem Maße vom Zugang zu Rohstoffen abhängig. Dieser werde aus mehreren Gründen immer schwieriger: Wichtige Rohstoffe lägen vielfach in instabilen Regionen der Erde; schnell wachsende Schwellenländer verschärften Konkurrenz und Preise; Rohstoffproduzenten verhielten sich verstärkt protektionistisch und verringerten das Angebot auf den globalen Märkten. Die EU sei dabei, ein gemeinsames Konzept zur Rohstoffsicherung zu entwickeln. Die Kernziele seien:

Verbesserung des Zugangs zu Rohstoffen; effizienterer Umgang mit Rohstoffen; Schutz gegen protektionistische Praktiken; mehr Transparenz über die Herkunft von Rohstoffen in den Produktionsländern; schließlich verbesserte Information mit dem Ziel sorgsameren Umgangs mit Rohstoffen. Der Vortragende kündigte eine Gesamtstrategie der EU an, die zurzeit in Brüssel ausgearbeitet werde.

Über die Grundzüge der Rohstoffstrategie der Bundesregierung berichtete Prof. Dr. Hans-Joachim Kümpel, Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover. Ausgehend von einer Betrachtung der derzeit weltweit verfügbaren Vorräte und der vermuteten Ressourcen stellte er die geschätzte zeitliche Reichweite



Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

wichtiger Rohstoffe vor, die sehr unterschiedlich sei. So werde zum Beispiel der verfügbare Bestand des Rohstoffs Öl voraussichtlich im Jahr 2020 zur Hälfte gewonnen und somit verbraucht sein. Auch die Entwicklung des Metall-Index (ausgewählte Beispiele siehe Übersicht „Statische Reichweite“) zeige einen „rasanten“ Anstieg des Verbrauchs, was unter anderem auf den „China-Faktor“, den Rohstoffhunger dieser sich rasch entwickelnden größten Nation und Volkswirtschaft der Erde zurückzuführen sei. Diese Entwicklung habe einen entsprechenden Preisauftrieb zur Folge, der durch mehrere Faktoren getrieben werde: die höhere Nachfrage aus Schwellen- und Industrieländern; derzeit zu niedrige Explorations- und Kapitalausgaben im Bergbaubereich; Kapazitätsengpässe bei Gewinnung, Transport und Verarbeitung der Rohstoffe; den schwachen Dollar; möglicherweise zudem durch Spekulationsgeschäfte.

Wegen der hohen Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffen verlange das Aufgabenfeld große Beachtung. Diesem Ziel diene die Rohstoffstrategie der Bundesregierung, die sich unter anderem auf folgende Gebiete konzentriere:

- Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken;
- rohstoffpolitische Ansätze in der Entwicklungspolitik zu stärken;
- die Transparenz im Rohstoffbereich zu erhöhen;
- internationale Rohstoffdaten zusammenzuführen und besser nutzbar zu machen;
- die Materialeffizienz zu erhöhen und Substitutionsmöglichkeiten zu

erschließen;

- den Einsatz nachwachsender Rohstoffe zu fördern;
- den Recyclinganteil zu erhöhen;
- heimische Rohstoffpotenziale besser zu nutzen;
- eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft zu stärken;
- die Rohstoff-Forschung zu fördern und zu vernetzen.

Bezogen auf diese Zielsetzungen sei Deutschland beispielsweise auf dem Gebiet des Recycling „schon gut“. Zukunftsweisende Perspektiven könnten sich zum Beispiel auch aus der Entwicklung des Meeresbergbaus in der Tiefsee (Pazifik) ergeben.

Die Sicherung von Rohstoffen sei eine entscheidende Voraussetzung für die volkswirtschaftliche Entwicklung Europas. Das gelte wegen seiner starken Exportorientierung für Deutschland ganz besonders. Die Kooperation mit Rohstoff fördernden Ländern – dabei besonders in Afrika – müsse vorangetrieben werden. Gerade das Feld Afrika dürfe nicht Dritten (China, Indien, Russland) überlassen werden. Dr. Martin, Leiter der strategischen Rohstoffabsicherung der H. C. Starck GmbH Goslar, der zuvor aus Sicht dieses weltweit operierenden Unternehmens ausführlich über die Konfliktpotentiale beim Abbau von und dem Handel mit strategischen Rohstoffen berichtet hatte, stellte gleichsam als Schlussfolgerung zum Thema fest: „Wir müssen Allianzen schmieden im handfesten Wettbewerb, dem wir in der Welt ausgesetzt sind. Deutschland hat die Möglichkeiten, das Know-how und die Finanzen, diese Allianzen zu schmieden.“ Das Panel war sich darin einig, dass die Politik – auf nationaler und europäischer Ebene – gefordert sei, die politischen und strategischen Rahmenbedingungen für die langfristige Rohstoffsicherung zu schaffen.

Aktuelles aus der Führungsakademie der Bundeswehr

Die Führungsakademie der Bundeswehr ist „auf Kurs“, stellte ihr Kommandeur, Generalmajor Robert Bergmann, im schon traditionellen Bericht zur Entwicklung der höchsten Bildungseinrichtung der Bundeswehr fest. Die Personallage sei sowohl im Bereich der militärischen als auch der zivilen Dienstposten ausgezeichnet: „Wir sind quantitativ wie qualitativ hoch zufrieden.“ Im Interesse optimaler Durchführung des Lehrbetriebs werde es dennoch darauf ankommen, auch in Zukunft die Besetzung der Stellen mit hochklassigem Personal zu gewährleisten. Weitere Themen des Vortrags waren die Entwicklung der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen sowie die Einführung des „Ergebnisorien-

tierten betriebswirtschaftlichen Steuerungssystems“, mit dessen Hilfe die Akademie die Kosten- und Leistungstransparenz verbessern und die Lenkung der Betriebsausgaben optimieren will. Ausführlicher ging General Bergmann auf die Entwicklung der Lehre ein. So arbeite man derzeit an der Evaluation bewährter Lehrgänge und Lehrmodule mit dem Ziel, sie weiter zu verbessern, und zwar so, dass ihre Kontinuität auch in den Zeiten der Transformation erhalten bleibe. Der nationale Generalstabs-/ Admiralstabslehrgang 2006 (LGAN) habe unter dem Oberthema „Komplexe, multidimensionale Herausforderungen an die Sicherheitspolitik – Anforderungen an ganzheitliche, wirkungsorientierte Lösungsansätze/ Strategien“ gestanden. Dies sei ganz im Sinne des neuen „Interagency approach“, der multinationalen Verzahnung von politischen, militärischen, wirtschaftlichen und anderen Maßnahmen in internationalen Einsätzen. Er sei „von dem profunden Verhalten, der Bereitschaft, dem Können und Willen“ der Lehrgangsteilnehmer bei der Behandlung der Thematik beeindruckt gewesen. Andere Hauptlehrgänge der Führungsakademie – u.a. der internationale Generalstabs-/ Admiralstabslehrgang (LGAI) und die Stabsoffizierlehrgänge – würden in der bewährten derzeitigen Form durchgeführt. Zu Untersuchungen über die mögliche Einrichtung von Master- und Bachelor-Studiengängen in Verbindung mit dem LGAN äußerte General Bergmann sich vorsichtig: Man dürfe den „Generalstabslehrgang nicht verbiegen“. Auch bestehe kein Handlungsdruck; man wolle die Möglichkeiten in Ruhe untersuchen.

Neues vom Internationalen Clausewitz-Zentrum

Mit grundlegenden Gedanken zur Gültigkeit Carl von Clausewitz' auch in der heutigen Zeit der Globalisierung leitete Professor Dr. Lennart Souchon seinen Bericht über das Internationale Clausewitz-Zentrum (ICZ) ein. Die Globalisierung verändere zwar die subjektive Natur des Krieges und wirke sich auf die Zwecke, Ziele und eingesetzten Mittel im Krieg aus. Sie ändere aber nicht Clausewitz' Grundprinzipien des Krieges mit der Anwendung von Gewalt, um dem Gegner zur Erfüllung des eigenen Willens zu zwingen. Interessanterweise habe die Globalisierung Clausewitz' Tendenzen der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls nicht reduziert, sondern eher verstärkt. Schließlich sei auch Clausewitz' Grundvorstellung von der „Wunderlichen Dreifaltigkeit“ aktueller und wichtiger denn je. Und weiter: „Durch die Globalisierung rücken die Tendenzen des Einsatzes militärischer Macht: des politischen Zwecks, der Natur des Krieges und die involvierten Wahrscheinlichkeiten enger zusammen und haben – nach kürzerer Zeit – direkte politische und militärische Auswirkungen auf das Geschehen.“ Angesichts der globalisierten Konfliktlage müssten der Einsatz staatli-

cher Machtinstrumente sorgfältig geplant und langfristige Strategien entwickelt werden. Dazu erscheine es vorteilhaft, sich einer gesicherten wissenschaftlichen Methode der Herangehensweise zu bedienen, wie sie bei Carl von Clausewitz nachzulesen sei.

Hinweis: Dieser erste Teil des Vortrags von Professor Dr. Souchon ist nachfolgend auf den Seiten 84 bis 90 als Einführung in das Kapitel „Carl von Clausewitz und aktuelle Herausforderungen der Sicherheitspolitik“ im vollen Wortlaut veröffentlicht.

Im zweiten Teil seines Vortrags stellte Professor Dr. Souchon wichtige Vorhaben des ICZ mit zum Teil hochrangigen nationalen und internationalen Beteiligungen vor. Besonders hob er den Clausewitz-Workshop 2008 als Kooperationsforum zwischen Politikwissenschaft und Streitkräften sowie die Planungen für ein Clausewitz-Seminar 2009 an der Universität Potsdam und der Führungsakademie der Bundeswehr hervor. Mit dem Workshop 2008 wurde, so der Vortragende, „Clausewitzianisches Neuland betreten“. Der Workshop, vom ICZ in Zusammenarbeit mit der Führungsakademie der Bundeswehr und der Universität Potsdam durchgeführt und „von der von der Clausewitz-Gesellschaft substantiell gefördert“, sei „als Testlauf für eine intensive Kooperation zwischen Politikwissenschaft und Streitkräften“ geplant und durchgeführt worden. In dem Workshop im März 2008 an der Führungsakademie sei eine „realitätsbezogene Herangehensweise“ gewählt worden, um ausgewählte Konflikte und Kriege zu analysieren und zu bewerten. Zur Zielsetzung und Methode des Workshops führte Professor Souchon weiter aus, dass es bis heute eine Vernetzung zwischen der Politikwissenschaft an deutschen Universitäten, staatlichen Entscheidungsgremien und den Streitkräften nicht gebe. Deshalb sei die Frage „Welche besonderen Eigenschaften haben Politikwissenschaft und Streitkräfte und wie können diese synergetisch genutzt werden?“ Ausgangspunkt der Überlegungen gewesen.

POLITIKWISSENSCHAFT¹ diene dem Erwerb, dem Erweitern und Vertiefen des Wissens. Sie solle, methodisch kontrolliert, Entwicklungsprozesse analysieren, Erkenntnisse gewinnen, Hypothesen formulieren und diese zur Diskussion stellen. Ergebnisse sollten logisch nachvollziehbar und verständlich sein. Das so erlangte Wissen sei von allgemeiner Gültigkeit. Ergebnisoffene Forschung habe – auf den ersten Blick – nichts mit den Zwängen und den Realitäten der Gegenwart zu tun. Sie könne jedoch neue Wege und Vorgehensweisen offerieren. Diese Aspekte könnten in der Kooperation mit den Streitkräften eingebracht werden.

STREITKRÄFTE hätten ihre eigene zielorientierte Ideennutzung, ergebnisorientierte Vorgehensweisen, Zeitorientierungen und eine entscheidungsorientierte Sprache. Streitkräfte könnten politikwissenschaftliche Erkenntnisse – aus praktischer Einsatzerfahrung – qualifiziert beurteilen, modifizieren und zur Weiterentwicklungen der Führungs- und Einsatzverfahren, in „cultural awareness“ oder neue Fähigkeiten umsetzen.

Die Suche nach theoretischen Lösungen beginne bei der Praxis und ende in der Praxis. Somit sei eine enge Vernetzung der Politikwissenschaft mit den Streitkräften von beiderseitigem Gewinn. Dies zeige, dass synergetische Effekte beim Zusammenwirken von Wissenschaft und Streitkräften erwartet werden könnten.² Diese sollten im Rahmen eines Workshops getestet werden. Mit dem Workshop sei ein anspruchsvolles und spannendes Experiment unternommen worden. Mit einer wissenschaftlichen Vorgehensweise, die sich an den Charakteristika eines CLUSTERS – im Sinne eines zweckrationalen Netzwerks besonders qualifizierter Personen – orientierte, seien vier ausgewählte Konflikte mit Hilfe Clausewitz' Theorie analysiert und bewertet worden: der Darfur-Konflikt, der Libanon-Krieg der Israelis 2006, der Irak-Krieg und der Afghanistan-Krieg.

Vier Cluster mit insgesamt 40 Teilnehmern seien im Workshop gebildet worden, bestehend aus:

- 20 Politikwissenschaftlerinnen/ern mit abgeschlossenem Studium oder in der Promotion, die an meinen Seminaren und Prüfungen erfolgreich teilgenommen hatten,
- 10 Teilnehmern aus dem Lehrgang Generalstabs/Admiralstabslehrgang 2007 (LGAN 2007) der Führungsakademie der Bundeswehr,
- 10 sonstigen Teilnehmern aus der Führungsakademie der Bundeswehr und verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Der Testlauf sei sehr erfolgreich verlaufen. Es sei deutlich geworden, dass die heranwachsende Führungsgeneration in Wissenschaft, Streitkräften und Politik stärker gewonnen werden müsse. Professor Souchon weiter: „Nur wenn die Absolventen der Universitäten und Teilnehmer des Lehrganges Generalstabs-/Admiralstabsdienst die Dimension und die Bedeutung von Clausewitz' Theorie für die systematische Erfassung und Verarbeitung der sicherheitspolitischen Herausforderungen begriffen haben, ist langfristig ein Fortschritt in der Bewertung aktueller Aufgaben der Politik und der Strategie zu erwarten.“

Bemerkenswert sei auch, dass zahlreiche Teilnehmer/innen des Workshops 2008 Mitglieder der Clausewitz-Gesellschaft geworden seien. Aufbauend auf den Erfahrungen des Workshops 2008 ist ein zweiphasiges **Clausewitz-Seminar 2009** geplant.³

Abschluss und Dank

Mit dem Dank an alle Teilnehmer, insbesondere aber an die Führungsakademie der Bundeswehr als Gastgeber, schloss der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, die 42. Sicherheitspolitische Informationstagung 2008.

In der anschließenden **Jahresversammlung** der Clausewitz-Gesellschaft stimmten die Mitglieder der Berufung von Professor Dr. Reinhard Pommerin zum Sprecher des Beirats der Clausewitz-Gesellschaft zu. Sie ernannte General a.D. Wolfgang Altenburg auf Grund seiner großen Verdienste um die Gesellschaft zum Ehrenpräsidenten. In der Vorstandswahl wurde der Vorstand bestätigt.

Zum Autor: Oberst a. D. Werner Baach ist freier Journalist und Medienberater. Im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft ist er für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich.

Anmerkungen:

- 1 Vortrag Prof. Dr. Rietschel, Leibnitz-Gemeinschaft Bonn, 1.12.2007 in Hamburg, fast wörtlich
- 2 Das Rad, der Langbogen oder das Schießpulver sind Erfindungen, die militärische Vorgehensweisen nachhaltig verändert haben.
- 3 Das Seminar ist am 7. Januar 2009 an der Universität in Potsdam eröffnet worden. Nach der Eröffnung folgen vier Wochen Zeit für ein Selbststudien und Vorbereitung. Das Seminar selbst wurde vom 3. bis 5. Februar 2009 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg durchgeführt, mit Vorträgen, Diskussionen in Arbeitsgruppen, einer Abschlusspräsentation und einer gemeinsamen Publikation zum Thema: „Herausforderungen der Gegenwart an Politik und Strategie im Spiegel der Einsichten des Carl von Clausewitz“.

Klimapolitik als präventive Sicherheitspolitik

Dr. Dirk Messner

Die zentrale Botschaft des WBGU-Reports¹ „Klimawandel als Sicherheitsrisiko“ lautet, dass der Klimawandel ohne entschiedenes Gegensteuern bereits in den kommenden Jahrzehnten die Anpassungsfähigkeiten vieler Gesellschaften überfordern wird. Im Verlauf der kommenden Jahrzehnte könnten daraus Gewalt und Destabilisierung erwachsen, die die nationale und internationale Sicherheit in einem bisher unbekanntem Ausmaß bedrohen. Der Klimawandel könnte die Staatengemeinschaft aber auch zusammenführen, wenn sie ihn als Menschheitsbedrohung versteht und in den kommenden Jahren durch eine energische und weltweit abgestimmte Klimapolitik die Weichen für die Vermeidung eines gefährlichen anthropogenen Klimawandels stellt. Gelingt dies nicht, wird der Klimawandel zunehmend Spaltungs- und Konfliktlinien in der internationalen Politik hervorrufen, weil er vielfältige Verteilungskonflikte in und zwischen Ländern auslöst: um Wasser, um Land, um die Bewältigung von Flüchtlingsbewegungen oder um Kompensationszahlungen zwischen den wesentlichen Verursachern des Klimawandels und den Ländern, die vor allem von dessen destruktiven Wirkungen betroffen sein werden.

Um diese Entwicklungen zu vermeiden, muss in den kommenden 10 bis 15 Jahren vor allem eine ambitionierte globale Klimapolitik betrieben werden. Ein wirkungsvolles internationales Klimaschutzregime muss erreichen, dass bis Mitte des 21. Jahrhunderts der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen halbiert wird. Diese große Herausforderung für die internationale Politik entsteht parallel zu einer weitreichenden weltpolitischen Verschiebung, die insbesondere durch den Aufstieg neuer Mächte wie China und Indien bei gleichzeitigem relativen Machtverlust der Vereinigten Staaten von Amerika geprägt sein wird. Historische Erfahrungen lassen in dieser Übergangsphase Turbulenzen für das internationale System befürchten, welche die notwendigen Durchbrüche in der multilateralen Klimapolitik erschweren können. Um gegenzusteuern, muss die Europäische Union eine Vorreiterposition in der globalen Klimapolitik einnehmen und dabei sowohl die USA als auch die neuen Mächte Asiens von der Bedeutung einer gemeinsamen Kraftanstrengung zur Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels überzeugen.

Der Klimawandel könnte die Staatengemeinschaft aber auch zusammenführen, wenn sie ihn als Menschheitsbedrohung versteht und in den kommenden Jahren durch eine energische und weltweit abgestimmte Klimapolitik die Weichen für die Vermeidung eines gefährlichen anthropogenen Klimawandels stellt.

Vor diesem Hintergrund wird in dem WBGU-Report der derzeitige Stand des Wissens zum Zukunftsthema "Sicherheitsrisiko Klimawandel" zusammengefasst. Grundlage hierfür sind die Erkenntnisse der Umweltkonflikt- und Kriegsursachenforschung sowie der Klimafolgenforschung. Es wurden einerseits Erfahrungen der Vergangenheit aufgearbeitet, zugleich aber ein Blick weit in die Zukunft gewagt, um die sich anbahnenden Wirkungen des Klimawandels auf Gesellschaften, Nationalstaaten, Weltregionen und das internationale System abzuschätzen.

Noch steht der Klimawandel am Anfang seiner Entwicklung, aber seine Auswirkungen werden in den kommenden Jahrzehnten stetig zunehmen. Der Klimawandel verschärft erstens bestehende Umweltkrisen wie Dürren, Wasserknappheit und Bodendegradation, verstärkt Landnutzungskonflikte und kann zusätzliche Umweltmigration auslösen. Die globale Temperaturerhöhung wird also die Existenzgrundlage vieler Menschen insbesondere in den Entwicklungsregionen gefährden, die Anfälligkeit für Armut und soziale Verelendung erhöhen und damit die menschliche Sicherheit bedrohen. Vor allem in schwachen und fragilen Staaten mit leistungsschwachen Institutionen und Regierungssystemen dürfte durch den Klimawandel zudem die Anpassungsfähigkeit



Prof. Dr. Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Bonn, und Dr. Olshausen, Präsident der Clausewitz-Gesellschaft

an sich verändernde Umweltbedingungen überfordert und damit der bereits bestehende Trend allgemeiner Unsicherheit in vielen Gesellschaften und Regionen verstärkt werden. Dabei gilt: Je stärker die Erwärmung ausfällt, desto größere Sicherheitsrisiken sind zu erwarten.

Außerdem kämen zweitens neue Konfliktkonstellationen hinzu: Der steigende Meeresspiegel sowie Sturm- und Flutkatastrophen könnten zukünftig die Städte und Industrieregionen an den Küsten Chinas, Indiens oder der USA bedrohen. Das Abschmelzen der Gletscher würde die Wasserversorgung in den Anden- und Himalayaregionen gefährden.

Bei ungebremstem Klimawandel sind drittens großskalige Änderungen im Erdsystem denkbar, wie das Austrocknen des Amazonas-Regenwaldes oder das Ausbleiben des asiatischen Monsuns, was unkalkulierbare Auswirkungen auf die

Bei ungebremstem Klimawandel sind drittens großskalige Änderungen im Erdsystem denkbar, wie das Austrocknen des Amazonas-Regenwaldes oder das Ausbleiben des asiatischen Monsuns, was unkalkulierbare Auswirkungen auf die

betroffenen Gesellschaften hätte. In der Gesamtschau sind zwar klimainduzierte zwischenstaatliche Kriege eher unwahrscheinlich. Der Klimawandel dürfte jedoch nationale und internationale Verteilungskonflikte auslösen sowie schwer beherrschbare Probleme des Staatenzerfalls, erodierender gesellschaftlicher Ordnung und steigender Gewaltneigung vergrößern. Dies hätte in besonders betroffenen Regionen eine Ausbreitung von Destabilisierungsprozessen mit diffusen Konfliktstrukturen zur Folge. Solche Dynamiken drohen das etablierte Global-Governance-System zu überfordern und damit die internationale Stabilität und Sicherheit zu gefährden.

Klimainduzierte Konfliktkonstellationen

Vier Konfliktkonstellationen sind wahrscheinlich, in denen durch den Klimawandel kritische Entwicklungen zu erwarten sind und die in unterschiedlichen Regionen der Welt in ähnlicher Ausprägung auftreten können. Unter Konfliktkonstellationen sind typische Wirkungszusammenhänge an der Schnittstelle zwischen Umwelt und Gesellschaft zu verstehen, deren Dynamik zu gesellschaftlicher Destabilisierung oder Gewalt führen kann.

- Konfliktkonstellation "Klimabedingte Degradation von Süßwasserressourcen": Bereits heute haben 1,1 Mrd. Menschen keinen sicheren Zugang zu Trinkwasser. Die Situation könnte sich weltweit für mehrere 100 Mio.

Menschen verschärfen, weil sich durch den Klimawandel die Variabilität der Niederschläge und die verfügbare Wassermenge verändern. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach Wasser durch eine wachsende Weltbevölkerung mit steigenden Ansprüchen. Diese Dynamik erzeugt Verteilungskonflikte und stellt das Wassermanagement der betroffenen Länder vor erhebliche Herausforderungen.

Der Klimawandel dürfte jedoch nationale und internationale Verteilungskonflikte auslösen sowie schwer beherrschbare Probleme des Staatenzerfalls, erodierender gesellschaftlicher Ordnung und steigender Gewaltneigung vergrößern. Dies hätte in besonders betroffenen Regionen eine Ausbreitung von Destabilisierungsprozessen mit diffusen Konfliktstrukturen zur Folge.

So müssen beispielsweise in Regionen, die vom Schmelzwasser der durch den Klimawandel bedrohten Gebirgsgletscher abhängig sind, neue Wassernutzungskonzepte und -infrastrukturen entwickelt und politische Anstrengungen zur Vermeidung nationaler oder gar grenzüberschreitender Verteilungskonflikte um knapper werdende Wasserressourcen unternommen werden. Die politisch-institutionellen Voraussetzungen für die notwendige Anpassung des Wasser- und Krisenmanagements sind aber oft gerade in

den Ländern nicht gegeben, die unter dem größten Wasserstress leiden werden. Dadurch können die bestehenden Mechanismen zur Konfliktlösung überfordert werden, was letztlich zu Destabilisierung und Gewalt führen kann.

- Konfliktkonstellation "Klimabedingter Rückgang der Nahrungsmittelproduktion": Derzeit sind weltweit über 850 Mio. Menschen unterernährt. Durch den Klimawandel wird sich diese Lage absehbar verschärfen, da die Ernährungsunsicherheit in den niedrigen Breiten und damit in vielen Entwicklungsländern bereits bei einer Erwärmung um 2°C (bezogen auf 1990) zunehmen wird. Bei einer Erwärmung von 2 – 4°C wird die landwirtschaftliche Produktivität voraussichtlich weltweit zurückgehen. Dieser Trend wird durch Desertifikation, Bodenversalzung oder Wasserverknappung erheblich verstärkt. So sind in Südasien und Nordafrika die Flächenreserven für die Landwirtschaft bereits heute weitgehend ausgeschöpft. Dies kann regional Ernährungskrisen auslösen und die ökonomische Leistungsfähigkeit schwächer und durch Unsicherheit gekennzeichnete Staaten weiter unterminieren. Dadurch können gesellschaftliche Destabilisierung und Zerfall sowie gewalttätige Konflikte begünstigt oder verschärft werden.
- Konfliktkonstellation "Klimabedingte Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen": Durch den Klimawandel ist mit einem weiteren Meeresspiegelanstieg und einer Intensivierung von Stürmen und Starkniederschlägen zu rechnen. Daraus ergeben sich für viele Städte und Industrieregionen in Küstennähe deutlich erhöhte Risiken durch Naturkatastrophen, die zusätzlich durch die Entwaldung in Oberläufen von Flüssen, Landabsenkung im Großraum urbaner Zentren und zunehmende räumliche Konzentration von Bevölkerungen und Vermögenswerten erhöht werden. Sturm- und Flutkatastrophen haben bereits in der Vergangenheit vor allem in Phasen innenpolitischer Spannungen Konfliktwirkung entfaltet, z. B. in Zentralamerika, Indien und China. Eine künftige Häufung von Konflikten ist einerseits wahrscheinlich, weil durch Sturm- und Flutkatastrophen besonders gefährdete Regionen wie Zentralamerika und das südliche Afrika überwiegend schwache ökonomische und politische Kapazitäten aufweisen, was Anpassung und Krisenmanagement erheblich erschwert. Andererseits könnten sich wiederholende Sturm- und Flutkatastrophen an den stark besiedelten Ostküsten Indiens und Chinas große Schäden anrichten und schwer steuerbare Migrationsprozesse auslösen bzw. verstärken.

- **Konfliktkonstellation „Umweltbedingte Migration“:** Die Erfahrung zeigt, dass Migration die Konfliktwahrscheinlichkeit in Transit- und Zielregionen zum Teil erheblich erhöhen kann. Durch die Folgen des Klimawandels ist künftig damit zu rechnen, dass die Zahl der Umweltmigranten deutlich zunehmen wird. Dabei bergen vor allem in Entwicklungsländern die Zunahme von Dürren, Bodendegradation und steigende Wasserknappheit in Kombination mit hohem Bevölkerungswachstum, instabilen Institutionen, Armut oder großer Abhängigkeit von der Landwirtschaft besonders hohe Risiken für die Entstehung und Verstärkung von Umweltmigration. Umweltmigration wird sich zunächst mehrheitlich innerhalb von Staatsgrenzen vollziehen. Grenzüberschreitende Umweltmigration wird vor allem als Süd-Süd-Migration auftreten, aber auch Europa und Nordamerika müssen mit erheblich erhöhtem Migrationsdruck aus den vom Klimawandel besonders bedrohten Regionen rechnen. Konfliktpotenzial birgt auch die Frage, welche Staaten zukünftig für die Kosten von Umweltmigration aufkommen müssen.

Regionale Brennpunkte des Sicherheitsrisikos Klimawandel

Die gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels werden in den Weltregionen unterschiedlich ausfallen. Ein Blick auf die Weltkarte „Sicherheitsrisiko durch Klimawandel“ (siehe Abbildung) zeigt die zentralen regionalen Brennpunkte, die sich aus der Analyse des WBGU ergeben:

Nordafrika: Politisches Krisenpotenzial und Migrationsdruck steigen durch das Zusammenspiel von zunehmenden Dürren und Wasserknappheit bei hohem Bevölkerungswachstum, Schwächung landwirtschaftlicher Potenziale und schwachen politischen Problemlösungskapazitäten. Das bevölkerungsreiche Nildelta wird durch Meeresspiegelanstieg und Versalzung landwirtschaftlicher Gebiete bedroht.

Sahelzone: Klimawandel verursacht zusätzlichen Umweltstress und Gesellschaftskrisen (z. B. Dürren, Ernteausfälle, Trinkwasserknappheit) in einer schon heute durch schwache Staaten (z. B. Somalia, Tschad), Bürgerkriege (z. B. Sudan, Niger) und große Flüchtlingsströme (Sudan: über 690.000 Menschen; Somalia: über 390.000 Menschen) charakterisierten Region.

Südliches Afrika: Klimawandel könnte die wirtschaftlichen Potenziale dieser Regionen, deren Länder fast alle zu den ärmsten Gesellschaften der Welt gehören,

weiter schwächen, die Bedingungen für menschliche Sicherheit verschlechtern und die Leistungsfähigkeit der Staaten überfordern.

Zentralasien: Überdurchschnittliche Erwärmung und Gletscherschwund verschärfen Wasser-, Landwirtschafts- und Verteilungsprobleme in einer Region, die bereits durch politische und soziale Spannungen, Erstarkung islamistischer Bewegungen, Bürgerkrieg (Tadschikistan) und Auseinandersetzungen um den Zugang zu Wasser und Energieressourcen charakterisiert ist.

Indien, Pakistan, Bangladesch: Die Auswirkungen des Klimawandels sind in diesen Weltregionen besonders stark: Die Gletscherschmelze im Himalaya bedroht die Wasserversorgung für Millionen von Menschen, Veränderungen des Monsun gefährden die Landwirtschaft, der Meeresspiegelanstieg und Wirbelstürme bedrohen Lebensräume am bevölkerungsreichen Golf von Bengalen. Diese Dynamiken erhöhen das gesellschaftliche Krisenpotenzial in einer Region, die schon heute durch grenzüberschreitende Konflikte (Indien/Pakistan), instabile Regierungen (Bangladesch/Pakistan) und islamistische Bewegungen gekennzeichnet ist.

China: Klimawandel erhöht den bereits existierenden Umweltstress (z. B. Luft- und Gewässerverschmutzung, Bodendegradation) durch Zunahme von Hitzewellen und Dürrephasen, wodurch Desertifikation und Wasserknappheit in Teilen des Landes verstärkt werden. Meeresspiegelanstieg und tropische Wirbelstürme gefährden die wirtschaftlich bedeutende und bevölkerungsstarke Ostküste. Die Steuerungskapazitäten der Regierung könnten durch das hohe Modernisierungstempo, Umwelt- und Sozialkrisen sowie Folgen des Klimawandels überfordert werden.

Karibik und der Golf von Mexiko: Die Häufung stärkerer Hurrikane könnten die wirtschaftlichen und politischen Problemverarbeitungspotenziale in der Region (insbesondere in Zentralamerika) überstrapazieren.

Andenregion und Amazonasgebiet: Die beschleunigte Gletscherschmelze in den Anden verstärkt die Wasserprobleme in der Region. Ein nicht auszuschließender Kollaps des Amazonaswaldes würde den Naturraum Südamerikas radikal umgestalten, mit unabsehbaren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen.

Instabile Multipolarität als weltpolitischer Rahmen des Klimawandels

China und Indien gewinnen auf Grund ihrer Bevölkerungsgröße und ihrer wirtschaftlichen Dynamik in naher Zukunft zunehmend an weltpolitischer Bedeutung. Gleichzeitig ist mit einem relativen Machtverlust der bisherigen alleinigen Supermacht, den Vereinigten Staaten von Amerika, zu rechnen. Der Aufstieg Chinas und Indiens bedeutet also eine erhebliche Verschiebung in der Weltordnung, die sich von einer unipolaren in eine multipolare verändern wird. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Übergänge zwischen unterschiedlichen Weltordnungskonstellationen nur selten friedlich verliefen. Die daraus für die Weltgesellschaft erwachsenden politisch-institutionellen und sozioökonomischen Turbulenzen und Anpassungserfordernisse können eine Vielzahl substanzieller Interessenkonflikte induzieren und eine erhöhte Anfälligkeit auch für die gewaltsame Austragung von Konflikten mit sich bringen. Damit ist nicht gesagt, dass die zu erwartenden weltpolitischen Umbruchprozesse zwangsläufig konfliktiv verlaufen müssen. Sie nehmen aber wertvolle Zeit- und Handlungsressourcen in Anspruch, die dann z. B. für wirksame Klimapolitik nicht mehr zur Verfügung stünden.

In der Weltpolitik der kommenden zwei Jahrzehnte müssen also beide Herausforderungen parallel bewältigt werden: die Machtverschiebungen im internationalen System sowie die globale Wende zu einer wirksamen Klimapolitik. Für beide Herausforderungen ist die Stabilisierung und Weiterentwicklung des multilateralen Systems unabdingbar. Letztlich wird das zukünftige Zusammenspiel alter und neuer weltpolitischer Protagonisten mit ausschlaggebend dafür sein, ob und wie die globalen Herausforderungen und Risiken des 21. Jahrhunderts bearbeitet werden und welche Rolle der "Rest der Welt" dabei spielen kann. Das wird nicht zuletzt am Beispiel der Klimapolitik deutlich: Ohne eine konstruktive Zusammenarbeit der OECD-Länder mit den neuen Treibern des globalen Wandels wird es nicht gelingen, den Klimawandel so zu begrenzen, dass destabilisierende gesellschaftliche Wirkungen und eine Bedrohung der internationalen Sicherheit ausbleiben.

Sechs Gefährdungen der internationalen Stabilität und Sicherheit

Im Fall eines Scheiterns des Klimaschutzes sind vor dem Hintergrund des bisherigen Wissens über die gesellschaftlichen Wirkungen des Klimawandels die folgenden wesentlichen Gefährdungen der internationalen Sicherheit und Stabilität zu erwarten:

1. Mögliche Zunahme der Zahl schwacher und fragiler Staaten als Folge des Klimawandels: Schwache und fragile Staaten sind nur unzureichend in der Lage, die zentralen staatlichen Kernfunktionen zu gewährleisten, wie insbesondere die Wahrung des Gewaltmonopols. Daher stellen sie schon heute eine große Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft dar. Diese hat bisher jedoch weder den politischen Willen noch die notwendigen finanziellen Ressourcen aufgebracht, um die Stabilisierung dieser Länder nachhaltig zu unterstützen. Zusätzlich würden die Wirkungen eines ungebremsten Klimawandels diese Staaten besonders hart treffen, was ihre Problemverarbeitungskapazitäten weiter einschränken und womöglich endgültig überfordern würde. Zudem können sich Konfliktkonstellationen gegenseitig verstärken, indem sie sich, z. B. über Umweltmigration, über die betroffene Region hinaus ausweiten, wodurch auch weitere, angrenzende Staaten destabilisiert werden können. Schließlich könnte dies zur Entstehung „scheiternder Subregionen“ führen, die durch mehrere gleichzeitig überforderte Staaten gekennzeichnet sind. Die „schwarzen Löcher der Weltpolitik“ würden wachsen, in denen Recht und staatliche Ordnung als wesentliche Säulen von Sicherheit und Stabilität zerfallen. Derzeit ist nicht absehbar, dass die internationale Gemeinschaft in der Lage sein könnte, unter verschärften Klimawirkungen einen solchen Erosionsprozess wirksam zu stoppen.

2. Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung: Durch den Klimawandel verändern sich die Voraussetzungen für regionale Produktionsprozesse und Versorgungsstrukturen. Regionale Wasserknappheit beeinträchtigt die Entwicklung in der Bewässerungslandwirtschaft, aber auch in anderen wasserintensiven Sektoren. Dürren und Bodendegradation schränken die landwirtschaftliche Produktion ein. Häufigere Extremereignisse wie Sturmfluten und Überschwemmungen gefährden küstennahe Standorte sowie Infrastruktur für Transport, Versorgung und Produktion. In der Summe kommt es so zu erzwungenen Verlagerungen und Schließungen von Produktionsstätten. Je nach Ausprägung und Intensität der Klimawirkungen ist eine spürbare Beeinträchtigung der Weltwirtschaft plausibel. Bei einem ungebremsten Klimawandel ist mit erheblichen Wachstumseinbußen zu rechnen. Damit verringern sich zunehmend auch die ökonomischen Handlungsspielräume, um sich auf nationaler und internationaler Ebene den drängenden Herausforderungen im Sinne der Millenniumsentwicklungsziele stellen zu können.

3. Risiken wachsender Verteilungskonflikte zwischen Hauptverursachern und Hauptbetroffenen: Der Klimawandel wird vor allem von den Industrie- und

Schwellenländern verursacht. Die großen Unterschiede in den Pro-Kopf-Emissionen zwischen Industrieländern sowie Entwicklungs- bzw. Schwellenländern werden zunehmend als „Gerechtigkeitslücke“ wahrgenommen, zumal die steigenden Kosten, die durch die Klimawirkungen anfallen, insbesondere Entwicklungsländer belasten. Je höher die Schäden und Anpassungslasten im Süden ausfallen, desto gravierender werden die Verteilungskonflikte zwischen den Verursachern und den Betroffenen des Klimawandels sein. Die vom Klimawandel besonders betroffenen Länder werden auf das Verursacherprinzip verweisen, so dass sich die internationale Kontroverse um ein globales Kompensationsregime zum Klimawandel verschärfen dürfte. Neben den heutigen Industrieländern werden vermutlich auch die großen aufstrebenden Ökonomien mit stark ansteigenden Emissionen, wie vor allem China, aber z. B. auch Indien und Brasilien, zukünftig gegenüber den Entwicklungsländern in Erklärungsnotstände geraten. Eine zentrale Konfliktlinie der Weltpolitik des 21. Jahrhunderts verlief also nicht mehr nur zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, sondern auch zwischen den schnell wachsenden Schwellenländern und den ärmeren Entwicklungsländern. Die Staatengemeinschaft ist auf derartige Verteilungskonflikte gegenwärtig nicht vorbereitet.

Ein ungebremster Klimawandel kann existenzielle Lebensgrundlagen gefährden, zur Aushöhlung menschlicher Sicherheit führen und in diesem Sinne zur Verletzung von Menschenrechten beitragen.

4. Gefährdung der Menschenrechte und der Legitimation der Industrieländer als Global-Governance-Akteure: Ein ungebremster Klimawandel kann existenzielle Lebensgrundlagen gefährden, zur Aushöhlung menschlicher Sicherheit führen und in diesem Sinne zur Verletzung von Menschenrechten beitragen. Den CO₂-emittierenden Industrieländern und künftig auch Wachstumsstaaten wie China könnte mit dem globalen Temperaturanstieg, wachsenden Erkenntnissen über Klimawirkungen auf Gesellschaften und ungenügenden Klimaschutzanstrengungen zunehmend der Vorwurf gemacht werden, wissentlich, zumindest aber de facto, Menschenrechtsverletzungen zu verursachen. Der internationale Menschenrechtsdiskurs in den Vereinten Nationen dürfte sich künftig also auch um die Bedrohung der Menschenrechte durch die Klimawirkungen drehen. Ein ungebremster Klimawandel könnte daher besonders die Industrieländer in Legitimationskrisen führen und damit ihre internationale Handlungsfähigkeit einschränken.

5. Induzierung und Verstärkung von Migration: Migration stellt bereits heute eine große und weitgehend unbewältigte Herausforderung für die internationale Politik dar. Mit dem Klimawandel und den damit verbundenen gesell-

schaftlichen Folgen dürfte die Zahl der betroffenen Menschen erheblich steigen und die Zahl der Migrationsbrennpunkte auf der Erde zunehmen. Die damit verbundenen Konfliktpotenziale sind groß, zumal im Völkerrecht „Umweltmigranten“ bisher nicht vorgesehen sind. Auseinandersetzungen um Kompensationszahlungen und die Finanzierung der Bewältigung von Flüchtlingskrisen werden zunehmen – wobei sich die Industrieländer nach dem Verursacherprinzip ihrer Verantwortung werden stellen müssen. Migration könnte mit ungebremst steigenden globalen Temperaturen zu einem der großen Konfliktfelder der künftigen internationalen Politik werden.

6. Überforderung klassischer Sicherheitspolitik: Die zukünftigen gesellschaftlichen Wirkungen eines ungebremsten Klimawandels werden wahrscheinlich weniger zu klassischen zwischenstaatlichen Kriegen führen, sondern vielmehr zu einer Zunahme von Zerfalls- und Destabilisierungsprozessen mit diffusen Konfliktstrukturen und Sicherheitsbedrohungen in politisch und ökonomisch überforderten Staaten und Gesellschaften. Die Ausprägung von Konfliktkonstellationen, scheiterndes Katastrophenmanagement nach Extremwetterereignissen sowie zunehmende Umweltmigration werden ohne die Unterstützung durch polizeiliche und militärische Kapazitäten kaum zu bewältigen sein und bilden somit eine Herausforderung für die klassische Sicherheitspolitik. Dabei wird es auf ein funktionierendes Zusammenspiel von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik ankommen, da zivile Konfliktbearbeitung und Aufbauhilfe auf ein Minimum an Sicherheit angewiesen sind. Zugleich zeigen die wenig erfolgreichen Einsätze technologisch hochgerüsteter Militärverbände zur Stabilisierung und Befriedung schwacher und fragiler Staaten seit den 1990er Jahren, dass die Handlungskapazitäten der klassischen Sicherheitspolitik begrenzt sind. Eine klimainduzierte Zunahme der Anzahl schwacher und fragiler Staaten oder gar eine Destabilisierung ganzer Subregionen würde deshalb die konventionelle Sicherheitspolitik überfordern.

Überforderung des Global-Governance-Systems

Je stärker der Klimawandel ausfällt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich in den kommenden Jahrzehnten klimainduzierte Konfliktkonstellationen nicht nur auf einzelne Länder oder Subregionen auswirken, sondern auch auf das Global-Governance-System insgesamt. Diesen neuen globalen Risikopotenzialen kann nur durch Politiken zur Gestaltung des globalen Wandels begegnet werden. Jede der skizzierten sechs Gefährdungen für die internationale Stabilität und Sicherheit ist bereits für sich genommen schwierig zu bewältigen. Die

Wechselwirkungen zwischen diesen Gefährdungen potenzieren die Herausforderungen für die internationale Politik. Es ist nur schwer vorstellbar, dass in den kommenden Jahren ein Global-Governance-System entstehen könnte, das dazu in der Lage wäre, den herausgearbeiteten Konfliktkonstellationen wirksam zu begegnen. Ein ungebremster Klimawandel dürfte das angesichts der Globalisierungsprozesse ohnehin unterentwickelte Global-Governance-System überfordern.

Da die klimainduzierten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts eine eigene Charakteristik aufweisen, werden sie durch klassische militärische Interventionen kaum zu reduzieren sein. Eine kluge Global-Governance-Strategie zur Vermeidung dieser neuen Sicherheitskrisen bestünde vielmehr zunächst in einer wirksamen Klimapolitik – diese wird in den kommenden Jahrzehnten zu einer zentralen präventiven Sicherheitspolitik. Je weiter der Klimawandel voranschreitet, desto wichtiger werden auch Anpassungsstrategien in den betroffenen Ländern, die von der internationalen Entwicklungspolitik unterstützt werden müssen. Auf internationaler Ebene wird es um weltweite Diplomatie zur Einhegung klimainduzierter Konflikte, die Entwicklung von Kompensationsmechanismen für die Betroffenen des Klimawandels, globale Flüchtlingspolitik und Stabilisierungsmaßnahmen für die Weltwirtschaft gehen. Die Chancen für den Aufbau einer funktionsfähigen Global-Governance-Architektur werden dabei mit dem globalen Temperaturanstieg sinken, so dass ein Dilemma sichtbar wird: Der Klimawandel ist nur durch internationale Kooperation wirksam zu bekämpfen, während aber mit fortschreitendem Klimawandel die Grundlagen für einen konstruktiven Multilateralismus schwinden. Der Klimawandel stellt also eine Herausforderung für die internationale Sicherheit dar, aber die klassische, militärgestützte Sicherheitspolitik wird kaum Beiträge zur Lösung drohender Klimakrisen leisten können.

Zum Autor: Prof. Dr. Dirk Messner ist Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik in Bonn, lehrt Politikwissenschaft an der Universität Duisburg – Essen und ist Mitglied im „Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globaler Umweltveränderungen“ (WBGU).

Anmerkung:

- 1 WBGU: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globaler Umweltveränderungen. Der Text dieses Beitrags fasst wichtige Ergebnisse des WBGU-Reports „Klimawandel als Sicherheitsrisiko“ zusammen, 2007 im Spinger-Verlag erschienen.

Forum 2008 der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Sicherheit der Heimat – das Zusammenwirken der Sicherheitsorgane für die Innere und Äußere Sicherheit

Zusammenfassung des Forums

Wolfgang Fett
Werner Baach

Die Diskussion um die Sicherheit unseres Landes wird überwiegend unter dem Eindruck der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus geführt. Dieser Eindruck drängt sich auf, wenn man heute die Medien verfolgt. Mit einem weit umfassenderen Sicherheitsbegriff befasste sich das Forum 2008 der Clausewitz-

Die Bedrohungen sind vielfältiger geworden und die Antwort auf die Frage ist schwieriger, wie die Sicherheit der Bürger unter Zusammenfassung aller Kräfte des Staates gewährleistet werden kann, bei gleichzeitig möglichst geringer Einschränkung der Bürgerfreiheiten.

Gesellschaft am 31. Oktober und 1. November 2008 in Erfurt.

Der Präsident der Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, zeigte schon in seiner Begrüßung der mehr als 80 Persönlichkeiten aus Politik, Streitkräften, Wirtschaft und Gesellschaft das Spannungsfeld auf: Gab

es zu Zeiten des Kalten Krieges das Konzept der Gesamtverteidigung, in dem alle Kräfte zur Verteidigung zusammengefasst waren, so haben wir heute eine wesentlich komplexere Situation. Die Bedrohungen sind vielfältiger geworden und die Antwort auf die Frage ist schwieriger, wie die Sicherheit der Bürger unter Zusammenfassung aller Kräfte des Staates gewährleistet werden kann, bei gleichzeitig möglichst geringer Einschränkung der Bürgerfreiheiten.

Die Sicherheit unserer Heimat und unserer Bürger – neuartige Herausforderungen und innovative Konzepte

Unter diesem Thema hielt Senator a. D. Udo Nagel, Vorstandsmitglied der Prevent AG, München, seinen einleitenden Vortrag. Bei diesem Thema denken viele sofort an die terroristische Bedrohung durch den Dschihad. Das Thema „Sicherheit unserer Heimat und unserer Bürger“ müsse aber weit umfangreicher betrachtet werden. Auch habe das Thema Sicherheit in der politischen Diskussion nicht den Stellenwert, der ihm zustehe. Dies könne sich sehr schnell ändern, wenn es zu einem terroristischen Anschlag in Deutschland käme.

Über Innere Sicherheit würde öffentlich zwar häufig diskutiert, meist aber nur unter dem Aspekt des Spannungsverhältnisses zwischen Sicherheit und Freiheit. Der Wunsch nach größtmöglicher Sicherheit einerseits und weitgehender individueller Freiheiten andererseits stehe in einem natürlichen Spannungsverhältnis. Aber Sicherheit und individuelle Freiheit ständen nicht gegeneinander, sondern ergänzten und bedingten sich gegenseitig. „Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit und ohne Freiheit fühle ich mich nicht sicher“, so Nagel.

In der aktuellen Diskussion – z.B. um die Online-Durchsuchung, die Speicherung von Daten durch Netzbetreiber, die Telefon- und Videoüberwachung oder den Einsatz von Mautdaten zur Fahndung nach Mördern – stehe häufig die Missbrauchsvorsorge vor den Aspekten der Sicherheit für den Bürger. So wichtig auch die Missbrauchsvorsorge sei, man „soll und kann dem Staat mehr trauen“, so Nagel.

Sicherheit als relativer Zustand der Gefahrenfreiheit lasse sich heute nicht mehr in „Innere Sicherheit“ und „Äußere Sicherheit“ trennen. Internationale Ereignisse wie z.B. die Diskussion um die Mohammed-Karikaturen oder Medienberichte über angebliche Misshandlungen des PKK-Führers Öcalan wirkten sich auch unmittelbar auf die Sicherheitslage in Deutschland aus.

Wenn es um den Begriff der Sicherheit gehe, müsse auch ein zweites Begriffspaar genannt werden: objektive Sicherheit und subjektive Sicherheit. Während die Kriminalstatistik Deutschland als eines der sichersten Länder der Welt ausweise, weiche das subjektive Empfinden der Bürger oft gravierend davon ab. Entscheidende Faktoren dafür seien die mediale Darstellung, die sich allzu sehr auf Verbrechen konzentriere, und die vom Bürger empfundene Polizeipräsenz. Die Menschen fühlten sich immer dann sicher, wenn regelmäßig Polizei auftaucht. Allerdings könne bei zu massiver Polizeipräsenz das Sicherheitsgefühl ins Gegenteil umschlagen. Dass die subjektive Sicherheit deutlich von der objektiven abweichen könne, zeige sich gerade bei älteren Menschen, die sich häufiger von potentiellen Straftätern bedroht fühlten als die statistische Wahrscheinlichkeit feststelle. Da fast die Hälfte der Wahlberechtigten heute älter als 60 Jahre sei, müsse die Politik diesen Ängsten allerdings Rechnung tragen.

Herausforderungen und Konzepte

Nagel beantwortete die Frage nach neuartigen Herausforderungen mit einem klaren Ja. Ein innovatives Konzept, wie man diesen begegnen könne, vermisste

er aber. Eine umfassende Regelung sei auf Grund des föderativen Systems mit wechselnden Koalitionen und fiskalischen Zwängen auch nicht zu erwarten. Statt von einem geschlossenen Konzept zu sprechen benutze er lieber den Begriff „Bausteine“.

Als Beispiele für neue Herausforderungen nannte Nagel die Islamistische Bedrohung seit 2001 und die Maßnahmen, die Bund und Länder danach ergriffen hätten, um der Gefahr zu begegnen. Für ein Luft- und Seesicherheitsgesetz, das er für wichtig halte, sei allerdings noch keine Lösung in Sicht.

Auch der Bundeswehreinsatz und der Polizeiaufbau in Afghanistan hätten Auswirkungen auf die Innere Sicherheit, ebenso wie die offenen Grenzen. Mit der Globalisierung gingen bestimmte Kriminalitätsfelder einher wie Menschenhandel, Korruption, Organisierte Kriminalität und Produktpionage. Konzepte zur



Der frühere Hamburger Innensenator Udo Nagel (links) und Dr. Klaus Olshausen, Präsident der Clausewitz-Gesellschaft

Abwehr könnten nur international erarbeitet werden. Dabei müsse auch das europäische Problem der Jugendkriminalität und des sprunghaften Anstiegs der Jugendgewaltdelikte international gelöst werden.

Für den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz gebe es auf Länderebene bereits Konzepte. Auf Bundesebene fehle nach Meinung von Nagel die Koordination in Bezug auf Kompetenzen, Finanzierung und Abstimmung bei Länder übergreifenden Einsatzlagen. Deziidiert äußerte sich Nagel

zum Bundeswehreinsatz im Inneren: „Es sollte und muss bei besonderen Gefährdungslagen möglich werden, die Bundeswehr unterstützend vor allem im Kampf gegen den Terrorismus einzusetzen.“ Die Bundeswehr verfüge über besondere Kompetenzen und Fähigkeiten. Jedoch müssten die Grenzen und Bedingungen eines Einsatzes genau festgelegt werden und, für Nagel besonders wichtig, der Einsatz müsse unter der Verantwortung der Polizei erfolgen. Zu den besonderen Kompetenzen gehörten die Luftraumüberwachung und die Abwehr von See kommender Gefahren, der Schutz von Einrichtungen und die Abwehr nuklearer Gefahren.

Wenn die personellen, sachlichen und rechtlichen Voraussetzungen stimmten, könnten die Sicherheitsbehörden die Herausforderungen meistern. Dennoch

sei ein geschlossenes Konzept unabdingbar. Am Beispiel der Diskussion um die Online-Durchsuchung stellte Nagel die Problematik eines geschlossenen Sicherheitskonzeptes dar und forderte einen „Gleichklang der Länder, der nicht alle vier oder fünf Jahre durch parteipolitische Farben modifiziert wird“.

Mit den vielfältigen Facetten der terroristischen Bedrohung befasste sich das nachfolgende Panel unter dem Thema:

Die terroristische Bedrohung in und für die Bundesrepublik – von innen und von außen

Jörg Ziercke, Präsident des Bundeskriminalamtes, analysierte in seinem Statement die Gefahrenlage und stellte fest, dass Deutschland weiterhin im Zielspektrum islamistischer Terroristen liege. Die höchste Führungsebene von Al Qaida befürworte Anschläge in Deutschland. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan werde von Al Qaida und anderen als „Krieg gegen die Muslime“ propagandistisch gebrandmarkt. Ziel sei es, einen Wechsel in der deutschen Afghanistan-Politik herbeizuführen. Unter diesem Gesichtspunkt müsse man auch die Anschläge in Afghanistan gegen die ISAF-Truppen und die deutschen Soldaten sehen. Heute seien in Afghanistan monatlich mehr Anschläge zu verzeichnen als im Irak. Die befürchtete „Irakisierung“ Afghanistans sei tatsächlich eingetreten. Weltweit habe dieser Terror schon mehrere tausend Opfer gefordert.

Regionalkonflikte spielten zunehmend eine Rolle wie in China im Vorfeld der Olympischen Spiele, der Tamilen-Konflikt auf Sri Lanka oder weniger bekannte Konflikte wie der an der Grenze im Süden Thailands zu Malaysia. Diese Konflikte, die oft außerhalb unseres Blickfeldes lägen, hätten auch Auswirkungen auf Deutschland. Sehr viele Menschen aus diesen Konfliktregionen hielten sich in Deutschland auf und wirkten daran mit, dass der Kampf in ihrer Heimat weitergeht. So sei z.B. auch die Entwicklung im Kaukasus Thema in Deutschland. Deshalb dürfe man sich nicht nur auf Al Qaida fixieren, sondern müsse das Spektrum sehr viel weiter ziehen. Armut und Hunger in der Welt, das Problem der Migration, aber auch Probleme mit der Integration spielten dabei eine große Rolle.

In Deutschland seien seit dem Jahr 2000 sieben große Anschläge verhindert worden. Als Beispiel nannte Ziercke die so genannten Kofferbomber 2006, wo „wir nur einfach Glück gehabt haben“. Aktuell gebe es in Deutschland 233 Verfahren mit islamistischem Hintergrund. 25 Tatverdächtige seien seit 2003 durch

deutsche Gerichte verurteilt worden. Es gebe Hinweise auf 50 Personen, die sich in den letzten Jahren in Afghanistan hätten ausbilden lassen, etwa 80 bis 100 „Gefährder“ lebten derzeit hier. Die Antiterror-Datei umfasse rund 5.000 Personen.

Al Qaida habe sich seit 2003 im Grenzgebiet Afghanistan zu Pakistan regenerieren können. Zeichen für das wieder erstarkte Selbstbewusstsein seien auch 30 Verlautbarungen mit Anschlagdrohungen gegen europäische Länder, in 20 davon werde Deutschland explizit als Angriffsziel genannt. Erstaunlich sei, dass sich immer mehr zum Islam konvertierte junge Deutsche zu Terroristen ausbilden ließen. Die Strategie sei klar: Wer in der westlichen Gesellschaft aufgewachsen sei, habe es leichter, dort Anschläge auszuführen. Zudem habe sich Al Qaida wie ein Franchise-Unternehmen regionalisiert, nutze das Internet für Kommunikation und Propaganda und operiere in Form eines Netzwerkes. In diesem Netzwerk habe man es mit einer ganz neuen Form von Kriminalität zu tun, in der das Internet eine große Rolle spiele. Darauf müsse der Staat reagieren. Die Ermittler müssten in die Lage versetzt werden, gegen dringend Terrorverdächtige vorzugehen, z. B. durch Online-Durchsuchungen nach richterlicher Verfügung. „Netzwerke können nicht aufgedeckt werden, wenn deren Spitze vor Durchsuchungen gewarnt wird“, so Ziercke.

Der Staat nehme die Bedrohungen sehr ernst. Da sich deren Erscheinungsbild ständig ändere, müsse man flexibel reagieren können. Gegenmaßnahmen wie das gemeinsame Terrorismus-Abwehrzentrum in Berlin hätten sich bisher als wirksam erwiesen. In diesem Zentrum arbeiteten 40 deutsche Sicherheitsbehörden, 16 Landeskriminalämter, 16 Behörden für Verfassungsschutz und die entsprechenden Bundesbehörden zusammen. In einer täglichen Lagebesprechung würden dort die Bedrohung analysiert, Erkenntnisse ausgewertet und Gegenmaßnahmen diskutiert.

Thomas Sippel, Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz in Thüringen, ergänzte und erweiterte die Ausführungen Zierckes in seinem Beitrag, indem er zunächst die Rolle des Verfassungsschutzes als „Frühwarninstrument“ herausstellte. Der Verfassungsschutz setze mit seinen Beobachtungen schon dann ein, wenn Anhaltspunkte vorliegen, also schon bevor es zu einer konkreten Gefahr komme. Im Bereich des Islamismus gehe es einerseits um Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, z.B. durch die Schaffung einer Parallelgesellschaft, zum anderen aber auch um sicherheitsgefährdende Aktivitäten des internationalen Terrorismus.

Der Verfassungsschutz habe sich schon relativ früh des Phänomens Islamismus angenommen (Khomeini/Iran) und in den siebziger Jahren erstmals über dessen Erscheinungsformen berichtet. Zunächst sei es aber um einen legalistischen Islamismus gegangen. Vor dem Hintergrund des gestiegenen Selbstbewusstseins des hiesigen islamischen Spektrums hätten sich Gruppierungen wie die islamische Gemeinschaft Milli Görüs erstmals in den achtziger Jahren zu Wort gemeldet und mit Forderungen auf sich aufmerksam gemacht. Der Verfassungsschutz sei damals zum Teil belächelt und die Gefahr nicht als solche erkannt worden.

Heute gehörten in Deutschland etwa 32.000 Menschen den verschiedenen Gruppierungen der Islamisten an. Das sei ein Anstieg von etwa 1.000 gegenüber dem Vorjahr. Im Zahlenverhältnis zu den in Deutschland lebenden Muslimen – etwa drei bis dreieinhalb Millionen – sei dies ein verschwindend geringer Prozentsatz. Der Verfassungsschutz zähle dabei allerdings nur diejenigen, die zu einer islamistischen Vereinigung gehörten oder die sich entsprechend betätigten. Nicht erfasst werden könnten Menschen mit einer entsprechenden Gesinnung. Das islamistische Gefahrenpotential könne nach drei Kriterien unterschieden werden:

Erstens: Personen, die einen legalistischen Ansatz verfolgten. Diesen ginge es nicht um den Dschihad, sondern um die Errichtung einer Parallelgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung entspreche. Dies sei die größte Gruppe, dazu zähle auch Milli Görüs.

Zweitens: Gruppierungen, die von Deutschland aus eine politische Umgestaltung in ihren jeweiligen Heimatländern verfolge. Diese Gruppierungen könnten dabei auch terroristische Mittel einsetzen, nur eben nicht in Deutschland. Für Deutschland stellten sie aber eine latente Gefahr dar, da sie hier Propaganda betrieben und Nachwuchs rekrutierten.

Drittens: Personen, die dem globalen Dschihad angehören und die deshalb dem internationalen Terrorismus zuzurechnen seien. Diese könnten aufgeteilt werden in etwa 150 Hauptakteure mit einer Ausbildung in Pakistan und in Afghanistan. Es folgten die so genannten Unterstützer und der harte Kern der Hassprediger. Dieser Personenkreis werde etwa 20 bis 22 Gruppierungen zugerechnet. Von den Hauptakteuren sei ein Drittel in Deutschland geboren, die knappe Hälfte davon seien deutsche Staatsangehörige. Diese Menschen lebten überwiegend in den alten Bundesländern.

Sippel beantwortete dann die Frage, was einen jungen Muslim dazu bringe, sich zu radikalisieren und im extremsten Fall sich zum bewaffneten Dschihad bereit zu erklären. Die Biografien deuteten darauf hin, dass die nicht erfolgte Integration in die Gesellschaft eine große Rolle spiele. Gerade junge Muslime fühlten sich ausgegrenzt und seien deshalb anfällig für eine islamistische Ideologie. Bemerkenswert sei, dass gerade auch gebildete junge Menschen mit guten beruflichen Perspektiven sich extremistischen Gruppierungen anschließen. Sowohl die Attentäter vom 11. September als auch die „Kofferbomber“ seien Studenten gewesen.

Dass eine gelungene Integration eine wesentliche Rolle spielt, zeigte Sippel am Beispiel der USA, wo es keine vergleichbaren Probleme mit den Muslimen gebe. Diese zählten sich in ihrer Mehrheit zu der Schicht mit gehobenem Einkommen und Ansehen und tendierten deshalb nicht zu extremistischen Gruppen.

Sippel ging abschließend darauf ein, wie sich die Verfassungsschutzbehörden auf die Bedrohung eingestellt hätten. Innerhalb des Verfassungsschutz-Verbundes

Gerade junge Muslime fühlen sich ausgegrenzt und sind deshalb anfällig für eine islamistische Ideologie. Bemerkenswert ist, dass gerade auch gebildete junge Menschen mit guten beruflichen Perspektiven sich extremistischen Gruppierungen anschließen.

der Länder sei der Islamismus ständiges Thema. Aber auch die internationale Zusammenarbeit der Nachrichtendienste, die allerdings in die Zuständigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz falle, spiele eine zunehmend größere Rolle. Die EU habe wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Koordin-

nation bei der Bekämpfung des Terrorismus ergriffen. So arbeiteten heute die Nachrichtendienste der EU einschließlich Norwegens und der Schweiz bei der Terrorismusabwehr sehr eng zusammen.

Darüber hinaus gebe es zahlreiche bilaterale Gespräche. Dabei seien auch Allianzen entstanden, die man sich vor einigen Jahren noch nicht habe vorstellen können. Unter bestimmten Bedingungen könne es auch notwendig sein, im Zuge einer sinnvollen Terrorismusbekämpfung mit Staaten zu kooperieren, deren Grundhaltung nicht der unseren entspreche. Die dem Verfassungsschutz gesetzten Grenzen seien jedoch eng gezogen. Da es fast unmöglich sei, V-Leute in terroristische Netzwerke einzuschleusen, komme der Kommunikationsüberwachung eine besondere Bedeutung zu. Die Online-Durchsuchung sei notwendig. Bundeskriminalamt, Nachrichtendienste und die Polizei sollten deshalb dieses wichtige Instrument an die Hand bekommen.

Bernd Georg Thamm analysierte die terroristische Bedrohung aus Sicht des Fachpublizisten und „Nicht-Amtsträgers.“ Eine kleine Gruppe habe „dem Rest der Welt den Krieg erklärt, und zwar auch ihren eigenen Landsleuten. Die Opferezahlen in den muslimischen Ländern sind weit höher als im Westen.“

Für Thamm stellt sich die Bedrohung als Langzeit-Bedrohung dar, mit der man sich auch über mehrere Dekaden auseinandersetzen müsse. Eine besondere Gefahr gehe von dem Phänomen der zerfallenen Staaten (failed states) aus. Immer dann, wenn die staatliche Autorität zerfalle, träten nicht-staatliche Akteure auf den Plan. Dies könnten sowohl Akteure der Organisierten Kriminalität als auch des internationalen Terrorismus sein. In der letzten Zeit sei auch eine Vernetzung der unterschiedlichen Schauplätze des Dschihad festzustellen (Horn von Afrika, Südrussland, China, Indien). Erfahrungen eines Schauplatzes wie z.B. Irak würden schnell auf andere Regionen übertragen. Für die internationale Vernetzung spreche die Tatsache, dass auf von den US- Streitkräften aufgefundenen Listen mit 6.000 verzeichneten Selbstmordattentätern nur eine Minderheit aus dem IRAK selbst käme. Der überwiegende Teil kam aus arabischen Staaten, aus Afghanistan, aber auch aus Europa. Thamm bezeichnete die Selbstmord-Attentäter als „Waffengattung“, die die Asymmetrie der Auseinandersetzung besonders deutlich mache.

Ein weiteres Kennzeichen des Terrorismus heute sei eine zumindest temporäre Zusammengangehen mit der organisierten Kriminalität wie z.B. in Afghanistan, wo Terroristen mit der Rauschgift-Kriminalität gemeinsame Sache machten. Thamm sprach von einem „symbiotischen Terrorismus“. Er zeigte sich überzeugt, dass die Afghanistan-Frage nur zusammen mit der Rauschgift- Problematik gelöst werden könne. Die Taliban könnten mit den Erlösen aus dem Rauschgift- Geschäft ihre Kriegskassen füllen. Vom Handel mit Rauschgift würden aber auch die Warlords profitieren und selbst die Bauern, die mit Rauschgift ein Vielfaches verdienen könnten als mit Weizen.

Auch im Bereich der Geiselnahmen und beim Menschenschmuggel gebe es eine internationale Kooperation. Insbesondere in Ländern mit lang andauernden in-



In den Fragen zur terroristischen Bedrohung in und für die Bundesrepublik, von innen und von außen, wurden Zweifel laut, ob denn wirklich alles Notwendige zur Gefahrenabwehr getan werde. Der Präsident des BKA, Jörg Ziercke (im Bild), warnte vor blankem Aktionismus und stellte fest: „Wir müssen gelassen bleiben und überlegt handeln!“

neren Kriegen würde sich eine regelrechte „Entführungs-Industrie“ entwickeln. So habe es im Libanon in 15 Jahren des Bürgerkrieges rund 20.000 Geiselnahmen gegeben und im Irak seit Beginn des Krieges 3.000 bis 4.000. In Deutschland würden diese nur dann zur Kenntnis genommen, wenn es sich bei den Entführungsoffern um deutsche Staatsbürger handele. Thamm ging dann der Frage nach, wo und wie der islamistische Terror seinen Nachwuchs rekrutiere. Diese erfolge nicht nur über das Internet, sondern auch ganz konkret in europäischen Ländern. Insbesondere in Justizvollzugsanstalten würden muslimische Inhaftierte gezielt angesprochen, auch in Deutschland. Dabei kam Thamm noch einmal auf die Situation in Deutschland zurück, wo langfristig eine Gefahr weniger von eingereisten Tätern ausgehe als von deutschen „Martyrer-Konvertiten“.

In den Fragen aus dem Plenum an die Panel-Teilnehmer wurden Zweifel laut, ob denn wirklich alles Notwendige zur Gefahrenabwehr getan werde. Der Präsident des BKA, Jörg Ziercke, warnte vor blankem Aktionismus und stellte fest: „Wir müssen gelassen bleiben und überlegt handeln!“. Einen wesentlichen Schritt nach vorne mache man mit dem geplanten BKA-Gesetz, in dem es nicht um ein „deutsches FBI“ gehe. Auch würde sich die Sicherheitsarchitektur in Deutschland durch dieses Gesetz nicht entscheidend ändern, da auch künftig rund 95 Prozent aller Fälle von den Ländern bearbeitet würden. Aber das BKA müsse in seinen Kompetenzen so gestärkt werden, dass es präventiv tätig werden könne. „Wir sind gut aufgestellt, aber das letzte Risiko kann ich Ihnen nicht nehmen“, so Ziercke.

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe unter den neuen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts

In einer weiteren Panelrunde diskutierten Christoph Unger, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Bonn, Generalmajor Johann G. Opitz, Befehlshaber im Wehrbereich III (WB III), Erfurt, und Ministerialrat Thomas Hirsch, Innenministerium Thüringen (TIM), über die Lage und die Aufgaben von Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die sich insbesondere auch durch die Ereignisse des 11. September 2001 zum Teil deutlich verändert hätten.

Das Grundgesetz (GG) regle die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern im „föderalen Sinne“, so **Christoph Unger**, Präsident des BBK. Abgeleitet aus Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 GG sei im Verteidigungsfall der Bund für den Bevölkerungsschutz zuständig; der Katastrophenschutz sei nach Art. 30, 70 GG Auf-

gabe der Länder. Dadurch habe sich ein „komplexes System“ mit unterschiedlichen Zuständigkeiten bei Bund und Ländern herausgebildet. Bis hinab auf die Kreisebene gebe es 440 (!) Behörden, die in unterschiedlichen Konstellationen kooperieren müssten. Das System funktioniere, habe aber auch Defizite, vor allem dann, wenn Katastrophen-/ Schadenslagen über Ländergrenzen hinausreichten. Bei ihren Beschlüssen zur „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“ habe die Innenministerkonferenz (IMK) 2002 zwar festgestellt, dass Bund und Länder ein „funktionierendes System zur Bewältigung auch von Großschadenslagen“ besäßen, gleichzeitig sei jedoch die Notwendigkeit gesehen worden, das System fortzuentwickeln und dem Bund mehr Verantwortung zuzuweisen. Das gelte insbesondere für „Länder übergreifende Lagen“, denen nur „mit gesamtstaatlichen Maßnahmen“ begegnet werden könne, zum Beispiel bei möglichen terroristischen Angriffen, überregionalen Naturereignissen und schweren Unglücksfällen. Der Bund habe zu diesem Zweck neben anderen Maßnahmen am 1. Mai 2004 das BBK errichtet, um so die Servicefunktionen und Hilferessourcen des Bundes bestmöglich bündeln und koordinieren zu können. Der Bevölkerungsschutz verfüge mit dem BBK nun eine Zentralstelle mit besonderen Kompetenzen, die Grundsatzfragen klären, Koordinierungsaufgaben wahrnehmen und vielfältige Dienstleistungen erbringen könne. Die vorhandenen Hilfepotenziale von der Bundesebene bis auf die kommunale Ebene könnten so insgesamt besser verzahnt werden; dadurch entstünden im Krisenfall erhebliche Synergieeffekte.

Präsident Unger beschrieb danach ausführlicher neue Formen der Bedrohung, auf deren Bewältigung sich Politik und Behörden verstärkt einstellen müssten. Besonders erwähnte er Bedrohungen durch Klimaänderungen (Hochwasser, Stürme, Dürren), Epidemien und Pandemien (Grippepandemie), Terrorakte und internationale Auswirkungen von Kriegen. Am Beispiel des großflächigen Stromausfalls als Folge des Orkans „Kyrill“ zeigte er die Verwundbarkeit moderner Industriegesellschaften und ihrer Infrastrukturen auf. Aus dem Bewusstsein ihrer Gesamtverantwortung für den Schutz der Bevölkerung in derartigen Krisenlagen hätten Bund und Ländern eine Reihe von Maßnahmen zur Optimierung des Krisenmanagements ergriffen. Unger nannte vor allem die Verstärkung der Ausbildung im strategischen Krisenmanagement. Er ging dabei besonders auf die unter Leitung des BBK entwickelte Übungsserie LÜKEX (Länderübergreifendes Krisenmanagement Exercise) ein, deren Hauptziel es sei, das Zusammenwirken von Bund und Ländern beim Krisenmanagement auf der strategischen Ebene im Vorfeld und nach Eintritt von großräumigen Schadensfällen zu optimieren.

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe brauchen Akzeptanz, Engagement und Selbsthilfe

Ministerialrat **Thomas Hirsch**, Leiter des Referats für Zivile Verteidigung, Katastrophenschutz und Rettungswesen im Innenministerium des Landes Thüringen, richtete den Blick auf vier Schwachpunkte, auf deren Behebung man sich konzentrieren müsse:

Erstens: Die föderale Struktur führe zwangsläufig dazu, dass jedes Land für die Katastrophenhilfe die Vorbereitungen träfe, die es aus seiner Sicht für notwendig halte. Das sei einerseits von Vorteil, habe aber zu sechzehn zum Teil unterschiedlichen Lösungen geführt („Von meinen fünfzehn Kollegen würden Sie an dieser Stelle wahrscheinlich fünfzehn mehr oder weniger voneinander abweichende Stellungnahmen hören.“). Bei allen inzwischen gemachten Fortschritten sehe er hier insgesamt noch Verbesserungsbedarf.

Zweitens: Der klassische Katastrophenschutz sei nur bedingt in der Lage, auf neue Bedrohungen zu reagieren. So definiere zum Beispiel das Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetz die Zuständigkeit des Katastrophenschutzes so, dass diese nur bei größeren Schadensereignissen in Folge von Bränden, Witterungsereignissen oder Unfällen originär gegeben sei. In Folge dessen seien die in die Gefahrenabwehr eingebundenen Organisationen sowie deren Ausrüstung und die Ausbildung ihres Personals auch nur auf diese Fälle ausgerichtet.

Drittens: Das Personal des Katastrophenschutzes rekrutiere sich mit Masse aus den Feuerwehren und den privaten Hilfsorganisationen. Auf Grund der Tatsache, dass die Feuerwehren gemeindliche Organisationen seien und die Angehörigen fast ausschließlich ehrenamtlich tätig seien, werde es zunehmend schwer, genügend qualifiziertes Personal zu gewinnen, es für Spezialaufgaben auszubilden und Einsätze außerhalb des originären Einsatzgebietes und während der normalen Arbeitszeit sicherzustellen. Das gelte auch für das Personal der Hilfsorganisationen.

Viertens: Das fehlende Bedrohungsgefühl nach dem Ende des Kalten Krieges habe die Bereitschaft, sich zu engagieren und zu investieren, sinken lassen. Nicht nur die militärischen Potenziale, sondern auch die des Zivilschutzes, die auch für den Katastrophenschutz eingesetzt werden konnten, seien abgebaut worden. Dadurch seien auch die Zahl der Helfer und die Bereitschaft des Einzelnen, sich aktiv einzubringen, zurückgegangen. Verstärkt werde dieser Trend durch ein Ge-

fühl der relativen Sicherheit, das durch die Berichterstattung der Medien über aktuelle Katastrophenlagen in aller Welt und durch die tatsächlich selten auftretenden größeren Schadenslagen in Deutschland hervorgerufen worden sei.

Bezüglich des Krisenmanagements des Freistaats Thüringen zeigte Hirsch sich zuversichtlich. In Thüringen sei die Wahrscheinlichkeit einer klassischen Katastrophe auf Grund seiner geografischen Lage und Struktur relativ gering. Der klassische Katastrophenschutz sei „gut aufgestellt“. Bei größeren Krisenlagen, insbesondere solchen, die mit der Freisetzung von Gefahrstoffen und einer damit verbundenen Kontaminierung von Menschen, Material oder der Umwelt einhergingen, sowie bei Ereignissen mit einer großen Anzahl von Verletzten sei man ohnedies auf die Hilfe des Technischen Hilfswerks, der Bundeswehr, der Bundespolizei, der Nachbarländer und anderer Stellen angewiesen. In diesem Zusammenhang lobte der Vortragende die neuen territorialen Strukturen der Bundeswehr.

Allerdings sei auch Thüringen sich der Tatsache bewusst, dass neben den „klassischen“ Katastrophengefahren die Bedrohung durch terroristische Anschläge oder die Störung der so genannten kritischen Infrastrukturen wachse. Um diesen neuen Bedrohungen besser begegnen zu können, seien am 1. Oktober dieses Jahres in Thüringen die Aufgaben der polizeilichen und der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in einer Abteilung „Öffentliche Sicherheit“ im Innenministerium zusammengefasst worden. Mit Blick auf die Fähigkeit Deutschlands insgesamt, neue Bedrohungen abwehren zu können, müssten diese den Medien und den politischen Entscheidungsträgern deutlicher gemacht werden, damit eine bessere Akzeptanz und mehr Engagement erreicht würden. Auch müsse man stärker zu länder- und ressortübergreifender Beobachtung und Beurteilung kritischer Lagen und zur koordinierten Steuerung der vorbeugenden und abwehrenden Maßnahmen kommen als bisher. Darin seien auch die private Wirtschaft und andere Stellen mit einzubinden.

Verlässliche Partnerschaft der Bundeswehr in der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit

Nach kurzer historischer Einleitung erläuterte Generalmajor Johann G. Oppitz die rechtlichen Grundlagen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) im Katastrophenschutz. Nach Artikel 87a Abs. 2 GG dürften die Streitkräfte außer zur Verteidigung nur eingesetzt werden, soweit es das GG ausdrücklich erlaube. Grundlage und zugleich Grenze des Einsatzes der Bundeswehr im Inland sei

bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen durch Artikel 35 Abs. 2 u. 3 GG festgelegt, im Rahmen technischer Amtshilfe und bei dringender Nothilfe durch Artikel 35 Abs. 1 GG. Hilfeleistung dürfe nur im Rahmen „verfügbarer Kapazitäten erfolgen und nur soweit es der originäre Auftrag der Streitkräfte zulässt“. Sie dürfe zudem nur so lange gewährt werden bis die

zivile Seite in der Lage sei, die Hilfe selbst zu leisten. Der Einsatz der Bundeswehr sei grundsätzlich kostenpflichtig.



Diskussion über Innere Sicherheit – im Bild von links: Dr. Olshausen, General Oppitz und Thomas Hirsch, Innenministerium Thüringen

General Oppitz erläuterte anschließend die neue Organisation der ZMZ unter besonderer Berücksichtigung der Organisation im Wehrbereich III sowie mögliche Gefährdungspotenziale im Wehrbereich, die eine Unterstützung ziviler Stellen durch die Bundeswehr im Katastrophenfall erfordern könnten. Er nannte hier besonders die Gefährdungen durch Elbe- und Oder-

hochwasser, Brandgefährdungen, insbesondere in Brandenburg, die schnee- und eisgefährdeten Gebirgszüge von Erzgebirge und Thüringer Wald, sowie das Chemiesiedleck Bitterfeld und schließlich den Forschungsreaktor in Berlin. Die Bundeswehr halte für solche Gefährdungsfälle keine Kräfte ausschließlich für die Katastrophenhilfe bereit. Allerdings verfüge sie über eine Vielzahl von zum Teil einmaligen Fähigkeiten, auf die im Katastrophenfall zurückgegriffen werden könne. Der General nannte unter anderem: Einsatz von Aufklärungstornados bei Hochwasserlagen; Einsatz des MEDEVAC-Airbus; Lufttransport; Einsatz von Ölauffangschiffen und Seeraumüberwachungs-Flugzeugen; Einrichtungen des zentralen Sanitätsdienstes. Des Weiteren böten insbesondere das Heer und die Streitkräftebasis eine Vielzahl an Unterstützungsoptionen, z.B. durch Pioniere, ABC-Abwehrtruppe, Heeresflieger und Feldjägerkräfte.

General Oppitz gab am Schluss seines Vortrags erste Erfahrungen mit der neuen territorialen Struktur weiter, die insgesamt positiv seien. Die Bundeswehr trage in einem vernetzten gesamtstaatlichen Ansatz mit ihren Fähigkeiten im Rahmen der gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Schutz der Bürger und Bürgerinnen sowie von lebenswichtiger Infrastruktur im Inland bei. Das „territoriale Netzwerk“ habe dabei die entscheidende Mittlerfunktion für eine wirksame ZMZ. Er hob dabei die Rolle der Reservisten vor allem auf der wichtigen Ebene der Landkreise besonders hervor: „Zum ersten mal ist in den neuen Kreisverbindungs-

kommandos eine Ebene ausschließlich mit Reservisten besetzt. Die Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten und die gewachsene Einbindung in die lokalen Strukturen und Netzwerke sind dabei ein immenser Vorteil. Immer mehr Landräte wenden sich in Bundeswehrfragen an ihre persönlichen Berater.“

Rechtsstaatliche Freiheitssicherung – jenseits von verantwortungsloser Dramatisierung und Realitätsverweigerung

Mit diesem Thema befasste sich **Prof. Dr. Manfred Baldus**, Lehrstuhlinhaber für öffentliches Recht und neuere Rechtsgeschichte an der Universität Erfurt, aus grundsätzlicher Sicht.

Wenn man auf die sicherheitspolitische Debatte der letzten Jahre blicke, lasse sich leicht erkennen, dass eines in ihrem Mittelpunkt stand: nämlich die Sorge um den Rechtsstaat. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sahen und sehen ihn ernsthaft bedroht durch eine beispiellose sicherheitsgesetzliche Normierungsfutur, die nach den terroristischen Attentaten im Jahre 2001 einsetzte und bis heute nicht abzubeben scheint – man denke nur etwa an das neue Gesetz für das Bundeskriminalamt. Die Furcht sei groß, der liberale Rechtsstaat wandle sich unaufhaltsam zu einem Präventionsstaat, der einer an Sicherheit und Effizienz orientierten Logik huldige – einer Logik, die mit der des Rechtsstaates unverträglich sei. Doch auch von entgegengesetzten Prämissen aus werde die Sorge um den Rechtsstaat formuliert: Ihm fehlten die Mittel, um in einem weltweiten Bürgerkrieg politischer, zu allem entschlossener Gewalt zu begegnen. Die Selbstbehauptung des Rechtsstaates sei gefordert und der Bürger sei in der Pflicht, für die Existenz des Staates notfalls das Opfer des eigenen Lebens zu erbringen. Diese Polarisierung irritiere und verstöre, und sie tue dies vor allem wegen ihrer Dramatisierungen, Einseitigkeiten und Verkürzungen, so Professor Dr. Baldus weiter, und: „Der Rechtsstaat des Grundgesetzes ist weder wehr- und kraftlos, noch schließt seine Logik die des Präventionsstaates aus.“

Professor Dr. Baldus begründete in einem von den Tagungsteilnehmern mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen umfassenden Vortrag diese These, wobei das Phänomen, das den westlichen Staaten seit der Jahrtausendwende diese Sicherheitsdebatte aufgezwungen hat, nämlich das Phänomen des Terrorismus, im Zentrum seiner Ausführungen stand.

Hinweis: Jeder Versuch einer Zusammenfassung des Beitrags müsste angesichts der Komplexität der Rechtsmaterie zu kurz greifen und zudem Gefahr laufen, die

Aussagen durch Verkürzung zu verfälschen. Der Vortrag „Rechtsstaatliche Freiheitssicherung – jenseits von verantwortungsloser Dramatisierung und Realitätsverweigerung“ von Prof. Dr. Manfred Baldus ist deshalb als schriftliche Fassung



des beim Forum 2008 gehaltenen Vortrags auf den Seiten 71 bis 83 dieses Jahrbuchs im vollen Wortlaut veröffentlicht.

Beim festlichen Abendessen des Forums sprach Frau Professor **Dr. Dagmar Schipanski**, Präsidentin des Thüringer Landtages, als Ehrengast zu den Teilnehmern. Im ersten Teil ihrer beeindruckenden Rede stellte sie den Zuhörern ihre Heimat, den Freistaat Thüringen, seine Geschichte, sei-

ne Landschaften, seine Menschen, seine Leistungen und bedeutenden Persönlichkeiten vor. Im zweiten Teil ihres Vortrags standen Gedanken zur deutschen Vereinigung im Mittelpunkt. Frau Schipanski fand dabei – neben dem großen Respekt, wie die Vereinigung bewältigt worden sei – auch nachdenkliche Worte über die Befindlichkeit der Menschen. Besonders stellte sie die Frage in den Raum, ob die Vereinigung, selbst nach fast zwanzig Jahren, auch in den Herzen der Menschen in den neuen wie den alten Bundesländern angekommen sei.

Hinweis: Die Rede von Frau Professor Dr. Schipanski ist am Schluss des Jahrbuchs auf den Seiten 314 bis 326 im vollen Wortlaut veröffentlicht.

Zu den Autoren: Werner Baach, Oberst a.D. und Journalist, ist im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft für die Informationsarbeit verantwortlich. Oberst a.D. Wolfgang Fett war bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst im Januar 2008 Leiter des Presse- und Informationszentrums des Heeres, Koblenz.

Rechtsstaatliche Freiheitssicherung – jenseits von verantwortungsloser Dramatisierung und Realitätsverweigerung¹

Prof. Dr. Manfred Baldus

I.

Wenn man auf die sicherheitspolitische Debatte der letzten Jahre blickt, lässt sich leicht erkennen, dass eines in ihrem Mittelpunkt stand: nämlich die Sorge um den Rechtsstaat. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sahen und sehen ihn ernsthaft bedroht durch eine beispiellose sicherheitsgesetzliche Normierungsflut, die nach den terroristischen Attentaten im Jahre 2001 einsetzte und bis heute nicht abzubebben scheint – man denke nur etwa an das neue Gesetz für das Bundeskriminalamt. Die Furcht ist groß, der liberale Rechtsstaat wandle sich unaufhaltsam zu einem Präventionsstaat, der einer an Sicherheit und Effizienz orientierten Logik huldige – einer Logik, die mit der des Rechtsstaates unverträglich sei. Doch auch von entgegengesetzten Prämissen aus wird die Sorge um den Rechtsstaat formuliert: Ihm fehlten die Mittel, um in einem weltweiten Bürgerkrieg politischer, zu allem entschlossener Gewalt zu begegnen. Die Selbstbehauptung des Rechtsstaates sei gefordert und der Bürger sei in der Pflicht, für die Existenz des Staates notfalls das Opfer des eigenen Lebens zu erbringen. Diese Polarisierung irritiert und verstört, und sie tut dies vor allem wegen ihrer Dramatisierungen, Einseitigkeiten und Verkürzungen. Der Rechtsstaat des Grundgesetzes ist weder wehr- und kraftlos, noch schließt seine Logik die des Präventionsstaates aus.



Prof. Dr. Baldus (links) und der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft

Wenn man diese These zu begründen versucht, kommt man natürlich zunächst nicht umhin, das Phänomen genauer zu bestimmen, das den westlichen Staaten seit der Jahrtausendwende diese Sicherheitsdebatte aufgezwungen hat, nämlich das Phänomen des Terrorismus. Es existiert keine allgemein anerkannte Definition dessen, was als Terrorismus zu gelten hat. Der Grund liegt auf der Hand: Das, was sich für die einen als Ausdruck nihilistischer und verabscheuungswürdiger terroristischer Zerstörungswut darstellt, ist für die anderen ein notwendiges Mittel – etwa in einem patriotischen Befreiungskrieg. Eine allgemein anerkannte Definition des Terrorismus zu finden, ist daher schwierig, weil die Ansichten

über die Legitimation politischer Gewalt so weit auseinander gehen. Um das Thema halbwegs handhabbar zu machen, scheint indessen eine in der sozialwissenschaftlichen Forschung verbreitete Definition hilfreich, nach der sich Terrorismus von sonstigen Formen politischer Gewalt durch die folgenden Merkmale unterscheidet: durch seine Unkalkulierbarkeit und zerstörerische Qualität, durch seine psychische Wirkung auf weite Teile der Bevölkerung, durch das Vorhandensein einer ideellen, ihn legitimierenden Überhöhung und schließlich durch die Absicht, mit den Gewalttaten eine politische Botschaft zu vermitteln. Vergleicht man die so verstandene terroristische Gewalt der sechziger und siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts mit dem neuen Terrorismus, der seit 2001 im Mittelpunkt steht, so lassen sich deutliche Abweichungen erkennen, in Hinsicht auf die Art der verübten Gewalt, in Bezug auf die zur Legitimation in Anspruch genommene Idee, sowie in Hinsicht auf den Typus der handelnden Täter und das von ihnen gewählte Operationsfeld. Charakteristisch für den neuen Terrorismus sind Täter, die weitgehend wahllos Zivilisten schädigen, global agieren, offensichtlich religiös motiviert sind und kein fassbares konkretes politisches Ziel oder eine konkrete Idee politischer Ordnung verfolgen.

Das große Interesse, das terroristische Gewalt auf sich zieht, hat seinen Grund nicht primär in der Gefährdung des Einzelnen. Es ist vielmehr die Gefahr für die staatlichen Institutionen, die von terroristischer Gewalt ausgehen kann.

Fragt man nun nach der tatsächlichen Gefahr, die gegenwärtig von terroristischer Gewalt in Europa ausgeht, so lässt sich auf einen im vergangenen Jahr veröffentlichten Bericht

von Europol verweisen. Danach hat es im Jahr 2006 allein in Europa rund 500 terroristische Anschläge gegeben. So beunruhigend diese Zahl auch ist – man muss ergänzen, dass für den Einzelnen, statistisch betrachtet, nur eine geringe, im Grunde zu vernachlässigende Wahrscheinlichkeit besteht, jemals unmittelbares Opfer terroristischer Gewalt zu werden. Dies kann sich in Zukunft ändern, nämlich dann, wenn es Terroristen gelingen sollte, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu gelangen, also in den Besitz von nuklearen, chemischen oder biologischen Waffen. Doch solange dies nicht – oder nur ganz selten der Fall ist – ist die Gefahr terroristischer Gewalt, bezogen auf die Rechtsgüter des Einzelnen wie Eigentum, Gesundheit und Leben, eine – insgesamt betrachtet – nicht sonderlich signifikante Größe. Dieser Umstand steht gewiss in einem auffälligen Kontrast zu der Aufmerksamkeit, die dem Terrorismus in der Öffentlichkeit zukommt. Aber dieser Kontrast ist leicht erklärbar. Das große Interesse, das terroristische Gewalt auf sich zieht, hat seinen Grund nicht primär in der Gefährdung des Einzelnen. Es ist vielmehr die Gefahr für die staatlichen Institutionen, die von terroristischer Gewalt ausgehen kann.

Ein illustratives Beispiel dafür liefert meines Erachtens das Attentat von Madrid im April 2004, das genau drei Tage vor der Wahl zum spanischen Parlament verübt wurde. Vieles spricht dafür, dass die Wahl ohne die Anschläge ganz anders ausgefallen wäre. Denn kurze Zeit nach den Anschlägen vertrat die damalige konservative spanische Regierung trotz gegenteiliger Indizien die These, die baskische ETA sei für die Anschläge verantwortlich. Nachdem sich diese Darstellung aber nicht mehr halten ließ, erhitzte sich die öffentliche Debatte ungemein. Es wurde der Vorwurf der Vertuschung erhoben und es kam am Tage vor der Wahl sogar zu verbotenen Demonstrationen. Die Wahl selbst führte dann zu einem Erdrutsch-Sieg der Sozialisten. Und deren Chef kündigte noch am Wahlabend an, Spanien werde seine Soldaten aus dem Irak abziehen, falls die Vereinten Nationen den Einsatz im Irak nicht nachträglich legitimieren sollten. Ohne die terroristischen Anschläge in Madrid kurz vor der Wahl hätte sich dies gewiss so nicht ereignet.

II.

Angesichts solcher Vorgänge, angesichts der Gefahr des Terrorismus, weniger für die Rechtsgüter des Einzelnen als vielmehr für das Funktionieren der staatlichen Institutionen, bedarf es sicherlich keiner weiteren Begründung, dass Staaten auf terroristische Gewalt reagieren, dass sie diese Gewalt eindämmen müssen. Die Staaten in Europa haben dies auch getan, insbesondere mit zahlreichen legislativen Maßnahmen, sowohl in den sechziger und siebziger Jahren, wie auch seit 2001. In der Bundesrepublik Deutschland wurden damals wie heute die personelle und finanzielle Ausstattung der Sicherheitsbehörden verbessert, deren Organisation modifiziert und insbesondere die Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsorgane erweitert. Allerdings deutet einiges darauf hin, dass die Reaktion seit 2001 eine umfassendere und eine andere ist als die in den sechziger und siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Während nämlich damals der Schwerpunkt der legislativen Maßnahmen auf dem Strafrecht und Strafprozessrecht lag, etwa in Gestalt von Beschränkungen der Rechte von Strafverteidigern und Inhaftierten oder durch Schaffung von Sondertatbeständen wie der Bildung einer terroristischen Vereinigung, liegt das Schwergewicht der Eingriffsmaßnahmen seit 2001 bei den so genannten Vorfeldmaßnahmen. Vor allem die Nachrichtendienste wurden mit zusätzlichen Befugnissen ausgestattet, verdeckt informationserhebend tätig zu werden – und zwar auch dann, wenn noch gar keine konkrete Gefahr zu erkennen ist. Hinzu kommen organisationsrechtliche Regelungen, um zum einen die Kooperation der Sicherheitsbehörden zu verbessern. Dazu als Beispiel: die Verabschiedung des Gesetzes über die Errichtung gemeinsamer Dateien von Polizeibehörden des Bundes und der Länder und

der Nachrichtendienste. Zum anderen sind Regelungen zu nennen, die darauf zielen, die polizeiliche Gefahrenabwehr durch Inneneinsätze der Streitkräfte zu ergänzen. Stichwort: Luftsicherheitsgesetz, dessen Abschussregelung allerdings vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurde. Schließlich: Seit 2001 gibt es verbindliche europarechtliche Rechtsakte, die sich auf die Bekämpfung des Terrorismus beziehen und die es in den sechziger und siebziger Jahren in dieser Quantität und Qualität nicht gab. Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen – und auch dies zeigt die Andersartigkeit der Reaktion seit 2001 – dass „Terrorismus“ inzwischen sogar zu einem Verfassungsbegriff aufgestiegen ist. Im Zuge der Föderalismusreform wurde vor zwei Jahren eine neue ausschließliche Kompetenz des Bundes für die „Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus“ geschaffen. Damit lassen sich also deutliche Unterschiede in der Art der Reaktion auf den Terrorismus der sechziger bzw. siebziger Jahre sowie auf den Terrorismus seit 2001 feststellen.

In einem Punkt ist allerdings eine genauso deutliche Parallele erkennbar. Denn nicht nur heute, sondern auch damals zählt die Frage der Rechtsstaatlichkeit zu den Kernthemen der Diskussion über die Bewertung der staatlichen Reaktion auf terroristische Gewalt. Dies lässt sich gut ablesen an den Titeln von Büchern und Aufsätzen, die in den sechziger und siebziger Jahren wie auch seit 2001 erschienen sind. Die Titel lauten ähnlich, etwa: „Der Rechtsstaat in der politischen Kontroverse“, „Terrorismus contra Rechtsstaat“, „Abbau des Rechtsstaates durch Neubau des Polizeirechts“, „Der attackierte Rechtsstaat“ oder gar „Anti-Terrorgesetze – eine Niederlage des Rechtsstaates“ und so weiter.

Die Kernfrage, um die sich die Diskussion dreht, lässt sich so formulieren: Kann ein Rechtsstaat, der zur Bekämpfung terroristischer Gewalt zu den erwähnten, zahlreichen legislativen Maßnahmen greift, dabei überhaupt Rechtsstaat bleiben – oder läuft er nicht Gefahr, bei seiner Reaktion auf den Terrorismus seine Rechtsstaatlichkeit preiszugeben? Im Grunde stellt sich diese Frage bei jeder legislativen Maßnahme, durch die die Befugnisse der Sicherheitsbehörden erweitert werden. Mit besonderer Schärfe stellt sie sich aber bei der Erörterung und Bewertung von außergewöhnlichen, extremen Gegenmaßnahmen des Staates auf terroristische Gewalt: Darf ein Rechtsstaat zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung die tradierte Trennung von Polizei und Geheimdiensten bzw. von Polizei und Militär aufgeben? Darf ein Rechtsstaat des Terrorismus verdächtige Personen inhaftieren und ihnen all die Verfahrensrechte aberkennen, die im „alten Europa“ seit rund 800 Jahren zum Mindeststandard rechtmäßiger Freiheitsentziehung zählen? Darf ein Rechtsstaat Informationen durch Zwang erheben, wenn diese

Informationen benötigt werden, um große Schäden zu verhindern und es kein anderes Mittel zur Schadensabwehr zu geben scheint als eben eine solche "Informationserhebung" durch – man sollte dies offen aussprechen – durch Folter? Darf ein Rechtsstaat, wenn er selbst nicht zu diesem Mittel greift, dann aber zumindest Daten zur Abwehr von Gefahren nutzen, wenn er weiß oder nicht ausschließen kann, dass diese Daten mit eben solchen Methoden, also unter Folter, erhoben wurden? Darf ein Rechtsstaat – auch ganz unabhängig von einer konkreten Gefahr – gezielt Personen töten, wenn er über Erkenntnisse verfügt, dass diese Personen als Hintermänner in der Vergangenheit für zahlreiche terroristische Anschläge verantwortlich waren und zu erwarten ist, dass sie in Zukunft bei der Planung und Organisation weiterer terroristischer Anschläge maßgeblich mitwirken werden? Darf ein Rechtsstaat auch nicht-verantwortliche, unschuldige, wahrscheinlich nicht mehr zu rettende Personen töten, um durch eine solche Maßnahme eine Vielzahl noch zu rettender Menschen auch zu retten? Sollen also – so kann man vielleicht verallgemeinern – sollen solche Maßnahmen auch einem Rechtsstaat erlaubt sein, einem Staat, der seine Legitimation gerade nicht allein aus der Effizienz seines Handelns bezieht, sondern eben auch aus dem Recht? Versucht man, auf diese Frage eine Antwort zu entwickeln, kommt man nicht umhin, eben das näher und genauer zu fassen, was einen Staat zu einem Rechtsstaat macht, was ihn als Rechtsstaat auszeichnet. Dies ist gewiss eine Aufgabe mit einem beträchtlichen Schwierigkeitsgrad. Denn die Berufung auf die „Rechtsstaatlichkeit staatlichen Handelns“, insbesondere in der rechtspolitischen Debatte, ist sehr schnell, sehr oft und von den unterschiedlichsten Positionen aus zu hören. Und es gibt wohl kaum eine Kategorie des Staats- und Verfassungsrechts, die einen größeren Bedeutungs- und Variantenreichtum aufweist als die des Rechtsstaates.

Die Kernfrage, um die sich die Diskussion dreht, lässt sich so formulieren: Kann ein Rechtsstaat, der zur Bekämpfung terroristischer Gewalt zu den erwähnten, zahlreichen legislativen Maßnahmen greift, dabei überhaupt Rechtsstaat bleiben – oder läuft er nicht Gefahr, bei seiner Reaktion auf den Terrorismus seine Rechtsstaatlichkeit preiszugeben?

III.

In der Tradition des deutschen Rechtsdenkens stand der Ausdruck Rechtsstaat lange Zeit als Chiffre für die rechtlichen Instrumente und Konstrukte, welche die Freiheit des Individuums gegen die lange Zeit absolutistisch-monarchische Staatsgewalt sicherten. Dieses Rechtsstaatsverständnis, das sich in der Sicherung der Freiheit gegen den Staat erschöpft und das diese Sicherung vor allem durch Gesetzesbindung und gerichtlichen Rechtsschutz zu erreichen sucht, wurde und wird zudem mit gutem Grund auch als formelles Rechtsstaatsverständnis cha-

rakterisiert – formelles Rechtsstaatsverständnis, weil es nicht nach materiellen Aufgaben des Staates fragt, die diesem gestellt werden und von ihm zu erfüllen sind. Die Frage der Freiheitssicherung durch den Staat, insbesondere die Aufgabe des Staates, Freiheit zu schützen gegen Übergriffe Privater oder gegen Angriffe fremder Staaten oder Organisationen – diese Aufgabe war nicht Gegenstand des Rechtsstaatsdiskurses, sondern Gegenstand der Lehre vom Staatszweck und der Rechtfertigung staatlicher Gewalt.

Jenes formelle Rechtsstaatsverständnis – Freiheitssicherung gegen den Staat – wurde zwar nach 1933 als Ausdruck eines „volksfremden Liberalismus“ diffamiert. Aber es verschaffte sich gleich nach Inkrafttreten des Grundgesetzes wieder Geltung. Und es wurde seither mit Hilfe zahlreicher Teilelemente konkretisiert und gestärkt. Jedoch blieb es unter der Geltung des Grundgesetzes nicht bei diesem formellen Rechtsstaatsverständnis. Vielmehr kam es zu einer bemerkenswerten Materialisierung des Rechtsstaatsbegriffs. Maßgeblich angestoßen wurde diese Entwicklung von einem der herausragenden liberalen Staats- und Verfassungsrechtslehrer, dem ehemaligen Richter des Bundesverfassungsgerichts Konrad Hesse. Er schrieb 1962 in einem viel beachteten Aufsatz:

*„Der Rechtsstaat des Grundgesetzes ist nicht nur formeller, sondern auch materieller Rechtsstaat, in ihm gilt der Primat der Bindung des Rechts im Sinne der Bindung nicht nur an das Recht als solches, sondern an bestimmte Inhalte des Rechts.“*²

Hesse begründete diese These mit dem einfachen Gedanken, dass der formelle Rechtsstaat nicht imstande sei, „reale Freiheit“ zu gewährleisten. Das Besondere an Hesses Rechtsstaatsverständnis, dem im Übrigen viele gefolgt sind, war nun, dass er auf den Schutz der Freiheit gegen gesellschaftliche und vor allem wirtschaftliche Übermacht gerichtet war. Der Rechtsstaat des Grundgesetzes ist nämlich für Hesse Teil einer freiheitlichen Gesamtordnung deshalb, weil „die Rechtsordnung die Voraussetzungen der physischen Existenz des Einzelnen, seine Teilhabe an den lebensnotwendigen Gütern und Leistungen“³ sichert und dass daher ein „Minimum an Staat“ keinesfalls ein „Maximum an Freiheit“ bedeute. Die Erkenntnis nun, dass der von Hesse in den Blick genommene „Zustand realer Freiheit“ auch vom Ausmaß „privater“ Gewalt abhängt und dass zu den „Voraussetzungen der physischen Existenz“ doch auch gerade das Fehlen von Gewalttätigkeit zählt – diese Erkenntnis wurde allerdings von Hesse oder anderen Autoren in den sechziger Jahren noch nicht im Zusammenhang mit einem material verstandenen Rechtsstaatsbegriff erörtert. Dies ändert sich dann

in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts – unter dem Eindruck zahlreicher terroristischer Attentate durch die Rote-Armee-Fraktion. Seither – dies lässt sich beobachten – ist die Sicherheitsaufgabe des Staates, die Sicherung der Freiheit gegen private Gewalt durch den Staat, wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil der Formel vom freiheitlichen Rechtsstaat.

Versucht man nun, ein Fazit zu diesem kurzen Überblick über die Entwicklung des Rechtsstaatsverständnisses zu ziehen, so lässt sich also feststellen: Der Rechtsstaat des Grundgesetzes erfasst auch die Bedingungen für die Geltung seines Rechts – des Rechts, das die Freiheit seiner Bürger gegen Übergriffe Dritter sichern soll. Der Rechtsstaat des Grundgesetzes sichert mithin auch Freiheit durch den Staat. Um diese Aufgabe der Freiheitssicherung zu erfüllen, kommt auch der Rechtsstaat des Grundgesetzes nicht umhin, selbst wiederum Freiheiten zu beschränken. Dieser Gedanke, Freiheit durch Freiheitsbeschränkung zu gewährleisten, kommt bekanntlich in mehreren Vorschriften des Grundgesetzes explizit zum Ausdruck, etwa in den Vorschriften über Vereins- und Parteiverbote oder über die Verwirkung der Grundrechte: Zur Sicherung der Freiheit, zum Schutz der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung können bestimmte Freiheiten beschränkt, ja sogar aufgehoben werden. Zum anderen ist dieser Gedanke ganz allgemein in der Lehre von den grundrechtlichen Schutzpflichten verankert, wonach die Pflicht, Rechtsgüter und Freiheiten zu schützen, zur Rechtfertigung von Freiheitsbeschränkungen dienen können.

IV.

Das Rechtsstaatskonzept des Grundgesetzes offenbart eine spannungsgeladene Ambivalenz. Es verlangt einmal, gegen Übergriffe Privater Freiheit durch den Staat zu sichern, der dazu wiederum Freiheiten beschränken muss. Zugleich gebietet das Rechtsstaatskonzept aber auch, Freiheit gegen diesen freiheitsbeschränkenden Staat zu sichern. Reflektiert man diese Doppelgestalt, diese Doppeldeutigkeit des Rechtsstaats, so erscheint sie – zumindest auf einer abstrakten Betrachtungsebene – schnell als kaum erträgliches Dilemma, ja sogar als unauflösbares Paradoxon: Die dem Rechtsstaat aufgegebene Sicherung der Freiheit kann nämlich nur gelingen, wenn er Freiheiten beschränkt. Tut er dies aber, so läuft er Gefahr, selbst unfreiheitlich zu werden. Man kann dies zuspitzen: Bekämpft er zum Zwecke der Freiheitssicherung terroristische Gewalt, indem er Freiheiten beschränkt, so riskiert er, am Ende gar selbst terroristisch zu werden. Zugleich gilt aber auch: Bleibt der Rechtsstaat untätig, geht er nicht dazu über, im Falle terroristischer Bedrohungen und Angriffe den Sicherheitsbehörden notwendige neue Eingriffsmächtigungen zur Verfügung zu stellen, unterlässt er es

also, Freiheiten zu beschränken, so läuft er wiederum Gefahr, sich selbst in Frage zu stellen, weil er der ihm gestellten Aufgabe der Freiheitssicherung gegenüber terroristischer Gewalt nicht oder nicht wirkungsvoll genug nachkommt. Der „Zustand realer Freiheit“, um den es dem Grundgesetz geht, ist daher in zweifacher Weise gefährdet, sowohl dann, wenn der Staat Freiheiten beschränkt, wie auch dann, wenn er solche Beschränkungen unterlässt und terroristische Bedrohungen nicht einzudämmen versuchte. Diese im materiellen Rechtsstaatskonzept angelegte Gegenläufigkeit, dieses Spannungsverhältnis, lässt sich allerdings auch anders darstellen, nämlich dann, wenn man sich etwas von der abstrakten Betrachtungsebene zu lösen versucht. Die Grundfrage, die sich immer stellt, lautet: Soll den Gefährdungen realer Freiheit, die von terroristischer Gewalt ausgehen, mit der Zuweisung neuer Zwangsbefugnisse des Staates, also mit neuen Freiheitsbeschränkungen, begegnet werden? Sollen also zum Schutz bestimmter Freiheitsrechte, deren Geltung durch neuartige Gewalt stärker als bisher gefähr-

Das Rechtsstaatskonzept des Grundgesetzes offenbart eine spannungsgeladene Ambivalenz. Es verlangt einmal, gegen Übergriffe Privater Freiheit durch den Staat zu sichern, der dazu wiederum Freiheiten beschränken muss. Zugleich gebietet das Rechtsstaatskonzept aber auch, Freiheit gegen diesen freiheitsbeschränkenden Staat zu sichern.

det ist, bestimmte andere Freiheitsrechte oder Freiheitsrechte bestimmter Personengruppen stärker als bisher beschränkt werden? Mit anderen Worten: Es geht darum, ob die bislang zuerkannten Freiheitsrechte neu verteilt werden sollen.

Die Sicherung des Zustandes realer Freiheit erfordert eine von der jeweiligen Gefährdungslage abhängige Verteilung von Rechten,

die Freiheiten schützen bzw. von Rechtsgütern, die der Freiheitssicherung dienen. Daher erweist sich auch die immer wieder zu hörende Rede als ungenau, ein Mehr an Sicherheit führe immer auch zu einem Weniger an Freiheit. Es kann vielmehr auch ganz umgekehrt sein: Ein Mehr an freiheitsbeschränkendem Handeln des Staates kann sogar zu einem Mehr an realer Freiheit führen, eben je nach Gefahrenlage. Und es kann daher auch nicht, wie dies auch immer wieder geschieht, Rechtsstaat und Präventionsstaat bzw. Rechtsstaat und Sicherheitsstaat entgegengesetzt werden. Vielmehr ist auch der Rechtsstaat Präventionsstaat, und der Rechtsstaat ist auch Sicherheitsstaat. Es handelt sich gewiss um Antinomien, die im Rechtsstaatsbegriff selbst angelegt sind, aber um Antinomien, die gebunden sind durch das Ziel eben dieses „Zustandes realer Freiheit“, der gegen zwei Gefahren zu sichern ist, einmal gegen den freiheitsbeschränkenden Staat, aber eben auch gegen freiheitsmissachtende Private – und zwar zu sichern, durch eine Verteilung von Freiheitsrechten, von freiheitsschützenden Rechten.

Die zentrale Frage lautet daher: Wie ist diese Verteilung vorzunehmen? Und die Antwort auf diese Frage lautet: Diese Verteilung ist vorzunehmen durch eine Abwägung von Rechten und Rechtsgütern. Diese Antwort ist nicht sonderlich spektakulär, und das wird wahrscheinlich von vielen als wenig befriedigend empfunden. Abwägungen sind nun einmal, wer könnte dies bestreiten, in einem beunruhigenden Maße ergebnisoffene Vorgänge. Aber so hoch auch immer das Maß an Ungewissheit bei Abwägungsvorgängen sei, die Abwägung von Rechten und Rechtsgütern ist unvermeidlich. Und so groß die Abwägungsspielräume für Gesetzgebung und Verwaltung auch immer sein mögen: Das Abwägen ist keineswegs mit völliger Strukturlosigkeit und Beliebigkeit gleichzusetzen. Das Verfassungsrecht, insbesondere in seinen zahlreichen Interpretationen, Konkretisierungen und Fortschreibungen durch das Bundesverfassungsgericht und die Landesverfassungsgerichte, enthält zahlreiche Regeln und Maßstäbe, mit denen Abwägungsvorgänge strukturiert und rationalisiert werden. So genießt bei einer Abwägung etwa das Schutzgut der Menschenwürdegarantie Vorrang vor allen anderen Rechten und Rechtsgütern. Die Frage der Abwägung des Rechts auf Leben mit dem Anspruch auf Würdeschutz ist vom Bundesverfassungsgericht durch eine klare Vorrangrelation beantwortet worden – wobei man sich indessen auch einmal die Konsequenz dieses Vorrangs vor Augen führen sollte: Denn der Vorrang der Menschenwürde auch vor dem Recht auf Leben bedeutet konkret, dass Zwangsmaßnahmen mit dem Ziel, Leben zu retten, unzulässig sind, wenn durch sie zugleich die Menschenwürde angetastet wird. So wird etwa im Falle des Verbots der Folter das Rechtsgut Leben um des Schutzes der Menschenwürde geopfert, die physischen und psychischen Schäden eines Gefährverantwortlichen werden höher bewertet als das Leben Unschuldiger, nämlich in einem der oft diskutierten Fälle dann, wenn wegen der Würdegarantie Maßnahmen gegen einen Gefährverantwortlichen unterbleiben, obwohl diese Maßnahmen zur Rettung von Menschenleben geeignet erscheinen. Ist hingegen bei einer Abwägung keine Vorrangrelation auszumachen, etwa bei einer Abwägung zwischen dem Recht auf Leben und anderen Rechtsgütern, so geht aber auch nicht alles, sondern es sind besondere Abwägungskriterien heranzuziehen. Zu berücksichtigen sind insbesondere: das Gewicht der betroffenen Rechte und Rechtsgüter, die Art des Wissens, mit der etwa auf die Notwendigkeit geschlossen wird, solche Rechte und Rechtsgüter zu schützen, die Art der Maßnahme, durch die dieser Schutz erfolgen soll – heimliche oder offene, persönlichkeitsintensive oder -schwache, die Art und Zahl der Personen, die von der Maßnahme betroffen sind, die Folgen, die sich an solche Maßnahmen anschließen können und schließlich auch das Vorhandensein von freiheitsschützenden, weil das Fehlerrisiko reduzierenden, Verfahrensregelungen.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch, dass es keine gänzlich un-abwägbareren Rechte oder Rechtsgüter geben kann, dass also auch etwa die Menschenwürde keinesfalls abwägungsresistent ist. Denn der Wortlaut von Art. 1 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes ist klar. Denn dort heißt es: Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Daher kann im Falle einer Kollision von Achtungs- und Schutzpflicht auch eine Würdeverletzung gerechtfertigt sein, nämlich dann, wenn sie, die Verletzung der Würde eines Menschen, als das einzige und letzte Mittel erscheint, um die von diesem Menschen zu verantwortende Verletzung der Würde eines anderen Menschen zu verhindern oder zu beenden. Dieses so konzipierte und in komplexe Abwägungsvorgänge mündende Rechtsstaatskonzept des Grundgesetzes fordert auch im Falle terroristischer Gewalt, Freiheit sowohl durch den Staat wie auch Freiheit gegen den Staat zu schützen, nämlich dann, wenn dieser bei der Bekämpfung des Terrorismus dazu übergeht, Freiheiten zu beschränken.

Daraus ergibt sich die Konsequenz: Die gegen den Staat gerichteten freiheitssichernden Gehalte des Rechtsstaatsgedankens bleiben auch dann aktuell, wenn die Qualität terroristischer Gewalt außergewöhnliche staatliche Gegenmaßnahmen erfordern sollte. Der Rechtsstaat des Grundgesetzes bleibt also auch in Ausnahmefällen Rechtsstaat. Auch in Ausnahmefällen werden die Regeln, die Freiheit gegen den Staat sichern sollen, nicht außer Kraft gesetzt. Anders als in der Weimarer Republik kann etwa die Grundrechtsbindung staatlicher Gewalt auch im Notstand nicht suspendiert werden. Daher ist in Notsituationen etwa der Rückgriff auf ein „ungeschriebenes Notstandsrecht“ versperrt. Auch Not kennt insoweit ein Gebot. Für Personen, die als Terroristen qualifiziert werden können, bedeutet dies: Es wäre unzulässig, ihnen Rechte vollständig abzuerkennen. Selbst wenn sie als Kombattanten anzusehen wären, wären sie nicht rechtlos, sondern ihnen würden die Rechtspositionen des humanitären Völkerrechts zustehen. Falls sie nicht als Kombattant zu qualifizieren sind, sind sie zu behandeln wie Straftäter oder Störer bzw. Gefahrverantwortliche.

V.

So sehr der Rechtsstaat damit also gehalten ist, auch in Ausnahmefällen Rechtsstaat zu bleiben, so sehr ist es ihm aber auch verwehrt, in Dilemma- und Grenzsituationen eine Art „rechtsstaatliches Niemandsland“ auszuflaggen und die Antwort auf die Frage der Freiheitssicherung allein dem Zufall zu überlassen. Ausnahmefälle zeichnen sich gewiss durch ihre Unvorhersehbarkeit aus, aber daraus ist nicht – wie manchmal behauptet – zu schließen, dass Ausnahmefälle kein tauglicher Gegenstand für das Recht sind. Ausnahmefälle und Notstand

sind rechtlich strukturierbare Zustände, die sich eben durch die Besonderheit der Abweichung von der Normallage und dem Vorliegen einer bestimmten Störung auszeichnen. Und regelbar ist das, was aufgrund einer bestimmten Lebenserfahrung zumindest in abstrakter Form antizipiert werden kann, was also aufgrund bestimmter Erfahrung denkmöglich erscheint, prinzipiell also auch die Ausnahmelage und der Notstand. Vor allem ist auf die Folgen der Auffassung hinzuweisen, die Ausnahmelage müsse ungeregelt bleiben: Es käme nämlich dann zur Individualisierung einer Problemlage, die aber im Rechtsstaat von der Rechtsgemeinschaft zu entscheiden ist. Denn anderenfalls wäre die Sicherung der Freiheit allein vom Zufall abhängig – davon, ob nun in der konkreten Situation irgendein staatliches Organ, ein Amtswalter, zum Gefahren abwehrenden Handeln bereit wäre oder aber nicht. Würde man es bei so prekären Problemen der Freiheitssicherung in Ausnahmelagen auf solche Zufälle ankommen lassen, so wäre dies nichts anderes als rechtsstaatswidrige Willkür.

Nimmt sich der Rechtsstaat der besonderen Problemlagen an, die durch terroristische Gewalt entstehen können, so ist es ihm erlaubt, freiheitssichernde Rechte und Rechtsgüter anders als bisher zu gewichten. Die Art und Verteilung der Rechte und Rechtsgüter sind nicht gänzlich lageunabhängig und sie sind auch nicht ein für allemal unveränderbar festgeschrieben. Dies bedeutet etwa konkret: Freiheitsbeschränkende Eingriffsbefugnisse zum Zwecke der Bekämpfung terroristischer Gewalt sind aus Rechtsstaatsgründen nicht zwingend an das Tatbestandsmerkmal der konkreten Gefahr oder eines konkreten Tatverdachts gebunden. Der Rechtsstaat darf angesichts neuartiger oder veränderter Gefährdungen und Bedrohungen Eingriffsermächtigungen prinzipiell auch etwa im Vorfeld einer Gefahr oder auch unabhängig von einem konkreten Tatverdacht statuieren. Wird allerdings das vorhandene Eingriffsinstrumentarium angesichts neuer Gefahrenlagen fortentwickelt, so ist indessen nach einem gewissen Zeitraum eine umfassende Evaluierung geboten. Es ist insbesondere zu prüfen, ob die neuen freiheitsbeschränkenden Befugnisse tatsächlich noch zum Schutz der realen Freiheit notwendig sind oder ob diese Freiheit auch durch weniger weitgehende Eingriffsbefugnisse gesichert werden kann. So wenig nun das Rechtsstaatsprinzip verbietet, zum Schutz der realen Freiheit das vorhandene Eingriffsinstrumentarium fortzuentwickeln, so wenig verbietet es auch, die bestehende Organisation der staatlichen Behörden zu verändern. Es versteht sich gewiss von selbst, dass die jeweilige Organisation des Staats- und Behördenapparates keine freiheitsneutrale Größe ist, dass insbesondere die Trennung von Sicherheitsbehörden, ihr dezentraler Aufbau, eine freiheitsgefährdende Machtkonzentration hemmen und ihr entgegenwirken kann. Dieser Gedanke war ja bekanntlich auch

einer der maßgeblichen Triebkräfte für die Konzeption einer stark föderalen Sicherheitsarchitektur nach 1945, für die Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten und auch für die Trennung von Polizei und Militär. Und es wird gewiss auch niemand in Zweifel ziehen, dass sich die Konzentration von Behörden, ihre Zentralisierung oder die Intensivierung ihrer Kooperation freiheitsgefährdend auswirken können. Zugleich ist jedoch zu berücksichtigen, dass Behördentrennung und -vielfalt auch zu beträchtlichen Effizienzverlusten führen kann, in Gestalt etwa von lähmenden Kompetenzkonflikten oder verspätetem Einschreiten. Also – je nach Lage – können auch von einer dezentralen Sicherheitsarchitektur beträchtliche Freiheitsgefährdungen ausgehen, so dass sich die Folgerung aufdrängt: Ob im Zuge der Bekämpfung terroristischer Gewalt die bestehende Sicherheitsarchitektur weiter zu entwickeln ist oder weiter entwickelt werden darf, muss ebenfalls durch eine sorgsam durchgeführte Abwägung vorgenommen werden, die an der Frage auszurichten ist, ob Freiheitsgefährdungen, die im Falle von Zentralisierungen, Konzentrationen oder Kooperationen nicht ausgeschlossen werden können, kompensiert werden – und zwar durch zu erwartende freiheitssichernde und -schützende Effekte solcher organisations-rechtlicher Maßnahmen. Im Wege einer Abwägung ist schließlich auch die Frage zu beantworten, ob und in welchem Maße die nationalen Behörden mit Behörden fremder Staaten oder internationaler Organisationen zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung kooperieren dürfen. Problematisch ist diese Kooperation insbesondere dann, wenn etwa durch deutsche Sicherheitsbehörden personenbezogene Daten in Länder übermittelt werden, in denen die Sicherheitsorgane Zwangsmittel einsetzen, deren Verwendung deutschen Behörden verboten wäre. Oder aber auch im umgekehrten Fall, dass deutsche Behörden Daten erhalten, die von ausländischen Organen etwa unter Einsatz von Foltermethoden gewonnen wurden. Auch hier gilt: Aus dem Rechtsstaatsgedanken kann kein absolutes Übermittlungs- und Verwertungsverbot abgeleitet werden. Vielmehr sind die betroffenen Rechte und Güter gegenüber zu stellen und abzuwägen. Werden etwa Daten in Länder mit Menschenrechtsdefiziten übermittelt, so wäre es aus rechtstaatlichen Gründen geboten, diese Übermittlung etwa an die Bedingung zu knüpfen, dass eine rechtsstaatsgemäße Verarbeitung oder Nutzung zugesichert und die Kontrolle dieser Zusicherung auch ermöglicht wird. Dagegen wäre es bei der eigenen Verarbeitung fremder Daten mit der im Rechtsstaatsprinzip enthaltenen Pflicht zur Freiheitssicherung kaum zu vereinbaren, diese Daten mit einem absoluten Verwertungsverbot zu belegen, ihre Verwertung also auch dann zu verbieten, wenn durch ihre Nutzung große Schäden verhindert und Leben sowie Würde unschuldiger Menschen gerettet werden könnten.

VI.

Das Konzept der Freiheitssicherung, das der Rechtsstaat des Grundgesetzes will, wird nicht nur belastet, sondern es wird beschädigt, wenn Denksperren errichtet, Realitäten tabuisiert und Dilemmasituationen als Momente menschlicher Tragik qualifiziert werden, die das Recht doch am besten aussparen möge. Doch um dieser Tendenz entgegenzutreten, bedarf es keiner wuchtigen Glaubensbekenntnisse, keiner in dunkle Metaphysik ableitender Appelle an Opfer- und Leidensbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, keiner Blut-Schweiß-und-Tränen-Rhetorik. Wirklichkeitsverzerrende Dramatisierung und wirklichkeitsverdrängender Eskapismus – beides verfehlt gleichermaßen die Forderungen der Zeit. Valide Indizien für die Annahme eines weltweit tobenden Bürgerkrieges sind nicht erkennbar. Schon aus diesem Grund ist über den Versuch, verstaubte Kategorien aus dem Alt-Arsenal kollektivistischen Staatsdenkens wieder zu beleben, kein weiteres Wort zu verlieren. Doch unverantwortlich wäre auch, die Augen davor zu verschließen, dass die Erscheinungsformen neuartiger politischer Gewalt mit bedrückenden Lagen konfrontieren, auf die auch der Rechtsstaat eine Antwort finden muss, eine Antwort, die den Anspruch auf Freiheitssicherung aller Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt, die von konkreten Gefahren betroffen sind. Es deutet vieles darauf hin, dass der Rechtsstaat des Grundgesetzes stark genug ist, vor dieser Herausforderung zu bestehen. Seine Kraft und Stärke zeigen sich darin, dass er in transparenten Verfahren die tatsächlich bestehenden Freiheitsgefährdungen analysiert, dabei stets auch Fehleinschätzungen und -bewertungen korrigiert und im demokratischen Prozess nüchtern und besonnen klare Antworten auf die Frage erarbeitet, ob und welche Freiheitsbeschränkungen er hinzunehmen bereit ist – und dies um der Sicherung realer Freiheit willen.

Zum Autor: Prof. Dr. Manfred Baldus ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Neuere Rechtsgeschichte an der Universität Erfurt.

Anmerkungen:

- 1 Bei dem nachfolgenden Text handelt es sich um die schriftliche Fassung eines Vortrags, den der Verfasser im November 2008 im Rahmen einer Veranstaltung der Clausewitz-Gesellschaft in Erfurt gehalten hat.
- 2 Hesse, Konrad, „Der Rechtsstaat im Verfassungssystem des Grundgesetzes“, in: Hesse, Konrad; Reicke, Siegfried; Scheuner, Ulrich (Hrsg.): Staatsverfassung und Kirchenordnung. Festgabe für Rudolf Smend zum 80. Geburtstag am 15. Januar 1962, Tübingen, 1962, Seite 71. ff.
- 3 Ebd.

Carl von Clausewitz und aktuelle Herausforderungen für Sicherheitspolitik und Strategie

Aktuelles vom Internationalen Clausewitz-Zentrum

Die Aktualität des Carl von Clausewitz

Vortrag, gehalten von Professor Dr. Lennart Souchon am 16. August 2008 bei der 42. Sicherheitspolitischen Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. in Hamburg (Auszug)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
im Frühjahr 2008 wurde Clausewitzianisches Neuland betreten: In Zusammenarbeit mit der Führungsakademie der Bundeswehr und der Universität Potsdam hat das Internationale Clausewitz-Zentrum (ICZ) einen Clausewitz-Workshop durchgeführt, der von der Clausewitz-Gesellschaft substantiell gefördert worden ist [...]

Um das Clausewitzianisches Neuland logisch zu begründen beginne ich im ersten Teil mit Bemerkungen zur aktuellen Sicherheitslage und Carl von Clausewitz, anschließend zeige ich die Kongruenz der Zielsetzungen des ICZ und der Clausewitz-Gesellschaft auf und skizziere Clausewitz' Aktivitäten in der Wissenschaft.

Teil I

1. Die Aktualität des Carl von Clausewitz

Die äußere Sicherheitsvorsorge wird ganz wesentlich durch die seit dem Ende des Ost-Westkonfliktes völlig veränderten Risiken und Bedrohungen geprägt. Der Zusammenbruch des Sowjetimperiums und die Vereinigung Europas werden vom Weltmachtstreben Chinas, Russlands und Indiens und vielen regionalen Konflikten begleitet.

Die Vernetzung der Welt durch den Prozess der Globalisierung hat zu einer Verbreitung und Demokratisierung von Information, Technologie und Finanzen geführt. Sie vergrößert die reale und virtuelle Mobilität der Menschen, der Sachen und Ideen.

Die Globalisierung verändert auch die subjektive Natur des Krieges und wirkt

sich auf die Zwecke, Ziele und die eingesetzten Mittel im Krieg aus. Sie hat die medialen Möglichkeiten politischer Entscheidungsträger vergrößert mit dem eigenen – aber auch mit dem gegnerischen Volk und neutralen Öffentlichkeiten zeitnah zu kommunizieren.

Objektive Erfolge des Einsatzes militärischer Macht können durch sekundäre oder tertiäre Außenwirkungen neutralisiert werden, ich nenne hier als Beispiel den militärischen Erfolg des Irakkrieges im Verhältnis zu den verheerenden Bildern aus dem irakischen Gefängnis Abu Ghraib.

Die Globalisierung ändert nicht die Clausewitzschen Grundprinzipien des Krieges mit der Anwendung von Gewalt, um dem Gegner zur Erfüllung des eigenen Willens zu zwingen. Sie verändert nachhaltig die taktischen Vorgehensweisen und die bereitzustellenden militärischen Mittel.

Interessanterweise hat die Globalisierung Clausewitz' Tendenzen der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls nicht reduziert sondern eher verstärkt.

Selbst modernste Aufklärung und Nachrichtenbeschaffung können nicht den Nebel des Krieges beseitigen. Schließlich ist die Clausewitz' Grundvorstellung der Wunderlichen Dreifaltigkeit aktueller und wichtiger denn je. Durch die Globalisierung rücken die Tendenzen des Einsatzes militärischer Macht: des politischen Zwecks, der Natur des Krieges und die involvierten Wahrscheinlichkeiten enger zusammen und haben – nach kürzerer Zeit – direkte politische und militärische Auswirkungen auf das Geschehen. Die Ergebnisse sind zudem schwerer zu prognostizieren.

Die Globalisierung verändert auch die subjektive Natur des Krieges und wirkt sich auf die Zwecke, Ziele und die eingesetzten Mittel im Krieg aus. Sie hat die medialen Möglichkeiten politischer Entscheidungsträger vergrößert mit dem eigenen – aber auch mit dem gegnerischen Volk und neutralen Öffentlichkeiten zeitnah zu kommunizieren.

Der politische Zweck des Einsatzes militärischer Macht ist heute oft nicht eindeutig zu definieren. Strategische Zielsetzungen bleiben mehrdeutig. Militärische und zivile Kriseneinsätze werden folglich taktisch durchgeführt. Die globale Vernetzung hat somit in letzter Konsequenz zu einer Dominanz der Taktik über die Strategie geführt.

Heute sind Auslandseinsätze gegen eine Risikokombination aus transnationalen islamistischem Terrorismus in Verbindung mit Staatszerfall, Massenvernichtungswaffen und Organisierter Kriminalität an der Tagesordnung. Islamistische

Terroristen agieren mit Kleinwaffen und Sprengsätzen. Sie sind Akteure: Sie haben die Initiative und bestimmen Ort, Zeit und Intensität der Maßnahmen. Sie zielen auf größtmögliche Schadensereignisse – meist gegen zivile Bevölkerungen –, die global medial verbreitet werden.

Der Einsatz militärischer Macht muss sich angesichts der terroristischen Herausforderung – nach Rupert Smith – vom „industrialisierten Krieg“ zum taktischen „Einsatz auf Marktplätzen“ ändern.

Das Gewinnen der Herzen der Bewohner dieser „Marktplätze“ ist dabei ein wichtiges Ziel geworden.

Der militärische Schutz des zivilen Wiederaufbaus ganzer Konfliktregionen geschieht dabei politisch kontrolliert, reglementiert und administriert.

Folgerungen

Angesichts der globalisierten Konfliktlage sollte der Einsatz staatlicher Machtinstrumente sorgfältig geplant werden. Der erste Schritt ist die Festlegung des politischen Zwecks. Dazu ist eine Beurteilung der Sicherheitslage im politischen, wissenschaftlichen und militärischen Bereich durchzuführen. Dann sind entsprechende Ziele abzuleiten und Mittel bereitzustellen, die für das Erreichen der Ziele erforderlich sind. Langfristige Strategien und entsprechende militärische, polizeiliche und zivile Fähigkeiten sollten dazu entwickelt werden.

Dieses zu begreifen ist eine außerordentlich komplexe Aufgabe. Um sich gedanklich dieser Aufgabe zu nähern, erscheint es vorteilhaft, sich einer gesicherten wissenschaftlichen Basis und Methode der Herangehensweise zu bedienen, wie sie bei Carl von Clausewitz nachzulesen ist. Zahlreiche Institutionen haben sich diese Kombination von Clausewitz' Theorie mit aktuellen Ereignissen zum Ziel gesetzt. Ich nenne hier die Universität Potsdam, das Internationalen Clausewitz-Zentrums und die Clausewitz-Gesellschaft. Betrachten wir zunächst die Zielsetzungen des ICZ und der Clausewitz-Gesellschaft nebeneinander:

2. Gedanken zu den Zielsetzungen des Internationalen Clausewitz-Zentrums und der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Im Jahr 1999 hat das Verteidigungsministerium auf die veränderte Risikolage reagiert und das ICZ an der Führungsakademie der Bundeswehr gegrün-

det. Das ICZ sollte Forum für einen intensiven sicherheitspolitischen Diskurs an der Schnittstelle zwischen Streitkräften und Politik werden. „ Ein weiterer Schwerpunkt ...soll die Beschäftigung mit der internationalen Clausewitz-Forschung und der Weiterentwicklung der Gedanken von Clausewitz unter Beachtung der veränderten und sich weiter verändernden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen“ sein. Die bis heute durchgeführten 60 Veranstaltungen des ICZ – mit beispielsweise Ernst Uhrlau, Helga Haftendorn, Gunter Pleuger, Alfred Schmidt, Franz Josef Jung, Klaus Naumann, Peter Struck und Peter Harry Carstensen – dienen diesem Zweck. Der Clausewitz-Workshop 2008 und das geplante Seminar 2009 gehen einen Schritt weiter. Sie sollen die Synergien zwischen Wissenschaft und Streitkräften ermöglichen.

Diese Aktivitäten entsprechen auch den Zielen der Clausewitz-Gesellschaft und werden von ihr finanziell unterstützt. In der aktuellen

Satzung der CG steht als Ziel der Gesellschaft der Satz: „Die Clausewitz-Gesellschaft will das geistige Erbe des deutschen Generalstabs weitertragen. Durch Veranstaltungen von historischen Fachtagungen, Vergabe von Stipendien u.ä. will sie die Erforschung der Werke des Generals Carl von Clausewitz unterstützen.“ Dies ist das wichtigste Ziel der Clausewitz-Gesellschaft. In den ersten vier Jahrzehnten der Gesellschaft wurde eine Fachtagung pro Jahr ausschließlich dem Thema Clausewitz gewidmet. Die Namen der Clausewitzianer wie de Maizière, Greiner, Wagemann, Niemeyer, Hahlweg und Paret verbinden sich eng mit diesen Tagungen. Der Ehrenpräsident der Clausewitz-Gesellschaft, General a.D. Ulrich de Maizière, präziserte die Zielsetzung der Gesellschaft mit den Worten: Es geht „um den Versuch, die in der Gegenwart an Politik und Strategie gestellten Aufgaben im Spiegel der Einsichten des Carl von Clausewitz zu untersuchen.“¹ Dies Worte begründen das Rational und die Zielsetzung der CG in hervorragender Weise und dienen mir als Leitmotiv.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die Kongruenz der Ziele des ICZ mit denen der Clausewitz-Gesellschaft ist bei der Gründungsrede des ICZ vom damaligen Präsidenten der Gesellschaft, General a.D. Klaus Naumann, ausdrücklich hervorgehoben worden. Es bleibt die Frage, welche Ziele werden in der Wissenschaft bezüglich Clausewitz' Theorie verfolgt?

Der politische Zweck des Einsatzes militärischer Macht ist heute oft nicht eindeutig zu definieren. Strategische Zielsetzungen bleiben mehrdeutig. Militärische und zivile Kriseneinsätze werden folglich taktisch durchgeführt. Die globale Vernetzung hat somit in letzter Konsequenz zu einer Dominanz der Taktik über die Strategie geführt.

3. Clausewitz in der Wissenschaft

Es gibt in den internationalen Geisteswissenschaften eine intensive Clausewitz-Forschung und -diskussion, die sich aber primär im englischsprachigen Raum vollzieht. Als Beispiel für die aktuelle Clausewitz-Forschung nenne ich eine Konferenz an der Universität Oxford zum Thema „Clausewitz in the Twenty- First Century“, organisiert von Hew Strachan und Andreas Herberg-Rothe, dessen Ergebnisse in einer Publikation, erschienen 2007, nachzulesen sind.

An deutschen Universitäten wird Clausewitz meist von Historikern oder Philosophen, seltener von Politikwissenschaftlern gelesen.

Das Experiment – in den Worten de Maizieres – „die in der Gegenwart an Politik und Strategie gestellten Aufgaben im Spiegel der Einsichten des Carl von Clausewitz zu untersuchen“, wurde von Frau Professor Heuser und mir an der Universität Potsdam unternommen. Ich selbst unterrichte seit 30 Semestern im Hauptstudium Politikwissenschaft an der Universität Potsdam. 10 Seminare hatten das Thema: „Clausewitz und eine Strategie Europas“. In 181 Diplom- und Masterprüfungen standen die Clausewitz' Theorien oft im Mittelpunkt. Die Ergebnisse der schriftlichen und mündlichen Prüfungen und der Diplomarbeiten zu diesem Thema sind überaus ermutigend.

Warum gibt es nicht mehr Lehrangebote an deutschen Universitäten? Aus meiner Sicht gibt liegt dies an den verschiedenen wissenschaftlichen Wegen, sich der Clausewitz' Theorie zu nähern. Zu unterscheiden sind: a. Die historische, b. die philosophische und c. die realitätsbezogene Herangehensweise. Lassen sie mich dies kurz erläutern:

a. Der historische oder generische Clausewitz

Der Zugang der Historiker beginnt üblicherweise mit der Betrachtung Preußens im 18. und 19. Jahrhundert und der Vita Activa des Carl von Clausewitz. Stichworte für diese generische Betrachtungsweise sind:

- Herkunft und soziales Umfeld von Clausewitz;
- Clausewitz als Lehrer des Kronprinzen;
- Mentorenrolle von Scharnhorst und Gneisenau;
- Lehrer an der Kriegsschule;
- das Jahr 1806;

- Erfahrungen im Russlandkrieg gegen Napoleon;
- 14 Jahre Verwaltungsdirektor der Kriegsschule.

Diesen generischen Ansatz verfolgen Historiker, wenn sie Clausewitz analysieren.

b. Der philosophische Clausewitz²

Im Berlin des frühen 19. Jahrhunderts existierte ein intensives philosophisches Klima: Die Aufklärung, die Romantik und der deutsche Idealismus verbinden sich mit den Philosophen Kant, Hegel, Fichte, Kiesewetter, Schopenhauer und Schleiermacher.

Clausewitz profitiert von der Vitalität der philosophischen Diskussionen und deren Ideenvielfalt in Berlin. Er war ein fleißiger Theoretiker, der alle Ideen, Kategorisierungen und Differenzierungen in sich aufzog und in sein Gesamtwerk über den Krieg mit einfügte. Clausewitz führt mit seiner dogmatischen und rationalen Behandlung des Themas philosophische Denkweisen als Schlüssel zum Verständnis des Krieges ein.

Es gibt eine dritte Betrachtungsweise Clausewitz' Lehren:

c. Der realitätsbezogene oder holistische Clausewitz

Diese Herangehensweise folgt den vorher zitierten Worten de Maizieres. Sie beginnt nicht bei Null, sondern baut auf eine Wissensbasis und bekannten Variablen auf.

Clausewitz dachte durch und durch politisch. Er war der erste, der die Politik in eine analytische Definition des Krieges mit einbezog.³ Politik ist zentrales Element bei der Entstehung und Entwicklung seiner Theorie des Krieges.⁴ Nur wenn man die Kriegsbilder der Philosophie des 19. Jahrhunderts berücksichtigt, ist zu begreifen, dass Clausewitz den Krieg als gesellschaftliches Phänomen versteht und als Instrument dem Zweck der Politik in allen Phasen unterordnet.

Clausewitz dachte durch und durch politisch. Er war der erste, der die Politik in eine analytische Definition des Krieges mit einbezog. Politik ist zentrales Element bei der Entstehung und Entwicklung seiner Theorie des Krieges.

Das Theoriegebäude aus Zweck, Ziel und Mittel, den Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, der Friktionen, der „Wunderlichen Dreifaltigkeit“, der Tugenden

des Feldherren und der Streitkräfte, der Strategie und das Maß der Mittel ist von zeitloser Bedeutung und Schlüssel für das Verständnis des Gesamtphänomens Krieg [...]

Hinweis: Der zweite und dritte Teil des Vortrags von Prof. Dr. Souchon – Clausewitz-Workshop 2008 sowie Veranstaltungs- und Publikationsübersicht des ICZ 2007/2008/ 2009 – sind in der Zusammenfassung der 42. Sicherheitspolitischen Informationstagung auf den Seiten 41 bis 44 diese Jahrbuchs behandelt.

Zum Autor: Professor Dr. Lennart Souchon ist Leiter des Internationalen Clausewitz-Zentrums, Hamburg. Er hat seit 1993 einen Lehrauftrag an der Universität Potsdam mit den Schwerpunkten Europäische Strategie und Clausewitz.

Anmerkungen:

- 1 Clausewitz-Gesellschaft (Hrsg.), 1980, Freiheit ohne Krieg, Nürnberg.
- 2 Vgl. Otfried Höffe, 2006, Vom Nutzen des Nutzlosen, in: FAZ v. 9. Januar 2006
- 3 Paul Paret, 1980, Die politischen Ansichten von Clausewitz, in: Freiheit ohne krieg, a.a.O., S.332
- 4 Ebda, S.336

Was kann Clausewitz Politikern und Soldaten heute geben?¹

Hans-Henning von Sandrart

Hier an der Führungsakademie, an der ich zum Generalstabsoffizier ausgebildet wurde, schrieb ich vor etwa 42 Jahren meine Jahresarbeit zu dem ungewöhnlichen Thema „Die Zunahme der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2000 als sicherheitspolitisches Problem.“ Meine Schlussfolgerungen, die ich damals zog, haben, wie mir scheint, ihre Aktualität nicht eingebüßt, im Gegenteil. So schrieb ich damals: „Dort, wo Menschen billig und zahlreich sind, billiger jedenfalls als eine hochtechnische Waffe und wo sie fanatisiert, das Elend im Nacken und eine rosig entworfene Zukunft vor Augen in anspruchslosen Massen in den Kampf geworfen werden können, da entwickeln sich in der Begegnung mit einem hochtechnischen Gegner neue Methoden im Gefecht. Ihre Eigenart liegt in dem Gegenüber zweier unterschiedlicher technischer Qualitäten, die man nicht erfasst, wenn man die Kriegsbilder nur am Aufeinandertreffen zweier industrialisierter Feinde entwirft ... Mit wachem Auge sollten alle Erfahrungen gesammelt werden, die aus dem Einsatz der technischen Qualität auch auf ungünstigem und ungewohntem Terrain gegen Kämpfer einer primitiven Technik gewonnen werden können.“ Heute würden wir das als asymmetrische Vorgehensweisen bezeichnen. Und weiter: „Da die Zukunft für den europäischen Soldaten auch den Einsatz außerhalb seines Kontinentes bereithalten mag, haben sich seine politischen und militärischen Führer geistig darauf einzustellen und ihre Völker psychologisch vorzubereiten.“

Die Bundeswehr verlangt von ihren Verbündeten die Abwehr am „Eisernen Vorhang“. Es ist daher nicht einzusehen, warum der deutsche Soldat von einem außerdeutschen Einsatz in der fernerer Zukunft verschont bleiben sollte. Besser aber als Waffen sprechen zu lassen, ist eine erfolgreiche Politik, welche dies verhindert.“ Heute würde ich das als präventives Krisenmanagement bezeichnen. Zum Terror sagte ich: „Da Terror ein wesentliches Element dieser Kriegsform ist, stellt die von der Kulturlandschaft eingeengte Masse Mensch ein besonders hilfloses und dankbares Ziel dar. Die lebenswichtigen, schwer zu schützenden und wirkungsvoll zu störenden Versorgungs- und Verkehrseinrichtungen sind lohnende Ziele ... Daher mag der Terror mit seinen sparsamen Mitteln im Industriestaat, aber auch in einer unzufriedenen Übergangsgesellschaft die Kriegsform der Zukunft sein und die Großstadt der Dschungel von Morgen.“ Abschließend schrieb ich damals: „Auch wenn wir keine Weltrolle mehr spielen können, so fordern gerade unsere nationalen und europäischen Probleme, die in

dieser gefährdeten Welt gelöst werden müssen, eine umfassende und durchdringende Grundlegung, um in der Argumentation mit den Weltmächten bestehen zu können, deren Schau schon seit langem den ganzen Erdkreis umfasst ... Hierzu sollte auch die Bundeswehr ihren geistigen Beitrag liefern, denn ihr Abstieg zur Provinzarmee wird in erster Linie nicht nur durch die Einführung moderner Waffen, sondern hauptsächlich durch die Schärfe ihres strategischen Geistes und seine ständige methodische Anpassung an Gegenwart und Zukunft verhindert werden.“ So weit meine damaligen Worte als junger Hauptmann, denen ich auch heute nicht viel hinzuzufügen habe.

Nun wollen wir aber untersuchen, inwieweit ein militärischer Strategiedenker wie Carl von Clausewitz, dessen berühmtes, aber unvollendetes Buch „Vom Kriege“ vor ca. 180 Jahren von seiner Frau nach seinem Tode herausgegeben wurde – dieses war im übrigen der Akt einer bemerkenswerten Liebe – ob diese seine Gedanken in einer Welt, die sich völlig verändert hat, uns noch eine Hilfe bei der Wegsuche im Dunkeln sein können. Clausewitz, um den immer noch die Gedanken kreisen, begegnete mir früh, da der von mir sehr verehrte Prof. Arnold Bergstraesser mir in Freiburg 1955 in einem Oberseminar das Thema stellte: „Der Begriff der Politik bei Clausewitz“.

Clausewitz wirkte, schrieb und zog seine Schlussfolgerungen aus einer Zeit, die uns fern liegt und unsere Sicherheitsprobleme nicht kennen konnte. Er war der Denker des europäischen Kontinentalkrieges, was auch die Kritik der Engländer bestimmte. Der Seekrieg, mit seinen besonderen Bedingungen und seiner Verbindung zum Handel, zum Schutz überseeischer Besitzungen und der Handelsrouten lag ihm fern. Seine Betrachtungen über den „Kleinen Krieg“ kannten die Kategorie des Terrors noch nicht. Er beschrieb den Krieg zwischen Staaten und dachte weitgehend in einer Duellsituation. Das Problem zerfallender Staaten und von „War Lords“ gab es nicht. Feste Allianzstrukturen wie die der

Der bleibende Hauptverdienst von Clausewitz ist die systematische Einordnung der Phänomene Krieg und Frieden in philosophischer Logik unter dem Oberbegriff der Politik und die davon abgeleiteten Folgerungen.

NATO oder EU konnte er nicht kennen. Staaten wurden für ihn vornehmlich durch Streitkräfte bedroht und nicht durch globale Probleme wie Energieversorgung oder Verbreitung von Kernwaffen und Trägermitteln. Warum scheint er dann immer noch so aktuell zu sein? Warum schreibt die Weltmacht USA seine Gedanken in ihre militärischen Vorschriften? Nun, Clausewitz würde wohl zu derartigen Gedanken weise lächeln und zu uns sprechen: Habe ich nicht gesagt, dass der Krieg ein wahres Chamäleon ist, der seine Erscheinungsformen

ständig ändert. Und habe ich es nicht deshalb abgelehnt, feste Regeln für das Kriegführen zu entwickeln, sondern nur eine Theorie des Krieges geschrieben und Grundsätze niedergelegt. Habe ich nicht empfohlen, einen möglichen Krieg oder – wie ihr wohl sagen würdet – einen möglichen Konflikt zunächst von Politikern und Soldaten nach seinen politischen Ursachen und Zielen sowie nach seinen strategischen Mitteln und Methoden, nach seinem Charakter bis zum Ende mit klarer und kalter Vernunft zu durchdenken. Diese Arbeit kann ich euch nicht abnehmen, aber ich halte an meiner These fest, dass die Grammatik von Kriegen oder Konflikten unterschiedlich sein mag, aber nicht die Logik. Der bleibende Hauptverdienst von Clausewitz ist die systematische Einordnung der Phänomene Krieg und Frieden in philosophischer Logik unter dem Oberbegriff der Politik und die davon abgeleiteten Folgerungen. Dies hat Brigadegeneral a.D. Dr. Woermann in seinem herausragenden Vortrag vor dem Clausewitzforum „Die Hauptlineamente seiner Ansicht vom Krieg“ sehr klar dargestellt.

Da wir heute in den meisten Fällen nicht mehr so klar zwischen Krieg und Frieden unterscheiden können, sollten wir in der Clausewitzschen Ordnung die Begriffe „Krise und Konflikt“ zwischen Krieg und Frieden schieben, da schon er sagte, dass kriegerische Verhältnisse auch in dem Bereich „nicht mehr Frieden“ und „noch nicht Krieg“ herrschen können. Gerade dieser Zwischenbereich macht uns heute die meisten Sorgen. Auch wenn Clausewitz den Oberbegriff der Politik nicht näher definiert hat, da auch sie dem historischen Wandel unterliegt, so hat er sie als Repräsentanten aller Interessen der ganzen Gesellschaft so weit gefasst, dass sein Kernsatz, „dass der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist“ und dass „die Politik also den ganzen kriegerischen Akt durchzieht und einen fortwährenden Einfluss auf ihn ausübt“, auch heute unter veränderten Bedingungen gültig ist. Dies trifft doppelt für Krise oder Konflikt zu. Wenn dem so ist, so sei es erlaubt, die gegenwärtige Situation an einigen seiner Kernaussagen zu messen.

Ich möchte mit Clausewitz' Bild von den drei Säulen beginnen und damit den Finger an den Puls des Zeitgeistes legen. Der Krieg, so sagt er „... ist eine wunderliche Dreifaltigkeit, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewaltsamkeit seines Elementes, dem Hass und der Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihn zu einer freien Seelentätigkeit machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeugs, wodurch er dem bloßen Verstande anheim fällt. Die erste dieser drei Säulen ist mehr dem Volke, die zweite mehr dem Feldherrn und seinem Heer, die dritte mehr der Regierung zugewendet.“⁴²

Diese drei Säulen sollten in ihrem Verhältnis zueinander stimmig sein, wenn die politische Zielbestimmung mit Leistungsfähigkeit und Motivation der Streitkräfte sowie mit der Akzeptanz in der Gesellschaft in einem balancierten Spannungsfeld liegen soll. Dies wirft ein besonderes Licht auf den jeweils vorherrschenden Zeitgeist. Untersuchen wir in diesem Bild den Faktor Volk oder – zeitgemäß formuliert – Gesellschaft, dann kommen einem Zweifel an, ob die Gesellschaft in der Bundesrepublik noch konfliktfähig ist. Eine große Tageszeitschrift überschrieb einen ihrer Artikel „Sind wir dekadent?“ und geht darin kritisch der Frage nach, ob wir noch bereit wären, unsere Lebensform zu verteidigen, wenn sie ernsthaft bedroht wäre. Sicherheitspolitik und damit auch die Bundeswehr werden mit „freundlichem Desinteresse“ links liegen gelassen. In einer Glosse beleuchtet dieselbe Zeitung die völlige Gleichgültigkeit in Gesellschaft, Medien und Bundestag, als es um die Frage eines Ehrenmals für Bundeswehrsoldaten ging, die ihr Leben in Auslandseinsätzen verloren haben. Diese, zu Zweifeln Anlass gebende Interesselosigkeit, die bis in den Bundestag reicht, mag der Grund für das Lavieren von Regierung und Parlament in der Frage sein, ob deutsche Soldaten ihre amerikanischen, kanadischen oder niederländischen Bündniskameraden in ihrem Kampf gegen die Taliban im gefährlichen Einsatzgebiet Süd- und Ost-Afghanistan unterstützen sollen. Es scheint als werde die Möglichkeit eines Scheiterns wegen Kräftemangels in Kauf genommen, ehe man der deutschen Öffentlichkeit Verluste zuzumuten wagt, denn in der Tat braucht die NATO erheblich mehr Soldaten, um in diesen gefährdeten Regionen mit den Taliban fertig zu werden. Schwerer wiegt vielleicht der Umstand, dass das deutsche Zögern die Bündnissolidarität erheblich strapazieren kann, auch wenn die Bündnispartner „noch das Gesicht wahren“. Eher kann es dazu führen, dass Bündnispartner ihre Truppen aus dem Kampf gegen die Taliban zurückziehen, weil sie die Last nicht alleine tragen wollen.

Ich möchte in Bezug auf Afghanistan noch einen anderen Punkt ansprechen. Clausewitz empfiehlt, seine Kräfte gegen die „Hauptverhältnisse“ des Gegners zu richten, die neben den Streitkräften von sehr unterschiedlicher Natur sein können. Die NATO-Streitkräfte haben diesen Gedanken als „Center of Gravity“, gegen das man seine Anstrengungen richten muss, in ihre Vorschriften aufgenommen. In Afghanistan sehe ich vor allem drei Punkte, die entscheidende Bedeutung für die Taliban haben: Ihr Rückhalt in der Versorgungs- und Rekrutierungsbasis im schwer zugänglichen pakistanischen Grenzgebiet. Ihr Rückhalt in der Bevölkerung. Ihre Glaubwürdigkeit als islamische Gotteskrieger. Alle drei Punkte lassen sich vom Westen schwer oder kaum anpacken, da zum Ersten der Westen die Operationen nicht auf pakistanisches Staatsgebiet – Pakistan ist ein

quasi befreundeter Staat – ausdehnen kann. Es sind wieder einmal die USA, die einerseits die pakistanische Führung zu stabilisieren suchen und andererseits mit massiver Hilfen im pakistanischen Grenzgebiet die dortigen Clanchefs zu gewinnen suchen, die anscheinend der Taliban- und Al-Quaida-Herrschaft müde sind. Die Europäer wären gut beraten, wenn sie diese Bemühungen nicht durch voreilige Verurteilungen des pakistanischen Regimes gefährden würden.

In der Beurteilung der Lage und der Notwendigkeiten in Afghanistan möchte ich mich sehr zurückhalten, mir scheint aber, dass mehrere Dinge notwendig sind, um zu verhindern, dass die Taliban die Unterstützung der Bevölkerung zurückgewinnen. Erstens natürlich eine Kampfweise, die die Bevölkerung schont. Dies ist jedoch leicht gesagt und schwer in der Praxis getan, da die Taliban sich oft hinter der Bevölkerung verschanzen. Zweitens gehören dazu zügige Fortschritte im Aufbau zuverlässiger afghanischer Streitkräfte, die schon erfolgreich im Kampf gestanden haben, und die Unterstützung der afghanischen Polizei. Für beide Aufgaben setzen die USA, neben anderen Partnern, große Geldmengen ein. Dagegen wirken unsere Bemühungen eher bescheiden, auch wenn sie von guter Qualität zu sein scheinen. Drittens sollte mit der kämpferischen Absicherung von Gebieten der Aufbau von Infrastruktur und Lebensqualität Hand in Hand gehen. Auch hier setzen sich die USA sehr ein. Da dieser Aufbau in den freige kämpften Gebieten nicht ungefährlich ist, müsste er polizeilich oder militärisch abgesichert sein, was viele Kräfte binden kann. Auch müssen die Aufbaugesellschaften zur engen Zusammenarbeit mit den westlichen Truppen bereit sein und sich ihren Sicherheitsanordnungen fügen.

Da ich kein ausgewiesener Islamkenner bin, kann ich zum dritten Punkt, der islamischen Glaubwürdigkeit, nur wenig sagen. Dies ist ein sehr sensibles Gebiet und kann eigentlich nur vom Islam bzw. den islamischen Staaten selbst geleistet werden, da der kämpferische islamische Fundamentalismus für viele selbst eine Gefahr darstellt und in vielen Teilen nicht vom Koran gedeckt ist. Immerhin gibt es sehr wenige islamische Gelehrte, die es unter Lebensgefahr wagen festzustellen, dass z.B. ein Selbstmordattentat mit dem islamischen Glauben nicht vereinbar sei. Dieses stärker im islamischen Bewusstsein zu verankern, wäre ein unschätzbare Gewinn. Die Beispiele habe ich nur gewählt, um zu zeigen, wie Aussagen Clausewitz' helfen können, den Weg zu einer Beurteilung der Lage zu finden, die in die Tiefe geht. Zumal Clausewitz an vielen Stellen auf die Notwendigkeit hinweist, dass Politiker und Militärs vor einem möglichen Kriege diesen mit aller Gründlichkeit bis zum Ende, das man politisch erreichen will, analytisch durchdenken, um die strategischen Wege und Möglichkeiten zu er-

kennen und festzulegen, wie man den Krieg erfolgreich beendet. Dies gilt umso mehr in den heutigen komplexen Krisen und Konflikten in einer vernetzten Welt, die unter Umständen ein Handeln fern von Europa verlangen oder wozu wir von einer internationalen Organisation wie der UNO aufgefordert werden. Hier stellt sich die Frage, ob dieses saubere analytische Durchdenken wirklich auf allen Entscheidungsebenen und Handlungsebenen stattfindet bevor wir in einen Einsatz einsteigen. Oder entscheiden wir uns unter internationalem Druck nicht oft politisch und beginnen dann erst mit der Analyse?

Im 8. Buch, in dem er über den Kriegsplan nachdenkt, fordert Clausewitz klare Entscheidungsstrukturen, die die politische mit der militärischen Führung verbinden. Dies war zu seiner Zeit der Kabinettpolitik relativ einfach; in zwei berühmten Fällen – Friedrich der Große und Napoleon – lag beides in einer Hand. Das ist bei uns komplexer geworden, denn wir leben in einer parlamentarischen Demokratie mit rechtlich festgelegten Entscheidungsstrukturen in einer medialen Welt, in der Politiker wieder gewählt werden wollen. Auch die Welt als Ganzes ist viel komplexer geworden. In der Tat leben wir in einer Zeit großer Umbrüche und revolutionärer Wissenszuwächse. Neue Formen der Gewaltausübung, neue Dimensionen der Wissensvermehrung und der Wissensübertragung eröffnen sich in der „Cyber-World“. Neue Dimensionen des Raumes bieten sich mit der Eroberung des Weltraumes. All dies hat die Welt als Ganzes zur strategischen Spielwiese gemacht. Jeder scheint mit jedem in Beziehung zu stehen, und die klassischen Kulturräume leben nicht mehr für sich, sondern berühren

Militärische Macht ist nicht mehr an den klassischen Nationalstaat gebunden, sondern in zerfallenden Staaten bilden Gruppen ihre eigenen Armeen. Terror ist zur wirksamen und billigen Waffe geworden.

sich teilweise schmerzhaft. Multinationale politische Strukturen wie NATO und EU oder internationale Strukturen wie OSZE oder UN schränken das Machtmonopol des klassischen Nationalstaates des 19. und 20. Jahrhunderts immer mehr ein und setzen in zunehmenden

Maß den Rahmen für strategisches Handeln. Wirtschafts- und Finanzgruppen treten als bestimmende Machtfaktoren neben klassische politische Macht. Militärische Macht ist nicht mehr an den klassischen Nationalstaat gebunden, sondern in zerfallenden Staaten bilden Gruppen ihre eigenen Armeen. Terror ist zur wirksamen und billigen Waffe geworden. Unter dem Einfluss des Medienzeitalters bestimmt die Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung und den Zeitgeist in den modernen demokratischen Industrie- und Handelsstaaten das Handeln von Regierungen weit mehr als in den Zeiten der alten Kabinettpolitik. Der Zugang zu Rohstoffen und zu Energiequellen in einer enger werdenden Welt erhält eine existenzielle politische Qualität. Dies ist unsere Welt, in der

wir nationale und in Europa multinationale Entscheidungs- und Handlungsstrukturen gestalten bzw. an die Erfordernisse dieser gewandelten Welt anpassen müssen, da die Scheinstabilität des Kalten Krieges nicht mehr gilt.

Sicherheit kann daher nicht mehr eindimensional in militärischen Kategorien gedacht werden wie zur Zeit Clausewitz'. Die Ausweitung des alten, vornehmlich militärisch definierten Strategiebegriffs zur Vorstellung einer staatlichen Gesamtstrategie hat bereits Liddell Hart mit seiner Vorstellung einer „Grand Strategy“ eingeleitet. Es ist zwingend notwendig, im Rahmen einer derartigen Gesamtstrategie klare Führungsebenen einzuziehen und auch zu beachten, damit in der Ausführung der Politik klare Verantwortlichkeiten festgelegt werden können. Auf der Ebene der Politik werden sowohl die sicherheitspolitischen Ziele, die national oder im multilateralen Verbund verfolgt werden sollen, als auch die begrenzenden politischen Parameter festgelegt. Der Leitfaden hierfür ist die übergeordnete Staatsraison, die im deutschen Fall, ähnlich wie bei unseren Verbündeten, heute und für die absehbare Zukunft mit sicherheitspolitischer Stabilität in unserem weiteren Umfeld und mit multilateraler Einbindung Deutschlands als Grundlage friedvoller wirtschaftlicher Entwicklung und von gesellschaftlicher Wohlfahrt definiert werden könnte. Auf der Ebene der Gesamtstrategie sind dann die Vorgaben der Sicherheitspolitik für einen konkreten Fall zur Bewältigung einer politischen Situation umzusetzen. Liddell Hart nannte seine „Grand Strategy“ eine Art Politik in der Ausführung. Die verschiedenen Sektoren von Sicherheitsverantwortlichkeit wie Diplomatie, Verteidigung, Wirtschaft, Finanzen, Inneres, Entwicklungshilfe, Forschung und Technologie und vor allem des Nachrichtendienstes, um nur einige der wichtigsten Sektoren zu nennen, sollten zum Sicherstellen ihres koordinierten Handelns für die gesamtstrategische Lagebeurteilung, für das Handeln und zur Operationskontrolle unter der Staatsführung in einer ressortübergreifenden Struktur gebündelt werden können analog des nationalen Sicherheitsrates in den USA. Davon ist die Bundesrepublik meines Erachtens noch weit entfernt. Ein Vortrag hier hat diesen Tatbestand mit „ministerieller Inkohärenz“ bezeichnet. Hier trägt das Bundeskanzleramt die Verantwortung. Der bestehende Bundessicherheitsrat nimmt diese Aufgabe jedenfalls nicht wahr. Ohne dass ich hier Zeit und Raum für Institutionskunde habe, sollen diese wenigen Sätze deutlich machen, dass das Verfügen über angemessene Führungsstrukturen auf jeder Analyse- und Handlungsebene einen wichtigen Aspekt der strategischen Mittel darstellt. Strukturen ohne Mittel sind wirkungslos, aber Mittel ohne Führungsstrukturen sind kopflos und nicht konfliktfähig.

In dieses gesamtstrategische Netzwerk ist auch das Verteidigungsministerium auf der militärstrategischen Ebene mit seinen Mitteln eingebettet und national und in seiner Einbindung in die atlantischen und die europäischen Sicherheitsstrukturen für die Bewältigung militärdominanter Operationen oder für die militärische Begleitung von Operationen, z.B. im Rahmen des internationalen Krisenmanagements, zuständig und verantwortlich. Das militärische Instrument ist aus seinem Wesen und aus seiner Erfahrung heraus an das Denken in größeren Zusammenhängen gewöhnt, hierin ausgebildet und trainiert und hält dafür die notwendigen Führungsstrukturen sowie Führungsmittel bereit. Dies ist in den anderen ministeriellen Sektoren des gesamtstrategischen Netzes nur in sehr unterschiedlichem Maße der Fall. Häufig müssen dort in einem konkreten Fall aus der Hand ad hoc Strukturen aufgebaut werden, was die effektive Zusammenarbeit und Reaktionsfähigkeit im konkreten Fall erschweren und herabsetzen kann. Hier besteht ein besonderer Nachholbedarf, wenn ein Staat wie Deutschland strategisch für komplexe Sicherheitslagen reaktionsfähig sein will. Das Bundesverteidigungsministerium hat mit der Stärkung des Generalinspektors durch einen Einsatzstab und der Schaffung eines zentralen Führungszentrums bereits Konsequenzen gezogen und seine Führungsfähigkeit und Reaktionsfähigkeit im Sinne der Clausewitzschen Forderung gestärkt.

Die Internationalisierung und Multilateralisierung der Staatenwelt, besonders im euro-atlantischen Bereich, die aus gutem Grund Teil unserer auf Stabilität zielenden Politik ist, schränkt das Machtmonopol der Bundesrepublik ein und zwingt sie, ihre sicherheitspolitischen Interessen und ihr gesamtstrategisches Handeln im Rahmen internationaler Verbindlichkeiten und Strukturen sowie im Rahmen der multilateralen Kooperations- und Integrationsstrukturen der NATO und der EU zu definieren und einzubringen. Für Deutschland in seiner besonderen historischen und geographischen Situation im Herzen Europas – nach Kissinger für die Welt zu klein und für Europa zu groß – ist diese sicherheitspolitische und strategische Einbindung in die euroatlantischen Integrationsstrukturen und deren Weiterentwicklung der Kern seines politischen Konzeptes. Dies hat Konsequenzen für das gesamtstrategische und militärstrategische Umsetzen nationaler Interessen und Ziele. Das Planen und Handeln im Bündnisrahmen ist für Deutschland die Norm. Dieser Imperativ unterscheidet uns graduell auch von einigen unserer Bündnispartner. Das Agieren im Koalitionsrahmen ist historisch nichts Neues. Neu ist für uns jedoch die gegenwärtige Ausschließlichkeit. So kann Deutschland sich meist nicht mehr allein entscheiden, ob es sich an einer Stabilisierungsoperation oder auch Kampfoperation beteiligen will oder nicht, denn es könnte sonst die Solidarität im NATO-Bündnis oder der Zusam-

menhalt sowie die internationale Handlungsfähigkeit der EU auf dem Spiele stehen. Das ist ein hohes Gut! Trotzdem sollten wir die Kraft haben, nein zu sagen, wenn wir einen Einsatz für falsch oder unlösbar ansehen. Dies darf aber erst geschehen, wenn wir im multilateralen Abstimmungs- und Entscheidungsprozess in NATO oder EU alles versucht haben, unsere Partner durch qualitative Beiträge zu überzeugen. Dies darf kein Resultat von Stimmungen oder der Strasse sein. Es liegt daher in unserem Interesse, die Entscheidungsstrukturen von EU und NATO auf hohem qualitativem Niveau zu schärfen.

Das Verfolgen von nationalen Interessen und Zielen in einem Bündnis oder in einer Koalition setzt ein besonderes, hierfür waches und geschultes Bewusstsein voraus. Die eigenen Interessen müssen nicht nur in einem dialektischen strategischen Ringen gegenüber einem oder mehreren Gegenspielern durchgesetzt werden, sondern zunächst in einem sehr spezifischen Verhandeln mit und teilweise auch gegeneinander im Rahmen der Bündnisse abgeglichen werden. Auch in der NATO oder in der EU sind Interessen und Bedrohungsanalysen nicht

notwendigerweise deckungsgleich. Die Kunst des akzeptierbaren Kompromisses wird zu einer wertvollen Fähigkeit. Diese Kunst durchzieht die ganze gesamtstrategische oder militärstrategische Handlung, und diese Kunst muss von nationalen Vertretern, Politikern, Diplomaten und eben auch Soldaten ausgeführt und beherrscht werden. Damit wird die richtige Personalauswahl für multilaterale Schaltstellen, besonders aber für Führungspositionen zu einem strategischen Faktor, der in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden sollte.

Clausewitz' Kapitel über den kriegerischen Genius könnte den Personalabteilungen manchen wertvollen Hinweis geben. Aber es geht nicht nur um Personen und ihre Eignung, sondern diese müssen von der nationalen Zentrale mit abgestimmten Weisungen und Informationen auf hohem konzeptionellen Niveau versorgt werden, damit sie die deutsche Position im multilateralen Entscheidungsprozeß wirkungsvoll einbringen können. Das gleiche gilt für bilaterale Verhandlungen und Abstimmungen mit wichtigen Partnern wie z.B. den USA, die gewohnt sind, langfristig und weltweit zu denken. Haben wir diese konzeptionelle Weitsicht auf hohem Niveau z.B. in einer nationalen Sicherheitsstrategie? Ich habe da meine Zweifel!

Das Verfolgen von nationalen Interessen und Zielen in einem Bündnis oder in einer Koalition setzt ein besonderes, hierfür waches und geschultes Bewusstsein voraus. Die eigenen Interessen müssen nicht nur in einem dialektischen strategischen Ringen gegenüber einem oder mehreren Gegenspielern durchgesetzt werden, sondern zunächst in einem sehr spezifischen Verhandeln mit und teilweise auch gegeneinander im Rahmen der Bündnisse abgeglichen werden.

Kehren wir nach diesen mehr theoretischen Betrachtungen nach Afghanistan als aktuellem Beispiel zurück. In Afghanistan ist eine Scheineinheit strategischen bzw. operativen Handelns mühsam hergestellt worden. Der Stabilisierungsauftrag, von dem wir ein Teil sind, läuft unter der Führung von HQ ISAF und die Operationen gegen die Taliban unter „Operation Enduring Freedom“. Sie sind kolloziert und haben einen Oberbefehlshaber, aber ein Verschieben von Truppen zur Verstärkung zwischen ihnen ist nur schwer möglich. In allen strategischen Planübungen der NATO wird die ungeteilte Operationsverantwortung der vom Bündnis eingesetzten Befehlshaber gepredigt. Die Wirklichkeit ist jedoch anders. Viele der beteiligten Nationen haben den Einsatz an Bedingungen geknüpft, die einen z.T. stark einschränkenden Charakter haben. Die NATO nennt diese nationalen Einschränkungen „Caveats“. Diese „Caveats“ sind entscheidende Einschränkungen der zu fordernden operativen Einheit. Hinzu kommt der Einfluss der so genannten Nationalen Befehlshaber im Einsatzraum, deren Aufgabe vornehmlich die logistische Unterstützung der nationalen Kontingente ist, über die aber jeder Staat nochmals Einfluss nehmen kann. Man kann nur hoffen, dass der Sachverstand aller Führer der beteiligten Nationen in einem Einsatzraum, die Interesse am Erfolg haben, die Wirkung dieser, unter Umständen divergierenden nationalen Einflüsse auf die Operation vor Ort pragmatisch abmildern. Es bedarf sehr starker operativer Führungspersönlichkeiten mit großem Verhandlungsgeschick und mit Überzeugungskraft, die in einem derartigen multilateralen Geflecht die Einheit und den Schwung der Operation aufrechterhalten können. Hier gilt wirklich der Satz aus der alten Vorschrift Truppenführung, der deutsche Führungstradition ausdrückt mit dem Satz: „Führung ist eine Kunst, eine auf Charakter, Können und geistiger Kraft beruhende freie schöpferische Tätigkeit.“

Die von Clausewitz nach den Gesetzen der Logik erfolgte Einordnung des „Kriegs“ ebenso wie des „Friedens“ unter den Oberbegriff „Politik“ befreite den Krieg aus einer etwas verklemmten begrifflichen Einordnung der christlichen Staats- und Rechtsphilosophie, für die so große Denker wie Augustin und Thomas von Aquin stehen und den Begriff des „gerechten Krieges“ geschaffen hatten. Clausewitz betrachtete den Krieg ohne jede moralische Bewertung. Auch die möglichen Motive eines Feindes wurden sachlich beurteilt. Er verlangt die kalte Vernunft. Dies gilt für uns heute nicht mehr uneingeschränkt. Mit der Einführung der Menschenrechte und demokratischer Staatsstrukturen als Maßlatte für die politische Bewertung von Staaten und Völkern sind Kategorien der Moral in das politische Beurteilungssystem der westlichen Staaten zurückgekehrt. Dies hat seine historischen Gründe. Als die Vereinigten Staaten von Amerika

Ende des 18. Jahrhunderts auf der Grundlage europäischer Ideale der Aufklärung – gegen den Willen etablierter Mächte des alten Europas – ihren modernen demokratischen Bundesstaat gründeten, taten sie dies mit einem hohen moralischen Impetus. Dieser enthält auch die moralische Verpflichtung, die Ideale und Errungenschaften ihres so schwer erkämpften neuen Staates den übrigen, immer noch unterdrückten Völkern der Welt zu bringen. Das Menschenbild, das diesem Impetus zugrunde lag, war das Bild vom Menschen, das in der europäischen Philosophie aus den Werten der Antike und des Christentums über Jahrhunderte geformt worden war, das Bild des starken Individuums, das zwar in die Gemeinschaft eingebunden ist, aber über starke Rechte auch sein individuelles Glück verfolgen darf. Über Jahrhunderte bildete sich, maßgeblich von der Aufklärung geformt, die moderne westliche Staatsform der Demokratie in ihren verschiedenen Spielarten heraus. Der geistige Aufbruch im Europa des 13./14. Jahrhunderts mit der Betonung des kausalen Erkenntnisweges brachte, ebenfalls über Jahrhunderte, die naturwissenschaftlich-technische Revolution hervor, die sich jetzt weltweit mit galoppierender Beschleunigung weiter entwickelt. Aus diesem beeindruckenden Aufbruch nahmen sich Europa und dann die USA das Recht, die Welt nach ihren Maßstäben zu formen. Die Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technik haben sich weitgehend als kulturneutral verselbstständigt. Dies gilt aber nicht für unsere politische Lebensform, die die Frucht einer sehr langen Kulturentwicklung ist. Haben wir das Recht diese politische Lebensform – in den Begriffen Menschenrechte und Demokratie versinnbildlicht – anderen auch sehr alten Kulturkreisen mit Druck bis zur Gewalt aufzuzwingen? Ich habe da meine Zweifel, auch wenn ich weiß, dass ich mich damit auf einem gefährlichen Pflaster bewege.

Der Islam ist eine politische Religion, die in ihrer Tradition eigene politische Strukturen der Willensbildung und des Herrschens hervorgebracht hat. Im Iran wird der schiitische Islam von uralten persischen Kulturformen unterzogen; Indien und China sind uralte Hochkulturen, die in ihrer Philosophie z.T. von uns abweichende Menschenbilder entwickelt haben mit einer viel stärkeren Betonung auf der Einordnung des Einzelmenschen in das übergeordnete Wohl der Gemeinschaft. Genauso wenig können uralte Stammeskulturen in wenigen Jahren akzeptierte demokratische Strukturen entwickeln, auch nicht mit unserer Hilfe. Dies ist zwar nur eine sehr grobe Skizze, aber ich bin fest davon überzeugt, dass wir nicht berechtigt sind, diesen alten Kulturen unsere Lebensform aufzuzwingen, auch wenn wir von ihrem überlegenen Wert überzeugt sind. Amerika und Europa haben das Recht, ihre Werte als vorbildlich darzustellen und ihre Annahme zu empfehlen, ebenso wie Europa sich weiter zu einem vorbildhaften

politischen Raum des Friedens weiterentwickeln und ausstrukturieren soll, der auf andere krisengeschüttelte Räume der Erde vorbildhaft ausstrahlt. Wir sollten unsere Hilfe anbieten, wo sie gewünscht wird und etwas erreichen kann, aber die Entwicklung und Ausformung der Menschenrechte und freiheitlicher politischer Strukturen sollten wir diesen Kulturräumen selbst aus der Substanz

Bei unseren Erwartungen gegenüber Staaten anderer Lebensform, Geschichte und Tradition sollten wir zufrieden sein, wenn es sich um stabile, berechenbare Staaten handelt, die sich an das internationale Recht und an Vereinbarungen halten und den Terrorismus nicht decken oder gar fördern.

ihrer Traditionen überlassen. Die Übernahme westlicher Technologie und Forschung sowie westlicher Vergnügungsformen wird schon von selbst einen Prozess zu mehr Mitsprache und Freiheit auslösen. Auch das weltweite Internet kann diese Entwicklung unterstützen. Bei unseren Erwartungen gegenüber Staaten anderer Lebensform, Geschichte und Tradition sollten wir zufrieden sein, wenn es sich um

stabile, berechenbare Staaten handelt, die sich an das internationale Recht und an Vereinbarungen halten und den Terrorismus nicht decken oder gar fördern. Auf jeden Fall sollte unser polit-moralisches Sendungsbewusstsein uns nicht verführen, uns in unnötige und kaum von uns lösbare gewaltsame Konflikte hineinziehen zu lassen, die uns in Konflikt mit den Wertvorstellungen anderer Kulturräume bringen. Afghanistan ist insoweit ein Sonderfall als es sich hier um Verteidigung gegen den internationalen und fundamentalistischen islamischen Terrorismus handelt. Aber in der Demokratisierung Afghanistans sollten unsere Erwartungen sehr bescheiden sein und wir uns mit politischer Stabilität zufrieden geben. Dies bedeutet, und darum bin ich so ausschweifend geworden, in der politischen Bewertung fremder Staaten und von möglichen Konflikten zur kalten Vernunft Clausewitz zurückzukehren, bevor man sich irgendwo hineinziehen lässt oder sich unnötig Feinde macht.

Ich komme nun zum Schluss. Natürlich hat Clausewitz seine Theorie „Vom Kriege“ in einer Zeit geschrieben, die weit zurückliegt. Aber seine Kernaussage der logischen Unterordnung des Krieges unter die Politik und die Folge daraus, dass der Krieg oder der Einsatzes der militärischen Gewalt den Charakter eines Instruments der Politik hat, ist weiterhin auch in unser Welt gültig, ebenso wie einige seiner Grundsätze, die daraus folgern, uns bei der Beurteilung von Krisen und des Findens der rechten Vorgehensweise oder der richtigen Strategie helfen können. Er bleibt also in seinen wesentlichen Aussagen gültig, die wir zumeist im ersten Buch seines Werkes finden. Dies ist für mich auch kein Wunder, denn der Mensch hat sich in seiner Natur seit Clausewitz nicht geändert. Da der Mensch neben seiner Individualität ein Gemeinschaftswesen, d.h. ein politisches Wesen

ist, hat er seit Urzeiten organisierte menschliche Strukturen gebildet, die in positiver und negativer Konkurrenz mit anderen menschlichen Strukturen leben und sich daher mit anderen Strukturen auseinandersetzen mussten. In diesem von Aktion und Reaktion bestimmten Beziehungsgeflecht ist die Ursache von Gewalt meist weniger das so genannte Böse, sondern das jeweils andere Gute, das auf eine je andere Vorstellung des Guten stößt.

So ist nach Clausewitz die erste und wichtigste Konstante strategischen Denkens der Imperativ der sauberen und vorurteilslosen Analyse der strategischen Situation, die es zu bewältigen gilt. Dabei muss die Welt und besonders der gefallene Mensch so gesehen werden, wie er nun einmal ist und nicht wie er sein sollte, d.h. wir sollen den Frieden wollen und lieben, aber nicht die Welt durch eine pazifistische oder durch unsere Moralvorstellungen getrübbte Brille sehen. Dazu brauchen wir weder den Pessimismus eines Thomas Hobbes: „Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf!“ oder den Optimismus eines Jean Jacques Rousseau: „Der Mensch ist von Natur aus gut!“ Der Mensch bleibt das nicht festgelegte Wesen, das im gleichen Maße zum Bösen wie zum Guten befähigt ist. So bleibt Strategie trotz aller dominierenden technologischen Einflüsse auch heute eine zutiefst menschliche Angelegenheit, denn es geht um die Auseinandersetzung menschlicher politischer Strukturen, um die von Menschen ausgeübte Macht, d.h. um Absichten und Handeln von Menschen mit oder gegen Menschen, wie eben auch zur Zeit von Clausewitz.

Zum Autor: General a.D. Hans-Henning von Sandrart war in wichtigen nationalen und internationalen Führungsverwendungen tätig, u.a. als Kommandeur der 11. Panzergrenadierdivision, Stellvertretender Chef des Stabes SHAPE, Inspekteur des Heeres und zuletzt als Oberbefehlshaber der verbündeten Streitkräfte in Mitteleuropa (CINCENT). Nach seiner Pensionierung (1991) leitete er u.a. nationale Tagungen zur Weiterbildung ukrainischer Generale und wirkte er an den deutsch-polnischen Offiziergesprächen mit. General von Sandrart ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 Vortrag, gehalten beim Internationalen Clausewitz-Zentrum an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Erstveröffentlichung des Beitrags in: Clausewitz-Information 2/2008, Internationales Clausewitz-Zentrum, Hamburg, September 2008. ISSN 1615-1135.
- 2 Hahlweg, Werner (Hrsg.), Carl von Clausewitz „Vom Kriege“, 1. Buch, Über die Natur des Krieges, 1973, S. 213.

Clausewitz im modernen Bedrohungsspektrum

Referat, gehalten anlässlich des Herbsttreffens der Sektion Schweiz der Clausewitz-Gesellschaft am 12. November 2008 in Bern

Dr. Wilhelm N. Germann

Einleitung

Es gehört schon einiger Mut dazu, einen Nicht-Historiker und Neu-Clausewitzianer mit einem so dissertationsträchtigen Thema zu betrauen wie "Clausewitz im modernen Bedrohungsspektrum". Ich wollte, ich könnte dazu auf einen ähnlich reichen Kenntnisstand der einschlägigen Schriften zurückgreifen wie kürzlich J. J. Langendorf in seinem Exposé über Jomini. Indes, dies wird ein Wunsch bleiben und zwingt zu einschränkender Bescheidenheit.

Bescheidenheit ist nicht nur angeraten hinsichtlich der themenrelevanten Interpretation der Clausewitzschen Axiome. Sie gilt ebenso für die aktuelle Beurteilung des modernen Bedrohungsspektrums, in dem die Übergänge zwischen Krieg, kriegerischem Konflikt, organisierter Gewalt und internationaler Kriminalität fließend geworden sind und sich der ordnenden Kraft klassischer Begrifflichkeit entziehen.

Es erscheint mir dennoch verantwortbar, mit einigen grundsätzlichen Überlegungen zur Diskussion der Frage beizutragen, was von Clausewitz' Erbe sinnvoll zur besseren theoretischen Durchdringung und praktischen Bewältigung der aktuellen Herausforderungen herangezogen werden kann. Diese Frage ist keinesfalls nur theoretischer Natur. Die Dynamik organisierter Gewalt in einem zunehmend globalisierten Umfeld hat schnell erkennen lassen, dass Krieg als Mittel der Politik keinesfalls obsolet ist. Es sind die dramatischen Veränderungen seines Wesens, seiner Triebkräfte und Ressourcen, die die Suche nach geeigneteren Strategien zur Konfliktverhütung und Friedenssicherung zum permanenten praktischen Imperativ machen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es durchaus legitim, sich – methodologischen Bedenken zum Trotz – zielgerichtet auch den einschlägigen Überlegungen dessen zuzuwenden, der das Phänomen Krieg wie kein anderer systematisch in seinen Grundsätzen und Variablen analytisch durchdrungen hat. Ich will versuchen, die Diskussion darüber mit zwei stichwortartig zusammengefassten Skizzen ein-

zuleiten. Die erste gilt dem jüngsten Wandel des "Chamäleons Krieg"¹ und seiner Reflexion im gegenwärtigen Bedrohungsspektrum. Die zweite wendet sich der Frage nach der Aktualität Clausewitz'scher Grundprinzipien im Rahmen der gegenwärtigen Sicherheitsvorsorge zu. Es versteht sich, dass beides in einem einführenden Referat nur fragmentarisch ausfallen kann.

Zum Wandel des Krieges und seiner Reflexion im gegenwärtigen Bedrohungsspektrum

Lassen Sie mich mit einigen Anmerkungen zum jüngsten Wandel des Chamäleons Krieg beginnen und in enger Anlehnung an Herfried Münkler² die wesentlichsten Merkmale der Instrumentierung kriegerischer Gewalt in den so genannten "Neuen Kriegen"³ zusammentragen. Das "Neue" darin betrifft insbesondere die tendenzielle Entstaatlichung und kommerziell ausgerichtete Privatisierung des Krieges, die Asymmetrisierung organisierter Gewalt und die sukzessive Verselbständigung vordem militärisch eingebundener Gewaltformen.

Die Charakteristika und Begleiterscheinungen dieser Phänomene werden weitgehend von folgenden Entwicklungen und Tendenzen bestimmt⁴:

- Der Krieg hat sich seiner Fesselung an die Staatlichkeit, die ihm völkerrechtlich mit dem Westfälischen Frieden angelegt worden sind, entledigt. Der einstige Kriegsmonopolist Staat konkurriert mit paramilitärischen und privaten Akteuren, mit Warlords und Söldnern und netzförmig miteinander verbundenen Terrorgruppen. Diese führen ihre Kriege untereinander oder auch gegen Staaten und haben dies zu einem lukrativen dauerhaften Betätigungsfeld gemacht. Der klassische Staatenkrieg selbst ist somit zum „historischen Auslaufmodell“ geworden.
Der Krieg hat sich seiner Fesselung an die Staatlichkeit, die ihm völkerrechtlich mit dem Westfälischen Frieden angelegt worden sind, entledigt. Der einstige Kriegsmonopolist Staat konkurriert mit paramilitärischen und privaten Akteuren, mit Warlords und Söldnern und netzförmig miteinander verbundenen Terrorgruppen.
- Die „neuen Kriege“ sind asymmetrische Kriege. In ihnen kämpfen nicht mehr gleichartige Gegner miteinander. Die klassische Duellsituation ist abgelöst worden durch Formen einseitiger Gewaltanwendung. An die Stelle der Schlacht als Kulminationspunkt des klassischen Krieges ist das Massaker getreten. Dies gleicht einer Situation, in der die eine Seite tötet und die

andere getötet wird, ohne die Möglichkeit zu haben, sich effektiv zur Wehr zu setzen. Die Asymmetrisierung des Krieges belegt nicht nur die Regionen mit so genannten „failed states“; sie hat in Gestalt des internationalen Terrorismus auch längst die Wohlstandszonen der nördlichen Hemisphäre erfasst. Entstaatlichung und Asymmetrisierung der gewaltsamen Konfliktaustragung heben die Wirkung stabiler Abschreckungsmechanismen auf. Sie machen tragfähige Verhandlungs- und Vertragssysteme praktisch zur Illusion.

- Die Gewaltanwendung richtet sich nicht mehr gegen die bewaffnete gegnerische Macht, sondern primär gegen die Zivilbevölkerung und das hochsensible psychologische Gewebe moderner Gesellschaften. Die neuen Kriege kennen keine Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten. Es lassen sich in ihnen auch keine definierten Ziele und Zwecke ausmachen, um deretwillen der Krieg geführt wird. Sie folgen eigenen Gesetzen der Kriegsökonomie, in denen die Gewinne privatisiert und die Kosten sozialisiert werden.
- Diese Kriege entziehen sich dem Regelungsgedanken des Völkerrechts, der auf dem klassischen Staatenkrieg basiert. Mit der Entstaatlichung des Krieges geht zwangsläufig ein Verlust der wesentlich an die Staaten adressierten Normen des heutigen Völkerrechts einher. Den Versuchen, die Minimalvoraussetzungen symmetrischer Politik mittels Militärintervention, Wirtschaftshilfe und Stabilitätsexport wiederherzustellen, sind Grenzen gesetzt. Dem Ruf nach das Recht durchsetzenden humanitären Einsätzen und militärisch gestützten Sanktions- und Stabilisierungsmechanismen steht in der Praxis eine reduzierte Interventionsfähigkeit und -bereitschaft der etablierten Gesellschaften entgegen.

Die Vielzahl dieser Erscheinungsformen stützt sich auf Phänomene mit fließenden Übergängen. Die Unübersichtlichkeit der Konfliktgründe und Gewaltmotive und die Unberechenbarkeit ihres zeitlichen und geographischen Ausbruchs belasten die zielgerichtete Etablierung geeigneter Strategien und Instrumentarien in dramatischer Weise.

Das Ende des staatlichen Monopols auf Kriegführungsfähigkeit bedeutet auch weitgehend das Ende des symmetrischen Krieges. Damit einher geht der Verlust der Fähigkeit, verlässlich vorherzusehen, wie man den Ausbruch bewaffneter

Konflikte vermeiden, verhindern und gegebenenfalls bändigen kann. Letzteres ist bei den neuen transnationalen Kriegen nicht mehr der Fall. Die Suche nach adäquaten Instrumenten der Sicherheitsvorsorge muss sich zunehmend daran messen lassen, wie sie den Herausforderungen globalisierter Unsicherheiten in asymmetrischer Ausprägung begegnet, deren Auftreten multikausal ist und längst mehr als militärische Antworten verlangt.⁵ Die Frage ist, wie sich in der zunehmend diffusen Sicherheitslage die zum Gewaltgebrauch legitimierten Staaten konkret dieses veränderten Bedrohungsspektrums annehmen.

Die westlichen Demokratien erkennen übereinstimmend, dass an die Stelle einer eindimensionalen Bedrohung mit geographischer und staatlicher Zuordnung, klaren Strukturen, bekannter Ausrüstung und Führungsgrundsätzen eine Vielzahl von Risiken und Herausforderungen aus militärischen und zivilen Faktoren getreten ist. Sie sehen sich der Ausbreitung eines mehrdimensionalen instabilen Bedrohungsbündels ausgesetzt, das in seinen verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten unterschiedliche Risiken fördert. Diese lassen sich vereinfacht als klassisch-militärisches Restrisiko, Proliferationsrisiko, Destabilisierungsrisiko sowie als Globalisierungsrisiko grenzüberschreitender Gewaltdrohung und Gewaltanwendung kategorisieren⁶, dem auch der internationale Terrorismus zuzuordnen ist. Mit diesem Bündel verwischen sich nicht nur die Grenzen zwischen klassischem Krieg und anderen Formen von Gewaltanwendung, sondern auch die Eindeutigkeit zwischen Innerer und Äusserer Sicherheit.

Das Ende des staatlichen Monopols auf Kriegsführungsfähigkeit bedeutet auch weitgehend das Ende des symmetrischen Krieges. Damit einher geht der Verlust der Fähigkeit, verlässlich vorherzusehen, wie man den Ausbruch bewaffneter Konflikte vermeiden, verhindern und gegebenenfalls bändigen kann.

Die Mehrzahl der neuen Risiken leitet sich aus der Destabilisierung staatlicher Ordnung durch politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Fehlentwicklungen ab. Kollabierende Staaten begünstigen dabei den Ausbruch regionaler Konflikte oder von Bürgerkriegen. Religiöse Fundamentalisten nutzen die vielfältigen zivilisatorischen Verwerfungen zu ihren Zwecken. Und es sind nichtstaatliche Akteure, die mit einfachen Mitteln und Kampfformen die sicherheitsrelevanten Randzonen beherrschen.

Es besteht Einvernehmen, diesen Risiken und Gefährdungen der Sicherheit in internationaler Anstrengung mit militärischen und zivilen Mitteln gemeinsam zu begegnen, und zwar dort, wo sie entstehen. Es besteht weiterhin Einigkeit darüber, dass es hierzu eines umfassenden konzeptionell und institutionell vernetzten Ansatzes bedarf. Weniger Einigkeit herrscht allerdings in dessen praktischer Um-

setzung hinsichtlich der Rollen- und Aufgabenverteilung und der Qualität des erforderlichen Solidarverhaltens. So ist die politisch, völkerrechtlich und verwaltungstechnisch nicht irrelevante Frage, ob es sich bei den Friedensmissionen und Stabilisierungseinsätzen unserer Soldaten um bewaffnete Entwicklungshilfe oder Kriegseinsätze handelt, nicht zufrieden stellend beantwortet. Das Gleiche gilt für die Frage, ob die solidarische Arbeitsteilung im Bündnis auch die Kampfesferne einzelner nationaler Kontingente zu ertragen vermag. Nationale Vorbehalte und Präferenzen überwiegen und stehen der Verabschiedung eines durchgängigen strategischen Konzeptes mit einer, in Clausewitz'scher Terminologie, ausgewogenen Austarierung von Zweck, Ziel und Mitteln entgegen. Zu ihrer Überwindung fehlt ein handlungsleitend internationalisiertes Verständnis für die Notwendigkeit konzeptioneller und institutioneller Verklammerung der nationalen und internationalen Akteure. Als weiterer Hemmschuh macht sich die zunehmende Unausgewogenheit in der Konfliktwahrnehmung durch die drei Säulen der Clausewitz'schen "Wunderlichen Dreifaltigkeit" aus Volk, Militär und Politik mit der Tendenz zu weiterer Entfremdung untereinander bemerkbar. Diese und andere Umstände werfen zwangsläufig die Frage nach der grundsätzlichen Fortgeltung Clausewitz'scher Prinzipien im Rahmen der aktuellen Bemühungen um Friedenssicherungs- und Konfliktbewältigung auf.

Zur Fortgeltung und Aktualität Clausewitz'scher Grundprinzipien

Bekanntermassen hat sich die Clausewitz-Gesellschaft die Aufgabe gestellt, aus der Begegnung mit den Gedanken des Generals Nutzen für die Gegenwart zu ziehen. Dies ist ein Anspruch, der im Lichte der neuen Herausforderungen nach Bestätigung sucht. Dabei kann es nicht darum gehen, in einer Exegese seines Hauptwerks „Vom Kriege“ selektiv nach wohlklingenden Zitaten und punktuellen Handlungsanweisungen Ausschau zu halten. Deren Auswahl bliebe kontextlos willkürlich, methodologisch unredlich und damit für jede nachhaltige Beweisführung unwirksam. Sie widerspräche auch fundamental den Intentionen und Ansprüchen des Autors.

Sein Hauptwerk „Vom Kriege“ markiert den Übergang von der Theorie der manöverhaften Kabinettskriege zu der des absoluten Volkskrieges. Clausewitz wurde damit nicht nur zum Wegbereiter der modernen Kriegstheorie; er schuf mit seinen verfeinerten Definitionen von Strategie und Taktik auch relativ zeitlose Begriffe, die geeignet sind, auch über den Bereich des Militärischen hinaus Verwendung zu finden.⁷ „Vom Kriege“ ist aber weder ein Lehrbuch noch eine Handlungsanweisung für Politiker und Feldherrn.⁸

Clausewitz selbst hatte zum Ziel, eine Kriegstheorie zu entwickeln, die eine Betrachtung des Gegenstandes sein sollte und kein Katalog für fallbezogenes Handeln. Die Theorie sollte eine Vertrautheit mit dem Gegenstand Krieg erzeugen, die ihrerseits in Können und Kunst übergeht, ohne zu einem zu engen Korsett aus Grundsätzen und Regeln zu werden.⁹ Ziel seiner theoretischen Abhandlungen war vielmehr das Aufzeigen von generellen Prinzipien, die sich aus dem Studium der Geschichte und aus dem logischen Denken ergaben. Seine Philosophie des Militärischen Handelns will demzufolge weder ein fertiges Lehrgebäude liefern noch Patentrezepte für jeden nur denkbaren Fall abgeben. Was sie zu leisten vermag, ist die Analyse eines komplexen Gegenstandes und Handlungsfeldes, die dem Entscheidungsträger die Freiheit des Handelns erhält.

Hier, im Verzicht auf ethische und moralische Wertungen, in der rational begründeten Reduktion des Anspruchs und der methodischen Stringenz seines Theoriegebäudes liegt der Schlüssel zur Zeitlosigkeit und damit zur grundsätzlichen Übertragbarkeit seiner erkenntnisfördernden Prinzipien. Das Theoriegebäude aus Zweck, Ziel und Mittel, den Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, den Friktionen, der (doppelten) "Wunderlichen Dreifaltigkeit", der Tugenden des Feldherrn und der Streitkräfte, der Strategie und dem Maß der Mittel erlangen so ihre zeitlose Bedeutung. Seine begrifflich operationalisierte Verwendung bleibt Modell für den Zugang zum komplexen Gesamtphänomen in seiner jeweiligen materiellen und historischen Realität. Darunter fallen auch die aktuellen Gewaltanwendungen, einschliesslich des internationalen Terrorismus, die nicht eindeutig als Kriege identifiziert werden können. Vor diesem Hintergrund erscheint es legitim, sich den komplexen Zusammenhängen seiner Denkweise mit ihren Prämissen und Schlussfolgerungen zuzuwenden und diese, hermeneutisch korrekt, erkenntnisfördernd auf die aktuelle Problemlage anzuwenden.

Dies kann hier nur pauschal anhand augenfälliger Bezüge zwischen den neuen Phänomenen und Clausewitz'schen Prinzipien demonstriert werden. Ich beschränke mich dabei auf eine kurze Betrachtung der Beachtung ausgewählter Clausewitz'scher Axiome in der aktuellen Sicherheitsvorsorge.

In Anleihe bei Prof. Souchon's kürzlichen Ausführungen in Hamburg¹⁰ will ich dazu festhalten: Mit den neuen Herausforderungen verändert sich nicht nur die subjektive Natur des Krieges, sondern auch die Instrumentierung von Ziel, Zweck und Mitteln. Sie verändern aber nichts am Clausewitz'schen Grundprinzip des Krieges, den Gegner mittels Gewaltgebrauch zur Erfüllung des eigenen Willens zu zwingen. Dies gilt grundsätzlich für beide Konfliktseiten.

Die Globalisierung hat, ihren erhöhten kommunikativen und medialen Möglichkeiten zum Trotz, auch nicht die von Clausewitz herausgestellten Tendenzen der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls reduziert, sondern diese eindeutig verstärkt. Gleiches gilt für die Bedeutung der Grundvorstellung von der "Wunderlichen Dreifaltigkeit", dem tripolaren Spannungsfeld zwischen Politik, Volk und Militär.

Durch die Globalisierung rücken die Tendenzen des Einsatzes militärischer Macht, des politischen Zwecks, der Natur des Krieges und die involvierten Wahrscheinlichkeiten enger zusammen. Der politische Zweck des Einsatzes militärischer Macht ist unter den vorherrschenden Bedingungen nur schwer zu definieren. Strategische Zielsetzungen bleiben daher mehrdeutig, ein stringenter handlungsleitender gesamtstrategischer Rahmen und Überbau fehlt. Die Folge

Militärische Gewalt gegen den Terrorismus tendiert zur Auslösung einer schwer kontrollierbaren Eskalation von Gewalt und Gegengewalt, solange nicht mit politischen, wirtschaftlichen und weiteren Mitteln die sozialen und anderen Ursachen behoben werden.

ist, dass militärische und zivile Kriseneinsätze taktisch durchgeführt werden¹¹ und damit zu kurz greifen.

Dies wird insbesondere deutlich, wenn wir die aktuellen Friedensmissionen und Stabilisierungseinsätze auf dem Balkan, im Irak und in Afghanistan kritisch ins Visier nehmen. Dabei

bleibt durchaus anzuerkennen, dass Soldaten wie General Paetraeus im Irak sehr konkrete Lehren aus den zuvor geschilderten Erscheinungsformen heutiger bewaffneter Konflikte gezogen haben und auch die Bündnis- und Koalitionspartner den Forderungen nach entsprechend umfassenden Ansätzen folgen.¹² Dennoch bleibt den aktuellen Einsätzen das Fehlen einer vorgedachten politischen Gesamtlösung gemeinsam, die in Antizipation des intendierten Friedenszustandes die zivilmilitärischen Zuständigkeiten sinnvoll zuordnet. Im Ergebnis führt dies zur nachhaltigkeitsbegrenzenden einseitigen Abstützung auf den militärischen Bereich.

Terrorismus lässt sich aber mit militärischen Mitteln nur indirekt bekämpfen. Wen kann, wen sollte man unter Androhung und Anwendung physischer Gewalt wozu bringen und wovon abhalten? Man kennt den Namen der Gefahr, weder aber ihr Gesicht, noch ihre Adresse.¹³ Es ist schon paradox, dass eine militärische Option darin läge, einen Selbstmordattentäter mit Waffengewalt davon abzuhalten, sich selbst umzubringen und dabei andere mit sich in den Tod zu reißen.

Militärische Gewalt gegen den Terrorismus tendiert zur Auslösung einer schwer kontrollierbaren Eskalation von Gewalt und Gegengewalt, solange nicht mit politischen, wirtschaftlichen und weiteren Mitteln die sozialen und anderen Ursachen behoben werden. Effizienz und Glaubwürdigkeit im Umgang mit dem Terrorismus benötigen mehr als militärische Anstrengungen. Sie fordern die gesamte Kapazität der international intervenierenden Staaten.

Der militärische Schutz des zivilen Aufbaus muss dabei politisch kontrolliert, reglementiert und verwaltet werden. Dieser Anspruch bleibt allerdings in der Realität der laufenden Einsätze ohne hinreichendes Echo. Die zivil-militärische Zusammenarbeit leidet offensichtlich unter erheblichen Reibungsverlusten. In der Alltagspraxis zeigt sich, dass das Rollenverständnis im Rahmen der vernetzten Sicherheitskooperation nicht handlungsleitend internalisiert ist. Mit der Entfernung der Einsatzschauplätze wächst auch die Entfremdung zwischen den drei Säulen der Clausewitzschen Trilogie aus Politik, Volk und Militär in der zu vertretenden Sache. Für das heimische Publikum ist Afghanistan auch im 7. Einsatzjahr abstrakt geblieben.¹⁴ Die Soldaten vor Ort plagt das Gefühl, in der Frage nach dem Sinn ihres Einsatzes allein gelassen zu sein. Jeder Verlust, den sie erleiden, potenziert sich dadurch und untergräbt die Moral.

Aus der Distanz wird leicht übersehen, dass die Rolle des Soldaten in der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung Forderungen „sui generis“ ausgesetzt ist. Anders als der Entwicklungshelfer, der zivile Berater, der politische Repräsentant und der entsandte Polizist muss der Soldat

- in die Gefahr hinein handeln,
- dabei nötigenfalls das gesellschaftliche Tötungs- und Zerstörungstabu brechen,
- sich der Kriminalisierung seiner Handlungsverweigerung bzw. seines Nichthandelns aussetzen und
- sich permanent auf den Gebrauch physischer Gewaltsamkeit vorbereiten mit der paradoxen Zielsetzung, dadurch von dieser keinen Gebrauch machen zu müssen.

Darüber hinaus muss er in allen Aktionen des legitimen Gewalteinsatzes dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit folgen, ein Grundsatz, der unter den besonderen Bedingungen asymmetrischer Kriegführung nur schwer zu beurteilen ist. Der Einsatz erfolgt in völlig unterschiedlichen Kulturkreisen und ist verbunden mit persönlichen Belastungen ungewohnter Intensität einschliesslich des Risikos

für Gesundheit und Überleben. Die Begründung des soldatischen Dienens ist damit erheblich komplexer und schwieriger geworden. Politik und Parlamente müssen wissen, was sie unter den gegebenen Bedingungen den Soldaten abverlangen müssen und können und was ohne Bereitstellung der notwendigen Mittel und ohne Zuspruch der Bevölkerung nicht durchhaltbar ist. Die wachsende Einsicht in die damit verbundenen Zwänge hat allerdings den Ruf nach korrigierender Besinnung auf die erkenntnisleitenden Prinzipien Clausewitz'scher Prägung wieder lauter werden lassen.

Worum geht es dabei? Es geht dabei nicht um moralische Kriterien oder Legitimationsprobleme, zu denen Clausewitz sich ja bekanntlich weitestgehend zurückgehalten hat. Es geht um die Effizienz der Entscheidungsfindung und deren entsprechend stringente situationsangemessene Ausführung auf der Grundlage zutreffender Lage- und Problemanalyse. Und es geht um die adäquate Anpassung der Konzepte und Ausführungsanweisungen. Dies stellt erheblich höhere Forderungen an die politische, soziale, ethische und moralische Urteilsfähigkeit



Deutsche Soldaten im Kosovo-Einsatz

der politischen und militärischen Entscheidungsträger und der Soldaten als öffentlich zugestanden wird.

Wie hier die Clausewitz'schen Axiome zur entsprechenden Reflexion verbesserter strategischer Vorgaben und Durchführungsmodalitäten sinnvoll übersetzt und instrumentiert werden können, hat kürzlich Generalmajor a. D. Millotat in einer bemerkenswerten Studie zur Praxis der internationalen Aktionen auf dem Balkan¹⁵

demonstriert. In dieser Studie hat er, aus der Sicht eines unmittelbar Beteiligten und in vielen Bereichen Gestaltenden, die Schwachstellen einer Clausewitz vernachlässigenden Vorgehensweise am Beispiel des Kosovo-Einsatzes analysiert. Seine Anmerkungen sind exemplarisch. Sie werden auch durch vielfältige Berichte aus den anderen regionalen Einsätzen bestätigt.¹⁶ Ich will Ihnen einen Auszug aus seiner Arbeit, die in Kürze vollständig in seinem Buch "Eliten der Bundeswehr im Einsatz" erscheinen wird, nicht vorenthalten:

Millotat geht von den einschlägigen Forderungen Clausewitz' aus, dass Streitkräfte nur das Mittel der Politik sind, um den Zweck eines Krieges, den Sieg, zu erringen, und dass der Krieg nur ein Mittel sein kann, den endgültigen Zweck

der Strategie, den Frieden, zu erreichen. Dazu tritt die Forderung, dass im Kriege die Theorie stets praktisch bleiben und die Praxis die Theorie laufend überprüfen muss. Unverzichtbar ist auch die Feststellung, dass im Kriege die verantwortlichen Politiker und Soldaten nur sachgerecht handeln können, wenn sie über eine Wesens- und Ortsbestimmung über ihn verfügen. Aus diesen Forderungen leitet Millotat u.a. folgende grundsätzliche Erfolgsprämissen für das sinnvoll verzettelte Zusammenwirken von Politik und Militär ab und übersetzt sie wie folgt:

“Die Politik behält in bewaffneten Konflikten und Friedensmissionen immer die Führung. Vor Abschluss eines von einer internationalen Koalition geführten bewaffneten Einsatzes oder einer Friedensmission muss die politisch-strategische Ebene (VN; NATO; EU; andere) im Konsens mit den am jeweiligen Einsatz beteiligten Nationen bereits bei der Planung des militärischen Teils des Einsatzes, dem der politische und wirtschaftliche Aufbau folgt, den angestrebten Friedenszustand definieren. Sie wird dabei durch die verantwortlichen höchsten Soldaten beraten. Sie entwickelt hierzu zusammen mit diesen Soldaten einen den gesamten Einsatz umfassenden strategischen Plan, der von den nachgeordneten Führungsebenen umgesetzt werden muss und diese Verhaltenssicherheit bietet. Die politisch-strategische Führung vermeidet weitestgehend, über Führungsebenen hinweg in die Durchführung von Einsätzen einzugreifen...

Die Durchführung eines bewaffneten Einsatzes oder einer Friedensmission muss ständig von der Lage im jeweiligen Einsatzgebiet beeinflusst werden. Wenn es sich als notwendig erweist, sind Planungen und Weisungen der politisch-strategischen Ebene der tatsächlichen Lage anzupassen und die Triade aus Ziel, Zweck und Mitteln muss neu austariert werden. Immer aber lenkt die politisch-strategische Zielsetzung die Durchführung des Einsatzes...

Internationale Akteure in bewaffneten Einsätzen und Friedensmissionen, ob Politiker, Soldat, Polizist oder Angehöriger eingebundener Organisationen, müssen mit den Grundproblemen und dem Wesen der Politik, des Militärs, der Wirtschaft und vor allem den jeweiligen Bedingungen im Einsatzgebiet vertraut sein. Ausserdem müssen sie geschult und gewillt sein, zusammenzuarbeiten, komplexe Sachverhalte gemeinsam zu analysieren, Lösungen gemeinsam zu entwickeln und, jeder nach seiner Kompetenz, ressort- und ebenengerecht zu handeln....⁴⁷

Ich will es bei diesem Beispiel praxisrelevanter Übersetzung Clausewitz'scher Axiome belassen. Sie erhärten die Feststellung, dass in keinem der laufenden Einsätze diesen abgeleiteten Forderungen hinreichend Genüge getan worden ist. Ihre angemessene Nachachtung hätte viele Fehler bei der Planung und Durchführung der gegenwärtigen Friedensmissionen vermeiden lassen. So hat es die politisch-strategische Führung versäumt, für die Friedensmissionen vor den internationalen Einsätzen das jeweilige politische Endziel zu formulieren. Dies hatte zur Folge, dass auch die militärischen Ziele nicht richtig abgeleitet wurden. Darüber hinaus wurde verabsäumt, die internationalen Aktivitäten wirkungserhöhend zu verklammern.

Insbesondere hat das Versäumnis, umfassende Operationspläne auf der Grundlage der einschlägigen Resolutionen und Friedensabkommen zu entwickeln, zu

Sicherheitsvorsorge im gewandelten Bedrohungsspektrum ist eine ausserordentlich komplexe Aufgabe. Sie zu meistern wird durch den Rückgriff auf gesicherte Erkenntnisse und Methoden erleichtert, wie Clausewitz sie uns hinterlassen hat.

einer Reihe entscheidender Mängel geführt. Dazu gehören u.a., dass eben die mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu erreichenden Ziele nicht definiert wurden. Weisungen zum politischen und wirtschaftlichen Aufbau nach der militärischen Besetzung wurden nicht verbindlich ausbuchstabiert. Die notwendige

Vernetzung der Kompetenzen und Zuständigkeiten wurde nicht in die Tat umgesetzt. Die Führung blieb fragmentiert und wurde nicht in einer Hand vereinigt.

Letztlich blieben auch alle Bemühungen zur Gewinnung einflussreicher Meinungsträger oder grösserer Teile der Bevölkerung für eine Offensive der Versöhnung ohne Erfolg. Sie scheiterten an der mangelnden Überzeugungsfähigkeit der internationalen Akteure und der von ihnen angebotenen Lösungen. Zusammengekommen hat dies eine gebündelte und zielgerichtete Aufbauarbeit nachhaltig behindert. Es hat den politischen und wirtschaftlichen Aufbau der Regionen entscheidend verzögert und die Leiden verlängert. Das tragische dabei ist, dass sich damit auch die Zahl der Opfer unverhältnismässig erhöht hat.

Fazit

Lassen Sie mich hier zu Gunsten der Diskussion einhalten, auch wenn es wenig elegant ist, die Aktualität Clausewitz' im modernen Bedrohungsspektrum letztlich aus einer Negativliste heraus belegen zu wollen. Sie macht allerdings deutlich, dass es ohne Rückgriff auf sein Theoriegebäude, seine Denkweise und die

Beachtung seiner grundlegenden Axiome offensichtlich nicht geht. Paradoxa-weise geht der Trend zur Ablösung von jenen Kriegen, die Clausewitz analysiert hat, mit dem gestiegenen Bedarf einher, sich der aus ihnen abgeleiteten Methoden und Denkweisen zur Einhegung gerade der neuen Kriege bedienen zu müssen. Sicherheitsvorsorge im gewandelten Bedrohungsspektrum ist eine ausserordentlich komplexe Aufgabe. Sie zu meistern wird durch den Rückgriff auf gesicherte Erkenntnisse und Methoden erleichtert, wie Clausewitz sie uns hinterlassen hat. Wir müssen sie nur besser nutzen.

Wir sind uns selbst kaum bewusst, wie viel von Clausewitz bereits durch die erfahrene Ausbildung und Erziehung in uns steckt und wie viel mehr davon von Nutzen wäre. Das im 5. Kapitel des Zweiten Buches zur Korrektur angebotene Mittel der Kritik mag zur diesbezüglichen Reflexion genügend Wege vorgeben. „Vom Kriege“ endet bekanntlich mit Clausewitz Feststellung „Wer über dem Unmöglichen das Mögliche versäumt, der ist ein Thor!“ Ich glaube kaum, dass wir letzteres auf uns sitzen lassen wollen.

Zum Autor: Dr. Wilhelm Nikolai Germann ist Oberst a.D. der Bundeswehr und Weinbauer am Genfer See. Er ist Mitglied der Schweizer Sektion der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 Siehe Herfried Münkler, Vom jüngsten Wandel des Chamäleons Krieg, in : Clausewitz-Gesellschaft Jahrbuch 2007, S. 133 ff
- 2 Siehe Herfried Münkler, Über den Krieg, - Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion, Weilerswist 2002; Ders., Der Wandel des Krieges: Von der Symmetrie zur Asymmetrie, Weilerswist 2006. Ders.: Die Neuen Kriege, Reinbek 2002
- 3 Siehe Mary Kaldor, Neue und alte Kriege, Frankfurt am Main 1999
- 4 Die nachfolgenden Anstriche sind selektive Zusammenstellungen aus quer durch die Münkler'schen Schriften vertretenen Thesen und Bewertungen und benutzen ohne detaillierte Verortung im Wesentlichen Münklers Terminologie. Die hier vollzogene Auswahl folgt insbesondere dem Aufsatz Münklers, Das Ende des klassischen Krieges, in: Neue Zürcher Zeitung, 14./ 15. 09 2002.
- 5 Vgl. Wolfgang Schneiderhahn, Transformation der Bundeswehr: Eine erste Bilanz auf dem Weg zur Verbesserung der Einsatzfähigkeit, Vortrag in Berlin am 25.10.2005
- 6 Vgl. Der neue Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz (Sipol 2000)

- 7 Siehe Hew Strachan, Über Clausewitz vom Kriege, DTV München 2008
- 8 Siehe Erich Vad, Carl von Clausewitz. Seine Bedeutung heute, Herford 1984
- 9 Siehe Beatrice Heuser, Clausewitz lesen, München 2005
- 10 Vgl. Lennart Souchon, Aktuelles vom Internationalen Clausewitz Zentrum, Vortrag anlässlich der Jahrestagung der Clausewitz Gesellschaft am 16.08. 2008, abgedruckt im Jahrbuch 2008, Seiten 84 bis 90.
- 11 Ders.: aaO
- 12 Vgl. Thomas Speckmann, Der Westen wird deutsch, in: Die Zeit, Nr. 42 vom 09.Okt.2008, S.15
- 13 Vgl. Wolfgang Schneiderhahn, aaO
- 14 Vgl. Ulrich Ladurner, Der abstrakte Krieg, in: Die Zeit, Nr. 42 vom 09.okt.2008, S 17 ff
- 15 Vgl. Christian E.O. Millotat, Internationale Akteure auf dem Balkan im Lichte von Clausewitz und Folgerungen für heutige Streitkräfte, Manuskript August 2008
- 16 Siehe u.a. Theo Sommer, Afghanistan, wie lange noch ?, in Die Zeit, Nr. 44 vom 23.Okt. 2008, S. 6 sowie ders.: Pflicht, Moral und sehr viel Frust, in: DieZeit, Nr. 43 vom 16.Okt. 2008, S 12 f
- 17 Millotat, aaO

Carl von Clausewitz und internationale Konflikte – Peacekeeping der Vereinten Nationen

Manfred Eisele

Vortrag gehalten beim Clausewitz -Workshop des Internationalen Clausewitz-Zentrums vom 25. bis 27. März 2008 in Hamburg

Es ist schon ein kühnes Unterfangen, einen preußischen General des frühen 19. Jahrhunderts in Bezug zu setzen zur Weltorganisation für kollektive Sicherheit im 21. Jahrhundert. Eigentlich scheinen beide unvergleichlich. Das wird schon optisch erkennbar, wenn man den Clausewitz-Wälzer mit mehr als 1.000 Seiten mit dem schmalen Heft der UN-Charta von nur 57 Seiten vergleicht. In diesem Kerndokument der Staatengemeinschaft wird die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zum obersten Ziel erklärt¹.

Dazu scheint das Werk von Clausewitz „Vom Kriege“² schon wegen seines Titels ein Kontrastprogramm zu sein. Tatsächlich aber könnte der Autor sein Buch, wenn er denn von heutigen Publikationsexperten beraten würde, durchaus „Vom Frieden“ nennen, ohne dass es wesentlicher Abstriche an seinen logisch-philosophischen Grundlagen bedürfte.

Clausewitz lässt ein tieferes Verständnis des Verhältnisses zwischen Politik und Militär erkennen als die Mehrzahl der Verantwortungsträger beider Bereiche seit der ersten Veröffentlichung 1832. So wie sein Hauptwerk eher eine Schrift zur Politik darstellt, ist er zugleich Anwalt einer politischen Kriegführung, des Primats der politischen Denkweise auch bei der Führung des Krieges, wenn er 1827 feststellt:

„Auch in die einzelnen Teile eines Feldzuges zieht sich das politische Element hinein, und es ist wohl selten irgendein großer Akt des Krieges, wo sich nicht noch einiger Einfluss des politischen Elements zeigte.“³ Und im 1. Buch sagt er: „Die Politik also wird den ganzen kriegerischen Akt durchziehen und einen fortwährenden Einfluss auf ihn ausüben, soweit es die Natur der in ihm explodierenden Kräfte zulässt.“⁴

Wenn man Clausewitz in Deutschland richtig verstünde, müssten die Feldherren und Felddamen des Bundestages ihn sorgfältig studieren, ehe sie über Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr entschieden. Sie wären dann – wie üb-

rigens auch Diplomaten und hohe Soldaten – nicht mehr in der Gefahr, den Versuchungen der modernen Informationstechnologie zum Mikromanagement solcher Einsätze zu erliegen. Davon könnte Clausewitz schon eine Vorahnung gehabt haben, als er schrieb:

„Freilich dringt das politische Element nicht tief in die Einzelheiten des Krieges hinunter, man stellt keine Vedetten und führt keine Patrouille nach politischen Rücksichten...“⁵

Man könnte annehmen, dass sogar der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als Hauptverantwortlicher für die Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit⁶ Anhänger des modernen Mikromanagements sei, wenn man etliche seiner Entscheidungen zu Krisensituationen ansieht. Dabei bestimmen durchaus bedeutsame historische Wurzeln das Handeln der Weltorganisation. So beruht die Mitgliedschaft aller 192 VN-Mitglieder auf dem Grundprinzip des Westfälischen Friedens: der souveränen Gleichheit der Staaten. Noch immer sehen die meisten Staaten ihre territoriale Integrität als wesentlichstes Element ihrer Souveränität an und legen größten Wert auf deren Schutz, der ja im Artikel 2 der VN-Charta quasi verbrieft wird.⁷ Wie wichtig ihnen dieser Anspruch ist, dokumentiert der Schlussabsatz von Artikel 2, dessen Formulierung wie eine wörtliche Übernahme des 5. Präliminarartikels aus dem philosophischen Entwurf Immanuel Kants „Zum ewigen Frieden“ erscheint.

Kant forderte:

„Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats gewalttätig einmischen.“⁸

Das lautet in der Charta der Vereinten Nationen so:

“Nothing contained in the present Charter shall authorize the United Nations to intervene in matters which are essentially within the domestic jurisdiction of any state.”⁹

Dieses nahezu absolute Interventionsverbot ist seit 1945 häufiger bekräftigt, betont, unterstrichen oder wiederholt worden, als jede andere Bestimmung der Charta. Als jüngstes Beispiel sind die Vorgänge um die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo mit den entsprechenden Reaktionen aus Belgrad, Moskau und Beijing noch allen präsent.

Wenn die Mitglieder der VN sich im gleichen Artikel 2 erfreulicherweise auch verpflichten, ihre zwischenstaatlichen Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen zu wollen,¹⁰ so sprechen doch mehr als 200 bewaffnete Auseinandersetzungen seit 1945 dafür, dass vorgebliche Absichten und politische Realitäten auseinanderklaffen. Die internationale politische Wirklichkeit wird eben vorwiegend von Opportunitäten bestimmt. Für Ethos ist da nur selten Platz.

Allerdings muss man konzedieren, dass die große Mehrzahl der bewaffneten Konflikte seit der Gründung der Vereinten Nationen – also nicht erst seit dem Ende des Kalten Krieges – nicht mehr zwischen Staaten, sondern innerhalb von Staaten ausgetragen werden. Für derartige intranationale Szenarien finden sich in der Charta aber keine Handlungsangebote. Das gilt ebenso für das seit 1956 wirksamste Instrument internationaler Krisenreaktion, die „Blauhelme“ der Vereinten Nationen. Darum verlegte deren Schöpfer Dag Hammarskjöld ihre Legitimationsbasis in der Charta halbwegs zwischen die Kapitel VI und VII, in das „Chapter six point five“.

Die internationale politische Wirklichkeit wird eben vorwiegend von Opportunitäten bestimmt. Für Ethos ist da nur selten Platz.

Das angesprochene Beharren der VN-Mitglieder auf einem Souveränitätsverständnis von 1648 heißt aber auch, dass die Staaten jeglichem Ansatz zu supranationalen Strukturen eine Absage erteilen. Solange einzelstaatliche Souveränität der wesentliche Bestimmungsfaktor für ihre VN-Mitgliedschaft bleibt, sind auch alle Forderungen nach einem Gewaltmonopol für die VN unrealistisch. Die noch über das Verbot des Angriffskrieges gemäß Artikel 26 des Grundgesetzes¹¹ hinausgehende Bestimmung des Artikels 2 des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“¹² mit ihrer deutschen Selbstbindung an die VN-Charta für jeglichen Waffeneinsatz stellt insofern eine Ausnahme in der Staatenwelt dar.

Dagegen ist die überwältigende Mehrheit der VN-Mitglieder der Auffassung der Charta, dass ihr „Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung“ „inhärent“, also „naturegeben“ sei.¹³

Während sogar namhafte Juristen in Deutschland Bedenken haben, ob dieses Recht nicht doch Grenzen habe, etwa wegen zu großer geographischer Entfernung zwischen dem Einsatzgebiet und dem hierfür auf sein Selbstverteidigungsrecht pochenden Anspruchsstaat, hat die „International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS)“ schon 2001 argumentiert, dass

die internationale Gemeinschaft dann die Verantwortung für den Schutz einer Bevölkerung übernehme, wenn der betreffende Staat dabei versage.¹⁴ Das von Kofi Annan eingesetzte „High-level Panel on Threats, Challenges and Change“ hat das in seinem Bericht „A more secure world: our shared responsibility“¹⁵ bekräftigt und unter der Überschrift „Collective security and the use of force“ ausdrücklich festgestellt, dass Artikel 51 weder einer Erweiterung noch einer Einschränkung seiner lange schon so verstandenen Bedeutung bedürfe. Das hat unmittelbar Auswirkungen auf solche Friedensmissionen unter der Flagge der VN, die sich ausdrücklich auf Artikel 51 beziehen, wie der Einsatz der Internationalen Sicherheits-Unterstützungstruppe ISAF in Afghanistan.

Eine andere Bestimmung der VN Charta ist durchaus nicht „irrelevant“, wie das Präsident George W. Bush zu Beginn seiner Irak-Invasion 2003 völlig zu Unrecht behauptet hatte.

So musste die jetzige US Administration anerkennen, dass alleine die Vereinten Nationen und – in deren Auftrag – der Sicherheitsrat mit dem „Autorisierungsmonopol“ des Artikels 53¹⁶ befugt sind, Zwangsmaßnahmen anzuordnen, um zwischenstaatliche Streitigkeiten einzudämmen oder auf andere Weise zu klären.

Das genannte „High-level Panel“ bezog sich wohl auf antike Kardinaltugenden als es schrieb, dass „man das Recht habe, Gewalt anzuwenden, muss nicht immer bedeuten, dass man das mit gutem Gewissen und klugem Verstand auch tun müsse.“¹⁷ Die generelle Annahme auch solcher Staaten, die sich massiver Verletzungen der Menschenrechte eigener Staatsbürger oder der Unterdrückung der Mindestrechte von Minderheiten schuldig machen, dass ihr Territorium sakrosankt sei, wird leider vom Wortlaut der VN-Charta gestützt. Das gilt leider trotz der dramatischen Geschehnisse in Kambodscha mit dem Massenschlächter Pol Pot, in Somalia, beim Völkermord in Ruanda, beim Massaker von Srebrenica, beim Versuch der ethnischen Säuberung des Kosovo und bei den aktuellen massiven Menschenrechtsverletzungen im Sudan.

Weil fast alle Versuche, die alleine durch die Zunahme der Zahl der VN Mitgliedstaaten von 51 auf 192 dringend reformbedürftige Charta zu novellieren, fehlschlagen, hat Kofi Annan einen anderen Ansatz versucht. Es gelang ihm 2005, die Zustimmung der zahlreich versammelten Staats- und Regierungschefs zur Aufnahme des Grundsatzes der „Schutzverantwortung“ („Responsibility to Protect“) in das Schlussdokument des „Millennium + 5 - Gipfels“¹⁸ zu erlangen.

Das ist der bisher mutigste Versuch, die Rechte der Menschen auf dem Territorium eines Staates als wichtiger anzusehen als die Unverletzlichkeit der Grenzen eines Staates, der seiner Schutzverantwortung gegenüber den eigenen Bürgern nicht gerecht wird. Wenn es eine solche Resolution schon 1994 gegeben hätte, wäre sie vielleicht Legitimationsgrundlage für eine humanitäre Intervention zur Rettung der Opfer des Völkermordes in Ruanda gewesen. Heute, nur knapp drei Jahre nach ihrer feierlichen Annahme, scheint es jedoch so, als ob die sudanesishe Regierung mit ihrem Verhalten in Dafur und maßgeblich unterstützt von China den Beweis für die Unwirksamkeit einer derartigen Legitimation erbringen will.

Die bisher angesprochenen Fakten skizzieren den Rahmen, innerhalb dessen sich Aktivitäten der Vereinten Nationen zur Wahrung oder Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit vollziehen. Dabei hat sich als eine Frucht der letztlich philosophischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West im Kalten Krieg die Erkenntnis entwickelt, dass es angesichts der Möglichkeiten gegenseitiger Vernichtung mit Massenvernichtungswaffen und der durch die interkontinentale Reichweite solcher Waffen verursachte Entgrenzung möglicher Kriegsgegner nicht mehr ausreicht, wie Clausewitz in den beiden traditionellen Kategorien von Krieg und Frieden zu denken.

Seit dem NATO-Gipfel von London 1991 gab es in der Allianz Einigkeit über einen weiteren Aggregatzustand zwischenstaatlicher Beziehungen mit eigenen Gesetzmäßigkeiten, die Krise. Obwohl über deren Interdependenz zu Krieg und Frieden kein Zweifel herrscht, bedarf sie doch mit den Elementen Eskalation und Deeskalation unabhängiger Beurteilung und Entschlussfassung. Clausewitz mag das bereits gedacht haben, wenn er schrieb:

„Man sieht also, dass in den Kriegen, wo der eine den anderen nicht ganz wehrlos machen kann, die Motive zum Frieden in beiden Teilen steigen und fallen werden nach der Wahrscheinlichkeit der ferneren Erfolge und des erforderlichen Kraftaufwandes. Wenn diese Motive gleich stark wären, so würden sie sich in der Mitte ihrer politischen Differenz treffen;“⁴⁹

So mag den Mitgliedern des Sicherheitsrates die jeweilige Krisensituation erscheinen, zu deren Eindämmung ihre Entscheidung erwartet wird. Dabei besteht trotz jährlich wenigstens teilweise wechselnder Akteure Konsens, dass Intervention der Staatengemeinschaft auf dem Territorium eines Mitgliedstaates nur ultima ratio sein solle. Dazu trägt auch das nach mehr als sechzig Jahren

gesicherte Wissen bei, dass die VN in der Regel unparteiisch sein und zurückhaltend reagieren sollten. Die Verwendung sowohl des Begriffes der "Impartiality" als auch des ähnlichen der "Neutrality" verdeutlicht das entsprechende Bemühen der VN in diesen Kategorien. Diese Zurückhaltung wird dem Sicherheitsrat sozusagen aufgezwungen, weil die Mitglieder der Weltorganisation trotz ihrer Verpflichtung nach Artikel 43²⁰ nur selten oder nie die vom Sicherheitsrat geforderten „armed forces, assistance and facilities“ zur Verfügung stellen. Als jüngste Illustration dieser beklagenswerten Verweigerungshaltung mag der vom Sicherheitsrat mandatierte Einsatz im Sudan UNMIS gelten, von dessen erhoffter Stärke von 26.000 Mann bestenfalls 7.000 bereit stehen. Clausewitz wäre über eine derartige Haltung einer Vielzahl von Mitgliedstaaten kaum überrascht gewesen, hatte er doch bei den Abstellungsverpflichtungen zu Napoleons Vielvölkerarmee Ähnliches erlebt. Man könnte annehmen, dass er die Kalamitäten der Friedensbemühungen der VN vor Augen hatte, wenn er schreibt:

„Je mehr in den kriegerischen Akt ein ermäßigendes Prinzip kommt, oder vielmehr, je schwächer die Motive des Handelns werden, umso mehr geht das Handeln in ein Leiden über, um so weniger trägt sich zu, um so weniger bedarf es leitender Grundsätze. Die ganze Kriegskunst verwandelt sich in bloße Vorsicht, und diese wird hauptsächlich darauf gerichtet sein, dass das schwankende Gleichgewicht nicht plötzlich zu unserem Nachteil umschlage und der halbe Krieg sich in einen ganzen verwandle.“²¹

Die Multinationalität der Friedensanstrengungen der VN bedeutet zweifelsohne Stärke und Schwäche zugleich. Als Ausdruck des gemeinsamen Willens der Staatengemeinschaft zum Frieden ist der Einsatz heterogener Friedenstruppen aus allen Bereichen unseres Planeten deren größte Stärke. Mangelnde Interoperabilität, fehlende Kompatibilität technischer Ausstattungen, Sprachenwirrwarr, Abstimmungsprobleme vielfältigster Art zwischen militärischen Kontingenten, zwischen Polizei und Militär, zwischen den Menschen des Einsatzgebietes und der internationalen Präsenz etc.etc. summieren sich zu einem Konglomerat der Schwäche.

Die Krönung solcher Gegebenheiten sind nationale Vorbehaltsrechte, so genannte Caveats. Clausewitz hat bereits darauf hingewiesen, wenn er feststellt: „Hilfsstruppen haben einen eigenen Feldherrn, der nur von seinem Hofe abhängt, und dem dieser ein Ziel steckt, wie es sich mit der Halbheit seiner Absichten am besten verträgt.“²² Heute heißen solche Feldherren etwa „Nationaler Befehlsha-

ber im Einsatzgebiet“ und werden oft zu Transmissionsriemen für unmittelbare politische Einflussnahmen aus den Hauptstädten der Truppenstellernationen.

Friedensmissionen unterscheiden sich von Kriegsoperationen nicht nur dadurch, dass die dabei eingesetzten Soldaten sich sozusagen militärisch atypisch verhalten, indem sie ihre Fahrzeuge vom Jeep bis zum Kampfhubschrauber weiß anstreichen, um sichtbar zu sein, statt sich zu tarnen, um unsichtbar zu werden. Zu den wichtigen Unterschieden zählt auch die Grundannahme, dass Blauhelme per definitionem keinen Feind hätten. Ihr zu dieser hoffnungsvollen Vorstellung korrespondierendes Verhalten ist Unparteilichkeit im Konflikt und ein politisch wesentlich beschränktes Recht zur Anwendung militärischer Gewalt. Das daraus resultierende Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel entstammt eigentlich dem Recht der Polizei. So wird erkennbar, dass die Mandate einer Vielzahl von Friedensmissionen der Vereinten Nationen eigentlich nicht “Peacekeeping“, sondern “Policekeeping“ zum Ziel haben.

Da jedoch Polizisten in der Mehrzahl aller Länder ausschließlich für Aufgaben der Inneren Sicherheit bereitgehalten werden, stehen viel weniger Polizeibeamte für internationale Aufgaben zur Verfügung als man zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben in den Krisenregionen der Erde nötig hätte.

Die beschämende Diskussion um die Bereitschaft Deutschlands und der EU, qualifizierte Polizeioffiziere in ausreichender Zahl für den Aufbau der afghanischen Polizei verfügbar zu machen, spiegelt ein weltweites Kernproblem internationaler Konfliktbewältigung wider: So werden Soldaten, die eigentlich die „Ultima Ratio Regis“ sein sollten, zur „Prima Ratio Mundi“. Dafür aber sind nur wenige Blauhelmkontingente wirklich vorbereitet. Schwierigkeiten gibt es auch bei der Führungsstruktur von Friedensmissionen unter der Flagge der Vereinten Nationen. Deshalb läuft eine Diskussion um den Oberbefehl von “Peacekeeping Operations“ ins Leere, ist der Generalsekretär doch weder das Oberhaupt der Weltorganisation, noch der Oberbefehlshaber der Blauhelme. Sein Einfluss als Chef der Verwaltung²³ beruht vor allem auf seiner persönlichen Reputation und dem Engagement seiner weltweit eingesetzten Mitarbeiter. Allerdings wird er durch seine Befugnis, jegliche mögliche Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit zur Kenntnis des Sicherheitsrates zu bringen und an



Die Fähigkeit des VN-Sicherheitsrats, aus eigenem Fehlverhalten die richtigen Schlüsse zu ziehen, also “Learning Lessons“, ist bedauerlich unterentwickelt.

dessen sämtlichen Sitzungen ebenso teilzunehmen, wie an denen der Generalversammlung²⁴ quasi zum „6. Ständigen Mitglied“ dieses Exekutivrates der Welt. Dennoch erfüllt seine Position kaum die von Clausewitz für den „Feldherren“ geforderten Bedingungen. Es ist eher der Sicherheitsrat, dessen Kollektiv die Stellungen des Feldherren mit der des Monarchen verbindet.

Dabei ist dessen Fähigkeit, aus eigenem Fehlverhalten die richtigen Schlüsse zu ziehen, also „Learning Lessons“, bedauerlich unterentwickelt. Das zeigt sich am deutlichsten bei den Entscheidungen über „Peacekeeping Operations“. Eigentlich müsste es *conditio sine qua non* jeglicher internationalen Intervention sein, dass man nach möglichst umfassender Informationsgewinnung zu einem eindeutigen Entschluss kommt. Dieser sollte eine klare und realistische politische Zielsetzung vorgeben, auf deren strategische Umsetzung sich alle Truppenstellerstaaten verlassen können.

Vielleicht wäre es hilfreich, wenn man den Akteuren sowohl im Sicherheitsrat als auch in den politischen Entscheidungsgremien rund um den Globus eine Beschäftigung mit Clausewitz verordnen könnte.

Was in der NATO als Weiterentwicklung des Gefechtes verbundener Waffen zum „Network Centric Warfare“ Handlungsprinzip geworden ist, müsste sich gerade unter den überaus komplexen Bedingungen von Friedensoperationen der Vereinten Nationen in den Mandaten des Sicherheitsrates widerspiegeln. Dabei müssten politische Zielsetzung, militärische, polizeiliche, wirtschaftliche und soziale Maßnahmen so vernetzt werden, dass die Synergien staatlicher und nichtstaatlicher Akteure bei Friedenskonsolidierung und Staatsaufbau in einem realistischen Zeitrahmen zum Erfolg führen. Diese Formulierung lässt erkennen, dass die Wirklichkeit internationaler Konflikteindämmung noch vielfache Defizite aufweist. Vielleicht wäre es hilfreich, wenn man den Akteuren sowohl im Sicherheitsrat als auch in den politischen Entscheidungsgremien rund um den Globus eine Beschäftigung mit Clausewitz verordnen könnte. Was er auf den Krieg bezogen empfiehlt, würde dann *mutatis mutandis* lauten – und hierbei könnte man sich etwa die Diskussionen um den UN-Einsatz im Kosovo oder auch im Sudan vorstellen –:

„Man fängt keine Friedensmission an, oder man sollte vernünftigerweise keine anfangen, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in derselben erreichen will, das erstere ist der Zweck, das andere ist das Ziel. Durch diesen Hauptgedanken werden alle Richtungen gegeben, der Umfang der Mittel, das Maß der Energie bestimmt, und er äußert seinen Einfluss bis in die kleinsten Glieder hinab.“²⁵

Zum Autor: Generalmajor a.D. Manfred Eisele war von 1994 bis 1998 Beigeordneter Generalsekretär der Vereinten Nationen für Planung und Unterstützung friedenserhaltender Maßnahmen. In seiner Laufbahn in der Bundeswehr war er u.a. Kommandeur der 12. Panzerdivision und Amtschef des Streitkräfteamtes. E. war Mitglied der Weizsäcker-Kommission an. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft und war bis 2007 Sprecher des Beirats der Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 Charter of the United Nations (VN Charta), Art.1.1
- 2 Clausewitz, Carl v.: „Vom Kriege“ zit. nach 17. Aufl. Bonn, 1966
- 3 Clausewitz: Brief an Major i.G. v. Roeder, 1827; zit. nach Hahlweg, W. „Das Clausewitzbild einst und jetzt“. Einleitung zu „Vom Kriege“ siehe Fußnote 2; S.21
- 4 Clausewitz, a.a.O.1. Buch, 1. Kap. Nr. 23; S. 108
- 5 Clausewitz, a.a.O. 8. Buch, 6. Kap. B; S. 890
- 6 VN Charta, Art. 24.1
- 7 VN Charta, Art. 2.4
- 8 Kant, Immanuel: „Zum ewigen Frieden“, Königsberg, 1795; zit. nach Reclam, Stuttgart, 1963, S.19
- 9 VN Charta, Art. 2.7
- 10 VN Charta, Art. 2.3
- 11 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 26
- 12 Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland v.12.09.1990; Art. 2.3
- 13 VN Charta, Art. 51
- 14 International Development Research Centre (Hg.)“The Responsibility to Protect“; Ottawa 2001
- 15 “A more secure world: our shared responsibility“. S. 3
- 16 s. Fußnote 15; a.a.O. (Übersetzung ME)
- 17 Millotat, aaO
- 18 UN-Doc. A /RES/ 60/ 1 vom 16.09.2005
- 19 Clausewitz, a.a.O. 1. Buch, 2. Kap. S.115
- 20 VN Charta, Art. 43.1
- 21 Clausewitz, a.a.O. 8. Buch, 6.Kap.A, S. 887
- 22 Ebda. S. 886
- 23 VN Charta, Art. 97
- 24 Ebda. Art .98 und 99
- 25 Clausewitz: a.a.O. 8. Buch, 2. Kap. S. 850

Internationale Akteure auf dem Balkan im Lichte von Clausewitz und Folgerungen für heutige Streitkräfte

Christian O. E. Millotat

Goethe hat einmal gesagt: „Nur wer klare Begriffe hat, kann auch führen.“ Klare Begriffe im Sinne von Kriterien und Messgrößen für Lektionen und Leitlinien zu finden, die Politiker und Soldaten von heute, die für das Anordnen, Planen und Führen von bewaffneten Konflikten und Friedensmissionen zuständig sind, benötigen, um solche Einsätze erfolgreich bewältigen zu können, ist schwierig.

Wie oft ist in Deutschland von politisch und militärisch Verantwortlichen verbreitet worden, die Soldaten der Bundeswehr seien in Friedensmissionen deshalb erfolgreicher als Soldaten anderer Armeen, weil sie auf die Menschen in den Einsatzgebieten positiv und besonders geschickt zugehen und deshalb besonders beliebt seien. Solche Bewertungen sind arrogant, unzutreffend und für unsere Bündnispartner diskriminierend. Auch die Soldaten anderer, von ihrer eigenen spezifischen Militärkultur geprägter Streitkräfte sind in solchen Einsätzen erfolgreich, und der im militärischen Bereich bislang ungebrauchliche Begriff der „Beliebtheit“ der politischen „Stimmungsbarometer“ wird als Messgröße für den Erfolg deutscher Soldaten im Einsatz herangezogen. Es ist auch behauptet worden, diese Erfolge seien darauf zurückzuführen, dass Deutschland eine Wehrpflichtarmee habe. Viele Politiker und Offiziere vertraten bis zu den Unruhen im Kosovo im Frühjahr 2004 solche Auffassungen, wo plötzlich die bisher so hoch gepriesenen deutschen Soldaten als „Hasen vom Amselfeld“ in der Presse verspottet wurden. Die Gründe dieses militärischen Versagens wurden in den Medien mit dem Hinweis dargestellt, sie hätten weder über Pfefferspray noch eine zureichende Ausrüstung verfügt. Das Wirken deutscher Soldaten in Afghanistan wurde ähnlich bewertet, bis dort tödliche Attentate auf sie verübt wurden.

Wunschdenken und Selbstüberschätzung bei der Bewertung der Leistungen deutscher Soldaten im Einsatz führen jedoch in die Irre.

Die Erkenntnisse des Generalmajors Carl von Clausewitz bieten bessere Werkzeuge für eine sachgerechte Analyse von bewaffneten Konflikten und Friedensmissionen, ihre Planung und Führung. Aus dem Zusammenhang gerissene Fragmente aus seinem Werk, mit denen Politiker, Soldaten und Meinungsträger von

heute gerne ihre Reden garnieren, um gebildet zu erscheinen oder angeblich überholte Auffassungen des Generals zu widerlegen, wenn sie bruchstückhaft sowie meistens unzutreffend über seine Aussagen vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, von Friktionen, Ziel-, Mittel- und Zweckrelationen sprechen, wären beim Beschreiten eines solchen Weges ebenso wenig erhellend wie einzelne Zitate aus seinem Werk „Vom Kriege“ in der Sprache des 19. Jahrhunderts und das Nutzen von Beispielen aus seiner Zeit zum Analysieren heutiger Einsätze. Hierzu müssen andere Wege beschritten werden.

Nach ihrer Niederlage in Vietnam haben die Amerikaner, ausgelöst durch den „Goldwater- Nichols Department of Defense Reorganization Act“ von 1986, in vielfältiger Anknüpfung an Clausewitzens Auffassungen vom Verhältnis von Politik und Militär ihre politisch-strategischen, militärstrategischen und operativen Entscheidungs- und Führungsebenen neu verknüpft sowie ihre Kompetenzen und ihr Zusammenwirken effizient geordnet. In diesem Zusammenhang wurde die Position eines einflussreichen höchsten Soldaten, des „Chairman of the Joint Chiefs of Staff“, als erstem militärischen Berater des amerikanischen Präsidenten geschaffen. Davor war er nur eine Art „Primus inter pares“ im Kreise der Chefs der Teilstreitkräfte. Er erhielt einen Stab, der in der Lage ist, ihn und die politisch-strategische Führung bei ihren Entscheidungsprozessen und Planungen zu beraten. Im Krieg gegen Saddam Hussein von 1990/91 bewährten sich diese neue Struktur und Aufgabenverteilung. Hinzu kam, dass der amerikanische Präsident in Abständen die von ihm gebilligte „Nationale- oder Grosse Strategie der Vereinigten Staaten von Amerika“ veröffentlicht. Dies war möglich, weil Clausewitz-Forscher wie Sir Michael Howard und Peter Paret sowie viele andere das Werk „Vom Kriege“ in modernes Englisch übertragen und in die Lehre der höheren und hohen militärischen und diplomatischen Ausbildungseinrichtungen der USA einzubringen vermocht hatten. In Israel verschafften Wissenschaftler wie Jehuda Wallach und Martin van Creveld, in Frankreich Raymond Aaron Clausewitz einen ähnlich hohen Rang bei der Ausbildung von diplomatischen und militärischen Führungskräften.

*Wunschenken und Selbstüberschätzung
bei der Bewertung der Leistungen deutscher
Soldaten im Einsatz führen in die Irre.*

In Deutschland ist ein solcher Prozess noch nicht erfolgt, und es gibt noch immer keine Nationale oder Grosse Strategie, die das gesamte Spektrum der äußeren und inneren Sicherheit umfasst und über die Ressortgebundenheit des Bundesministeriums der Verteidigung und des Auswärtigen Amtes hinausgeht und in der die vitalen Interessen des Landes definiert sind. Für die meisten Po-

litiker, Soldaten und Meinungsträger Deutschlands verkümmerte Clausewitz zu einem Zitatesteinbruch, und man hat es unterlassen, sein Werk „Vom Kriege“ aus dem Nebel zu holen, der es durch die Apostrophierung als „Philosophie vom Kriege“ verhüllt. Auch der sicher bedeutendste Clausewitz-Forscher, Professor Werner Hahlweg, hat sich der Aufgabe entzogen, die Axiome des Generals für die im Bereich von Politik und Militär praktisch Handelnden in unsere Zeit zu übertragen und für ihre Arbeit schmackhaft zu machen. Stattdessen inter-

Für die meisten Politiker, Soldaten und Meinungsträger Deutschlands verkümmerte Clausewitz zu einem Zitatesteinbruch.

pretierten er und seine Schüler das „Philosophische“ an Clausewitz mittels der Gedanken von Denkern des 19. Jahrhunderts wie Hegel und Kiewewetter, die nur ganz wenigen Deut-

schen unserer Zeit noch etwas sagen. Hätten die deutschen Clausewitz-Interpreten, wie es die Amerikaner gemacht haben, „Vom Kriege“ ganz einfach als Analyse von Krieg und Politik gekennzeichnet, wären seine Erkenntnisse für die Bedingungen in unserer Zeit sowie in modernes Deutsch übersetzt worden, hätten viele Fehler bei den Planungen der gegenwärtigen Friedensmissionen und ihrer Führung vermieden werden können, weil sie zutreffender als geschehen zu analysieren gewesen wären.

Am Beispiel der Friedensmissionen im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina soll exemplarisch gezeigt werden, wie man mit Erkenntnissen von Clausewitz in unserer Zeit arbeiten kann. Die Analyse dieser beiden Friedensmissionen gründet auf folgenden Axiomen des Generals:

Erstens: Die Politik behält in bewaffneten Konflikten und Friedensmissionen immer die Führung. Vor Abschluss eines von einer internationalen Koalition geführten bewaffneten Konflikts oder einer Friedensmission muss die politisch-strategische Ebene, d.h. die Vereinten Nationen, die Nato, die Europäische Union und/ oder andere internationale Organisationen im Konsens mit den am jeweiligen Einsatz beteiligten Nationen bereits bei der Planung des militärischen Teils des Einsatzes, dem der politische und wirtschaftliche Aufbau folgt, den angestrebten Friedenszustand definieren. Sie wird dabei durch die verantwortlichen höchsten Soldaten beraten. Sie entwickelt hierzu zusammen mit diesen Soldaten einen den gesamten Einsatz umfassenden strategischen Plan, der von den nachgeordneten Führungsebenen umgesetzt werden muss und diesen Verhaltenssicherheit bietet. Die politisch-strategische Führung vermeidet weitestgehend, über Führungsebenen hinweg in die Durchführung von Einsätzen einzugreifen.

Dies ist aus Clausewitzens Auffassung abzuleiten, dass Streitkräfte nur das Mittel der Politik seien, um den Zweck eines Krieges, den Sieg, zu erringen, und dass der Sieg nur ein Mittel sein könne, den endgültigen Zweck der Strategie, den Frieden, zu erreichen. Die Politik, ihr erster Rang und ihre Vorgaben – Clausewitz nennt dies „Lineamente“¹ – blieben immer bestimmend. Feldwachen sollten aber nie nach politischen Rücksichten und Gesichtspunkten aufgestellt werden. Der Feldherr, der jeweils höchste Soldat, müsse in das Kabinett, zu seiner Zeit das höchste Entscheidungs- und Führungsgremium der politisch-strategischen Ebene, zur Beratung und Entscheidungsvorbereitung als Mitglied eingebunden werden, die Kriegsleitung aber immer in einer Hand liegen.

Zweitens: Die Durchführung eines bewaffneten Konflikts oder einer Friedensmission muss ständig von der Lage im jeweiligen Einsatzgebiet beeinflusst werden. Wenn es sich als notwendig erweist, sind Planungen und Weisungen der politisch-strategischen Ebene der tatsächlichen Lage anzupassen und die Triade Ziel, Zweck und Mittel muss neu austariert werden. Immer aber lenkt die politisch-strategische Zielsetzung die Durchführung eines Einsatzes.

Dies ist aus Clausewitzens Auffassung abzuleiten, im Krieg müsse die Theorie stets praktisch bleiben und dürfe sich nicht in Grübeleien, Spitzfindigkeiten und Hirngespinnsten erschöpfen. Die Praxis müsse die Theorie laufend überprüfen und diese wiederum lenke die Praxis. Im Kriege versagten Nurpraktiker ebenso wie bloße Theoretiker.

Drittens: Internationale Akteure in bewaffneten Konflikten und in Friedensmissionen, ob Politiker, Soldat, Diplomat, Polizist oder Angehöriger einer anderen in ihr eingebundenen Organisation, müssen mit den Grundproblemen und dem Wesen der Politik, des Militärs, der Wirtschaft und vor allem den jeweiligen Bedingungen im Einsatzgebiet vertraut sein. Außerdem müssen sie geschult und gewillt sein, zusammenzuarbeiten, komplexe Sachverhalte gemeinsam zu analysieren, Lösungen gemeinsam zu entwickeln und, jeder nach seiner Kompetenz, ressort- und ebenengerecht zu handeln.

Dies ist aus Clausewitzens Forderung abzuleiten, dass im Kriege die verantwortlichen Politiker und Soldaten nur sachgerecht handeln könnten, wenn sie über eine Wesens- und Ortsbestimmung über ihn verfügten. Nur dann könnten sie richtige Entschlüsse fassen, und nur dann werde mancher Faltenkniff in den Köpfen der Strategen und Staatsmänner auszubügeln sein, und es werde deutlich, um was es sich handle. Diese Kompetenz zur Gesamtschau erwachse aus

der innigen Verbindung von bewusstem Erleben des eigenen Zeitalters, eigener Erfahrungen, der Erkenntnis der Militärwissenschaften, der Kriegsgeschichte und der Vertrautheit mit den Grundproblemen der Politik, der Ökonomie, der Kunstwissenschaften sowie des Beherrschens von Verfahren zur Analyse, die Clausewitz „die Beherrschung der philosophischen Systematik“ nennt.

Friedensmission im Kosovo

Das Durchleuchten der Friedensmission im Kosovo, die seit 1999 andauert, mit den Axiomen von Clausewitz führt zu folgenden Erkenntnissen:

In Übereinstimmung mit den Amerikanern und der Europäischen Union und gegen den Willen Russlands hat nach fast einem Jahrzehnt in vielen Bereichen erfolglosen Wirkens der dort tätigen internationalen Akteure 2008 das Kosovo seine Unabhängigkeit erklärt. Der neue Staat ist unter internationaler Aufsicht geblieben, seine Souveränitätsrechte bleiben von den Vereinten Nationen eingeschränkt. Es ist strittig, ob die Sezession des Kosovo von Serbien, dem Nachfolgestaat Jugoslawiens, vom Völkerrecht gedeckt ist oder ob er rechtmäßig war, um einer fortbestehenden Unterdrückung seiner Identität durch Serbien zu entgehen, die eintreten könnte, falls das Kosovo staatsrechtlich bei Serbien verbliebe. Die Realisierung des heiklen diplomatischen Kunstgriffs der Europäischen Union, nach der Unabhängigkeitserklärung die Anerkennungsfrage des Kosovo von der praktischen Stabilisierungs- und Hilfepolitik der Europäer zu trennen, wird schwierig sein. Die bisherige, aus Elementen der Europäischen Union, der OSZE und der Vereinten Nationen zusammengesetzte „UNMIK-Administration“ soll durch die 1.800 Mann starke Polizei- und Rechtsstaatsmission EULEX ergänzt und eines Tages abgelöst werden, was Russland derzeit ablehnt, und aus dem Haushalt der Europäischen Union sollen erhebliche finanzielle Mittel für den Aufbau zur Verfügung gestellt werden. Das wird dadurch erschwert, dass versäumt worden ist, das weiterhin gültige strategische Weisungsdokument des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für die gesamte Friedensmission, die Resolution 1244 vom Juni 1999, den politischen Entwicklungen auf dem Balkan anzupassen.² Das wäre clausewitzisch gewesen.

In der den Einsatz der von der Nato geführten Kosovo Force (KFOR) und der „UNMIK-Administration“ regelnden Resolution 1244 ist – entgegen Clausewitzens Forderung – das mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu erreichende politische Ziel nicht definiert worden. Vielmehr wird in ihr ein „internationaler Prozess“ gefordert, um den endgültigen Status des Kosovo zu bestimmen. Erst

2006, im siebten Jahr der Friedensmission, hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen einen solchen Prozess in die Wege geleitet. Der Plan seines Sonderrepräsentanten Martti Ahtisaari von 2007, dem Kosovo eine „überwachte“, d.h. eingeschränkte Unabhängigkeit zu gewähren, ist am Widerspruch Russlands und Serbiens gescheitert.

Wenn wir Clausewitzens Axiome auf die Verhältnisse im Kosovo übertragen, müsste das politische Ziel der internationalen Intervention sein, einen Sieg zu erringen, d.h. das Kosovo zu befrieden und durch einen politischen sowie wirtschaftlichen Aufbau dort Frieden zu schaffen. Dies ist den Akteuren der internationalen Gemeinschaft trotz vielfältiger Bemühungen jahrelang nicht gelungen. Unmittelbar nach deren Intervention, als das frühere Jugoslawien politisch und militärisch nur eingeschränkt handlungsfähig war, wäre es leichter gewesen, das politische Ziel, zum Beispiel Frieden durch Unabhängigkeit zu schaffen, durchzusetzen.

Noch gewichtiger für die nicht gelösten Probleme des Kosovo in den Jahren der Friedensmission ist wahrscheinlich die Regelung, dass die Resolution 1244 zwei gleichberechtigte Parallelstränge für internationales Handeln geschaffen hat, die KFOR unter Führung eines Generals aus einem NATO-Land und die „UNMIK-Administration“ unter einem Sonderrepräsentanten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen als ihrem Leiter. Ein solches „Zweischlüsselprinzip“ hat Nachteile. Beide Säulen der internationalen, im Lande die Macht ausübenden Organisationen sind gleichberechtigt und wurden lediglich auf Zusammenarbeit angewiesen. Die Führung der Friedensmission ist damit nicht – wie es Clausewitz fordert – in einer Hand vereint worden.

Internationale Akteure in bewaffneten Konflikten und in Friedensmissionen, ob Politiker, Soldat, Diplomat, Polizist oder Angehöriger einer anderen in ihr eingebundenen Organisation, müssen mit den Grundproblemen und dem Wesen der Politik, des Militärs, der Wirtschaft und vor allem den jeweiligen Bedingungen im Einsatzgebiet vertraut sein.

Auch fehlt in der Resolution 1244 eine Weisung zum politischen und wirtschaftlichen Aufbau des Kosovo nach seiner militärischen Besetzung. Sie ermangelt damit wichtiger Elemente eines strategischen Gesamteinsatzplanes der politisch-strategischen Ebene. Das hatte verheerende Auswirkungen: Die Kommandeure der KFOR erhielten keinerlei Richtlinien und Weisungen, wie sie beim Aufbau des Kosovo eng verzahnt mit der „UNMIK-Administration“ und den etwa 400 Nichtregierungsorganisationen, die dort wirken, zusammenarbeiten sollten. Soldaten sind dazu erzogen – das ist ein Axiom der deutschen Militärkultur – in

solchen Fällen die Initiative zu ergreifen, weil „Unterlassen und Versäumnis“ Soldaten „schwerer belasten können als ein Fehler im Handeln“, wie in der neuen Heeresdienstvorschrift HDv 100/100, „Truppenführung von Landstreitkräften“, vom November 2007 hierzu formuliert worden ist.³ Ihre spontanen und vielfältigen Aufbauaktivitäten wurden aber aufgrund der unzulänglichen Weisungslage zunächst so gut wie nicht vom Hauptquartier der KFOR und von der „UNMIK- Administration“ orchestriert. Die Kommandeure der multinationalen Brigaden gingen zu Beginn der Friedensmission eigene Wege, arbeiteten unterschiedlich intensiv mit den anderen internationalen Akteuren zusammen und meldeten Aufbauernfolge nach Hause. Dort wurde die unzureichende Weisungslage der Resolution 1244 nicht erkannt und viel Geld bereitgestellt, das in mafiosen Kanälen versickerte. Auch skurrile Aufbauprojekte der Truppe



wurden als Erfolg gewürdigt. Als 2002 das Hauptquartier der KFOR daran ging, diese zu orchestrieren und die unsinnigsten Projekte einzustellen, ist dieses Vorgehen auch in Deutschland zunächst auf Widerstand gestoßen.

Das Fehlen von Weisungen der Vereinten Nationen für den politischen und wirtschaftlichen Aufbau des Kosovo hatte auch zur Folge, dass sich die multinationalen

Brigaden bei Beginn der Friedensmission zu regelrechten „Königreichen“ entwickelten. Ihre Kommandeure wirkten unkoordiniert mit Politikern, Meinungsträgern, Kirchenführern und dem neuen „Kosovo Protection Corps“, der früheren „UCK“, zusammen. Mancher Brigadekommandeur schob gerne „National Caveats“, nationale Einschränkungen, vor, wenn er wegen Bedenken nationaler Stellen oder aus anderen Gründen die Befehle des Kommandeurs der KFOR im Rahmen von dessen Befugnissen nicht ausführen wollte, und empfing Besucher aus dem eigenen Land, die im Hauptquartier der KFOR nicht angemeldet wurden und daher dort nicht in die leitenden Gesichtspunkte und Entwicklungen der Friedensmission eingewiesen werden konnten. Das hatte zur Folge, dass in einigen Ländern all zu oft ein unzutreffendes Bild über die Lage im Einsatzgebiet und die Absichten des Kommandeurs der KFOR entstand.

Wegen der unzulänglichen Weisungslage der Resolution 1244 hatten weder die KFOR noch die „UNMIK- Administration“ eine Handhabe, das Wirken der etwa 400 Nichtregierungsorganisationen, die kamen und gingen, wie es ihnen

gefel, in die politische und wirtschaftliche Aufbauarbeit einzubinden. Nur das Rote Kreuz arbeitete mit der KFOR und der „UNMIK- Administration“ von Anfang an vorbildlich zusammen.

Auch ist es nicht gelungen, Aktivitäten der im Kosovo vor der Unabhängigkeits-erklärung als Vertreter ihrer Botschaften in Belgrad als Geschäftsträger eingesetzten Diplomaten aus Deutschland, Italien, Großbritannien, Italien, Frankreich und den USA in die gemeinsame Aufbauarbeit einzubinden. Mancher dieser Geschäftsträger geriet sich als „Vollbotschafter“, knüpfte bilaterale Kontakte mit Politikern und Leistungsträgern, machte vollmundige Versprechungen über das wirtschaftliche Engagement seines Landes und war nicht bereit, Rat bei der „UNMIK- Administration“ und der KFOR zu suchen, deren Beurteilungen der Lage anzunehmen und schon gar nicht, Weisungen zu befolgen, die beide Organisationen auf der Grundlage ihrer Mandate erteilten.

Eine Strategie für die gesamte Friedensmission hätte auch vorgeben müssen, wie durch Gewinnen einflussreicher Meinungsträger eine „Offensive der Versöhnung“ zwischen den Feinden von gestern erreicht werden sollte. Ein vernetzter Ansatz in den Bereichen der Sicherheit und des politischen sowie wirtschaftlichen Aufbaus wäre dort sicher früher erreicht worden, wenn zivile, für leitende Positionen in der „UNMIK- Administration“ vorgesehene internationale Experten bereits im Stab des ersten Kommandeurs der KFOR eingebunden gewesen wären. Aber die zivile Verwaltung wurde erst nach Abschluss der militärischen Besetzung von Personen aufgebaut, die nicht von Anfang an dabei gewesen waren und kein Interesse hatten, von den militärischen Akteuren der ersten Stunde zu lernen, die von ihnen eingeleiteten Aufbaumaßnahmen aufzugreifen und systematisch fortzuführen. Einige ihrer Vertreter waren auch erkennbar militärunfreundlich gesonnen und die meisten ihrer Mitarbeiter mit militärischen Einsatzgrundsätzen und den Entscheidungs- und Führungsverfahren der Soldaten nicht vertraut, was Clausewitz, wie gezeigt, ausdrücklich gefordert hat. Sie betrachteten die KFOR als eine Art Selbstbedienungsladen der „UNMIK- Administration“ für Polizeiaufgaben, bei technischen Pannen und bei der Krankenversorgung, auch nachdem eine Aufgabenabgrenzung und Definition von Überlappungsbereichen vorgenommen worden war.

Auch aus diesen Gründen wird die „UNMIK- Administration“ bis heute von der Bevölkerung des Kosovo als ein ihr oktroyierter Fremdkörper empfunden, wo man als Putzhilfe und Dolmetscher mehr Geld verdienen kann als anderswo im Lande. Ihre aus fähigen Mitarbeitern, aber auch aus vielen Abenteurern,

„Mission Junkies“, zusammengesetzten Hauptabteilungen suchten nicht intensiv genug den Dialog mit den Politikern, den Vertretern der drei Religionsgemeinschaften und den Leistungsträgern des Kosovo, um deren Auffassungen zur Zukunft und zum Aufbau ihrer Heimat kennen zu lernen, auf sie zu hören und sie einzubinden.

Dieses Verhalten hatte handwerkliche Pannen, Verzögerungen sowie Irrwege beim Aufbau des Kosovo zur Folge. Es hat aber vor allem dazu geführt, dass die internationalen Akteure nie die Herzen der Bevölkerung gewonnen haben. Das Fehlen einer alle notwendigen Komponenten umfassenden Einsatzstrategie des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen hat, trotz erfolgreicher Wahlen, einer Regierungsbildung, des Schaffens eines Grundgesetzrahmens und neuen Rechtes, der Verbesserung des Bildungswesens und des Aufbaus einer Polizeitruppe verhindert, dass vor allem ältere Bewohner den blutigen Ereignissen der Geschichte des Landes abgeschworen und ein neues Selbstverständnis mit europäischer Perspektive entwickelt haben, in dem Hass und auf Gewalt gründende Ereignisse der Vergangenheit keinen Platz mehr haben.

Eine auf den Erkenntnissen von Clausewitz gründende, die politischen und wirtschaftlichen Komponenten umfassende Einsatzstrategie für das Kosovo hätte auch die vielfach als diplomatische und politische „Unterbringungsfälle“ zu charakterisierenden Sonderrepräsentanten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, die in den meisten Fällen ohne Rücksichtnahme auf das Wirken ihrer Vorgänger eigene Wege gegangen sind, besser als geschehen in Zucht genommen und eine kontinuierlichere Aufbauarbeit hätte erreicht werden können.

Friedensmission in Bosnien und Herzegowina

In Bosnien und Herzegowina sind viele Entwicklungen ähnlich wie im Kosovo verlaufen. Auch sie sollen mit Axiomen von Clausewitz durchleuchtet werden.

Dort ist das Friedensabkommen von Dayton von 1995 der strategische Gesamteinsatzplan und die Rechtsgrundlage für das Miteinander der internationalen Akteure, ihre Kompetenzen und den Aufbau des Landes.⁴ Aber auch dieses Friedensabkommen schafft, im Gegensatz zu der Forderung von Clausewitz, gleichberechtigte internationale Machtstränge im Lande: Dem der Stabilisierungstruppe, die aus der zur Sicherung des Abzugs der erfolglosen Blauhelmsoldaten in Bosnien und Herzegowina eingesetzten Nato- Implementierungstruppe (IFOR) entstand, zur von der Nato geführten SFOR wurde und schließlich zur

von der Europäischen Union geführten EUFOR. Dann dem Hohen Repräsentanten mit seinem Stab, dem „Office of the High Representative (OHR)“.

Die SFOR wurde mit der Aufrechterhaltung eines sicheren Umfelds im Lande betraut, der Hohe Repräsentant mit dem zivilen Aufbau, schließlich die OSZE mit dem Mandat, die Rüstungskontrolle zu leiten und den Aufbau parlamentarischer Strukturen zu unterstützen. Beim Nato-Gipfel von 2004 in Istanbul – es war bereits entschieden, dass die SFOR zur EUFOR werden sollte – wurde entschieden, in Sarajevo ein verkleinertes Nato-Hauptquartier für das Mitwirken an der Aufstellung der neuen Armee des Landes zu belassen. Damit entstand ein weiterer gewichtiger internationaler Akteur, der am Aufbau mitgestalten wollte.

Das Friedensabkommen von Dayton wurde wie ein Netz über ein Land gelegt, in dem seit langem Botschafter und von ihnen eingesetzte und unterstützte Organisationen wirken. So bauen zum Beispiel seit langem Mitarbeiter des amerikanischen, dem US-Botschafter und dem US European Command (EUCOM) in Stuttgart zugleich unterstehenden „Military Resources International Assistance Programme (MPRI)“ unter Leitung eines Generals neben den Offizieren des hierfür verantwortlichen Nato-Hauptquartiers Sarajevo und der OSZE das neue Verteidigungsministerium auf. Die Vertreter des „UN Development Programme (UNDP)“ in Sarajevo wurden mit der technischen Vernichtung von Waffen, Munition und Militärgerät betraut, und die „International Organization of Migration (IOM)“, eine Nichtregierungsorganisation, bereitet mit den Mitteln eines 2006 gegründeten „Nato Trust Fund“ überzählige Soldaten für eine zivilberufliche Tätigkeit vor. Die Botschafter in Sarajevo initiierten vielfältige bilaterale Kontakte und Projekte zwischen Vertretern des Landes und ihrer Nationen. Das trifft auch für den militärischen Bereich zu, und es ist häufig zu unnötigen Überlappungen mit den Arbeitsfeldern der internationalen verantwortlichen Akteure beim Aufbau der neuen Armee gekommen.



Das Logistikbataillon 171 (KFOR) bewacht das UNMIK Regional Headquarters in Prizren.

In der Anlage 10 des Friedensabkommens von Dayton sind die Verfahren der Zusammenarbeit zwischen dem Hohen Beauftragten und seinem Stab mit der Stabilisierungstruppe und der OSZE geregelt worden. Ihre Verklammerung ist,

wie im Kosovo, schwach. Sie umfasst die Aufforderung zum Informationsaustausch, zur Verbindung, zu gemeinsamen Sitzungen und regt an, beim Hohen Repräsentanten politischen Rat einzuholen. Das auf dieser Grundlage von diesem geschaffene und geleitete „Board of Principles“ der Chefs der hauptsächlichen internationalen Organisationen im Lande ist jedoch nie zu einem effizienten Arbeitsapparat geworden.

Das vorgesetzte Gremium des Hohen Repräsentanten ist ein aus 55 Nationen zusammengesetzter Friedensimplementierungsrat („Peace Support Implementation Council“), der sich eines „Peace Support Implementation Board“ als Exekutivorgan auf der Außenministerebene bedient, das sich aus Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas, Russlands, der USA, der Europäischen Kommission, des Präsidiums der Europäischen Union und der von der Türkei vertretenen Islamischen Konferenz zusammensetzt. Der Hohe Repräsentant trifft sich wöchentlich mit den Botschaftern dieses Gremiums zur Abstimmung.

Diese verwirrenden und komplizierten Regelungen behindern noch immer eine gebündelte und zielgerichtete Aufbauarbeit der internationalen Akteure in Bosnien und Herzegowina. Die Hohen Beauftragten hätten auf der Grundlage des Friedensabkommens von Dayton einen Operationsplan für die gesamte Friedensmission in enger Abstimmung mit der Stabilisierungstruppe und den anderen im Lande tätigen internationalen Organisationen entwickeln müssen. Dies versäumt zu haben, ist wahrscheinlich ihre folgenreichste Unterlassung. Hinzu kommt, dass sich, wie im Kosovo, auch in Bosnien und Herzegowina

Diese verwirrenden und komplizierten Regelungen behindern noch immer eine gebündelte und zielgerichtete Aufbauarbeit der internationalen Akteure in Bosnien und Herzegowina.

die Prioritäten und Arbeitsweisen aller Hohen Beauftragten sehr unterschieden, was einer kontinuierlichen, nach großen Linien bruchlos vorgehenden Aufbauarbeit abträglich war. Wo der eine Entscheidungen lieber aufzwang, suchte der andere den Kompromiss, und die

Aufbauarbeit erfolgte überwiegend nach intuitiven Führungs- und Entscheidungsprozessen im Sinne des spanischen Sprichworts: „Es gibt keine Strassen, sie entstehen beim Gehen.“ So benutzten die Hohen Repräsentanten die so genannten Bonn Powers, die der Friedensimplementierungsrat 1997 zu ihrer Stärkung als Disziplinierungs- und Zuchtmittel zum Durchsetzen der Regelungen des Friedensabkommens von Dayton in der früheren deutschen Bundeshauptstadt beschlossen hatte, unterschiedlich intensiv.

Es wirkte sich auch negativ aus, dass viele Hohe Beauftragte und ihre Mitarbeiter die kulturellen Prägungen ihres Umfelds kaum berücksichtigten und für ihre Arbeit zu wenig nutzten. Auch fehlte ihnen vielfach die Kenntnis über die professionellen Prägungen ihrer aus unterschiedlichen Kulturen stammenden Mitarbeiter. Das hat immer wieder zu regelrechten „Clashes of Civilizations“ geführt, wie sie Samuel Huntington genannt hat. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Qualifizierung und das Rüstzeug internationaler Spitzenvertreter für Friedensmissionen ausreichend in hohen nationalen politischen oder diplomatischen Positionen erworben werden können. Nur der Hohe Beauftragte Lord Paddy Ashdown, der dieses Amt von 2002 bis 2006 innehatte, verstand als früherer Berufsoffizier offensichtlich die militärische Sphäre, was Clausewitz ausdrücklich gefordert hat. Diesem Sachverhalt ist die erfolgreiche Militärreform des Landes zu verdanken, die der Lord initiiert hat. Viele Pannen der Friedensmission in Bosnien und Herzegowina wie die zu vielen Wahlen, eine missglückte Verfassungsreform, illegale Verkäufe von Rüstungsgütern, ein viel zu spätes Anpacken der Vernichtung überzähliger Waffen, von Munition und Militärgüter sind auch auf diese unterschiedlichen Prägungen der internationalen Akteure zurückzuführen. Vor allem ist es beim Aufbau des Landes immer wieder zu Friktionen zwischen Europäern und Amerikanern gekommen, die sich aus unterschiedlichen Denkansätzen und auch Missverständnissen ergaben. Sie hätten nur durch hoch befähigte, brillant geschulte Hohe Repräsentanten ausgeglichen werden können. Dies wurde unterlassen, die aufgetretenen „Clashes of Civilizations“ sind nie harmonisiert worden. Das hat häufig ein unkoordiniertes Nebeneinanderherarbeiten der internationalen Akteure und Organisationen sowie ein ständiges Überschreiten ihrer Mandate geradezu gefördert. Das Versäumnis, einen Operationsplan auf der Grundlage des Friedensabkommens von Dayton zu entwickeln, hatte fatale Folgen und verzögerte den politischen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes.

Über die Notwendigkeit einer Gesamtstrategie

In Friedensmissionseinsätzen, in denen Streitkräfte eingesetzt werden, folgt den militärischen Aktionen der politische und wirtschaftliche Aufbau. Alle Komponenten des Einsatzes hätten für das Kosovo in einem strategischen Gesamteinsatzplan festgelegt werden müssen. In Bosnien und Herzegowina hätte das strategische Weisungsdokument, das Friedensabkommen von Dayton, in einen Operationsplan mit allen Komponenten für den politischen und wirtschaftlichen Aufbau umgesetzt werden müssen. In beiden Friedensmissionen ist früh deutlich geworden, dass es eines Konzeptes bedarf, das die militärischen und zi-

vilen Komponenten der dort wirkenden Organisationen vernetzt. Dies macht es erforderlich, dass die zivilen Akteure in einem Einsatzgebiet in eine Gesamtstrategie eingebunden werden, und zwar von Anfang an. Diese Erkenntnis erfordert ein vollständiges Umdenken von Akteuren, denen bislang die Einbindung in militärische Strukturen oder das Schaffen ähnlicher Aufbauorganisationen und Verfahren der Entscheidungsfindung und Führung unbekannt war. In der Nato und bei anderen Bündnispartnern werden solche Ansätze eines „Comprehensive Approach“ ebenso untersucht wie in Deutschland.

Im Frühjahr 2008 haben unter Federführung des früheren „Chairman of the Military Committee“ der Nato, General a.D. Klaus Naumann, eine Gruppe früherer höchster Soldaten ihrer Länder ein Konzept vorgelegt, das darauf abzielt, dass die Nationen, die sich an einem bewaffneten Konflikt oder an einer Friedensmission beteiligen, zusammen mit dem „Military Committee“ der Nato oder dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) der Europäischen Union, seinem Pendant, eine den ganzen jeweiligen Einsatz abdeckende Strategie entwickeln sollten.⁵ Bei den bisherigen Einsätzen haben sich die beteiligten Nationen in der Regel darauf beschränkt, einen Operationsplan der Nato oder der Europäischen Union zu kommentieren. Der schöpferische

In beiden Friedensmissionen ist früh deutlich geworden, dass es eines Konzeptes bedarf, das die militärischen und zivilen Komponenten der dort wirkenden Organisationen vernetzt. Dies macht es erforderlich, dass die zivilen Akteure in einem Einsatzgebiet in eine Gesamtstrategie eingebunden werden, und zwar von Anfang an.

Prozess einer gemeinsamen Entwicklung einer wirklichen Strategie hat nie stattgefunden. Diese Aufgabe läge bei der Realisierung dieses Vorschlags der Generale fortan in den Händen der höchsten Gremien der Bündnisse. Sie würden zu handlungsfähigen politisch-strategischen Führungsorganisationen, die über ihre Kommandostrukturen zukünftige Einsätze im Clausewitzischen Sinne führen könnten. Nationale Vorbehalte könnten nicht

mehr störend wie bisher in eine internationale Truppe hineinwirken, und die strategischen Weisungen würden besser als bisher militärische mit zivilen in Einsätze eingebundene Organisationen verklammern. Dies würde zu einer erneuerten NATO sowie einer militärisch handlungsfähigen Europäischen Union mit einem mit den Streitkräften verzahnten zivilen Handlungsstrang in Einsätzen führen. Dieser neue Ansatz würde jedoch beispielsweise vom Deutschen Bundestag ein anderes Verhalten als bisher beim Billigen und Nachsteuern von Einsätzen der deutschen Parlamentsarmee erfordern.

Es sollte verdeutlicht werden, dass Erkenntnisse von Clausewitz, wenn man sie für die Bedingungen in unserer Zeit übersetzt, vorzügliche Werkzeuge zur Analyse von Einsätzen anbieten und Erkenntnisse über Erfolge, Defizite und Wege in die Zukunft anbieten.

Über die zeitlos gültigen Erkenntnisse des Werkes von Clausewitz

Wie kein anderer Historiker nach dem Zweiten Weltkrieg hat Professor Werner Hahlweg Clausewitzens Werk wissenschaftlich erforscht, neu interpretiert und die Wurzeln seines Denkens aus einem Gestrüpp von falschen Deutungen befreit. Auch wenn er den General in der akademischen Sphäre festhielt, hat er weit über Deutschland hinaus die französische, israelische und angelsächsische Geisteswelt mit seinen Arbeiten beeinflusst und inspiriert. Raymond Aaron in Frankreich, Jehuda Wallach und Martin van Creveld in Israel sowie Sir Michael Howard und Peter Paret in Großbritannien und in den USA – es sei hier wiederholt – haben Clausewitzens Werk auf der Grundlage der Arbeiten Hahlwegs nicht nur für ihre Kollegen aus der Wissenschaft genutzt und weiter erforscht. Sie haben es auch vielfältig und tiefgreifend in die Lehre der militärischen und diplomatischen höheren und hohen Ausbildungsstätten eingebracht und für die Sphäre praktisch handelnder Politiker, Diplomaten und Soldaten übersetzt und zugänglich gemacht. In ihren Ländern besetzt Clausewitz einen prominenten Platz als Deuter politischer und militärischer Vorgänge, bei der Planung von Einsätzen und beim Steuern ihrer Durchführung. In Deutschland hat er eine solche Wirkungsmacht bislang nicht erreicht. Hierfür gibt es spezifisch deutsche Gründe und Erklärungen.

Clausewitz hat in seinem Werk „Vom Kriege“, das von seiner Frau 1832 bis 1834 herausgegeben wurde, keine Betrachtung des Krieges nach moralischen und ethischen Kategorien schaffen wollen, auch keine Formelsammlung oder ein Rezeptbuch für technisch-handwerkliches Handeln von Soldaten und Politikern im Krieg. Vielmehr hat er seinen Instrumentalcharakter aufgezeigt, um, es sei wiederholt, „manchen Faltenkniff in den Köpfen der Strategen und Staatsmänner auszubügeln und wenigstens überall zu zeigen, worum es sich handelt, und was bei einem Kriege eigentlich in Betracht zu ziehen ist.“ Zu den bleibenden Gedanken seines Werkes gehören sicherlich seine Erkenntnisse über die Natur (Arten) des Krieges, das Verhältnis von Politik und Krieg, die moralischen Größen, das Wesen und die praktische Bedeutung der Theorie, die Rolle der Imponderabilien (Friktionen), das Verhältnis von Zweck, Ziel und Mittel sowie die Wechselwirkung von Verteidigung und Angriff.

Wenn man sich mit ihm befasst, entsteht ein Dilemma, das beim Studium der Gedanken der anderen preußisch-deutschen Militärreformer weniger auftritt: Man kann seine Gedanken nur entschlüsseln und verstehen, wenn man sein Werk zu durchdringen und für die Verhältnisse in unserer Zeit zu übersetzen vermag. Das ist schwierig und intellektuell anspruchsvoll. In unserer Zeit moralisch grundierten Inselwissens über militärische Sachverhalte und Entwicklungen der Vergangenheit sind nur wenige Intellektuelle hierzu in der Lage. Der schmachlich verlorene Zweite Weltkrieg, die Verstrickung vieler Deutscher in die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes und das Ringen um ihre Erklärung haben noch immer zur Folge, dass in Deutschland beim Sichbefassen mit Krieg und Militär reflexartig Vorbehalte entstehen, die all zu oft die Fähigkeit und Bereitschaft lähmen, sich mit Streitkräften und ihrem Rang als Mittel der Politik sachlich auseinanderzusetzen. Dieses irrationale Phänomen berührt auch das Werk von Clausewitz im heutigen Deutschland, das, wie gezeigt, in der Führungsschicht allzu oft nur in Bruchstücken bekannt ist. Eine solche moralisch-ethisch durchtränkte Annäherung an sein Werk unter dem Schatten des Zweiten Weltkrieges verstellt den Blick für seine zeitlos gültigen Erkenntnisse, in denen der Sieg von Streitkräften nur ein Mittel ist, den endgültigen Zweck der Strategie zu erreichen, den Frieden. In einem Einsatz von heute wären die Befriedung eines Einsatzgebietes und sein erfolgreicher politischer und wirtschaftlicher Aufbau ein solcher clausewitzischer Sieg.

Heutige deutsche Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere gehen mit dem Erbe der preußischen Militärreformen richtig um, wenn sie daran mitarbeiten, dass Clausewitz in der Lehre der Führungsakademie der Bundeswehr, an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und dort, wo Einsätze der Bundeswehr geplant und geführt werden, den Rang erhält, den er in vielen Streitkräften der Verbündeten erlangt hat. Aus den aufgezeigten Gründen liegt vor ihnen dabei ein dornenreicher Weg. Wenn er jedoch weiterhin nicht beschritten wird, können heutige deutsche Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere mit ihren verbündeten Kameraden auf einem wichtigen Feld kaum noch auf gleicher intellektueller Augenhöhe professionell kommunizieren und ein gewichtiges Erbstück der deutschen Militärkultur läge weiterhin brach.

Zum Autor: Generalmajor a. D. Christian O. E. Millotat war von 1963 – 2004 Angehöriger der Bundeswehr; Panzergrenadiertruppe, deutsche und kanadische Generalstabsausbildung, US Military War College. Verwendungen u.a. als Stabsabteilungsleiter FÜH III, Brigadekommandeur, Stellvertreter des Kommandierenden Generals des II. Korps, Stellvertreter des Kommandeurs der Kosovo

Force, Befehlshaber im Wehrbereich II, Mainz. Nach seiner Zurruesetzung war der Autor 2006/ 2007 „Director of the Department of Security Cooperation“ der OSZE und Sicherheitsberater des Hohen Beauftragten für Bosnien-Herzegowina. Millotat leitet den Regionalkreis Südwest der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 Die dargestellten Axiome von Clausewitz gründen vor allem auf dem I., II, III. und VIII. Buch seines Werkes „Vom Kriege“, 18. Auflage, Bonn 1973, und auf Werner Hahlwegs Aufsatz „Carl von Clausewitz 1770- 1831“, in: Genius der Deutschen, Die großen Staatsmänner/ Herrscher/ Feldherren, Propyläen Verlag 1966, S. 410-424. Im II. Buch S. 293, „Zwecke und Mittel der Strategie“, sagt Clausewitz zum Frieden: „Die Strategie hat ursprünglich nur den Sieg, d.h. den taktischen Erfolg, als Mittel und, in letzter Instanz, die Gegenstände, welche un mittelbar zu Frieden führen sollen, als Zweck...“ An vielen anderen Stellen wiederholt er diese Gedanken, vor allem im I. Buch im zweiten Kapitel, S. 203 und S. 205. Es ist weitgehend unbekannt, dass Clausewitz den Frieden als Zweck der Strategie herbeiführen will.
- 2 Vgl. Resolution 1244 (1999), Adopted by the Security Council at its 4011th Meeting, on 10 June 1999.
- 3 HDv 100/100 VS-NfD, „Truppenführung von Landstreitkräften (TF)“, Bundesministerium der Verteidigung, Bonn. 05. November 2007, Nr. 3006. In der HDv 100/100, VS-NfD, „Truppenführung (TF)“, Bundesministerium der Verteidigung, Bonn, 15. Dezember 2000, die unter meiner Leitung entstanden ist, ist dieses in den „Verordnungen für die höheren Truppenführer“ vom 29. Juni 1869 des älteren Moltke, Nr. 6, erstmals formulierte Axiom wie folgt in der Nr. 325 dargestellt worden: „...Unentschlossenheit und zögerliches Handeln sind meist verhängnisvoller als ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel.“ In Dienstvorschriften früherer deutscher Armeen und der Bundeswehr ist dieses Axiom sprachlich variiert, jedoch im Gehalt gleich, immer wieder zu finden...Es ist ein gewichtiges Element der Auftragtaktik: Der Untergebene versetzt sich in die Absichten seines Vorgesetzten und „handelt auf ihn zu“, auch wenn die Verbindung zu diesem abgerissen ist. Vgl. hierzu meinen Aufsatz „Auftragstaktik, das oberste Führungsprinzip der Bundeswehr“, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 3/2001, S. 299 - 310
- 4 Vgl. The General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina, Initialled in Dayton on 21 November 1995 and signed in Paris on 14 December 1995.
- 5 Vgl. Towards a Grand Strategy for an Uncertain World – Renewing Trans-Atlantic Partnership, in: World security Network reporting from Munich, Germany, January 16, 2008.

Der „Westen“ und Russland Der Georgienkrieg und die Folgen im Lichte von Einsichten des Carl von Clausewitz¹

Dr. Klaus Olshausen

Die seit September drastisch verschärfte und alle Regierungen und internationalen Organisationen fordernde Finanzkrise mit weiteren heftigen Auswirkungen auf die jeweilige nationale wie die Weltwirtschaft kann nicht vergessen lassen, dass die geopolitische Lage in Europa sich seit dem 8. August erneut für alle sichtbar verändert hat. Einige Kommentatoren sehen die Konsequenzen für die Region, aber vor allem für die internationale Politik ähnlich dramatisch wie – aus ganz anderen Gründen – durch die Attentate der Terroristen am 11. September 2001 in Amerika. Dabei ist bemerkenswert, dass Putin die Auswirkungen der georgischen Maßnahmen am 7. und 8. August für sein Land sogar mit dem 11. September 2001 gleichsetzt.

Festzuhalten ist aber: Die Russen mit Putin und Medwedew – auch in dieser Reihenfolge – haben gezeigt, dass sie bereit sind, massiv militärisch zu intervenieren, um einem Land wie Georgien mit einer demokratisch gewählten Regierung die freie Entscheidung für eine Orientierung nach Westen in die Nordatlantische Allianz und die Europäische Union zu verwehren. Denn dies ist der eigentliche politische Zweck und die klare Botschaft an die Allianz und die Europäische Union.

Die Russen haben gezeigt, dass sie bereit sind, massiv militärisch zu intervenieren, um einem Land wie Georgien mit einer demokratisch gewählten Regierung die freie Entscheidung für eine Orientierung nach Westen in die Nordatlantische Allianz und die Europäische Union zu verwehren.

Die politische Zuspitzung hatte sich seit 2003 (Rosenrevolution in Georgien) über 2006 und dann seit der Putin-Rede auf der Münchner

Sicherheitskonferenz 2007 verstärkt und war in den Monaten seit April 2008 von den Russen zielgerichtet ins Auge gefasst worden. Dem entsprechen auch alle militärischen Vorbereitungen, einschließlich einer umfangreichen Übung im Nordkaukasus in den Wochen, ja Tagen vor dem Angriff.

Der russische Krieg gegen Georgien folgte dem Clausewitz Grundsatz, dass die Staatsführung den Krieg, sei er geplant oder „unvermeidlich“ niemals der politischen Kontrolle entgleiten lassen darf. Denn ...“so ist es ganz ihre Sache [der Politik] und kann nur die ihrige sein zu bestimmen, welche Ereignisse und welche Richtung der Begebenheiten dem Ziele des Krieges entsprechen“ (Clause-

witz, S.686²). In Georgien wurde vorgeführt, welche Folgen ein Widersetzen gegen russische Interessen hat, die ungelösten Territorialprobleme wurden mit der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens perpetuiert, auch mit der Absicht, die Argumente derer im Westen zu unterstützen, dass ein Land mit ungelösten territorialen, politischen Problemen nicht Mitglied der Allianz oder der EU werden kann, und die (begrenzte) eigene militärische Macht wurde zielgerichtet eingesetzt, aber nicht überfordert. Kurz gesagt, ein Krieg als „Unternehmung, die unmittelbar auf politische Beziehungen gerichtet ist“ (Clausewitz, S.53).

Betrachtet man die russische Zielrichtung, so kann in der Zweck-Ziel-Mittel-Hierarchie festgehalten werden, dass bisher nur die faktische Abtrennung von Südossetien und Abchasien politisch, rechtlich (aus russischer Sicht) und militärisch verstärkt worden ist. Dagegen hat die Aktion nicht zum Fall Präsident Saakaschwilis oder gar einem Regimewechsel geführt, ja noch nicht einmal zu einer Reorientierung der nach Westen (Richtung NATO und EU) ausgerichteten georgischen Außenpolitik. Ob der politische Zweck gegenüber den NATO- und EU-Mitgliedstaaten erreicht ist bzw. noch werden kann, darf bezweifelt werden, wenn NATO und EU wie bisher ihre Unterstützung für ein unabhängiges, demokratisches Georgien fortsetzen, ja sogar verstärken. Damit bleibt die Frage, ob Russland im August einen Pyrrhus-Sieg erzielt hat, d.h. einen Schachzug gewonnen, aber die Partie – potentiell – verloren. Allerdings wird dies vom weiteren Handeln von EU und NATO abhängen.

In Georgien wurde vorgeführt, welche Folgen ein Widersetzen gegen russische Interessen hat.

Auch der georgische Präsident handelte als politisch Verantwortlicher und hatte wohl das Ziel, nach der erfolgten Rückführung der abtrünnigen Provinz Adscharien auch das Südossetien-Problem zügig in seinem Sinne zu lösen, um aus der Klemme der ungelösten Probleme – als Argument schon gegen die Aufnahme Georgiens zumindest in den MAP-Prozess der NATO genutzt – herauszukommen und damit seinem eigentlichen politischen Zweck näher zu kommen. Er hat militärisches Handeln ausgelöst. „Aber [er] hat an [seinen] Krieg Forderungen [ge]macht, die er nicht leisten kann (Clausewitz, S. 686), und hat damit „gegen die Voraussetzung, dass sie [die Politik] das Instrument kenne, welches sie gebrauchen will, also gegen eine natürliche, ganz unerlässliche Voraussetzung“ gehandelt. Er hat aber auch die politischen Größen und Verhältnisse und damit die Wahrscheinlichkeit des Charakters und der Hauptumrisse seiner militärischen Aktion falsch beurteilt. Es kann offen bleiben, in welchem Umfang hierzu die von Clausewitz beispielhaft genannte Eitelkeit der Regierenden aus-

schlaggebend war. In jedem Fall brauchte er nach dem Einmarsch russischer Streitkräfte dringend Unterstützung von NATO, EU und USA, um ein Ende der russischen Kampfhandlungen zu erreichen und eine dauerhafte Besetzung weiterer Teile Georgiens zu verhindern. Es hieße wohl die Interpretation seines Handelns zu weit zu treiben, wollte man unterstellen, dass er die Abfolge der militärischen Ereignisse durchaus vorausgesehen hat und dies nutzen wollte, um

Der georgische Präsident ... hatte ... das Ziel ... auch das Südossetien-Problem zügig in seinem Sinne zu lösen, um aus der Klemme der ungelösten Probleme ... herauszukommen und damit seinem eigentlichen politischen Zweck näher zu kommen.

die Solidarisierung des „Westens“ zu verstärken und so künftige russische Pressionen oder militärische Aktionen abzuwenden.

Aus den geschaffenen Fakten durch die (Fehl-) Einschätzungen des georgischen Präsidenten und die planvolle Vorbereitung Russlands seiner militärischen und politischen Aktionen vor und nach dem 7. August folgen weiterreichende Aspekte, insbesondere für die Nordatlantische Allianz, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika, kurz gesagt den „Westen“. Mit Clausewitz kann man feststellen, dass es „Unternehmungen gibt, die vorzugsweise geeignet sind, Bündnisse des Gegners [aus russischer Sicht] zu trennen, oder...[aus georgischer Sicht] neue Bundesgenossen zu erwerben“ (Clausewitz, S. 51). Ob den Russen ersteres gelingt, oder Georgien eine stärkere Solidarität der EU und der NATO erreicht, wird von den Antworten auf folgende Fragen abhängen:

- Wird, kann und will dieser „Westen“ die Souveränität und territoriale Integrität eines demokratischen Georgiens nicht nur verbal fordern, sondern auch dafür einstehen?
- Wird der Westen wachsam sein und handeln, damit durch russische Einwirkung kein undemokratischer Regimewechsel in Georgien herbeigeführt wird?
- Wird der „Westen“ das faktische politisch-militärische Veto gegen die freie Entscheidung Georgiens und ggf. der Ukraine für eine Politik der angestrebten Mitgliedschaft in der Allianz und in der EU hinnehmen oder bereit sein, dieses Streben weiter aktiv zu unterstützen und zum Erfolg zu führen?
- Oder wird der „Westen“ das aggressive Verhalten Russlands (das ja nicht den „Abzug“, sondern den „Rückzug“ lediglich aus „Kern-Georgien“ angekündigt hat und nur dies seit dem Treffen mit der EU-Troika am 8. September mit Verzögerungen durchgeführt hat) vor sich selbst eher zur Erklärung nutzen (bei der einen oder anderen Regierung

sogar mit Erleichterung), dass jetzt auf (un)absehbare Zeit konkrete Schritte für die Mitgliedschaft Georgiens in beiden Organisationen nicht ins Auge gefasst werden können oder gar dürfen?

- Wird der Westen erkennen, dass dies nur ein erster Schritt des wieder erstarkten Russland war und andere gegenüber dem so genannten „nahen Ausland“ folgen werden und dass deshalb eine Politik gegenüber den Staaten des Südkaukasus, der Ukraine, aber auch – abgestuft – Zentralasiens verfolgt werden muss, die diese Länder gegen Pressionen aus Moskau stärkt und sie nicht – wegen westlicher Untätigkeit oder Ohnmacht – gegenüber dem „neuen (alten) Russland“ zur Anpassung an oder gar Unterwerfung unter russische Vorgaben zwingen wird.
- Wird der „Westen“ Maßnahmen ergreifen, um den Russen zu zeigen, dass die Sicherheit der Allianz gestern, heute und in Zukunft unteilbar ist und ihre Bereitschaft und Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung aller Mitglieder politisch und militärisch von Russland ernst genommen werden muss?

Bei der Betrachtung dieser Fragen kann ein Lob eines Waffenstillstandes mit Ungenauigkeiten und Fußangeln ebenso wenig befriedigen wie die gewiss zu begrüßende Beobachtermission der EU, die seit dem 1. Oktober immerhin, aber eben auch nur im so genannten Kerngebiet Georgiens eingesetzt ist. Zwar ist die politische Unterstützung für ein souveränes, ungeteiltes Georgien, die Schaffung einer „NATO-Georgien-Kommission“ und angekündigter engerer Zusammenarbeit mit der EU sowie die humanitäre und Wiederaufbauhilfe des Westens für dieses Land auch ein wichtiges Zeichen gegenüber Russland, dass es die Trennung des Westens von Georgien nicht erreichen kann. Aber an der faktischen Abtrennung von Abchasien und Südossetien, gestützt auf die ausgreifende politische und militärische Macht Russlands wird sich nichts ändern. Der „Westen“ wird zwar an der Beurteilung dieser Maßnahmen als völkerrechtswidrig festhalten, aber das wird keine (unmittelbare) Auswirkung in Richtung einer Entwicklung zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Georgiens haben.

Die NATO hat Russland ohne scharfe Worte deutlich signalisiert, dass turnusmäßige Sitzungen des NATO-Russland-Rates nicht möglich sind, „solange die russischen Truppen Georgien praktisch besetzt haben“. Das Außenministertreffen der Allianz im Dezember hat Signale gesandt – trotz der einseitig erklärten Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien und nach der der russischen Anerkennung folgenden verstärkten Anwesenheit russischer Truppen – einen schrittweisen Weg aus der Sprachlosigkeit im NATO-Russland-Rat zu suchen

und den Gesprächsfaden mit dem Ziel international vereinbarter Fortschritte (wieder) aufzunehmen, ohne grundsätzliche Positionen und Ziele aufzugeben.

Der Sondergipfel des Europäischen Rates unter der französischen Präsidentschaft am 1. September und das Treffen am 8. September in Moskau brachten ein sehr gemischtes Ergebnis. Zwar hat Russland inzwischen sein Militär aus dem „Kerngebiet“ Georgiens bis Mitte Oktober zurückgezogen, aber dies wird



Der NATO-Rat tagt am 18. August 2008 in Brüssel

abschbar nicht für die Gebiete Südossetiens und Abchasiens erreicht werden – die ursprüngliche Forderung der EU im „6-Punkte-Plan“. Den Mitte Oktober begonnenen und im November fortgesetzten internationalen Expertengesprächen in Genf wird in dieser Frage kein Erfolg beschieden sein, zumal die Russen bereits im September ihre Kontingente in beiden Regionen auf jeweils 3.800 Soldaten erhöhten und vertraglich eine permanente Präsenz einrichteten. Dies wird mit diplomatischem Druck des „Westens“ ebenso wenig verändert werden können wie die einseitige russische Anerkennung der Unabhängigkeit beider Regionen. Damit zeichnen sich für die oben genannten Fragen schon jetzt gemischte, ja teilweise negative Antworten ab.

Ersetzt man das Wort „Krieg“ bei Clausewitz durch die Worte ‚dynamische komplexe Probleme‘ dann können seine Einsichten vielfältig auf diese Krisenentwicklung

angewandt werden und für die Analyse und das Verstehen der Zusammenhänge ebenso nützlich sein wie für das Abschätzen künftiger Handlungsmöglichkeiten.

Für den Zusammenhalt des Westens erscheint in diesem Zusammenhang besonders gravierend, dass die dringend erforderliche enge Konsultation zwischen der Allianz und der EU gerade in den Wochen nach dem 8. August 2008 nur unzureichend stattgefunden hat und gemeinsame Treffen der entsprechenden Gremien für diese Abstimmung bisher nicht vorgesehen worden sind. Das wird gemeinsame und tragfähige Antworten auf die neuen Herausforderungen deutlich erschweren. Dies ist durch die kritische Bewertung der Positionen der EU durch den Nato-Generalsekretär beim Besuch mit dem Nordatlantikrat in Tiflis nach dem Treffen der EU mit der Kreml-Führung schon erkennbar geworden, zumal Kommissionspräsident Barroso praktisch parallel äußerte, dass schon nach Rückzug der russischen Truppen – nur aus dem georgischen „Kerngebiet“

– die Verhandlungen über einen neuen Partnerschaftsvertrag mit Russland fortgesetzt werden könnten, was dann von den Außenministern im November auch gebilligt worden ist.

Trotz der bisher einstimmigen Entscheidungen der EU und auch der Allianz liegen die Einschätzungen sowohl innerhalb der EU als auch zwischen vielen europäischen Regierungen und den Vereinigten Staaten noch erkennbar weit auseinander. Mit dem Argument, dass beide – Russland und Georgien – gleichermaßen verantwortlich sind, und mit dem Hinweis, dass viele internationale Herausforderungen nicht ohne oder gar gegen Russland sondern nur mit Russland zu bewältigen sein werden, wird versucht, klare und eindeutige Aussagen zur russischen Politik in seinem „nahen Ausland“ nicht zustande kommen zu las-

sen oder bis zur Unwirksamkeit abzuschwächen. Eine wirksame Politik des „Westens“ kann gegenüber dem autokratisch machtbewussten Russland nicht auf der Prämisse von Russland als einer „unverzichtbaren Nation“ beruhen. Denn das reduziert die eigenen politischen Ziele von vorneherein und bedeutet, dass die russische Führung bei jedem Schritt aggressiver Pressions- und Kriegspolitik davonkommt und zumindest einen Teil der „Gewinne“ einsammelt.

Damit wird eine realistische, aber zugleich unmissverständliche Politik gegenüber Russland scheitern. Letztlich wird es darauf ankommen - vielleicht die Quadratur des Kreises - die Unterstützung eines uneingeschränkt souveränen Georgiens und seiner außenpolitischen Entscheidungsfreiheit ebenso zu verfolgen wie – bei klaren Aussagen zum russischen Verhalten – dennoch zu erreichen, dass ein generell konfrontativer, ja militärischer Vormarsch der Russen im „nahen Ausland“ ebenso vermieden wird wie eine politische Ausgrenzung oder Isolierung Russlands – dessen Selbstisolierung durch Autokratie nach innen und Pressionspolitik nach außen allerdings nicht ausgeschlossen werden kann.

Klar ist, dass die Russen darauf aus sein werden, mit allen möglichen politischen, ökonomischen und ggf. militärischen Maßnahmen die erkennbaren unterschiedlichen Interessen und politischen Handlungsweisen der Staaten in Europäischer Union und Nordatlantischer Allianz, insbesondere der USA auch nach der Präsidentenwahl, für ihre machtpolitischen Zwecke auszunutzen, ja diese



Russische Truppen im August 2008 in der Stadt Gori

Unterschiede möglichst zu Gegensätzen innerhalb und zwischen beiden Organisationen zu verstärken oder bis zu einer Spaltung des „Westens“ voranzutreiben. Das unterstrich Medwedew mit seiner scharfen Rede am Tag nach der Wahl in den USA, in der er die Stationierung von Kurzstreckenraketen in der Kalinin-grad-Region ankündigt. Er nutzt das Thema der strategischen Raketenabwehr, nachdem sein Vorgehen gegen Georgien, den „Westen“ bisher nicht auseinander bringen konnte, um weitere Uneinigkeit zu erreichen und zu schüren.

In Kenntnis dieser russischen Absicht wird das politische Handeln des „Westens“ gegenüber Russland – auf der Grundlage der Ergebnisse für Georgien – natürlich die gesamte Region und die entscheidenden politischen Themen, wie Iran, Nordkorea, Proliferation von Massenvernichtungswaffen oder dem Kampf gegen den Terrorismus einschließen müssen.

Wenn Russland im „nahen Ausland“ seine Maximalforderung des Wohlverhaltens frei und demokratisch gewählter Regierungen nicht aufgeben, ja sogar eher noch ausdehnen will, dann muss der „Westen“ auch überlegen und entscheiden, wie die funktionalen Themen der Weltpolitik zum Teil ohne Russland und das zentrale Thema der Souveränität der Staaten des „nahen Ausland“ trotz des Widerstandes von Russland unterstützt und durchgesetzt werden kann.

Zusätzlich zu den schwierigen, ja kontroversen politischen Diskussionen in der EU und der Allianz werden mittelfristig auch Auswirkungen auf die Konzepte

Man kann nur hoffen, dass die führenden Persönlichkeiten den Clausewitzschen coup d'oeil und die damit verknüpfte Entschlossenheit besitzen (Clausewitz, S. 65), um zunächst in einer Konfiguration zu 26 bzw. 27 Konsens zu schaffen und dann im Handeln gegenüber Russland und den Ländern der Region in dieser komplexen, komplizierten und – gefährlichen Lage „mit Sicherheit und Erfolg“ (zum gesteckten Ziel) vorzuschreiten“ (Clausewitz, S. 67).

für künftige militärische Einsätze und Kriege erneut überprüft werden. Russland hat gezeigt, dass es Land-, Luft- und Seestreitkräfte sowie Einsätze im elektronischen Internetspektrum gegen einen – allerdings militärisch drastisch unterlegenen - Gegner nach dem Prinzip von Colin Powell von 1990 „overwhelming mass/force“ führen kann und will, noch nicht jedoch im Sinn von „overwhelming power“ (Rumsfeld). Die zunehmende Konzentration künftiger militärischer Strategien und Konzepte und die Modernisierung der Streitkräfte

in NATO und EU auf Stabilisierung und „Counterinsurgency“ wird überdacht werden und die Herausforderungen konventioneller, klassischer Staatenkriege in diesem Jahrhundert werden in neuer Art und Weise einbezogen werden müssen.

Zunächst aber wird die Allianz einen Konsens finden müssen, ob die Annäherung der Ukraine, aber auch Georgiens nunmehr ohne weitere Verzögerung in den kommenden Jahren verfolgt werden soll oder ob die „rote Linie“ der Russen akzeptiert wird. So wie die Russen die Entscheidung des Gipfels der Allianz in Bukarest zu ihren Gunsten interpretiert und genutzt haben, werden sie jedes Zögern oder Aufschieben in dieser Frage als Ermutigung für ihr weiteres Vordringen im „nahen Ausland“ deuten und – entsprechend handeln.

Wenn neue „Vorhänge“ in Europa vermieden werden sollen, dann darf sich der „Westen“ eine Zersplitterung ebenso wenig leisten wie eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen, mehr deklaratorischen politischen Nenner. Das Treffen der Außenminister der Allianz Anfang Dezember war ein deutliches Zeichen, wie schwierig es für die Mitgliedstaaten ist, klare, eigene Positionen zu formulieren und in politisches Handeln umzusetzen. Damit werden weitreichende politische Weichenstellungen noch vor dem NATO Gipfel in Straßburg und Baden-Baden im April 2009 und vor dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon der EU eher unwahrscheinlich, so dringend sie gefordert wären. Denn diese Entscheidungen erlauben keinen Aufschub und werden 2009 von NATO und EU gemeinsam mit der neuen Administration von Präsident Obama erarbeitet und getroffen werden müssen.

Die Ereignisse im Kaukasus könnten und sollten allen Mitgliedstaaten von Allianz und EU endgültig klar machen, dass die kleinen und großen Zwistigkeiten zwischen beiden Organisationen überwunden werden müssen, wenn der „Westen“ in der Weltordnungspolitik eine geopolitisch entscheidende Rolle erreichen, behalten und verstärken will.

Betrachtet man die Einsichten von Clausewitz unter dem erweiterten Aspekt dynamischer komplexer Situationen, dann erhält man für die anstehenden Entscheidungsfindungsprozesse und Handlungsmöglichkeiten eine Reihe von Orientierungen für die eigene Analyse und Strategieentwicklung und -begrenzung³. Komplexität zeichnet sich durch viele Variablen aus, die nicht nur eigenständig verändert werden können sondern dabei jeweils auch andere Variablen beeinflussen bzw. selbst von anderen beeinflusst werden (u.a. Clausewitz, S. 129 ff.)

Darüber hinaus ist entscheidend, dass die Vielfalt der eigenständigen Akteure eine nicht-lineare Dynamik schaffen. Gewaltspiralen sind nur ein Beispiel und in der Wirklichkeit nicht das immer überragende (Clausewitz, S. 43 ff.). Das Aktion-Reaktion-Schema unabhängiger Akteure entzieht sich mathematischer

Genauigkeit. Es geht um Wahrscheinlichkeiten, zu denen die Friktionen und Zufälle hinzutreten und dies in Verbindung mit knappen Ressourcen, z.B. Zeit, Menschen, Finanzen, weitere Mittel. Nimmt man hinzu, dass in solchen komplexen politischen Krisenlagen Gefahren lauern und ständig Ungewissheit zu überwinden, ja auszuhalten ist (Clausewitz, S. 63 f.), dann wird erkennbar, dass die Regierenden in NATO, EU und Russland einerseits ihre Entscheidungsfähigkeit behalten müssen, aber dabei das wahrscheinliche Agieren und Reagieren der anderen Seite in ihre Krisenplanungen einbeziehen und aufmerksam und beweglich genug bleiben, um auf unerwünschte Reaktionen wie auf überraschende Aktionen angemessene, den eigenen Zielen dienende Maßnahmen zu treffen. Bleibt der politische Zweck des Handelns der EU wie der Allianz „a Europe whole, free and at peace“, dann gilt es nach Clausewitz, Völker, Regierungen und eingesetzte Organisationen/Strukturen (z.B. Streitkräfte) bei der Bewältigung einer komplexen Krisensituation im Blick zu haben, ihre Interdependenzen zu erfassen (Clausewitz, S. 46 f) und daraus zielgerichtet Entschlüsse für das eigene Vorgehen zu fassen und umzusetzen. Und dies im Bewusstsein, dass die „Wirkung, welche irgendeine Maßregel auf den Gegner hervorbringt...das Individuellste (ist), was es unter allen Datis des Handelns gibt“ (Clausewitz, S.108). Man kann nur hoffen, dass die führenden Persönlichkeiten den Clausewitzschen coup d’oeil und die damit verknüpfte Entschlossenheit besitzen (Clausewitz, S. 65), um zunächst in einer Konfiguration zu 26 bzw. 27 Konsens zu schaffen und dann im Handeln gegenüber Russland und den Ländern der Region in dieser komplexen, komplizierten und – gefährlichen Lage „mit Sicherheit und Erfolg“ (zum gesteckten Ziel) vorzuschreiten“(Clausewitz, S. 67).

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft

Anmerkungen:

- 1 Veröffentlichung des Beitrags mit dem Titel, 'Die russische Herausforderung des Westens' auch in: Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, Ausgabe 3/2009.
- 2 Alle Zitate aus: Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 4. Auflage 2003, München, Ullstein-Ausgabe
- 3 Dazu auch Al-Sabah, Nabil, Die Unlogik des Gelingens, in: Clausewitz-Gesellschaft, Jahrbuch 2008, S. 193 ff.

Stabilisierungsoperationen und Kleiner Krieg

Kai Rohrschneider

Der Begriff des Kleinen Krieges gehört nicht mehr zur aktuellen deutschen militärischen Terminologie. Noch in der „Truppenführung“ von 1936 wurde dem Kleinen Krieg ein Kapitel gewidmet, und Clausewitz lehrte den Kleinen Krieg an der preußischen Kriegsschule gleichberechtigt neben Grolmann, der die Vorlesungen über den Großen Krieg hielt. Angesichts der neuen Herausforderungen, denen sich die Bundeswehr in ihren friedensstabilisierenden Einsätzen gegenüberstellt, ist aber vielleicht deshalb der Begriff des Kleinen Krieges besonders geeignet, die militärische Problematik, die mit diesen Einsätzen verbunden ist, zu untersuchen. Nach dem Versuch einer Definition des Kleinen Krieges im Kontext moderner Kriegführung soll der Begriff des Kleinen Krieges der Realität von Stabilisierungsoperationen gegenübergestellt werden. Die Überlegungen wurden durch die Eindrücke des Autors im Einsatz in Afghanistan ausgelöst.

Das Wesen kriegerischer Konflikte wird im Sinne von Clausewitz' Definition des Krieges verstanden als "wunderliche Dreifaltigkeit, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewalttätigkeit seines Elementes, dem Haß und der Feindschaft, die wie ein **blinder Naturtrieb** anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihn zu einer **freien Seelentätigkeit** machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeuges, wodurch er dem **bloßen Verstande** anheimfällt."¹ Diese Definition erscheint auch heute noch tauglich, die vielfältigen Erscheinungsformen von kriegerischen Konflikten zu erfassen. Es wird davon ausgegangen, dass die aufgeführten drei Dimensionen einer kriegerischen Auseinandersetzung geeignet sind, die Bedingungen für militärische Operationen auch nach einer offiziellen oder formalen Beendigung eines Krieges zu beschreiben.

Eine Definition des modernen Kleinen Krieges

Es ist selbsterklärend, den Kleinen Krieg vom Großen oder umfassenden Krieg zu unterscheiden. Clausewitz machte 1810 dies schlicht an der Verwendung begrenzter Truppenkörper fest.² Dieser Ansatz lässt sich auf die heutigen Verhältnisse übertragen, ist aber zu erweitern und zu differenzieren. In Abgrenzung zum umfassenden Krieg sind die Kräfte im Kleinen Krieg so beschränkt, dass sie zu eigenständigen, hochintensiven Operationen nicht befähigt sind. Denn diese Fähigkeit setzt einen gewissen zahlenmäßigen Umfang schlicht voraus, selbst wenn qualitative Faktoren wie verfügbare Technologie und Mittel eine scharfe

Grenzziehung zum umfassenden Krieg unverändert schwer machen. Der Kleine Krieg endet also dort, wo Großverbände wie Brigade, Division oder entsprechende Äquivalente geschlossen im Gefecht zum Einsatz kommen.

Im Kleinen Krieg gelten besondere Bedingungen für das militärische Handeln, die ihn von Szenarien des umfassenden Krieges unterscheiden. Die erste und

Im Kleinen Krieg herrscht eine ausgeprägtere Ungewissheit über die Lage und insbesondere aktuelle Intensität des Konflikts.

vielleicht offenkundigste Bedingung im Kleinen Krieg ist die eingeschränkte Kampfkraft der eingesetzten Kräfte. Diese Einschränkung ergibt sich schon aus der begrenzten numerischen Stärke, aber noch ausgeprägter aus der

fehlenden Fähigkeit zum umfassenden Anwenden der Wirkung der vernetzten Gefechtsführung auf Großverbandsebene.

Im Kleinen Krieg herrscht eine ausgeprägtere Ungewissheit über die Lage und insbesondere aktuelle Intensität des Konflikts. Zwar gibt es auch im umfassenden Krieg lange Phasen von Gefechtpausen und Ruhe, doch ist hier stets eine Steigerung der Intensität zu erwarten und alle Maßnahmen dementsprechend auszurichten. Im Kleinen Krieg ist eine Intensitätssteigerung nur möglich ebenso aber auch eine Intensitätsminderung, die diesbezügliche Ungewissheit also ausgeprägter. Dazu wird der Kleine Krieg nicht in einem dauerhaften Gefechtsszenario, sondern in einem zivilen, friedlichen oder doch vorwiegend friedlich erscheinenden Umfeld geführt, wodurch es zu einem komplexeren und unübersichtlicheren Lagebild kommt. Ungewissheit und Unübersichtlichkeit vergrößern so das Handlungsspektrum und schaffen in besonderem Maße die Gelegenheit für Überraschungen.

Die dritte Bedingung im Kleinen Krieges ist die reduzierte logistische Abhängigkeit. Die Begrenztheit der eingesetzten Truppen reduziert das Ausmaß des erforderlichen Nachschubs. Mit seiner geringen Truppenkonzentration ist es möglich, einen großen Teil des logistischen Bedarfs des Kleinen Krieges aus dem Land zu gewinnen. Die vorherrschend geringe Gefechtsintensität erlaubt es, auch den spezifisch militärischen Nachschub, gerade die voluminöse Munitionsversorgung des modernen, umfassenden Krieges auf ein vergleichsweise niedriges Niveau abzusinken. Damit ist Kräften im Kleinen Krieg eine größere logistische Unabhängigkeit möglich, die ihnen eine höhere Beweglichkeit verleihen kann. Dies gilt für die Verlegung aus der Heimat in das Einsatzgebiet, aber auch für die taktische Beweglichkeit, wo erforderlichenfalls fast gänzlich auf eine Versorgung aus dem Land abgestützt operiert werden kann. Die resultierende

taktische Beweglichkeit fördert zusätzlich die Fähigkeit, Überraschung zu erzielen. Damit umfasst der moderne Kleine Krieg die militärischen Operationen in einem gewaltsamen Konflikt, die von in Umfang und Fähigkeiten begrenzten Kräften selbständig außerhalb oder neben der vernetzten, hochintensiven Operation geführt werden. Im Folgenden soll allerdings die Betrachtung auf den Kleinen Krieg eingeschränkt werden, der im Rahmen von Stabilisierungsoperationen geführt wird.

Militärische Kräfte in Stabilisierungsoperationen

Unter der Bezeichnung friedensstabilisierende Einsätze werden gegenwärtig die meisten militärischen Operationen außerhalb des Großen Krieges durchgeführt. Sie sind wesentlicher, in ihrem Ausmaß sogar dominierender Anteil der Wirklichkeit des Gebrauchs militärischer Mittel. Die Stabilisierungsoperation soll zunächst aus der Perspektive der politischen Zielsetzung und den darin implizierten Voraussetzungen betrachtet werden. Das Ziel des Einsatzes, wie bereits kurz erwähnt, ist die Stabilisierung einer Nach-Konflikt-Situation auf Grundlage eines Waffenstillstandes oder Friedensabkommens. Dies setzt einen weitgehenden Friedenszustand voraus, in dem Konfliktursachen entschärft oder beseitigt werden können. Die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und zu bewahren, ist also Zweck von Stabilisierungsoperationen. Diese Logik bietet kaum Raum für den Kleinen Krieg.

Sie bezieht sich auf die politisch-rationale Dimension des Krieges und ist nicht zuletzt auch auf eine innenpolitische Vermittlung eines Militäreinsatzes in den die Stabilisierungsoperation führenden Staaten ausgerichtet, was ein Ausblenden möglicher kriegerischer Verwicklungen erstrebenswert macht. Daher sind Stabilisierungsoperationen auch „öffentliche“ Operationen, sowohl im Einsatzgebiet als auch in den Staaten, die die eingesetzten Truppen stellen. Die Öffentlichkeit der Operation soll im Gegensatz zur weithin akzeptierten Geheimhaltung im Rahmen kriegerischer Handlungen zudem dokumentieren, dass es sich eben nicht um eine kriegerische Intervention handelt. Da der vorhergehende Krieg mit seinem politischen Ergebnis als abgeschlossen gilt, setzt die politische Leitung den Zweck von Stabilisierungsoperationen in eine eher allgemein und pauschal formulierte Zielsetzung um, auch um einer öffentlichen Diskussion innen-



"Wirkung auf die Bevölkerung" – ein belgischer PsyOps-Trupp des PRT Kunduz

wie außenpolitisch zu entgehen. Eine Abwägung, welches Ausmaß an Gewalt man einzusetzen, welche eigenen Opfer man zu akzeptieren bereits ist, um die eigenen Interessen durchzusetzen, unterbleibt in der Regel von vornherein und erscheint innerhalb dieses strategischen Kalküls auch nicht notwendig. Kurz: Ein Kriegsziel gibt es in der Stabilisierungsoperation nicht. Neben dem Militär wird eine Vielzahl weiterer Akteure mit zum Teil überlappenden Aufgaben und Kompetenzen beauftragt. Auch dies spiegelt das Verständnis der politischen Leitung wieder, dass eine Stabilisierungsoperation eine friedliche und damit auch zivile Aufgabe ist. Eine militärische Umsetzung der politischen Zielsetzung kann nur selten zwingend abgeleitet werden. Unzweifelhaft ist nur, dass das Aufgabenspektrum der eingesetzten militärischen Kräfte nicht den Kampf umfassen soll, sondern Stabilisierung durch Präsenz und Krisenvermittlung zwischen den Konfliktparteien. Der militärische Einsatz schafft nur den sicheren Rahmen der Stabilisierung, er trägt unmittelbar zur Auflösung des Konfliktes kaum bei. Unschärfe politische Zielsetzung, Überschneidung von Kompetenzen und Aufgaben, Ungewissheit über das erforderliche Ausmaß an Gewalt zur Durchsetzung, instabile Zentralgewalt, Vielzahl von Akteuren und Öffentlichkeit sind aus der politischen Perspektive resultierende Eigenschaften von friedensstabilisierenden Einsätzen.

Der Ausgangspunkt für eine Betrachtung von Stabilisierungsoperationen aus vorwiegend militärischer Perspektive ist ebenfalls das Ende eines Krieges oder Bürgerkrieges, also des Abschlusses der Gefechts-handlungen in Form der Zerschlagung oder der Aufgabe der gegnerischen Streitmacht. Mit zunehmendem Verlust der Einhegung des Krieges auf staatliche Akteure und bei vermehrten Konflikten mit oder von Staaten mit schwach ausgeprägter Machtstruktur entpuppt sich eine Kriegsentscheidung der hochintensiven Operationen, die sich vorwiegend gegen staatliche Machtapparate richtet, als keineswegs zwingend endgültig. Denn auch wenn die Konfliktparteien die Fähigkeit zur Führung des Großen Krieges verloren haben, bleiben ihnen zur Revision des vorläufigen Ergebnisses die Mittel des Guerillakampfes oder des Terrorismus. Gleichgültig ob die Teilnehmer der Stabilisierungsoperation vorher den umfassenden Krieg geführt haben oder zur Absicherung eines international vereinbarten Friedensplanes in die Konfliktregion verlegen, für die militärische Planung gibt es keine Gewissheit, dass die gewaltsame Konfliktaustragung tatsächlich beendet ist. Mit der Möglichkeit, die endgültige Kriegs- oder Konfliktbeendigung noch erzwingen zu müssen, wird die Führung des Kleinen Krieges zur potentiellen militärischen Aufgabe innerhalb einer Stabilisierungsoperation.

Im Rahmen von Stabilisierungsoperationen versuchen Staaten und internationale Organisationen also, unter Einbindung militärischer Kräfte die Ursachen für einen geführten Krieg oder kriegsähnliche Auseinandersetzung zu überwinden, und dies häufig in Räumen mit schwacher oder fehlender staatlicher Zentralgewalt. Bei diesem Einsatz militärischer Mittel ist die Dimension des politischen Kalküls dominant, denn die der militärischen Führung bleibt möglichst ausgespart und die emotionale Beteiligung der Bevölkerung soll mit der Stabilisierung gerade vermindert werden. Doch beim Zusammenführen der beiden dargestellten Perspektiven auf Stabilisierungsoperationen tritt die Schwierigkeit auf, dass aus der politischen Perspektive Stabilisierungsoperationen bereits Teil des Friedens sein sollen, während sich aus der militärischen Perspektive ergibt, dass sie noch Teil des Krieges sein können, der am wahrscheinlichsten als Kleiner Krieg ausgetragen wird. Dieses Dilemma kann als allgemeines Charakteristikum von Stabilisierungsoperationen angesehen werden und beschreibt anschaulich die ambivalente Natur und die unscharfen Grenzen dieses politisch-militärischen Ansatzes.

Herausforderungen der Führung des Kleinen Krieges in Stabilisierungsoperationen

Die politische und die militärische Perspektive auf Stabilisierungsoperation und Kleinen Krieg können in der Entscheidungshierarchie idealtypischen Führungsebenen zugeordnet werden. Die politische Perspektive wird von der politischen Leitung – Regierung und Parlament – wahrgenommen, die militärische Perspektive wird von der taktischen Führung der militärischen Kräfte im Einsatzgebiet vertreten. Ergänzend wird es sich als erforderlich erweisen, die höhere militärische Führung – das mit der Operationsführung betraute Oberkommando – als dritte idealtypische Führungsebene hinzuzunehmen, in der die beiden gegenläufigen Perspektiven aufeinander treffen. Es ist offensichtlich, dass die realen Führungsstrukturen deutlich komplizierter und widersprüchlicher sind. Doch sollen gerade mit der idealtypischen Betrachtung Wesensmerkmale von Stabilisierungsoperation und Kleinem Krieg herausgearbeitet werden und sich ihre Gemeinsamkeiten und Widersprüche sowie daraus abzuleitende Konsequenzen für Ausbildung, Planung, Führung und Strukturen möglichst klar darstellen lassen. Diese idealtypische Differenzierung der Führungsebenen legt nahe, im Folgenden die Führung des Kleinen Krieges als Aufgabe der höheren Führung und politischen Leitung zu unterscheiden von der Führung im Kleinen Krieg, die von der taktischen Führung zu leisten ist.

Ungewissheit: Initiative und Risiko

Der Übergang zum Kleinen Krieg verwandelt die der Stabilisierungsoperation eigene Unübersichtlichkeit der Lage mit Hinzutreten einer realen Bedrohung der Truppe durch einen aktiv handelnden Gegner zur ausgeprägten Ungewissheit. Mit dieser Ungewissheit steigert sich das Risiko, das mit dem eigenen Handeln verknüpft ist. Dies in der Entscheidungsfindung und Entschlussfassung zu bewältigen, ist zunächst einmal eine Herausforderung der Führung im Kleinen Krieg. Im Vergleich zur Dominanz der Dimension des politischen Kalküls in der friedlichen Stabilisierungsoperation gewinnt mit dem Übergang zum Kleinen Krieg das „Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls“ als Feld der militärischen Führung deutlich an Raum. Mit Beginn des Kleinen Krieges ändert sich die Natur des militärischen Einsatzes. Zunächst sollen die Folgen dieser Veränderung für die militärische Führung untersucht werden.

Schon das Feststellen einer qualitativ grundlegend gesteigerten Bedrohung ist in der Praxis keineswegs immer offensichtlich. Die Bedrohung entspringt aus einem weitgehend friedlich erscheinenden Umfeld, dessen äußerer Eindruck sich weiterhin wenig von dem der friedlichen Stabilisierungsoperation unterscheidet. Dabei besitzt der Gegner den Vorteil, an beliebigen Orten überraschend anzugreifen. Dieser Angriff kann durch gewalttätige Demonstrationen, Beschuss oder Anschläge erfolgen, durch Sprengfallen oder Hinterhalte. Die erforderliche Unterscheidung zwischen ziviler Unruhe in einer friedlichen Stabilisierungsoperation

Der Kleine Krieg und seine Ungewissheit lassen sich daher nur mit einer dezentralisierten Führung bewältigen. Eine solche Führung erlaubt das Ausnutzen der Ungewissheit zur Suche der Überraschung des Gegners.

und dem Kleinen Krieg ergibt sich nun weniger aus dem Ausmaß an Gewalt alleine, als aus der Bewertung, ob es einen koordiniert gegen die eigene Absicht vorgehenden Gegner gibt. Der Kleine Krieg als Form des gewaltsamen Konflikts setzt die Existenz eines oder einer Gruppe von Gegnern voraus. Von außen

oder aus der Perspektive der höheren Führung betrachtet mag für den Übergang zum Kleinen Krieg als Indiz gelten, dass die taktische Führung als Ergebnis ihrer Beurteilung der Bedrohungslage entscheidet, Bewegungen im Einsatzraum stets in Erwartung eines Gefechts durchzuführen.

Kommt die taktische Führung zu der Schlussfolgerung, sich im Kleinen Krieg zu befinden, steht vor Einzelfragen der taktischen Wirkung zunächst die Herausforderung, wie unter den veränderten, nunmehr kriegerischen Rahmenbedingungen der Operation zur fortgesetzten Auftrags Erfüllung die Initiative erhalten oder

wiedergewonnen werden kann. Die permanent hohe Ungewissheit im Kleinen Krieg steigert die Bedeutung und die Wirksamkeit des Faktors Überraschung in seiner Führung. Dies gilt für alle Konfliktparteien. Daher ist jede Operation im Kleinen Krieg auch wiederum selbst anfällig für feindliche Überraschung. Die Größe des Einsatzraumes, die Begrenztheit der eingesetzten Truppen und insbesondere die zivile Umgebung mit ihren unzähligen Möglichkeiten zu verdeckten Überfällen, Anschlägen und Hinterhalten, machen ein vollständiges Lagebild unmöglich und damit auch ein Ausschließen feindlicher Überraschung. Um sich gegen Überraschung zu schützen, bleibt daher nur, selber die Überraschung anzustreben oder doch so zu operieren, dass man im Moment der Überraschung selbst aus der Hinterhand noch überraschen kann. Dies setzt die Befähigung zu effektiver Aufklärung, darauf aufbauender Planung und Durchführung voraus, also zum eigenständigen taktischen Einsatz. Um unter Ungewissheit selbst aktiv die Überraschung des Gegners zu suchen, muss den taktischen Führern vor Ort die Handlungsfreiheit überlassen bleiben. Der Kleine Krieg und seine Ungewissheit lassen sich daher nur mit einer dezentralisierten Führung bewältigen. Eine solche Führung erlaubt das Ausnutzen der Ungewissheit zur Suche der Überraschung des Gegners. Aus taktischer Perspektive ist nur mit einer dezentralen, lokale Handlungsfreiheit besitzenden Führungsstruktur die Initiative zu erringen und aktiv die Kontrolle des Operationsgebietes zu erhalten oder wiederzugewinnen. Sie gewährt unter den Bedingungen der Ungewissheit und der Bedrohung durch Überraschung den wirksamsten Schutz der eigenen Kräfte in der Auftragerfüllung. Aktives Handeln dient aus militärischer Sicht sowohl der Vergrößerung der Erfolgsaussicht als auch der Minderung des taktischen Risikos. Diese taktische Forderung steht allerdings im Gegensatz zu den eher restriktiven Vorgaben für militärisches Verhalten in Stabilisierungsoperationen, wie sie in den politischen Vorgaben, den Führungsstrukturen und Kontrollmechanismen sowie den Regeln für die Anwendung militärischer Gewalt für den jeweiligen Einsatz festgehalten sind. Der so geschaffene Rahmen von Stabilisierungsoperationen kann auf diese Weise von vornherein die wirksame Führung des Kleinen Krieges ausschließen.

Mit zunehmender Führungsebene und wachsender Nähe zur politisch-militärischen Leitung wird das Feststellen des Zustandes des Kleinen Krieges schwieriger. Die politisch-militärische Leitung antwortet auf derartige Lageveränderungen zumeist reaktiv, da eine aktiv eskalierende Antwort dem der Stabilisierungsoperation zugrunde liegende strategischen Kalkül zuwiderliefe und erhebliche politische Konsequenzen haben könnte. Das im politischen Entscheidungsprozeß gebildete strategische Kalkül für die Stabilisierungsoperation prägt

und begrenzt zudem die Bereitschaft zur Wahrnehmung der Lage, so dass das Lagebild einer Intensitätssteigerung zum Kleinen Krieg in den meisten Fällen nur verzögert durch die militärische und politische Hierarchie an die Entscheidungsträger gelangt, weil bereits die höheren militärischen Führungsebenen um die politische Brisanz in der Feststellung des Zustandes des Kleinen Krieges wissen. Aus dieser Perspektive läuft die Option des aktiven taktischen Handelns der zunächst abwartenden, reaktiven Haltung der politisch-militärischen Leitung zuwider. Stattdessen empfiehlt sich eine passive Reaktion der angegriffenen Kräfte, vorwiegend indem sie sich zur Maximierung des Selbstschutzes in ihre Einrichtungen zurückziehen, sich sozusagen dem Kleinen Krieg durch Abbau der Präsenz entzieht. Dies bedeutet für die taktische Ebene von vornherein den Verzicht auf die Initiative. Der Verlust der militärischen Aufgabenerfüllung ist jedoch für die politische Leitung zumindest anfangs kaum spürbar, weil militärische Zielvorgaben für die Stabilisierungsoperation nicht gegeben wurden und daher auch die Zielerreichung nicht gemessen wird. Entsteht der Kleine Krieg aus einer Stabilisierungsoperation heraus, so ist also gerade in der Übergangsphase ein Konflikt zwischen der politisch orientierten strategischen und der auf militärische Wirksamkeit ausgerichteten taktischen Wahrnehmung eine zu erwartende Konsequenz. Mildern ließe sich dieser potentielle Konflikt nur, wenn dieser Krisenfall einer Stabilisierungsoperation stets in der Vorbereitung der Operation geprüft, auf allen Ebenen einschließlich der politischen Entscheidungsträger abgestimmt und geübt wird.

Es ist also die deutliche Zunahme des Risikos, die dem Kleinen Krieg als gewaltsame Konfliktaustragung im Allgemeinen und seiner besonderen Ungewissheit im Besonderen zu eigen ist, die auf der militärisch-taktischen und der politisch-strategischen Ebene leicht zu entgegengesetzten, sich ausschließenden Vorgehensweisen führt. Dieses Konfliktfeld zwischen dem Wesen des Kleinen Krieges und den dem Militär real zugestandenen Möglichkeiten in Stabilisierungsoperationen, das hier erkennbar wird, leitet über zur Betrachtung der militärischen Wirksamkeit des Kleinen Krieges.

Wirksamkeit: physische und psychologische Wirkung

Die militärische Forderung nach unmittelbarer, die Initiative suchender Antwort auf eine Intensitätssteigerung in der Stabilisierungsoperation kann gegenüber der politischen Leitung nur gerechtfertigt sein, wenn sie eine Wirksamkeit besitzt, die eine Beendigung von Kampfhandlungen herbeiführen kann. Militärische Handlungsmöglichkeiten im Kleinen Krieg sind dadurch geprägt, dass

die eingesetzten Kräfte aufgrund ihrer Begrenztheit auch nur über eine eingeschränkte taktische Wirksamkeit verfügen. Doch gilt in dem zu betrachtenden Szenario dies gleichermaßen für einen Gegner, der mit den Mitteln des Terrorismus bis hin zum Guerillakampf operiert, also selbst technisch den Kleinen Krieg führt. Die Einschränkung der taktischen Wirksamkeit hat zur Folge, dass mit dem Kleinen Krieg ein Besiegen der Streitmacht des Gegners, wie es im Großen Krieg in einer Abfolge von Kampfhandlungen angestrebt wird, nicht erreicht werden kann. Dies ergibt sich schon aus der komplementären Natur des Kleinen Krieges zum Großen Krieg. Vermag der Große Krieg seine Entscheidung durch unmittelbares kriegerisches Ausschalten von zentralen Fähigkeiten des Gegners zu erreichen, entweder tatsächlich ausgeführt oder durch die unterlegene Partei in ihrer Vorstellung als unvermeidlich vorweggenommen, so muss sich der Kleine Krieg aufgrund der Begrenztheit seiner Kräfte auf das Neutralisieren der Anwendung gegnerischer Fähigkeiten beschränken. Der erfolgreich geführte Kleine Krieg kann also nur indirekt offenkundig machen, dass der Gegner unfähig ist, die von ihm beabsichtigte Wirkung zu erzielen. Er entfaltet seine Wirksamkeit mit der ständigen Frustration des Gegners, seine Absicht durchzusetzen. Versteht man die physische Wirkung auf den Gegner als direktes Vorgehen, so ist der Kleine Krieg also stets ein Mittel des indirekten Vorgehens. Das Neutralisieren gegnerischer Wirkung, das Verweigern der erfolgreichen Anwendung der gegnerischen Fähigkeiten, womöglich häufig oder sogar dauerhaft und in größeren Räumen ist das Ziel im Kleinen Krieg. Damit wird das grundsätzlich defensive Wesen des Kleinen Krieges deutlich. Dies gilt im übrigen auch für seine irreguläre Seite als Guerilla-, Banden- oder Partisanenkrieg. Da mit dem Kleinen Krieg eine Kriegsentscheidung nicht direkt herbeizuführen ist, kann man durch ihn eine unmittelbare Entscheidung nur verweigern. Die dauerhafte Frustration der militärischen Anstrengungen soll eine Überprüfung und Änderung des zugrundeliegenden politischen Kalküls auslösen und auf diesem Wege zum Frieden führen. Dieser defensive und indirekte Charakter des Kleinen Krieges erscheint auf der Ebene des politisch-rationalen Kalküls mit dem restriktiven Charakter von Stabilisierungsoperationen durchaus vereinbar.

Der Maßstab für die erfolgreiche Führung des Kleinen Krieges ist die Wirksamkeit der Kontrolle von Räumen. Diese Wirksamkeit zeigt sich in dem Ausmaß, in dem es gelingt, dem Gegner die Anwendung seiner Fähigkeiten zu verwehren. Dabei sind zwei unterschiedliche Ausgangssituationen zu berücksichtigen. In der ersten wird der Kleine Krieg geführt, um zunächst die Kontrolle eines Raumes streitig zu machen und dann diese Strittigkeit so lange zu behaupten, bis die Frustration des Gegners angesichts seiner Unfähigkeit, die Kontrolle

wiederherzustellen zu einer politischen Lösung führt. Dies ist die Situation der Rebellion, des Guerillakampfes oder auch des terroristischen Kampfes. Die in dieser Lage angewendeten Mittel des Kleinen Krieges wie Überfall, Hinterhalt und Anschlag haben taktisch offensiven Charakter und können dadurch auch den irreführenden Eindruck erwecken, der mit ihnen geführte Kleine Krieg sei als Ganzes offensiv. Die Verweigerung der Kontrolle durch den Gegner soll außerdem die eigene Partei als besonders befähigt zur Wahrnehmung der Kontrolle darstellen. Das Vermitteln dieses Eindruckes dient dem Ziel der emotionalen Einbeziehung von Teilen oder der gesamten Bevölkerung.

Die zweite Ausgangssituation stellt sich der Kriegspartei, die sich der Herausforderung des Verlustes der Kontrolle gegenüber sieht und den Kleinen Krieg führt, um diese Kontrolle wiederherzustellen. Angesichts der bereits ausgeführten Eigenschaften und Wirkungsmöglichkeiten des Kleinen Krieges ist die Problematik einer derartigen Aufgabenstellung offensichtlich, denn sie fordert das ununterbrochene, vollständige Verwehren von Angriffen, selbst der Durchführung von Anschlägen. Da der Kleine Krieg nicht gegen die gegnerischen Fähigkeiten direkt wirkt, wäre eine absolute Lösung dieser Aufgabe nur durch jederzeitige, allgegenwärtige militärische Präsenz denkbar, was schon allein aufgrund der begrenzten Truppenstärke im Kleinen Krieg als reale Möglichkeit auszuschließen ist. Zudem bleibt die um Erhalt der Kontrolle ringende Partei gezwungen, Angriffe oder Anschläge schlicht abzuwarten. Weil so immer die Möglichkeit bestehen bleibt, die Kontrolle zumindest lokal und zeitlich begrenzt auszuschalten, ist die Ausübung der Kontrolle eines Raumes kein objektivierbarer, endgültiger Zustand. Eine militärische konsequente Antwort bestünde in der Ausweitung zum Großen Krieg, der dann direkt gegen die Machtbasis des Feindes oder gegen seine Anlehnungsmacht geführt wird. Dies ist im Zusammenhang mit Stabilisierungsoperationen aber eine politisch kaum akzeptable Option. Innerhalb der begrenzten Möglichkeiten des Kleinen Krieges gedacht, kann nur ein hinreichendes Niveau von Kontrolle als realistisches Ziel gelten, das dann erreicht ist, wenn die Absicht des Gegners, die Kontrolle in Frage zu stellen, auf Dauer überzeugend frustriert wird.

Mit dem Ziel der überzeugenden Frustration des Gegners werden Wahrnehmung und Glaubwürdigkeit der Wirkung im Kleinen Krieg zu einem entscheidenden Kriterium für seine Führung. Der Kleine Krieg ist also von seiner Akzeptanz in der Bevölkerung abhängig, sein Erfolg wird durch die Einschätzung der Bevölkerung über die Wirksamkeit der militärischen Operationen bestimmt. Pointiert formuliert heißt das, es geht nicht oder zumindest weniger darum, den Gegner

unmittelbar messbar zu treffen, sondern entscheidend ist, dass die Bevölkerung überzeugt wird, dass man den Gegner erfolgreich bekämpft und die Erwartung hat, dass dies auch in Zukunft so sein wird. Diese Wirkungsweise ist aus der Guerilla- und Partisanenkriegführung bekannt. In modernen Konflikten ist die wahrnehmende Bevölkerung nicht auf die Konfliktregion beschränkt, vielmehr spielt auch die Wahrnehmung in den Nachbarregionen und insbesondere in den Heimatländern intervenierender Streitkräfte eine große Rolle. Die Öffentlichkeit des Kleinen Krieges und seine angestrebte Wirkung auf die Emotionen und die Beteiligung der Bevölkerung stehen im Einklang mit dem Charakter von Stabilisierungsoperationen. Allerdings ist in der Durchführung die zweckorientierte Steuerung von Informationen für die Öffentlichkeit Teil der Operationsführung im Kleinen Krieg, was dem freien, unbeschränkten Umgang mit Informationen unter den friedlichen Bedingungen einer Stabilisierungsoperation widerspricht. Ist die Wirkung des Kleinen Krieges mit der politisch-rationalen Dimension von Stabilisierungsoperationen vereinbar und gilt dies auch weitgehend für die emotionale Dimension, so ist dies noch für die Beziehung zwischen der Wirkung und der Dimension der „freien Seelentätigkeit“ der militärischen Führung und den Umgang mit Wahrscheinlichkeit und Zufall zu betrachten. Die Begrenzung des Kleinen Krieges auf eine indirekte Wirkung hat, wie dargestellt, die hohe Bedeutung der Wahrnehmung der Ergebnisse des Kleinen Krieges durch die Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger aller Seiten zur Folge. Dieses Kriterium gilt damit auch für das taktische Wirken im Kleinen Krieg. Die physische Wirkung im Kleinen Krieg, die sich in der Anzahl getöteter oder gefangener Gegner, dem Ausschalten feindlicher Logistik und dem Zerstören gegnerischer Führungsstrukturen zeigt, ist daher letztendlich nur sekundäres Ziel der Operationen. Zwar ist der Kleine Krieg ohne physische Wirkung nicht denkbar, aber sie entfaltet ihre Wirksamkeit erst, wenn die einzelnen Handlungen sowohl für sich als auch in ihrer Summe geeignet sind, Vertrauen der Bevölkerung in die Fähigkeit der eigenen Seite zu schaffen und zugleich existierendes Vertrauen in die gegnerischen Fähigkeiten zu untergraben.

Zwar ist der Kleine Krieg ohne physische Wirkung nicht denkbar, aber sie entfaltet ihre Wirksamkeit erst, wenn die einzelnen Handlungen sowohl für sich als auch in ihrer Summe geeignet sind, Vertrauen der Bevölkerung in die Fähigkeit der eigenen Seite zu schaffen und zugleich existierendes Vertrauen in die gegnerischen Fähigkeiten zu untergraben.

Stabilisierungsoperationen setzen ihr zumeist risikoscheues politisch-strategisches Kalkül in einem hohen Ausmaß mittels unmittelbarer, zentraler Kontrolle der laufenden Operationen um. Zum Erzielen der taktischen Wirkung in der Stabi-

lisierungsoperation reicht sichtbare, in Krisenmomenten ausgleichend wirkende militärische Präsenz der eingesetzten Kräfte aus, deren vertrauensbildende Ergebnisse im gesamten Einsatzgebiet verlässlich koordiniert werden müssen, um die erforderliche Gesamtwirkung zu erzielen. Durch strikte und enge Auflagen für das Handeln soll das Risiko etwaiger Fehlentscheidungen taktischer Führer minimiert werden. Angesichts der vergleichbaren, angestrebten Gesamtwirkung des Kleinen Krieges ist ein Übertragen dieses Ansatzes naheliegend. Zentralisierte taktische Führung und Kontrolle läuft jedoch dem Wesen des Kleinen Krieges entgegen, dessen Grundlage der taktische Erfolg, die einzelne physische Wirkung auf den Gegner ist. Ohne die Summe taktischer Erfolge im Kleinen Krieg ist eine Wirkung des Kleinen Krieges ausgeschlossen. Der taktische Erfolg ist aber angesichts der besonderen Ungewissheit des Kleinen Krieges nur mit dezentraler Führung zu erreichen. Damit wird in dem Gegensatz zwischen der ausschließlich durch dezentralisierte, „freie“ Führung zu erzielenden direkten Wirkungen im Kleinen Krieg und nur durch Zentralisierung sicherzustellenden Umsetzung der indirekten Gesamtwirkung des Kleinen Krieges ein tiefgreifendes Führungsproblem sichtbar. Dies Führungsproblem der Gegensätzlichkeit der verschiedenen inhaltlichen Zielsetzungen der beiden idealtypischen Führungsebenen im Kleinen Krieg erscheint auf den ersten Blick unüberwindlich.



"Operieren in friedlichem Umfeld" –
eine Fußpatrouille in Taloqan

Wenn jedoch die oberste Führung bei der Steuerung der Operationen statt zentrale Auflagen und unmittelbare Kontrolle, die die Selbständigkeit der taktischen Ebene begrenzen, Zielvorgaben erteilt, die das eigenständige Vorgehen auf die gemeinsame Wirkung hin lenken, bleibt die Grundlage für den Erfolg im Kleinen Krieg erhalten. Dieses Führungsverfahren ist grundsätzlich in deutschen Streitkräften gut bekannt und traditionell verwurzelt, denn es entspricht dem Führen durch Auftrag, das zur Lösung eines durchaus vergleichbaren Problems entstanden ist, nämlich zur Bewältigung der komplexen Führung des im Ganzen unüberschaubaren, industrialisierten Großen Krieges. Unabhängig davon bleibt aber die Feststellung bestehen, dass es einen tiefgreifenden Unterschied zwischen der bisher geübten Führungspraxis von Stabilisierungsoperationen und den Führungserfordernissen des Kleinen Krieges gibt.

Die idealtypische Betrachtung der Führungserfordernisse einmal zum Erzielen der direkten Wirkung auf taktischer Ebene und zum anderen der indirekten Wirkung auf höherer Ebene macht ein Kernproblem in der Führung des Kleinen Krieges sichtbar. Doch in der Realität des Kleinen Krieges kommt es durchaus zur Vermischung der beiden Perspektiven. Es werden von höheren Führungsebenen Operationen mit vorrangig direkter Wirkung geführt, wie beispielsweise beim Vorgehen gegen Ruhe- oder Rückzugsräume des Gegners oder gegen die feindlichen Versorgungs- und Kommunikationslinien, bei denen eine Anzahl verschiedener taktischer Elemente in größerem Rahmen zusammenwirken. Andererseits kann sich die Haltung der Bevölkerung in verschiedenen Teilen eines Einsatzgebietes stark unterscheiden, was eine differenzierte Umsetzung der taktischen Ergebnisse in die gewünschte indirekte Wirkung erfordert. Diese wechselseitige und sich stetig verändernde Überschneidung macht eine klare und einfache Führungsstruktur notwendig, in der Darstellung und Bewertung der Gesamtlage ebenso wie der regionalen Lagen schnell und eindeutig ausgetauscht werden. Sind diese Voraussetzungen gewährleistet, so kann der Kleine Krieg innerhalb einer Stabilisierungsoperation ein wirksames Mittel zur endgültigen Konfliktbeendigung sein.

Logistik: Wirtschaftlichkeit und Autarkie

Die Logistik für Stabilisierungsoperationen hat zunächst einmal die mehr oder weniger weite Entfernung zwischen Heimat und den eingesetzten Truppen zu überwinden. Dies geschieht zumeist unter Friedensbedingungen, was sowohl Erleichterung bedeutet, da kommerzielle Lösungen in Anspruch genommen werden können, aber auch Erschwernis sein kann, da Friedensregularien zu beachten sind. Dies setzt sich in aller Regel in den Einsatzraum fort, da eine kriegerische Eskalation im politisch-strategischen Kalkül ohnehin nicht vorgesehen ist und damit dieser Ansatz betriebswirtschaftlich vorteilhaft und militärisch vertretbar erscheint. Auch aus Gründen der Motivation werden erhebliche Anstrengungen unternommen, um den eingesetzten Truppen eine am heimischen Friedensstandard orientierte Versorgung zu bieten. Im Ergebnis wird im Einklang mit der Führungsstruktur die Logistik zentralisiert, bis hin zur möglichst geschlossenen Stationierung der Truppen im Einsatzgebiet.

Im Falle einer Intensitätssteigerung zum Kleinen Krieg bleiben die Rahmenbedingungen für die Anbindung des Einsatzgebietes an die Heimat weitgehend unverändert. Im Einsatzraum stellt der Kleine Krieg auf den ersten Blick an die Logistik vergleichsweise geringe Forderungen. Er kann mit Kräften geführt

werden, die die Masse ihres Bedarfes aus dem Lande vor Ort befriedigen können. Vordringlich gefordert ist logistische Autarkie auf taktischer Ebene, also vom verstärkten Zug bis zum Bataillon, um die Mobilität der Kräfte auch unter Bedrohung und gegen Widerstand sicherzustellen. Denn die Mobilität der selbständig eingesetzten Teile ist neben der taktischen Handlungsfreiheit die wesentliche Voraussetzung für die dezentrale Führung des Kleinen Krieges.

So leistungsfähig die Logistik für Stabilisierungsoperationen auch ist, sie vermag gerade die Forderungen des Kleinen Krieges nicht zu erfüllen. Dies macht Kräfte in Stabilisierungsoperationen gerade beim Übergang zum Kleinen Krieg ausgesprochen verwundbar. Die aufwendigen Versorgungswege sind ausgesprochen verwundbar und eignen sich als Ziel für feindliche Angriffe besonders gut.

Die fehlende Autarkie macht die Truppe gegenüber einer Unterbrechung der

Dem Gefecht kann im Kleinen Krieg nicht ausgewichen werden, es ist, ob im Hinterhalt aufgezwungen oder zum Gewinnen der Initiative gesucht, der wesentliche Träger der direkten Wirkung im Kleinen Krieg. Der Maßstab des Gefechts ist Sieg oder Niederlage.

Versorgungswege sehr empfindlich. Außerdem wird ihre Handlungsfähigkeit gerade in der Anfangsphase erheblich beschränkt, da die Kräfte aufgrund ihrer logistischen Abhängigkeit von zentralen Versorgungseinrichtungen nicht frei im Raum operieren können. Damit beschränkt die Einsatzlogistik die taktische Führung in jedem Bemühen, die Initiative

zu gewinnen und die erforderliche Kontrolle des Raumes aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen. Um den Kleinen Krieg zu führen, muss die logistische Autarkie der taktischen Ebene so gewährleistet sein, dass ein freies Operieren möglich wird. Da die logistischen Strukturen viel schwerer und aufwendiger zu ändern sind als Führungsstrukturen, stellen sie das kritische Hindernis für einen erfolgreichen Übergang zum Kleinen Krieg dar. Gerade hier kommt es bei der Vorbereitung von Stabilisierungsoperationen darauf an, die potentielle Handlungsfähigkeit der Kräfte durch Berücksichtigung eines möglichen Übergangs zum Kleinen Krieg zu gewährleisten.

Schlussfolgerungen

Der Kleine Krieg im Rahmen von Stabilisierungsoperationen ist hinsichtlich politischer Zielsetzung und emotionaler Wirkung auf die Bevölkerung durchaus eine Fortführung der friedlichen Stabilisierungsoperation. In der friedlichen Stabilisierungsoperation konzentrieren sich die militärischen Operationen auf vertrauensbildende und wo nötig abschreckende Präsenz. Jedwede Form von Verlusten gilt es dabei zu vermeiden. Dies liegt durchaus in der Logik einer Sta-

bilisierungsoperation, da einer Intensitätssteigerung ausgewichen wird, um stets Raum für andere Formen des Ausgleichs zu bewahren. Im Kleinen Krieg dagegen wird jedoch das Gefecht zum zentralen Mittel. Damit ändert sich die Herausforderung für die militärische Führung grundlegend, dem „Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls“ wird im Kleinen Krieg eine deutlich größere, mitunter dominierende Rolle zugewiesen. Dem Gefecht kann im Kleinen Krieg nicht ausgewichen werden, es ist, ob im Hinterhalt aufgezwungen oder zum Gewinnen der Initiative gesucht, der wesentliche Träger der direkten Wirkung im Kleinen Krieg. Der Maßstab des Gefechts ist Sieg oder Niederlage. Verluste werden damit zum unvermeidlichen, einzukalkulierenden Preis für den Erfolg. Da der Kleine Krieg stets ein möglicher Bestandteil einer Stabilisierungsoperation werden kann, sollte diese Eventualität auch in der Entscheidung über einen Einsatz und in der Ausplanung berücksichtigt werden. Dazu bieten sich Kriegsspiele an, möglichst unter Beteiligung der politischen Leitung und der obersten Führung, um für den Fall einer Intensitätssteigerung ein Minimum an Handlungssicherheit und die Möglichkeit zum Erhalt der Initiative zu erhalten. Der Verzicht auf diese Form der Prüfung des eigenen Vorgehens erscheint nicht nur militärisch unprofessionell, sondern auch politisch verantwortungslos.

Führungsstrukturen und Logistik in Stabilisierungsoperationen werden den Anforderungen beim Übergang zum und Führung im Kleinen Krieg kaum gerecht. Sie schaffen nicht die ausreichenden Rahmenbedingungen, unter denen die taktische Führung die erforderlichen Gefechte erfolgreich führen kann. Ihre Ableitung aus dem politisch-strategischen Kalkül ist zwar nachvollziehbar, aber keineswegs notwendig. Hingegen sind unter dem Aspekt der Befähigung zu einem möglichen Übergang von friedlicher Stabilisierung in den Kleinen Krieg Führungsstrukturen und Logistik militärisch zwingend auf den Kleinen Krieg einzustellen. Da mit dem Kleinen Krieg eine vergleichbare, in weiten Bereichen identische Gesamtwirkung angestrebt wird, sind seine Führungsstrukturen und Logistik zudem auch zur Durchführung friedlicher Stabilisierungsoperationen geeignet.

Truppen für den Kleinen Krieg sind universell vorzubereiten, damit sie unter den taktischen Rahmenbedingungen großer Ungewissheit, eingeschränkter

Der Kleine Krieg fordert kleine, taktisch und logistisch selbständige Elementen auf den Ebenen Zug, Kompanie und Bataillon, die im Gefecht bestehen können. Diese Forderung ist jedoch mit der jetzt einggenommenen Struktur nicht zu befriedigen, die nicht organisch geschlossene, in gemeinsamer Ausbildung innerlich zusammengewachsene Truppenteile für den Einsatz stellt, sondern unter Auflösung der Heimatstrukturen zusammengestellte Elemente liefert.

Wirksamkeit und logistischer Unabhängigkeit erfolgreich operieren können und im Gefecht bestehen. Die Ungewissheit der Gefechte im Kleinen Krieg und der Stellenwert der Überraschung erfordert die Ausbildung einfacher Verhaltensweisen, die vielseitig angewandt und angepasst werden können. Unvermeidlich ist es, die Truppe auf das Erleiden eigener Verluste vorzubereiten. Die Ansprüche an die Qualität der taktischen Führung auf den unteren Ebenen sind hoch, aufgrund der erforderlichen Selbständigkeit in besonders komplexen Lagen wahrscheinlich deutlich höher als auf entsprechender Führungsebene in hochintensiven, vernetzten Operationen. Darüber hinaus macht das Erfordernis, die direkten taktischen Wirkungen zu indirekter Gesamtwirkung zu verknüpfen, auch auf den höheren Führungsebenen ein umfassendes Verständnis der Taktik im Kleinen Krieg notwendig.

Die Aufstellung von Stabilisierungskräften, wie sie derzeit unternommen wird, ist ein unzweifelhaft richtiger Ansatz. Der Kleine Krieg fordert kleine, taktisch und logistisch selbständige Elementen auf den Ebenen Zug, Kompanie und Bataillon, die im Gefecht bestehen können. Diese Forderung ist jedoch mit der jetzt eingenommenen Struktur nicht zu befriedigen, die nicht organisch geschlossene, in gemeinsamer Ausbildung innerlich zusammengewachsene Truppenteile für den Einsatz stellt, sondern unter Auflösung der Heimatstrukturen zusammengestellte Elemente liefert. Auch hier steht die, aus anderen Gründen sicherlich wünschenswerte Zentralisierung und Zusammenfassung von Fähigkeiten und Truppenkörpern im fundamentalen Gegensatz zur Notwendigkeit einer für das Gefecht vertretbar vorbereiteten Truppe, wie sie der Einsatz als wesentliche Aufgabe der Bundeswehr fordert.

Zum Autor: Oberstleutnant i.G. Kai Rohrschneider, 1983 Eintritt in die Bundeswehr, 1996 bis 1998 Teilnehmer der nationalen Generalstabsausbildung, 2000 bis 2001 Besuch des britischen JSCSC, 2005 bis 2007 Kommandeur des Panzerbataillons 393 und aus dieser Verwendung 2006 Stellvertretender Kommandeur und Chef des Stabes PRT Kunduz. Rohrschneider ist seit Juni 2008 Abteilungsleiter G3 der 13. Panzergrenadierdivision, Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft seit 2002.

Anmerkungen:

- 1 Clausewitz, Carl von: Vom Kriege, Bonn 1980/19, S. 213.
- 2 Vgl. Clausewitz, Carl von: Vorlesungen über den kleinen Krieg, in: Schriften - Aufsätze - Studien - Briefe, herausgegeben von Werner Hahlweg, Bd. 1, Göttingen 1966, S. 231.

Clausewitz und die Effektivität militärischer ESVP-Operationen in Afrika¹

Eva Strickmann

Einleitung

Der im Spätsommer 2008 wieder aufgeflamte Konflikt zwischen Rebellen und Regierungstruppen in der Demokratischen Republik Kongo und die humanitären Konsequenzen konfrontieren die EU mit der Frage, wie effektiv das bisherige militärische Krisenmanagement der EU in dem zentralafrikanischen Land war und wie ernsthaft und umfassend sich die Union generell in Krisenregionen in Afrika engagieren kann und will. Die EU führte mit ARTEMIS ihre erste autonome militärische ESVP-Operation im Jahr 2003 im Kongo durch, im Jahr 2006 folgte mit EUFOR RD Congo ein zweites militärisches Engagement. Beide Einsätze waren von kurzer Dauer und wurden von offizieller Seite als sehr erfolgreich bewertet.

Die jeweiligen politischen Ziele wurden in der Tat durch die militärischen Missionen entsprechend umgesetzt, und die EU erreichte in beiden Fällen eine Verbesserung der Sicherheitslage. Der Effekt war allerdings nur von kurzer Dauer, da die politischen Vorgaben ungeeignet waren, eine langfristige Besserung zu erzielen. Angesichts fehlender Stabilisierungsmaßnahmen nach den beiden Operationen und der sich bereits langfristig abzeichnenden erneuten Eskalation der Gewalt im Ostkongo, die von den im Land stationierten UNO-Blauhelmsoldaten nicht verhindert werden konnte, sollte die EU ihre politischen Zwecke, militärischen Ziele und Mittel sowie Konzepte für Krisenmanagement-Einsätze auf dem afrikanischen Kontinent überdenken.

Dies ist nicht nur in Bezug auf ein mögliches erneutes Engagement in der DR Kongo, sondern auch vor dem Hintergrund der dritten und noch andauernden militärischen ESVP-Operation in Afrika dringend erforderlich. Diese wird seit 2008 im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik durchgeführt. Die Frage der Effektivität muss angesichts der internationalen Verantwortung, der Ambitionen und der Glaubwürdigkeit der EU gestellt werden, auch wenn sich die Definition von Beurteilungskriterien als schwierig erweist. Hilfreiche Ansätze finden sich allerdings in der Theorie von Carl von Clausewitz, die bei der folgenden Betrachtung berücksichtigt werden. Zunächst wird aber ein Überblick über die Entwicklung des Krisenmanagements der EU und die drei bisherigen militärischen Einsätze in Afrika gegeben.

1. Die Grundlagen des EU-Krisenmanagements: Die Entwicklung der ESVP

Die Krisenmanagement-Operationen der EU werden im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) durchgeführt, die im Jahr 2009 auf eine zehnjährige Entwicklung zurückblicken kann. Die Entstehungsgeschichte wird nachfolgend anhand der wichtigsten Stationen skizziert, um die Grundlagen der militärischen ESVP-Einsätze darzulegen.

Wenige Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges und vor dem Hintergrund der Erfahrungen auf dem Balkan intensivierten sich die Bemühungen der EU-Mitgliedsstaaten, die sicherheits- und verteidigungspolitischen Kapazitäten und Fähigkeiten der EU zu stärken, um mehr Verantwortung im internationalen Krisenmanagement und insbesondere in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU zu übernehmen. Insbesondere die Erfahrungen der EU-Mitgliedsstaaten während der Kosovo-Krise und des anschließenden Luftkrieges durch die NATO führten zu einer Annäherung der Positionen und es zeichnete sich seit dem Sommer 1998 ab, dass auch Großbritannien eine stärkere europäische Integration im Bereich der Sicherheit und Verteidigung befürwortete – soweit dies nicht die Rolle der NATO schwäche, sondern komplementär zu den NATO-Strukturen geschehe.

Der Grundstein für den offiziellen Beginn der ESVP wurde im Dezember 1998 beim britisch-französischen Gipfel in St. Malo gelegt, bei dem Frankreichs Präsident Chirac und Großbritanniens Premier Blair betonten, dass die EU in der Lage sein müsse, autonom, glaubwürdig und rasch als Krisenmanager zu agieren und dafür auch über die entsprechenden militärischen Fähigkeiten und Entscheidungsmechanismen verfügen müsse. Die gemeinsame Erklärung wurde vom Europäischen Rat unterstützt und in den folgenden Monaten unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft inhaltlich weiter ausgearbeitet. Beim Europäischen Rat im Juni 1999 in Köln wurde die offizielle Gründung der ESVP beschlossen und die ESVP im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) angesiedelt.

Im Dezember 1999 wurde der Prozess weiter vorangetrieben, als sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Helsinki versammelten und ein erstes militärisches „Headline Goal“ verabschiedeten. Die darin definierten Ziele gingen ebenfalls auf einen britisch-französischen Vorschlag zurück und sahen vor, dass die EU bis zum Jahr 2003 in der Lage sein solle, innerhalb von 60 Tagen und für mindestens ein Jahr 50.000 bis 60.000 Soldaten für die Durchführung von

Krisenmanagement-Operationen im Rahmen der Petersberg-Aufgaben verfügbar zu machen. In der Erklärung des Europäischen Rates von Helsinki wurde festgehalten, dass zukünftige Einsätze auch das obere Spektrum der Petersberg-Aufgaben umfassen und sich die EU auf Operationen hoher Intensität einstellen müsse.

Mit den Beschlüssen von Köln und Helsinki waren die konzeptionellen Grundlagen der ESVP geschaffen worden, die aber von einer praktischen Umsetzung noch weit entfernt waren. Zunächst war der Aufbau von ersten Institutionen im Bereich der ESVP erforderlich, die in den Jahren 2000 und 2001 mit dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK), dem EU Militärkomitee (EUMK) und dem EU Militärstab (EUMS) geschaffen wurden.

In dieser Aufbauphase wurde ab 1999 parallel auch eine Neudefinition des Verhältnisses zwischen der EU und der NATO diskutiert. Die Einigung auf eine neue Kooperationsgrundlage zwischen beiden Organisationen war durch die Gründung der ESVP erforderlich geworden, gestaltete sich aber als schwierig. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die Frage, ob die EU für die Planung und Durchführung künftiger ESVP-Operationen auf Mittel und Fähigkeiten der NATO zugreifen könne (Berlin-Plus-Zusagen)². Die Konsensbildung innerhalb der NATO war langwierig, da die Türkei bis zum EU-Gipfel im Dezember 2002 in Kopenhagen – bei dem der Türkei die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen zugesagt worden war – eine Einigung blockierte. Ab Dezember 2002 konnten die Vereinbarungen über die Berlin-Plus-Zusagen weiter ausgehandelt werden, die zum März 2003 in Kraft traten und der EU den sicheren Zugang zu den Planungskapazitäten und Kommandostrukturen des Zentralkommandos der NATO vertraglich gewähren. Seitdem kann die EU auf NATO-Ressourcen zugreifen, falls sie die Missionen nicht autonom durchführen möchte.

Das Jahr 2003 markierte einen Meilenstein in der Entwicklung der ESVP, da zu Beginn des Jahres die operative Phase der ESVP gestartet wurde. Ab Januar 2003 wurde die erste zivile ESVP-Operation (EUPM) in Bosnien und Herzegowina durchgeführt und Ende März 2003 begann wenige Tage nach Inkrafttreten der Berlin-Plus-Vereinbarungen die erste militärische Mission der EU (CONCORDIA in Mazedonien). Die Mission CONCORDIA wurde unter Rückgriff auf NATO-Ressourcen durchgeführt, ebenso die im Dezember 2004 begonnene Operation ALTHEA in Bosnien und Herzegowina. Von besonderer Bedeutung war im Jahr 2003 auch die Durchführung der militärischen ESVP-Mission ARTEMIS in der Demokratischen Republik Kongo, die in zweierlei Hinsicht

ein Novum darstellte: Zum einen führte die EU ihre erste autonome militärische Mission durch und zum anderen handelte es sich um den ersten ESVP-Einsatz außerhalb Europas. Vor dem Hintergrund von ARTEMIS wurde 2003 eine gemeinsame Erklärung der EU und der Vereinten Nationen über die Zusammenarbeit im Bereich des Krisenmanagements unterzeichnet.³ Des Weiteren wurde im Dezember 2003 die Europäische Sicherheitsstrategie verabschiedet.

Nachdem das Militärische Headline Goal 2003 nicht voll erreicht wurde, verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EU im Mai 2004 ein zweites militärisches Headline Goal, das Zielvorgaben bis zum Jahr 2010 setzt. Zentraler

Seit dem Beginn der operativen Phase ist die ESVP entscheidend gereift und hat in den Jahren 2003 bis 2008 in insgesamt 20 ESVP-Missionen gezeigt, dass sie ambitioniert ist, mehr Verantwortung bei der Bewältigung von Krisen weltweit zu übernehmen.

Bestandteil des Headline Goals 2010 ist das EU Battlegroup Konzept. Dieses sieht vor, dass die EU jeweils für sechs Monate zwei schnelle Eingreiftruppen mit rund 1.500 Soldaten gleichzeitig in einem hohen Bereitschaftsstand hat, die eine schnelle Unterstützung der Vereinten Nationen ermöglichen und innerhalb von 15 Tagen in Krisenregionen entsendet

werden können. Die EU Battlegroups sollen mindestens 30 bis maximal 120 Tage im Einsatzgebiet bleiben und auch Operationen im obersten Spektrum der Petersberg-Aufgaben durchführen können. Die im Militärischen Headline Goal 2010 angestrebte Entwicklung der militärischen Fähigkeiten wird seit 2004 von der Europäischen Verteidigungsagentur koordiniert.

Im Dezember 2004 wurde des Weiteren ein ziviles Headline Goal für das Jahr 2008 verabschiedet, durch das die zivile Komponente der ESVP gestärkt werden sollte. Dies war ein direkter Bezug auf die Europäische Sicherheitsstrategie, die die Notwendigkeit eines integrierten zivil-militärischen Ansatzes der EU im Krisenmanagement betont. Im Jahr 2007 wurde ein zweites ziviles Headline Goal vereinbart, das parallel zum militärischen Headline Goal bis zum Jahr 2010 erreicht werden soll.

Für die Planung und Durchführung von Krisenmanagement-Operationen verfügt die EU über keine permanenten Strukturen, obwohl die Idee eines permanenten und voll ausgestatteten EU-Hauptquartiers in Brüssel seit Jahren diskutiert wird. Neben der Möglichkeit, auf NATO-Ressourcen zurückzugreifen, kann die EU im Rahmen autonomer Missionen zwischen zwei Strukturen auswählen, die jeweils von Fall zu Fall aktiviert werden müssen – was aufgrund der fehlenden permanenten Ressourcen nicht innerhalb kürzester Zeit zu be-

werkstelligen ist. Zum einen kann die EU auf eines von fünf nationalen Hauptquartieren in EU-Mitgliedsstaaten zurückgreifen. Zum anderen steht seit dem 1. Januar 2007 ein EU-Operationszentrum in der zivil-militärischen Zelle im EU Militärstab zur Aktivierung bereit. Dieses kann im Bedarfsfall auf insgesamt 90 Personen verstärkt werden, ist aber nur für kleinere ESVP-Operationen mit rund 2.000 Soldaten vorgesehen.

Ein Rückblick auf die Entwicklung der ESVP zeigt, dass die bedeutendsten Fortschritte in den letzten fünf Jahren erzielt worden sind. Seit dem Beginn der operativen Phase ist die ESVP entscheidend gereift und hat in den Jahren 2003 bis 2008 in insgesamt 20 ESVP-Missionen⁴ gezeigt, dass sie ambitioniert ist, mehr Verantwortung bei der Bewältigung von Krisen weltweit zu übernehmen. Allerdings wird zugleich deutlich, dass die Ambitionen der EU im militärischen Krisenmanagement oftmals nicht mit den Realitäten vor Ort korrespondieren.⁵ Angesichts eines verstärkten Engagements der EU auf dem afrikanischen Kontinent muss die Frage gestellt werden, was die Union durch die bisherigen Einsätze erreicht hat und ob es ihr gelungen ist, die jeweiligen politischen Zwecke effektiv zu erfüllen.

2. Schwerpunkt Afrika

Nachdem sich die EU bei der Entwicklung der ESVP zunächst auf Krisenmanagement-Szenarien in ihrer direkten Nachbarschaft bezog und sich mit zivilen und militärischen Mitteln auf die Stabilisierung des Balkans konzentrierte, bildete sich der afrikanische Kontinent in den vergangenen fünf Jahren zunehmend als ein weiterer Schwerpunkt des zivilen und militärischen ESVP-Engagements heraus. Während die beiden bisherigen militärischen Operationen auf dem Balkan (CONCORDIA in Mazedonien und ALTHEA in Bosnien-Herzegowina) unter Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO stattfanden, wurden die drei militärischen ESVP-Operationen in Afrika (ARTEMIS sowie EUFOR in der DR Kongo und EUFOR im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik) autonom durchgeführt.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Erfahrungen der ersten autonomen Mission, ARTEMIS, wurden die Grundlagen des militärischen Krisenmanagements der EU überdacht. Zunächst wurde im Jahr 2003 die bereits erwähnte gemeinsame Erklärung der EU und der Vereinten Nationen über die Zusammenarbeit im Krisenmanagement verabschiedet. Auf dieser Grundlage identifizierte der Europäische Rat im Juni 2004 zwei Einsatzszenarien für die Durchführung von

ESVP-Operationen auf Ersuchen der Vereinten Nationen: Zum einen wurde die Variante der Brückenoperation definiert, die einen raschen Einsatz von EU-Kräften vorsieht, um die Vereinten Nationen in die Lage zu versetzen, eine anschließende UNO-Operation vorzubereiten oder eine laufende Mission zu reorganisieren. Als zweite Variante wurde die Möglichkeit vorgesehen, dass sich die EU-Kräfte im Standby befinden und als Reservekräfte mobilisiert oder als Extraction Force zur Unterstützung der VN-Operation eingesetzt werden können.⁶ Für diese beiden Varianten wurde vor dem Hintergrund der Mission ARTEMIS



und in Hinblick auf zukünftige Einsatzszenarien in Afrika das EU Battlegroup Konzept entwickelt, das allerdings bislang noch nicht zum Einsatz gekommen ist.⁷

Dass sich das ESVP-Engagement zunehmend auf den afrikanischen Kontinent konzentriert, wurde auch im Jahr 2008 wieder deutlich: Zwei neue Missionen wurden in Afrika gestartet, eine zivil-militärische Mission zur Reform des Sicherheitssektors

in Guinea-Bissau (EU SSR Guinea-Bissau) und die militärische Operation EUFOR Tchad/RCA. Mit insgesamt acht Operationen fand der Großteil der ESVP-Einsätze demnach in Afrika statt, vier Missionen dauern noch an. Neben den drei militärischen Interventionen und EU SSR Guinea-Bissau werden zwei Polizeimissionen (EUPOL RD Congo, EUPOL Kinshasa), eine weitere Mission zur Reform der Sicherheitssektors (EUSEC RD Congo) und eine Unterstützungsmission der Afrikanischen Union in Sudan (EU Support to AMIS) zu den ESVP-Operationen in Afrika gezählt. Einsatzschwerpunkt ist die Region der Großen Seen / Zentralafrika. In der DR Kongo engagierte sich die EU mit insgesamt 5 zivilen und militärischen Missionen.

Es ist nicht davon auszugehen, dass dieser Trend rückläufig ist und sich die EU in absehbarer Zeit aus dem Krisenmanagement in Afrika zurückziehen wird, auch wenn die EU die Bemühungen der AU hinsichtlich einer Stärkung der Afrikanischen Sicherheitsarchitektur und des Aufbaus afrikanischer Krisenmanagement-Fähigkeiten im Sinne der "African Ownership" unterstützt. In den kommenden Jahren wird sich die Union auf weitere Einsatzszenarien in Afrika einstellen müssen, autonom sowie in Kooperation mit der Afrikanischen Union oder den Vereinten Nationen. Beide Institutionen werden auch in den kommenden Jahren auf die Unterstützung der EU angewiesen sein – die Vereinten

Nationen haben keine permanente militärische Struktur und die Afrikanische Union verfügt noch nicht über ausreichend Kapazitäten und Fähigkeiten. Ein zukünftiges Engagement der NATO im Krisenmanagement in Afrika erscheint aufgrund der Anspannung, ja Überdehnung der Kräfte in Afghanistan und der eher ablehnenden Haltung afrikanischer Regierungen vis-à-vis einer Kooperation mit der NATO als unwahrscheinlich.

Vor diesem Hintergrund ist eine Diskussion des militärischen Krisenmanagement-Engagements der EU in Afrika wichtig, das in ganz besonderem Maße durch Frankreich geprägt wurde: Frankreich hat die ESVP eindeutig nach Afrika geführt. Die bisherigen militärischen Interventionen in Afrika bieten sich für eine vertiefte Betrachtung an, da sie die einzigen ESVP-Einsätze sind, die bislang autonom durchgeführt wurden. ARTEMIS und EUFOR RD Congo wurden abgeschlossen, EUFOR Tchad/RCA wird voraussichtlich bis zum Frühjahr 2009 andauern. Es lassen sich viele Parallelen zwischen den drei Missionen erkennen. Die Probleme, mit denen die EU in allen Fällen konfrontiert war, erfordern eine Diskussion sowie Implementierung der gemachten Erfahrungen.

ARTEMIS 2003

Im Rahmen der Mission Artemis kamen europäische Soldaten im Rahmen einer ESVP-Mission erstmals außerhalb Europas zum Einsatz. Die Entsendung der Truppen ins Einsatzgebiet erforderte eine größere logistische Anstrengung als das vorangegangene militärische EU-Engagement in Mazedonien. Eine weitere Herausforderung war, dass nur fünf EU-Mitgliedsstaaten an ARTEMIS beteiligt waren.

Der Einsatz wurde auf Ersuchen der Vereinten Nationen durchgeführt. Frankreich zeigte sich bereit, der Anfrage der Vereinten Nationen auf der Grundlage eines UN-Mandats nachzukommen und initiierte dafür eine ESVP-Mission. Am 30. Mai 2003 wurde die UN-Resolution 1484 verabschiedet, und sechs Tage später einigte sich der Europäische Rat auf die zur Durchführung der Mission erforderliche Gemeinsame Aktion. Am 12. Juni 2003 wurden der Operationsplan angenommen und die Operation gestartet. Innerhalb weniger Tage waren die insgesamt rund 2.000 Soldaten im Einsatzgebiet. Führungsnation und größter Truppensteller war mit rund 1.200 Soldaten Frankreich. Deutschland beteiligte sich mit 350 Soldaten, die überwiegend logistische Unterstützung leisteten und im benachbarten Uganda (Entebbe) stationiert waren. Darüber hinaus entsendeten Großbritannien, Belgien und Schweden Truppen und stell-

ten Fähigkeiten bereit. Mit Kanada, Brasilien und Südafrika waren auch Drittstaaten in die ESVP-Mission eingebunden. Politischer Zweck des Einsatzes war es, die Sicherheitslage und die humanitäre Situation in der Provinzhauptstadt Bunia in der nordöstlichen Ituri-Region nach dem erneuten Ausbrechen von Unruhen zu verbessern. Konkret bedeutete dies, die Zivilbevölkerung, die UN-Flüchtlingslager und die Mitarbeiter von Hilfsorganisationen zu schützen sowie den Flughafen von Bunia zu sichern. Wie im UN-Mandat festgelegt, wurde die Mission nach weniger als drei Monaten am 1. September 2003 offiziell als beendet erklärt. Die Mission war vom Einsatzgebiet und Zeitraum klar begrenzt und überschaubar. Hintergrund der Anfrage der Vereinten Nationen war, eine temporäre Verstärkung der UN-Friedensmission durch die ESVP-Mission zu gewährleisten, um in der Zwischenzeit eine Aufstockung der Blauhelmission vorzubereiten. Nach dem Rückzug der EU-Soldaten wurden die Stabilisierungsaufgaben wieder von den Vereinten Nationen übernommen.

EUFOR RD Congo 2006

Ende Dezember 2005 baten die Vereinten Nationen die EU erneut, das UN-Engagement in der DR Kongo militärisch zu unterstützen und zu einer Verbesserung der Sicherheitslage während der Wahlen im Sommer 2006 beizutragen. Drei Monate später, am 23. März 2006, einigte sich der Europäische Rat auf die Durchführung der Mission. Am 25. April 2006 wurde mit der UN-Resolution 1671 ein Mandat des UN-Sicherheitsrats erteilt, das einen temporären EU-Einsatz zur Erreichung der folgenden Aufgaben vorsah: die Sicherung des Wahlprozesses in Kooperation mit der Blauhelmission (MONUC), um faire und transparente Wahlen zu gewährleisten. Insbesondere bedeutete dies, die Zivilbevölkerung und die Kandidaten für die Wahl zu schützen, den Flughafen von Kinshasa zu sichern und den Ausbruch von Gewalt zu verhindern. Eine weitere Aufgabe war, die Zivilbevölkerung im Vorfeld der Wahlen über die Rolle der EUFOR-Soldaten zu informieren.



Zwei Tage nach Erteilung des UN-Mandats, am 27. April 2006, wurden die Gemeinsame Aktion der EU und die Entsendung von rund 2.400 Soldaten beschlossen.

Deutschland war die Führungsnation und stellte das Einsatzführungskommando in Potsdam als EU-Operationshauptquartier zur Verfügung. Die größten

Truppensteller waren Frankreich (1.090) und Deutschland (730). Weitere 19 EU-Staaten beteiligten sich an der Mission: Österreich, Belgien, Zypern, die Tschechische Republik, Finnland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Litauen, Luxemburg, die Niederlande, Polen, Portugal, die Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden und Großbritannien. Als Drittstaat nahm die Türkei an der ESVP-Mission teil. Da Frankreich, Deutschland, Spanien und Polen zusammen bereits knapp 2.100 Soldaten stellten, war der Großteil der insgesamt 22 Beiträge rein symbolischer Natur. Rund 700 (überwiegend französische) Soldaten wurden in der Hauptstadt Kinshasa eingesetzt, die übrigen Truppen waren in Libreville/Gabun als „over the horizon“ Reserve stationiert. Am 30. November 2006 wurde die Mission planmäßig beendet.

EUFOR Tchad/RCA 2008-2009

Der dritte militärische Einsatz in Afrika ist als Beitrag zur Lösung des Darfur-Konflikts und der humanitären Situation in der Region gedacht und wurde auf Initiative Frankreichs ab Ende Mai 2007 geplant. Diese franz. Initiative startete erst nach der Regierungsbildung von Präs. Sarkozy mit dem AMin Kouchner, d.h. m.E. nicht vor Ende Mai Anfang Juni. Nachdem die sudanesishe Regierung ein Engagement der EU in Darfur abgelehnt hatte, im Juli 2007 aber alternativ dem Plan einer Hybridmission der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen (UNAMID) zustimmte, intensivierten sich die Bemühungen der EU, parallel zu UNAMID eine Stabilisierungsmission in den westlichen Nachbarländern des Sudan durchzuführen und dadurch einen „Sicherheitskorridor“ in der Region zu schaffen. Es folgten bilaterale Verhandlungen Frankreichs mit der tschadischen und der zentralafrikanischen Regierung über die Entsendung von EU-Soldaten. Am 25. September 2007 erteilte der VN-Sicherheitsrat ein entsprechendes Mandat, das die rechtlichen Grundlagen für einen gleichzeitigen Einsatz der Vereinten Nationen und der EU („multidimensionale Präsenz“) im Osten Tschads und im Nordosten der zentralafrikanischen Republik schafft. Die Resolution sieht vor, dass die EU im Rahmen ihrer Kapazitäten alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen soll, um (1) gefährdete Zivilpersonen – insbesondere die rund 450.000 Flüchtlinge und Binnenvertriebenen – zu schützen, (2) zur Erhöhung der Sicherheit im Einsatzgebiet beizutragen und dadurch die Bereitstellung humanitärer Hilfe zu erleichtern, (3) Personal und Einrichtungen der Vereinten Nationen zu schützen sowie (4) die Bewegungsfreiheit von VN-Personal und humanitären Helfern zu gewährleisten. Das Mandat wurde allerdings durch Vorgaben der tschadischen und zentralafrikanischen Regierung be-

schränkt: Eine direkte Präsenz der EUFOR-Soldaten an der Grenze zum Sudan sowie in den VN-Flüchtlingslagern ist nicht erwünscht. In einer Gemeinsamen Aktion einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU am 15. Oktober 2007 auf die Durchführung der Mission und betonten, dass der Einsatz als Überbrückungsmission zu verstehen sei und ab der Erklärung der vorläufigen Einsatzbereitschaft auf ein Jahr beschränkt werde.

Der Start der Mission wurde Ende Januar 2008 vereinbart, und am 15. März 2008 wurde die vorläufige Einsatzbereitschaft festgestellt; ab diesem Datum läuft die Mission für ein Jahr. Die Entsendung der insgesamt 3.700 vorgesehenen Soldaten gestaltete sich allerdings als langwierig, die volle Einsatzbereitschaft der Mission konnte erst am 15. September 2008 (mit 3.400 Soldaten) erklärt werden. EUFOR Tchad/RCA ist die bislang größte militärische ESVP-Operation, die autonom durchgeführt wird. Frankreich stellt mit 1.558 Soldaten den Großteil der Truppe und den Force Commander vor Ort. Die Operationsführung wurde dem irischen Generalleutnant Patrick Nash übertragen, der die Mission von dem der EU zur Verfügung gestellten französischen Hauptquartier Mont Valérien bei Paris aus führt. Es beteiligen sich insgesamt 18 europäische Staaten an der Mission, neben Frankreich sind dies zunächst Irland (378), Schweden (211), Österreich (151), Belgien (113), Italien (107), Polen (83), Finnland (61), die Niederlande (29), Portugal (12) und Spanien (7). Eine symbolische Beteiligung erfolgt durch Bulgarien, die Tschechische Republik, Griechenland, Rumänien, Slowenien, Luxemburg und Großbritannien. Darüber hinaus ist Albanien als Drittstaat mit 60 Soldaten in die Mission eingebunden.

Am 24. September 2008 bekräftigte der UN-Sicherheitsrat in der Resolution 1834 die Absicht, eine follow-on UN-Friedensmission zu entsenden, die die Aufgaben von EUFOR Tchad/RCA zum 15. März 2009 übernehmen soll.

3. Bewertung und Ausblick

Die drei Missionen weisen viele Gemeinsamkeiten auf. Zunächst handelte es sich in allen drei Fällen um Überbrückungsmissionen, die in Kooperation mit den Vereinten Nationen durchgeführt wurden. Während Artemis und EUFOR RD Congo eine bereits im Einsatzgebiet befindliche UN-Friedensmission unterstützten und von Anfang an klar war, dass diese die Stabilisierungsmaßnahmen nach Ablauf des Mandats der beiden ESVP-Einsätze wieder übernehmen würden, war die Situation für EUFOR Tchad/RCA schwieriger: Zum einen gab es keine UN-Friedensmission vor Ort, und eine kleine UN-Polizeimission (MI-

NURCAT, bestehend aus 300 Polizisten und 50 Verbindungsoffizieren) wurde erst parallel zu EUFOR Tchad/RCA entsandt. Die EU-Soldaten sollten zunächst die Bedingungen schaffen, in denen die MINURCAT-Mission ihre Arbeit aufnehmen konnte. Zum anderen war von Anfang an fraglich, ob die Vereinten Nationen im Anschluss Blauhelmsoldaten entsenden würde, um die Mission im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik fortzuführen. Der UN-Sicherheitsrat hat zwar im September 2008 erneut diese Absicht in einer Resolution bekräftigt. Dennoch ist zweifelhaft, ob die Vereinten Nationen genügend Truppen und Fähigkeiten für eine weitere Friedensmission zusammenstellen können und ob dies angesichts der Schwierigkeiten der UN-AU-Hybridmission in Darfur und der UN-Mission im Kongo überhaupt ein sinnvolles Unterfangen wäre.

Die drei militärischen ESVP-Missionen waren nicht nur zeitlich begrenzt, sondern auch in Bezug auf das Einsatz- und Aufgabengebiet limitiert. Insbesondere die beiden Missionen in der DR Kongo fanden in einem äußerst überschaubaren geographischen Rahmen statt, was zum einen den Erfolg der Missionen gemessen an den Vorgaben des Mandats erklärt, zum anderen aber zu der Frage führt, ob die Wahl des Einsatzgebiets strategisch sinnvoll war. Dies führt uns weiter zu der Frage nach einem strategischen Gesamtkonzept für Sicherheit und Stabilität in der Region der Großen Seen: Die an Ruanda und Uganda angrenzende Nord-Kivu-Region ist seit Jahrzehnten die „Centra gravitatis“ der Unruhen in der DR Kongo, der Schwerpunkt, den Carl von Clausewitz ausführlich im sechsten Buch in „Vom Kriege“ beschreibt. Nach dem Ende des Krieges in Ruanda und dem Genozid flüchtete der Großteil der Hutu Milizen in die Nord-Kivu-Region. Viele der Génocidaires schlossen sich in der „Democratic Front for the Liberation of Rwanda“ zusammen und kontrollieren weite Teil der Region. Nachdem es der kongolesischen Regierung in Kinshasa nicht gelang, die Hutu-Milizen aus der Region zu vertreiben, werden die Rebellen seitdem von der Regierung unterstützt und instrumentalisiert, um die Intervention ruandischer Truppen zu verhindern oder um den Vormarsch des abtrünnigen Generals Nkunda zu stoppen. Nkunda wiederum sieht sich als Befreier der Tutsi-Minderheit im Osten des Kongos und wird mit seinen rund 4.000 Soldaten von der Regierung in Ruanda unterstützt. Ende August 2008 brachen die Kämpfe zwischen Nkundas Armee auf der einen Seite und den Regierungstruppen, den Hutu-Extremisten und den Mai-Mai-Milizen auf der anderen Seite aus und eskalierten im Oktober 2008.⁸

Bei einer Betrachtung der komplexen Konfliktodynamik wird deutlich, dass die militärische Konfrontation in Nord-Kivu die „Fortführung der Politik mit an-

deren Mitteln“ ist und dass der militärische Konflikt daher auf der politischen Ebene gelöst werden muss. Wichtig ist, dass eine nachhaltige Einigung zwischen den Präsidenten der Nachbarstaaten DR Kongo und Ruanda, Joseph Kabila und Paul Kagame, erzielt wird. Diese politische Einigung sollte eine Lösung vorgeben, wie beide Staaten mit den Rebellengruppen umgehen und wie den Gruppen auch politische Partizipationsmöglichkeiten eingeräumt werden können. Eine politische Lösung kann aber nur schwer erzielt werden, wenn die Konfliktparteien nicht zunächst mit militärischen Mitteln getrennt werden, wenn die humanitäre Situation katastrophale Ausmaße annimmt und die Krisenmanager im Land ausschließlich mit dem Selbstschutz beschäftigt sind: Mehr als 250.000 Menschen sind in der Region auf der Flucht, Rebellen verüben Massaker als ethnisch motivierte Racheakte an der Zivilbevölkerung, die Bevölkerung kann durch die UN-Friedenstruppe nicht geschützt werden, Forderungen nach einem sofortigen Waffenstillstand und ein Krisengipfel in Nairobi bleiben ohne Wirkung, die Friedensbemühungen Frankreichs und Großbritanniens fruchten ebenfalls nicht und die Kämpfe im Ostkongo flammen immer wieder neu auf. In dieser Situation muss sich die EU die Frage stellen, warum die bisherigen Krisenmanagement-Einsätze keinen langfristigen Effekt hatten. Sowohl ARTEMIS als auch EUFOR RD Congo haben die Sicherheitslage zwar zum Besseren verändert, aber nur während des zeitlich sehr begrenzten EU-Einsatzes vor Ort. Die Operationen waren daher kurzfristig effektiv: Die im Mandat definierten politischen Zwecke wurden durch die Anwendung militärischer Mittel erreicht. Die EU erlangte die Kontrolle über die Einsatzgebiete und erreichte durch die Präsenz eine Verbesserung der Sicherheitslage. So war während der Durchführung der Operation ARTEMIS beispielsweise eine Rückkehr von Binnenflüchtlingen im Einsatzgebiet zu verzeichnen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Erfolg geographisch sehr begrenzt war, sich die Sicherheitslage außerhalb der Provinzhauptstadt Bunia während des EU-Einsatzes durchaus verschlechterte und dass sich nach der Beendigung des Einsatzes und der Übergabe an die UN-Mission die Situation wieder negativ entwickelte.⁹ Im Rahmen eines geographisch und zeitlich begrenzten Einsatzes, der zudem nur begrenzte Zielvorgaben setzt, sind auch nur begrenzte Ergebnisse zu erwarten. Folglich lässt sich festhalten: Das Militär hat in diesen Fällen die politischen Ziele erfolgreich umgesetzt, die politischen Zielvorgaben waren aber ungeeignet, einen Beitrag zu einer langfristigen Verbesserung der Sicherheitslage zu leisten.

Clausewitz betont die Notwendigkeit eines adäquaten militärischen Zieles, auf das sich alle Anstrengungen konzentrieren müssen, „um für den politischen Zweck das rechte Mittel zu sein“ (Buch 1, Kapitel 2, S. 214)¹⁰. An gleicher

Stelle hebt er auch hervor, dass dieses Ziel ebenso flexibel gehandhabt werden müsse, wie es der politische Zweck sei. Clausewitz spricht auch die „nachhaltige Wirkung in der Strategie“ (Buch 3, Kapitel 12, S. 396) an. Diese Aspekte sind wichtig, um die Effektivität des militärischen Krisenmanagements im Rahmen einer langfristigen Strategie zu untersuchen.

Die erneute Eskalation der Gewalt in der DR Kongo in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 hat sich bereits langfristig abgezeichnet und hätte verhindert werden können, wenn ein Einsatz zur Stabilisierung der Nord-Kivu-Region durchgeführt worden wäre. Die folgenden Gedanken von Clausewitz lassen sich auf einen solchen Einsatz übertragen. Zunächst betont Clausewitz die Bedeutung des strategischen Urteils: „Die Centra gravitatis in der feindlichen Kriegsmacht zu unterscheiden, ihre Wirkungskreise zu erkennen, ist also ein Haupttakt des strategischen Urteils.“ (Buch 6, Kapitel 27, S. 810). Auch wenn Clausewitz an dieser Stelle nur von einer Kriegsmacht spricht, lässt sich diese Aussage ebenso auf mehrere Milizen übertragen, die den Friedensprozess und die Stabilisierung eines Landes gefährden. Des Weiteren führt Clausewitz aus:

Es zeigte sich auch, dass viele EU-Mitgliedsstaaten eher einen symbolischen Beitrag zu einem europäischen Projekt in Kooperation mit den Vereinten Nationen leisten wollten und weniger daran interessiert waren, ob die EU durch die Krisenmanagement-Operation die Sicherheitslage in den entsprechenden Regionen nachhaltig verbessert.

„Also gegen den Teil, wo die meisten feindlichen Streitkräfte beisammen sind, wird derjenige Stoß geschehen können, dessen glückliche Wirkungen am weitesten reichen; und wir werden dieses Erfolges am meisten gewiss sein, je größer die Masse der eigenen Streitkräfte ist, die wir zu diesem Stoß verwenden.“ Dies ist nicht nur auf eine aktive „Entwaffnung oder Niederwerfung des Feindes“ (Buch 1, Kapitel 1, S. 194) anzuwenden, sondern in Clausewitz' Sinne auch auf die Androhung von Gewalt beziehungsweise die Abschreckung durch eine militärische Präsenz („The show of force avoids the use of force“).

Der Gedanke der Abschreckung durch eine starke militärische Präsenz war in den drei militärischen Missionen in Afrika von zentraler Bedeutung, dennoch war in allen Fällen ein Mangel an Personal und ein Mangel an militärischer Ausrüstung festzustellen – und dies, obwohl es sich um Einsätze handelte, die zeitlich sowie vom Einsatz- und Aufgabenspektrum begrenzt waren. Diese Tatsache gestaltet eine effektive Abschreckung als schwierig. Insbesondere bei der Vorbereitung von EUFOR Tchad/RCA zeigte sich in verschiedenen Truppenstellerkonferenzen, dass die vereinbarten Ziele und die Bereitschaft der Staaten, auch die Mittel bereitzustellen, auseinanderklafften. Es dauerte lange, bis genügend

Zusagen für die notwendigen strategischen und taktischen Lufttransportkapazitäten vorlagen, und die ursprünglich angestrebte Gesamttruppenstärke konnte nicht erreicht werden. Es zeigte sich auch, dass viele EU-Mitgliedsstaaten eher einen symbolischen Beitrag zu einem europäischen Projekt in Kooperation mit den Vereinten Nationen leisten wollten und weniger daran interessiert waren, ob die EU durch die Krisenmanagement-Operation die Sicherheitslage in den entsprechenden Regionen nachhaltig verbessert. Selbstverständlich ist es nicht einfach, in einer heterogenen Union aus 27 Mitgliedsstaaten einen gemeinsamen Anspruchsrahmen für Krisenmanagementensätze fest zu vereinbaren. Die ESVP ist ein intergovernamentales Instrument, das auf dem Prinzip der Freiwilligkeit eines jeden EU-Mitgliedsstaates beruht. Jedes Land wägt auf der Grundlage des nationalen Interesses und des Rückhaltes in der Bevölkerung ab, ob und in welcher Form es sich bei ESVP-Einsätzen beteiligen möchte. Gewisse Parallelen lassen sich auch in Clausewitz' Einschätzung der europäischen Politik seiner Zeit finden, die noch verstärkt werden, wenn man in Gedanken einzelne Wörter an die heutigen politischen Strukturen in Europa anpasst und den Begriff des militärischen Krisenmanagements eingefügt.

Clausewitz bemerkte:

„Niemals wird man sehen, dass ein Staat, der in der Sache eines anderen auftritt, diese so ernsthaft nimmt wie seine eigene. Eine mäßige Hilfsarmee wird vorgesandt; ist sie nicht glücklich, so sieht man die Sache ziemlich als abgemacht an und sucht so wohlfeil als möglich heraus zukommen. Es ist in der europäischen Politik eine hergebrachte Sache, dass die Staaten sich in Schutz- und Trutzbündnissen zu gegenseitigem Beistand verpflichten, aber nicht so, als wenn die Feindschaft und das Interesse des einen dadurch eben das für den anderen werden sollte, sondern indem sie sich einander ohne Rücksicht auf den Gegenstand des Krieges und die Anstrengungen des Gegners im voraus eine bestimmte, gewöhnlich sehr mäßige Kriegsmacht zusagen.“
(Buch 8, Kapitel 6, S. 987)

„Die Sache würde eine Art von innerem Zusammenhang haben und (...) weniger in Verlegenheit dabei kommen, wenn die zugesagte Hilfe von 10, 20, oder 30 000 Mann dem im Kriege begriffenen Staate völlig überlassen würde, so dass er sie nach seinem Bedürfnis brauchen könnte. (...) Allein davon ist der Gebrauch weit entfernt. Gewöhnlich haben die Hilfstruppen ihren eigenen Feldherrn, der nur von seinem Hofe abhängt,

und dem dieser ein Ziel steckt, wie es sich mit der Halbheit seiner Absichten am besten verträgt.“ (Buch 8, Kapitel 6, S. 987 f)

Die EU ist bei der Durchführung von Krisenmanagement-Operationen im 21. Jahrhundert mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert: Die EU ist ein äußerst heterogenes Gebilde, das im Bereich der ESVP über keine supranationalen Entscheidungskompetenzen verfügt und auf der Basis nationaler Interessen und Einschränkungen einen EU-Konsens finden muss, der von den Mitgliedstaaten implementiert wird. Die Hindernisse, die auf dem Weg der weiteren Entwicklung der ESVP liegen, sind nicht einfach zu überwinden, müssen aber gemeinsam und zugleich unter Berücksichtigung der verschiedenen nationalen strategischen Kulturen angegangen werden. Nur so kann sich die EU zu einem glaubwürdigen strategischen Akteur etablieren und einen entscheidenden Beitrag im internationalen Krisenmanagement leisten.

Die EU ist ein äußerst heterogenes Gebilde, das im Bereich der ESVP über keine supranationalen Entscheidungskompetenzen verfügt und auf der Basis nationaler Interessen und Einschränkungen einen EU-Konsens finden muss, der von den Mitgliedstaaten implementiert wird.

Zur Autorin: Eva Strickmann, geb. 1980, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Öffentliches Recht am "Institut d' Etudes Politiques" in Lille und an den Universitäten Münster und Potsdam. Nach ihrem Studium arbeitete sie für die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, das International Institute for Strategic Studies und das Österreichische Institut für Europäische Sicherheitspolitik. Seit 2008 ist Eva Strickmann Doktorandin am Department of War Studies, King's College London. Frau Strickmann ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 Die Autorin dankt Dr. Bastian Giegerich, Research Fellow for European Security am International Institute for Strategic Studies, für eine Durchsicht des Manuskripts und hilfreiche Kommentare.
- 2 Die Berlin-Plus-Zusagen wurden seitens der NATO erstmals bei einem Treffen des Nordatlantikrats 1996 in Berlin diskutiert und beim NATO-Gipfel in Washington vereinbart. In Washington wurde auch betont, die neu gegründete ESVP zu unterstützen: "We welcome the further impetus that has been given to the strengthening of European defence capabilities to enable the European Allies to act more effectively together, thus reinforcing the transatlantic partnership." The Washington Declaration, NATO Press Release NAC-S(99)63, 23. April 1999.
- 3 Joint Declaration on UN-EU Cooperation in Crisis Management, September 2003,

http://www.europa-eu-un.org/articles/en/article_2768_en.htm.

- 4 Hierzu werden hier nicht die Grenzkontrollmissionen in Georgien (EUSR BST Georgia), der Ukraine/Moldawien (EU BAM Ukraine-Moldova) und auf dem westlichen Balkan (EU MM Western Balkans) sowie die Planungsmission im Kosovo (EUPT Kosovo) gezählt.
- 5 Zur Vertiefung siehe: Bastian Giegerich, *European Military Crisis Management: Connecting Ambition and Reality*, Adelphi Paper 397, IISS, Routledge, 2008.
- 6 Beschlüsse des Europäischen Rats, Brüssel, Juni 2004, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/04/2&format=HTML&aged=1&language=EN&guiLanguage=en>.
- 7 Dieser Aspekt kann aufgrund des begrenzten Rahmens in diesem Beitrag nicht diskutiert werden. Zur Vertiefung siehe: Richard Gowan, *The Battlegroups: A Concept in Search of a Strategy?* In: Sven Biscop (Hrsg.), *E Pluribus Unum? Military Integration in the European Union*, Egmont Paper No. 7, Egmont Institute, Academia Press, 2005, S. 13-20; and: Gustav Lindstrom, *Enter the EU Battlegroups*, Chaillot Paper No. 97, EU-ISS, 2008.
- 8 Die Entwicklungen bis Anfang November sind berücksichtigt.
- 9 Siehe: Bastian Giegerich, *European Military Crisis Management*, op. cit., S. 30.
- 10 Alle Clausewitz-Zitate sind aus: Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, hrsg. v. Werner Hahlweg, 19. Auflage, Dümmler, 1991

Betrachtungen über Carl von Clausewitz und sein Werk

Die Unlogik des Gelingens im Sinne von Clausewitz

Namil Al-Sabah

Fragestellung

Entscheidungsträger haben es oft mit so genannten dynamischen komplexen Situationen zu tun. Sei es beim Umgang mit einer globalen Finanzkrise, bei der Reform des Gesundheitswesens oder bei der Führung eines Krieges. Dynamische komplexe Situationen sind durch das Vorhandensein vieler Variablen gekennzeichnet. Diese Variablen sind miteinander vernetzt. Schraubt man also an einer Stelle, so beeinflusst man dadurch auch andere Stellen, die mit dieser verbunden sind. Solche Situationen besitzen eine Eigendynamik: Sie entwickeln sich weiter, während die Entscheidungsträger sich Gedanken über ihre nächsten Schritte machen. Man muss ferner mit Gefahren, Ressourcenknappheit, fehlenden und ungewissen Informationen zurechtkommen.

Nun könnte man vermuten, dass, je „intelligenter“ ein Entscheidungsträger ist, er desto besser in der Lage wäre, die Komplexität in den Griff zu bekommen. Akzeptiert man aber die etablierten Intelligenz-Tests als eine wissenschaftliche Methode, die Intelligenz eines Menschen zu messen, so wird man vielleicht in seiner Vermutung enttäuscht. Denn verschiedene experimentelle psychologische Studien legen den Schluss nahe, dass die Korrelation zwischen der Leistung eines Menschen bei der Bewältigung dynamischer komplexer Situationen und seinem IQ sehr gering ist (Putz-Osterloh & Lüer 1981; Kluwe et al 1991; Süß 1999; Leutner 2002). Wie kann man dieses Phänomen erklären? Was sind die Voraussetzungen für den erfolgreichen Umgang mit dynamischen komplexen Situationen?

Wenn nicht die Intelligenz, die in IQ-Tests gemessen wird, welche Charakteristika muss ein Entscheidungsträger sonst mitbringen, um dynamische komplexe Situationen bewältigen zu können? Das Ziel dieses Papiers ist es, Antworten auf diese Fragen im Sinne von Clausewitz zu geben. Wir werden zur Illustration unserer Gedanken meistens auf Beispiele aus dem militärischen Bereich zurückgreifen, doch die vermittelten Einsichten gelten unseres Erachtens, auch für dynamische komplexe Situationen im Allgemeinen.

1 Einleitung

Man betrachte die zwei folgenden Aufgaben:

1. Gegeben sind 9 Punkte, die in einer 3 x 3-Matrix angeordnet sind. Man bilde einen Linienzug aus 4 geraden Linien, der durch alle Punkte geht!
2. Man befinde sich in einem langwierigen und äußerst gefährlichen Krieg, der bis dato unzähligen Menschen das Leben kostete. Aus welchen Gründen auch immer entscheidet sich eine der Kriegsparteien ein anderes Land anzugreifen, mit dem sie bis dato einen Nichtangriffspakt abgeschlossen hatte. Für diesen Angriff steht eine große Armee bereit, die 142 Divisionen umfasst. Das anzugreifende Land ist von beträchtlicher Größe. Der Angriff beginnt tatsächlich. Die ersten Monate des Angriffs verlaufen sehr erfolgreich. Doch die Hartnäckigkeit des Widerstandes nimmt nicht ab, obwohl die Armee des Verteidigers bis dato nur schwere Niederlagen erlitten hat. Die am weitesten vorgedrungenen Truppenteile des Angreifers stehen nun nur noch etwa 100 Kilometer vor der Hauptstadt ihres Gegners. Dem Angreifer stehen zwei Möglichkeiten zur Wahl: Die erste wäre, sowohl von Süden als auch von Norden her weiter vorzudringen, um eine Einkesselung zu erreichen. Gelänge dies, so könnte er nicht nur mit einem erfolgreichen Ende des neuen Feldzugs, sondern vielleicht mit dem endgültigen Sieg im ganzen Krieg rechnen. Die zweite Möglichkeit wäre, den eigenen Truppen eine Erholungspause zu gönnen und Verstärkung für den bevorstehenden Angriff aufzutreiben. Man versetze sich in die Lage des Entscheidungsträgers und treffe jene Entscheidung, von der Sieg oder Niederlage abhängt!

Die erste Aufgabe ist von einem Intelligenztest inspiriert; die zweite ist eine sehr vereinfachte Darstellung von Hitlers Russlandfeldzug von 1941.¹ Beim Überfliegen der beiden Aufgaben kann man sich nicht gegen das Gefühl wehren, dass sie – ihrer Natur nach – sehr verschieden sind. Man kann zwar nicht bestreiten, dass sie beide intellektuelle Fähigkeiten in Anspruch nehmen – wie die Fähigkeit, Sprache und Symbole zu verarbeiten, Schlussfolgerungen unter Berücksichtigung des vorliegenden Wissens zu ziehen, sowie Kreativität und Vorstellungsvermögen einzusetzen. Über diesen gemeinsamen Nenner hinaus gibt es eine Menge von Faktoren, welche bei der ersten Aufgabe ausgeklammert werden,

und bei der zweiten den Entscheidungsfindungsprozess sehr stark beeinflussen. Dabei denken wir an Begriffe wie Angst, Wagemut, Starrsinn, Willenskraft, Hass, Liebe, etc. Warum ist es aber so? Warum spielen Emotionen eine entscheidende Rolle beim Umgang mit dynamischen komplexen Situationen? Eine erste Antwort leitet sich aus den Eigentümlichkeiten dynamischer komplexer Situationen ab.

2 Das Wesen dynamischer komplexer Situationen

2.1 Erste Eigentümlichkeit: Viele, vernetzte Variablen

„Es steht aber im Kriege, wie überhaupt in der Welt, alles im Zusammenhange, was einem Ganzen angehört“ (Clausewitz 2003, S. 132).

Der erste Unterschied zwischen Intelligenztest-Aufgaben und dynamischen komplexen Situationen liegt in der Anzahl der Variablen. Während wir es in der ersten Aufgabe nur mit neun Punkten und vier Linien zu tun haben, sehen wir uns in der zweiten vor einer großen Anzahl von Variablenkategorien: Divisionen, Transportmittel, Lebensmittel, Munition, Energie, Bahnhöfe, Topographie, Klima, etc. Diese Kategorien lassen sich wiederum in Unterkategorien einteilen. Divisionen setzen sich sowohl aus kleineren (z.B. Brigaden) als auch aus verschiedenen Einheiten (z.B. Artillerie oder Infanterie) zusammen. Als Transportmittel kommen nicht nur LKW und Eisenbahn in Frage, sondern auch Bauernwagen und Flugzeuge. Die Entscheidungsträger verfügen aber weder über ausreichende zeitliche noch kognitive Kapazitäten, alle Variablen in Betracht zu ziehen. Deshalb müssen sie die zentralen Variablen in einer gegebenen Situation herausfinden.

Das Vorhandensein vieler Einzelvariablen an sich bedeutet nicht zwangsläufig einen hohen Komplexitätsgrad. Was die Komplexität zum Teil ausmacht, ist die Vernetztheit dieser Variablen. Erfährt also eine Variable eine Änderung, so beeinflusst dies auch andere Variablen, die mit dieser vernetzt sind. Ohne Energie kann Munition nicht transportiert werden. Eine Knappheit der Munition bringt die Artillerie zum Verstummen. Kampfuntfähige Soldaten fallen dem Feind in die Hände. Eine mit der Zeit sinkende Anzahl an Soldaten wirkt sich auf die Strategie der Führung aus – oder sie sollte es tun. Es gilt also grundsätzlich: Je mehr Variablen in Wechselwirkung miteinander stehen, desto höher ist der Komplexitätsgrad.

Das Prinzip der Vernetztheit gilt auch für Maßnahmen, welche die Entscheidungsträger treffen. Eine Maßnahme hat oft nicht nur direkte Wirkungen. Sie hat auch Neben- und Fernwirkungen.

Erste Schlussfolgerung: Die Fähigkeit, vernetzt zu denken, wird in dynamischen komplexen Situationen viel stärker in Anspruch genommen als dies bei IQ-Tests der Fall ist.

2.2 Zweite Eigentümlichkeit: Nicht-lineare Dynamik

„[D]er Krieg [ist] keine Tätigkeit des Willens [...], die sich gegen einen toten Stoff äußert wie die mechanischen Künste, oder gegen einen lebendigen, aber doch leidenden, sich hingebenden Gegenstand, wie der menschliche Geist und das menschliche Gefühl bei den idealen Künsten, sondern gegen einen lebendigen, reagierenden“ (ibid. S. 122).

Intelligenztest-Aufgaben sind statisch. Die Linien und die 9-Punkte in unserem Eingangsbeispiel haben kein selbständiges Verhalten. Sie verändern weder ihre zugewiesenen Positionen noch vermehren sie sich. In unserer zweiten Aufgabe sieht es anders aus: Die Situation ist dynamisch – sie entwickelt sich weiter. Soldaten töten und werden getötet; neue kommen manchmal dazu. Städte werden erobert. Die Kampfmoral geht rauf und runter. All das passiert, während die Befehlshaber sich überlegen, was sie als nächstes machen wollen.

Die Dynamik unserer dynamischen komplexen Situationen ist nicht-linear. Das bedeutet, dass die Wirkung sich nicht-proportional zur Ursache verhält. Die Nicht-Proportionalität hat in unserem Kontext zwei Dimensionen. Die erste Dimension betrifft das Wechselspiel von Aktion und Reaktion. Das dritte Newtonsche Gesetz besagt, dass jede Aktion eine gleichgroße (proportionale), aber entgegengerichtete Reaktion auslöst.

In einer nicht-linearen Situation ist das nicht unbedingt der Fall. Nehmen wir als Beispiel den Einsatz von Gewalt im Krieg. Clausewitz macht darauf aufmerksam, dass das Wechselspiel von Aktion und Reaktion im Krieg zu Eskalationsspiralen bei der Gewaltanwendung führen kann: Je mehr Gewalt der eine einsetzt, desto mehr wird der andere es auch tun. Jede Kriegspartei würde in diesem Fall versuchen, den Gegner bei der Gewaltanwendung zu übertreffen. Eine solche Eskalationsspirale könnte, so Clausewitz, aus einer gegenseitigen Furcht entstehen: „Solange ich den Gegner nicht niedergeworfen habe, muß ich

fürchten, daß er mich niederwirft“ (ibid. S. 28 ff.). Ob es tatsächlich zu solchen Eskalationsspiralen kommt, hängt von den gegebenen, vernetzten, Verhältnissen (politischen Motiven des Krieges, verfügbaren Ressourcen, Charakter der Kriegsparteien, etc.) ab.

Die Nicht-Proportionalität drückt sich natürlich nicht nur in Form von Gewaltspiralen, sondern allgemein in Aktion-Reaktion-Schemata aus. Die allgemeine Einsicht, die Entscheidungsträger aus der Nicht-Proportionalität gewinnen können, ist: Groß angelegte Maßnahmen führen manchmal zu kleinen Resultaten; hingegen erzielen klein angelegte Maßnahmen manchmal große Ergebnisse.

Die zweite Dimension der Nicht-Proportionalität betrifft die Auswirkung von Zufällen und Friktionen. Der physikalische Begriff Friktion stammt ursprünglich aus der Mechanik und bedeutet Reibung. Clausewitz hat diesen Begriff übernommen und auf seine Kriegstheorie übertragen (ibid. S. 86 ff.). In diesem Zusammenhang ist eine Friktion ein Zwischenfall, der unerwartet eintritt und eine strategische Operation verzögert, behindert oder zunichte macht. Clausewitz führt einige Beispiele für Friktionen an, die im Krieg eintreten:

Hier verhindert der Nebel, daß der Feind zu gehöriger Zeit entdeckt wird, daß ein Geschütz zur rechten Zeit schießt, daß eine Meldung den kommandierenden Offizier findet; dort der Regen, daß ein Bataillon ankommt, daß ein anderes zur rechten Zeit kommt, weil es statt drei vielleicht acht Stunden marschieren mußte, daß die Kavallerie wirksam einhauen kann, weil sie im tiefen Boden steckenbleibt usw. (ibid. S. 87).

Wie Edward Luttwak feststellt, ist Friktion „das Medium, in dem sich jede strategische Handlung abspielt [...] Nichts im Krieg ist verbreiteter als ungeplante Verzögerungen, die entscheidende Stunden, Tage oder sogar Wochen dauern [...] Sie erklärt viele Niederlagen der Kriegsgeschichte“ (Luttwak 2003, S. 25). Friktionen, wie technische Ausfälle und Kommunikationsstörungen, sind natürlich nicht nur dem Krieg vorbehalten, sondern treten in dynamischen komplexen Situationen im Allgemeinen ein.²

Zweite Schlussfolgerung: Für die Bewältigung dynamischer komplexer Situationen muss man Entwicklungstendenzen erfassen, statt mit statischen Momentaufnahmen zu operieren.

2.3 Dritte Eigentümlichkeit: Ressourcenknappheit

„Nachdem aber die talentvolle Anwendung einer weisen Ökonomie der Kräfte den gegen [Friedrich den Großen] verbündeten Mächten sieben Jahre lang gezeigt hatte, daß der Kraftaufwand viel größer werde, als sie sich anfangs vorgestellt hatten, beschlossen sie den Frieden“ (Clausewitz 2003, S. 53).

In Intelligenztests ist die einzige knappe Ressource die Bearbeitungszeit. Daraus resultieren Zeitdruck und Stress. In dynamischen komplexen Situationen erstreckt sich das Spektrum knapper Ressourcen von der zur Verfügung stehenden Zeit über die finanziellen Mittel bis zu den Menschen, die dem Entscheidungsträger unterstehen.

Dritte Schlussfolgerung: Der Umgang mit dynamischen komplexen Situationen erfordert die Fähigkeit, knappe Ressourcen zu managen.

2.4 Vierte Eigentümlichkeit: Gefahren

„Der herzerreißende Anblick von Gefahren und Leiden läßt das Gefühl leicht ein Übergewicht über die Verstandesüberzeugung gewinnen, und in dem Dämmerlicht aller Erscheinungen ist eine tiefe, klare Einsicht so schwer, daß der Wechsel derselben begreiflicher und verzeihlicher wird“ (ibid. S. 73).

In dynamischen komplexen Situationen befindet man sich ständig in Gefahren verschiedenster Art. Das Spektrum erstreckt sich von der Gefahr, dem Ansehen zu schaden, die berufliche Position nicht behaupten zu können, bis hin zum Verlieren des Lebens.

Bei der Bearbeitung von Intelligenztest-Aufgaben gibt es zwar die Gefahr, dass man schlecht abschneidet. Die Folge davon könnte z.B. sein, dass man die Arbeitsstelle nicht bekommt, für welche man sich beworben hat – falls die Eignung der Bewerber anhand von Intelligenztests festgestellt wird. Diese Gefahr bezieht sich aber auf das Gesamtergebnis und nicht auf jeden Zug. Verbindet man also in unserer Beispielaufgabe drei Punkte mit einer Linie und stellt dann fest, dass dieser Linienzug nicht zielführend ist, so kann man ihn immer noch korrigieren. Würde man diese Aufgabe nicht lösen können, hätte man immer noch die Chance, gut abzuschneiden, wenn man die anderen Aufgaben besser bearbeitet

hat. In dynamischen komplexen Situationen sind viele Einzelentscheidungen und Einzelhandlungen mit Gefahren verbunden. Fehler lassen sich nicht immer korrigieren. Das Einsehen von Gefahren führt manchmal zu Unentschlossenheit auf Seiten der Entscheidungsträger.

Vierte Schlussfolgerung: Die Bewältigung dynamischer komplexer Situationen erfordert die Fähigkeit, mit Gefahren und Risiken bewusst umzugehen, indem man sie weder herunterspielt noch übertreibt – und dadurch seine Entscheidungsfähigkeit einbüßt.

2.5 Fünfte Eigentümlichkeit: Nebel der Ungewissheit

„Endlich ist die große Ungewißheit aller Datis im Kriege eine eigentümliche Schwierigkeit, weil alles Handeln gewissermaßen in einem bloßen Dämmerlicht verrichtet wird, was noch dazu nicht selten wie eine Nebel- oder Mondscheinbeleuchtung den Dingen einen übertriebenen Umfang, ein groteskes Ansehen gibt“ (ibid. S. 109).

In Intelligenztests hat der Testbearbeiter Zugang zu allen verfügbaren Informationen. In unserer 4-Linienzug-Aufgabe gibt es z.B. keinen zehnten unsichtbaren Punkt, der überraschend auftaucht – und dadurch dem Testbearbeiter einen Strich durch die Rechnung macht. In dynamischen komplexen Situationen ist es anders.

Denken wir an unser Beispiel aus dem Russlandfeldzug, so ist die erste Unbekannte, die uns in den Sinn kommt, die Stärke des Feindes. Die vordringenden deutschen Truppen sahen sich immer neuen Wellen von Soldaten der Roten Armee gegenüber. Wenn man jetzt vor der Entscheidung steht, eine Erholungspause in Kauf zu nehmen und auf Verstärkung zu warten oder weiterzumachen, so ist die Stärke des Gegners eine der wichtigsten Informationen, die die Entscheidungsträger benötigen. Wie viele Niederlagen kann er noch verkraften? Wie viele Reservetruppen hat er überhaupt? Clausewitz stellt zutreffend fest, dass „drei Viertel derjenigen Dinge, worauf das Handeln im Kriege gebaut wird, im Nebel einer mehr oder weniger großen Ungewissheit“ liegen (ibid. S. 64).

In eben diesem Nebel der Ungewissheit liegt auch die moralische Lage des Gegners. Wie schon bemerkt, waren die ersten Monate des deutschen Angriffs durchaus erfolgreich. Die Rote Armee hat bis dato tapfer gekämpft. Wie lange wird aber die Kampfmoral der Soldaten diese dauernden Niederlagen aushalten?

Die Wichtigkeit des moralischen Faktors darf man nicht unterschätzen, denn die Widerstandskraft des Gegners drückt sich, nach Clausewitz, durch „ein Produkt aus, dessen Faktoren sich nicht trennen lassen, nämlich: die Größe der vorhandenen Mittel und die Stärke der Willenskraft“ (ibid. S. 30).

Fünfte Schlussfolgerung: Der Umgang mit dynamischen komplexen Situationen erfordert, dass man seine Entscheidungsfähigkeit trotz der vielen Ungewissheiten nicht verliert.

2.6 Fazit: Jede neue Situation ist einzigartig

Wenden wir nun die fünf Eigentümlichkeiten dynamischer komplexer Situationen auf das Phänomen Krieg an. Dieses Phänomen ist aus vielen Variablen zusammengesetzt, die miteinander vernetzt sind. Darin treten nicht-lineare Interaktionen und unvorhersehbare Friktionen auf. Die Ressourcen, die den kriegführenden Parteien zur Verfügung stehen, sind knapp. Gefahren lauern überall. Entscheidungsträger müssen trotz vieler Ungewissheiten entscheidungsfähig bleiben. Das alles gilt im Allgemeinen. Konkrete Kriege unterscheiden sich in Bezug auf diese fünf Eigentümlichkeiten stark voneinander.

Denken wir an Hitlers Russlandfeldzug und vergleichen wir ihn mit seinem Krieg gegen Frankreich. Die vernetzten Variablen waren in jedem Krieg anders. Die Rote Armee war anders organisiert als die französische Armee. Die französische Topographie ist anders als die russische. Das Wetter ist anders. Die Versorgungswege sind anders. Die Interaktion mit der Roten Armee hat sich anders gestaltet als mit der französischen Armee. Es sind in jedem Krieg andere Friktionen eingetreten. Anders in jedem Krieg waren auch die Menge und die Art der verfügbaren Ressourcen, die Gefahren und die Ungewissheiten. Deshalb stellt Clausewitz fest:

[J]eder Krieg ist reich an individuellen Erscheinungen, mithin ist jeder ein unbefahrenes Meer voll Klippen, die der Geist des Feldherrn ahnen kann, die aber sein Auge nie gesehen hat, und die er nun in dunkler Nacht umschiffen soll (ibid. S. 88).

Die Individualität jedes Krieges macht es unratsam, auf altbewährte Strategien zurückzugreifen, wenn man es mit einem neuen Krieg zu tun hat. Ein solches Vorgehen, bei dem man immer Methoden anwendet, die sich in der Vergangenheit bewährt haben, bezeichnet Clausewitz als Methodismus (ibid. S. 123 ff.).³

Bei einzelnen strategischen Operationen macht es in bestimmten Fällen durchaus Sinn, bewährte Methoden einzusetzen. Doch die ganze Strategie sollte nicht nach dem Prinzip des Methodismus entwickelt werden. Denn, wie Clausewitz hervorhebt:

Der Krieg in seinen höchsten Bestimmungen besteht nicht aus einer unendlichen Menge kleiner Ereignisse, die in ihren Verschiedenheiten sich übertragen, und die also durch eine bessere oder schlechtere Methode besser oder schlechter beherrscht würden, sondern aus einzelnen großen, entscheidenden, die individuell behandelt sein wollen. Er ist nicht ein Feld voll Halme, die man ohne Rücksicht auf die Gestalt der einzelnen mit einer besseren oder schlechteren Sense besser oder schlechter mäht, sondern es sind große Bäume, an welche die Axt mit Überlegung, nach Beschaffenheit und Richtung eines jedes einzelnen Stammes angelegt sein will (ibid. S. 126).

Die Grundidee zur erfolgreichen Bewältigung dynamischer komplexer Situationen können wir nun schon erahnen: Zuerst muss man sich ein Bild von der vorliegenden dynamischen komplexen Situation machen, indem man herausfindet, wie die bereits behandelten, abstrakten, Eigentümlichkeiten dynamischer komplexer Situationen sich konkret in der vorliegenden Situation manifestieren. Dann kann man sich für eine Vorgehensweise entscheiden. Diese muss man aber während der Interaktion in der dynamischen Umwelt den sich ändernden Verhältnissen anpassen. Das alles wird im nächsten Abschnitt genauer betrachtet.

3 Das Wesen der Strategie

3.1 Erste Überlegungen

Bis jetzt können wir soviel festhalten: In dynamischen komplexen Situationen gibt es keine Einheitslösungen, die überall angewendet werden können. Da jede neue dynamische komplexe Situation einzigartig ist, braucht man für jede eine eigene, auf die besonderen Gegebenheiten zugeschnittene Strategie. Was ist aber die Aufgabe einer Strategie? Nehmen wir als Beispiel die militärische Strategie. Nach Clausewitz bestimmt diese „den Punkt, auf welchem, die Zeit, in welcher, und die Streitkräfte, mit welchen gefochten werden soll“ (ibid. S. 178). Verallgemeinert man diese Feststellung, so kann man sagen, dass die Strategie die Richtung des Handelns bestimmt. Sie bestimmt die Aktionen, die unternommen werden sollten, um das gewünschte Ergebnis zu erzielen.

Eine konkrete Strategie wird im Rahmen eines Entscheidungsfindungsprozesses entwickelt. Ob problemgerechte Maßnahmen getroffen werden oder nicht, hängt hauptsächlich von der Qualität des Entscheidungsfindungsprozesses ab. Bevor wir uns ausführlicher mit den Eigenschaften hochqualitativer Entscheidungsfindungsprozesse befassen, wollen wir einen Blick auf defekte Entscheidungsfindungsprozesse werfen. Nach Irving Janis weisen diese einige folgender Merkmale auf (Janis 1982, S. 9f):

1. Die Entscheidungsträger versäumen es, eine klare Definition ihrer Ziele zu erarbeiten.
2. Die Diskussion der Entscheidungsträger beschränkt sich auf wenige (meistens zwei) Handlungsalternativen.
3. Die Entscheidungsträger versäumen es, die Risiken der beschlossenen Maßnahmen einer genauen Prüfung zu unterziehen.
4. Die Entscheidungsträger ignorieren den Rat von Experten.
5. Befangene Interpretation vorliegender Informationen. Das Interesse der Entscheidungsträger gilt nur Fakten und Meinungen, die die eigenen Vorurteile bestätigen.
6. Die Entscheidungsträger befassen sich nicht mit der Frage, wie der von ihnen entworfene Handlungsplan von Zufall und Friktion gestört werden könnte.

Der Erfolg in der Bewältigung dynamischer komplexer Situationen hängt natürlich nicht nur von der Qualität des Entscheidungsfindungsprozesses ab, sondern auch von anderen Faktoren wie Friktion, Zufall und vorhandenen Ressourcen. Von diesen Faktoren ist der Entscheidungsfindungsprozess aber derjenige Faktor, auf den die Entscheidungsträger den größten Einfluss haben. In der Tat hat eine Studie von Herek, Janis und Huth (1987) eine Korrelation zwischen der Qualität von Entscheidungsfindungsprozessen und dem strategischen Erfolg festgestellt.

Die Autoren haben die Entscheidungsfindungsprozesse amerikanischer Regierungen in 19 internationalen Konflikten, die sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs ereignet haben, untersucht. In 8 dieser Konflikte (z.B. Kuba-Krise) war die Qualität der Entscheidungsfindungsprozesse hoch und das Ergebnis war eine erfolgreiche Bewältigung der jeweiligen Konflikte. In 11 Konflikten (z.B. Eskalierung des Vietnam-Krieges) war der Entscheidungsfindungsprozess von niedriger Qualität gekennzeichnet, und das Ergebnis war dementsprechend auch nicht zufriedenstellend.

Führende Sozialwissenschaftler haben sich mit der Führung von hochqualitativen Entscheidungsfindungsprozessen auseinandergesetzt (Dörner 1986; Dörner 2005; George 1980; Janis & Mann 1985; Janis 1989; Neustadt & May 1986). Sie alle heben hervor, dass sich Entscheidungsträger beim Umgang mit dynamischen komplexen Situationen mit Fragen wie diesen befassen müssen: Was wollen wir erreichen? Was sind die zentralen Variablen? Wie hängen sie miteinander zusammen? Welche Informationen liegen vor? Wie sicher sind diese? Welche Handlungsalternativen gibt es? Welche Vor- und Nachteile hat jede Handlungsalternative? Was sind die damit verbundenen Neben- und Fernwirkungen? etc.

Im Rest dieses Abschnittes werden wir – basierend auf den Gedanken von Clausewitz – eine dreistufige Vorgehensweise für den Umgang mit dynamischen komplexen Situationen vorstellen. Als Beispiel werden wir den Krieg nehmen.

3.2 Erste Phase: Die Natur des Konflikts erforschen

„Der erste, der großartigste, der entschiedenste Akt des Urteils nun, welchen der Staatsmann und Feldherr ausübt, ist der, daß er den Krieg, welchen er unternimmt, in dieser Beziehung richtig erkenne, ihn nicht für etwas nehme oder zu etwas machen wolle, was er der Natur der Verhältnisse nach nicht sein kann. Dies ist also die erste, umfassendste aller strategischen Fragen“ (Clausewitz 2003, S. 46).

3.2.1 Zweck, Ziel und Mittel

Einer der originellen Beiträge Clausewitz' zum Umgang mit dynamischen komplexen Situationen ist seine Unterscheidung zwischen Ziel und Zweck. Das Ziel definiert das, was man erreichen will. Der Zweck beschreibt, was die dahinter steckende Absicht ist. Was heißt das konkret? Nehmen wir wieder den Krieg als Beispiel. Das Ziel, das jede Kriegspartei verfolgt, ist der militärische Sieg. Wie definiert man aber den militärischen Sieg in dem konkreten vorliegenden Fall? Durch die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte? Durch die Besitznahme des feindlichen Landes? Dadurch, dass man die feindlichen Streitkräfte in eine Lage versetzt, die es ihr unmöglich macht, die eigenen Interessen zu bedrohen? Darüber müssen sich die Entscheidungsträger ernsthafte Gedanken machen. Der militärische Sieg ist aber an sich kein Selbstzweck. Der Zweck jedes Krieges ist, einen neuen politischen Frieden nach den eigenen Bedingungen zu gestalten. Ein militärischer Sieg produziert nur neue politische, psychologische und mi-

litärische Verhältnisse, die ihre eigenen Wechselwirkungen entfalten. Deshalb muss man sich gründlich im Voraus mit dem zu gestaltenden Frieden auseinandersetzen.

Clausewitz hebt diesen Aspekt ganz besonders hervor: „Man fängt keinen Krieg an, oder man sollte vernünftigerweise keinen anfangen, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will, das erstere ist der Zweck, das andere das Ziel“ (ibid. S. 651).⁴

Die Entscheidungsträger dürfen nicht vergessen, dass der Krieg nur ein Mittel ist, um den endgültigen Zweck eines neuen Friedens zu realisieren.

3.2.2 Die wunderliche Dreifaltigkeit

Jede dynamische komplexe Situation hat zentrale Pole, um die sich die zentralen Variablen drehen. Jeder Krieg hat nach Clausewitz drei zentrale Pole. Diese stellt er in seinem Konzept der wunderlichen Dreifaltigkeit vor:

Der Krieg ist also nicht nur ein wahres Chamäleon, weil er in jedem konkreten Falle seine Natur etwas ändert, sondern er ist auch [...] eine wunderliche Dreifaltigkeit, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewaltsamkeit seines Elementes, dem Haß und der Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihn zu einer freien Seelentätigkeit machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeuges, wodurch er dem bloßen Verstande anheimfällt.

Die erste dieser drei Seiten ist mehr dem Volke, die zweite mehr dem Feldherrn und seinem Heer, die dritte mehr der Regierung zugewendet (ibid. S. 46).

An der Interpretation dieses Konzepts scheiden sich die Geister. Michael Handel, zum Beispiel, interpretiert die drei von Clausewitz ausgemachten Pole als: das Volk, das Militär und die Regierung (Handel 2000, S. 91-111).⁵ Für ihn steckt die Genialität dieses Konzeptes in seinem zentralen Gedanken: Die Entscheidungsträger können die Natur eines bevorstehenden Kriegs nicht verstehen, wenn sie nicht dessen drei zentralen Akteure (Volk, Militär und Regierung) genau analysieren. Da „der Krieg eine beständige Wechselwirkung der gegenseitigen“ (Clausewitz 2003, S. 103) ist, sollten sie sich aber sowohl mit den

eigenen als auch mit den feindlichen drei zentralen Akteuren auseinandersetzen. Konkret sollten sie sich Gedanken über Fragen wie diese machen: Wie entschlossen werden die Völker auf beiden Seiten den Krieg mittragen? Was vermag das eigene Militär? Über welche Ressourcen verfügt der Feind? Welche Allianzen können auf beiden Seiten gebildet werden? Wie stark ist ihr Haltevermögen? Welchen Preis wäre die feindliche Regierung wohl bereit zu zahlen, bevor sie zu einem Friedensabschluss bereit wäre? Wie könnte man die Nachkriegsphase gestalten? Etc.

Eine Analyse nach dem Konzept der wunderlichen Dreifaltigkeit ermöglicht den Entscheidungsträgern Aussagen über zentrale Fragen – wie diese – zu treffen: Wird der bevorstehende Krieg ein kurzer oder ein langer Krieg sein? Wird er ein begrenzter oder ein Vernichtungskrieg sein? Wird man einen symmetrischen Krieg, einen Guerilla-Krieg oder eine Mischung von beiden führen? Werden die neuesten Waffentechnologien nützlich oder kontraproduktiv sein? Eignen sie sich eher für den Angriff oder für die Verteidigung? Etc.

Michael Handel führt einige Beispiele an, die aufzeigen, wie fatal es ist, wenn sich Entscheidungsträger nicht gründlich mit der Natur des bevorstehenden Krieges auseinandersetzen (Handel 2000, S. 98). Vor dem Ausbruch des Peloponnesischen Kriegs zwischen Athen und Sparta ist Perikles davon ausgegangen, dass die Spartaner bald aufgeben würden, nachdem ihre Versuche gescheitert waren, die Athener zu einer Feldschlacht zu zwingen. Doch seine Annahme hat sich als falsch erwiesen. Die Spartaner haben nicht aufgegeben und der Krieg hat 27 Jahre (431 bis 404 v. Chr.) gedauert. In seinem Krieg gegen die amerikanischen Kolonien (1775 bis 1783) hat Großbritannien die Auswirkungen seiner Strategie auf die amerikanische Bevölkerung verschätzt. Sie führte nämlich gerade zur Mobilisierung der Amerikaner zum Kampf gegen die Briten. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs hat keiner der europäischen Staaten die Reichweite der radikalen Veränderungen begriffen, die das Kriegswesen durch die Industrielle Revolution durchgemacht hat. Alle Kriegsteilnehmer haben einen schnellen Krieg erwartet.

Die Natur eines bevorstehenden Kriegs zu verstehen, kann so schwierig sein, dass manchmal historische Erfahrungen keine Abhilfe schaffen können. Manchmal sind diese sogar kontraproduktiv. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs haben sowohl Großbritannien als auch Frankreich eine modifizierte Version des Ersten Weltkriegs erwartet. Doch der Blitzkrieg hat diese Annahme als falsch erwiesen. Mit dem Konzept der wunderlichen Dreifaltigkeit können Entscheidungsträ-

ger auch die Vor- und Nachteile sowie die Direkt-, Neben- und Fernwirkungen von Maßnahmen untersuchen. Dabei sollten sie die Interdependenzen zwischen den einzelnen Polen (Volk, Militär und Regierung) nicht vernachlässigen. Es ist natürlich wichtig, sich zu überlegen, welchen Einfluss bestimmte Maßnahmen auf das Volk, das Militär und die Regierung des Gegners haben werden. Es ist aber auch wichtig, sich zu fragen, wie diese Maßnahmen im eigenen Land aufgenommen werden. Ob das eigene Militär sie so implementieren kann, wie man sich das vorstellt. Welche Friktionen auftauchen können und welche Wirkungen diese wohl haben werden. Etc.⁶

In diesem Zusammenhang wollen wir auf einen wichtigen Aspekt hinweisen: Die Entscheidungsträger sollten keine vorprogrammierten Reaktionen auf die von ihnen getroffenen Maßnahmen erwarten. Die politikwissenschaftlichen Modelle basieren auf der Prämisse der Voraussagbarkeit der zwischenstaatlichen Interaktionen. Der Clausewitzianischen Schule ist dieser Gedanke fremd. Nach Clausewitz ist „[d]ie Wirkung, welche irgendeine Maßregel auf den Gegner hervorbringt, [...] das Individuellste, was es unter allen Datis des Handelns gibt“ (Clausewitz 2003, p. 108).

Heißt das, dass man grundsätzlich diese Wirkung nicht voraussagen kann? Nicht unbedingt. Es heißt lediglich, dass Entscheidungsträger Theorien mit dem Versprechen fester Reaktionen – die in jedem konkreten Fall eintreten würden, egal wer der Gegner ist – nicht abkaufen sollten! Um herauszufinden, welche möglichen Reaktionen eine Maßnahme beim Gegner hervorrufen könnte, muss man sich – nach Clausewitz – mit mehreren Faktoren gründlich auseinandersetzen: den Gegebenheiten der vorliegenden Situation, dem Charakter der führenden Persönlichkeiten im gegnerischen Staat, Wechselwirkung zwischen Volk und Regierung und wie auf beide die Maßnahme wirken würde, etc.⁷

3.3 Zweite Stufe: Planen vs. Vorbereitungen treffen

Nachdem die Entscheidungsträger sich ein adäquates Bild von der vorliegenden Situation und den Vor- und Nachteilen verschiedener Maßnahmen gemacht haben, sollten sie sich entscheiden, welche konkreten Maßnahmen sie ergreifen wollen. Es gibt unseres Erachtens zwei unterschiedliche Ansätze, die wir als den Plan-Ansatz und den Anti-Plan-Ansatz bezeichnen wollen.

Der Plan-Ansatz sieht die Entwicklung eines konkreten Handlungsplans vor, der bestimmt, welche Maßnahmen wann und von wem realisiert werden sollen.

Eine operative Strategie würde nach diesem Ansatz jeder Einheit eine Aufgabe zuweisen, die sie zu einem bestimmten Zeitpunkt ausführen sollte. Die Entscheidungsträger haben sich schon in der ersten Stufe mit den möglichen Reaktionen der Umgebung auf bestimmte Maßnahmen befasst. Der Plan-Ansatz geht davon aus, dass die wahrscheinlichsten Reaktionen eintreten werden. Dieser Ansatz betont einen zentralen Aspekt: Anpassungen während der Implementierungsphase sind immer notwendig. Die Entscheidungsträger sollten es also vermeiden, die entwickelte Handlungsstrategie als einen festen Plan aufzufassen.

Der Anti-Plan-Ansatz stellt die Schwierigkeiten, die Reaktionen der Umwelt auf die getroffenen Maßnahmen vorauszusagen, in den Mittelpunkt. Dieser Ansatz fordert die Entscheidungsträger auf, die erste zu treffende Maßnahme gut vorzubereiten; sich Gedanken über mögliche Entwicklungstendenzen zu machen, ohne sich dabei auf konkrete Aktionen festzulegen; und dann die Interaktion in der dynamischen Umwelt zu beginnen und diese dynamisch zu gestalten.

In der Interaktion kommt es, wie Helmuth v. Moltke es formuliert hat, auf die „Fortbildung des ursprünglich leitenden Gedankens entsprechend den stets sich ändernden Verhältnissen“ an (Schmerfeld 1925, S. 241). Moltke ist der bekannteste Vertreter dieses Ansatzes. Er schreibt dazu:

Kein Operationsplan reicht mit einiger Sicherheit über das erste Zusammentreffen mit der feindlichen Hauptmacht hinaus. Nur der Laie glaubt in dem Verlauf eines Feldzuges die konsequente Durchführung eines im voraus gefassten, in allen Einzelheiten überlegten und bis ans Ende festgehaltenen, ursprünglichen Gedankens zu erblicken.

Gewiß wird der Feldherr seine großen Ziele stetig im Auge behalten, unbeirrt darin durch die Wechselfälle der Begebenheiten, aber die Wege, auf welchen er sie zu erreichen hofft, lassen sich auf weit hinaus nie mit Sicherheit feststellen. Er ist im Laufe des ganzen Feldzuges darauf angewiesen, eine Reihe von Entschlüssen zu fassen auf Grund von Situationen, die nicht vorherzusehen sind. Alle aufeinander folgende Akte des Krieges sind nicht prämeditierte Ausführungen, sondern spontane Akte, geleitet durch militärischen Takt. Es kommt darauf an, die in den Nebel der Ungewissheit gehüllte Sachlage zu durchschauen, das Gegebene richtig zu würdigen, das Unbekannte zu erraten, einen Entschluss schnell zu fassen, und dann kräftig und unbeirrt durchzuführen. (Moltke 1900, S. 291 f.).

Welchen Ansatz hat Clausewitz vertreten? Auch darüber herrscht keine Einigkeit unter den Gelehrten. Terence Holmes argumentiert, dass Clausewitz ein vehementer Vertreter des Plan-Ansatzes war (Holmes 2007). Beatrice Heuser vertritt die Ansicht, dass der Anti-Plan-Ansatz im Zentrum der Clausewitzschen Theorie stand (Heuser 2002, S. 89).

Wir denken, dass es immer von dem vorliegenden Fall abhängt, welchen Ansatz die Entscheidungsträger verwenden sollten. In der Kuba-Krise ist die Kennedy-Regierung nach dem Anti-Plan-Ansatz vorgegangen, und sie hat ihr Ziel und ihren Zweck erreichen können.⁸

3.4 Dritte Phase: Die Interaktion gestalten

Sobald man mit der Implementierung der ersten Maßnahme anfängt, setzt man eine Kette von Reaktionen und Gegen-Reaktionen in Gang. Handelt man nach dem Plan-Ansatz, so sollte man immer überprüfen, ob die Dynamik nicht irgendwelche Modifikationen an dem entwickelten Plan notwendig gemacht hat – was meistens der Fall ist. Geht man nach dem Anti-Plan-Ansatz vor, so sollte man die zutreffenden Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt ergreifen.

4 Clausewitz' Konzept vom strategischen Genius

4.1 Situationsspezifisches Wissen

Welches theoretische Wissen muss man sich aneignen, um in der Lage zu sein, dynamische komplexe Situationen zu bewältigen? Clausewitz hat sich mit dieser Frage im Bereich des Krieges intensiv auseinandergesetzt (Clausewitz 2003, S. 115 ff.). Seine Gedanken dazu würden u. E. auch für andere Gebiete dynamischer komplexer Situationen gelten. Grundsätzlich unterscheidet Clausewitz zwischen zwei Schulen. Die eine Schule fordert Feldherren dazu auf, sich eine möglichst große Wissensmenge mit vielen Details anzueignen. Dieser Forderung hält aber Clausewitz eine Frage entgegen: Wenn es so wäre, warum sind große Feldherren (wie Hannibal, Friedrich der Große und Napoleon) selten aus der Klasse viel wissender Offiziere hervorgegangen? Die Anhänger dieser Schule tun, so Clausewitz, diese Frage mit der Behauptung ab, dass es sich bei solchen Fällen um Genies handle, die Ausnahmen von der Regel darstellten (ibid. S. 116).

Vertreter der anderen Schule halten die Bewältigung dynamischer komplexer Situationen (z.B. die Führung eines Krieges) „für eine natürliche Funktion des

Menschen [...], die er mehr oder weniger gut machte, nur nachdem er mehr oder weniger Anlagen dazu mit auf die Welt gebracht“ (ibid. S. 16 f.). Clausewitz lehnt diese Haltung ebenfalls ab. Denn „keine Tätigkeit des menschlichen Verstandes ist ohne einen gewissen Reichtum von Vorstellungen möglich, diese aber werden ihm, wenigstens dem größten Teil nach, nicht angeboren, sondern erworben und machen sein Wissen aus“ (ibid. S. 117).

Clausewitz betont die Wichtigkeit des konkreten Wissens. Aber es kommt nicht auf seine Menge, sondern auf seine Beschaffenheit an. Es sind die größeren Zusammenhänge, die ein Feldherr überblicken sollte. Dazu schreibt Clausewitz:

Der Feldherr braucht weder ein gelehrter Staats-, noch Geschichtsforscher, noch Publizist zu sein, aber er muß mit dem höheren Staatsleben vertraut sein, die eingewohnten Richtungen, die aufgeregten Interessen, die vorliegenden Fragen, die handelnden Personen kennen und richtig ansehen; er braucht kein feiner Menschenbeobachter, kein haarscharfer Zergliederer des menschlichen Charakters zu sein, aber er muß den Charakter, die Denkungsart und Sitte, die eigentümlichen Fehler und Vorzüge derer kennen, denen er befehlen soll. Er braucht nichts von der Einrichtung eines Fuhrwerks, der Anspannung eines Geschützes zu verstehen, aber er muß den Marsch einer Kolonne seiner Dauer nach unter den verschiedenen Umständen richtig zu schätzen wissen (ibid. S. 118).

4.2 Prozedurales Können

Zu diesem konkreten Wissen braucht man ein prozedurales Wissen darüber, wie man das Wesen einer konkreten dynamischen komplexen Situation erforscht. Die Kernideen dazu haben wir im vorigen Abschnitt vorgestellt. Wissen allein langt hier aber nicht. „Das Wissen muß sich [...] in ein wahres Können verwandeln“, schreibt Clausewitz (ibid. S. 119). Man muss sich also diese Kernideen so verinnerlicht haben, dass man tatsächlich danach handelt. Das alles muss nicht unbedingt bewusst geschehen.

Es wäre in der Tat unrealistisch genug, behaupten zu wollen, dass alle erfolgreichen Entscheidungsträger über ein explizit formuliertes Wissen darüber verfügen haben. Die meisten von ihnen haben Entscheidungsfindungsprozesse intuitiv so durchgeführt, wie sie es taten.

4.3 Gemüts- und Charaktereigenschaften

Intellektuelle Fähigkeiten, spezielles Wissen und prozedurales Können sind notwendig, um die Natur einer dynamischen komplexen Situation zu erforschen. Sie ermöglichen den Entscheidungsträgern, eine situationsgerechte Vorgehensweise herauszufinden. Doch angesichts der Gefahren, die in einem falschen Entschluss liegen, und der Ungewissheit vieler Daten fangen Entscheidungsträger an, an der von ihnen erarbeiteten Vorgehensweise zu zweifeln. Diese Zweifel hindern sie oft daran, sich zum Handeln zu entschließen. An dieser Stelle ist nach Clausewitz die Entschlossenheit notwendig, um „die Qualen der Zweifel, die Gefahren des Zauderns“ zu beseitigen (ibid. S. 65).

Fängt man die Interaktion in der dynamischen Umwelt an, so werden die Entscheidungsträger von vielen Eindrücken bestürmt. Sie werden viele Gründe finden, von dem eingeschlagenen Weg abzuweichen. Die Zweifel werden zurückkehren. Clausewitz schreibt dazu:

Hier hilft oft nichts anderes als ein gesetzgebender Grundsatz, [...] bei allen zweifelhaften Fällen bei seiner ersten Meinung zu beharren und nicht eher zu weichen, bis eine klare Überzeugung dazu zwingt. Man muß stark sein in dem Glauben an die bessere Wahrheit wohlgeprüfter Grundsätze und bei der Lebhaftigkeit der augenblicklichen Erscheinungen nicht vergessen, daß ihre Wahrheit von einem geringeren Gepräge ist (ibid. S. 74).

Dieses Zitat ist natürlich nicht als ein Plädoyer gegen die Anpassung gemäß den sich ändernden Verhältnissen zu verstehen. Clausewitz fordert lediglich auf, nicht bei der ersten Schwierigkeit den eingeschlagenen Weg aufzugeben.

5 Resümee und offene Fragen

Aus den Eigentümlichkeiten dynamischer komplexer Situationen leitet sich die zentrale Idee der Strategie ab: Jede konkrete dynamische komplexe Situation ist einzigartig. Diese Einzigartigkeit macht es notwendig, sich mit der Natur der vorliegenden Situation auseinanderzusetzen; den Zweck zu definieren, das Ziel zu formulieren und das Mittel zu deren Realisierung zu wählen; die zentralen Variablen und ihre Vernetztheit auszumachen; die Vor- und Nachteile verschiedener Handlungsmaßnahmen unter die Lupe zu nehmen; einen konkreten Plan zu entwickeln oder nach dem Anti-Plan-Ansatz vorzugehen; und die Interaktion

in der dynamischen Umwelt zu gestalten. Dazu braucht man mehr als nur die Fähigkeit, logisch zu denken. Intellektuelle Fähigkeiten sind zwar sehr wichtig. Sie allein reichen aber nicht. Man braucht noch situationsspezifisches Wissen, prozedurales Können und bestimmte Gemüts- und Charaktereigenschaften.

Es ist aber nicht so, dass Entscheidungsträger entweder strategisch handeln können oder nicht. Schauen wir uns ein Beispiel an. Die Kennedy-Regierung stimmte 1961 in einem defekten Entscheidungsfindungsprozess einem schlechten Plan zu, der eine Invasion Kubas mit 1.500 Exilkubanern vorgesehen hatte. Die Folge war die desaströse Schweinebucht-Invasion. Eineinhalb Jahre später, im Oktober 1962, gaben dieselben Entscheidungsträger in der Kuba-Krise ein Beispiel für die Führung hochqualitativer Entscheidungsfindungsprozesse ab. 1964 trafen dieselben Entscheidungsträger (diesmal allerdings unter Präsident Lyndon B. Johnson) die fatalen Entscheidungen für die Eskalierung des Vietnam-Kriegs. Warum fallen Entscheidungsträger manchmal auf Wunschdenken herein und manchmal eben nicht?

Welche Rolle spielen situative Faktoren wie Gruppendynamik und Herdenverhalten? Warum messen dieselben Entscheidungsträger ethischen und moralischen Fragen manchmal einen großen Wert bei, während sie sie ein anderes Mal vernachlässigen? Wie kann der Einfluss von externen Faktoren (z.B. bevorstehenden Wahlen) auf den Entscheidungsfindungsprozess beschrieben werden?

Die Mechanismen von Entscheidungsfindungsprozessen sind komplex. Wir hoffen aber, mit diesem Beitrag unserem Leser einen Einblick in die Unlogik des Gelingens verschafft zu haben.

Zum Autor: Namil Al-Sabah studiert Informatik und Politikwissenschaften an der Universität Würzburg. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft und führt in Würzburg regelmäßig „Clausewitz-Strategiegespräche“ durch.

Anmerkungen:

- 1 Diese Darstellung basiert auf Seaton 1993.
- 2 Für eine interessante Studie zum Thema Nicht-Linearität im Denken Clausewitz‘ siehe Beyerchen (1992); für eine skeptische Gegenposition siehe Holmes (2007). Der Autor zeigt in seinem demnächst erscheinenden Papier „Sun Tzu und Clausewitz im Vergleich“, wie die Nicht-Linearität einer der zentralen methodischen Unterschiede zwischen Clausewitz und Sun Tzu ist.

- 3 In IQ-Tests kann man nach dem Prinzip des Methodismus vorgehen, denn bei den meisten Aufgaben handelt es sich um wiederkehrende Strukturen, die man erlernen kann.
- 4 Für Colin Powell war der erste fundamentale Fehler im Vietnam-Krieg, dass die politische Führung keine klare Vorstellung vom Zweck und Ziel des Krieges entwickelt hat (Powell 2003).
- 5 Aus Platzgründen werden wir nur auf die Interpretation von Michael Handel näher eingehen. Andreas Herberg-Rothe hat eine andere sehr anregende Interpretation ausgearbeitet. Nach ihm sind die drei zentralen Pole der wunderlichen Dreifaltigkeit Gewalt, Kampf und Politik (Herberg-Rother 2001).
- 6 Der Autor arbeitet z.Z. an einem Papier, in welchem das Konzept der wunderlichen Dreifaltigkeit auf den Bereich der internationalen Konflikte angewandt wird. Arbeitstitel: „Essence of Strategy in International Conflicts: A New Clausewitzian Approach Applied to the Cuban Missile Crisis.“
- 7 In den Worten Clausewitz: „Aus dem Charakter, den Einrichtungen, dem Zustande, den Verhältnissen des Gegners wird jeder der beiden Teile nach Wahrscheinlichkeitsgesetzen auf das Handeln des anderen schließen und danach das seinige bestimmen“ (Clausewitz 2003, S. 35).
- 8 Diese Ansicht legen wir in unserem demnächst erscheinenden Papier „Essence of Strategy in International Conflicts: A New Clausewitzian Approach Applied to the Cuban Missile Crisis“ dar.
- 9 Interessante Antworten auf diese und andere Fragen findet man bei Dörner (2005), Janis (1982, 1989), Lakoff (2008) und Zimbardo (2008).

Literaturverzeichnis:

Beyerchen, A. (1992): ‘Clausewitz, Nonlinearity, and the Unpredictability of War’, in: *International Security* 17/3, 59–90.

Clausewitz, C. v. (2003): *Vom Kriege*, hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz, Ullstein.

Dörner, D. (1986): „Diagnostik der operativen Intelligenz“, *Diagnostica* Vol. 32, 290-308.

Dörner, D. (2005): *Die Logik des Misslingens – strategisches Denken in komplexen Situationen*, Rowohlt.

George, A. L. (1980): *Presidential Decisionmaking in Foreign Policy: The Effective Use of Information and Advice*, Westview Press.

Handel, M. I. (2000): *Masters of War – Classical Strategic Thought*, Routledge Chapman & Hall.

Herberg-Rothe, A. (2001): *Das Rätsel Clausewitz*, Wilhelm Fink.

Heuser, B. (2002): *Reading Clausewitz*, Pimlico.

Holmes, T. M. (2007): 'Planning versus Chaos in Clausewitz's On War', in: *The Journal of Strategic Studies* Vol. 30, No. 1, 129 – 151.

Janis, I. L. & Mann, L. (1985): *Decision Making – A Psychological Analysis of Conflict, Choice and Commitment*, Macmillan.

Janis, I. L. (1982): *Groupthink – Psychological Studies of Policy Decisions and Fiascoes*, Houghton Mifflin.

Janis, I. L. (1989): *Crucial Decisions – Leadership in Policymaking and Crisis Management*, Free Press.

Kluwe, R. H. ; Schilde, A. ; Fischer, C. ; Oellerer, N. (1991): „Problemlöseleistungen beim Umgang mit komplexen Systemen und Intelligenz“, in: *Diagnostica* 37, S. 291–313.

Lakoff, G. (2008): *The Political Mind – Why You Can't Understand 21st-Century American Politics with an 18th-Century Brain*, Viking.

Leutner, D. (2002): "The fuzzy relationship of intelligence and problem solving in computer simulations", in: *Computers in Human Behavior* 18, S. 685–697.

Luttwak, E. (2003): *Strategie - Die Logik von Krieg und Frieden*, Klampen.

Moltke, H. (1900): *Militärische Werke*, Großer Generalstab, Abteilung für Kriegsgeschichte I, Band II, Moltkes taktisch-strategische Aufsätze aus den Jahren 1857 bis 1871, Mittler.

Neustadt, R. E. & May, E. R. (1986): *Thinking in Time: The Uses of History for Decision makers*, Free Press.

Powell, C. (2003): *My American Journey*, B&T.

Putz-Osterloh, W. & Lüer, G. (1981): „Über die Vorhersagbarkeit komplexer Problemlöseleistungen durch Ergebnisse in einem Intelligenztest“, in: Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie XXVIII (2), S. 309–334.

Schmerfeld, F. v. (Hrsg.) (1925): Graf von Moltke - Ausgewählte Werke, erster Band, Hobbing.

Seaton, A. (1993): The Battle for Moscow. (New York: Da Capo Press).

Süß, H.-M. (1999): „Intelligenz und komplexes Problemlösen: Perspektiven für eine Kooperation zwischen differentiell-psychometrischer und kognitionspsychologischer Forschung“, in: Psychologische Rundschau 50 (4), S. 220–228.

Zimbardo, P. (2008): Der Luzifer-Effekt – Die Macht der Umstände und die Psychologie des Bösen, Spektrum.

Der Strategiebegriff bei Clausewitz, Jomini und Erzherzog Karl

Eine differenzierende Analyse anhand der Hauptwerke „Vom Kriege“, „Abriß der Kriegskunst“ und „Ausgewählte militärischen Schriften“¹

Dr. Dirk Freudenberg

Vorbemerkung

Die folgenden Ausführungen sind dem Begriff der „Strategie“ in der Interpretation dreier wichtiger Militärs gewidmet, welche auch auf theoretischem Gebiet Großes geleistet haben: Erzherzog Karl von Österreich, Carl von Clausewitz und Antoine-Henri Jomini. Der Österreicher Erzherzog Karl (05.09.1771 – 30.04.1847) ist neben dem Preußen Clausewitz (01.07.1780 – 16.11.1831) und dem Schweizer Jomini (06.03.1779 – 22.03.1869) einer der drei wesentlichen Militärschriftsteller der nachnapoleonischen Epoche. Alle drei lebten zur Zeit der größten Umbrüche, als die französische Revolution und die napoleonischen Feldzüge das Antlitz Europas veränderten. Jeder von ihnen war ein scharfer Beobachter, und ihrer Natur nach und ihrer Vorstellung, aber vor allem ihrem geistigen Herkommen nach zogen sie verschiedene Schlüsse, deren grundsätzliche Überlegungen auch heute noch Gültigkeit haben.² Wie bereits Manfred Rauchensteiner vor einigen Jahren festgestellt hat, ist in der Trinität Clausewitz, Jomini, Erzherzog Karl auch eine Reihung der Bekanntheit zu erblicken, nach der Karl der Unbekannteste ist³, obgleich dieser „Meister der Kriegskunst“⁴ im Schrifttum hinsichtlich seiner Bedeutung für die österreichische Armee mit der Scharnhorsts für die preußischen Streitkräfte annähernd gleichgesetzt wird⁵ und er in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts nicht nur eine Schlüsselfigur der mitteleuropäischen Militärgeschichte, sondern neben Clausewitz und Jomini auch die dritte Hauptgestalt des europäischen militärischen Denkens war.⁶

Der Zugriff auf die „alten“ Autoren ist methodologisch gerechtfertigt, weil diese drei Denker – jeder nach eigener Weise und theoretischem Vermögen – bereits Grundzüge derjenigen Epoche erkannt haben, in deren Folgewirkung wir uns nach wie vor befinden,⁷ und welche auch nach dem Zerfall der bipolaren (Staaten-)Ordnung fortwirkt. Allerdings beschränkt sich dieser Aufsatz auf das Feld der Strategie. Die Aufgabe der nachstehenden Betrachtung soll es denn auch sein, die Strategiebegriffe dieser drei „Klassiker der Kriegskunst“⁸ gegenüber zu stellen und zu vergleichen. Die Überlegungen sollen auch helfen, einen

Ansatz zu bilden, um grundlegende Klarheit über das grundsätzliche Verhältnis und die Wechselwirkungen von Sicherheitspolitik und Strategie zu schaffen.⁹

Der Strategiebegriff Clausewitz'

Zweck Ziel und Mittel sind die Kernbegriffe der clausewitzschen Theorie.¹⁰ Für Clausewitz erreicht die Strategie „[v]ermittels [des] Sieges [...] den Zweck, welchem sie dem Gefecht gegeben hat und der seine eigentliche Bedeutung ausmacht.“ Auf diese Definition der Strategie verweist er gleich zu Beginn des ersten Kapitels des dritten Buches „Von der Strategie überhaupt“, in dem er versucht, den Begriff der Strategie zu fassen. „Die Strategie ist der Gebrauch des Gefechts zum Zweck des Krieges; sie muß also dem ganzen kriegerischen Akt ein Ziel setzten, welches dem Zweck desselben entspricht, d. h. sie entwirft den Kriegsplan, und an dieses Ziel knüpft sie eine Reihe der Handlungen an, welche zu demselben führen sollen, d. h. sie macht die Entwürfe zu den einzelnen Feldzügen und ordnet in diesen die einzelnen Gefechte an.“ An anderer Stelle wird Clausewitz – in Abgrenzung zur Taktik – noch deutlicher: „Daraus entspringt nun die ganz verschiedene Tätigkeit, diese Gefechte in sich anzuordnen und zu führen und sie sich zum Zweck des Krieges zu verbinden. Das eine ist die Taktik, das andere die Strategie genannt worden...Es ist nun nach unserer Einteilung die Taktik die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht, die Strategie die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges.“ Nach Clausewitz' Vorstellung ist die Strategie keine starre Festlegung, sondern steht in ständigen Wechselwirkungsbeziehungen mit ihren Umsetzungen und Ergebnissen. Mithin ist sie an diese gebunden und muss ständig agieren und reagieren. „Die Strategie...muß also dem ganzen kriegerischen Akt ein Ziel setzen, welches dem Zweck desselben entspricht, d. h. sie entwirft den Kriegsplan, und an dieses Ziel knüpft sie die Reihe der Handlungen an, welche zu demselben führen sollen, d. h. sie macht die Entwürfe zu den einzelnen Feldzügen und ordnet in diesen die einzelnen Gefechte an. Da sich alle diese Dinge meistens nur nach Voraussetzungen bestimmen lassen, die nicht alle zutreffen, eine Menge anderer, mehr ins einzelne gehender Bestimmungen sich aber gar nicht vorher geben lassen, so folgt von selbst, daß die Strategie mit ins Feld ziehen muß, um das Einzelne vor Ort und Stelle anzuordnen und für das Ganze die Modifikationen zu treffen, die unaufhörlich erforderlich werden. Sie kann also ihre Hand in keinem Augenblicke von dem Werke abziehen.“ Gleichzeitig ordnet Clausewitz den Schwerpunkt der Strategie auf der politischen Ebene an der Schnittstelle zur militärstrategischen Ebene – aber oberhalb dieser – an „...wo sie an die Politik oder Staatskunst grenzt oder vielmehr beides selbst wird...“ Mithin bringt

Clausewitz seinen Strategiebegriff wieder in eine Zweck-Ziel-Mittel-Relation. „Vermittels [des] Sieges erreicht die Strategie den Zweck, welchen sie dem Gefecht gegeben hat und der seine eigentliche Bedeutung ausmacht... Die Strategie hat ursprünglich nur den Sieg, d. h. den taktischen Erfolg, als Mittel und in letzter Instanz, die Gegenstände, welche unmittelbar zum Frieden führen sollen, als Zweck. Die Anwendung ihres Mittels zu diesem Zweck ist gleichfalls von Umständen begleitet, die mehr oder weniger Einfluß darauf haben.“ Daher ist das rechte Verhältnis von Zweck, Ziel und Mittel zueinander für Clausewitz Gegenstand eingehender Überlegungen, die wiederum von der Politik ausgehen.¹¹ Der Zweck wird durch die Politik bestimmt.¹²

Weiterhin ordnet Clausewitz der Strategie fünf Einheiten zu, welche für diese von grundlegendem Einfluss sind. „Man kann die in der Strategie den Gebrauch des Gefechts bedingenden Ursachen füglich in Elemente verschiedener Art abteilen, nämlich in die moralischen, die physischen, die mathematischen, die geographischen und die statistischen Elemente.“ Schlussendlich setzt Clausewitz die Strategie in einen Gesamtzusammenhang; sie steht somit niemals isoliert für sich allein. „Die Erhaltung der eigenen Streitkräfte, die Vernichtung der feindlichen, mit anderen Worten der Sieg ist der Gegenstand des Kampfes; aber er ist freilich nicht der letzte Zweck. Die Erhaltung des eigenen Staates und die Niederwerfung des feindlichen ist dieser Zweck, und wieder mit einem Wort: der beabsichtigte Friede, weil in ihm sich dieser Konflikt ausgleicht und in einem gemeinschaftlichen Resultat endigt.“ Dabei betrachtet Clausewitz das gesamte politische Umfeld.¹³ Clausewitz erarbeitet folglich mit seiner Theorie des Krieges, der Herausarbeitung prinzipieller Relationen von Politik, Gesellschaft, Krieg und Friedensordnung eine zukunftsweisende Studie,¹⁴ welche bereits hier die Zusammenhänge gesamtgesellschaftlicher Wechsel- und Außenwirkungen hervorhebt. Den Krieg mit seinen Elementen und seinen „Instrumentalcharakter der Politik“ stellt er dabei besonders heraus.¹⁵ Clausewitz hat Richtpunkte überliefert, die auch heute als Maßstäbe Geltung haben und zukunftsweisend sein können; und das gilt nicht nur für Politik und Strategie, sondern auch für das Verhältnis von Zweck und Mittel, und selbst für den Bereich militärischer Operationsführung.¹⁶

Der Strategiebegriff Jominis

Für Jomini hingegen ist die Strategie ein Teil der „Kriegswissenschaft“, welche er mit der „Kriegskunst“ gleichsetzt. Bei der Erklärung des Begriffs der „Kriegskunst“ teilt er diese in sechs Teile ein: „Der erste ist die Politik des Krieges. Der

zweite ist die Strategie, oder die Kunst, die Massen auf dem Kriegsschauplatz zu leiten. Der dritte, die höhere Taktik der Schlachten und Gefechte. Der vierte ist die Logistik oder die praktische Anwendung der Kunst, die Armeen in Bewegung zu setzen. Die fünfte ist die Ingenieurskunst, der Angriff und die Verteidigung der Plätze. Der sechste ist die niedere Taktik.“ Im dritten Kapitel seines Werkes „Von der Strategie“ wiederholt Jomini noch einmal die Unterteilung der Kriegskunst „...in 5 Hauptzweige: die Strategie; die große Taktik; die Logistik; die kleine Taktik und die Ingenieurskunst.“ Mit der hier enthaltenen begrenzenden Definition der Strategie auf die „...Kunst, die Massen auf dem Kriegsschauplatz zu leiten“ reduziert Jomini seine Auflistung um die Politik des Krieges und grenzt gleichzeitig den Begriff der Strategie aus dem Feld der Politik aus. Allerdings erkennt Jomini nicht den grundsätzlichen Einfluss der Politik auf den Krieg; er grenzt hier aber zwischen der „militärischen Politik“, welche er auch als „Philosophie des Krieges“ bezeichnet und einer „Politik des Krieges ab: „...unter Politik [werden] alle Beziehungen der Diplomatie auf den Krieg verstanden... während die militärische Politik nur die militärischen Kombinationen einer Regierung oder eines Feldherrn bezeichnet. Die militärische Politik kann alle Kombinationen eines Kriegsplanes umfassen, die es außer denen der diplomatischen Politik und der Strategie noch giebt.“ Geopolitische, historische, landeskundliche und kulturelle Aspekte sowie auch militärische Fähigkeiten, verfassungsmäßige Konstitutionen und weitere Gesichtspunkte unterwirft Jomini ebenfalls der militärischen Politik und grenzt sie gleichfalls von der „Diplomatie“ wie auch der Strategie ab: „...die Leidenschaften der Völker...; ihr militärisches System; ihre kriegerischen Mittel der ersten Linie und der Reserve; die Hilfsquellen ihrer Finanzen; die Anhänglichkeit an ihre Regierung oder Einrichtungen. Außerdem: den Charakter des Staats-Oberhauptes; den der Heerführer und ihre militärischen Fähigkeiten; den Einfluß, den das Kabinett oder der Kriegsrath von der Hauptstadt aus auf die Operationen üben; das im feindlichen Generalstab herrschende Kriegssystem; den Unterschied in der Stärke der Verfassung der beiderseitigen Armeen und ihrer Bewaffnung; die militärische Geographie und Statistik des Landes, in welches man eindringen soll; endlich die Hilfsquellen und Hindernisse aller Art, welche man daselbst antreffen kann...“

Die Kriegstypen unterliegen nach Jominis Darstellungen bestimmten Begründungen oder (politischen) Kriegsgründen; sie liefern aber keine grundlegenden Ausführungen eines umfassenden Strategiebegriffs. Es ging ihm nicht um den Krieg als Ganzes, als gesellschaftlich-politisches Phänomen, sondern um den vernunftgemäßen Umgang mit den Anforderungen an die militärische Führung, die ein Krieg stellt.¹⁷ Mithin untersucht Jomini in seinen anschließenden

Ausführungen den Begriff der Strategie nur aus einem militärischen Blickwinkel. Die „Philosophie des Krieges oder auch diesbezügliche „moralische“ Fragestellungen will Jomini daher auch „...mit der Politik in einem Abschnitt... vereinigen.“ Die verschiedenen Beweggründe, die den Staat zur Kriegsführung leiten und die unterschiedlichen Kriegsformen betrachtet er dagegen zunächst unter dem Oberbegriff der „Kriegspolitik“ als „...Titel [derjenigen] Kombinationen...nach welchen ein Staatsmann beurtheilen soll, ob ein Krieg angemessen, zeitgemäß oder unerlässlich ist, und nach welchen er sich über die verschiedenen notwendigen Maßregeln zu entscheiden hat, um das gesteckte Ziel zu erreichen.“ In diesem Sinne legt den Vorrang der Politik gegenüber der militärischen Entscheidung fest.¹⁸ Im Folgenden dieser Ausführungen beschäftigt er sich mit den Arten und Formen von Kriegen:

- Angriffskriege, um Rechte zu behaupten
- politisch-defensiven und militärisch offensive Kriegen
- Gelegenheitskriege
- Kriege mit oder ohne Verbündete
- Interventionskriege, Einbruchskriege
- Eroberungskriege aus Eroberungssucht oder aus anderen Ursachen
- bürgerliche und Religions-Kriege
- doppelte Kriege

Im dritten Teil seines Werkes, welches Jomini der Strategie gewidmet hat, nimmt er das Grundprinzip des Krieges auf, die Konzentration der Kräfte am entscheidenden Punkt, die energisch und gesammelt eingesetzt werden, um dort eine gleichzeitige Wirkung hervorzurufen, und stellt dann eine Liste aller Kombinationen auf, welche die Gesamtheit des Kriegsschauplatzes umfassen und strategischer Art sind.¹⁹ Folglich hat Jomini in diesem Werk hauptsächlich einen militärstrategischen und operativen Fokus hinsichtlich des zu untersuchenden Gegenstandes. „Ist der Krieg beschlossen, so muß man sich zu allererst darüber entscheiden, ob man ihn angriffs- oder verteidigungsweise führen will.“ In ihrem Wesen ist die Strategie somit darauf ausgerichtet, dem Gegner aus dem Kriegstheater zu verdrängen.²⁰

Der Strategiebegriff Erzherzog Karls

Erzherzog Karl untersucht den Strategiebegriff vom militärischen Gesichtspunkt aus und versteht darunter entsprechend Militärstrategie. Diese bestimmt nach seiner Vorstellung die militärpolitische Ausrichtung. Insofern ist die Strategie

für Karl eine in die Zukunft gerichtete planerische Tätigkeit der Staatsführung. „Die Grundsätze der Strategie enthalten den Geist des Kriegssystems im Allgemeinen; auf sie gründet sich folglich auch der Entwurf eines offensiven oder defensiven Kriegssystems für jeden Staat insbesondere.“ Die strategische Planung ist somit für Karl *conditio sine qua non* für eine erfolgreiche militärstrategische Orientierung. „Jede auf [das Kriegssystem] gerichtete Bezug nehmende Maßregel, die nicht aus den Regeln der Strategie herfließt ist falsch – schädlich und verderblich.“ Diese Planung unterliegt der (militär-) politischen Führung des Staates: „Derjenige, dem die oberste Leitung der militärischen Kraft eines Staates anvertraut ist, muß folglich auch im tiefsten Frieden die Mittel haben, glückliche Ereignisse im Kriege dadurch vorzubereiten, dass alles was sie erzeugen kann, nach den Regeln der Strategie eingeleitet werden kann.“

Karl setzt den Begriff der Strategie mit der Kriegswissenschaft gleich: „Strategie ist Kriegswissenschaft. Sie entwirft den Plan, umfasst und bestimmt den Gang kriegerischer Unternehmungen; sie ist die eigenthümliche Wissenschaft des obersten Feldherrn“. Dementsprechend hatten die Schriften Erzherzog Karls das österreichische Offizierskorps zum Adressaten.²¹ Für Karl sind die Grundsätze der Strategie unabhängig von militärtechnischen Entwicklungen und sich hieraus ergebenden entsprechenden neuen Fähigkeiten, und somit feststehend und unwandelbar. „Die Veränderungen in der Kriegführung, welche die Fortschritte in der Kultur hervorbringen, erstrecken sich nicht bis auf den Geist des Kriegssystems und auf die Grundsätze der Strategie, sondern bloß auf die Art ihrer Anwendung.“ Von der Strategie grenzt Karl die Taktik ab: „Taktik ist Kriegskunst. Sie lehrt die Art, nach welcher strategische Entwürfe ausgeführt werden sollen; sie ist die unerlässliche Kunst eines jeden Truppenführers.“ Mit hin unterscheidet Karl hier die Begriffe nicht nur hinsichtlich einer Zuordnung zu einer bestimmten Führungsebene, sondern stellt die Strategie in den Bereich von Forschung und Lehre mit ihren feststehenden Erkenntnissen und Berechenbarkeiten; die Taktik hingegen stellt er in das freie Feld des Geschicks und der Gewandtheit. Gleichzeitig ordnet er mit dieser Einteilung die Taktik der Strategie unter. Trotz der Trennung erkennt Karl die Verbindung von Strategie und Taktik. Allerdings ist die taktische Ebene für ihn zunächst lediglich Umsetzungsebene. „Jeder strategische Entwurf muß taktisch ausgeführt werden können. Die Taktik lehrt also, wie die Truppen auf den strategischen Punkten aufgestellt, wie sie verwendet oder dahin geleitet, und wie sie auf diesen Linien bewegt werden, um den strategischen Zweck zu erfüllen: Folglich ist die Taktik der Strategie untergeordnet.“ Dessen ungeachtet übersieht Karl nicht die Wechselwirkungsbeziehungen von Strategie und Taktik. „Taktische Fehler können

den Verlust strategischer Punkte und Linien nach sich ziehen; dagegen haben die richtigsten taktischen Maßregeln selten einen dauerhaften Nutzen, sobald sie an Orten oder in einer Direktion geschehen, die nicht strategisch sind. Wo aber Strategie und Taktik in Kollision kommen, das ist, wo strategische Rücksichten mit taktischen Vorteilen im Widerspruche stehen, behalten im Allgemeinen erstere die Oberhand und überwiegen die letzteren, weil die strategischen Punkte und Linien von der Beschaffenheit des Kriegstheaters abhängen, folglich ihre Abänderung nicht in der Macht des Feldherrn liegt; da hingegen der Taktiker in seiner Kunst Mittel findet, durch die Art der Truppenverwendung, durch Befestigungen, Verhaue u.s.w. den Nachtheilen einer unvortheilhaften Stellung abzuwehren.“ Karl sieht in der Strategie das ordnende Element, welches grundsätzlich den Erfolg entscheidet. „Strategische Entwürfe entscheiden über den glücklichen oder unglücklichen Ausgang einer zusammenhängenden Operation, eines Feldzuges, eines ganzen Krieges. Sie bestimmen den Moment zur Schlacht, führen dieselbe unter den günstigen Kombinationen herbei; sie bezeichnen im Voraus die Resultate des Sieges so wie die Grenzen widriger Ereignisse.“ Der Taktik ist es bestimmt, die strategischen Vorgaben umzusetzen. „Mit Hilfe der Taktik wird die Schlacht gewonnen, welche die Strategie angeordnet hat.“ Auch hier erkennt Karl wiederum die wechselseitigen Einflüsse der Ebenen. Er stellt aber erneut den Vorrang der Strategie vor der Taktik heraus. „[Die strategischen Entwürfe] können wohl zuweilen durch taktische Fehler gestört – vielleicht gar vereitelt werden; sie stellen aber noch öfter die Nachtheile taktischer Mißgriffe wieder her.“ Hier betont Karl sogar die Überlegenheit der Strategie. „Wird [die Schlacht] ohne den Einfluß der [Strategie] geliefert, nämlich ohne daß Punkt und Moment das Produkt strategischer Berechnung waren, so hat sie selten andere Resultate als jene des augenblicklichen Vortheils.“ Karl anerkennt allerdings die taktische Alternative, also die Ausnutzung unvorhergesehener vorteilhafter Lageentwicklungen zugunsten eines strategischen Vorteils. „Es gibt Fälle, wo die Taktik strategische Vorteile hervorbringen kann, welche nicht im ersten Plane lagen; wie z.B. wenn man bei der beschlossenen Forcierung eines Punktes die Möglichkeit ersieht, diese Unternehmung auf eine solche Art auszuführen, daß man sich zugleich der strategischen Rückzugslinie des Feindes bemächtigt u. dgl. m.“

Zusammenfassung

Wenngleich die militärischen Leben des Preußen Carl von Clausewitz' und des Schweizer Antoine Henry Jomini einige Parallelen und spiegelbildliche Erfahrungen aufweisen und obschon sie zweifelsohne gegenseitig von ihren militä-

rischen Schriften wussten und diese – zumindest zum Teil – kannten, und daher anzunehmen ist, dass sie sich wechselseitig Impulse gegeben haben, kommen beide „Klassiker der Strategie“²² jedoch in ihren Hauptwerken hinsichtlich des Strategiebegriffs zum Teil zu unterschiedlichen Schlüssen. Zusammenfassend ist aber festzuhalten, dass – worauf bereits Boguslawski hinweist – auch Jomini den engen Zusammenhang der Politik mit der Strategie feststellt.²³ Insofern legt auch er den Vorrang der Politik gegenüber der militärischen Entscheidung fest.²⁴ Allerdings fehlen fundamentale Aussagen über das Verhältnis zwischen Politik und Krieg wie bei Clausewitz.²⁵ Dennoch betrachtet er von seiner Systematik aus die Strategie als einen bestimmten Teil innerhalb der von ihm in der „Kriegswissenschaft“ getroffenen diesbezüglichen Anordnung. Clausewitz hingegen vertritt einen umfassenderen Strategiebegriff, der zugleich ebenenübergreifend zu verstehen ist. Zudem stellt Clausewitz die Wirkung des Gefechts unmittelbar in der Strategie in den Vordergrund als Jomini, bei dem das geometrische Element eine größere Rolle spielt²⁶ und er den Krieg und die Strategie so als ein Schachbrett ansieht.²⁷ Clausewitz' Strategiebegriff in „Vom Kriege“ umfasst ständige und intensive Wechselwirkungen auf allen Ebenen; Jominis „Abriß der Kriegskunst“ anerkennt ebenfalls den Zusammenhang von Politik und Strategie, gibt diesem allerdings nicht diese immanente Bedeutung. Erzherzog Karls Lebensweg unterscheidet sich von denen der hier behandelten Militärtheoretiker in erheblicher Weise.²⁸ Auch sein Werk lässt sich letztendlich nur aus seiner eigenen militärischen Erfahrung, seinen militärwissenschaftlichen Studien, seiner persönlichen Stellung und Konstitution, sowie seiner besonderen Stellung im Staate beurteilen. Erzherzog Karl grenzt die politische Verantwortung und damit die politische Strategie von der militärischen ab und fokussiert hiermit den Strategiebegriff seiner Darstellung auf das Militärische. Gleichwohl unterstellt er dieses der Politik und kommt damit dem Clausewitz'schen Postulat des Primates der Politik nahe. Gleichzeitig hat Erzherzog Karl die Verantwortlichkeit der Politik für die Vorbereitung und Planung sowie die hieraus folgende zur Verfügungstellung der Mittel unmissverständlich herausgearbeitet. Mithin hat auch er die Bedeutung der politischen für die militärische Strategie mitbedacht.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass alle drei Militärschriftsteller in ihren theoretischen Ausführungen – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – den Primat der Politik herausgearbeitet haben, sie dennoch – in Abhängigkeit der jeweiligen historischen Umstände und ihrer jeweiligen persönlichen Stellung – den Strategiebegriff unterschiedlich eingeordnet und interpretiert haben.

Aktuelle Bedeutung der Klassiker und Ausblick

Wenn man sich mit Blick auf den heutigen Nutzen die „Klassiker“ anschaut, so kann man feststellen, dass wesentliche Postulate auch – und gerade – heute noch gültig sind, und dass sich aus ihren Lehren auch weiterhin wesentliche Impulse ableiten lassen. Insbesondere Clausewitz hat mit seiner Einordnung des Strategiebegriffs die Wechselwirkungsbeziehungen politischer Felder bezeichnet und somit militärische Macht als ein Instrument politischen Willens und Wirkens definiert. Eine Reduktion seines Strategiebegriffes allein auf das Feld des Krieges ist mithin unzulässig. Die aktuellen Bezugsdokumente deutscher Sicherheitspolitik²⁹ entsprechen der Erkenntnis, dass die Risiken und Bedrohungen moderner Industrienationen im Sinne eines umfassenden und vernetzten Sicherheitsbegriffs nicht allein und zuvorderst in militärischen Herausforderungen zu sehen sind. In den konzeptionellen Lösungsansätzen zu deren Analyse und Bewältigung durch Ressorts und Institutionen übergreifendes Risiko- und Krisenmanagement entsprechen sie im Ergebnis dem Clausewitz'schen Strategieansatz.

Zum Autor: Dr. Dirk Freudenberg ist im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe Dozent an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz, Bad Neuenahr-Ahrweiler. Er hat zudem einen Lehrauftrag im Studiengang Katastrophenvorsorgemanagement an der Universität Bonn. Dr. Freudenberg ist Oberstleutnant der Reserve und Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 Den nachstehenden Ausführungen liegen folgende Auflagen der Autoren zu Grunde: Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), *Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz*, 16. Aufl., Bonn 1952; Jomini, *Abriß der Kriegskunst*. Übersetzt, erläutert und mit Anmerkungen versehen durch von Boguslawski, Berlin 1881; Erzherzog Karl, *Ausgewählte militärische Schriften erläutert und mit einer Einleitung versehen* durch Freiherr von Waldstätten, Berlin 1882 Den nachstehenden Ausführungen liegen folgende Auflagen der Autoren zu Grunde: Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, in: Werner Hahlweg (Hrsg.), *Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz*, 16. Aufl., Bonn 1952; Jomini, *Abriß der Kriegskunst*. Übersetzt, erläutert und mit Anmerkungen versehen durch von Boguslawski, Berlin 1881; Erzherzog Karl, *Ausgewählte militärische Schriften erläutert und mit einer Einleitung versehen* durch Freiherr von Waldstätten, Berlin 1882
- 2 Karl Fürst Schwarzenberg, *Vorwort*, in: *Gesellschaft für politisch-strategische Studien*, Clausewitz-Gesellschaft, Landesverteidigungsakademie (Hrsg.), Clausewitz,

- Jomini, Erzherzog Carl. Eine geistige Trilogie des 19. Jahrhunderts und ihre Bedeutung für die Gegenwart, Wien 1988, S. 7
- 3 Manfred Rauchensteiner, Erzherzog Carl und der Begrenzte Krieg, in: ÖMZ 1988, S. 337 ff.; 337 vgl. Manfred Rauchensteiner, Erzherzog Carl und der Begrenzte Krieg, in: Gesellschaft für politisch-strategische Studien, Clausewitz-Gesellschaft, Landesverteidigungsakademie (Hrsg.), Clausewitz, Jomini, Erzherzog Carl. Eine geistige Trilogie des 19. Jahrhunderts und ihre Bedeutung für die Gegenwart, Wien 1988, S. 149 ff.; 149
 - 4 Freiherr von Waldstätten, Einleitung. Erzherzog Karl als militärischer Schriftsteller, in: Erzherzog Karl, Ausgewählte militärische Schriften erläutert und mit einer Einleitung versehen durch Freiherr von Waldstätten, Berlin 1882, S. IX
 - 5 vgl. Theodor Fuchs, Geschichte des europäischen Kriegswesens Teil II: Von der Aufstellung der ersten stehenden Heere bis zum Aufkommen der modernen Volksheere, Wien 1986, S. 289
 - 6 Josef Zachar, Die Frage des Verteidigungskrieges im Gebirgsland in den Schriften Erzherzog Karls, in: Gesellschaft für politisch-strategische Studien, Clausewitz-Gesellschaft, Landesverteidigungsakademie (Hrsg.), Clausewitz, Jomini, Erzherzog Carl. Eine geistige Trilogie des 19. Jahrhunderts und ihre Bedeutung für die Gegenwart, Wien 1988, S. 129 ff.; 144
 - 7 Dietmar Schössler, Resumé, in: Gesellschaft für politisch-strategische Studien, Clausewitz-Gesellschaft, Landesverteidigungsakademie (Hrsg.), Clausewitz, Jomini, Erzherzog Carl. Eine geistige Trilogie des 19. Jahrhunderts und ihre Bedeutung für die Gegenwart, Wien 1988, S. 169 ff.; 177
 - 8 Werner Hahlweg, Klassiker der Kriegskunst, Darmstadt 1960
 - 9 vgl. Dirk Freudenberg, Sicherheitspolitik und Strategie, in ÖMZ 2008, S. 185 ff.; vgl. Dirk Freudenberg, Sicherheitspolitik und Strategie in: Clausewitzgesellschaft (Hrsg.), Jahrbuch 2007, Hamburg 2007, S. 228 ff.
 - 10 Kai Rohrschneider, Krieg und Politik im Denken von v. Clausewitz, in: Dermot Bradley, Heinz-Ludger Borgert, Wolfram Zeller, MARS, Jahrbuch für Wehrpolitik und Militärwesen, Jg. 6, Osnabrück 2000, S 562 ff.; 562
 - 11 Werner Hahlweg, Clausewitz. Soldat – Politiker – Denker, Göttingen, Frankfurt, Zürich 1969, S. 93
 - 12 Kai Rohrschneider, Krieg und Politik im Denken von v. Clausewitz, in: Dermot Bradley, Heinz-Ludger Borgert, Wolfram Zeller, MARS, Jahrbuch für Wehrpolitik und Militärwesen, Jg. 6, Osnabrück 2000, S 562 ff.; 562
 - 13 Dirk Freudenberg, Theorie des Irregulären. Partisanen, Guerillas und Terroristen im modernen Kleinkrieg, Wiesbaden 2008, S. 54
 - 14 vgl. Werner Hahlweg, Einleitung, in: Carl von Clausewitz, Verstreute kleine Schriften, Osnabrück 1974, S. IX ff.; XII

- 15 Werner Hahlweg, Clausewitz. Soldat – Politiker – Denker, Göttingen, Frankfurt, Zürich 1969, S. 71
- 16 Heinz von zur Gathen, Clausewitz „Vom Kriege“ – Werk und Wirkung, in: Dermot Bradley, Heinz-Ludger Borgert, Wolfram Zeller, MARS, Jahrbuch für Wehrpolitik und Militärwesen, Jg. 2, Osnabrück 1996, S. 78 ff.; 89
- 17 Michael Arnold, Jomini und Clausewitz an der HKA. Klassische Militärdenker als Bereicherung in der Ausbildung unserer Milizkader, in: ASMZ 2007, Heft 12, S. 13 f.,
- 18 Jean-Jacques Langendorf, Krieg führen: Antoine-Henri Jomini, Zürich 2008, S. 221
- 19 Jean-Jacques Langendorf, Krieg führen: Antoine-Henri Jomini, Zürich 2008, S. 384
- 20 Albert A. Stahel, Strategisch denken. Ziel – Mittel – Einsatz in Politik, Wirtschaft und Armee, Zürich 1997, S. 16
- 21 Manfred Rauchensteiner, Erzherzog Carl und der Begrenzte Krieg, in: ÖMZ 1988, S. 337 ff.; 340
- 22 Albert A. Stahel, Klassiker der Strategie – eine Bewertung, 3. Aufl. Zürich 2003
- 23 vgl. von Boguslawski, Einleitung, in: Jomini, Abriß der Kriegskunst. Übersetzt, erläutert und mit Anmerkungen versehen durch von Boguslawski, Berlin 1881 S. V
- 24 Jean-Jacques Langendorf, Krieg führen: Antoine-Henri Jomini, Zürich 2008, S. 221
- 25 Hans-Justus Kreckler, Antoine Baron de Jomini (1779-1869) – ein militärischer Klassiker, in: Dermot Bradley, Heinz-Ludger Borgert, Wolfram Zeller, MARS, Jahrbuch für Wehrpolitik und Militärwesen, Jg. 5, Osnabrück 1998, S. 118 ff.; 118
- 26 Von Boguslawski, Einleitung, in: Jomini, Abriß der Kriegskunst. Übersetzt, erläutert und mit Anmerkungen versehen durch von Boguslawski, Berlin 1881 S. IV
- 27 Jehuda L. Wallach, Kriegstheorien. Ihre Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1972, S. 16
- 28 vgl. Walter Nemetz, Erzherzog Karl, in: Werner Hahlweg, Klassiker der Kriegskunst, Darmstadt 1960, S. 285 ff.
- 29 Europäische Sicherheitsstrategie (ESS), Aktionsplan der Bundesregierung zur Krisenprävention und Krisenbewältigung, Weißbuch von 2006, Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland, Grünbuch Risiken und Herausforderungen für die Öffentliche Sicherheit in Deutschland

Clausewitz und die Welt der Madame de Staël

Referat anlässlich des Herbstanlasses der Sektion Schweiz in Coppet und Perroy am Samstag, den 27. September 2008

Dr. Roland Beck

Clausewitz hat in seiner schwierigsten Lebensphase die Schweiz besucht: als Kriegsgefangener des siegreichen Kaisers Napoleon, nach den fürchterlichen Niederlagen der preussischen Armee bei Jena und Auerstedt, nach dem Desaster von Preussisch-Eylau und schliesslich nach der Niederlage des russischen Bündnispartners bei Friedland im Juni 1807.

Ein junger Stabskapitän ohne wirkliche militärische Perspektiven, ohne ein Vaterland, ohne eine Braut, die in Berlin geblieben ist und ihm schmerzlich fehlte. Wen wundert es, dass Clausewitz in dieser schwierigen Lage die Welt nicht eben in lebensfrohen Farben gesehen hat, sondern eher in drückenden dunklen Grautönen.

So meinte er in einem Brief an seine geliebte Braut, dass sich in der westlichen Schweiz kein Landhaus durch eine zierliche Form und lachende Farben auszeichne. Kein Dorf durch einen festlich geschmückten Turm, keine Stadt durch eine stattliche Kathedrale hervorsteche. Städte und Dörfer hätten ein graues, unscheinbares Aussehen. Dies sei umso erstaunlicher, als der Charakter dieser Landschaft höchster Reichtum der Natur sei, und Reichtum der Kunst und des landwirtschaftlichen Anbaues sollten ihr doch zur Seite stehen.

Auch die Stadt Genf nehme ihren schönen Platz am See ohne Grazie und Würde ein. Die Häuser würden sich mit ökonomischer Genauigkeit um den Mittelpunkt eines Kreises herumdrängen, die Kirche habe ein evangelisch trockenes Aussehen, die Türme gerade so hoch, um den Namen der Türme noch zu verdienen und ehrenhalber einige Füsse aus den übrigen Häusern hervorzuragen. Lausanne sei nicht viel besser, die kleinen Städte am schönen See wie Coppet, Rolle und Morges würden sich gar unter den Obstbäumen und Gärten verlieren.

Als Clausewitz mit Prinz August von Preussen (1779-1843) am 11. August 1807 im prachtvollen Schloss Coppet über dem Genfersee eintraf, verbesserte sich sein Gemütszustand allmählich. Der Friede von Tilsit hatte den beiden Kriegsgefan-

genen im August 1807 eine gewisse Lockerung der Internierung gebracht und ihnen die freie Bewegung im ganzen französischen Herrschaftsbereich erlaubt. Zu diesem französischen Herrschaftsbereich zählte auch die Schweiz, denn nach dem Einmarsch der französischen Revolutionstruppen im März 1798 hatte das Land seine Unabhängigkeit und Neutralität verloren und war zu einem Vasallenstaat von Napoleons Gnaden geworden.

Wenn der Prinz von Preussen die gelockerte Internierung benutzte, um in die Schweiz zu reisen, so folgte er einem Trend der Zeit, der gerade die vornehme Gesellschaft erfasst hatte: die höchsten Berge zu bestaunen und sich ganz einer romantischen Naturschwärmerei hinzugeben. Denken wir in diesem Zusammenhang nur an die frühen Werke des Albrecht von Haller, der in Hymnen die Romantik des Hochgebirges besang, oder etwa an die Historiographie des Johann von Müller, die der Schweizerischen Eidgenossenschaft in ganz Europa zu Glanz und Ansehen verhalf.

Wenn der Prinz mit seinem Adjutanten Carl von Clausewitz im Schloss Coppet abstieg, so wird seine Vorliebe für die grosse romantische Literatur und ihre Exponenten sicher eine wichtige Rolle gespielt haben, residierte doch auf Schloss Coppet niemand anders als die renommierte Schriftstellerin und Dichterin Germaine de Staël.

Eine nicht minder wichtige Rolle für die Präferenz der Schweiz und die Einkehr in Schloss Coppet wird aber sicher der Umstand gespielt haben, dass dort zur selben Zeit die bezaubernd hübsche Juliette Récamier zu Besuch weilte, die der Prinz bereits in Paris kennen gelernt hatte, und die er aufsuchen wollte, um ihr ernste Avancen zu machen. Die Juliette Récamier, die der grosse Louis David auf der chaise longue so unvergesslich gemalt hat, war übrigens nicht zufällig in Coppet. Sie galt als napoleonfeindlich und deutschfreundlich, hatte Paris einmal mehr verlassen müssen und suchte die Nähe ihrer Freundin Germaine de Staël.



Juliette Récamier (1777-1849) auf einem Gemälde von Louis David.

Clausewitz hatte für die Schwächen des Prinzen gegenüber den Reizen der Frauenwelt wenig Verständnis und bezeichnete die junge Juliette als gewöhnliche Kokette. Allerdings verfügte Juliette Récamier über eine bedeutende gesellschaftliche Stellung; sie heiratete mit sechzehn Jahren einen der einflussreichsten

Bankiers von Paris und verfügte über ein weit verzweigtes Beziehungsnetz. Die Männerwelt lag ihr zu Füssen! Die Avancen des Prinzen August von Preussen blieben leider ohne Erfolg – trotz eines schriftlichen Heiratsversprechens, das im Hausarchiv von Coppet sorgfältig aufbewahrt wird. Die Gründe für das Scheitern dieser Avancen sind wenig bekannt. Wenn man allerdings bedenkt, dass die Angebetete bereits verheiratet war, über kein Adelsdiplom verfügte und erst noch eine katholische Französin war, dürften die Gründe für das Scheitern dieser Annäherung auf der Hand liegen.

Als die Pässe für die Ausreise nach Preussen am 7. Oktober 1807 eintrafen und die beiden Internierten der Freiheit entgegensehen durften, war dieses Kapitel für den Prinzen für immer beendet.

Die Gegend des Genfersees zeigte sich in den Sommer- und Herbsttagen des Jahres 1807 von der allerschönsten Seite. In Clausewitz erwachten wiederum die Gefühle für die Schönheit der Natur und des Lebens. Seiner Braut Marie von Brühl schrieb er:

„Von Coppet aus übersieht man den See seiner ganzen Länge nach, auf der einen Seite bis Genf, auf der andren fast bis da, wo aus dem allerheimlichsten Winkel der Erde, von den Pforten, aus den Wohnungen ewiger Nacht der Fluss Rhodanus seine Fluten hervorwältzt... ‘Und wie ein Garten ist das Land zu schauen’, sagt Wilhelm Tell zu seinem Sohne..., und ich gehe nie spazieren, ohne mir dies von der hiesigen Gegend zu wiederholen. Kein Fleck einer Handbreit findet sich unangebaut, alles ist eingehegt mit grünen lebendigen Hecken; die häufigen Weinfelder, wo der Wein nach italienischer Weise in Festons aufgebunden ist, vermehren die Zierlichkeit des reichen Anbaus. Von der wunderbaren zarten Beleuchtung der weissen Alpenhäupter und vor allem des Wasserspiegels in diesen schönen Herbsttagen wage ich nicht ein Wort zu sagen...“⁴¹.

In diesen Herbsttagen 1807 ist Clausewitz trotz aller Widerwärtigkeiten ganz der romantischen Naturschwärmerei erlegen. Diese wurde noch verstärkt durch die Bekanntschaft mit dem Dichter und Philosophen August Wilhelm von Schlegel (1767-1845), der ebenfalls auf Schloss Coppet weilte. Nach dem frühen Tod des Barons Eric-Magnus de Staël-Holstein im Jahre 1804 hatte sich Schlegel wiederholt in Coppet aufgehalten. Er wurde schliesslich zum ständigen Gesellschafter im Schloss Coppet und begleitete die grosse Schriftstellerin auf ihren häufigen Reisen nach Italien, Frankreich, Skandinavien und England.

Clausewitz durfte bei Tisch neben Schlegel sitzen, was er mit Begeisterung seiner geliebten Braut in Berlin mitteilte. Schlegel beeinflusste Clausewitz nicht nur mit seinem romantischen Naturempfinden, sondern auch mit seinem ungetrübten, reinen Nationalgefühl und seinem heiligen Patriotismus. In diesem Punkt trafen sich alle, die dem Kreis um Germaine de Staël angehörten. Sie sehnten sich nach einem befreiten Deutschland und förderten ein neues deutsches Nationalgefühl, das nach den schmachvollen Niederlagen den Mut und die Kraft für den preussischen Befreiungskampf liefern sollte.

Clausewitz war denn auch von Germaine de Staël begeistert und meinte in einem Brief an seine Braut, es sei unmöglich, eine grössere Verehrerin der deutschen Literatur und der deutschen Frauen zu sehen als Frau von Staël. Germaine de Staël war ihrerseits von den beiden Deutschen angetan und nannte sie „les deux Allemands par excellence“².

Madame de Staël war eine Schweizerin mit deutschen Wurzeln. Wohl liegt das Schloss Coppet auf Schweizer Boden und gehört dieser Landstrich seit 1804 zum jungen, französischsprachigen Kanton Waadt. Doch Madame de Staël war eine geborene Necker und damit die Tochter des grossen französischen Staatstheoretikers und Finanzministers Jacques Necker (1732-1804). Dieser wiederum wurde in Genf geboren, doch sein Vater war ein Mark Brandenburger und lehrte als Professor deutsches Staatsrecht an der Universität Genf. Dieser Umstand erklärt die deutschen Wurzeln der Germaine de Staël und vielleicht erklärt dieser Umstand auch, weshalb sie ein so tiefes Verständnis für die deutsche Kultur hatte und weshalb ihr zweibändiges Werk „De l'Allemagne“ ein so durchschlagender Erfolg wurde³.

Germaine de Staël prägte in Frankreich über Generationen das Bild der Deutschen und von Deutschland insgesamt. Damit trug sie zum guten Einvernehmen der Nationen bei. In der Bismarckzeit endete allerdings dieses gute Einvernehmen, und zurecht befürchtete Bismarck, die süddeutschen Staaten und die übrigen ehemaligen Rheinbund-Staaten könnten mit Frankreich oder Österreich ein bilaterales Bündnis schliessen und damit seine Kriegspläne durchkreuzen.

Clausewitz hat sich intensiv mit der Schlossherrin von Coppet auseinandergesetzt und kam zu folgendem Urteil:

„Frau von Staël ist eine Frau von vieler Phantasie und einer entsetzlichen Reizbarkeit des Gefühls, die in Deutschland begierig den deutschen Geist

eingesogen hat und ganz davon beseelt ist; im Übrigen ist sie ganz Französin. Das heisst also: Alles, was sie mit Nachdenken spricht und aus dem Innersten ihrer Seele schöpft, atmet deutschen Geist; dagegen fehlt ihr in den leichten, oberflächlichen Berührungen des Geistes und in den äusseren Sitten durchaus die stille, sanfte Würde deutscher Weiblichkeit, die mir an den Frauen Bedürfnis ist, wenn sie mir als Frauen interessant sein sollen. Bei der Frau von Staël fällt mir dies weniger unangenehm auf, weil sie fast beständig über Gegenstände der Literatur spricht und also immer in Berührung mit ihrer vorteilhaften Seite ist. Es macht mir Vergnügen, unter fremden Menschen dem deutschen Geist, dem deutschen Gefühle so aufrichtig huldigen zu sehen.“⁴⁴

Clausewitz hat sich auch mit den schweizerischen Einwohnern der näheren Umgebung beschäftigt, doch sein Urteil fiel nicht eben positiv aus. In seinem Reisejournal hielt er fest:

„An den Männern fällt eben nichts auf, sie sind fast wie Deutsche, wenigstens fehlt viel, dass sie die französische Redseligkeit und Lebhaftigkeit hätten; auch sieht man viele Blonde unter ihnen. Das zweite (weibliche) Geschlecht ist ausgezeichnet. Gewöhnlich sind alle Frauen sehr brünett und da das ganze Volk kränklich aussieht, so sehen auch die Frauen sehr blass und gelb aus, dabei haben sie oft schöne, schwarze, meistens aber noch schönere dunkelblaue Augen, schöne Zähne, eine angenehme, feine und geistreiche Gesichtsbildung; und in dem Ganzen liegt ein Ausdruck von Schwermut, der ihnen allen, auch den hässlichen, einiges Interesse gibt.“ Und weiter: „Die Kleidung ist ärmlich, hat aber doch etwas Malerisches, etwas Naiv-Poetisches. Das ganze Volk hat einen seltenen Grad von gutmütiger Höflichkeit.“⁴⁵

In der Tat war die Schweiz in jenen Jahren zu Zeiten der französischen Okkupation ein bettelarmes Land, ausgeplündert, ausgehungert, geschunden und gedemütigt durch die französischen Besatzungstruppen, die sich nach den napoleonischen Grundsätzen aus dem jeweiligen Land versorgten und so auf grosse Trosse verzichten konnten. Die Schweiz hatte zwar seit 1803 einen Mediationsvertrag mit Frankreich, doch die Besatzungszeit war nicht vergessen und die tiefen Narben nicht verheilt.

Die Schweiz hatte weiterhin erhebliche Abgaben und Kriegsdienste für Frankreich zu leisten. Allein für die Alimentierung der Schweizer Regimenter in napo-

leonischen Diensten mussten permanent 18.000 Schweizer unter französischer Fahne stehen.

Wenn die Stimmung in Coppet und der Waadt nicht so drückend war, dann lag das daran, dass die Waadt durch den Einmarsch französischer Revolutionstruppen als bernisches Untertanenland befreit worden war und allen Grund hatte, in euphorischer Stimmung zu sein.

Ganz anders sah die Lage in der Innerschweiz aus. Die Urkantone, insbesondere Nidwalden, haben sich nie dem französischen Eroberer unterworfen. Insofern sind sie dem Mythos „Wilhelm Tell“ treu geblieben und haben sich von keiner fremden Macht unterjochen lassen. Die Konsequenzen blieben nicht aus. Wiederholt wurde die Innerschweiz von schweren Strafaktionen heimgesucht. Die Bevölkerung wurde systematisch dezimiert und Heinrich Pestalozzi blieb es überlassen, sich um die zerstörten Familien und die vielen Waisenkinder zu kümmern.

Clausewitz wünschte sich nichts sehnlicher, als auf der Rückreise nach Deutschland die Innerschweiz zu sehen. Seiner Marie von Brühl schrieb er: „Bei der Rückkehr hoffe ich die deutsche Schweiz zu sehen, die in so vieler Rücksicht klassisch ist. Vor allem würde ich mich glücklich geschätzt haben, den Vierwaldstättersee zu sehen. Wenn ich auch nicht so glücklich gewesen wäre, ihn zu befahren, wo Tell im Schiff lag, mit Stricken festgebunden, wehrlos, ein aufgebener Mann, zu sehen, was er uns erzählt:

*‘Und als wir an die Ecke jetzt gelangt,
Beim kleinen Axen, da verhängt es Gott,
dass solch ein grausam mörderisch Ungewitter
Jählings hervorbrach aus des Gotthards Schlunde,
Dass allen Ruderern das Herz entsank’.*⁴⁶

Das Pathos von Friedrich Schiller hatte Clausewitz in der Tat ergriffen. Das 1804 erschienene Nationalepos der Schweiz lieferte Clausewitz die seelische Nahrung, die er nach dem katastrophalen Zusammenbruch Preussens dringend brauchte. Insofern bedeutete der Besuch in der Schweiz für Clausewitz innere Sammlung und Aufbau von seelischen Kräften für den Befreiungskampf. Dass ihm dabei das Beispiel Wilhelm Tell und der Freiheitskampf der Eidgenossen gegen mörderische Tyrannen sehr willkommen waren, versteht sich von selbst. Das Beispiel der Schweizerischen Eidgenossenschaft hatte Clausewitz gezeigt,

dass ein Freiheitskampf in schier aussichtsloser Lage und gegen die überdrückende Übermacht eines Gegners sich lohnt und zu einer unabhängigen und souveränen staatlichen Existenz führen kann.

Zusammenfassend und abschliessend können wir sagen, dass der Aufenthalt von Clausewitz in der Schweiz im Jahre 1807 für seine geistige und seelische Entwicklung ausserordentlich wichtig war. Hier reifte der Wille zum Kampf für ein befreites Deutschland und für eine würdige staatliche Existenz in Freiheit und Unabhängigkeit. Zudem bereicherte dieser Aufenthalt in Coppet seine gesellschaftliche und literarische Bildung beträchtlich und ermöglichte ihm, so bedeutende Freunde wie den Dichter und Philosophen August Wilhelm Schlegel zu gewinnen. Der Damengesellschaft konnte er nicht allzu viel abgewinnen und blieb im Herzen seiner Marie von Brühl treu verbunden.

Zum Autor: Oberst i.Gst. Dr. Roland Beck leitet die Sektion Schweiz der Clausewitz-Gesellschaft. Dr. Beck ist Chefredaktor der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift.

Anmerkungen:

- 1 Linnebach, Karl, Carl und Marie von Clausewitz. Ein Lebensbild in Briefen und Tagebuchblättern. Berlin, Warneck 1916, S. 145f
- 2 Schramm, Wilhelm von, Clausewitz. Leben und Werk. Esslingen am Neckar, 976, S. 193
- 3 Staël, Germaine de, De l'Allemagne. 2 Vol., Paris, Garnier-Flammarion 1968
- 4 Linnebach, Clausewitz, S. 146
- 5 Schramm, Clausewitz, S. 178
- 6 Linnebach, Clausewitz, S. 148f

Verteidigungspolitik und Bundeswehr

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2003 vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Unwägbarkeiten in Europa

Vortrag gehalten am 8. November anlässlich des 2. Usedomer Gesprächs des Regionalkreises Berlin in Seebad Bansin

Karl Feldmeyer

Vor fast sechs Jahren, im Mai 2003, hat Verteidigungsminister Struck neue Verteidigungspolitische Richtlinien (VPR) erlassen. Damit schuf er eine neue Grundlage für die Gestaltung der Verteidigungspolitik, bestimmte den Auftrag der Streitkräfte neu, gewichtete ihre Aufgaben neu und schuf damit die Vorgaben für die neuen Fähigkeiten, die die Bundeswehr künftig haben sollte.

Vorangegangen war die vorzeitige Ablösung seines Vorgängers Scharping im Amt des Verteidigungsministers. Dafür war neben anderem auch die Weigerung der Bundesregierung, die von Scharping vorgelegte Streitkräfteplanung zu finanzieren, ursächlich. Damit war die Bemühung gescheitert, zusätzlich zur Kernaufgabe der Bundeswehr, der Landesverteidigung, auch die nach der Wiedervereinigung neu hinzugekommenen Aufgaben der Krisenbewältigung und der Krisenvermeidung sowohl im Auftrag der Vereinten Nationen als auch der Nato zu einem erweiterten Aufgaben- und Fähigkeitsspektrum zu verbinden.

Die neuen VPR stellen bis heute die tiefgreifendste Zäsur in der Geschichte der Bundeswehr dar. Der veränderte Auftrag sieht die Landesverteidigung – also die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland an ihren Grenzen – gegen einen Aggressor nicht mehr vor. Sie ordneten deshalb auch an, die speziell für die Landesverteidigung benötigten Mittel aufzugeben.

Ausgehend von der These, angesichts einer grundlegend gewandelten Sicherheitslage benötige die Bundeswehr veränderte Fähigkeiten, enthielten die VPR den Auftrag an die Bundeswehr, ihre Planungen an der „zu erwartenden Sicherheitslage“ auszurichten. Dabei solle sie ihre Aufgaben neu gewichten und strukturelle Konsequenzen so ziehen, dass sie „dem weiten Verständnis von Verteidigung entsprechen, das sich in den letzten Jahren herausgebildet hat“. Das ist für eine Richtlinie eine ziemlich vage Auftragsbeschreibung. Verteidigung, so heißt es weiter, sei nicht mehr Landesverteidigung an den Grenzen. Sie schließe

Konfliktverhütung und Konfliktbewältigung ein. Vor allem aber sei sie nicht mehr geographisch eingrenzbare. Besonders hervorgehoben wird die Notwendigkeit, asymmetrischen Bedrohungen wie dem Anschlag vom 11. September 2001 gemeinsam mit Nato, UN und EU begegnen zu können.

Das Schwergewicht der Neustrukturierung der Bundeswehr legt diese Richtlinie auf den Erwerb der für weltweite Einsätze notwendigen Fähigkeiten, allen voran Beweglichkeit und Verlegbarkeit sowie Früherkennung und Aufklärung. Dabei werden Einsätze in entfernten Krisengebieten als wahrscheinlicher und prioritär vor solchen in Europa bewertet. Der Grund dafür ist die Annahme, dass ein Konflikt, der zu einer großen Konfrontation wie dem Ost-Westkonflikt führen könnte, auszuschließen sei. Als Beispiel für das, was man als in Europa verbliebenes Konfliktpotential unterstellte, wird der Konflikt in Bosnien genannt.

Je größer eine Gefahr ist, umso wahrscheinlicher ist es, dass sie nicht vorhergesehen wird, sondern unerwartet und überraschend eintritt. Das ist sozusagen Teil ihres Wesens.

benes Konfliktpotential unterstellte, wird der Konflikt in Bosnien genannt.

Konflikte mit Russland werden ausgeschlossen. Vielmehr wird Russland „auf Grund seiner außenpolitischen Neuorientierung“ als

Partner gesehen, der die Chance einer konstruktiven Zusammenarbeit im globalen Rahmen biete. Die Erweiterung der G7 zu den G8 durch die Aufnahme Russlands, die Zusammenarbeit mit ihm im Nato-Russland-Rat und der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus werden als Grundlage für eine enge und langfristige Kooperation in sicherheitspolitischen Fragen ausdrücklich hervorgehoben.

Diese Veränderung des Auftrags der Bundeswehr und in seiner Folge der tiefgreifende Umbau der Bundeswehr von einer Armee der Landesverteidigung zu einer Streitmacht für weltweite Interventionen und Kampfeinsätze hat drei Beurteilungen von besonderer Bedeutung zur Voraussetzung.

Erstens, die Überzeugung, dass es „auf absehbare Zeit“ keine konventionelle Bedrohung geben werde, für deren Abwehr eine Bundeswehr in ihrer ursprünglichen Form erforderlich sei; zweitens, die Überzeugung, dass es möglich sei, sich an einer „zu erwartenden Sicherheitslage“ orientieren zu können und drittens, dass man den Aufzug neuer Gefahren so früh erkennen werde, dass genügend Zeit bleibe, um die zu ihrer Überwindung notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Ich bekenne, dass ich alle drei Voraussetzungen, auf die sich die VPR ausdrücklich abstützen, von Anfang an als bedenklich bewertet habe.

Je größer eine Gefahr ist, umso wahrscheinlicher ist es, dass sie nicht vorhergesehen wird, sondern unerwartet und überraschend eintritt. Das ist sozusagen Teil ihres Wesens.

Bekannt ist auch, wie viel Zeit erforderlich ist, um eine Armee, um neue Divisionen und Brigaden aufzubauen, vor allem aber um vollwertige Kompaniechefs und Bataillonskommandeure heranzuziehen. All dies wissen die meisten unter ihnen noch viel genauer als ich.

Und unvergessen ist mir der Satz, den mir mein alter Freund Johann Adolf Graf Kielmansegg hinterlassen hat: „Und vergessen Sie nie, Feldmeyer: Verlassen kann man sich im Ernstfall nur auf das, was fertig ist.“

Sie sehen, meine Zweifel waren und sind bis heute grundsätzlicher Natur. Deshalb hielt ich es schon 2003 für nicht verantwortlich, die VPR und damit die Struktur der Armee, die ja definitionsgemäß dafür da ist, im worst case zu helfen und zu schützen, auf die Kooperationsbereitschaft und Demokratisierung Moskaus abzustellen. Dies um so mehr, als auch 2003 in Europa viele Probleme ungeklärt und damit risikoträchtig waren. Und von einem problemfreien, ungetrübten Verhältnis Moskaus zum Westen konnte auch damals keine Rede sein.

Bekannt ist auch, wie viel Zeit erforderlich ist, um eine Armee, um neue Divisionen und Brigaden aufzubauen, vor allem aber um vollwertige Kompaniechefs und Bataillonskommandeure heranzuziehen.

Die Liste möglicher Konfliktherde im Osten der Nato ist viel länger, als sich dies im öffentlichen Bewusstsein widerspiegelt. Mit dem Nato-Beitritt der ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts fand sich Moskau zwar ab, ohne dies zum Konfliktthema zu machen. Für die baltischen Staaten, die bis 1991 Teil der Sowjetunion waren, aber galt das nie, auch wenn Moskau den Beitritt schließlich ohnmächtig hinnehmen musste. Sollte Russland einmal Interesse daran haben, das dort vorhandene Konfliktpotential zu nutzen, so bietet sich ihm ein reichhaltiges Arsenal. Das schlechte Verhältnis zwischen Balten und Russland beruht zum einen auf dem Trauma der Okkupation, den Erinnerungen der drei Völker an die Gräueltaten der sowjetischen Besatzer nach der Annexion im Jahr 1940, zum anderen auf der Geringschätzung dieser kleinen Völker auf russischer Seite.

An Anlässen für Konflikte fehlt es nicht, wenn man denn nach ihnen sucht. Sie reichen von dem hohen russischen Bevölkerungsanteil in Estland und Lettland bis hin zu der Tatsache, dass es keinen Grenzvertrag zwischen Estland und Russland gibt, weil Moskau die Ratifizierung des Abkommens verweigert. Das prekäre Verhältnis der drei baltischen Staaten, insbesondere das Estlands zu Russland kann für Nato wie EU jederzeit zu einem akuten Problem werden.

Der nächste potentielle Konfliktherd liegt in unmittelbarer Nachbarschaft: Der Oblast Kaliningrad, das einstige nördliche Ostpreußen. So wie es nach 1918 vom Reich getrennt war, ist das einst nördliche Ostpreußen nun wieder abgetrennt, diesmal von Russland. Es ist von dort nur unter erschwerten Bedingungen erreichbar, entweder auf dem Seeweg oder mit Transitzügen durch Weißrussland und Litauen. Auch solche Regelungen können schnell zu Spannungen und Weiterungen führen.

Der dritte potentielle Konfliktherd ist schon genannt: Weißrussland. Das autoritäre Regime Lukaschenkos hat eine unkalkulierbare Zukunft. Erkennbar ist nur eines: Seine Instabilität. Es schwankt, getrieben von wirtschaftlichen Nöten zwischen Ost und West und ist in jedem Fall ein latentes Risiko.

Das gleiche gilt für die südlich anschließende Ukraine sowie für Moldawien und Transnistrien, in dem sich noch immer Reste der einstigen 14. sowjetischen Armee befinden, was Washington nach eigenem Bekunden davon abhält, den KSE-Vertrag zu ratifizieren.

Für das potentiell brisanteste Problem halte ich die Ukraine – aus mehreren Gründen. Da ist zunächst die innere Spaltung des Landes in zwei bewusstseinsmäßig, politisch und kulturell deutlich unterschiedliche Teile, den von Polen beeinflussten und zum Teil römisch-katholischen Westen und den russisch geprägten Osten mit dem hoch industrialisierten Donez-Becken, der Krim mit Sewastopol und der dort immer noch stationierten russischen Schwarzmeer-Flotte. Das Land hat in den letzten zehn Jahren zwei schwere innere Krisen erlebt, die es an den Rand des Zerbrechens brachten. Die zweite ist noch voll im Gang – und in beiden Fällen ging es um die West- oder Ostorientierung.

Noch ein Stück weiter östlich liegt Georgien, dessen Staatschef Saakaschwili am 8. August, also vor gerade drei Monaten, Südossetien und Abchasien, die völkerrechtlich, aber nicht ethnisch Teil Georgiens sind, mit Waffengewalt zu unterwerfen versucht hat. Das gab Moskau aus westlicher Sicht einen Vorwand;

nach seiner eigenen Darstellung einen triftigen Grund, beiden Völkerschaften mit seinen Streitkräften zur Hilfe zu kommen und selbst Teile Georgiens zu besetzen. Auf die rechtliche Bewertung dieses Vorgangs brauchen wir hier nicht einzugehen. Wichtiger sind für uns zwei Feststellungen: Erstens, Moskau hat die Annahme widerlegt, dass Militäroperationen außerhalb seines Territoriums für Russland nicht mehr in Betracht kommen. Das heißt, Krieg mit Russland ist grundsätzlich wieder eine Möglichkeit, die in das eigene Risikokalkül mit einbezogen werden muss. Zweitens: der Westen war nicht in der Lage die von Moskau gesetzten neuen Fakten zu beseitigen. Selbst wenn es dies gewollt hätte: Ihm hätten die militärischen Mittel gefehlt, um Georgien gegen Russland militärisch zur Hilfe kommen zu können

Damit wird unser Blick auf eine gravierende Veränderung gerichtet, die sich nach 1990 auf der Seite des Westens, konkret in der Nato, ereignet hat. Die Osterweiterung der Allianz ist nicht mit der Anpassung ihrer militärischen Fähigkeiten an die Ausdehnung einhergegangen. Denn das, was für Georgien zutrifft, das trifft auch für die neuen Nato-Mitglieder zu. Ein Allgemeiner Verteidigungsplan, so wie es ihn für die Nato bis 1990 gab, gibt es für die erweiterte Nato nicht, und erst recht gibt es keine nach Osten ausgedehnte Infrastruktur. Vielmehr verpflichtete sich die Nato im Zusammenhang mit der Erweiterungsdiskussion gegenüber Moskau, auf den Territorien der neuen Mitgliedstaaten keine Truppen anderer Nato-Staaten zu stationieren. Dieses Versprechen existiert allerdings nur mündlich.

Krieg mit Russland ist grundsätzlich wieder eine Möglichkeit, die in das eigene Risikokalkül mit einbezogen werden muss.

So, wie die Bundeswehr hat sich die Nato insgesamt seit Jahren auf den Kampf gegen den weltweiten Terror und die Restrukturierung der Streitkräfte ihrer Mitglieder für diesen Zweck konzentriert. Das ist ein gewichtiges Argument, das die Bundesregierung für ihr eigenes Verhalten und die Umstrukturierung der Bundeswehr in Anspruch nehmen kann. Der 8. August hat nun jedoch in der Nato eine Diskussion darüber ausgelöst, ob die Schwerpunktverlagerung der Allianz auf weltweite Interventionsfähigkeit zu Lasten des ursprünglichen Auftrags, so wie er im Artikel 5 des Washingtoner Vertrags verankert ist, der neuen Lage und den eigenen Sicherheitsinteressen noch entspricht.

Es kann nicht wundem, dass der Impuls zu dieser internen Diskussion aus den Reihen der neuen Mitglieder, vor allem von den baltischen Staaten ausgegangen ist. Sie haben das Gefühl der Gefährdung durch Moskau nie verloren. Auch in der kleinen sicherheitspolitischen Community in Berlin ist die Gefahr neuer

Ost-West-Konflikte Gesprächsthema. So erörterte der Arbeitskreis Sicherheitspolitik der GDAP vor drei Wochen die Frage, ob eine neue Balance zwischen den Aufgaben des Artikels 5 des Washingtoner Vertrags und dem Engagement der Nato zum weltweiten Krisenmanagement erforderlich sei.

Es kann nicht erstaunen, dass die Bundesregierung gegen eine Rückkehr zum Primat des kollektiven Verteidigungsbeitrags große Bedenken hätte. Nirgends sieht man auf Grund eigener historischer Erfahrung die Konsequenzen deutlicher, die diese Entscheidung nicht nur für den militärischen Bereich, sondern mehr noch auf das politische Klima in Europa und darüber hinaus hätte. Die Gefahr einer Rückkehr zu einem Ost-West-Verhältnis alten Stils müsste befürchtet werden – und das ist das Letzte, was man sich in Berlin und andernorts wünschen kann. Risikofrei ist diese Position freilich nicht. Sie könnte nicht nur zur Isolation im

In Georgien musste Amerika – und mit ihm die übrigen Nato-Mitglieder – die Erfahrung machen, dass Moskau entschlossen und derzeit auch fähig ist, einer Politik, die es als Einkreisungspolitik bewertet, durch Waffeneinsatz militärisch wie politisch den Erfolg zu verwehren.

Bündnis führen – die derzeit kein Thema ist – aber auch zur Verkenning der Absichten, die Moskau verfolgen könnte.

All dies macht deutlich, dass die Auswirkungen des 8. August auf die Lage in Europa für uns schwerer wiegen, als das Geschehen vor Ort. Im Kern liegt dem Krieg in Georgien

ein Ost-West-Konflikt zugrunde. In ihm geht es um die Aufnahme Georgiens in die Nato und damit auch um die Sicherung der Pipeline, die Erdöl aus Aserbeidschan durch Georgien in den Westen transportiert, ohne Russland zu berühren und von ihm kontrolliert zu werden. Und es geht – vor allem für Amerika – darum, eine strategische Position zu sichern, die den Transkaukasus und die Ölregion ums Kaspische Meer seinem politischen Einfluss öffnet. Bis 1990 war Amerika mit seiner Armee in Berlin wie im so genannten „Fulda gap“ direkter Nachbar Moskaus. Zieht man das Resümee aus dem amerikanischen Wunsch, die Ukraine und Georgien in die Nato einzubeziehen, so ergibt sich daraus zumindest die Frage, wenn nicht die Vermutung, dass es diesen Status – zumindest unter dem bisherigen Präsidenten Bush jr. – wiederherstellen will.

In Georgien musste Amerika – und mit ihm die übrigen Nato-Mitglieder – die Erfahrung machen, dass Moskau entschlossen und derzeit auch fähig ist, einer Politik, die es als Einkreisungspolitik bewertet, durch Waffeneinsatz militärisch wie politisch den Erfolg zu verwehren. Noch etwas ist von Belang: Schon bei der Vorbereitung des Nato-Gipfels in Bukarest im April 2007 wurde deutlich, dass die Allianz in Bezug auf die Aufnahme der Ukraine und Georgiens un-

terschiedliche Positionen einnimmt. Washingtons Drängen auf eine möglichst schnelle Aufnahme beider Staaten stößt auf Widerstand europäischer Partner, insbesondere der Bundesrepublik. Das aber heißt, dass die Nato derzeit keine gemeinsame Politik gegenüber Moskau verfolgen kann, weil ihre Mitglieder unterschiedliche Prioritäten haben. Die Bundesregierung hält auch nach dem 8. August an ihrer Politik der Zusammenarbeit mit Moskau fest. Sie will verhindern, in einen Antagonismus zu Russland zu geraten. Ihre Politik fußt noch immer auf der von allen Staaten, die an der KSZE-Gipfelkonferenz im November 1990 in Paris teilnahmen, unterzeichneten Verpflichtung zur Zusammenarbeit auf der Basis gemeinsamer demokratischer Ideale und Ordnungen, der Marktwirtschaft und der Rechtsstaatlichkeit. Es war diese Verpflichtung, die die Angst vor Kriegsgefahr in Europa verlöschen ließ

Die Zweifel daran, dass Moskau seinerseits bereit ist, sich an diese Verpflichtung zu halten, sind unter Putins Herrschaft allerdings gewachsen, weil sich Russland unter ihm weder demokratisierte, sondern im Gegenteil autoritär beherrscht wurde und wird, ebenso, weil er keine Anstrengungen unternahm eine unabhängige Gerichtsbarkeit aufzubauen und damit die Voraussetzung für Rechtsstaatlichkeit zu schaffen.

Auch Medwedjew lässt keine Wandlung zum Bessern erkennen. In seiner Rede zum Gemeinsamen Haus Europa, die er im Juni dieses Jahres hielt, bezog er sich mit keinem Wort auf die 1990 in Paris eingegangenen Selbstverpflichtungen, auf den Transformationsprozess und sein Ziel ein gemeinsames Haus auf der Grundlage gemeinsamer Werte der Demokratie, der Menschenrechte, der Marktwirtschaft und der Unabhängigkeit der Gerichte zu errichten. Stattdessen warb er für ein neues „Großeuropa“, das für Stabilität und Sicherheit sorgen und mit einer politisch verstärkten OSZE verbunden werden solle – ohne Allianzstrukturen wie die der Nato. Er lehnte das Konzept einer transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok ab, weil es an das Blockdenken gebunden sei, deren immer neue Erweiterungsrounden er verurteilte. Die EU kommt in seinem Konzept nicht vor, hat somit in ihm auch keinen Platz; ebenso wenig wie die Kernaussagen des KSZE-Gipfels von 1990.

In seiner Rede über die neuen außenpolitischen Leitlinien, die er Ende August anlässlich des 200-jährigen Bestehens des russischen Außenministeriums vor den in Moskau versammelten russischen Diplomaten vortrug, fügte Medwedjew wichtige Aussagen hinzu. Ausdrücklich erkannte er die fundamentalen Grundsätze des Völkerrechts an. Eine Konfrontationspolitik gegenüber anderen

Ländern lehnte er ab. Zugleich teilte er aber mit, dass Russland das Recht beanspruche und es als seine vorrangige Aufgabe ansehe, „das Leben und die Würde von Bürgern der Russischen Föderation sowie deren Interessen zu schützen, wo immer sie sich auch befinden.“ Dass diese Aussage in Ländern wie Estland und Lettland mit einem hohen russischen Bevölkerungsanteil Ängste schürt, bedarf keiner Erklärung. Weiter beanspruchte Medwedjew für Russland „Zonen vorrangigen russischen Interesses“. Die Zukunft der internationalen Beziehungen

„Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“ – und zwar nicht nur in Afghanistan, sondern eben auch im Rahmen der Bündnisverteidigung in Europa – hat seine Bedeutung nicht verloren.

hänge davon ab, ob „unsere Freunde und Partner“ Russlands Rechte und Privilegien anerkennen.

Das ist keine eindeutige Botschaft. Viel wird davon abhängen, wie man solche Aussagen auslegt und welche Schlüsse man daraus zieht. In der Praxis wird es darauf ankommen, welche Aussage Medwedjews die maßgebende ist: die Anerkennung der fundamentalen Grundsätze des Völkerrechts oder der Anspruch auf Sonderrechte für Russland.

All das war bei der Präsentation der neuen verteidigungspolitischen Richtlinien 2003 eben so wenig absehbar wie die Ereignisse des 8. August dieses Jahres. Aber auch ohne dies vorhersehen zu können, gab es bereits damals hinreichend Gründe dafür, der Bundeswehr zumindest die Voraussetzungen dafür zu erhalten, die Fähigkeiten zu regenerieren, die sie für den Spannungsfall in Europa benötigt und damit dazu, zur Abschreckung vor Aggressionen in Europa beitragen und notfalls kämpfen zu können – so wie sie dies bis 1990 erfolgreich getan hat. Ihr damaliges Motto:

„Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“ – und zwar nicht nur in Afghanistan, sondern eben auch im Rahmen der Bündnisverteidigung in Europa – hat seine Bedeutung nicht verloren.

Zum Autor: Karl Feldmeyer, Journalist, war lange Jahre Mitarbeiter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und dort u.a. verantwortlicher Redakteur für Fragen von Sicherheitspolitik und Bundeswehr. Karl Feldmeyer ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Zeitgemäße Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Inneren Führung. Bewährtes und zu Bewahrendes¹

Robert Bergmann

„Tradition ist nicht die Anbetung der Asche, sondern die Weitergabe des Feuers“. Dieser Satz des Komponisten und Reformers des Musiktheaters, Gustav Mahler, erinnert mich an die visionären Ideen, an die Denkprinzipien und an die nach vorne gerichtete Energie der Gründerväter der Inneren Führung, allen voran Generalleutnant Wolf Graf von Baudissin. Diese Ideen und Denkprinzipien sind auch heute noch wegweisend. Sie kennzeichnen die Führungsphilosophie und Führungskultur der Bundeswehr.

Die Gründerväter der Inneren Führung zielten mit ihrer Konzeption von vornberein auf einsatzbereite Streitkräfte in der Demokratie.

Die Bundeswehr ist seit über 50 Jahren mit der Konzeption der Inneren Führung gut gefahren. So wurden beispielsweise die ehemaligen Soldaten der Nationalen Volksarmee erfolgreich in die Bundeswehr integriert. Die Armee der Einheit war geschaffen. Der Dienst von Frauen in allen Bereichen der Streitkräfte ist nicht nur anerkannt, sondern heute eine Selbstverständlichkeit. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor dabei war, dass die Innere Führung stets zeitgemäß ausgestaltet und mit Augenmaß den jeweiligen veränderten Rahmenbedingungen angepasst wurde.

Wie ist die Situation heute?

Die Streitkräfte werden in Konzeption, Struktur und Ausbildung weiter konsequent auf Einsatzaufgaben ausgerichtet, um den veränderten Sicherheitsbedrohungen und neuen militärischen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Dieser tief greifende, komplexe Veränderungsprozess – die Transformation der Bundeswehr – wird andauern. Einen Abschluss mit definiertem Zustand zu einem festgelegten Termin wird es angesichts der Häufigkeit, mit der sicherheitspolitische und gesellschaftliche Veränderungen auf die Bundeswehr zukommen, nicht geben können. Zugleich steht die Bundeswehr in unterschiedlichen Kulturkreisen und unter ungewohnten geographischen Bedingungen im Einsatz. Sie ist de facto eine Armee im Einsatz.

Mittlerweile verfügen wir über einen reichen Fundus an Erfahrungen aus den Einsätzen. Diese bestätigen die Gültigkeit der Inneren Führung für die aktuellen

Einsatzszenarien. Das ist wenig überraschend. Die Gründerväter der Inneren Führung zielten mit ihrer Konzeption von vornherein auf einsatzbereite Streitkräfte in der Demokratie. Es ist also nichts Neues, wenn Einsatzbereitschaft und Innere Führung in einer Ziel-Mittel-Zweck-Relation zueinander stehen und dabei der Menschenführung eine herausragende und zentrale Bedeutung in der Bundeswehr zukommt.

Die Innere Führung war von Anfang an eine nach vorne gerichtete Leitlinie, in der freiheitliche, pluralistische Werte tradiert sind und die gerade deshalb offen und dynamisch für Neuerungen ist. Sie ist also eine bewahrende und zugleich lebendige Konzeption, abgeleitet aus den Werten und Normen des Grundgesetzes.

Die Innere Führung war von Anfang an eine nach vorne gerichtete Leitlinie, in der freiheitliche, pluralistische Werte tradiert sind und die gerade deshalb offen und dynamisch für Neuerungen ist. Sie ist also eine bewahrende und zugleich lebendige Konzeption, abgeleitet aus den Werten und Normen des Grundgesetzes.

Innere Führung stützt sich auf diese veränderlichen und unveräußerlichen Werte und Normen, die ihr zugleich ihren zeitlosen Charakter geben.

Der Kernbestand der Inneren Führung umfasst die Bindung der Bundeswehr und deren Rechtsordnung an die grundgesetzlich garantierten Menschen- und Bürgerrechte, das Frie-

densgebot des Grundgesetzes und damit das Verbot eines Angriffskrieges, das Prinzip von Befehl und Gehorsam einschließlich der Grenzen der Befehlsbefugnis und der Gehorsamspflicht sowie das Primat der Politik. Dieser Kernbestand ist unveränderbar und kann daher nicht Gegenstand einer Weiterentwicklung der Inneren Führung sein. Gleichwohl hat die Konzeption einen veränderlichen Teil, ausgedrückt in so genannten „Gestaltungsfeldern“ der Inneren Führung. Diese unterliegen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, rechtlichen und technischen Entwicklungen, auf die reagiert werden muss. Die Gestaltungsfelder reflektieren den von Baudissin geforderten Austausch zwischen Bundeswehr und Gesellschaft. Signifikante Beispiele dazu sind die Forderungen der Streitkräfte nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Dienst im Grundbetrieb wie im Einsatz sowie nach sozialer Absicherung bei Unfällen und Verwundungen.

Die Innere Führung weiterzuentwickeln heißt, dafür Sorge zu tragen, dass in der Praxis die Grundlagen für die militärische Auftragsbefüllung stimmen. Das geht nur, wenn die Gestaltungsfelder der Inneren Führung permanent auf den Prüfstand gestellt und konsequent weiterentwickelt werden. Richtungsweisend dafür sind die Ziele der Inneren Führung. Das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform

umfasst diese Ziele. Es beschreibt idealtypische Rollen des soldatischen Selbstverständnisses in einer parlamentarischen Demokratie und einer pluralistischen Gesellschaft: Freie Persönlichkeiten, die verantwortungsbewusst handeln und gesellschaftlich integriert als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger leben, sowie als Soldatinnen und Soldaten einsatzbereit, motiviert und diszipliniert ihren Dienst verrichten. Diese Leitbildausprägungen haben beschreibende sowie normative Elemente und sind verpflichtend zu verstehen. Sie hegen das mögliche Spektrum des soldatischen Selbstverständnisses ein und verpflichten die Soldatinnen und Soldaten zu einer Berufsethik.

Neue Vorzeichen und Gewichtungen

Unter dem Vorzeichen der Auslandseinsätze erfahren die Ausprägungen des Leitbildes eine veränderte Gewichtung. Vor dem Jahr 1990 war die Bundeswehr vornehmlich eine Armee in Übung. Die Bewährung im Auslandseinsatz stand aus. In der heutigen Armee im Einsatz sind die Spannungen, die zwischen den dienstlichen Anforderungen an die Soldaten und der gesellschaftlichen Realität bestehen, erheblich gestiegen. Um diese Feststellungen und den daraus ableitbaren grundsätzlichen Weiterentwicklungsbedarf der Inneren Führung zu beschreiben und zu erklären, sind zwei Leitfragen hilfreich:

1. Was kennzeichnet soldatisches Dienen heute und welche Anforderungen sind an die Soldatinnen und Soldaten zu stellen?
2. Welche politischen und insbesondere gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind gegeben und welche Entwicklungen zeichnen sich ab?

Grundsätzlich ist das Berufsbild des Soldaten der Bundeswehr gemessen an den Kernaufgaben der Streitkräfte unverändert. Allerdings sind die militärischen Aufgaben vielfältiger und komplexer geworden. Das Spektrum im Auslandseinsatz reicht heute von polizeiähnlichen Aufgaben mit sozialen, diplomatischen und helfenden Komponenten, und zwar in anderen Kulturkreisen sowie unter anderen geographischen und klimatischen Gegebenheiten, bis hin zum klassischen Kampfeinsatz. Dennoch darf auf die Bedürfnisse der Soldatinnen und Soldaten als Staatsbürger in Uniform nicht weniger flexibel und zeitnah eingegangen werden. Im Gegenteil: Große Verantwortung mit po-

Die Innere Führung weiterzuentwickeln heißt, dafür Sorge zu tragen, dass in der Praxis die Grundlagen für die militärische Auftragsbefüllung stimmen.

litischer Tragweite liegt mehr als zuvor auch auf den unteren Führungsebenen. Dort muss angesichts der Konfrontation mit Not, Elend, Verwundung und auch Tod Innere Führung gestaltet werden. Und dort können Soldatinnen und Soldaten, die im Einsatzland beispielsweise als Stabilisierungskräfte und in vielen Bereichen als Helfer eingesetzt sind, plötzlich gezwungen sein, bei einer überraschenden Lageänderung zur Waffe zu greifen und zu kämpfen. Dabei müssen sie in unübersichtlichen Konfliktsituationen kritisch beurteilen, ob der Einsatz von Waffengewalt unvermeidbar ist und wo die Grenze ethisch gerechtfertigter Gewaltanwendung überschritten ist. Ihnen wird in einem anderen Maße als früher berufliches Können abverlangt. Hinzu kommen eine stark eingeschränkte Lebensqualität und die lange Trennung von Familie, Partner und Freundeskreis. Dies führt zu großen Belastungen bei militärischen Führen und Geführten.

Darin, in der Realität der Einsätze und der damit verbundenen Alltags- und Einsatzerfahrungen der Soldatinnen und Soldaten, ist die größte Veränderung zu sehen. Und genau hier war ein Ansatzpunkt für die Weiterentwicklung der Inneren Führung. Dabei stand die Entwicklung und Förderung des soldatischen Selbstverständnisses und die Intensivierung der ethischen Grundlagenvermittlung im Vordergrund. Diese Grundlagen müssen stimmen, damit die Soldatinnen und Soldaten im Einsatz bestehen können und die militärischen Führer und Vorgesetzten als überzeugte Menschenführer wirken.

Legitimation und Einsatzmotivation

Es gehört zum Leitbild vom Staatsbürger in Uniform, dass Soldatinnen und Soldaten wissen, wofür sie stehen und wofür sie sich einsetzen. Deshalb müssen die Legitimation und der Sinn der Auslandseinsätze den Soldatinnen und Soldaten vermittelt werden. Die Vermittlung des Sinns der Einsätze obliegt in erster Linie der Bundesregierung und vor allem dem den jeweiligen Einsatz legitimierenden Parlament. Die militärische Führung hat den politischen Auftrag mit den Streitkräften umzusetzen. Das heißt auch, die Wofür-Frage aktiv zu beantworten. Konkret bedeutet das, Soldatinnen und Soldaten zu vermitteln, wofür sie gegebenenfalls in einen Auslandseinsatz müssen, der für sie mehrheitlich Entbehrungen und ein erhöhtes Risiko bedeutet. Sie müssen und wollen dabei die Hintergründe ihres Einsatzes nicht nur kennen, sondern auch verstehen. Zu dieser Transferleistung müssen die Vorgesetzten beitragen, nicht nur um Gehorsam aus Einsicht zu erreichen, sondern auch, um das erforderliche soldatische Selbstverständnis bei den Geführten zu entwickeln und zu fördern. Das wird glaubhafter und überzeugender gelingen, wenn diese Erklärung auf möglichst

klaren sicherheitspolitischen Zielen aufbaut. Und sie ist noch tragfähiger, wenn die zivilen Bürgerinnen und Bürger wissen, was die Soldatinnen und Soldaten zu leisten haben, und auch mehrheitlich sowie nachhaltig dahinter stehen.

Dies berührt unmittelbar die Frage nach der Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft. Dabei sind im Zuge des Transformationsprozesses zwei signifikante Veränderungen zu betrachten, die Auswirkungen auf die Legitimationsfrage haben: Erstens ist die Bundeswehr, bedingt durch Umstrukturierungen, Personalreduzierungen und Standortauflösungen nicht mehr in der Fläche präsent. Für die Bürgerinnen und Bürger ist die Bundeswehr daher häufig nur noch in den Medien sichtbar. Und zweitens bildete die Bundeswehr vor dem Jahr 1990 mit der Zivilgesellschaft noch eine Schicksalsgemeinschaft, in welcher ein fast gleiches Risiko für Bevölkerung und Armee bestand. Heute besteht dagegen ein gestreutes Risiko, selbst dann, wenn die Bedrohung der Bevölkerung in Deutschland, zum Beispiel durch Terrorakte, zunähme und damit ein Verlust an Sicherheit einherginge. Das führt unter anderem dazu, dass die Wofür-Frage der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Uniform umso lauter gestellt wird, je größer die territoriale Entkopplung der Schicksalsgemeinschaft „Bevölkerung und Armee“ ist: Die Wofür-Frage wird bei einem Einsatz in Afghanistan deutlich häufiger und lauter gestellt, als bei einem Einsatz zur Bekämpfung der Hochwasserkatastrophe im Inland und zwar nicht nur von den Soldatinnen und Soldaten, sondern auch von der übrigen Gesellschaft. Diese nehmen die Bundeswehr zunehmend als Instrument der Außenpolitik wahr. Vor diesem Hintergrund ist auch die Aussage von Bundespräsident Horst Köhler zu sehen, als er im Jahr 2005 sagte, in der deutschen Gesellschaft herrsche gegenüber der Bundeswehr ein freundliches Desinteresse.

Die Wofür-Frage wird bei einem Einsatz in Afghanistan deutlich häufiger und lauter gestellt als bei einem Einsatz zur Bekämpfung der Hochwasserkatastrophe im Inland, und zwar nicht nur von den Soldatinnen und Soldaten, sondern auch von der übrigen Gesellschaft.

Die Kohäsion zwischen Bundeswehr und Gesellschaft aufrechtzuerhalten und die Legitimation von Auslandseinsätzen herzustellen, ist eine genuin politische Aufgabe. Es steht dennoch außer Frage, dass die Bundeswehr durch eine fortwährende Medienpräsenz und eine lebendige Diskussion mit allen gesellschaftlichen Bereichen über die Legitimation der Bundeswehreinätze und, damit eng verbunden, über die Innere Führung und deren Weiterentwicklung selbst dazu beitragen muss.

Andererseits wirken gesellschaftliche und sicherheitspolitische Veränderungsprozesse unmittelbar in die Bundeswehr hinein und haben dort Auswirkungen auf

die Werteorientierung und das berufliche Selbstverständnis der Soldatinnen und Soldaten. Darauf muss die Bundeswehr reagieren, weil sie ein existentielles Interesse daran hat, dass auch die jungen Soldatinnen und Soldaten ein berufliches Selbstverständnis übernehmen und verinnerlichen, das auf traditionelle Werte und Tugenden wie Gehorsam, Disziplin, Treue, Dienen, Tapferkeit, Selbstbeherrschung, Einsatz- und Opferbereitschaft aufbaut.

Werteorientierung und berufliches Selbstverständnis

Der gesellschaftliche Wertewandel ist gekennzeichnet durch eine zunehmende Ausdifferenzierung von Wertvorstellungen. Infolgedessen besteht weniger Konsens darüber, was richtig und falsch, was erstrebenswert und was ablehnenswert ist. Die Vielfalt der Lebenswelten und Weltanschauungen wird geradezu als Kennzeichen für moderne, offene, pluralistische und säkulare, demokratische Gesellschaften verstanden. Auch wenn neuerdings Strömungen der Restauration traditioneller Werte und Tugenden sowie religiöser Bekenntnisse zu beobachten sind, kann generalisierend, insbesondere bei jungen Menschen, von zunehmenden Tendenzen der Individualisierung verbunden mit höherem Anspruchsdenken gesprochen werden. Vor allem bei Grundwehrdienstleistenden und Soldaten auf Zeit, also bei jungen Soldatinnen und Soldaten, lassen sich Wertvorstellungen wieder finden, die auch gesamtgesellschaftlich relevant sind.



Die Kohäsion zwischen Bundeswehr und Gesellschaft aufrechtzuerhalten und die Legitimation von Auslandseinsätzen herzustellen, ist eine genuin politische Aufgabe – im Bild: Einsatz im Rahmen der Operation "Enduring Freedom" am Horn von Afrika

verbunden mit höherem Anspruchsdenken gesprochen werden. Vor allem bei Grundwehrdienstleistenden und Soldaten auf Zeit, also bei jungen Soldatinnen und Soldaten, lassen sich Wertvorstellungen wieder finden, die auch gesamtgesellschaftlich relevant sind.

Damit wächst die Herausforderung an die Innere Führung, aus der gegebenen pluralistischen Werteorientierung der Bürgerinnen und Bürger einsatzbereite Soldatinnen und Soldaten durch Führung, Ausbildung und Bildung sowie Erziehung zu formen, die

dem Bild vom staatsbürgerlich mündigen Soldaten möglichst entsprechen und sich der letzten Konsequenz des Soldatenberufs bewusst sind: Einsatz von Waffengewalt und Einsatz des eigenen Lebens.

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr brauchen ein bestimmtes Berufsethos, also sittliche und moralische Grundsätze, die ihr Handeln bestimmen. Ansonsten ist eine einsatzbereite Armee auf der Basis der Werte und Normen un-

seres Grundgesetzes in letzter Konsequenz nicht zu haben. Soldaten müssen über eine stabile Wertebasis und über eine ausgeprägte moralische Urteilsfähigkeit verfügen. Darüber sollten auch die vermeintlichen Kritiker der Inneren Führung nachdenken, wenn sie einwenden mögen, dass in einer hochtechnisierten, integrierten Armee, deren Zukunft in der vernetzten Operationsführung liegt, sich der militärische Dienst auf die Anwendung von Technik und Verfahren reduzieren ließe. Einen Technokratismus können sich Soldatinnen und Soldaten nicht leisten. Zu existenziell und ethisch ist der Berufsstand, zu politisch sind die Auswirkungen ihres Handelns. Entscheidend ist auch hier die Legitimation des jeweiligen Einsatzes, weil militärische Tugenden, wie General Ulrich de Maizière einmal schrieb, „ihren eigentlichen Wert erst durch das `Wofür` erhalten“ und „mit ethischen Zielen verknüpft sein müssen“.

Ein berufliches Selbstverständnis, aufgebaut auf rein subjektiven Kosten-Nutzen-Abwägungen, wäre unvereinbar mit dem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform. Es reflektierte nicht die ethisch-moralische und politische Dimension des soldatischen Berufes und taugte nicht als Motivationsgrundlage für den Einsatz, insbesondere dann nicht, wenn sich in einem laufenden Einsatz aus subjektiver Sicht zunehmende Belastungen und Risiken einstellten, die vorher nicht erkannt wurden und daher nicht subjektiv abgewogen werden konnten. Ebenso wenig taugte ein soldatisches Selbstverständnis, das ausschließlich ein elitäres Kämpferideal als Grundlage hätte. Auch hier könnte die Einsatzrealität schnell zu einer sinkenden Motivation führen. Zudem können Unsicherheiten im beruflichen Selbstverständnis von Soldatinnen und Soldaten zu Fehlverhalten im Einsatz führen.

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr brauchen ein bestimmtes Berufsethos, also sittliche und moralische Grundsätze, die ihr Handeln bestimmen.

Von großer Bedeutung war deshalb die verpflichtende Beschreibung eines soldatischen Wertekanon und seine Aufnahme in die Zentrale Dienstvorschrift (ZDv) 10/1 „Innere Führung“, die 2007 neu gefasst wurde. Der Wertekanon berücksichtigt die besonderen Pflichten des Staatsbürgers in Uniform und ist ausgerichtet an den Werten und Normen des Grundgesetzes: Menschenwürde, Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie. Ziel ist es, das berufliche Selbstverständnis zu stärken und der Einsatzmotivation eine leitbildorientierte Richtung vorzugeben.

Ethische Regelwerke und klare Handlungsanweisung

Die neue ZDV 10/1 bietet den Soldatinnen und Soldaten ein ethisches Regelwerk und eine praxisnahe Handreichung zugleich. Sie stellt eine klare Handlungsanweisung für das Verhalten der Soldatinnen und Soldaten als Staatsbürger in Uniform dar. Sie unterstützt die Persönlichkeitsbildung und verdeutlicht dabei, dass die Gesellschaft von ihren Soldatinnen und Soldaten nicht primär handwerkliches Können, sondern vor allem ein ethisches Verständnis auf der Grundlage der Werte und Normen des Grundgesetzes erwartet. Wichtig ist es, dass das auf allen Ebenen verstanden wird. Bildung und Ausbildung müssen deshalb diese beiden Aspekte stets verknüpfen. Die Vorschrift stellt neue Aspekte der militärischen Wirklichkeit deutlich heraus. In erster Linie mit dem Ziel, die Befähigung der militärischen Vorgesetzten zur Menschenführung weiterzuentwickeln und auszuprägen. Die Kommandeure, Einheitsführer und Teileinheitsführer sowie die „Spieße“ als Führer des Unteroffizierkorps werden in einem verständlichen und attraktiven Sprachstil angesprochen. Der Bezug zu Alltags- und Einsatzerfahrungen der Soldatinnen und Soldaten wird hergestellt, soweit dies möglich und sinnvoll ist. Damit soll erreicht werden, dass Innere Führung nicht länger als schwer nachzuvollziehendes Gedankengebäude für „Eingeweihte“ wahrgenommen wird, sondern die Soldatinnen und Soldaten mehr als zuvor direkt erreicht.

Die neue Vorschrift „Innere Führung“ ist Anfang dieses Jahres herausgegeben worden. Danach ist es notwendig, dieses Grundwerk in das Bewusstsein derjenigen zu verankern, die für die Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Inneren Führung zuständig sind. Insbesondere muss an den Offizier- und Unteroffizierschulen der Geist der Inneren Führung vermittelt werden. Er muss in die Köpfe der jungen Vorgesetzten. Die Auslandseinsätze bedingen, dass Soldaten über eine stabile Wertebasis und über eine ausgeprägte moralische Urteilsfähigkeit verfügen müssen. Eine Ausbildungshilfe des Zentrums Innere Führung wird hierzu einen wertvollen Beitrag leisten.

Der soldatische Wertekanon ist zugleich die Grundlage für die Neufassung der ZDV 10/4 „Lebenskundlicher Unterricht“, deren Herausgabe zeitnah geplant ist. Das Konzept für die Neugestaltung der ZDV 10/4 wurde in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Kirchenamt und dem Katholischen Militärbischofsamt ausgearbeitet. In allen Bereichen der Bundeswehr und auf allen Führungsebenen muss klar sein, dass die intensive Auseinandersetzung mit den Themen „Werte – Ethik – Moral“ ein integraler Bestandteil des Soldatenberufes ist.

Bildung und Einsatzmotivation

Es entspricht dem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform, dass Soldatinnen und Soldaten befähigt sind, eigene Antworten in der Legitimations- und Sinnfrage zu finden. Dazu müssen sie in der Lage sein, die Komplexität der heutigen Krisenszenarien zu erfassen und die politischen Rahmenbedingungen zu erkennen. Alle Soldaten – insbesondere Vorgesetzte – bedürfen daher einer umfassenden politischen Richtung. Politische Bildung steht in enger Wechselwirkung zur Menschenführung und der damit verbundenen Wertevermittlung. Sie ist somit wichtiges Gestaltungsfeld der Inneren Führung.

Die ZDv 12/1 „Politische Bildung in der Bundeswehr“ wurde an den veränderten Bedarf angepasst und neu herausgegeben. Sie fußt genauso wie die ZDv 10/1 auf den Grundlagen des Weißbuches 2006. Ziel war es, den Transformationsprozess der Bundeswehr und insbesondere die Aufgaben und Aufträge im gesamten Aufgabenspektrum zu reflektieren. Deutlich hervorgehoben ist der einsatzrelevante Stellenwert der politischen Bildung. Kernstück der Vorschrift ist das neue Unterkapitel „Politische Bildung im Hinblick auf den aktuellen Einsatz“. Darin wird politische Bildung im Rahmen der Einsatzvorbereitung, während des Einsatzes und bei der Einsatznachbereitung bindend festgelegt. Darüber hinaus sind die wichtigen Themen „Interkulturelles Verständnis“, „Politik und Medien“ sowie „Extremismus“ ergänzt worden. Insgesamt ist mehr Ausbildungszeit für die Politische Bildung vorgesehen. Damit wird diesem Gestaltungsfeld der Inneren Führung der richtige Stellenwert gegeben.

Die politische Bildung ist Teil eines umfassenden Bildungsansatzes, zu dem auch eine breite interkulturelle Bildung gehört. Diese schärft das Bewusstsein für die religiösen und kulturellen Besonderheiten in den jeweiligen Einsatzgebieten. Zu diesem Bildungsansatz gehört zudem eine intensive ethisch-moralische Bildung. Diese trägt nicht nur dazu bei, ein reflektiertes berufliches Selbstverständnis zu entwickeln, sondern fördert auch die Fähigkeit des Einzelnen, in moralisch schwierigen Situationen eigenverantwortlich und richtig zu handeln. Das entspricht unserem abendländisch-christlichen Menschenbild und ist die Grundlage für eine zeitgemäße Form der Menschenführung in der Bundeswehr.

Führungsphilosophie und Menschenführung

Das Prinzip „Führen mit Auftrag“, entstanden als Reaktion auf das veränderte Kriegsbild in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts insbesondere durch Gene-

ralfeldmarschall Helmuth von Moltke, korrespondiert in idealer Form mit dem werteorientierten, gut ausgebildeten Staatsbürger und bildet ein Kontinuum. Führen mit Auftrag ist diejenige Führungsform, die dem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform am besten entspricht. Dies, obwohl Führen mit Auftrag und Innere Führung unterschiedlichen Epochen deutscher Militärgeschichte entstammen. Die Übertragung von Handlungsverantwortung auf unterstellte Soldaten ist die international anerkannte Stärke deutscher Führungskunst.

Die Anwendung des Prinzips „Führen mit Auftrag“ ist ein wesentliches Element erfolgreicher Menschenführung und militärischer Auftrags Erfüllung. Komplementär dazu ist eine helfende, ebenengerechte Dienstaufsicht, die Toleranz für erkannte Fehler und Mängel aufbringt, notwendig. Führen mit Auftrag und Dienstaufsicht verbessern das Führungsverhalten vor allem der jungen Vorgesetzten. Unabdingbare Grundlage dazu ist Vertrauen, und zwar in beide Richtungen, sowie das Wissen um die Absicht der übergeordneten Führung als Grundlage der Auftragsauswertung! Vorgesetzte gewinnen Vertrauen in erster Linie durch beispielgebendes Verhalten und Vorangehen. Sie müssen aber auch ihr Vertrauen gegenüber den Geführten zum Ausdruck bringen und ihnen Handlungsspielräume, Mitwirkung und Mitverantwortung für ein gemeinsames Ziel ermöglichen. Das wirkt motivierend auf die geführten Männer und Frauen und ist ein wichtiger Faktor für deren Berufszufriedenheit. Dazu ist es zwingend erforderlich, dass die Soldatinnen und Soldaten durch Persönlichkeitsbildung und Ausbildung zum selbständigen Handeln befähigt werden. Auch hier kommt der Menschenführung eine Schlüsselfunktion zu. Im Beispiel der Vorgesetzten

Führen mit Auftrag ist diejenige Führungsform, die dem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform am besten entspricht.

muss deutlich werden, dass Soldaten nur dann ihren Auftrag erfolgreich erfüllen, wenn sie ihn im Einklang mit der Werteordnung und den Normen des Grundgesetzes durchführen.

Deshalb ist insbesondere den jungen Soldatinnen und Soldaten in Führungsverantwortung neben den „handwerklichen Fertigkeiten“ das notwendig ethische Rüstzeug zu vermitteln. Dieses ethische Rüstzeug benötigen wir zwingend, um Menschen vor, während und nach dem Einsatz zu führen, aber auch, um im Auslandseinsatz Menschen anderer Staaten und Kulturen mit dem erforderlichen Respekt und der nötigen Toleranz zu begegnen.

Dies ist das Gedankengut der Inneren Führung, das vom ersten Tag des soldatischen Dienstes an vermittelt werden muss, damit es im Grundbetrieb wie im Einsatz zum Tragen kommt. Um es nochmals zu betonen: Der Schlüssel dazu liegt im Vorleben und Handeln gemäß diesen Werten. Graf Baudissin war über-

zeugt, dass, wer Menschenwürde verteidigt, Menschen würdig behandeln muss. Es ist hinzuzufügen: Und muss selbst menschenwürdig behandelt werden. Nur so lassen sich die globalen Einsatzaufgaben der Bundeswehr erfolgreich bewältigen.

Ausbildung und Einsatzvorbereitung

Erfolgreiche Menschenführung ist ohne den Aspekt der Fürsorge nicht praktikierbar. Dafür hat der Dienstherr Voraussetzungen zu schaffen. Es ist zwar selbstverständlich, aber dennoch betonenswert: Die beste Form von Fürsorge für die Soldatinnen und Soldaten ist eine fundierte realitätsbezogene und fordernde militärische Ausbildung und Einsatzvorbereitung. Die Bundeswehr bietet in dieser Hinsicht eine herausragende Ausbildung, gerade weil sie ständig neuen Erfordernissen angepasst wird. Diese ist nicht schematisch, sondern auf den jeweiligen Einsatz zugeschnitten. Dazu gehören auch die Vorbereitung auf die Besonderheiten des Einsatzlandes, der Kultur, der Religion, der gesellschaftlichen und politischen Bedingungen sowie auf die Ursachen des Konfliktes. Eine solche Ausbildung und Einsatzvorbereitung sichert zugleich die Urteils- und Handlungskompetenz der Männer und Frauen im Einsatz, weil sie durch eigene Erfahrungen geschärft ist. Jede militärische Ausbildung ist allerdings begrenzt durch die Verpflichtung zur Achtung der Menschenwürde und zur Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen. Die Vorgesetzten haben darauf zu achten, dass ein zu hohes Risiko für Leib und Leben der anvertrauten Soldatinnen und Soldaten vermieden wird.

Die beste Form von Fürsorge für die Soldatinnen und Soldaten ist eine fundierte realitätsbezogene und fordernde militärische Ausbildung und Einsatzvorbereitung.

Ein relativ neuer strategischer Ansatz ist die Fernausbildung. Sie soll die „herkömmliche“ und insbesondere die einsatzvorbereitende Ausbildung mittels gezielter Nutzung moderner Ausbildungstechnologien optimieren, ergänzen sowie zeitlich und örtlich flexibilisieren. Fernausbildung hat das Potenzial, Ausbildung im Team und als Individuum lage- und bedarfsgerecht auf die Erfordernisse des Einsatzes auszurichten, und Einsatzerfahrungen schnell in den Kreislauf des Einsatzwissens einzubringen. Sie korrespondiert mit dem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform, weil sie Freiheit und Verantwortung gibt. Die Umsetzung der Inneren Führung ist so zugleich eine Prämisse des Erfolges der Fernausbildung.

Ausbildung und Einsätze, einschließlich deren Vor- und Nachbereitung, kosten viel Zeit. Zeit, die für Familie, Partner und Freunde dann nicht mehr zur Ver-

fügung steht. Diese, den Soldaten nahe stehenden Menschen, verdienen aber selbstverständlich Zeit für gemeinsame Unternehmungen. Besonders junge Soldatinnen und Soldaten haben es schwer. Sie sind sowohl in einer berufsbezogenen als auch in einer familien- und freundeskreisbezogenen Lebensphase. Sie befinden sich in der „Rushhour“ ihres Lebens. Das bedeutet, dass sie die ersten beruflichen Karriereschritte und Schritte zur Familiengründung gleichzeitig gehen wollen. Die erforderliche Zeit für emotional stabile Beziehungen und Bindungen wird deshalb mit den zeitlichen beruflichen Verpflichtungen abgewogen. Und zwar mit den Maßstäben, die im gesellschaftlichen Umfeld der Soldatinnen und Soldaten üblich sind. Hier sind die lebensälteren und lebenserfahrenen Vorgesetzten gefordert. Sie müssen die Belange und Sorgen der ihnen anvertrauten Soldatinnen und Soldaten ernst nehmen und daher Möglichkeiten anbieten, um die dienstlich veranlassten Belastungen an anderer Stelle wieder auszugleichen. Dies hat jeder militärische Vorgesetzte in Abwägung der divergierenden Prinzipien der Inneren Führung „so viel Freiheit wie möglich“ dort zu tun, wo es geht. Darin, in der Sorge um die anvertrauten Menschen, zeigt sich auch die Qualität der Vorgesetzten in der Menschenführung. Dies galt es, bei der Neufassung der Vorschrift „Innere Führung“ deutlich herauszustellen.

Allerdings kann man von der Inneren Führung keine „Wunder“ erwarten. Dort wo die Belastungen für die Soldatinnen und Soldaten zu hoch werden und zu lange Zeiträume eingeschränkter Lebensqualität und erhöhtes Risiko für Soldatinnen und Soldaten entstehen, dort also, wo kein angemessener Ausgleich durch noch so hohe Führungsleistungen der Vorgesetzten mehr geschaffen werden kann, da werden sich die Menschen beruflich anders orientieren oder andere Wege suchen, den Belastungen auszuweichen. Hier ist besondere Aufmerksamkeit gefordert. Gerade in diesem Zusammenhang haben das persönliche Gespräch zwischen Führern und Geführten sowie die zwischen beiden notwendige Vertrauensbasis eine Schlüsselfunktion. Feldmarschall Bernard Montgomery sagte dazu: „Führertum ist die Fähigkeit und der Wille, Männer und Frauen zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles um sich zu scharen, und die Persönlichkeit, die den Untergebenen das nötige Vertrauen einflößt.“

Vereinbarkeit von Dienst und Familie

Damit sich die einsatzbedingten Belastungen der Soldatinnen und Soldaten nicht zu nachhaltig auf die Einsatzbereitschaft auswirken, müssen Maßnahmen der Betreuung und Fürsorge im Einsatz und in der Heimat greifen. Genannt seien nur die Betreuungsorganisationen in den Einsatzländern und in der Hei-

mat sowie die vorbildlich arbeitende Militärseelsorge und Truppenpsychologie. Hier hat die Bundeswehr in den letzten Jahren sehr viel geleistet, um einsatzbedingte Spannungen im Rücken der Soldatinnen und Soldaten zu reduzieren. Weniger bekannt in diesem Zusammenhang ist ein noch relativ neues Gestaltungsfeld der Inneren Führung: Die Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Dieses Gestaltungsfeld hat insbesondere durch die Einsatzbelastung eine andere Dimension erfahren. Denn die sensible Balance der beiden Lebensbereiche Familie und Dienst hat sich vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wertewandel einerseits und der Auslandseinsätze andererseits in der Wahrnehmung vieler Soldatinnen und Soldaten eindeutig in Richtung Dienst verschoben, mit allen bekannten Belastungen und Spannungen. Diese lassen sich häufig nicht mehr durch eine noch so hohe Führungsleistung der Vorgesetzten ausgleichen.

Forderungen der Streitkräfte zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Dienst betreffen ein ganzes Bündel von Aufgabenfeldern: Personalführung, Führungskompetenz, Organisation des Dienstes, Dienstzeit, Dienstleistungen für Familien, Informationsarbeit sowie finanzielle und geldwerte Leistungen. Bei dem Punkt „Dienstleistungen für Familie“ geht es um Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen, Familienbetreuung, Sozialdienstliche Beratung und Betreuung sowie um Wohnungsfürsorge.

Die Vereinbarkeit von Familie und Dienst in den Streitkräften ist nach der Konzeption der Bundeswehr eine Fähigkeit der Bundeswehr. Sie ist in der Fähigkeitskategorie „Unterstützung und Durchhaltefähigkeit“ angesiedelt und hat strategische Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr. Auch hier spielen gesellschaftliche Veränderungen, hier vornehmlich die Auswirkungen demographischer Entwicklungen, eine entscheidende Rolle. Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Dienst ist dazu ein Schlüssel.

Wichtig ist dabei, dass dieses Gestaltungsfeld in der Truppe den gebührenden Stellenwert erlangt. Deshalb ist beabsichtigt, die Informationsarbeit über die konzeptionellen Ziele der Vereinbarkeit von Familie und Dienst zu verstärken und diese im Rahmen der Aus-, Fort- und Weiterbildung des Führungspersonals, bei Tagungen der Spieße, der Einheitsführer und der Kommandeure dort weiter zu vertiefen. Insbesondere das Bewusstsein der Beteiligten soll im entsprechend positiven Sinne verändert werden.

Attraktivität des Soldatenberufs

Wegen der Auswirkungen der demographischen Entwicklung und anderer gesellschaftlicher Faktoren wird der Kampf um Talente weiter zunehmen. Die Bundeswehr wird sich verstärkt um Personalentwicklung kümmern. Die laufende Alimentation und das Pensionsversprechen alleine werden nicht ausreichen, um qualifiziertes Personal auf allen Ebenen in den Streitkräften zu halten.

Auch hier bietet die Innere Führung eine zukunftsweisende Leitlinie mit strategischer Reichweite. Die Bundeswehr überträgt jungen Menschen früh Führungs- und Handlungsverantwortung. Beides ergibt sich aus dem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform und den Besonderheiten des militärischen Dienstes. Damit hat die Bundeswehr bereits einen Wettbewerbsvorteil. Diese Steilvorlage wird aber zunehmend von Wirtschaft und Verwaltung genutzt, um in ähnlicher Weise Personal zu gewinnen und an die eigene Organisation zu binden. Auf den ersten Blick ist es ein Dilemma für die Bundeswehr, dass sie ihr Personal gut aus- und weiterbildet und früh Führungserfahrungen zum Teil mit internationaler Perspektive sammeln lässt. Die Soldatinnen und Soldaten sind infolgedessen attraktiv für die „Konkurrenz“ aus Wirtschaft und Verwaltung. Das ist aber nicht nur nachteilig zu sehen, sondern ein Vorteil für die Bundeswehr. Schließlich können die Chancen der Bundeswehr im steigenden Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt um qualifizierten Nachwuchs auch dadurch erhöht werden, dass die Bundeswehr bei den Jugendlichen noch mehr als bisher als ein auch für den späteren Zivilberuf karriereförderlicher Ausbildungs- und Berufsabschnitt angesehen wird. Erste Schritte sind getan. Die Universitäten der Bundeswehr führten Bachelor- und Masterabschlüsse ein. Mit dieser Anpassung an die europaweit anerkannten Abschlüsse bleibt die Ausbildung zum Offizier der Bundeswehr mit Blick auf eine spätere zivilberufliche Karriere weiter attraktiv.

Es bedarf auch künftig erheblicher, auch finanzieller Anstrengungen seitens der Bundeswehr, um die Attraktivität des Soldatenberufs auf angemessenem Stand zu halten. Das Gestaltungsfeld „Vereinbarkeit von Familie und Dienst“ ist lediglich ein richtiger Schritt. Weitere müssen folgen. Die Bundeswehr wird noch mehr als bisher für eine bessere Work-Life-Balance sorgen müssen. Wichtig ist auch, dass der Dienst in den Streitkräften mit positiven Werten verbunden ist. Und die Gesellschaft diese Werteorientierung der Streitkräfte kennt und anerkennt. Das ist die eigentliche Motivationsgrundlage für den militärischen Dienst, die in der Wofür-Antwort mündet. Der militärische Dienst soll erfüllend erlebt und als ein positiver Teil des Lebens begriffen werden. Bei der Weiterentwicklung der Konzeption der Inneren Führung sind deshalb Fragen nach der Akzeptanz

und Wertschätzung, der Werteorientierung sowie dem Berufsbild der Soldaten, wie auch Fragen nach der Akzeptanz und Wertschätzung dieser Personengruppe innerhalb der Gesellschaft eingeflossen. Die Innere Führung ist kein Marketinginstrument. Sie kann aber wertvolle Beiträge für ein strategisches Marketing liefern, wie es in großen international ausgerichteten Konzernen üblich ist.

Besondere Fürsorgepflicht

Zur Inneren Führung gehört auch der Aspekt der sozialen Absicherung der Soldatinnen und Soldaten. Die Einsätze sind mit einer erheblich gesteigerten Gefahr für Leib und Leben verbunden. Die daraus resultierenden Risiken begründen eine besondere Fürsorgepflicht gegenüber den dabei eingesetzten Männern und Frauen. Dem hat der Bundesminister der Verteidigung durch zwei Gesetzesvorstöße Rechnung getragen: das Einsatzversorgungsgesetz und das Einsatzweiterverwendungsgesetz. Diese Gesetze haben eine gesicherte und angemessene Versorgung im Einsatz verletzter und verwundeter Soldatinnen und Soldaten zum Ziel. Das Einsatzversorgungsgesetz passt das Versorgungsrecht der Soldaten an die veränderten Rahmenbedingungen an. Kernpunkt dieses Gesetzes ist die Einführung des Rechtsbegriffs „Einsatzunfall“. Darunter ist jede gesundheitliche Schädigung zu verstehen, die ein Soldat während des Einsatzes aufgrund einer Verwundung oder wegen eines Dienstunfalls im Einsatzgebiet erleidet. Führt der Einsatzunfall zu einer Erwerbsminderung von mindestens 50 Prozent, so löst dies die Einsatzversorgung aus, die der Soldat bei seinem Ausscheiden aus dem Dienst erhält.

In Ergänzung zu einer angemessenen Einsatzversorgung nach dem Einsatzversorgungsgesetz bedarf es aber auch eines gesetzlich abgesicherten Weiterverwendungsanspruchs. Das im November 2007 verabschiedete Einsatzweiterverwendungsgesetz ermöglicht Einsatzgeschädigten eine ihrer Verwendungsfähigkeit entsprechende berufliche Perspektive in der Bundeswehr. Hierzu soll Einsatzgeschädigten aller Statusgruppen zunächst die gesundheitliche Wiederherstellung ihrer Dienst- oder Arbeitsfähigkeit sowie eine berufliche Qualifizierung im Soldatenstatus ermöglicht werden. Im Rahmen der so genannten Schutzzeit genießen die betroffenen Personen besondere Rechte, wie etwa ein allgemeines Entlassungsverbot. Zudem wird gewährleistet, dass einsatzgeschädigte Personen in ihrem dienstlichen Werdegang bei Personalauswahlentscheidungen mit einbezogen werden. Bei drohendem Ende der Dienstzeit kann die Wiederherstellung des Gesundheitszustandes unter Berufung in ein Wehrdienstverhältnis besonderer Art auf Antrag auch über das ursprüngliche Dienstzeitende hinaus erfolgen.

Im Fall einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 50 Prozent kann die betroffene Person ausscheiden und die Leistungen nach dem Einsatzversorgungsgesetz in Anspruch nehmen. Alternativ kann sie aber auf Antrag auch in das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten berufen oder in ein Beamten- oder Arbeitnehmerverhältnis übernommen werden. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Dienst und die neuen Gesetze zur sozialen Absicherung der Soldatinnen und Soldaten sind beispielsweise Ergebnisse der Weiterentwicklung der Inneren Führung. Diese Ergebnisse sind folgerichtig aus der Transformation der Bundeswehr von einer Armee in und auf Übung zu einer Armee im Einsatz und in den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abgeleitet.

Kritik und Klarheit

Zu der seit Jahren immer wieder aufflammenden internen, aber auch in die Gesellschaft getragenen Diskussion um die Frage, ob Innere Führung auch im Einsatz taugt, ist festzustellen:

- Die Innere Führung trägt und ist der Erfolgsfaktor im Einsatz. Sie ist schon alleine deswegen ohne Alternative, weil sie die Bundeswehr an die unveränderbaren Menschen- und Bürgerrechtsartikel der Verfassung rechtlich bindet und so wesentliche Elemente der inneren Ordnung der Streitkräfte festschreibt, einschließlich der Grenzen des Gehorsams!
- Das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform, intellektuell durchdrungen, mit Herzen vorgelebt und selbst erfahren, ist richtungweisend und verpflichtend für die Menschenführung in der Bundeswehr.
- Die Konzeption der Inneren Führung berücksichtigt veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und sichert so die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr als Armee im Einsatz. Als leitendes Prinzip ist sie zugleich der Stabilitätsanker im Transformationsprozess.

Europäische Integration und Multinationalität

Besondere Bedeutung für die zukünftige Weiterentwicklung der Inneren Führung kommt dem Projekt der Europäisierung nationaler Streitkräfte im Zuge der angestrebten Gemeinsamen Europäischen Außen- und Verteidigungspolitik zu. Der Grad der Multinationalität wird weiter steigen. Infolgedessen werden Konsequenzen zur Weiterentwicklung der Inneren Führung gefordert werden. Als

Ergebnis einer multinationalen Führungsphilosophie könnte sich ein europäisches Leitbild abzeichnen. Schon heute orientieren sich bereits mehr als zwanzig Staaten am Leitbild vom Staatsbürger in Uniform. Richtig wäre in einem solchen Integrationsprozess, dass die gemeinsamen Werte und Normen in den Ausprägungen eines „Leitbildes vom Europäischen Bürger in Uniform“ zum Ausdruck kämen. Gerade vor dem Hintergrund deutscher historischer Erfahrungen wäre ein solcher Ansatz erstrebenswert. Dabei könnten die Ideen und Prinzipien der Inneren Führung in den europäischen Leitbildprozess einfließen.

Schritte und Taten

Durch die Transformation der Bundeswehr hin zu einer Armee im Einsatz steigt der Stellenwert der Inneren Führung. Die vielfältigen Einsatzaufgaben sind nur zu bewältigen, wenn die militärischen Führer und Vorgesetzten als überzeugte und überzeugende Menschenführer wirken. Mit der Weiterentwicklung der Inneren Führung wurden dafür die Grundlagen verbessert und neue geschaffen. Schritte, welche die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr als Armee im Einsatz sichern, sind getan. Es kommt jetzt darauf an, vor allem die Kommandeure, Einheitsführer und Kompaniefeldwebel von zeitaufwändigen, vornehmlich administrativen Routineaufgaben zu entlasten, damit diese Vorgesetzten sich mehr auf ihre soldatischen Führungsaufgaben konzentrieren können: Männer und Frauen führen, ausbilden, weiterbilden und erziehen.

Es ist wichtig, über die Innere Führung und deren Weiterentwicklung zu reden und zu schreiben. Zunächst und vor allem aber ist die Innere Führung in allen Bereichen der Bundeswehr umzusetzen. Umsetzen heißt, sie mit Leben zu erfüllen. Innere Führung muss sinnlich erfahrbar sein und erfahrbar gemacht werden. Das ist die persönliche Herausforderung für jede Soldatin und jeden Soldaten der Bundeswehr. Ermuntern dazu möchte ich mit einem Zitat von Georg Wilhelm Friedrich Hegel: „Die Wahrheit der Absicht ist nur die Tat.“

Zum Autor: Generalmajor Robert Bergmann ist Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr. Zuvor war Bergmann Stabsabteilungsleiter im Führungsstab der Streitkräfte sowie Kommandeur des Zentrums für Innere Führung. Generalmajor Bergmann ist Vizepräsident der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkung:

- 1 Erstveröffentlichung des Beitrags in „if plus“, der Beilage zur Zeitschrift für Innere Führung, Ausgabe 1/ 2008.

Tradition in 50 Jahren Bundeswehr¹

Werner von Scheven

Die Aushändigung der ersten Ernennungsurkunden an Soldaten der Bundeswehr erfolgte am 12. November 1955 durch den Bundesminister Theodor Blank. Damit wurde ein Datum gesetzt, das an den 200. Geburtstag von Gerhard von Scharnhorst erinnerte. Geschichte wurde markiert und zugleich Tradition für die neuen deutschen Streitkräfte im westlichen Bündnis gesetzt. Das Zeichen sollte auf das Selbstverständnis der Bundeswehr hinweisen. Und das Zeichen war als staats- und gesellschaftspolitische Vorgabe für die künftigen neuen Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland gemeint. Zweifellos kann von Scharnhorsts Werk zur Zeit Friedrich Wilhelms III. zum Konzept des Staatsbürgers in Uniform der Bundeswehr eine Brücke geschlagen werden. Mit dem überhöhten Begriffsinhalt der Nation zur Zeit der Freiheitskriege wird man freilich kritisch umgehen müssen. Dass die DDR von Scharnhorst den Begriff Volksarmee übernommen hatte, erwähne ich nur am Rande. Unter dieser Brücke zwischen zwei Zeitaltern liegen historische Ereignisse und Erfahrungen, die in der Traditionspflege der Bundeswehr eine Rolle spielen. Aber das meiste ist wenig geeignet, wie wir sehen werden.

Zweimal sah die Führung der Bundeswehr Anlass, das Selbstverständnis der Bundeswehr mit einem formalen Erlass und damit einer besonderen Verbindlichkeit zu beschreiben: Einmal im Jahre 1965. Er wurde von Bundesminister Kai-Uwe von Hassel unterschrieben. Ein weiteres Mal 1982, ihn unterschrieb Bundesminister Hans Apel. In den Neunziger Jahren wurde der Erlass in Dienstvorschriften umgesetzt. Davor und danach hat es eine Fülle von Reden und Veröffentlichungen der politischen Würdenträger des Landes und der militärischen Führung zu dem Thema gegeben. So auch im Jahre 2005, als die Bundeswehr den 50. Jahrestag ihrer Gründung beging.

Was war vor dem ersten Traditionserlass von 1965? Nun, es gab das Soldatengesetz. Hier konnte der Soldat der Bundeswehr lesen, welchen gesetzlichen Rahmen das Parlament der westdeutschen Republik für den Soldaten als Staatsbürger in Uniform vorgesehen hatte. Der Soldat konnte seine Aufgaben, seine Rechte und Pflichten umfassend nachlesen.

Das Soldatengesetz ist vom Grundgesetz der Bundesrepublik abgeleitet. Die Bundeswehr ist als Parlamentsarmee besonders angebunden an den Souverän,

das deutsche Volk. Sie ist die erste Wehrpflichtarmee in einer Demokratie in Deutschland. Sie ist fest im atlantischen Bündnis integriert. Die Bundeswehr ist die erste deutsche Armee, in der die militärische Tradition und die Traditionen von Freiheit und Demokratie keine Gegensätze mehr bilden sollen. Die Bundeswehr ist mit diesen Voraussetzung nicht in der Lage, ungebrochene Traditionsbeziehungen zu früheren deutschen Streitkräften zu pflegen. Das Verhältnis Bundeswehr und Wehrmacht musste dabei als besonders problematisch angesehen werden. Die Traditionserlasse widmeten darum diesem Verhältnis einen Platz besonderen Nachdrucks.

Im Jahre 1957 gab der Generalinspekteur Adolf Heusinger das Handbuch Innere Führung heraus. Es enthielt Aussagen zur Tradition. Es sollte eine Handreichung für die Führer in der Truppe sein. Es wurde bis in die 70er Jahre mehrmals neu aufgelegt. Und es gab Anlass zu Diskussionen, ja zu oftmals heftigen Kontroversen.

Wer waren die, an die sich das Soldatengesetz und das Handbuch Innere Führung richteten?

Die Truppe wurde von der Kompanieebene an aufwärts von ehemaligen Soldaten der Deutschen Wehrmacht geführt. Diese waren nach einem anderen Soldatenbild erzogen worden, vor 1945. Aber mehr als zwölf Jahre waren vergangen seit dem Zusammenbruch des Reiches und der Teilung der Nation. Dies wurde vom Dienstherrn Bundesrepublik als Lebenserfahrung in Demokratie und Staatsbürgerbewusstsein in Rechnung gestellt, gewissermaßen als staatsbürgerliche Bewährung. Auch wenn nicht wenige dieser Kriegsteilnehmer viele Jahre in sowjetischer Kriegsgefangenschaft verbracht hatten.

Das Bild von einer massiven sowjetischen Bedrohung war bei mir Berliner Kriegskind schon als Schüler präsent. Es war mit den Kriegsteilnehmern fraglos in die Bundeswehr mitgebracht worden. Es war aber dasselbe Bild wie es in der Gesellschaft allgemein verbreitet war.

Was ich als Mitwirkung beim Neuaufbau deutscher Streitkräfte im Westen beschreibe, war keine Episode des Anfanges wie in der DDR-Streitmacht. Die Generationen, die den Krieg als Soldaten an der Front erlebten, haben die Bundeswehr bis in die Achtziger Jahre geführt und mit ihren Entscheidungen geprägt. Mit den jungen Freiwilligen kamen gelernte Demokraten in die Bundeswehr. Sie bewunderten im Allgemeinen die Leistung ihrer Altvorderen im Kriege. Un-

terschiedliche Geschichtsbilder wurden wirkmächtig. Sie waren zum Teil nicht vereinbar, als man daran ging, Traditionen in der Bundeswehr zu leben. Ein solches Geschichtsbild war das von einer Wehrmacht, die ohne schweren Makel den Zumutungen der Nazipartei getrotzt und eine hervorragende soldatische Leistung vollbracht habe. Hier wurde noch das Aufbegehren der Kriegsteilnehmergeneration gegen ungerechte Diskriminierung in der frühen Bundesrepublik spürbar. Die ersten Veröffentlichungen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes waren es, die das Geschichtsbild von der „sauberen Wehrmacht“ in Frage stellten.

Da gab es die Verbände und Vereine der ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und älterer deutscher Armeen. Die allermeisten mussten nicht beargwöhnt werden, etwa wegen ihrer demokratischen Verträglichkeit. Von beiden Seiten wurde der kameradschaftliche Anschluss gesucht. Mein erster Bataillonskommandeur, Gerd Axel Weidemann, gab unserem neu aufgestellten Panzerbataillon in Wolfhagen ein Wappen, das dem des PzRgt 24/ Reiter-Rgt. 1 in Insterburg abgesehen war. Dem hatte er als junger Offizier angehört.

Die Gebirgsjäger aller Alpenstaaten versammelten sich alljährlich zu kameradschaftlichen Veranstaltungen und gedachten ihres berühmtesten Vertreters, Generaloberst Dietl. Großadmiral Dönitz lebte noch in Friedrichsruh, und die Bundesmarine war in der Einstellung zu ihm durchaus nicht einer Meinung. Rudel geisterte herum, und ein Inspekteur der Luftwaffe hielt nicht den korrekten Abstand zu seinem Kriegskameraden. Er wurde entlassen.

Da gab es eine unverhohlene Erwartung bei den alliierten Kameraden, dass die neue Bundeswehr zwar nicht der Wiedergänger der Hitlerarmee sein werde, aber dennoch an die Schlagkraft der Wehrmacht anknüpfen würde. In der Tat war es ein Erlebnis, das einen Bundeswehroffizier bei Begegnungen mit Alliierten immer wieder überraschte: Ein hohes professionelles Ansehen der ehemaligen Wehrmacht wurde auf die neuen deutschen Streitkräfte übertragen. Die Gründungsväter der Bundeswehr waren aber gerade mit der Überzeugung angetreten, dass unter Berücksichtigung von Bewährtem ein bewusster Neuanfang gewagt werden sollte.

Nach dem Iller-Unglück von 1957, wo durch Fehlentscheidung eines Stellvertretenden Zugführers zwölf Fallschirmjägerrekruten zu Tode gekommen waren, entstand so viel öffentliche Erregung, dass die oberste militärische Führung in einer rigorosen Weise regulierend in die Ausbildung der Truppe eingriff. Dies

wurde in den Jahren danach von vielen Truppenausbildern als Verhinderung einer gefechtsnahen Ausbildung der Soldaten verstanden und der Inneren Führung als „Weiche Welle“ angelastet. Dies wurde vom Oberst Karst, vom Journalisten von Studnitz und anderen publizistisch aufgegriffen. Es entstand eine Debatte um das Bild des modernen Soldaten und welche Erziehung und Ausbildung ihm zukomme. Der einflussreichste Kontrahent der Konservativen war der General Wolf Graf v. Baudissin. Er hielt dafür, dass der Soldat diszipliniert erzogen und konsequent ausgebildet werden sollte, dass aber das Gefecht nicht das Maß aller Dinge sei. Auf politische Bildung käme es ebenso an in einer Armee, die Verteidigung einzig als Abschreckung vom Kriege zu verstehen hat. Noch in den 80er Jahren wurden hohe Kommandeure des Heeres in der Öffentlichkeit dafür gerügt, weil sie eine Ausbildung näher an den Bedingungen des Gefechtes forderten und durchsetzten.

Baudissin überforderte die Bundeswehr zum Nutzen der Gesellschaft, Schnez überforderte die demokratische Gesellschaft zum Nutzen der Bundeswehr. Der Primat der Politik gab selbstverständlich den Ausschlag.

Baudissin war konsequent, fast möchte ich sagen – radikal. Ich hatte in den Achtziger Jahren im Bonner Ministerium dieselbe Unterabteilung zu führen wie er sie in den 60er Jahren geleitet hatte. Ich kannte ihn persönlich und habe natürlich sein Wirken studiert. Ich habe hohen Respekt, nicht nur vor seiner Beharrlichkeit, und habe mit ihm zum Teil streitbar korrespondiert. Er hatte die Vision, dass es der Bundeswehr als spät geborener Institution der Bundesrepublik zukomme, die demokratische Transformation der Gesellschaft voranzutreiben. Bei der Traditionsfrage vertrat er übrigens die Meinung, dass für einen Rückgriff auf die deutsche militärische Geschichte allein die preußische Heeresreform und der Widerstand gegen Hitler geeignet seien.

Wie dem auch sei, als der Heeresinspekteur Albert Schnez Ende der 60er Jahre eine Denkschrift verfasste, aus der man ein konservatives Soldatenbild im Sinne eines Berufes sui generis herauslesen konnte, kam es zu einer Art Säuberung der Heeresspitze. Baudissin überforderte die Bundeswehr zum Nutzen der Gesellschaft, Schnez überforderte die demokratische Gesellschaft zum Nutzen der Bundeswehr. Der Primat der Politik gab selbstverständlich den Ausschlag.

Lange Zeit war das Offizierkorps geteilter Meinung über das Attentat auf den Obersten Führer und Befehlshaber der Wehrmacht durch Offiziere um Tresckow und Stauffenberg am 20. Juli 1944. Der Soldateneid spielte eine große Rolle in den Diskussionen mit den Militärseelsorgern in der Bundeswehr. Ein Teil der ehemaligen Soldaten vermochte es nicht, die tragische Zuweisbarkeit ihrer

Kriegsvergangenheit zu verarbeiten. Viele konnten die kontroversen Geschichtsbilder unseres Volkes nicht aushalten. Dieser Teil des Offizierkorps bestritt lange Zeit die Ehre der Soldaten im Widerstand, um die eigene Ehre zu retten. Es war für viele noch zu früh, um zu der Erkenntnis vorzudringen, dass die Wehrmachtsangehörigen, wenn sie keine Nazis waren, denselben Feind hatten, ob sie am Widerstand teilnahmen oder nicht; dass da noch eine andere Frontlinie war als die der Divisionen und Regimenter; und dass sich alle im Eid Missbrauchten auf derselben Seite dieser Front befunden hatten. Heusingers Aufruf zum 20. Juli 1959 an die Bundeswehr, der einer solchen Rückschau den Blick schärfen sollte, blieb vielfach unverstanden. Die oberste Führung der Bundeswehr sah Handlungsbedarf. Es war Wildwuchs entstanden, der geordnet und gelichtet werden musste. Hassels Traditionserlass vom 1. Juli 1965 war ein weiterer Versuch, nicht nur Wildwuchs zu beschneiden, sondern auch die Trotzigen zu versöhnen.



Die Achtung ihrer Nationalflaggen ist Teil der Tradition der meisten Armeen der Welt. Die „Truppenfahne“ ist Ausdruck des Selbstverständnisses der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland und ein wichtiges Symbol ihrer Traditionspflege – im Bild: Truppenfahnen der Einsatzkontingente EUFOR in Bosnien und Herzegowina

Handlungsbedarf. Es war Wildwuchs entstanden, der geordnet und gelichtet werden musste. Hassels Traditionserlass vom 1. Juli 1965 war ein weiterer Versuch, nicht nur Wildwuchs zu beschneiden, sondern auch die Trotzigen zu versöhnen.

Im Grunde verbot der Erlass nichts, was von der Toleranzbreite des Grundgesetzes abgedeckt war, aber es gab eine Ausnahme: Eine förmliche Verleihung von Traditionsbeziehungen zwischen bestimmten Truppenteilen der Bundeswehr und Traditionsvereinigungen ehemaliger Wehrmachtstruppenteile sollte es nicht geben. Das war zweifellos eine Bezugnahme auf

ein Verhalten der Reichswehr bei ihrer Gründung und eine Reaktion auf Anzeichen, dass sich solches Verhalten in der Bundeswehr wiederholte. Trotzdem hat nahezu jeder Traditionsverband seinen kameradschaftlichen Anschluss an die Bundeswehr gefunden, Waffen-SS freilich ausgenommen. Der Erlass gab ansonsten Orientierungshilfen, ohne sich auf ein bestimmtes Geschichtsbild zu beziehen.

Der Versuch, ein solches Geschichtsbild für die Bundeswehr zu zeichnen, erwies sich als unmöglich. Es wäre in einer Armee von Staatsbürgern in der Demokratie auch nicht zulässig gewesen. Der Erlass verschwand in den Akten.

Die Kommandeure waren verantwortlich für die Traditionspflege, ihre Hingabe an diese Aufgabe war unterschiedlich. Den Vorgesetzten war die Aufgabe

übertragen, politische Bildung zu betreiben. Bei dem notwendigen Anteil historischer Bildung sollte das ganze Erbe betrachtet werden, das Gute wie das Böse. Nur selten schien es für die Obrigkeit Anlass zu geben, im Sinne des Traditionserlasses korrigierend einzugreifen.

Geschichte ist das, was war. Tradition ist die Auswahl bei der Erinnerung an Geschichte, eine Auswahl, die helfen kann, die Aufgaben von heute und morgen zu bewältigen. Die Aufgaben der Soldaten, die Lebensumstände der Nation und ihrer Streitkräfte ändern sich mit der Zeit. Es ändern sich auch die Kenntnisse von unserer Geschichte. Der erste Chef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA), Oberst Dr. Meier-Welcker, kam bei einer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass die Geschichte als Wissenschaft der Tradition wenig dienlich sein könne. Sie unterstützt nicht die Tradition, sondern zerstört die einfache Geschlossenheit ihrer Leitbilder, so meinte er.

Geschichte ist das, was war. Tradition ist die Auswahl bei der Erinnerung an Geschichte, eine Auswahl, die helfen kann, die Aufgaben von heute und morgen zu bewältigen. Die Aufgaben der Soldaten, die Lebensumstände der Nation und ihrer Streitkräfte ändern sich mit der Zeit. Es ändern sich auch die Kenntnisse von unserer Geschichte.

Heusingers Handbuch Innere Führung enthielt 30 Seiten über soldatische Tradition. Vier Seiten über den Eid standen am Anfang des Handbuchs. Drei Seiten über den Widerstand folgten. In diesem Handbuch wurde begründet, warum die Bundeswehr in die demokratische Gesellschaft integriert ist. Ein Zitat daraus ist: „Beharrende und verändernde Kräfte haben stets miteinander gerungen“... Ein anderes Zitat: „Lebendig kann Tradition nur in der Wandlung bleiben“. Wenn diese Sätze gelten sollten, so musste sich auch die Bundeswehr dem gesellschaftlichen Wertewandel aussetzen. Damit war ihr die Aufgabe gestellt, immer wieder neu darüber nachzudenken, was im permanenten Wandel Bestand haben sollte und was ihm Platz zu machen hatte. Ich erinnere an die Debatten um Mitbestimmung oder Dienstzeitregelung in der Bundeswehr.

Wandel in der Gesellschaft verunsichert die Menschen je nach Naturell mehr oder weniger. Die Suche nach dem, was Bestand hat, die Suche nach Tradition, ist darum der natürliche Wunsch, an zeitlos Gültigem, an Verbindlichem, an Vertrautem festzuhalten. Es ist im Grunde die Suche nach Identität.

Die Aufstellung der Bundeswehr fiel zeitlich zusammen mit einer Krise der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik. Die monströse Erfahrung des Hitlerreiches und des Zusammenbruches im Zweiten Weltkrieg inspirierte zum all-

gemeinen Abschied von der Geschichte. Was ich vorhin als Meinung Baudissins über die Nichteignung der deutschen Geschichte für die Traditionsbildung in der Bundeswehr zitierte, kann durchaus als Beispiel genommen werden. Beispiele gibt es bis heute. Die Universitäten der Bundesrepublik Deutschland hielten es für politisch korrekt, keinen Lehrstuhl für Militärgeschichte einzurichten. So ist das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg, jetzt in Potsdam, entstanden, bezeichnenderweise im Budget des Bundesministers der Verteidigung.

Versetzen wir uns noch einmal in die Anfangsgeneration der Bundeswehr, angesichts verbreiteter Geschichtsaversion in der Gesellschaft. Meine Altvorderen knüpften beruflich natürlich an ihre Vergangenheit an. Und ihr Beruf war reich an Traditionen und Konventionen. Militärisches Brauchtum nennen wir das.

Mit den ersten kriegsgedienten Freiwilligen, die ab 1955 wieder den Soldatenberuf ergriffen, übernahm die Bundeswehr Tradition. Menschen leben mit Traditionen. Sie sind von ihnen gewissermaßen umspült in Beruf, Familie und Gesellschaft, ob sie es wissen oder nicht, ob sie es wahrhaben wollen oder nicht. Unsere alten Panzerleute wurden mit den amerikanischen Waffen und Vorschriften fertig, auch wenn sie kein Wort Englisch verstanden. Wir hatten es hier zweifellos mit handwerklicher Tradition zu tun, und ohne sie wäre es nicht gegangen.

Tradition ist auch Überlieferung des beruflich-handwerklichen Könnens. Solche Traditionen gab es in Fülle und auch andere, wie zum Beispiel der UvD, das Seitepfeifen auf dem Kriegsschiff, der Tagesbefehl, Morgenappell, Militärmusik und Marschgesang. Das natürliche Sich-Unterscheiden-Wollen hat sowohl bei den Uniformen, wie im Selbstverständnis der Waffengattungen ein buntes Spektrum von Ausdrucksformen hervorgebracht. Die Artillerie feiert noch wie die Feuerwerker im Mittelalter das Fest der Heiligen Barbara. Es gibt Mythen, Witze, Lieder und Legenden, die den Waffenstolz der Truppengattungen ausdrücken.

Da gab es aber die viel wesentlichere Berufstradition der Führung durch Aufträge, die dem Befehlsempfänger stets Raum für eigene Entscheidungen auf dem Weg zum Ziel ließ. Es gab dafür eine bewusste Erziehung zum mitdenkenden Gehorsam. Auch deutsche Tradition. Es gab die Tradition der Ausbildung durch Vorgabe von Verantwortung; schon wir Fähnriche lernten, wie ein Bataillon im Einsatz geführt wird. Es gab die Tradition der Ausbildung und Bildung für Generalstabstätigkeiten. Alles mehr oder weniger deutsche Eigentümlichkeiten, bei anderen Armeen oft kopiert, aber kaum realisiert. Die NVA brach übrigens mit

dieser deutschen Tradition. Ein traditionelles Festhalten am Gewohnten ist jeder Armee eigen. Aber mit dem Nachwachsen der Generationen verlieren sich auch solche Gewohnheiten. Das Offizierheim der Kaserne hieß natürlich Kasino. Kavalleristische Trinksitten standen in den ersten Jahren tatsächlich noch in einem auffälligen Gegensatz zur Vollmotorisierung der Truppe; sie sind inzwischen wohl überwunden. Ebenso verschwand das Kasinoleben früherer Zeiten mit der privaten Vollmotorisierung und dem modernen Familienleben.

Das deutsche Heer vollzog 1956 übrigens eine gewollte Abkehr von der Tradition der Regimenter mit ihrem Stamm-Offizierkorps, wie sie heute noch die britischen Streitkräfte pflegen. Die lebenslange emotionale Treuebindung eines Offiziers an ein Bataillon ist in der Bundeswehr eher selten. Mancher bedauert das, General a D. Dr. Kießling hält das für einen Webfehler der Inneren Führung. Die Gründerväter wollten das aber so. Inzwischen sind ohnehin die meisten Offiziere militärisch heimatlos geworden, spätestens wenn sie aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind, denn ihre Truppenteile existieren im Allgemeinen nicht mehr an den vertrauten Standorten. Die Bundeswehr hat keine erkennbare eigene Veteranenkultur hervorgebracht – oder nennen wir es wie die Franzosen an ihren Schulen – eine Kultur der Anciennes.

Die Beispiele sollen nur darauf hinweisen, dass die Bundeswehr ohne die Überlieferung von Lebenserfahrung, beruflichen Gepflogenheiten und Werten, aber auch ohne Überwindung mancher Gewohnheiten nicht geworden wäre, was sie heute ist. So etwas gibt es in fast jedem Beruf.

Ich meine: Kritisches Geschichtsbewusstsein kann Tradition hervorbringen. Es kann aber auch falsche Traditionen erkennen lassen.

Die Bundeswehr hatte Jahrzehnte lang große Probleme bei der Gewinnung länger dienender Mannschaften. Und doch hielten sich hartnäckige Traditionen. Diese als kontraproduktiv zu erkennen und abzuschütteln fiel sehr schwer. Da hielt sich die Tradition der anmaßend-unfreundlichen Sprache im Heer. Da hielt sich die Tradition des unbegrenzten Verbrauchs der Zeit des Soldaten solange, bis durch politische Entscheidung eine Dienstzeitregelung eingeführt wurde. Wie im Simplicissimus schienen wehrübende Reservisten im Blick vieler Profis das harmonische Bild zu stören. Dies obwohl in der mobil gemachten Bundeswehr des Verteidigungsfalles vier von fünf Soldaten durch die allgemeine Wehrpflicht aktiv gemacht worden

Kritisches Geschichtsbewusstsein kann Tradition hervorbringen. Es kann aber auch falsche Traditionen erkennen lassen.

wären. Ob das heute anders ist, obwohl man Reservisten nur noch individuell zur Verstärkung benötigt, weiß ich nicht.

Die demoralisierende Schere zwischen Aufgaben und Mitteln, wie sie der de Maizière-Bericht 1977 erstmals öffentlich bekannt machte, ist vor allem ein besonderes Problem des deutschen Heeres. Ob auch hier noch eine Russlanderfahrung nachwirkt? Sozusagen: Der Auftrag ist zwar unrealistisch, aber irgendwie wird das deutsche Heer es schon schaffen. Die Luftwaffe hatte sich stets anders verhalten, hatte bei nicht verfügbaren Mitteln zum Beispiel nur gemeldet, welche Außerdienststellung und Abmeldung von Geschwadern aus der NATO-

Meine These heißt daher: Unsere Streitkräfte sollten sich ihrer Tradition bewusst sein; in deutschen Streitkräften ist Tradition mit Arbeit verbunden. Bewusst oder unbewusst – Tradition ist jedenfalls Ausdruck des Selbstverständnisses von heute in einem Zusammenhang zwischen Vergangenheit und Zukunft.

signierung die Folge wären, dann kamen die nötigen Mittel.

Oder das extreme Schwerpunktdenken, mit dem der Truppe wieder und wieder neues Großgerät beschafft wurde, das nach fünf oder mehr Jahren noch nicht versorgungsreif war und dem die so genannte Peripherie fehlte.

Die notorische Vernachlässigung der persönlichen Bekleidung und Ausrüstung des Soldaten wurde erst in den 80er Jahren eingesehen und angepackt, als Wehrbeauftragtenberichte in der Öffentlichkeit Aufsehen erregten. Erst jetzt, mit den Einsatzaufträgen im Ausland, wird sie als entscheidende Aufgabe angesehen. War Einsatz in der Zeit des Ost-West-Konfliktes etwa das, was niemals geschehen durfte?

Die Bundesmarine hat lange Zeit ein Verständnis von Innerer Führung an den Tag gelegt, das sich mehr oder weniger auf anständige Betreuung und Verpflegung der Mannschaften reduzierte. Ob hier Erfahrungen vom Ende des I. Weltkrieges noch nachwirken?

Können wir es akzeptieren, dass Streitkräfte Traditionen haben, deren sie sich selbst teilweise nicht bewusst sind? Können wir uns die fraglose, gewissermaßen naive Selbstverständlichkeit leisten, wie wir Tradition bei unseren verbündeten Armeen beobachten können? Unsere deutsche Geschichte ist von großen Traditionsbrüchen in kurzer Folge gekennzeichnet. Meine These heißt daher: Unsere Streitkräfte sollten sich ihrer Tradition bewusst sein; in deutschen Streitkräften ist Tradition mit Arbeit verbunden.

Bewusst oder unbewusst – Tradition ist jedenfalls Ausdruck des Selbstverständnisses von heute in einem Zusammenhang zwischen Vergangenheit und Zukunft. Und jedermann wird zugestehen müssen, dass der Dienstherr und die Öffentlichkeit in der Demokratie wissen wollen, wie das Selbstverständnis der Soldaten beschaffen ist und welche Ausdrucksformen dafür gewählt werden.

Die politische und militärische Führung musste Wert darauf legen, dass die Truppe von Persönlichkeiten geführt und ausgebildet wurde, die bereit und imstande waren, Staatsbürger zu Soldaten auszubilden, ohne ihren Staatsbürgerstatus dadurch zu verletzen. Die Bundeswehrspitze betonte darum stets die politisch-gesellschaftliche Traditionslinie. Sie wollten damit erreichen, das Selbstverständnis des modernen Soldaten vor Staat und Gesellschaft zu legitimieren. Im Traditionserlass von 1982 steht der m. E. falsche Satz, dass Brauchtum etwas anderes sei als Tradition. Ich war federführender Referatsleiter, als der noch heute gültige Traditionserlass von 1982 formuliert wurde. Bei jedem Textentwurf musste ich mich fragen: Will die Leitung hier den Soldaten ansprechen oder Legitimation des Soldatendienstes in der Öffentlichkeit einwerben? Oft musste ein und derselbe Satz beide Zwecke erfüllen. Dafür nur ein Beispiel:

„Ein Unrechtsregime wie das Dritte Reich kann Tradition für die Bundeswehr nicht begründen.“ Die Öffentlichkeit sagt ja, natürlich, kann nicht anders sein. Die militärische Führungsgeneration der Bundeswehr bis in die 80er Jahre, die mit ihrer Erfahrung von Krieg und Unrechtsregime eine glänzende Aufbauleistung vollbracht hat, sah ihre Lebensleistung durch Kriegsdienst für das Vaterland durch denselben Satz aus der Tradition der Bundeswehr ausgegrenzt. Die Veteranen der Traditionsverbände sahen sich ebenso ausgegrenzt. Allerdings gab es unter ihnen auch einige Problemfälle, auf die hier einzugehen, kein Platz ist.

Derselbe Vorgang des Sich-ausgegrenzt-fühlens hat sich übrigens nach der Vereinigung Deutschlands mit den ehemaligen Angehörigen der NVA wiederholt, die sich am Umbau der Bundeswehr im Osten und an der Unterstützung der Russischen Armee auf ihrem Abzug aus Deutschland verdient gemacht haben.

Das ganze Ausmaß der historischen Katastrophe von 1945 konnte gewiss erst im Nachhinein erfahren werden. Zur Erfahrung der Kriegsgeneration in der Nachkriegszeit hätte auch die Erkenntnis gehören müssen, dass Hitler dem deutschen Volk nicht nur die Freiheit, sondern einem jeden Deutschen auch die Ehre geraubt hatte. Zu dieser Erkenntnis zu gelangen, fiel den Millionen überlebenden Kriegsteilnehmern nicht leicht. Es wurde ihnen auch nicht leicht gemacht, weil

andere sich dadurch entlasteten, indem sie mit Fingern auf die Soldaten zeigten. Ehre ist etwas höchst Persönliches. Die Ehre ist in erster Linie ein wertvolles und lebenswichtiges Gut des Einzelnen. Die meisten überlebenden Soldaten des II. Weltkrieges bewahrten sich ein Bewusstsein eigener Unbescholtenheit. Sie fühlten sich herausgefordert, diese persönliche Unbescholtenheit gegen Abwertung und Verunglimpfung zu schützen.

Die Frage der nachwachsenden Generationen war, wie konnte der einzelne Soldat seine Ehre bewahren, wenn sein Handeln im weiteren Verlauf des Krieges zwangsläufig Tateinheit von Verteidigung des Reiches und Verteidigung des Regimes; Tateinheit von Schutz der geliebten Heimat, ja der eigenen Angehörigen vor einem furchtbaren Feind und Schutz der Fortdauer unsäglicher Verbrechen im Namen der Deutschen war? Die deutsche Sprache nennt eine solche Situation tragisch. Helmut Schmidt sagte wiederholt: „Man kann als Deutscher den Zweiten Weltkrieg eine Tragödie unseres Pflichtbewusstseins nennen.“

Wer die tragische Situation des Wehrmachtssoldaten erkennt, wird unterscheiden müssen. Ich fürchte aber, dass ein Aufruf zu unterscheiden, heute nicht mehr gehört wird. Die Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht und die damit verbundene öffentliche Debatte hat in der Bundeswehr zu einer Art „Säuberung“ geführt. Mancherorts kam Besseres zustande, im Ganzen aber gab es eher einen Verzicht auf die Erinnerung an Geschichte in Wort und Bild. Es ist ja

Ehre ist etwas höchst Persönliches. Die Ehre ist in erster Linie ein wertvolles und lebenswichtiges Gut des Einzelnen. Die meisten überlebenden Soldaten des II. Weltkrieges bewahrten sich ein Bewusstsein eigener Unbescholtenheit. Sie fühlten sich herausgefordert, diese persönliche Unbescholtenheit gegen Abwertung und Verunglimpfung zu schützen.

gut, wenn man Stolz auf die eigene Geschichte der Bundeswehr zeigt, sie soll berechtigt im Vordergrund stehen. Viele gehen jedoch den einfachen Weg und beschränken sich darauf. So geht man Ärger aus dem Wege.

Die Meinungsdictatur deutscher Gutmenschen hat überall Pranger aufgestellt. Wer heute auch nur für eine Differenzierung des Urteils eintritt erhält sehr schnell den Stempel

deutscher Gesäßarchitektur und gilt fortan als „rechts“. Und wer das politisch nicht Korrekte ausspricht, wird reflexartig an den Pranger gestellt. Heute ist die Erinnerung an die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges eine Sache, die man aus der nationalen Erinnerungskultur am liebsten verbannt. Es sind die Rechtsextremisten, die sich des Themas auf ihre Weise annehmen. Ein Werner Mölders zum Beispiel kann sich nicht mehr dagegen wehren, welches Spiel mit seinem Namen getrieben wird.

Die Entschiedenheit, mit der Erinnerung hier ausgelöscht werden soll, erinnert an die Art und Weise, wie die SED-Führung mit dem Berliner und Potsdamer Stadtschloss, der Potsdamer Garnisonskirche, dem Invalidenfriedhof umgegangen ist. Der Verfügungsanspruch über die Vergangenheit, den die Meinungsdictatoren unserer Zeit an den Tag legen, erinnert an den Verfügungsanspruch des überwundenen Naziregimes, wenn es Geschichte einstampfen oder umschreiben ließ.

Ich bin nicht damit einverstanden, dass aus so genannter politischer Korrektheit alles in Zweifel gezogen wird, was nicht mit den preußischen Heeresreformen einerseits und mit dem Widerstand gegen Adolf Hitler andererseits zu tun hat. Eine selbstverschuldete Verarmung der politisch-historischen Bildung wäre damit verbunden.

Die Gretchenfrage ist für mich, ob wir bereit sind, in unseren Altvorderen die ganz gewöhnlichen Menschen zu sehen, die wir selber auch sind. Wir Heutigen urteilen im Vollbesitz der Freiheit des Informationszeitalters über die Altvorderen, die in Krieg und Diktatur nur wissen durften was ihnen nicht verboten war und die Zukunft nicht kannten. Sie waren wie wir gewöhnliche Menschen, die mit Unsicherheit, Gefühlen und Ängsten fertig werden mussten, oft ambivalent im Denken wie im Handeln. Auch auf dem Invalidenfriedhof zu Berlin wird man keinen Namen finden, der ohne Fehl und Tadel wäre. Und dennoch kann uns manches Leben als Beispiel dienen, Vorbild sein.

Mir ist klar, dass ich damit eine Kompromisslinie vertrete. Ich kann mich weder denen anschließen, die einen radikalen Neuanfang mit Verzicht auf alle äußeren Formen früherer Zeiten für richtig hielten, noch den anderen, die von der Behauptung ausgingen, was immer im Dritten Reich geschah, die Wehrmacht sei mit weißer Weste durch diesen Sumpf gegangen. Ich sehe mit Sorge, dass uns nach wie vor die Zeit des Nationalsozialismus den Blick in die Tiefe des historischen Erfahrungsraumes verstellt. Ich bin nicht damit einverstanden, dass aus so genannter politischer Korrektheit alles in Zweifel gezogen wird, was nicht mit den preußischen Heeresreformen einerseits und mit dem Widerstand gegen Adolf Hitler andererseits zu tun hat. Eine selbstverschuldete Verarmung der politisch-historischen Bildung wäre damit verbunden.

In den 70er Jahren begann die Debatte um das Selbstverständnis der Bundeswehr und ihre Traditionspflege auf heftige Art und Weise öffentlich zu werden. Mit der so genannten Friedensbewegung in Westdeutschland wurde der Dienst des Soldaten nicht nur von den Wortführern eines teils militanten, teils kitschigen Pazifismus in Frage gestellt, sondern auch mit einer Traditionsdebatte überzogen. Diese Traditionsdebatte wurde ausgelöst durch die Rückkehr des Kalten Krieges

nach hoffnungsvoll angefangener Entspannungspolitik. Die Sowjetunion stellte neue mobile Mittelstreckenraketen auf und die NATO reagierte mit dem Doppelbeschluss. Die Autorität des Staates und die Rolle der militärischen Macht wurde vom links orientierten Bürgertum einmal wieder kritisch hinterfragt. Im Grunde wurden alle Traditionslinien, die in die Zeit vor Gründung der Bundesrepublik führten, radikal in Frage und unter das Verdikt „vordemokratisch“ gestellt. Folgerichtig waren viele Kasernennamen ein Stein des Anstoßes.

Einzelnen Kasernen und Schiffen waren Namen von Soldaten der Wehrmacht übertragen worden (Lütjens, Mölders, Rommel, Dietl, Fritsch, etc.). Ältere Namensträger der Kasernen wurden im Allgemeinen belassen, obwohl für Änderung plädiert wurde (Hindenburg, Lettow-Vorbeck). Einige erinnern eher an Geschichte und dienen der Orientierung im Stadtbild eher als der Pflege von Traditionen. Als ab 1980 die Selbstdarstellung der Bundeswehr als des eindrucklichsten Symbols staatlicher Macht und Hoheit von unruhigen Teilen der Gesellschaft in Frage gestellt und angegriffen wurde, lehnte selbst Minister Apel einen Bildersturm von oben ab. Wer damit anfängt wird nicht mehr aufhören können, meinte er. Später war auch die Feier des Rekrutengelöbnisses, die gelegentlich auch außerhalb der Kaserne abgehalten wird, ein Angriffspunkt der Friedensbewegung. Überhaupt, so kann man sagen, war der Auftritt der Soldaten mit Formen und Feiern ein Stein des Anstoßes. Das hat sich so verfestigt, dass der Seltenheitswert solcher Ereignisse ständig zugenommen hat. Höhepunkte hässlicher und zum Teil gewalttätiger Proteste ereigneten sich im Jahre 1980 bei großen Rekrutengelöbnisfeiern im Bremer Weserstadion und auf dem Marktplatz der Bundeshauptstadt Bonn.

Die Entmythologisierung des Soldatentums glaubten manche – wie in den 50er Jahren – durch die Abschaffung des Feierlichen, des Zeremoniellen erreichen zu müssen. Dass die Soldaten demokratiefeindliche Gesinnung kultivieren, hat, so lange die Bundeswehr existiert, niemand ernsthaft behauptet. Aber der moderne Mensch will merkwürdigerweise nicht wahrhaben, dass er außer seinem Verstand auch ein Herz und ein Gemüt hat.

Nach einem Fernsehinterview mit Kanzler Helmut Schmidt im November 1976 über das Traditionsverständnis der Bundeswehr setzte eine Debatte um den geltenden Traditionserlass von 1965 ein. Graf Baudissin meldete sich mit einem Memorandum zu Wort, mit dem er sich dafür einsetzte, dass die Bundeswehr sich auf ihre eigene Tradition beschränken solle, weil nichts anderes geeignet sei.

Nach einigen Debatten und Gutachten gab Bundesminister Hans Apel schließlich Hinweise für die Bearbeitung neuer Traditionsrichtlinien: Im Sinne der Auftragsführung setzte er als Maßstab das Grundgesetz und den Auftrag der Bundeswehr. Damit bekundete er den Willen, dass Traditionen für die Erfüllung des aktuellen Auftrages hilfreich sein sollen, sonst hätten sie keinen Wert. Die Friedenssicherung als Existenzgrund der bewaffneten Macht sollte als prägendes Element für die Traditionspflege der Bundeswehr herausgestellt werden. Ein Signal an die Friedensbewegung, dass ihre Angriffe ins Leere gingen. Und dann der Satz:

„Soldatische Pflichterfüllung und militärische Tüchtigkeit sind nicht zu trennen von den politischen Zielen, denen sie dienen. Der Nationalsozialismus hat Treue und Gehorsam zu verbrecherischen Zielen missbraucht. Handlungen, die der Erfüllung von Zielen eines Unrechtsregimes dienen, können nicht prägenden Charakter für das Selbstverständnis von Soldaten in unserer Demokratie haben.“ (Diese These war in einem der „Bundeswehr“ gewidmeten Forum der SPD am 24. März 1982 formuliert worden. Die These wurde übrigens Anfang der 90er Jahre inhaltlich genau so auch auf die NVA übertragen.)

Ich erinnere mich an fast zwei Jahre der Klausuren, der Expertenanhörungen und Leitungsvorlagen. Der Bundesminister der Verteidigung gab am 20. September 1982 neue Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr bekannt und setzte sie in Kraft. Er hob gleichzeitig den Erlass „Bundeswehr und Tradition“ vom 11. Juli 1965 auf. Die Bundeswehr war erwachsen geworden. Was sie selbst hervorgebracht hatte, galt nicht weniger als das was von früher übernommen worden war. Und den Großen Zapfenstreich hat Minister Apel auch nicht abgeschafft, wie es von ihm eigentlich erwartet worden war. Er hat ihn nur von einigen Arabesken befreien lassen, damit die Truppe weniger Aufwand bei der Vorbereitung haben sollte.

Die von der Bundeswehr selbst gebildeten Traditionen erhielten einen gebührenden Platz. Zu ihnen gehörten die Umgangsformen mit den alliierten Partner- und Patentruppentteilen, die in der Nachbarschaft stationiert waren. Diese Umgangsformen wurden in der Freiheit der Truppenkommandeure entwickelt und gingen bis in den Austausch von Einheiten beim Schießtraining oder in Manövern. Persönliche Freundschaften sind daraus vielfach entstanden.

Die Truppe hatte, wie wir sehen, andere Sorgen und nahm den Erlass gelassen zur Kenntnis. Von den Kriegsteilnehmern und ihren Organisationen wurde jedoch eine zum Teil erbitterte Kritik geübt. Es ist politisch korrekt, die Werthaftigkeit von Tapferkeit nur dann anzuerkennen, wenn sie aus Hingabe an politisch korrekte Ziele unserer Zeit erbracht worden ist. Man muss sich nur darüber im Klaren sein, dass man es damit zugleich ablehnt, in der Tapferkeit des 18-jährigen Panzerfaustschützen in der Festung Königsberg von 1945 einen Wert für die Bundeswehr zu erkennen.

Wenige Wochen nach Herausgabe des Traditionserlasses wechselte die Bundesregierung, und Minister Wörner trat ins Amt. Er erklärte auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr von 1983:

„Manches an den von meinem Amtsvorgänger erlassenen Traditionsrichtlinien gefällt mir, mit anderem bin ich nicht einverstanden. Ich werde diese Richtlinien – unter Einbeziehung Ihrer Erfahrungen – überprüfen und ändern. Bis dahin bleiben sie in Kraft.“

Der Generalinspekteur Altenburg setzte eine Arbeitsgruppe ein, der ich – damals Brigadekommandeur – für das Heer angehörte. General Altenburg trug dem Minister wiederholt vor, wie weiter verfahren werden könnte. Der Minister hatte Bedenken und zog hinter den Kulissen andere Berater hinzu. Der Beirat für Innere Führung gab erneut ein hilfreiches Gutachten ab. Dann kam die sog. Kießling-Affäre. Es ist nicht mehr zur Herausgabe überarbeiteter Richtlinien gekommen. Die Truppe ist mit dem neuen Erlass ebenso verfahren wie mit dem alten: Er blieb in der Praxis lange Zeit ziemlich folgenlos und verschwand in den Akten. Er bildete aber die Grundlage, als Jahre später drei Zentrale Dienstvorschriften neu gefasst wurden. In diesen Vorschriften werden Richtlinien zur Traditionspflege sowie Reglements über Formen und Feiern festgelegt.

Die Arbeit an Traditionsrichtlinien hat auch Minister verunsichert. Ich meine, Minister sind damit in guter Gesellschaft.

Durch die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland mit deren Beitritt im Jahre 1990 wurde die Einheit des deutschen Volkes wiederhergestellt. War es nicht auch die Nation, die wiederhergestellt worden ist? Ist die Nation nicht die Grundlage moderner Demokratien? Was könnte ein besseres Beispiel für Nationenbildung sein als die deutsche Einheit, wo sich ein Gemeinschaftsideal von Staatsbürgern gegen alle Widerstände durchgesetzt hat? Ich glaube,

dass die Bundeswehr einen Beitrag zur Wiederherstellung der deutschen Nation geleistet hat und dass dies ein wichtiger Teil ihrer Tradition geworden ist.

Festzuhalten gilt, dass sich die Bundeswehr seit den 50er Jahren kontinuierlich einem Prozess der geschichtlichen Selbstprüfung unterzogen hat. Anstöße kamen vielfältig von außen, aber die Leistung wurde innerhalb der Streitkräfte erbracht. Ich kenne keine andere Institution der Bundesrepublik Deutschland, die sich einer vergleichbaren Selbstprüfung unterzogen hätte. Das sollte die Soldaten der Bundeswehr mit Selbstbewusstsein erfüllen.

Heute ist die Bundeswehr mehr als doppelt so alt wie Reichswehr und Wehrmacht zusammen. Die Bundeswehr existiert im Übrigen fast 20 Jahre länger als es die NVA gab. Heute kann man die Dinge etwas gelassener sehen als damals in den 60er oder auch 80er Jahren.

Die Bundeswehr wird weiterhin Kontinuität und Wandel erfahren, aber auch gestalten müssen. Die Welt hat sich in den letzten 18 Jahren stärker verändert als in Jahrzehnten des Kalten Krieges. Ich meine, dass die Bundeswehr gut beraten wäre, wenn sie neben den national gewachsenen Traditionsinhalten auch neuen Inhalten, Formen und Feiern Raum geben würde. Die Wirklichkeit der Streitkräfte ist der Einsatz im Ausland für die Sicherung des Friedens geworden. Die Wirklichkeit des Einsatzes unserer Soldaten ist multinational. Wenn der Bundesminister bereits seit geraumer Zeit ausländische Staatsvertreter einlädt, einer zentralen Gelöbnisfeier im Berliner Sitz seines Ministeriums beizuwohnen und zu den Soldaten zu sprechen, so scheint mir der Oberbefehlshaber dieser deutschen Streitkräfte die richtige Richtung anzugeben, wie es mit der Traditionspflege der Bundeswehr weitergehen könnte.

Festzuhalten gilt, dass sich die Bundeswehr seit den 50er Jahren kontinuierlich einem Prozess der geschichtlichen Selbstprüfung unterzogen hat. Anstöße kamen vielfältig von außen, aber die Leistung wurde innerhalb der Streitkräfte erbracht. Ich kenne keine andere Institution der Bundesrepublik Deutschland, die sich einer vergleichbaren Selbstprüfung unterzogen hätte. Das sollte die Soldaten der Bundeswehr mit Selbstbewusstsein erfüllen.

Die Bundeswehr sollte sich ihrer eigenen Geschichte aber auch erinnern. Hier geht viel verloren, weil so viele Truppenteile aufgelöst worden sind. Nicht überall ist aufbewahrt und aufgeschrieben worden, was war. Viel Literatur ist im 50. Jubiläumjahr der Teilstreitkräfte und der Waffengattungen der Bundeswehr entstanden. Die Autoren wissen mehr über verschüttete Quellen und verlorene Erinnerung, als es der Bundeswehr ansteht. Die Beanspruchung im Grenzbe-

reich des Machbaren, welche die Bundeswehr seit vielen Jahren durchmacht, verengt den Blick auf den gegenwärtigen Auftrag. Die Ehemaligen stehen im Großen und Ganzen abseits und haben den Kontakt zum alten Beruf verloren.

Die Absicht, ein Ehrenmal für die Toten der Bundeswehr in Berlin einzurichten, wo das private Trauerbekenntnis ebenso seinen Platz findet wie die öffentliche Ehrung durch den Dienstherrn, halte ich für richtig. Sie ergänzt die Gedenkstätten der Teilstreitkräfte Heer in Koblenz, Luftwaffe in Fürstenfeldbruck und Marine in Laboe, aber sie ersetzt sie nicht.

Man sollte aber den Kontakt zu den ehemaligen aktiven Angehörigen der Bundeswehr nicht so abreißen lassen, wie es der Fall ist. Jeder steht gewissermaßen auf den Schultern seiner Vorgänger, auch wenn sich viel verändert hat.

Mit dieser etwas kritischen Bemerkung will ich meine insgesamt positive Bilanz der Traditionspflege in 50 Jahren Bundeswehr abschließen.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Werner von Scheven war in seiner militärischen Laufbahn in wichtigen Funktionen der Bundeswehr tätig, unter anderem als Truppenkommandeur, Referatsleiter für Innere Führung, Stabsabteilungsleiter I im Führungsstab der Streitkräfte, Kommandeur des Zentrums für Innere Führung, der Führungsakademie der Bundeswehr, des Bundeswehrkommandos Ost, Befehlshaber des Territorialkommandos Ost sowie als Kommandierender General des IV. Korps, Potsdam. Generalleutnant a.D. von Scheven ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 Vortrag gehalten vor dem Förderverein Invalidenfriedhof am 30. Juni 2007 in Berlin

Beiträge zu geopolitischen und geostrategischen Fragen

Chinas rasanter Aufbruch in die Moderne – Licht- und Schatten

Vortrag gehalten am 20. Oktober 2008 vor dem Regionalkreis West der Clau-
sewitz-Gesellschaft

Reinhard Dietrich

Vor und mit Beginn der Olympischen Spiele 2008 gab es eine Flut von Information-
tionen zu und über China. So musste ich mich bei der Vorbereitung schon mal
fragen, ob bis zu unserem Termin im Oktober überhaupt noch jemand übrig
bleibt, der etwas zu China hören will. Ich bedanke mich für Ihr Kommen und
Ihr – mit einem Modewort ausgedrückt – nachhaltiges Interesse an China.

Im Dezember feiert China den dreißigsten Jahrestag des Beginns der von Deng
Xiaoping eingeleiteten Reformpolitik. Wie ist es möglich, dass ein vor kurzem
noch so rückständiges Land es schafft, in nicht einmal 30 Jahren (!) die industri-
elle Revolution nachzuholen und seine Wirtschaft in die Weltspitze zu führen?
Um ein zutreffendes Bild zu erhalten, ist es ganz wichtig, einen Blick zurück
zu werfen auf die Grundlagen und Prämissen, die die Staatsraison des heutigen
China ausmachen.

Danach will ich auf den Reformansatz des Pragmatikers Deng Xiaoping und die
vier großen Modernisierungen des Landes eingehen – ihre Erfolge, aber auch ihre
Defizite. Folgen soll ein kurzer Abriss der Politik, mit der es China gelang, seine
wirtschaftlichen Erfolge nach außen abzusichern. Schließlich wäre darzustellen,
wie die chinesische Wirtschaft heute dasteht und was von dem chinesischen
Erfolgsmodell zu halten ist. Wenn – angesichts der Fülle des Stoffes – der eine
oder andere Aspekt zu kurz kommen sollte, können wir noch in der Diskussi-
on darauf eingehen. Die Entwicklung in China hing und hängt wesentlich ab
von den heute noch gültigen Prämissen aus der Ära Mao. Nach langen Jahren
der kriegerischen Wirren und dem Sieg der kommunistischen Revolution hatte
Mao Zidong am 1. Oktober 1949 auf dem Platz des Himmlischen Friedens in
Beijing die Gründung der Volksrepublik China ausgerufen. Damit übernahm
Maos Kommunistische Partei (KP) die Führung im Lande. Sie bestimmt seit-
dem den Charakter des Regimes. Als Einheitspartei hält sie alle wichtigen Ämter
in Staat und Gesellschaft.

Prämissen

Ich komme zu den Prämissen des rasanten Aufbruchs Chinas in die Moderne.

Prämisse 1: Alleinherrschaft der Einheitspartei.

Mao entwickelte bald nach Staatsgründung – auch irritiert durch die zunehmende Bevormundung durch Moskau – den Grundsatz von der Eigenständigkeit des Landes. Nie mehr Einmischung von außen. Diese Maxime gilt gegenüber jedermann – übrigens auch gegenüber dem Vatikan. Sie führte damals zum Bruch mit dem Großen Bruder, der SU. Diese hatte China inzwischen allerdings die Technologie zur Herstellung von Atomwaffen geliefert – schon um ein zusätzliches Gegengewicht zu den US Arsenalen zu schaffen. Seitdem ist China Nuklearmacht, allerdings immer mit klarer zahlenmäßiger Begrenzung der verfügbaren Einsatzsysteme. Ein Wettrüsten hat China stets abgelehnt.

Prämisse 2: Absolute Eigenständigkeit, untermauert durch den Status als Nuklearmacht.

Es war auch Mao, der den Grundsatz von der Einstaatlichkeit Chinas aufstellte, quasi als Voraussetzung für die Geschlossenheit und künftige Stärke des Landes. Damit ist secessionistischen Bewegungen, welcher Art auch immer, der Kampf angesagt. China ist ein Vielvölkerstaat – mit 55 offiziell anerkannten Minderheiten und ca. 20 weiteren kleineren Ethnien. Die Prämisse von der Einstaatlichkeit gilt z.B. auch gegenüber Taiwan, das nach chinesischer Lesart die 23. Provinz der Volksrepublik ist. Doch dazu später.

Prämisse 3: Einstaatlichkeit der zu China gehörenden Gebiete.

Diese Prämisse gilt auch im Falle Tibet. Tibet wurde 1951 wieder in den chinesischen Staatsverband eingegliedert. An dieser Stelle gleich einige Anmerkungen zur Tibet-Problematik:

Seit der Flucht des Dalai Lama ins indische Exil 1959 wirft Beijing dem geistigen Oberhaupt der Tibeter separatistische Bestrebungen vor. Auch wenn der Dalai Lama angesichts der neuerlichen Unruhen öffentlich beteuerte, dass er jede Art von Gewaltanwendung ablehne, glaubt man ihm in China nicht. Er ist gleichzeitig auch der Kopf der tibetischen Exilregierung – und Exilregierungen haben es nun mal an sich, den Systemsturz zu betreiben.

Viele der im Exil lebenden Tibeter setzten Anfang des Jahres darauf, dass ihre Landsleute in China aufbegehren und Unruhe stiften sollten. Angesichts der Tatsache, dass China dabei war, makellose Olympische Spiele vorzubereiten und die Weltöffentlichkeit nach China blickte, bot sich dies als geschickte Strategie an, um China zu diskreditieren und politisch in die Enge zu treiben. Marodiert und geschlagen haben – nachweislich und gleichzeitig an mehreren Orten – zunächst die Tibeter. Erst Tage später kam die chinesische Reaktion – dann allerdings nicht zimperlich. Unseren Medien zufolge waren selbstverständlich die Chinesen die allein Schuldigen! In chinesischen Augen wirkte solche Einseitigkeit in der Berichterstattung unfair und manipuliert.

Die Reibungspunkte im chinesisch-tibetischen Verhältnis sind nicht neu, hatten allerdings Anfang des Jahres neuen Zündstoff erhalten:

Soziale Verwerfungen: Chinesische Wanderarbeiter in großer Zahl waren nach Tibet gekommen – mehr als 20.000 nach Lhasa. Sie kommen, weil sie sich in den neu geschaffenen Betrieben Arbeit erhoffen. Zusammen mit den sowieso schon angesiedelten Chinesen majorisieren sie die einheimische Bevölkerung in Lhasa. Zudem nehmen sie den Einheimischen Arbeitsplätze weg – Arbeitsplätze, auf die viele Tibeter selber angewiesen sind. Um z.B. Überweidung zu vermeiden, bestehen die Behörden darauf, dass nur noch ein Sohn die elterliche Yak Herde übernimmt und fortführt. Die übrigen Kinder müssen sehen, wo sie bleiben.

Mao entwickelte bald nach Staatsgründung den Grundsatz von der Eigenständigkeit des Landes. Nie mehr Einnischung von außen. Diese Maxime gilt gegenüber jedermann – übrigens auch gegenüber dem Vatikan.

Der Lamaismus: Tiefe, auch öffentlich demonstrierte Religiosität steht in krassem Gegensatz zur Beliebigkeit junger Chinesen (Karaoke Bar nahe Yok hang Tempel). Als Naturreligion mit starken buddhistischen, schamanischen und fetischistischen Elementen versagt der Lamaismus sich weitgehend dem technischen Fortschritt. Auffassungen und Strukturen wurzeln im ehemaligen feudalen System. Gläubige wenden sich z.B. dagegen, dass nach Bodenschätzen geschürft wird, denn das verärgere die Erdgeister. Oder sie lehnen es ab, wenn zur Fleischversorgung massenhaft Tiere geschlachtet werden – ein Tier dürfe nur für den Eigenbedarf getötet werden.

Im entlegenen Hochland sind gerade die Ärmsten der Armen die treuesten Anhänger des Lamaismus. Zentren und Glaubensburgen sind die Klöster. Angehende Mönche werden schon mit 6 bis 7 Jahren in die Klöster übergeben –

auch weil Familien froh sind, zusätzliche Esser gut unterzubringen (übrigens, diese Überstellung von Kindern ist nicht verboten!). Die Ausbildung im Kloster konzentriert sich auf das Erlernen lamaistischer Sutren; das Erlernen der chinesischen Sprache dagegen wird gerne vernachlässigt. Die Behörden bestehen heute auf regulärem Schulbesuch – natürlich auch, um die Kinder im chinesischen Sinne zu beeinflussen.

Die fortschreitende Modernisierung höhlt das lamaistische System aus. Die Klöster müssen befürchten, weniger Nachwuchs zu finden oder auch – ganz konkret – weniger Spendengelder zu erhalten.

Bevölkerungszunahme und -dichte: Auf dem Hochland leben heute sechs Millionen Menschen, früher keine zwei Millionen. Die Ein-Kind-Politik galt und gilt nicht für Minderheiten. So wuchs die tibetische Bevölkerung stark an und wäre ohne die Anbindung an das Kernland kaum zu versorgen. Und wer gar eine Unabhängigkeit Tibets für richtig hält, der sollte bedenken, dass in der heutigen Provinz Tibet nur 46,6 Prozent der Tibeter mit chinesischem Pass leben – die Mehrheit verteilt sich auf die Provinzen Sichuan, Qinghai, Gansu, Yunnan. Soll China etwa aufgelöst werden?

Prämisse 4: Kein Privatbesitz an Grund und Boden

Doch zurück zur Ära Mao und den Prämissen aus jener Zeit. Als Revolutionär nahm Mao den Großgrundbesitzern das Land weg und gab es zurück an die Bauern. Das verhalf ihm zum Sieg. Als Staatschef nahm er es ihnen wieder ab und degradierte sie zu Arbeitern in den Volkskommunen. Heute krankt China an der damaligen Enteignung. Die Bauern verfügen nicht über den Grund und Boden, auf dem sie arbeiten, können ihn also auch nicht vermarkten; dies bleibt den Herrschenden vorbehalten. Sie können Grund und Boden konfiszieren, ihn vermarkten und sich dabei unendlich bereichern.

Prämisse 5: Wertschätzung der Armee als Helfer in der Not und patriotische Einstellung als Grundlage für den Zusammenhalt in der Gesellschaft

Als Mao – auch wegen der Renitenz der Bauern – die ideologische Umerziehung nicht schnell genug ging, verfügte er revolutionäre Kampagnen – yundong. Mit ihnen sollten alte Strukturen zerschlagen werden. Diese Kampagnen arteten zu grausamen Purgatorien aus - mit Hekatomben von Opfern. Auch für Mao gilt: Der Wahn, einen neuen Menschen schaffen zu wollen, hat ihn zum Massenmör-

der am eigenen Volk werden lassen. Der Aufruf zur Kulturrevolution der Schüler und Kinder war der letzte unsinnige und grausame Akt dieses Szenarios. Als die Kulturrevolution in Bandenkriege ausartete, griff die Volksbefreiungsarmee (VBA) ein und beendete den Spuk. Eigentlich wäre sie verpflichtet gewesen, jedwede Kampagne zu unterstützen, doch schottete sie sich mehr und mehr ab – ja sie half sogar der in Not geratenen Bevölkerung. Auf diese Zeiten geht die tief verwurzelte Anerkennung und Wertschätzung der Armee zurück. Soldatsein steht unter dem Motto: wei guo jia fu wu – dem Vaterland dienen wir. Diesen Dienst eventuell auch unter Gefahr zu leisten, macht sie stolz, die aktiven Soldaten, aber auch das große Heer der Reservisten und ehemaligen Waffenträger. Ihr Vorbild fördert den Zusammenhalt in der Gesellschaft und nährt das patriotische Denken.

Heute sind die Chinesen dabei, mit Genügsamkeit, Zähigkeit und Fleiß ihr Land umzubauen – Eigenschaften, ohne die das Aufbaumwunder China nicht erklärbar wäre.

Prämisse 6: Bereitschaft zum Wandel, verbunden mit Fleiß und Ausdauer bei der Arbeit

Schon über Generationen hinweg hatten Chinesen viel Leid zu ertragen. Zuletzt die Große Kulturrevolution hatte ihrer Leidensfähigkeit alles abgefordert. Geschunden und gedemütigt waren die Menschen bereit, alles zu tun, um ihre miserable Lage zu ändern. Sie warteten darauf, anzupacken und Neues zu wagen. Heute sind die Chinesen dabei, mit Genügsamkeit, Zähigkeit und Fleiß ihr Land umzubauen – Eigenschaften, ohne die das Aufbaumwunder China nicht erklärbar wäre.

Der Reformansatz des zum Pragmatiker gewandelten Deng Xiaoping

Gegen Ende der Ära Mao war die VBA zu einer Art „Staat im Staate geworden“. Ihre Hierarchie hatte als einzige überlebt und stand bereit, die Führung im Lande zu übernehmen. Aus der VBA kam auch jener General, der das Steuer herumreißen sollte: Deng Xiaoping, Weggefährte Maos und Teilnehmer am Langen Marsch. Er war im politischen Amt zweimal gestürzt und wieder rehabilitiert worden – der spät berufene Retter Chinas. Mit 75 Jahren betrat er 1977 wieder die politische Bühne. Deng hatte begriffen, dass die Planwirtschaft dem so ersehnten Fortschritt im Wege stand. Der entscheidende Schlag gelang ihm gegen Qiang Qing, der Witwe und ideologischen Erbin Maos. Er entmachtete sie und ihre Helfer, die so genannte „Viererbande“.

Um die Botschaft Deng Xiaopings an Partei und Volk deutlich zu machen, möchte ich einige seiner Leitsätze zitieren:

- Egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse;
- shi shi qiu shi – man muss die Wahrheit in den Tatsachen suchen;
- zi li geng sheng – China muss aus eigener Kraft das Neue schaffen;
- man muss die Fenster öffnen, um frische Luft hereinzulassen, doch man muss auch darauf achten, hereinkommendes Ungeziefer zu erschlagen (sic!), und
- die Lokomotive muss ziehen, wenn der Zug fahren soll.

Die Leitsätze Dengs gelten fort und werden auch heute noch gerne zitiert.

Kernthemen der von Deng eingeleiteten Reformpolitik waren die Öffnung des Landes nach außen und der Aufbruch zur Modernisierung in vier Kernbereichen – und zwar in folgender Prioritätenfolge:

- Landwirtschaft,
- Industrie,
- Wissenschaft und Forschung,
- Landesverteidigung.

Bevor ich auf den Erfolg dieses Ansatzes eingehe, möchte ich noch einiges zu dem Systemträger, der Kommunistische Partei (KP) Chinas und ihrem Wandel sagen. Man kann sich vorstellen, wie der Paradigmenwechsel die altehrwürdigen Kader düpieren musste. Kern ihrer Kritik: Die Übernahme kapitalistischer Methoden bedeute Verrat an den kommunistischen Sache. Doch Deng und seine Kameraden hielten durch und beharrten auf ihrem pragmatischen Ansatz. Sie werden sich vielleicht fragen: Und was war mit der Niederschlagung der Studentenrevolte 1989? Handelte da nicht der „Altkommunist“ Deng? Ganz unglaublich für chinesische Verhältnisse hatte die Führung damals lange gezögert, volle drei Monate des Disputierens, Demonstrierens, Provozierens hingenommen, bevor sie die Armee in Marsch setzte. Das Chaos vornehmlich in der Hauptstadt hatte unerträgliche Maße angenommen. Und Chaos – das wusste Deng aus bitterer Erfahrung – konnte und wollte er nicht zulassen. China, gerade einmal der kommunistischen Knute Maos entronnen, befand sich mitten im gelenkten Umbruch. Es konnte keine Vielstimmigkeit vertragen, sollte es nicht wieder in Chaos zurückfallen. Das sehen heute auch die meisten Chinesen so.

Deng hatte im Rahmen der Öffnungspolitik verfügt, dass jährlich zehntausende von Studenten ins westliche Ausland gehen sollten, um dort zu lernen. Einige der ersten Rückkehrer forderten damals „Demokratie heute und jetzt“ – verständlich zwar, aber eben realitätsfremd. (Andere Protestler wollten nur ihrem Unmut über Teuerung und Korruption Ausdruck verleihen.) Trotz dieser herben Enttäuschung ließ Deng weiterhin Studenten ins westliche Ausland schicken. Er wusste, dass ihre Erfahrungen einst enorm wichtig werden würden für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Viel entscheidender war jedoch, dass Deng den drohenden ideologischen Rückfall innerhalb der Partei verhinderte. Zeitweilig zwar etwas vorsichtiger, betrieben die Reformer den Wandel der Partei weiter. Heute kann man von einer klaren Entideologisierung der Partei sprechen. Es gilt allein Effizienz. So gesehen ist die KP keine kommunistische Partei mehr, sondern ähnelt eher einem machiavellistischen Verein zur Erhaltung der Macht.

Als sich die Partei dann auch sozial zu öffnen begann, konnten sich immer mehr Chinesen mit den Zielvorstellungen der Partei identifizieren. Die Zahl der Parteimitglieder nahm rasch zu. Inzwischen zählt die Partei 73 Millionen Mitglieder – eine Gesellschaft in der Gesellschaft, fast so zahlreich wie die Gesamtbevölkerung Deutschlands! Fast jeder, der etwas auf sich hält, gehört heute der Partei an – zunehmend wichtig: auch viele Unternehmer und Manager. Diese sorgen für die enge Verzahnung von Partei und Industrie. Äußerlich blieben allerdings die alten Strukturen erhalten. So gibt es nach wie vor den Volkskongress, das ZK, das Politbüro, die Zentrale Militärkommission, usw.

Ein ganz wesentliches Merkmal dieser Herrschaftspartei ist es, dass das von Deng verfügte System der Generationenfolge eingehalten wird. Es verhindert die zeitlich unbegrenzte Dominanz eines oder mehrerer Führungskader. So hat der Volkskongress im März das künftige personelle Revirement abgesegnet und u.a. den für 2012 designierten neuen Staats- und Parteichef per Akklamation bestätigt.

Auch wenn die Partei nach außen hin weitgehend unangefochten dasteht, ist sie nach innen mit gravierenden Problemen konfrontiert. Eine konsequente Führung dieser so heterogenen Mammutpartei ist kaum möglich. Man stelle sich vor: Jeder PG in seinem Bereich ein kleiner Herrgott – angesichts des Wirtschaftsbooms oft in einer wahren Goldgräberstimmung! Da werden Vorgaben der Parteispitze oder einschränkende Gesetze einfach ignoriert. Machenschaften

wie Ausbeutung von Untergebenen, Annahme von Korruptionsgeldern, Steuerhinterziehung sind an der Tagesordnung. Disziplinierung ist mehr als schwierig und zwingt die Parteiführung oft zu drastischen Strafen gegen eigene Mitglieder.

Die vier großen Modernisierungen – Erfolge und Defizite

Der Reformansatz Dengs hatte zum Ziel, die chinesische Wirtschaft nach und nach auf marktwirtschaftliche Methoden umzustellen. Hierzu war es erforderlich, das Land nach außen zu öffnen und westliches Know-how auf weite Bereiche der chinesischen Wirtschaft zu übertragen. In neu festgelegten Sonderwirtschaftszonen sollten Staatsunternehmen mit Hilfe ausländischer Investoren Marktwirtschaft und Welthandel erproben. Zudem erwartete die Führung, dass die Sonderwirtschaftszonen eine Art Brückenfunktion zu bereits entwickelten Teilen des Landes übernehmen sollten – also gegenüber Hongkong, Macao und Taiwan. Als dieser gelenkte Großversuch erfolgreich verlief, konzipierte die Führung eine Art gelenkten Kapitalismus, der japanische, amerikanische, aber auch

Der Reformansatz Dengs hatte zum Ziel, die chinesische Wirtschaft nach und nach auf marktwirtschaftliche Methoden umzustellen. Hierzu war es erforderlich, das Land nach außen zu öffnen und westliches Know-how auf weite Bereiche der chinesischen Wirtschaft zu übertragen.

sehr chinesische Elemente vereinte. Heute – zweieinhalb Jahrzehnte später – droht dieses Modell die Weltwirtschaft aus den Angeln zu hebeln – dazu später mehr.

Doch jetzt zu der Entwicklung in den vier Kernbereichen der Modernisierung. Für die Reformer um Deng ging es zunächst und primär

darum, die landwirtschaftliche Produktion anzukurbeln. Das entwicklungs-hemmende kommunistische Wirtschafts-Reglement musste schrittweise abgebaut werden. Zu gravierend waren seine Fehlleistungen. In einem ersten Schritt erhielten die Bauern die Möglichkeit, auf kleinen, selbst bewirtschafteten Parzellen das anzubauen, was sie für richtig und wichtig hielten und was sie auf den aufblühenden freien Märkten verkaufen konnten. Diese Nebentätigkeit brachte bald mehr Geld ein als die Arbeit in der Volkskommune. Konsequenterweise wurde das Volkskommunesystem bereits 1983 aufgehoben. Für die bäuerlichen Haushalte galt nun eine Art Vertragssystem. So konnten Bauern ein Stück Land pachten, selbst bewirtschaften und zumindest einen Teil der Produkte nach außen verkaufen. Dies bedeutete Eigentumsrechte an Produkten, ja, aber kein Eigentum an Grund und Boden – (auf dieses grundlegende Manko habe ich hingewiesen). Später wurde den Bauern eine Art Erbpachtrecht zugestanden – in der Regel begrenzt auf 50 Jahre. Doch Bestandsschutz war damit nicht gegeben.

Öffentliches Interesse – zu Recht oder zu Unrecht behauptet – ging und geht vor. Als das Eigenverantwortungssystem erste Früchte trug, lobte Deng den unternehmerischen Geist der Bauern und empfahl, dass möglichst viele von ihnen 10.000 Yuan Bauern werden sollten (10.000 im Chinesischen wan – wan steht für Reichtum). Reichtum war also kein Tabu mehr! Das verstanden die Leute schnell und handelten danach.

Der Erfolg der Reformen in der Landwirtschaft zeigt sich u.a. darin, dass die Agrarproduktion bald die Nachfrage decken konnte. Es klingt fast wie ein Wunder: Auf sieben Prozent der weltweit vorhandenen Anbauflächen wurden die Nahrungsmittel für ein Fünftel der Menschheit erzeugt – ein großer Erfolg, der aber auch mit drastischen Fehlentwicklungen erkaufte wurde: Überdüngung, bedenkenloser Einsatz von Pestiziden, zerstörerische Ausbeutung vorhandener Wasserressourcen, Mästen mit verbotenen Zusätzen, usw. Die Böden werden zunehmend mit Chemikalien und Schwermetallen belastet. Überweidung, forcierter Ackerbau und geplünderte Grundwasserleiter lassen immer mehr fruchtbares Land versteppen. Schon jetzt ist ein Drittel der Fläche Chinas Wüste. (Beijinger Brunnenbauer müssen heute 800 m tief bohren, um an sauberes Grundwasser zu kommen.) Heute ist China in zunehmendem Maß darauf angewiesen, Nahrungsmittel einzuführen – vor allem der Konsum des einzelnen ist stark angestiegenen.

Kurz zurück zu den früheren Kollektiven: Ihre Auflösung hatte auch weniger erfreuliche Aspekte: Mangelnder Erfolg oder Missernten trafen die Bauern nun unmittelbar – kein Kollektiv mehr, das in Notlagen ausgleichen und helfen konnte. Ungelernte, Behinderte, ältere Menschen, die im Kollektiv eigentlich ganz gut aufgehoben waren, standen plötzlich ohne sozialen Schutz da. Diese Defizite sind bis heute nicht behoben. Neue Produktionsmethoden und -anreize führten dazu, dass mehr und mehr ländliche Arbeitskräfte freigesetzt wurden. So hob die Regierung bereits 1984 das Verbot von Migration auf. Die daraus entstandene Problematik wird deutlich, wenn man heute von 150 bis 170 Millionen Wanderarbeitern spricht.

Mittellos, sozial ungeschützt und entwurzelt, strömen diese Menschen in die Städte. Sie sind bereit, ihre Arbeitskraft für Minimallöhne zu verkaufen. Oft landen diese armen Menschen bei rücksichtslosen, auf Profit bedachten Arbeitgebern. Arbeit am Bau ist die übliche Eingangsstufe – in Beijing mit einer Wochenarbeitszeit von 61 Stunden und mehr. Und wehe dem, der dabei unter die Räder kommt, er wird als Krüppel bestenfalls noch in seinem Heimatdorf ein

Unterkommen finden. Ein gravierendes soziales Problem! – landesweit, denn ganz China gleicht einer riesigen Baustelle. Da es zumeist junge Menschen sind, die die ländlichen Gebiete Zentral- und Westchinas verlassen, verarmt das Hinterland – eine Entwicklung, die der Regierung schwer zu schaffen macht und der sie nun mit massiven Investitionsprogrammen begegnen will. Denn sie weiß, dass das eklatante Ost-West Gefälle mit so unterschiedlichen Chancen – hier wie dort – das soziale Klima des Landes vergiftet.

Der zweite Bereich, den es anzupacken galt, war der veraltete, planwirtschaftlich gelenkte industrielle Komplex. Ab 1984 mussten – ähnlich wie in der Landwirtschaft – die bis dahin planwirtschaftlich geführten Betriebe mehr Eigenverantwortung übernehmen. Der Betrieb durfte nun einen Teil des erwirtschafteten Gewinns behalten, Beschäftigte entlassen, aber auch neue einstellen. Damit war das Prinzip des „eisernen Lehnstuhls“ durchbrochen. Schon wenig später ließ die Regierung sogar Eigeninitiative bei der Unternehmensgründung zu. Die ersten nichtstaatlichen Unternehmen entstanden. Staatliche Unternehmen sahen sich plötzlich gezwungen, mit ihren Produkten gegen die Erzeugnisse aus privaten Unternehmen zu konkurrieren. Diesem Wettbewerb waren sie nicht gewachsen. Ein Sterben kollektiver Betriebe setzte ein – mit der Folge, dass die Zahl der arbeitslosen Werktätigen immens anstieg. Die Regierung musste gegensteuern und begann erneut, eine große Zahl von staatlichen Betrieben zu subventionieren. Es sollte noch bis 1997 dauern, bis die Trennung von Wirtschaft und Staat offiziell verkündet wurde. Doch, täuschen wir uns nicht: Die industrielle Basis wird immer noch vom Staat beherrscht. Ihm gehören 60 Prozent des Industriekapitals.

An dieser Stelle will ich erwähnen, dass die chinesische Regierung bereits Ende der achtziger Jahre ganze Industrieanlagen im Ausland aufkaufte und nach China transferieren ließ – aus Deutschland das Inventar mehrerer kleiner Betriebe, aber auch ein ganzes Stahlwerk. Man scheute keinen Aufwand, wenn es darum ging, neue Technologien zu erwerben. Wenig erfreulich ist dabei die Erkenntnis, dass gerade auch Technologien deutscher Firmen massiv ausgespäht und technisch hochwertige Produkte einfach nachgebaut wurden. (Ich habe selbst erlebt, wie bei einer Ausstellung ein von Siemens neu entwickeltes Funkschlüsselgerät einfach weg war oder wie in der Entwicklungsabteilung eines Betriebes die Matrizen von ausländischen Fernsehgeräten kopiert wurden.) Trotz herber Kritik zeigt sich die chinesische Seite nicht bereit, auf Industriespionage zu verzichten oder Produktpiraterie wirksam zu bekämpfen. Ab Mitte der achtziger Jahre durften auch ausländische Firmen in China investieren und eigene Pro-

duktionslinien aufbauen. Eine rasante Entwicklung setzte ein. Bereits 1996 – zehn Jahre später – gab es ca. 200.000 mit ausländischem Kapital finanzierte Unternehmen in China. Diese wurden zur entscheidenden Triebkraft der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Diese Unternehmen waren und sind es, die modernste Technologien, beste Managementverfahren nach China bringen. Sie produzieren zudem umweltbewusst, da ihre ausländischen Muttergesellschaften auf Umweltverträglichkeit achten.

Wenig „sauber“ dagegen produzieren viele Betriebe, die unter chinesischer Regie aufgebaut wurden und werden. Sie schießen landesweit wie Pilze aus dem Boden. Kostbares Ackerland wird zugeschüttet, giftige Abwässer werden in Flüsse und Bäche abgeleitet, Industrieschlamm wird willkürlich verkippt, Abgase werden ungefiltert in die Luft geblasen. Die Folgen: Ganze Landstriche sind verseucht, viele Gewässer schwarz und stinkend von Altlasten, die Luft oft zu stickig zum Atmen.

Große Schäden entstehen auch durch die rücksichtslose Ausbeutung von Bodenschätzen. Im Kohlegürtel am Mittellauf des Gelben Flusses brennen unterirdisch ganze Kohlenflöze. Private Kleinunternehmer haben seit Jahren unzählige Stollen gegraben, über die die unterirdischen Brandherde ihre Luftzufuhr erhalten. Stark zunehmender Kohleabbau und -transport erzeugen unendlich viel Staub, die Verbrennung der Kohle Schwaden von Abgasen. Die Luftverschmutzung hier ist katastrophal. Selbst am helllichten Tag sieht man die Sonne nur noch als braune Scheibe, wie ich es in Taiyuan, der Hauptstadt der Provinz Shanxi erlebt habe. Und überall liegt zentimeterdick der feine Kohlestaub.

Bei uns wird bei 40 Milligramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft Smogalarm gegeben. Noch im fernegelegenen Beijing misst man ständig 140 Milligramm und mehr. Über 70 Prozent seiner Energie gewinnt China aus der reichlich vorhandenen Steinkohle. Zwei Milliarden Tonnen Kohle verbrennt das Land derzeit pro Jahr, mehr als die USA, Japan und die EU-Staaten zusammen. Als heute schon größter Kohlendioxid-Emittent will China seine Kapazitäten noch deutlich ausbauen. Bis 2015 sollen weitere 560 Kohlekraftwerke entstehen.

Wenn man versuchen wollte, die heute schon gegebenen Altlasten abzubauen, würde dies – wenn überhaupt möglich – ungeheure Geldmittel verschlingen. Der Regierung ist sich des Problems der Umweltzerstörung in weiten Teilen des Landes durchaus bewusst und versucht jetzt gegenzusteuern. So sieht der neue Fünf-Jahresplan neben dem schonenden Umgang mit Ressourcen vor allem

konkrete Maßnahmen zum Umweltschutz vor. Umweltschonende Produktionsverfahren werden besonders gefördert. Nachhaltigkeit ist heute durchaus Thema in China.

Doch es wird noch lange dauern, bis die eingeleiteten Maßnahmen wirklich zu greifen beginnen. Außerdem dürfte es die Regierung schwer haben, skrupellosen Profiteuren das Handwerk zu legen – wie etwa jenen, die vorhandene Filteranlagen einfach abschalten, um Stromkosten zu sparen. Inzwischen drohen die Auswirkungen der oft rücksichtslos vorangetriebenen Industrialisierung – gefährlich ergänzt durch Altlasten aus Raubau und landwirtschaftlicher Intensivnutzung – die Böden, also ganz praktisch die Existenzgrundlage des 1,3-Milliarden-Volkes nachhaltig zu schädigen.

Mit der Industrialisierung nahm der Hunger nach Energie und Rohstoffen ungeahnte Ausmaße an. Da die eigenen Ressourcen bei weitem nicht ausreichen, kauft China überall in der Welt Rohstoffe auf und treibt damit die Preise nach oben.

Der 3. Kernbereich, den es zu modernisieren galt, war der Bereich Wissenschaft und Forschung. Was auf diesem Sektor geleistet wurde und wird, darüber weiß man hier wenig. Dies liegt zum Einen daran, dass Meldungen über entsprechende Fortschritte in China bei uns kaum Aufmerksamkeit erregen, zum Anderen auch daran, dass chinesische Behörden es tunlichst vermeiden, aktive

Mit der Industrialisierung nahm der Hunger nach Energie und Rohstoffen ungeahnte Ausmaße an. Da die eigenen Ressourcen bei weitem nicht ausreichen, kauft China überall in der Welt Rohstoffe auf und treibt damit die Preise nach oben.

Informationspolitik zu betreiben – treu dem Grundsatz: Nur nicht das öffentliche Interesse wecken, schon gar nicht das Interesse westlicher Journalisten.

Bereits 1978 wurden die während der Kulturrevolution lächerlich gemachten und gedemütigten Lehrer und Universitätsprofessoren rehabilitiert. Alle Kinder unterlagen wieder der Schulpflicht. In Zeiten der Kulturrevolution hatten viele keine Gelegenheit, eine Schule zu besuchen. Die Zahl der Analphabeten ist dementsprechend groß – etwa 20 Prozent der Bevölkerung.

Das Bildungs- und Schulsystem wurde überprüft und umgestellt. Statt Gleichmacherei galt fortan das elitäre Prinzip. Bildungseinrichtungen werden heute allein an ihrem Erfolg gemessen. Je höher der Prozentsatz der Abgänger, die die Aufnahmeprüfungen in die nächst höhere Ebene bestehen, desto besser der Ruf

der Schule – und damit auch die Möglichkeit, Schulgeld zu kassieren. Schulgelder stehen den sonst vom Staat getragenen Schulen als Sonderplafond frei zur Verfügung! Keine Privatschule kann es mit einem solchen System aufnehmen. Als Mentor von zwei Schüleraustauschprogrammen habe ich deutsche Gymnasiasten nach Beijing begleitet und damit den chinesischen Schulalltag erlebt: Morgens Antreten auf dem Schulhof, alle in Schuluniform.

Anschließend wird das Schullied, einmal in der Woche nach Flaggenparade die Nationalhymne gesungen. Nach den ersten zwei Stunden große Pause, aber nicht zum Herumtollen – nein, die Schüler treten wieder an, diesmal zur Gymnastik nach Musik. Betont werden der Zusammenhalt, das Einstehen füreinander, die Klasse, die Schule und das Land. Drei wöchentlich wechselnde Schüler einer Klasse üben eine Schülerelbstkontrolle aus, indem sie Verstöße gegen einen 10-Punkte Kodex im Klassenbuch eintragen. Die Ergebnisse werden – in Prozentzahlen hochgerechnet – auf einer großen Tafel der gesamten Schule vorgestellt. Trotz des beachtlichen Leistungsdrucks geben die Schüler sich ungezwungen und fröhlich, auch gegenüber den Lehrern – allerdings nur solange, bis der eingeteilte Lehrer vor der Klasse steht und – natürlich stehend – laut begrüßt wurde. Lehrer halten sich oft bis abends in der Schule auf. Grundsatz: Schüler zu erziehen, heißt für sie da zu sein, sich um sie zu kümmern.

Die Eltern tun alles, um ihren Kinder eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Sie zahlen – an einer Mittelschule mit gutem Ruf – pro Jahr etwa ein Monatsgehalt an Schulgeld! Später stehen dann die Studiengebühren für die Uni an, z.B. für eine Eliteuniversität bis zu 1.200 € pro Jahr. Viele Städter sind heute der Auffassung, dass – schon wegen der hohen Ausbildungskosten – ein Kind völlig ausreichend sei. Setzt man ein zweites oder gar drittes Kind in die Welt, erhält man nicht etwa Kindergeld, sondern muss dafür zahlen (z.B. durch Einstufung in eine höhere Steuerklasse).

Nur Topstudenten können damit rechnen, für ein Auslandsstipendium nominiert zu werden (na ja, manchmal hilft natürlich auch der Parteigrad des Herrn Papa). Sich in dem rigorosen Aus- und Weiterbildungssystem nach oben zu arbeiten, gelingt meist nur Kindern aus städtischen Familien mit gutem finanziellen Hintergrund.

Abgänger der Oberstufe streben zu 90 Prozent einen technisches Studium an. Zurzeit soll es ca. 8 Millionen chinesische Ingenieurstudenten geben. Die Zahl der Chinesen mit Uni-Diplom hat sich in den letzten 5 Jahren vervierfacht – auf

ca. 4,5 Millionen – ein schnell wachsendes Potential, aus dem die Wirtschaft ihren Bedarf an qualifiziertem Personal schöpfen kann. Zudem gelingt es China heute recht gut, ehemals im Westen verbliebene Bildungsemigranten wieder ins Land zurückzulocken – ihr Herz schlägt sowieso für China, ihr Heimatland.

China will heute nicht mehr nur größte Werkbank der Welt sein, sondern auch Wissenschaftsfabrik der Welt werden. Dementsprechend pumpt die Regierung große Gelder in Forschung und Entwicklung (in absoluten Zahlen mehr als die Bundesrepublik). Schlagzeilen wie

- China entwickelt eigene Transrapid-Version oder
- chinesisches Satellitensystem im Weltraum erfolgreich oder
- Weltraumspaziergang eines Chinesen oder
- chinesischer Luftfahrtkonzern tritt in Konkurrenz zu Airbus und Boeing

lassen aufhorchen. Chinesische Wissenschaftler sind in der Nuklear-, Raketen-, Weltraum- und Nanotechnologie zu Hause. China wird – schneller als wir vermuten und uns lieb sein kann – seine Spitzentechnologien ausbauen und in der Lage sein, technisch anspruchsvolle Produkte auf den Weltmarkt zu werfen.

Mit den Erfolgen hat sich auch ein neues Selbstwertgefühl entwickelt. Was andere können, können wir auch – möglicherweise auch mehr. Zahlreiche Institute bieten Wissenschaftlern und Forscher geeignete Foren, um nach Think-tank-

China wird – schneller als wir vermuten und uns lieb sein kann – seine Spitzentechnologien ausbauen und damit in der Lage sein, technisch anspruchsvolle Produkte auf den Weltmarkt zu werfen.

Manier nicht nur technischen, sondern auch politischen, sozialen, ökologischen Fragen nachzugehen.

Debatten der Denkschulen sind inzwischen Teil des politischen Prozesses. Intellektuelle haben heute deutlich mehr Einfluss auf die Politik als ihre westlichen Kollegen. Ergänzt wird der Rat der Institute durch öffentliche Anhörungen, Befragung von Experten, Gutachten etc.

In einem sind die Denkschulen sich einig: Sie lehnen die „flache Welt“ der amerikanischen Globalisierung ab. Sie wollen eine „alternative Modernität“, die einerseits Chinas Zugang zu den globalen Märkten sichern, andererseits aber das Land vor den Stürmen der „kreativen Destruktion“ (sic!) schützen soll.

Dominierende Denkschule ist die sog. „Neue Linke“. Sie findet zunehmend Gehör bei der Führung. Wenn es nach ihr geht, muss die Regierung – gerade auch aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit – dafür sorgen, dass die Wirtschaft weiterhin rapide wächst. Dies wiederum könne nur gelingen, wenn die Partei konsolidiert werde und damit ihre Führungs- und Kontrollfunktion besser wahrnehmen könne als bisher.

Die Demokratiekritik der Neuen Linken ist herb. Westler sprächen von Demokratie wie von einer Religion, die es weltweit zu verbreiten gelte. Eine demokratische Option mit Wahlen wäre wenig hilfreich für China; sie würde keines der großen Probleme des Landes lösen:

- die große, ständig zunehmende Zahl von Protesten,
- die Kluft zwischen Arm und Reich,
- der Bankrott der Wirtschaft in den ländlichen Räumen,
- der fehlende private Konsum,
- die alles zersetzende Korruption.

Im Gegenteil, Demokratie würde die Dinge nur verschlimmern. Große Massen von Menschen könnten schnell zum unkontrollierbaren Mob werden.

So mancher Regierungsberater befürchtet, dass der Rest der Welt Chinas Aufstieg als Bedrohung empfinden könnte. China müsse daher - quasi aus einem strategischen Gesamtansatz heraus – seine Intention deutlich machen, „weiche Macht“ – ruan quanli – bleiben zu wollen. Um diese Botschaft in die Welt hinauszutragen, sollen u.a. weltweit 100 Konfuzius Institute eingerichtet werden, die – ähnlich den deutschen Goetheinstituten - den Menschen die Inhalte chinesischer Kultur nahe bringen. Mit dem Stichwort „weiche Macht“ sind wir auch beim Thema militärische Macht.

Die Modernisierung der Landesverteidigung und damit der Veränderung des militärischen Komplexes ist das vierte Reformziel. Die alte VBA stand noch unter dem Dreifachauftrag Maos mit den Aufgabenbereichen Propaganda, Produktion und Schutz des Landes. In der Ära Mao war es also Sache der VBA, dringende Aufbauleistungen zu übernehmen, neue Infrastruktur zu schaffen. Angesichts der in einer modernen Gesellschaft erforderlichen Arbeitsteilung musste die VBA radikal zurückstecken. Nach und nach übergab sie über 100 Flugplätze, zahllose Hafen- und Industrieanlagen, Eisenbahnlinien, Fernmelde-netze, Pharmabetriebe, Hotels usw. an zivile Träger. Aus der VBA wurden

die Aufbaukorps, das Eisenbahnkorps und die Verbände Innere Sicherheit ausgliedert. Letztere bildeten mit etwa 1,5 Millionen Mann die neue geschaffene „Bewaffnete Polizei“. Von ehemals 6 Millionen Mann an aktivem Personal schrumpfte die VBA auf heute 2,25 Millionen. Infolge der funktionalen Veränderungen haben wir es heute mit einer ganz anderen, einer „neuen“ VBA zu tun. Diese neue VBA wurde professionalisiert, ähnlich den Armeen anderer Staaten auf ihre Kernaufgabe die Landesverteidigung zugeschnitten.

Die gewaltigen Einschnitte in den ehemals allgegenwärtigen militärischen Komplex wurden jeweils in der Zentralen Militärkommission (ZMK) beschlossen. Sie tagt unter Vorsitz des Staats- und Parteichefs. Ihr gehören neben dem Premierminister die Spitzen des Militär- und Sicherheitsapparates an. Alle Militärbehörden des Landes, zu denen auch die Staatssicherheit und die Bewaffnete Polizei zählen, sind letztlich ihr unterstellt. Sie ist das entscheidende Machtinstrument in der Hand des Staats- und Parteichefs. Die ZMK entscheidet über Krieg und Frieden, über den Einsatz von Streitkräften im Inneren.

Hierzulande löste die Ende letzten Jahres angekündigte Erhöhung des Militärbudgets um 17,5 Prozent wieder Spekulationen über eine bedrohliche Aufrüstung Chinas aus. Angesichts einer Inflationsrate von 8 Prozent liest sich dieser Zuwachs schon weniger dramatisch. Trotz ähnlich hoher Zuwächse in den Vorjahren machen die Verteidigungsausgaben – nach offizieller Darstellung – gerade mal 1,7 Prozent des BSP aus. Die tatsächlichen Ausgaben dürften allerdings höher liegen, da so mancher militärische Titel in anderen Budgets mitgeführt wird. 2007 machten die Ausgaben für die VBA gerade mal 8 Prozent der US-Militärausgaben aus (2007: China 34 Mrd., USA 400 Mrd. €).

Die Anschaffung moderner Waffensysteme für die VBA hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Diese gehen primär an die Marine, die Luftstreitkräfte und die strategischen Raketentruppen. Das Großgerät der Landstreitkräfte ist dagegen weitgehend veraltet. Mit der seit 2000 laufenden technischen Modernisierung soll die VBA bis 2020 in die Lage versetzt werden, „integrierte“ Operationen zu führen (Gefecht der verbundenen Waffen). Die Fähigkeit zu IT vernetzten Operationen soll erst viel später erreicht werden. Wir alle wissen, wie kostspielig es ist, fliegende Systeme oder gar moderne Kriegsschiffe zu beschaffen. So ist die neuerliche Erhöhung der Militärbudgets eher dem hohen Nachholbedarf zuzuschreiben als einer strategischen Vorrüstung wie sie China gerne unterstellt wird.

In der Militärdoktrin hat sich in letzten Jahren eine Akzentverschiebung ergeben. Während früher Verteidigung rein defensiv, d.h. auf eigenem Territorium, gemeint war, soll die VBA nun die Fähigkeit entwickeln, in begrenzten Operationen gleichzeitig an zwei Kriegsschauplätzen nach vorne zu schlagen. Sie soll einem Angreifer auf dessen Territorium begegnen können. Einen Weltkrieg halten die Strategen der VBA für wenig wahrscheinlich. Er ist nicht das Szenario, auf das sich die VBA vorbereiten soll. Auch das US-Thema „Force Projection“ ist kein Anliegen der VBA-Planer. Wiederholt haben sie den Bau eines oder mehrerer Flugzeugträger als nicht erforderlich und auch als zu kostspielig abgelehnt.

Als mögliche Einsatzbereiche bzw. Gefahrenherde werden genannt:

- Terrorismusbekämpfung, auch zur Sicherung der Erdölversorgung,
- Einsatz gegen Taiwan,
- militärischer Konflikt mit Japan.

Der Einsatz von Streitkräften zur Terrorismusbekämpfung wird konkret geübt, u.a. im Dezember 2007 zusammen mit indischen Truppen (!) in der Provinz Yunnan. Indisch-chinesische Waffenbrüderschaft! Nach allem, was auch an heißen Konflikten vorausgegangen war, einfach fabelhaft! Quasi zur Bestätigung der neuen Entente hielt sich der indische Premier Mitte Januar zum Staatsbesuch in Beijing auf. Wer hätte das noch vor kurzem für möglich gehalten.

Auch seit der letzten Taiwan-Krise 2004 hat sich vieles zum Besseren gewendet. Zwar sollen noch immer Hunderte von Kurz- und Mittelstreckenraketen in den Küstenprovinzen gegenüber Taiwan stationiert sein, doch von Konfrontation ist nicht mehr die Rede. Schon seit Jahren investieren Taiwanesen kräftig auf dem Festland. Mit der zunehmenden Kapitalverflechtung hat sich auch die Interessenlage verändert. Bei den zurückliegenden Wahlen zeigten sich die Taiwanesen nicht mehr bereit, den secessionistischen Bestrebungen eines Chen Shuibian zu folgen. Ausgerechnet die alte Guomindang, die ehemalige Partei Jiang Jieshi's gewann – national geläutert und heute eher Beijing freundlich eingestellt.

Auch im **chinesisch-japanischen Verhältnis** gibt es Besserung. Das Sakrileg, dass der kleinere Bruder es einstmals wagte, Teile Chinas zu besetzen und Hunderttausende von Chinesen zu massakrieren, bleibt unvergessen. Bisher galt: Wann immer die chinesische Führung glaubte, von Japan übervorteilt zu werden, brachte sie mit der drastischen Darstellung japanischer Kriegsgreuel die Massen in Rage – zuletzt 2005. Doch eine militärische Auseinandersetzung war

und ist wenig wahrscheinlich. Mit seiner „Wohlfühlvisite“ in Tokio Anfang Mai 2008 hat Präsident Hu Jintao eine Phase des Brückenschlages zu Japan eingeleitet. Japanische Firmen investieren vermehrt in China, und Chinesen bilden das Gros der Touristen in Japan. Fehlt noch der große Nachbar im Norden. China und Russland bezeichnen sich heute als strategische Partner (offizielle Abtretung eines 174 Quadratkilometer großen Gebietes durch Russland Anfang Oktober 2008). Russland ist als größter und großzügiger Waffenlieferant gerne gelitten. Mit Russland verbindet auch die Shanghai Cooperation Organisation (SCO), die unter Einbeziehung von vier zentralasiatischen Staaten ein Bollwerk gegen secessionistische Bestrebungen in der Region bilden soll. Dies wird auch militärisch unterstrichen. So fand zuletzt im August 2007 ein russisch-chinesisches Manöver statt, bei dem 6.000 Mann die Befreiung einer von Terroristen besetzten Stadt übten. Die SCO besitzt allerdings auch eine antiamerikanische Funktion, indem sie betont, dass Sicherheit in der Region am besten von Staaten der Region selbst zu gewährleisten sei. Inzwischen haben sich Indien, Pakistan, die Mongolei und der Iran der SCO als Beobachter angeschlossen. Sollten sie eines Tages gar Vollmitglieder werden, würden der SCO vier Nuklearstaaten und drei der großen Wirtschaftsmächte angehören. Russland bietet aus chinesischer Sicht auch den Vorteil, eine gute Alternative zu Europa zu sein, von dessen ständigen Ermahnungen man sattam genug hat.

Ähnlich gut haben sich die Beziehungen zum **Iran** entwickelt. Seit Jahren liefert China Waffen an den Iran. Es hat ihm auch die Forschungstechnologie für sein Atomwaffenprogramm verkauft. Der Iran seinerseits ist zum größten Öllieferanten Chinas aufgestiegen. Das Verhältnis zu den **USA** bleibt ambivalent. In ihrer Außenpolitik ist die chinesische Führung sichtlich bemüht, den USA nicht in die Quere zu kommen. Gelegentlich kritisiert sie die strategische Umfassung durch die USA im Pazifik.

Chinesische Politik außerhalb Ostasiens ist darauf konzentriert, Rohstoffquellen zu erschließen. Dabei geht man dorthin, wo sich weder die USA speziell, noch der Westen im Allgemeinen zu engagieren bereit sind – so etwa nach Afrika. China ist dort als vorbehaltloser, vermeintlich rücksichtsvoller Partner und Waffenlieferant sehr willkommen.

Damit habe ich die wesentlichen Felder der gut aufeinander abgestimmten Außen-, Sicherheits- und Rohstoffpolitik Chinas kurz aufgezeigt. In anderen strittigen Fragen hält China sich auffällig zurück oder versucht, einen für alle Parteien akzeptablen Kompromiss zu finden.

Angesichts der Tatsache, dass China seit Jahren eine sehr gemäßigte, ja friedfertige Außenpolitik betreibt, war sich die Weltgemeinschaft 2000 schnell einig, China die Austragung der Olympischen Spiele 2008 anzutragen. Für die Chinesen war damit ein neues nationales Ziel geboren. Es folgten sieben Jahre intensivster Vorbereitung: Sportlerauswahl mit anschließendem eisernen Training, Bau modernster Sportanlagen, Ausbau von Verkehrs- und Grünanlagen in Beijing. Olympia in chinesischer Hand, das sollte einmalig werden – eine Demonstration der Leistungskraft des Landes. Dann plötzlich schien alles in Frage gestellt: Mit der Eskalation in Tibet schlug China Hass und Verachtung entgegen. Selbst ein Olympia-Boycott wurde erwogen. Doch als sich die Jugend der Welt schließlich in Beijing versammelt hatte, wurden es – trotz allem – großartige Olympische und ebensolche Paralympische Spiele.

Die Chinesen sind stolz auf ihre Leistungen – in organisatorischer wie auch sportlicher Hinsicht. Allerdings fühlen sie sich enttäuscht, ja auch verletzt durch die harsche Kritik aus westlichen Ländern – übrigens ganz besonders auch aus Deutschland (ich wurde öfter darauf angesprochen). Sie werfen uns eine wenig differenzierende Berichterstattung vor und werden die pauschale Verurteilung ihres Landes nicht so schnell vergessen. Manche unterstellen sogar: Der Westen neide China seine Erfolge und sei daher allzu gerne bereit, Erreichtes schlecht zu machen. Wir sollten wissen: Die heftige Kritik hat die Chinesen eher zusammengeschweißt als nachdenklich gemacht. Übrigens, als nächstes nationales Großereignis wird heute schon die Weltausstellung 2010 ausgelobt. Ja, panem et circenses auf Chinesisch – eine wirkungsvolle Methode, um die Menschen von den vielerlei Alltagsproblemen abzulenken. Und davon gibt es genug. Viele Chinesen spüren mittlerweile, dass das erstaunliche Wirtschaftswachstum seinen Preis hat. Über die erwähnten zentralen Probleme hinaus sind es die täglichen Reinfälle, die den Menschen zu schaffen machen. Um Ihnen hiervon einen Geschmack zu geben, seien einige Beispiele angeführt:

- Der Milchskandal ist der jüngste eklatante Fall, in dem Profiteure Nahrungsmittel mit Chemikalien streckten. 54.000 Kleinkinder erkrankten schwer, fünf sind inzwischen verstorben.
- Doch auch sonst gilt: In Läden und auf den Märkten werden ökologisch belastete Lebensmittel verkauft. Obst, Fleisch und Gemüse enthalten oft giftige Substanzen. Böse wird der kleine Mann, wenn er dann erfährt, dass hohe Funktionäre in besonderen Bioläden einkaufen.

- Eltern sind besorgt um ihre Kinder, weil Restaurants vermehrt verdorbenes Essen an Schulküchen verkauft haben.
- Man kann sich den Grimm von Zeitungslesern in Beijing vorstellen, wenn sie – wie vor kurzem geschehen – erfahren, dass 50 Prozent des in Flaschen abgefüllten Trinkwassers unrein sei. Der Grund: Hunderte von Kleinhändlern füllten Leitungswasser in Flaschen mit dem Etikett etablierter Firmen und verkauften es anschließend an die Haushalte.
- Die starke inflationäre Entwicklung lässt die Preise beharrlich steigen – vor allem für Lebensmittel (plus 18 Prozent in diesem Jahr). Dies trifft in erster Linie die Kleinverdiener, die sich einschränken müssen und verbittert reagieren. Genügend, ja gut zu essen zu haben, ist eminent wichtig in China.
- Unendlich viele Menschen sind gezwungen, Haus oder Hof zu verlassen. Sie erhalten zwar Kompensationen – doch sind diese oft unzulänglich. Betroffene sind zudem unglücklich, weil sie ihr gewohntes Umfeld verlieren. In Beijing z.B. wurden ganze Stadtteile abgerissen, um Platz zu schaffen für moderne Büro- und Wohnhochhäuser, für neue Straßen, für Sportstätten. Auf dem Land fallen ganze Dörfer der Spitzhacke zum Opfer, weil vielleicht gerade dort ein Industriepark eingerichtet werden soll. Besonders gravierend ist der millionenfache Verlust von Heimat bei Großprojekten wie etwa dem Drei-Schluchten-Damm.
- Als Anfang des Jahres zahllose Hauptstädter nach Einnahme bestimmter Medikamente zusätzliche Beschwerden bekamen und sich beschwerten, gingen die Behörden der Sache nach. Schon bald konnten sie den Hauptschuldigen ermitteln, nämlich den Chef der Aufsichtsbehörde für Lebens- und Arzneimittel. Er soll für die Vergabe von Lizenzen an Pharmahersteller umgerechnet 629.000 € an Schmiergeldern kassiert haben. Er wurde nach kurzem Gerichtsverfahren hingerichtet – wohlgemerkt: Ein sehr hoher Parteifunktionär. (neuestes Beispiel: Der frühere Bürgermeister von Beijing).

Nach chinesischer Auffassung ist es ganz richtig, wenn mit Großverbrechern kurzer Prozess gemacht wird (das gilt übrigens auch für Japan). Verbrechen, die das Ex bedeuten können, sind z.B.: Kassieren von Korruptionsgeldern oder Steuerhinterziehung in Höhe von – umgerechnet – 500.000 € und mehr; Rauschgift- und Menschenhandel in erheblichem Umfang, wiederholte Verge-

waltungsdelikte. China ist eine Massengesellschaft, in der es an vielem fehlt, nur nicht an Menschen. Also, – so die allgemeine Meinung – solle doch der, der sich allzu viel herausnimmt, auch dafür büßen. Da werden alle Appelle, zumindest auf die Todesstrafe zu verzichten, wohl wenig fruchten.

Mit der wirtschaftlich Besserstellung sind auch die Hoffnungen und Ansprüche der Menschen gewachsen. Vielerorts führen der Zorn über soziale Ungerechtigkeiten, der Ärger über Korruption oder Schiebereien zu Unruhen. Nach chinesischen Zeitungsberichten soll es in 2006 landesweit 112.000 „Vorfälle“ mit mehr als 10 Beteiligten gegeben haben. Die Regierung weiß, dass höchste Ungleichheiten das soziale Klima vergiften. Um den Spannungsbogen zu verdeutlichen: In Shanghai gibt es Bettler, aber eben auch 120 Dollarmilliardäre.



Chinas wirtschaftlicher Boom läuft seit Jahren ungebrochen. Das Wirtschaftswachstum hat sich in den letzten 10 Jahren auf hohem Niveau verstetigt – im Bild: die Wirtschaftsmetropole Shanghai

Ein unterschwellig nagendes Problem ist die innere Orientierungslosigkeit vieler älterer Menschen. Sie haben so manches ideologische Wechselbad erlebt. Oft stehen sie da ohne Familie und sozialen Schutz. Sie haben einfach Existenzangst (wer sorgt für mich bei Krankheit, wer im Alter?). Dazu stellen sie fest, dass die jungen Leute primär nach Geld und Geltung gieren. Die ehemals so harmonische oder – besser gesagt – harmonisierte Gesellschaft existiert nicht mehr. Das tief sitzende Unbehagen führt dazu, dass ältere Menschen wieder in die Tempel gehen, die Lebensregeln des Konfuzius studieren, sich auch christlichen Gemeinden anschließen oder gar fraglichen Heilsverkündern nachlaufen. (Falungong) Jüngere Menschen dagegen blicken meist zuversichtlich nach vorn. Sie sind stolz darauf, Bürger des „Landes der Mitte“ zu sein, das wieder zu alter Größe und Geltung zurückfindet. Sie glauben an den wirtschaftlichen Erfolg des Landes und damit auch an ihre eigenen Chancen.

Der wirtschaftlich Erfolg des Landes, wie stellt er sich heute dar? Chinas wirtschaftlicher Boom läuft seit Jahren ungebrochen. Das Wirtschaftswachstum hat sich in den letzten 10 Jahren auf hohem Niveau verstetigt. Chinesischen Angaben zufolge wuchs die Wirtschaft allein im letzten Jahre um 11,5 Prozent. 2008 ist erstmals ein leichter Rückgang festzustellen. Die Zahl für das II. Quartal lag

bei 10,1 Prozent. Die Auslandsnachfrage hat vor allem wegen der Schwäche der amerikanischen Wirtschaft nachgelassen – und das schon vor der Finanzkrise. Die Angaben zur Industrieproduktion deuten auf eine weiterhin robuste und stabile Konjunktur hin. Gewaltige Potentiale stehen noch ungenutzt zur Verfügung. Ehemals werktätige Arbeitslose in großer Zahl und ganze Heere von Wanderarbeiter warten darauf, in den Wirtschaftsprozess integriert zu werden. Um diese Menschen aufzufangen, plant die Regierung, allein in der Industrie jährlich 10 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Eine optimistische Prognose aus 2006 besagt, dass das BIP der Volksrepublik bis 2022 noch um das Siebenfache wachsen könne.

Seit sieben Jahren verbucht China ein Exportwachstum von knapp 25 Prozent pro Jahr. Zwar stehen dem Export auch hochwertige Importe gegenüber. Dennoch erzielte das Land in den letzten Jahren im Schnitt einen Handelsbilanzüberschuss von gut 10 Prozent. So konnte China gewaltige Devisenreserven ansammeln, mit 1.800 Mrd. US \$ die größten der Welt. Damit verfügt das Land über genügend Kapital, um die nach Plan stark zunehmenden Investitionen auch bezahlen zu können. Neuerdings versucht China einen Teil dieser Gelder über einen Staatsfonds im Ausland anzulegen. Auffällig ist, dass der Export technischer Produkte, gerade auch von IT-Produkten in letzter Zeit deutlich zugenommen hat und inzwischen etwa 50 Prozent der Gesamtausfuhren ausmacht. China löst sich allmählich vom Image des Billigproduzenten.

Um die Aufwertung der chinesischen Währung, des Renminbi, zu bremsen, betreibt China eine strikte Wechselkurspolitik. Diese Abschottung hat den Vorteil, dass es keine Kapitalflucht gibt und Finanzkrisen – selbst wenn sie weltweit wirken wie jetzt – auf China kaum durchschlagen.

Zusammenfassung und Bewertung

Aus der Ära Mao stammen die staatstragenden Prämissen von der Eigenständigkeit, der Einstaatlichkeit und der Alleinherrschaft der Partei. Maos Ideologie hingegen ist verfallen. Das Wirtschaftswunder, das selbst Chinesen in Erstaunen versetzt, verdanken sie dem Wirken Deng Xiaoping's und seiner Nachfolger. Das Experiment Abkehr vom Kommunismus und Hinwendung zur forcierten Modernisierung des Landes läuft gerade mal 30 Jahre. Das wird allzu oft vergessen, wenn man China mit Maßstäben misst, wie sie bei uns üblich sind.

Die KP Chinas hat ihren ideologischen Ballast nach und nach abgeworfen. Mit dem allmählichen Wandel hat die Partei einen unheilvollen Bruch – wie er in Russland geschah – vermieden. Die Partei glaubt an ihre Führungsmission und existiert als Verein der Eliten zur Machterhaltung. Konsequenterweise wird sie von einer kleinen Gruppe von Oligarchen geführt. Diese haben es allerdings schwer, in dieser Mammutpartei für die gewünschte Disziplin zu sorgen. Die Fehlleistungen so mancher Kader haben dem Ansehen der Partei geschadet. Doch führte dies nicht dazu, dass die Menschen das Prinzip der Einheitspartei in Frage stellen. Nein, ganz im Gegenteil. Gerade auch die Eliten Chinas beschwören eine Konsolidierung der Partei. Sie gehen davon aus, dass nur eine starke und geschlossene Partei in der Lage ist, die so stringenten Probleme des Landes zu lösen. Eine Entwicklung hin zur Demokratie ist auf absehbare Zeit wenig wahrscheinlich.

Aus der Ära Mao stammen die staatstragenden Prämissen von der Eigenständigkeit, der Einstaatlichkeit und der Alleinherrschaft der Partei. Maos Ideologie hingegen ist verfallen. Das Wirtschaftswunder, das selbst Chinesen in Erstaunen versetzt, verdanken sie dem Wirken Deng Xiaoping's und seiner Nachfolger.

Mit seinem Aufbruch in die Moderne hat China Millionen von Menschen aus der Armut geholfen, speziell auch den Lebensstandard seiner Bauern verbessert. Doch hat die forcierte Modernisierung auch zu gravierenden sozialen Verwerfungen geführt. Frühere Sicherungssysteme, die gerade auch den kleinen Leuten Schutz boten, sind auf der Strecke geblieben. Neue Sozialsysteme müssen erst aufgebaut werden. China produziert schon heute zulasten seiner Umwelt. Weite Teile des Landes stehen aber erst am Anfang des industriellen Aufbaus. So zeigt sich die Regierung nicht bereit, zugunsten einer umweltgerechteren Produktion Wachstumseinbußen hinzunehmen. Raubbau, Umweltverschmutzung und Zersiedlung werden also weiter zunehmen. Andererseits hat die Regierung die Gefahr der fortschreitenden ökologischen Zerstörung des Landes erkannt und will ihr mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen entgegenwirken. So beschloss sie Anfang 2006 dreißig der bis dahin geplanten Großprojekte, darunter übrigens auch 13 der vorgesehenen Kohlekraftwerke, zugunsten des Umweltschutzes zu stornieren. Dafür soll aber die Zahl der Atomkraftwerke von bisher 9 auf mindestens 36 in 2020 anwachsen. Mit seinen guten Außenbeziehungen gelingt es China immer besser, seinen wirtschaftlichen Erfolg abzusichern. Die alten Reiche China, Indien und Persien kooperieren wieder und stützen einander – eine Entente, die auch Chinas strategischer Partner Russland gerne sieht. Die Weltmacht USA steht im Abseits und könnte nicht einmal erwarten, den kleinsten Partner dieser Entente – nämlich den Iran – in die Knie zu zwingen.

Auch wenn China seit Jahren eine aktive Politik der Friedenssicherung und der Kooperation betreibt, legt es Wert darauf, seine Streitkräfte zu modernisieren. Dabei geht es der Führung offensichtlich darum, die VBA auf neue Anforderungsprofile einzustellen, Anforderungsprofile, wie sie sich aus der Rolle als Weltmacht ergeben. Chinas Militärpolitik bleibt defensiv orientiert.

Der Wirtschaftsboom in China wird sich voraussichtlich auch längerfristig fortsetzen, trotz gelegentlicher leichter Schwankungen, wie gerade zurzeit feststellbar. In seinen Spitzen hat das Land schon heute das Niveau einer modernen, ja postmodernen Industriegesellschaft erreicht. Andererseits besteht in weiten Bereichen noch ein gewaltiger Nachholbedarf. Obwohl die politische Entscheidungsgewalt nach wie vor bei den vom Sozialismus geprägten Gremien liegt, ist ein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik wenig wahrscheinlich. Trotz Liberalisierung und weitgehender Freigabe der Märkte will die Partei das Heft fest in der Hand behalten. Axiomatisch geht sie z.B. davon aus, dass die Banken sowie der Kapitalverkehr mit dem Ausland direkt vom Staat kontrolliert werden. Die Trennung des chinesischen Finanzsektors vom Weltkapital hat sich als der entscheidende Treibsatz für das chinesische Wirtschaftswunder erwiesen. Während westliche Konzerne ihren Aktionären und Darlehensgebern teure Dividenden und Zinsen zahlen müssen, können Chinas Unternehmen über das staatlich gelenkte Bankensystem nahezu kostenlos Kapital aufnehmen. Während andere Schwellenländer immer wieder durch schwere Finanzkrisen, schwankende Wechselkurse und Kapitalflucht zurückgeworfen wurden, ist China von all dem verschont geblieben. Übrigens hat China auch angesichts der momentanen Finanzkrise wenig zu befürchten (Devisenreserven, System der Kapitalverwaltung bereits vorhanden, stabile Währungspolitik). Gefährlich würde es für China nur, wenn der Finanzkrise eine weltweite Rezession folgen würde. Dann nämlich würden Absatzschwierigkeiten dazu führen, dass das geplante und zweifellos erforderliche Wachstum nicht mehr zu erreichen wäre.

Der zweigleisige Ansatz, nämlich ein zunehmend offenes Wirtschaftssystem mit einem weitgehend geschlossenem Politiksystem zu verbinden, funktioniert im Falle Chinas erstaunlich gut. Er hat bereits einen Namen: das „Chinesische Modell“. Dieses Modell findet weltweit mehr und mehr Bewunderer. Indien, Indonesien und Vietnam begeben sich zurzeit auf einen vergleichbaren Entwicklungspfad. Die Auswirkungen des „Chinesischen Modells“ drohen das geltende Weltwirtschaftssystem aus den Angeln zu heben. Von der Lohnentwicklung bis zur Energieversorgung, von der Machtverteilung in den globalen Institutionen bis hin zu den Regeln des Welthandels, überall sind die Auswirkungen des „Chi-

nesischen Modells“ und die Gehversuche seiner Nachahmer zu spüren – mit unabsehbaren Folgen für den Westen und seinen Führungsanspruch. Während die neue Internationale der Autokraten an Boden gewinnt, verblasst das Credo der westlichen Welt: Eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung sei nur unter demokratischen, d.h. freiheitlichen Vorzeichen möglich. Und siehe da, die Finanzkrise zwingt auch uns zum Umdenken.

Wo lauern die Gefahren für Chinas rasanten Aufbruch in die Moderne? Das ungünstigste Szenario wäre, wenn es im wirtschaftlichen Aufbau des Landes zu herben Rückschlägen käme – etwa, wie eben beschrieben, ausgelöst durch eine weltweite Rezession. Sollte Chinas Wirtschaftswachstum tatsächlich über mehrere Jahre deutlich absinken (unter 5 Prozent), wäre das Land von einer gewaltigen Massenarbeitslosigkeit bedroht. Zunehmende Massenproteste bis hin zu massiven Unruhen wären die Folge. Sollte dann das probate Mittel, mit zusätzlichen Investitionen dagegenzuhalten, nicht greifen, dürfte die Regierung mit neuer politischer Härte und der Einschränkung von Freiheiten reagieren. Letztlich wäre sogar der Einsatz von Streitkräften im Inneren denkbar. Machtfülle der Führung und vorhandene Machtmittel würden dies durchaus erlauben. Andere Szenarien wie etwa wirtschaftliche Überhitzung in weiten Bereichen mit der Folge eines wirtschaftlichen Kollapses oder eine Usurpation der Macht durch eine kleine Koalition von superreichen Unternehmern und frustrierten Spitzenkadern scheinen dagegen wenig realistisch.

Das Wirtschaftswunder in China macht uns Angst und fasziniert uns zugleich. Vordergründig gesehen sind die Erosion der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die Abwanderung ganzer Industriezweige sowie der damit verbundene Verlust von Arbeitsplätzen für uns problematisch. Zudem bewirkt die verstärkte Nachfrage nach Rohstoffen einen Preisanstieg auf breiter Front. Die preiswerten Waren aus China stärken zwar die Kaufkraft der Konsumenten, drücken aber zugleich auf Löhne und Gehälter. Trotz aller Systemunterschiede muss uns daran gelegen sein, dass China seinen wirtschaftlichen Aufschwung fortsetzt und damit nicht in Turbulenzen gerät, die die ganze Welt erschüttern würden.

Zum Autor: Reinhard Dietrich, Oberst a.D., Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft, wurde in Baduo, Provinz Yunan, China, geboren. In seiner Laufbahn in der Bundeswehr war er unter anderem Verteidigungsattaché an der deutschen Botschaft in Peking. Später folgten u.a. sechs Aufenthalte in China im Rahmen der Vertretung des Verteidigungsattachés sowie weitere Aufenthalte im Rahmen von Joint Venture-Verhandlungen.

Maritime Dimension der Aufrüstung und Entwicklung des Irans: Eine Bedrohung der Anrainerstaaten des Persischen Golfs und der welt- weiten Energieversorgung oder nur Teil einer defensiven strategischen Ausrichtung des Irans?

Christian Hillmer

Vorbemerkung des Herausgebers: Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um die Lehrgangsarbeit von Korvettenkapitän Christian Hillmer, Dipl.-Pol., M.P.S. Lehrgang Generalstabs-/Admiralstabsdienst der Streitkräfte 2006.

Mentor der Lehrgangsarbeit war Fregattenkapitän Reinhard Rusch, Fachbereich Führungslehre Marine. Die Lehrgangsarbeit wurde mit der Clausewitz-Medaille 2008 ausgezeichnet.

Kurzreferat

Die vorliegende Arbeit untersucht, welche Ziele dem außenpolitischen Handeln der iranischen Regierung zugrunde liegen und welche maritime Strategie diese in der Region des Persischen Golfs verfolgt. Ausgehend von der Erkenntnis, dass die konventionellen iranischen Seestreitkräfte weder in der Lage sind, eine iranische Vormachtstellung unter den Anrainern des Persischen Golfs auf direktem Wege zu erlangen, noch sich gegen die deutlich überlegenen US-amerikanischen Seestreitkräfte durchsetzen zu können, wird die operative Ausrichtung der iranischen Marinen auf asymmetrische bzw. verdeckte Operationen in den Zusammenhang des Streits um das iranische Atomprogramm gestellt.

Es wird gezeigt, dass dem Iran angesichts der weltweiten Abhängigkeit vom Öl des Persischen Golfs und seiner vorteilhaften geostrategischen Lage mittels seines asymmetrischen maritimen Potentials eine Möglichkeit der strategischen Abschreckung zufällt, deren Wirksamkeit bei rationaler Betrachtung nahe an jene des Systems der Mutual Assured Destruction (MAD) aus dem Zeitalter des Kalten Krieges heranreichen dürfte.

Die militärische Unangreifbarkeit wiederum könnte es Teheran auf indirektem Wege erlauben, ein mögliches Atomwaffenprogramm zum Abschluss zu bringen und damit schließlich seinen regionalen Führungsanspruch dauerhaft zu untermauern.

1. Einleitung und inhaltliches Vorgehen

Mit der Wahl des konservativ-religiösen Hardliners Mahmud Ahmadineschad zum Präsidenten der Islamischen Republik Iran im Juni 2005 begann für die krisengeschüttelte Region des Persischen Golfs eine neue Epoche der strategischen Unsicherheit. Denn obwohl dem Iran aus geographischen, ökonomischen, kulturellen und historischen Gründen schon seit geraumer Zeit die Rolle eines regionalen Hegemons zufällt, ist es vor allem die aggressive, auf weitere Machtansprüche hindeutende Rhetorik des Staatspräsidenten, die der schwer durchschaubaren sicherheitspolitischen Gemengelage am Golf beständig neue Brisanz verleiht.¹

Tritt das Krisenpotential der Region in der Öffentlichkeit vor allem im Zusammenhang mit dem Atomkonflikt und dem politisch-religiösen Antagonismus zwischen vornehmlich sunnitischen arabischen Staaten² und dem mehrheitlich schiitischen Iran zutage, so findet eine damit im Zusammenhang stehende Konfliktdimension in der Öffentlichkeit nur am Rande Beachtung: Die Entwicklung des Irans als maritimer militärischer Akteur vor dem Hintergrund der besonderen geographischen und ökonomischen Gegebenheiten der Region³ sowie die Rolle der iranischen Revolutionären Garden (Pasdaran) innerhalb dieses Prozesses.⁴

Angesichts in der Vergangenheit wiederholt zur Schau gestellter militärischer Stärke untersucht die vorliegende Arbeit, welche Ziele dem außenpolitischen Handeln der iranischen Regierung zugrunde liegen, welche maritime Strategie diese in der Region des Persischen Golfs verfolgt und auf welchem Wege ihre Ziele erreicht werden sollen. Vor dem Hintergrund der Multidimensionalität aller Konflikte im Nahen und Mittleren Osten kann dies allerdings nur unter Mitbetrachtung auch anderer politischer Handlungsfelder – vor allem des Atomstreits – und der strategischen Rahmenbedingungen gelingen (Kapitel 2). Einen zweiten Schwerpunkt stellt die Analyse und Bewertung des maritimen Potentials des Iran und der operativen Handlungsmöglichkeiten seiner Seestreitkräfte dar (Kapitel 3). Diese Untersuchungen münden schließlich in eine Einordnung der Ergebnisse in den geostrategischen Kontext (Kapitel 4).⁵

2. Strategische Rahmenbedingungen

2.1. Der Iran, seine Lage am Persischen Golf und die Rolle anderer Golfanrainer

Mit seiner die für den Seeverkehr überaus bedeutsame Straße von Hormuz nördlich umfassenden geographischen Lage fällt dem Iran zwangsläufig eine strategische Schlüsselposition in der Region des Mittleren Ostens zu. Auf einer Küstenlänge von annähernd 2.500 km am Persischen Golf, der Straße von Hormuz und dem Golf von Oman⁶ erstrecken sich die iranischen Territorialgewässer über 12 sm; die ausschließliche Wirtschaftszone ist entweder durch Verträge oder aber durch die Mittellinie geregelt. Die Wassertiefen bewegen sich zwischen 30m im Persischen Golf, 90m innerhalb der Straße von Hormuz und 3.700m im vorgelagerten Golf von Oman.⁷

Als einziger maritimer Zugang zum Persischen Golf – einer Region, der rund sechzig Prozent der bestätigten globalen Erdöl- und 45 Prozent der Erdgasvorkommen zugeschrieben werden⁸ – gilt die Straße von Hormuz als so genannter „Chokepoint“, als eine für die Seewirtschaft (und hier insbesondere für Tank-schiffe) überaus wichtige und zugleich verwundbare Meerenge also, die durch Seestreitkräfte zumindest temporär blockiert werden könnte und die aufgrund ihrer geographischen Gegebenheiten auch durch Piraterie und Terrorismus in besonderer Weise gefährdet ist.⁹

Ein wesentlicher strategischer Faktor sind in diesem Zusammenhang auch die drei Inseln Abu Musa sowie Greater und Lesser Tunb. Aufgrund ihrer strategisch vorteilhaften Lage am Persischen Golf sowie aus wirtschaftlichen und politischen Gründen unterliegen diese Inseln einem Gebietsdisput zwischen dem Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten, dessen historische Wurzeln bis in das 7. Jahrhundert nach Christus zurückreichen.¹⁰ Trotz mehrerer anderslautender Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten über administrative und ökonomische Fragestellungen übt faktisch der Iran seit den frühen siebziger Jahren die Kontrolle über die Inseln aus und hat diese zu einem militärischen Sperrgebiet erklärt.¹¹

Zu den wesentlichen politischen Akteuren der Region Persischer Golf gehören neben dem Iran und dem Irak (als zumindest potentieller Macht¹²) auch die Staaten des Golfkooperationsrates (GKR/GCC) mit dem Key-Player Saudi Arabien. Der sicherheitspolitische Handlungsspielraum der kleineren GKR-

Staaten¹³ ist allerdings einerseits durch die Dominanz der Staaten Iran/Irak/Saudi Arabien, andererseits aber auch durch die jeweils bilateral fixierte Schutz-machtfunktion der USA stark limitiert – dies umso mehr, als die enge Anlehnung an die westliche Führungsmacht in der eigenen Bevölkerung auf wenig Akzeptanz trifft.¹⁴

Eine Hegemonialstellung des Iran am Golf wird seitens der GKR-Staaten als wesentliche Bedrohung perzipiert, die noch eklatanter würde, wenn die schiitische Bevölkerungsmehrheit im Irak sich zur dominierenden politischen Kraft entwickelte. Dafür sind vorrangig innenpolitische Gründe maßgeblich: Die GKR-Staaten fürchten die Anlehnung eigener schiitischer Bevölkerungsgruppen an den Iran als Folge eines Domino-Effektes – und die staatliche iranische Einflussnahme auf einen solchen Prozess ist durchaus zu erkennen.¹⁵

Eine (vor allem auch atomare) Aufrüstung des Iran wird insbesondere durch die kleineren GKR-Staaten als wesentliche Gefährdung der eigenen Sicherheit empfunden, weil sie vermutlich in einen Rüstungswettlauf der größeren Staaten münden und die politische Handlungsfähigkeit der kleinen Staaten weiter begrenzen würde.¹⁶

2.2. Rohstoffabhängigkeiten und Präsenz externer Akteure in der Golfregion

Einzelne Staaten und Regionen der Welt sind in unterschiedlicher Ausprägung vom Erdöl aus den Vorkommen des Mittleren Ostens und damit von der freien Passage der Straße von Hormuz abhängig: Während Japan knapp achtzig Prozent seines Erdölbedarfs aus dem Großraum Persischer Golf deckt, beträgt der Umfang rund dreißig Prozent für Westeuropa und 22 Prozent für die USA. Deutschland ist mit rund acht Prozent vergleichsweise unabhängig von den Reserven der Region, während China ca. ein Drittel seiner Öleinfuhren von hier bezieht.¹⁷

Die aufgezeigten Abhängigkeiten von der Region dokumentieren sich auch in der massiven Präsenz externer militärischer Kräfte. Neben den GKR-Staaten, dem Iran und dem Irak unterhalten als externe Mächte insbesondere Großbritannien, Frankreich und vor allem die USA größere militärische Kontingente am Persischen Golf.¹⁸ Der damalige deutsche Außenminister Joschka Fischer stellte in diesem Zusammenhang 2005 fest, der Iran sei „nahezu vollständig von den USA umringt: im Norden in Aserbajdschan und in anderen zentralasiatischen

Republiken, im Osten in Afghanistan, im Westen im Irak – und im Persischen Golf liegt einsatzbereit die amerikanische Flotte.“¹⁹ Weitere ernstzunehmende (z. T. auch militärische) Akteure sind Russland und China, deren vornehmliches Interesse in der Aufrechterhaltung von Stabilität und der Sicherung eigener Energieflüsse liegt.²⁰

2.3. Das außenpolitische Selbstverständnis des Iran in der Ära Ahmadinedschad: Hegemonie als Staatsziel

Auch wenn der Iran im Innern und selbst innerhalb der regierenden Eliten keineswegs frei von Antagonismen und Spannungen um seinen außenpolitischen Kurs ist²¹, so versteht es die Regierung Ahmadinedschad dennoch mittels aggressiver Rhetorik gegenüber dem Westen und Israel, durch demonstrative außenpolitische Gesten der Verbundenheit zu benachbarten Staaten (Irak, Afghanistan, Türkei) und zur muslimischen Welt sowie mit den Mitteln eines autoritären Staates, weite Teile der Bevölkerung hinter sich zu scharen. Durch seinen radikali-

Traditionell versteht sich der Iran als die legitime Hegemonialmacht der Region

lisierenden Populismus vermag Ahmadinedschad es darüber hinaus auch, Initiativkraft gegenüber seinen außenpolitischen Widersachern zu entwickeln und zu erhalten. Dem zu Grunde liegt der fast einhellige Anspruch vieler iranischer Außenpolitiker, eine bedeutsame Stellung des Landes im Mittleren Osten weiter auszubauen.²²

Traditionell versteht sich der Iran nämlich als die legitime Hegemonialmacht der Region, deren vorwiegend schiitische Prägung ihren wesentlichen Kontrapunkt im sunnitischen Saudi-Arabien und damit an der Gegenküste des Persischen Golfs findet. Durch seine exponierte, zentrale Lage, durch historisch gewachsene Verbindungen auch in den arabischen Raum und durch die gezielte, oft unterschwellige Einflussnahme auf politische Entwicklungen in seinem regionalen Umfeld²³ befindet sich das Land gegenüber westlichen Mächten in einer vorteilhaften Situation, die es während der Ära Ahmadinedschad in besonderer Weise durch diplomatische Provokationen auszunutzen wusste und weiß. Zugleich stellt es sich aber auch als Leidtragender westlicher Interventionen in der Region dar.²⁴

Ahmadinedschad betrachtet sich selbst als einen Hüter des Erbes Ajatollah Khomeinis und muss als der am ehesten durch die Ideologie des Revolutionsführers geprägte iranische Staatspräsident nach seinen eher pragmatischen Amtsvorgängern Rafsandschani (1989-97) und Khatami (1997-2005) bewertet

werden. In seinem religiösen Eifer fand Ahmadinedschad sich mehrfach – vor allem öffentlichkeitswirksam - bemüht, den eher moderaten Umgang mit den Werten der islamischen Revolution und die Öffnung nach Westen unter seinen Vorgängern als Perversion der Ideen Khomeinis anzuprangern.²⁵

Nur folgerichtig erscheint vor diesem Hintergrund die aggressive Rhetorik des Staatspräsidenten gegenüber Israel und dem Westen, welche zumindest von einigen politischen Beobachtern nicht als Privatmeinung Ahmadinedschads, sondern als die neue (eigentlich postrevolutionär alte) politische Linie des Iran bewertet wird.²⁶ Ziel dieser Rhetorik war es unter anderem, das Zustandekommen einer Annäherung von Israelis und Palästinensern im Sinne der Roadmap for Peace durch Radikalisierung beider Seiten zu unterbinden und damit die eigene Position als „Sprachrohr“ für die islamische Sache zu stärken.²⁷

Möglich geworden war diese im Ergebnis zunächst erfolgreiche iranische Politik erst durch die neu hinzugewonnene relative Stärke des Staates dank einer zwischenzeitlich veränderten „politischen Großwetterlage“ im Nahen und Mittleren Osten.²⁸ Der Iran muss unzweifelhaft als ein Gewinner des „Krieges gegen den Terror“ der Vereinigten Staaten von Amerika bezeichnet werden – mit der Entmachtung der Taliban in Afghanistan im November 2001 und Saddam Husseins im Irak im April 2003 sowie der einhergehenden Destabilisierung beider Nachbarstaaten nahm die relative Bedeutung des Gottesstaates in der Region in erheblichem Umfang zu. Zumindest im Irak macht der Iran seine politischen Mitgestaltungsansprüche mutmaßlich regelmäßig geltend, indem er sog. „schii-tische Aufständische“ unterstützt.²⁹

Mit dem Willen der geistlichen Führer des Iran und dank seiner populistischen Fähigkeiten war Ahmadinedschad nach seiner Wahl in die Lage gekommen, den Iran zumindest verbal als das Zentrum der islamischen Zivilisation positionieren zu können, das die Muslime der Welt gegen „Zionisten“ und „westliche Imperialisten“ vereinige. Seine klare – auch programmatisch niedergelegte – strategische Zielvorstellung ist der Aufstieg des Iran zu einer regionalen Supermacht.³⁰

Vor diesem Hintergrund muss die radikale Rhetorik des Staatspräsidenten als der Versuch interpretiert werden, die Bildung politischer und militärischer Bündnisse zwischen Israel und den arabischen Staaten (und hier insbesondere im Zusammenhang mit der Atomwaffenfrage) gegen den Iran zu durch gezielte Polarisierung zu verhindern.³¹

2.4. Iranische Abschreckungsoptionen gegen drohende Angriffe

Das gesteigerte außenpolitische Selbstvertrauen, das Verfolgen strategischer Interessen und die dazugehörige – in der muslimischen Welt wohlwollend aufgenommene – Rhetorik erlaubte es dem Iran gleichermaßen, seine regionalen

Das gesteigerte außenpolitische Selbstvertrauen, das Verfolgen strategischer Interessen und die dazugehörige Rhetorik erlaubte es dem Iran gleichermaßen, seine regionalen Vormachtambitionen auszuweiten wie auch im Streit um sein Atomprogramm gegenüber dem Westen kompromisslos zu bleiben.

Vormachtambitionen auszuweiten wie auch im Streit um sein Atomprogramm gegenüber dem Westen kompromisslos zu bleiben. Zugleich fürchtet der Iran aber einen Angriff durch die USA und/oder Israel.³²

Von daher muss die iranische Unnachgiebigkeit im Atomstreit auch als ein Versuch gewertet werden, den USA – analog zu Nordkorea – eine Sicherheitsgarantie abzurufen, die etwa im Tausch gegen Zugeständnisse bei der Vervollkommnung des nuklearen Brennstoffkreislaufs zu erlangen wäre.³³ Ein Risiko allerdings bleibt bei diesem Kurs zumindest für die Amtszeit der Bush-Administration in den USA erhalten: Einiges deutet daraufhin, dass die USA gegenwärtig nicht nur einen Verzicht des Iran auf die Atomwaffe anstreben, sondern auch – oder vielleicht zuvorderst – einen Regimewechsel in Teheran.³⁴ In diesem Punkt könnte das „Auf-Zeit-Spielen“ Ahmadinedschads – man denke etwa an seine neuerliche Ankündigung einer Lösung des Atomstreits anlässlich der UN-Generalversammlung im September 2007 – darauf hindeuten, dass er in einer US-amerikanischen Nachfolgeregierung ein weniger gefährliches Drohpotential für seine Regierung sieht als in der gegenwärtigen.

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten – durchaus glaubwürdigen – Drohkulisse³⁵ erscheinen mindestens zwei iranische Strategien möglich, die jeweils unterschiedliche Abschreckungs-Optionen gegen politische und militärische Widersacher und insbesondere gegen militärische Angriffe bieten. Diese Strategien stehen allerdings nicht in einem Widerspruch zueinander, sie können ihre Wirkung vielmehr komplementär entfalten. Die Optionen sind:

1. Die destabilisierende Ausnutzung der subjektiv empfundenen „Eskalationsdominanz“ in regionalen Konflikten, welche die USA gegenwärtig stark binden (Afghanistan, Irak, ...), bei gleichzeitiger Stärkung der Defensivkapazitäten³⁶, also eine Strategie der „Deterrence by Denial“³⁷; und
2. die reaktive Bekämpfung von US-Truppen in Afghanistan, im Irak

(jeweils durch ballistische Raketen) oder im maritimen Raum des Persischen Golfs und in der Straße von Hormuz, aber auch die Bedrohung weicher Ziele wie Botschaften oder Handelsschiffe und damit eine „Deterrence by Punishment“³⁸.

Die maritimen Anteile dieser Strategien und das sie erst ermöglichende maritime Potential³⁹ des Iran soll im Folgenden näher hinterleuchtet werden.

3. Das maritime Potential des Iran

3.1. Die Bedrohung im maritimen Raum als strategische Option

Die – zumindest temporäre – Schließung der Straße von Hormuz oder aber die wesentlich einfacher umzusetzende singuläre Bekämpfung von Kriegs- und Handelsschiffen in der Region des Persischen Golfes ist für den Iran nicht nur eine aus geographischen Gründen naheliegende Handlungsoption, sondern war und ist regelmäßig auch ein Mittel iranischer Außenpolitik, so etwa während der „Tankerkriege“ Mitte der 80er Jahre. Darüber hinaus setzte der Iran seine Seestreitkräfte in der Vergangenheit aber auch schon für kleinere Operationen ein, mit deren Hilfe die eigene Entschlossenheit in diplomatischen Fragen untermauert oder aber diejenige eines potentiellen Gegners auf die Probe gestellt werden sollte. In diesem Lichte muss beispielsweise die Gefangennahme britischer Marinesoldaten – wohl im Zusammenhang mit der Krise um das iranische Nuklearprogramm - gesehen werden.⁴⁰

Dass ein strategisches Potential in der Bedrohung des Schiffsverkehrs liegt, zeigten in der Vergangenheit vor allem die Ölpreisentwicklungen in der Folge regionaler Krisen am Persischen Golf. Im März 2007 (Gefangennahme der Briten) war in den Medien gar von einem „Horror szenario für die Finanzmärkte“ bei einer weiteren Eskalation in der Region zu lesen - von einer ökonomischen Gefährdung globalen Ausmaßes also.⁴¹

Eine Bedrohung der Straße von Hormuz und des Golfes generell sowie der damit einhergehende Verlust von Handelsmöglichkeiten würde aber auch für den Iran selbst erhebliche ökonomische Konsequenzen zeitigen: So war das Land im Jahre 2003 der viertgrößte Erdölexporteur der Welt⁴², im Jahr 2006 machten die Deviseneinnahmen aus Erdölgeschäften rund achtzig Prozent der gesamten iranischen Exporterlöse aus.⁴³ Zudem ist der Iran von Benzinimporten abhängig, da seine eigenen Raffineriekapazitäten nicht hinreichend sind, um den nationalen

Bedarf an Treibstoffen zu decken.⁴⁴ Dessen unbenommen und offenkundig ausgehend von der Annahme, dass eine iranische Strategie der „Deterrence by Denial“ gegen eine Bedrohung insbesondere des iranischen Atomprogramms vor dem Hintergrund der massiven militärischen Überlegenheit westlicher Staaten und Israels wenig Aussicht auf Erfolg versprechen würde, gab der oberste geistliche Führer des Iran, Ayatollah Khamenei, im Sommer 2006 eine Weisung aus, nach der sich das iranische Militär künftig verstärkt auf asymmetrische Optionen zu konzentrieren habe⁴⁵, was im Ergebnis auf eine Gewichtsverlagerung zugunsten einer Strategie der „Deterrence by Punishment“ gegenüber einem im konventionellen Bereich deutlich überlegenen Gegner hindeutet.

Für die Seekriegsführung hat diese Ausrichtung ein erhebliches Gewicht, sind doch gerade im maritimen Umfeld mehrere iranische Handlungsoptionen denkbar: Als Reaktion auf einen US-amerikanischen Angriff wären begrenzte Attacken auf US-Streitkräfte und Handelsschiffe aller Flaggen im Seegebiet des Persischen Golfes, im Irak, oder auch in den anderen Golfstaaten möglich. Unterstützerstaaten eines anti-iranischen Vorgehens könnten mit Schlägen gegen deren (Öl-)Infrastruktur bedroht werden, und schließlich könnte eine Seeblockade des Iran mit Angriffen auf Ölexporte aus anderen Golfanrainerstaaen beantwortet werden.⁴⁶ Eine Schlüsselstellung fällt damit also den Seestreitkräften des Iran zu, deren operative Ausrichtung im Folgenden näher untersucht werden soll.

3.2. Die Seestreitkräfte des Iran - Allgemeines

Die aus der ehemals „Persischen Flotte“ im Jahre 1979 hervorgegangene Marine des Iran besteht gegenwärtig aus rund 18.000 Soldaten, von denen ca. 2.000 dem Marinefliegerdienst zuzuordnen sind. Noch einmal 20.000 Soldaten gehören dem maritimen Anteil der „Pasdaran“ an, jenen fanatisierten Revolutionswächtern, die – ebenfalls im Zuge der Revolution von 1979 gegründet – zunächst als eine der Regierung ergebene, loyale Streitmacht vorgesehen waren, die ein regimetreues Gegengewicht zum möglicherweise unverlässlichen regulären Militär darstellen sollte.⁴⁷

Die wesentlichen Stützpunkte der regulären ‚Islamic Republic of Iran Navy‘ (IRIN) sind im Raum des Persischen Golfs Bandar Abbas für den ersten Marinedistrikt und mit dem Marinehauptquartier Bushehr; für den zweiten Marinedistrikt, Kharg Island, Qeshm Island sowie Bandar Lengeh. Im Bereich des Indischen Ozeans stützt sich die IRIN auf Chahbahar (dritter Marinedistrikt)

ab, im Bereich des Kaspischen Meeres (vierter Marinedistrikt) auf Bandar Anzali. Für die Pasdaran-See sind die wesentlichen Stützpunkte Al Farsiyah, Halileh, Sirri, Abu Musa, Larak, wenngleich diese eher auf Guerilla-Taktiken ausgerichteten Flottenanteile faktisch auf die gesamte Küstenlänge und auf die Inseln verteilt sind.

Von besonderer Signifikanz sind die Veränderungen der iranischen Seestreitkräfte hinsichtlich ihres Schiffsbestandes und ihrer operativen Ausrichtung in den vergangenen Jahren. Ausgehend von einer Persischen Flotte, die weitgehend auf westlicher Technologie basierte und einen Hochseeearakter aufwies⁴⁸, dann aber in den Nach-Revolutionen durch westliche Sanktionen und den Krieg gegen den Irak ausblutete, wandelten sich die iranischen Seestreitkräfte in der jüngeren Vergangenheit zu einer auf asymmetrische Kriegführung hin optimierten Seestreitmacht, die sich auf kleine und wendige Überwassereinheiten, U-Boote sowie land- und seebasierte Seezielflugkörper und Minen abstützt. Hilfestellung beim Umbau findet und fand der Iran in China (Flugkörper, Patrouillenboote, Minen), Nord-Korea (Kleinst-U-Boote, Minen) und Russland (U-Boote, Flugabwehrsysteme für die Luftwaffe, die aber auch der Marine zugute kommen). Technische Unterstützung leisten darüber hinaus Indien und Pakistan.⁴⁹

3.3. Bestände und Fähigkeiten

Die iranischen Seestreitkräfte⁵⁰ sind in starkem Maße von Flugkörpern (FK) abhängig, insbesondere aufgrund eines Mangels an geeigneten Seeluftstreitkräften und modernen Überwasserschiffen. Zum Arsenal gehören verschiedene land-, luft- und seegestützte Systeme unterschiedlicher Reichweite, Technologie und Sprengkraft (Seersucker, CS-801, CS-802, CS-801K, darüber hinaus die Eigenentwicklungen Ra'ad (Cruise Missile) und C-701). Viele der Systeme sind entlang der Straße von Hormuz stationiert, davon mehr als 100 verlegbar auf LKW.⁵¹

Als Träger der seegestützten Seeziel-FK fungieren vornehmlich die drei Fregatten der Sa'am-Klasse, die zwei Korvetten der Bayandor-Klasse, zehn Schnellboote der Kaman-Klasse (französischer Typ Combattante II), künftig ein im Bau befindliches 1500-Tonnen-Schiff sowie eine Vielzahl kleiner Einheiten, die vor allem den Pasdaran zuzuordnen sind. Insgesamt sind die „klassischen“ Überwassereinheiten des Iran in einem eher schlechten Zustand und trotz einiger Modernisierungen als technisch nicht auf der Höhe der Zeit anzusehen.⁵²

Der Iran besitzt mehr als 2.000 moderne Seeminen russischer, nordkoreanischer und chinesischer Herkunft, die gleichermaßen von Kriegs- und Handelsschiffen, U-Booten, aber auch von kleinen Booten und Flugzeugen aus verlegt werden können. Angesichts der Wassertiefen von max. 80 m und starken Strömungen in der Straße von Hormuz finden sich hier gute Bedingungen zum Anlegen wirksamer Minensperren, die nur mit erheblichem zeitlichen und materiellen Aufwand zu beseitigen sind.

Verglichen mit anderen Golfanrainerstaaten verfügt der Iran über eine beachtenswerte amphibische Kapazität und Marineinfanterie. Diese ist zu kleineren Landungen (etwa in Stärke eines Infanteriebataillons mit 30-40 Panzern) befähigt, allerdings nicht hinreichend ausgestattet, um eine groß angelegte amphibische Operation an den Gegenküsten des Golfs durchzuführen.⁵³

Die Marinefliegerkräfte bestehen aus zwei bis drei einsetzbaren Fernaufklärern des Typs P-3F Orion sowie verschiedenen westlichen Hubschraubermustern (operativ einsetzbar: ca. 30), deren Ersatzteillage jedoch kritisch sein dürfte. Eine Fähigkeit zum Verschießen von Seeziel-FK des Typs CS-801K wird durch die Luftwaffe eingebracht. Selbiges gilt für die Fähigkeit, Seeminen zu verlegen (basierend auf etwa 22 operativ einsetzbaren C-130 Hercules).⁵⁴

Um die Schwäche seiner Überwasserkampfeinheiten zu kompensieren, setzt der Iran auf den Ausbau seiner U-Boot-Kapazitäten. Den Kern dieser Flotte bilden drei vergleichsweise moderne Boote der russischen Kilo-Klasse, die in ihrer Exportvariante um ca. 10m verlängert sind und ca. 3.000 t (getaucht) verdrängen. Die Boote können mit bis zu 18 Torpedos oder bis zu 24 Minen ausgerüstet werden und haben eine Seeausdauer von ca. 45 Tagen. Während ein Großteil des Persischen Golfs keine optimalen Bedingungen für den Einsatz von U-Booten bietet⁵⁵, wäre ein Einsatz im Golf von Oman aus militärischer Sicht durchaus zweckmäßig und würde einen möglichen Gegner zwingen, erheblichen Aufwand zu betreiben, um die Bedrohung eigener Hochwerteinheiten zu neutralisieren.

Eine Komponente der unkonventionellen Seekriegführung schließlich bilden die iranischen Mini-U-Boote (Pasdaran See), welche sowohl in der Lage sind, Spezialkräfte/Kampfschwimmer zu verbringen als auch Minen zu legen.⁵⁶

Das prägnanteste Merkmal der iranischen Seestreitkräfte (und hier insbesondere der Pasdaran See) ist die große Anzahl – vermutlich mehr als 200 – kleiner, mit Raketen und Maschinenkanonen bewaffneter schneller Überwassereinheiten.⁵⁷

Gerade im Bereich dieser kleinen Einheiten ist in den vergangenen Jahren ein signifikanter Aufwuchs zu verzeichnen. Durch den Einsatz in einer „Schwarmtaktik“ entfalten die Boote ein erhebliches Bedrohungspotential, mit dem sie in die Lage versetzt werden, durch überraschende Angriffe – etwa aus der Landabdeckung heraus – die Abwehrfähigkeiten eines konventionellen Gegners zu übersättigen und diesem dann schwere Schäden zuzufügen.⁵⁸

3.4. Bewertung

Nach personellem Umfang und der Anzahl nutzbarer Seekriegsmittel muss die iranische Flotte im Vergleich zu anderen Staaten der Region sicherlich als eine der potentesten am Persischen Golf betrachtet werden. Angesichts ihrer Überalterung und der mangelhaften Ersatzteilversorgung im Bereich der größeren (konventionellen!) Kampfschiffe sowie aufgrund der ständigen maritimen Präsenz überlegener US-amerikanischer und anderer externer Mächte am Golf reichen die vorhandenen Kapazitäten allerdings bei weitem nicht aus, um einen hegemonialen Anspruch zur See glaubhaft untermauern zu können.

Zwei wesentliche Stärken, die ihre besonderen Auswirkungen auf die strategische Lage am Persischen Golf haben, lassen sich gleichwohl erkennen:

1. Die iranischen Marinen (und insbesondere die Pasdaran See) weisen eine hohe Spezialisierung hinsichtlich einer verdeckten (U-Boote, Minen, Kampfschwimmer) bzw. asymmetrischen Operationsführung („Schwarmtaktiken“ vieler kleiner, aber sehr beweglicher und leicht bewaffneter Einheiten) gegen konventionell ausgerüstete Gegner auf.
2. Die vorteilhafte strategische Lage an der Straße von Hormuz wird in besonderer Weise durch die Bereithaltung von modernen land-, see- und luftgestützten Seezielflugkörpern ausgenutzt.

Diese gerade in jüngster Zeit in zunehmendem Ausmaß erkennbare Schwerpunktsetzung dokumentiert die Hinwendung zu maritimen „Guerillataktiken“ gegenüber Gegnern, die im konventionellen Bereich als überlegen angesehen werden müssen.⁵⁹ In der Erkenntnis, dass die iranischen Seestreitkräfte in einem mit symmetrischen Mitteln geführten Konflikt gegenüber ihrem ärgsten Widersacher, den Vereinigten Staaten von Amerika, mit Ausnahme einzelner „Nadelstiche“ chancenlos wären, setzen diese nunmehr verstärkt auf den Ausbau ihrer asymmetrischen Fähigkeiten unter Ausnutzung der besonderen geografischen

Bedingungen an der Straße von Hormuz.⁶⁰ Der Iran betreibt damit den konsequenten Ausbau einer „Sea Denial“-Fähigkeit, also der Fähigkeit, gegnerischen bzw. fremden Mächten die uneingeschränkte Nutzung des Seeraums (militärisch wie kommerziell) rund um den Chokepoint der Straße von Hormuz zu verwehren.⁶¹ Auch wenn die begriffliche Verwandtschaft eine ausschließliche Nähe zur Strategie der „Deterrence by Denial“ suggeriert, kann der Iran diese maritime Fähigkeit vor dem Hintergrund der besonderen Bedingungen am Persischen Golf vor allem im Zuge einer „Deterrence by Punishment“-Strategie als Mittel der Einschüchterung zur Wirkung bringen. Aus amerikanischer Perspektive wird das – wohl zu Recht – als ernsthafte Bedrohung für die eigenen Seestreitkräfte empfunden.⁶² Und auch für den zivilen Seeverkehr entwickeln die iranischen Seestreitkräfte damit eine erhebliche Gefährdung, die sich in einer Blockade aus Minensperren, Flugkörperbeschuss oder Schwarmattacken der Pasdaran manifestieren könnte. Der Iran verfügt insgesamt also über die maritime Fähigkeit, von der sporadischen Bekämpfung einzelner Schiffe bis hin zu einer Blockade der Straße von Hormuz ein breites Spektrum von Operationen vor der eigenen Küste durchführen zu können. Selbst bei einem erheblichen materiellen und personellen Aufwand wäre es einem potentiellen Gegner – wenn überhaupt – frühestens nach mehreren Wochen möglich, die entstandene Gefährdung durch Minen, Flugkörper und Bootsangriffe vollständig zu neutralisieren – die Auswirkungen einer solchen Eskalation auf den Welthandel wären damit jedoch nicht zu verhindern.⁶³

4. Zusammenfassung und Bewertung: Die iranischen Seestreitkräfte als Stützpfeiler einer indirekten Gesamtstrategie

Die Seestreitkräfte des Iran sind gegenwärtig nicht in der Lage, auf direktem Wege einen wesentlichen Beitrag zur Erlangung der durch die Staatsführung angestrebten Vormachtstellung am Persischen Golf zu leisten. Zu mächtig sind die in vielen Belangen hoch überlegenen Seestreitkräfte der USA, zu eng die Verbindungen der Vereinigten Staaten zu vielen arabischen Ländern und zu wenig schlagkräftig sind die beiden Marinen des Iran, als dass sie die dauerhafte maritime Herrschaft über diese weltwirtschaftlich bedeutsame Region erlangen könnten. Erst die verstärkte Hinwendung zur asymmetrischen Seekriegführung versetzt den Iran überhaupt in die Lage, eine ernsthafte Gefährdung für einzelne Einheiten der US-Flotte am Persischen Golf aufzubauen.

Eine wesentlich größere Wirksamkeit entfalten die iranischen Seestreitkräfte allerdings in einem eher indirekten geostrategischen Zusammenhang: Im sicheren

Bewusstsein um die globalen ökonomischen Auswirkungen von Blockademaßnahmen gegen die weltweiten Ölflüsse begreift der Iran gegenwärtig die Bedrohung des militärischen, vor allem aber des zivilen Seeverkehrs als eine wesentliche Bestimmungsgröße bei der materiellen und operativen Entwicklung seiner Seestreitkräfte. Aufgrund ihrer Nischenfähigkeiten sind die iranischen Marinen in der Lage, eine hochgradig wirksame Strategie der „Deterrence by Punishment“ zu generieren, die in ihrer Effektivität nahe an jene des Systems der „Mutual Assured Destruction“ (MAD) aus der Zeit des Kalten Krieges heranreichen dürfte. De facto nämlich gibt die Fähigkeit zur Bedrohung und zumindest zeitweiligen Sperrung des „Chokepoints“ Hormuz der politischen Führung des Iran ein militärisches Mittel mit quasi-nuklearer⁶⁴ Bedeutung an die Hand, eine „Abschreckungswaffe“, die gleichermaßen als Faustpfand bei internationalen Verhandlungen – etwa um das iranische Atomprogramm – als auch als „letztes“ (wenn auch im Ergebnis selbstzerstörerisches) Mittel der Verteidigung im Falle eines Konfliktes einzusetzen wäre. Jeder Angreifer müsste unkalkulierbare militärische und vor allem ökonomische Risiken auf sich nehmen, die durch einen zu erwartenden politischen Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten zusätzlich verschärft würden. Aufgrund der psychologischen Effekte an den Handelsplätzen der Welt wäre – auch bei einem im Ergebnis überwältigenden Kräfteansatz – mit Konsequenzen zu rechnen, die weit über einen explosionsartigen Anstieg des Ölpreises hinausgehen dürften.⁶⁵

Die Seestreitkräfte des Iran sind gegenwärtig nicht in der Lage, auf direktem Wege einen wesentlichen Beitrag zur Erlangung der durch die Staatsführung angestrebten Vormachtstellung am Persischen Golf zu leisten.

Erst die verstärkte Hinwendung zur asymmetrischen Seekriegführung versetzt den Iran überhaupt in die Lage, eine ernsthafte Gefährdung für einzelne Einheiten der US-Flotte am Persischen Golf aufzubauen.

Mit vergleichsweise geringem technologischem und finanziellem Aufwand ist es dem Iran möglich, die funktionalen Wirkmechanismen der nuklearen Abschreckung aus der Zeit des Kalten Krieges durch nichtnukleare Kräfte nutzbar zu machen.⁶⁶ Erreichbar ist ihm dieses aufgrund der einzigartigen Kombination von vorteilhafter Geographie und den besonderen Abhängigkeiten der Weltwirtschaft vom Öl des Mittleren Ostens.⁶⁷

Aber auch nicht spezifisch iranische, gegenüber der politischen Zeitenwende von 1989/90 erheblich veränderte globale Rahmenbedingungen spielen für diese Abschreckungsfähigkeit eine wesentliche Rolle: (a) die gestiegene Verflechtung der weltweiten Märkte und eine damit erhöhte Krisenanfälligkeit; (b) knapper werdende Ressourcen bei einer zugleich wachsenden Anzahl stark expandieren-

der Volkswirtschaften, welche ihrerseits politische und ökonomische Ansprüche geltend machen; sowie (c) die erheblich gewachsene psycho-politische Relevanz der internationalen Medien.

Ob die Wirksamkeit des iranischen Abschreckungspotentials tatsächlich an jene des Systems der „Mutual Assured Destruction“ aus der Zeit des Kalten Krieges heranreicht, wird die Zukunft erweisen. Die im September und Oktober 2007 in den USA und anderen Staaten heftig geführten Debatten über einen möglichen Militäreinsatz gegen den Gottesstaat müssen angesichts der Unkalkulierbarkeit der zu erwartenden Konsequenzen bei rationaler Betrachtung allerdings eher als Teil der diplomatischen Drohkulisse denn als ernsthaftes Erwägen von Optionen bewertet werden.⁶⁸

Faktisch gewinnt der Iran durch die spezifischen Fähigkeiten seiner Seestreitkräfte Zeit: Er erlangt annähernd die militärische Unangreifbarkeit eines Atomwaffenstaates, ohne tatsächlich Atomwaffen zu besitzen. Auf diese Weise – so könnte das Kalkül der iranischen Führung aussehen – gewinnt er die Freiheit, ein mögliches Atomprogramm fortzuführen und damit schließlich jenes Werkzeug in die Hände zu bekommen, welches am ehesten geeignet wäre, die angestrebte regionale Hegemonie effektiv durchsetzen zu können.

Doch auch für einen Zeitpunkt nach der möglichen Erlangung von Nuklearwaffen eröffnet eine auf asymmetrische Operationen spezialisierte iranische Seestreitmacht erhebliche strategische Perspektiven: Ihre Fähigkeiten würden die vom Ölreichtum der Region abhängigen Staaten der Welt faktisch einer Willkür Teherans aussetzen: Indem er von der puren Androhung von Gewaltmaßnahmen bis hin zu groß angelegten Angriffen gegen den Seeverkehr vor Hormuz das volle Spektrum diplomatischer und militärischer Druckmittel zu nutzen in der Lage wäre, besäße der Iran ein frei dosierbares Eskalationspotential, mit dem er die Ölpreise nach Belieben und außenpolitischem Bedarf in die Höhe treiben könnte.

Mit ihrer vordergründig defensiven operativen Ausrichtung sind die Seestreitkräfte also eine wesentliche, ihre Wirkung indirekt entfaltende Komponente der übergeordneten und langfristig angelegten offensiven gesamtstaatlichen Strategie des Iran, zur religiösen, politischen, ökonomischen und kulturellen Führungsmacht des Persischen Golfs aufzusteigen. Damit sind sie definitiv auch eine Bedrohung für die anderen Anrainer der Golfregion. Ein in einigen Staaten erwogenes militärisches Vorgehen gegen dieses Potential muss allerdings – vor

allem in einem über das Militärische hinausgehenden Zusammenhang – genauestens hinterfragt werden, denn vermutlich würde ein bewaffneter Konflikt mit dem Iran lediglich die innerstaatliche Kohärenz festigen, einen politisch-religiösen Flächenbrand am Persischen Golf auslösen und letztlich nur Verlierer hervorbringen.

Die Großmachtambitionen des Iran müssen sicherlich – nicht zuletzt mit Blick auf die weltweite Energieversorgung – zu Recht als problematisch erachtet werden. Um das ‚Problem Iran‘ zu lösen, sollte aber vor allem den ernsthaft betriebenen diplomatischen Initiativen der Vorzug gegeben werden, die auch auf eine Stärkung der durchaus vorhandenen innerstaatlichen Opposition hinauslaufen müssten.⁶⁹

Anmerkung des Herausgebers: Die Anhänge zur Jahresarbeit (Landkarten, Skizzen, „Order of Battle“) und das Literaturverzeichnis sind aus Platzgründen bzw. drucktechnischen Gründen mit Zustimmung des Autors weggelassen worden.

Zum Autor: Korvettenkapitän Dipl.-Pol., M.P.S. Christian Hillmer trat 1991 in die Marine ein und gehört der Crew VII/93 an. Es folgten Verwendungen als Wachoffizier auf Minensuchbooten, Sachbearbeiter im "Persönlichen Büro des Bundespräsidenten", Jugendoffizier beim Standortkommando Berlin sowie als Kompaniechef im Wachbataillon beim Bundesministerium der Verteidigung. Nach Abschluss seiner Ausbildung zum Admiralstabsoffizier an der Führungsakademie der Bundeswehr im September 2008 bereitet er sich gegenwärtig auf seine künftige Verwendung als stellvertretender Marineattaché in Washington D.C. vor.

Anmerkungen:

- 1 Gleichwohl muss diese Rhetorik auch in den Zusammenhang der Politik anderer, z. T. externer Akteure – und hier insbesondere der USA - gestellt werden. Zu den politischen Spannungen zwischen den USA und dem Iran, zu gemeinsamen Interessen der beiden Staaten am Persischen Golf und der Möglichkeit, diese durch Mediation gemeinsam verfolgen zu lernen, vgl. u.a. Körber-Stiftung (Hrsg.): Stabilität am Persischen Golf. Regionale und transatlantische Perspektiven; Protokolle des 132. Bergedorfer Gesprächskreises in Dubai 2005; Hamburg 2006, S. 99 ff.
- 2 Auf die Rolle des Irak und Bahraïn als mehrheitlich schiitische arabische Staaten soll hier zunächst nicht eingegangen werden. Näheres findet sich im Kapitel 2.1. Zu möglichen politischen Implikationen vgl. aber auch Gärber, Andrä: Der Nahe/

Mittlere Osten und Nordafrika. Die blockierte Region am Scheideweg, Veröffentlichung aus dem Projekt ‚Kompass 2020‘ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn/Berlin 2007, S. 15.

- 3 Hier sind im Schwerpunkt die Besonderheiten der Straße von Hormuz gemeint.
- 4 Diese aus inzwischen rund 125.000 Mann bestehende Truppe erfüllt sowohl politische wie auch militärische Aufgaben und hat ein erhebliches defensives und offensives Potential aufgebaut. Die den Zielen der iranischen Revolution und der Regierung treu ergebenden Elitekräfte sollten ursprünglich ein Gegengewicht zum klassischen iranischen Militär insbesondere im Inneren darstellen, bilden inzwischen aber eine bedeutsame eigene Streitmacht für asymmetrische und verdeckte Operationen sowie ein propagandistisches Hilfsmittel der konservativ-religiösen Führungszirkel des Iran. Vgl. u.a. Cordesman, Anthony H./ Al-Rodhan, Khalid R.: *The Gulf Military Forces in an Era of Asymmetric War. Iran.*” Center for Strategic and International Studies (CSIS), Washington D.C. 2006, S. 19 ff.
- 5 Dem Verfasser ist dabei bewusst, dass der ihm vorgegebene Umfang dieser Arbeit angesichts der Vielschichtigkeit der Entwicklungen und Probleme allenfalls eine schlaglichtartige Betrachtung erlaubt. Diesem Umstand wird durch zahlreiche Verweise auf weiterführende Literatur Rechnung getragen.
- 6 Siehe dazu die Übersichtskarte im Anhang 1.
- 7 Vgl. zu den geographischen Daten: Seidl, Andreas: *Die künftige maritime Rolle Irans am Persischen Golf: Versuch einer Prognose; Lehrgangsarbeit, Nationaler Lehrgang Generalstabs-, Admiralstabsdienst 99 Marine, Hamburg 2001, S. 7f.*
- 8 Vgl. Poesze, Jörgen: *Die Region Persischer Golf. Pulverfass oder Quelle des Wohlstandes?;* in: *Marineforum* Nr. 11/2006, S. 18-21; hier: S. 18.
- 9 Vgl. dazu die Internetpräsenz der Energy Information Administration der US-Regierung unter http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/World_Oil_Transit_Chokepoints/Background.html (Zugriff: 22.3.2007). Ergänzend sei angemerkt, dass die erzwungene Nutzung von Alternativen zu „Chokepoints“ – wenn diese überhaupt in der erforderlichen Kapazität vorhanden sind – zu einem erheblichen zeitlichen und finanziellen Mehraufwand für den Seeverkehr führt. Im Falle der Straße von Hormuz ist hinzuzufügen, dass diese monatlich von ca. 1400 Erdöl transportierenden Schiffen passiert wird. Vgl. Schmidt, Oliver: *Iranische Raketen und Marschflugkörper. Stand und Perspektiven. Diskussionspapier der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2006, S. 14.*
- 10 Vgl. Al Roken, Mohamed Abdullah: *Dimensions of the UAE-Iran Dispute over Three Islands,* in: Al Abed, Ibrahim/ Hellyer, Peter: *United Arab Emirates: A New Perspective,* London 2001, S. 179-201; hier: S. 179f. Zur geographischen Lage der Inseln vgl. Anhang 2!
- 11 Die strategischen Interessen Irans an den drei Inseln liegen vor allem in der

- Kontrolle der Straße von Hormuz, in den vermuteten Erdölvorkommen in ihrer Umgebung sowie in der Möglichkeit, durch die Inbesitznahme der Eilande die eigenen Hoheitsgewässer in einem strategisch relevanten Seegebiet ausweiten zu können. Vgl. Al Roken, a.a.O., S. 189.
- 12 Gemeint ist damit der Umstand, dass der Irak aufgrund seiner inneren Zerrissenheit gegenwärtig keine Möglichkeit hat, eine hegemoniale Stellung am Golf zu beanspruchen. Das grundsätzliche Potential dazu besitzt er allerdings, wie an seinem aggressiven Auftreten vor dem US-geführten Einmarsch zu erkennen war. Vgl. Niethammer, Katja: Vertrackte Golf-Spiele. Die Staaten des Golf-Kooperationsrates und der Iran; SWP aktuell Nr. 26 der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2006, S. 2.
 - 13 Neben Saudi-Arabien sind dies: Bahrain, Katar, Kuwait, der Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate.
 - 14 Vgl. Niethammer, Katja, a.a.O., S. 1f.
 - 15 Vgl. ebd., S. 2f.
 - 16 Vgl. ebd., S. 2.
 - 17 Vgl. BP Gruppe: Energie im Blickpunkt. BP Weltenergiestatistik Juni 2005, ohne Ortsangabe, S. 18f.
 - 18 Vgl. Lippke, Hajo: Der „Knoten im Zapfhahn“. Möglichkeiten und Folgen einer iranischen Sperrung des Persischen Golfs für den Schiffsverkehr. Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 16, Kiel 2006, S. 1.
 - 19 Fischer, Joschka: Griff nach der Macht. Iran ist im Mittleren Osten einflussreich wie selten zuvor. Er sollte sich nicht überschätzen; in: DIE ZEIT Nr. 24/2005 vom 09.06.2005.
 - 20 Vgl. n.n.: Im Fokus der Weltmächte; Polixea-Portal (Informationsdienst für Politik) unter: <http://www.polixea-portal.de/index.php/Main/Artikel/Dossier/1/kapitel/132355/Dossierid/129833/n1/Themen/n2/AussenSicherheit/id/132351/name/Im+Fokus+der+Weltm%E4chte> (Zugriff: 04.04.2007).
Lowe/Spencer sehen Russland und China gar als Mentoren bzw. Protektoren des Iran. Vgl. Lowe, Robert/ Spencer, Claire (Editors): Iran, its Neighbours and the Regional Crises. A Middle East Programme Report, Chatham House (The Royal Institute of International Affairs), ohne Ortsangabe, 2006, S. 11.
 - 21 Vgl. Perthes, Volker: Risse im Reich der Ajatollahs. Im Westen erscheint die iranische Führung oft als monolithischer Block. Doch gerade im Atomkonflikt zeigen sich tiefe Risse; in: Handelsblatt vom 4.7.2006, S. 9. Perthes benennt als relevante außenpolitische Akteure: 1. Globalisierer, denen es um wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt bei politischer, kultureller und ökonomischer Kooperation mit Europa und den USA geht; 2. Realpolitiker, die alle Optionen der Politik, inklusive der Nutzung von Massenvernichtungswaffen offen halten wollen, die

aber auch zu Geschäften bereit sind; und 3. die durch Präsident Ahmadinedschad repräsentierte Gruppe der „islamo-nationalistischen Rechten“, die die gegenwärtige weltpolitische Lage als günstig erachteten, iranischen Interessen und Hegemoniebestrebungen zur Durchsetzung zu verhelfen.

- 22 Vgl. Dehéz, Dustin: Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit?; in: ÖMZ – Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 4/2006, S. 465-469; hier: S. 465. Dort heißt es: „Zwar hat der Präsident (...) den Vorsitz über den Nationalen Sicherheitsrat (NSR), aber die Sicherheits- und Außenpolitik wurde auch schon vor der Wahl (Ahmadinedschads, C.H.) von einem breiten patriotischen Konsens in Politik und Bevölkerung getragen. (...) Die nötigen Weichenstellungen zur Entwicklung von Nuklearwaffen hat die iranische politische Elite wohl schon in den 1980er-Jahren vorgenommen; dafür spricht, dass viele der Entscheidungsträger schon seit vielen Jahren und trotz gelegentlicher Regierungswechsel in den für die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen zentralen Positionen geblieben sind.“
- 23 Hier sind in besonderem Maße Syrien, der Libanon und der Irak zu nennen. Vgl. Reissner, Johannes: Iran – Regionale Großmacht oder Gernegroß?; in: Inamo Nr. 50, Sommer 2007, S. 17-19. Auf der Internetpräsenz der Stiftung Wissenschaft und Politik unter: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4304 (Zugriff: 25.05.2007).
- 24 Gemeint ist vor allem die Destabilisierung des Iraks mit ihren politischen, ökonomischen und religiösen Auswirkungen auf die gesamte Region, die der Iran in der weiteren Folge allerdings durchaus zur Reklamation seiner eigenen Interessen zu nutzen wusste. Vgl. Lowe/ Spencer a.a.O., S. 9 ff.
- 25 Vgl. ebd. Ahmadinedschad wird in dem Aufsatz als besessen von der Idee der Rückkehr des zwölften Imams bezeichnet, auf die es durch die Schaffung eines „utopischen Staates“ nach den Vorgaben Khomeinis vorbereitet zu sein gilt (S. 9). Auf das politische System des Iran sowie die Rolle des „Revolutionswächters“ und obersten Rechtsgelehrten Ali Khamenei soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Indes ist unbestritten, dass es Ahmadinedschad gegenüber seinem Gegenkandidaten Rafsandschani nicht nur gelang, die Mehrheit der Bevölkerung bei der Präsidentschaftswahl 2005 hinter sich zu versammeln, sondern auch die weitgehende Unterstützung Khomeinis zu sichern. Jener stellt nicht nur die letzte weltliche Instanz im politischen System des Iran dar, sondern fungiert zugleich als Oberkommandierender der Streitkräfte. Vgl. Ganji, Babak: President Mahmud Ahmadinezhad: A Turning Point in Iranian Politics and Strategy?, Conflict Studies and Research Centre, Defence Academy of the UK, London 2005, S. 2 ff.
- 26 Vgl. Sazhin, Vladimir: Iran Seeking Superpower Status, in: Russia in Global Affairs, Vol. 4, No. 11, January – March 2006, S. 150-162; hier: S. 151. Andere Be-

obachter sehen in dieser Frage eher einen Konflikt zwischen Ahmadinedschad und Revolutionswächter Khomeini, der seine eigene Position durch die Aggressionen Ahmadinedschads innenpolitisch gefährdet sieht. Vgl. dazu Ganji, Babak: *Iranian Strategy: Factionalism & Leadership Politics, Conflict Studies and Research Centre, Defence Academy of the UK, London 2007, S. 20ff.*

- 27 Vgl. Sazhin, Vladimir, a.a.O., S. 155. In diesem Licht sind auch die engen Verbindungen und die Unterstützung der palästinensischen Hamas und der libanesischen Hisbollah zu sehen. (S. 157f).
- 28 Gemeint ist die Schwächung der USA und des Irak in der Folge des Irak-Krieges. Später trugen auch die politischen Probleme Israels im Zusammenhang mit dem Libanon-Krieg zu dieser Entwicklung bei.
Diese Einschätzung wird zumindest von den USA – so etwa vom Oberkommandierenden der Koalitionstruppen im Iran, General David Petraeus, in seinem Bericht an den US-Kongress im September 2007 - immer wieder lanciert. Sie erscheint aus objektiver Betrachtung heraus auch nachvollziehbar, da eine Destabilisierung des Irak bei fortdauernder US-Präsenz definitiv im iranischen Interesse liegt. Darüber hinaus passt sie zu Äußerungen Ahmadinedschad vom September 2007, mit denen er einen Abzug der nach seiner Auffassung gescheiterten USA aus dem Irak einfordert und zugleich seine Bereitschaft betont, im Zusammenwirken mit der irakischen Regierung das sich verstärkende Machtvakuum im Irak zu befüllen. Vgl. Petraeus, David H.: *Report to Congress on the Situation in Iraq, Washington, D.C. 2007, S. 2 ff.* Das Dokument findet sich im Internet unter: <http://www.foreignaffairs.house.gov/110/pet091007.pdf> (Zugriff: 20.09.2007).
- 29 Vgl. auch n.n.: Iran will "Machtvakuum" im Irak füllen; WELT online (28.08.2007) unter: http://www.welt.de/politik/article1141925/Iran_will_Machtvakuum_im_Irak_fuellen.html (Zugriff: 19.09.2007).
- 30 Vgl. Sazhin, Vladimir, a.a.O., S. 154f. Sazhin verweist dazu u.a. auf den 2005/2006 entwickelten 20-Jahresplan des Iran („Ein Ausblick für die nächsten 20 Jahre“), der vorsieht, den Iran in diesem Zeitraum zur regionalen Führungsmacht in ökonomischer, kultureller und wissenschaftlicher Hinsicht zu machen. Dazu zähle auch die Schaffung einer Umma, also einer globalen Gemeinschaft aller Moslems, unter der Führung Teherans.
- 31 Vgl. Ganji, Babak: *Iran & Israel: Asymmetric Warfare and Regional Strategy, Conflict Studies and Research Centre, Defence Academy of the UK, London 2006, S. 14 ff.*
- 32 Dieses gilt insbesondere auch für den Revolutionswächter Khomeini. Die Folge ist ein Machtkampf zwischen Revolutionswächter und Staatspräsident über die tatsächliche außenpolitische Ausrichtung. Vgl. Ganji, Babak: *Iranian Strategy: Factionalism & Leadership Politics, Conflict Studies and Research Centre, Defence*

- Academy of the UK, London 2007, S. 18 ff.
- 33 Vgl. dazu Hermann, Rainer: Iranisches Drehbuch; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.04.2007, S. 1.
- 34 Vgl. Rudolf, Peter: Die Iran-Politik der Bush-Administration: konfrontative Eindämmung und ihre Konsequenzen; SWP-Aktuell Nr. 25/2007 der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2007, S. 7f.
- 35 In diesem Zusammenhang sei auch an die „Kriegsdrohung“ des französischen Außenministers Kouchner gegen den Iran im September 2007 erinnert.
- 36 Vgl. Ganji, Babak (2007), a.a.O., S. 15. Für den Fall einer Stabilisierung in beiden Konfliktregionen nimmt die Wertigkeit von Option 1 selbstverständlich ab.
- 37 Gemeint ist eine Strategie, die durch subversive Mittel oder aber durch eine wirksame militärische Verteidigung der relevanten Ziele einen möglichen Angriff schon deshalb abschreckt, weil er im Ergebnis wenig bis gar keine Aussicht auf Erfolg bietet und zugleich einen hohen Preis für die angreifende Partei einfordert. Zu den iranischen Bemühungen um diese Strategie gehören neben modernen Flugabwehrsystemen auch Bestrebungen, schiitische Gruppierungen im Irak in die Lage versetzen, gegenüber den USA einen so erheblichen Druck aufzubauen, dass die US-Streitkräfte im Irak erheblich gebunden wären und die Nutzung irakischen Territoriums für einen Aufmarsch gegen den Iran verwehrt würde. Vgl. dazu Ganji, Babak (2006), a.a.O., S. 2. Zu den Begriffen „Deterrence by denial“ und „Deterrence by punishment“ vgl. unter http://en.wikipedia.org/wiki/Deterrence_theory (Zugriff: 19.09.2007).
- 38 Also eine Strategie, die einen Angriff gegen den Iran an anderer Stelle bestrafen und auf diese Weise unkalkulierbare politische und ökonomische Kosten für den Angreifer verursachen würde.
- 39 Hier und im Folgenden soll mit dem Begriff des „maritimen Potentials“ die Gesamtheit der Seestreitkräfte des Iran beschrieben werden, aber auch Waffensysteme, Personal und Einrichtungen anderer Teilstreitkräfte, insofern sie in der Lage sind, fremde Seestreitkräfte oder Infrastruktur im und am Persischen Golf sowie im Indischen Ozean zu bedrohen. Explizit ausgenommen sind von dieser Definition die zivile bzw. Handelsflotte wie auch die Werften und Offshore-Einrichtungen des Landes.
- 40 Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Iran-Report Nr. 02/2007, 6. Jahrgang, Berlin 2007, S. 16.
- 41 Hage, Simon: Horrorszenario für die Finanzmärkte, SPIEGEL online (28.03.2007), unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,474127,00.html> (Zugriff: 24.04.2007). In der Einleitung zu diesem Aufsatz heißt es: „Ölpreis-Explosion, Kurssturz, Hedgefonds-Pleiten - die Iran-Krise birgt erhebliche Gefahren für die Finanzmärkte. Ein plötzlicher Militärschlag gegen das Ölland könnte eine

- fürchterliche Kettenreaktion auslösen, sagen Experten.“ Vgl. zur Verdeutlichung auch die Auswirkungen dieser Krise auf den Preis von Rohöl der Sorte North Sea Brent in Anhang 3.
- 42 Vgl. Müller, Friedemann: Why Iran is Key for Europe's Security of Energy Supply; in: Whitlock, Eugene: Iran and its Neighbors: Diverging Views on a Strategic Region, Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2003, S. 65-69; hier: S. 65.
- 43 Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Iran-Report Nr. 01/2007, 6. Jahrgang, Berlin 2007, S. 8.
- 44 Vgl. Lippke, Hajo, a.a.O., S. 4.
- 45 Vgl. Ganji (2006), S. 2.
- 46 Vgl. Knights, Michael: Deterrence by punishment could offer last resort options for Iran; Artikel auf der Internetpräsenz des Informationsdienstes „Jane's“ unter http://www.janes.com/security/international_security/news/jir/jir060320_1_n.shtml (Zugriff: 19.07.2007). Natürlich sind auch Kombinationen der aufgezeigten Optionen möglich.
- 47 Zu den genannten Zahlen vgl. „Jane's Fighting Ships“, Stichwort Iran. Der Zugriff erfolgte über die Intranetpräsenz des Flottenkommandos der Deutschen Marine am 27.09.2007.
- 48 So war neben dem Besitz mehrerer westlicher Zerstörer und Fregatten gar der Kauf weiterer Schiffe dieser Kategorien und der eines britischen Flugzeugträgers der Invincible-Klasse vorgesehen. Vgl. Mitterhuber, Simon: Die Marine der Islamischen Republik Iran, in: Marineforum Nr. 6/2005, S. 9-11.
- 49 Vgl.: Cordesman, Anthony H./ Al-Rodhan, Khalid R, a.a.O., S. 29.
- 50 Durchaus tiefgehende Analysen der iranischen Seekriegsmittel, ihrer Fähigkeiten und Bestände finden sich in der Literatur und bei den einschlägigen Informationsdiensten, so dass auf eine Rekapitulation an dieser Stelle verzichtet werden kann. Lediglich einige wesentliche Eigenheiten der iranischen Seestreitkräfte (IRIN und Pasdaran See) sollen herausgestellt werden, weil sie Rückschlüsse auf eine iranische Seestrategie ermöglichen. In diesem Zusammenhang wird vornehmlich auf Cordesman/Al-Rodhan (2006/Anmerkung IX) rekurriert.
- 51 Das Seeziel-FK-System C-802 stellte seine Gefährlichkeit eindrucksvoll unter Beweis, als am 14. Juli 2006 im Zuge des Libanon-Krieges ein durch Hisbollah-Kämpfer von Land aus abgefeuerter FK dieses Typs die israelische Korvette Hanit schwer beschädigte.
- 52 Vgl. dazu die Angaben zu Bewaffnungen in Anhang 4!
- 53 Unter diesen Kräften befinden sich auch ca. zehn Hover-craft mit einer Geschwindigkeit von bis zu 70 Knoten. Vgl. Cordesman/Al-Rodhan (2006/Anmerkung IX).
- 54 Vgl. Middle East Military Balance Database des Institute for National Security

- Studies, Tel Aviv University, unter <http://www.inss.org.il/memb.php> , Stand: 02/2006, Zugriff: 23.5.2007.
- 55 Gründe dafür liegen u.a. in unvorteilhaften Wärmeschichtungen in Verbindung mit z.T. sehr geringen Wassertiefen sowie auch in Störgeräuschen durch Öl- und Gasfördereinrichtungen, die den Nutzen von passiven Sonaranlagen stark limitieren. In der Straße von Hormuz herrschen darüber hinaus extreme Strömungen.
- 56 Vgl. Anhang 4!
- 57 US-amerikanische Quellen sprechen gar von mehr als 1000 Booten in der Größenordnung zwischen fünf und zwanzig Metern. Vgl. Hilburn, Matt: Asymmetric Strategy. Growing Iranian Navy relies on ‚unbalanced warfare‘ tactics, in: Seapower, December 2006, S. 14-17; hier: S. 16.
- 58 Hinzu kommt die besondere Motivation der Pasdaran für die islamische Sache, die ihren Ursprung im Geist des Märtyrertums findet. Vgl. dazu Yasin, Kamal Nazer: Iran: Sepah prepares for a ‚hot war‘, Aufsatz vom 02.10.2007 auf der Webpräsenz des International Relations and Security Network der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, unter <http://www.isn.ethz.ch/news/sw/details.cfm?ID=18190> (Zugriff: 12.10.2007).
- 59 In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die Pasdaran bei verschiedenen Übungen zunehmend mit der regulären IRIN zusammenarbeiten, was die wachsende operative Verschränkung der zwei Marinen dokumentiert. Vgl. Mitterhuber, Simon, a.a.O., S. 11.
- 60 Vgl. Hilburn, Matt (2006), a.a.O., S. 16.
- 61 Vgl. dazu die Definition von „Sea Denial“ im „NATO Glossary of Terms and Definitions (AAP-6), S. 2-S-3, online verfügbar unter: <http://www.nato.int/docu/stanag/aap006/aap-6-2007.pdf> (Zugriff: 10.10.2007). Dort heißt es: „Sea Denial / interdiction de l'espace maritime: Preventing an adversary from controlling a maritime area without being able to control that area oneself.“
- 62 Vgl. Hilburn, Matt (2006), a.a.O., S. 16.
- 63 Vgl. Lippke, Hajo, a.a.O., S. 9f.
- 64 Gemeint ist damit nicht die faktische Zerstörungskraft, sondern die globale Auswirkung des Einsatzes dieser Fähigkeit.
- 65 Eine für dieses Szenario durchaus realistische Erhöhung des Ölpreises auf 150-200 US\$ je Barrel könnte unter Umständen sogar zu einer weltweiten Rezession führen. Vgl. dazu Yasin, Kamal Nazer, a.a.O.
- 66 Hier sei an Minenblockaden, Flugkörperbeschuss einzelner Handels- und Kriegsschiffe oder an „Schwarm-Angriffe“ durch kleine Einheiten gedacht. Selbstverständlich sind darüber hinaus auch nichtmilitärische Varianten der Blockade vorstellbar, die zu ähnlichen Effekten führen, ohne unmittelbare politische Eskalationen heraufzubeschwören: Etwa der vorgetäuschte Seeunfall von Handelsschiffen

in der Straße von Hormuz, bei dem ein Schiff an navigatorisch bedeutsamer Stelle sinkt, so dass zumindest zeitweilig kein weiterer Verkehr möglich ist. Dies hätte ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf die Ölpreisentwicklung.

- 67 Zur Verdeutlichung der Parallelität zum System der Mutual Assured Destruction sei auf eine Passage aus dem Aufsatz „Militärstrategie“ von Martin Kahl hingewiesen: „Die das Nuklearzeitalter kennzeichnende Strategie der Abschreckung versucht durch die politische Verwendung, nicht durch den militärischen Einsatz, allein durch Drohung und ‚geschickte Nichtbenutzung‘ (...) der Nuklearwaffen unerwünschtes Verhalten (auch nicht-militärisches) zu verhindern. Diejenigen, die solches Verhalten erwägen, sollen überzeugt werden, dass ihre Kosten den erwarteten Nutzen übersteigen.“; Kahl, Martin: Militärstrategie, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn 1995, S. 300-315; hier: S. 300f.
- 68 Dennoch sollte nicht unterschlagen werden, dass einige Beobachter in Washington einen Angriff der USA auf den Iran für den Zeitraum von Januar bis Oktober 2008 als durchaus wahrscheinlich betrachten, weil US-Präsident Bush einerseits das ‚Problem Iran‘ keinem Nachfolger überlassen, andererseits aber einen republikanischen Nachfolger nicht der Möglichkeit von amerikanischen Verlusten in dessen Wahlkampf aussetzen will. Vgl. Yasin, Kamal Nazer: Iran, US: Prospects for a ‚hot war‘, Aufsatz vom 01.10.2007 auf der Webpräsenz des International Relations and Security Network der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, unter: <http://www.isn.ethz.ch/news/sw/details.cfm?id=18184> (Zugriff: 12.10.2007).
- 69 Vgl. dazu die sehr detaillierte Analyse bei Nirumand, Bahman: Iran. Die drohende Katastrophe, Köln 2006. Zu den gegenwärtigen Konflikten schreibt Nirumand: „Womit wir es gegenwärtig zu tun haben, ist keineswegs ein Zusammenprall der Kulturen (...). Was heute aufeinander prallt, sind Vorurteile, Pauschalisierungen, Fundamentalismen. Das ist in der Tat gefährlich. Dieser Gefahr ist allein mit einem differenzierten Blick zu begegnen. Zum Beispiel auf den Iran und die iranische Gesellschaft, die nicht mit dem Regime gleichgesetzt werden darf. Hier hat sich bereits, aller Widerstände zum Trotz, eine breite Zivilgesellschaft entwickelt, die, wie die Geschichte der Islamischen Republik zeigt, beharrlich ihren Weg fortsetzen wird.“ (S. 216.)

Der besondere Beitrag

Gedanken über Thüringen und das vereinte Deutschland

Tischrede von Dr.-Ing. habil. Dagmar Schipanski, Präsidentin des Thüringer Landtages, anlässlich des Forums 2008 der Clausewitz-Gesellschaft am 31.10.2008 in Erfurt

Sehr geehrter Herr Präsident Dr. Olshausen,
verehrte Gäste,

ich begrüße Sie herzlich in der Landeshauptstadt Erfurt, die als schöne Unbekannte unter den deutschen Landeshauptstädten gilt. Ich freue mich sehr, dass die Clausewitz-Gesellschaft in diesem Jahr ihr traditionsreiches FORUM in der Stadt durchführt, wo vor 200 Jahren Napoleons Fürstenkongress stattfand.

Dass Clausewitz' Hauptwerk „Vom Kriege“ auch eine Summe seiner Erfahrungen im Befreiungskampf gegen Napoleon ist, versteht sich in diesem erlauchten Expertenkreis von selbst. In der Öffentlichkeit weiß jedoch kaum einer, dass Carl

Wie niemand vor ihm hat Clausewitz den Zusammenhang zwischen Politik und Kriegsführung erkannt und das Primat der Politik gefordert. Damit hat er uns einen bis heute gültigen Grundsatz hinterlassen.

von Clausewitz zu den großen Autoren deutscher Sprache gehört, dessen Werk von ungebrochener Aktualität ist.

Clausewitz' Studien gelten Experten nach wie vor als das wichtigste politisch-philosophische

Werk über den Krieg und seine verschiedenen Erscheinungsformen. Wie niemand vor ihm hat Clausewitz den Zusammenhang zwischen Politik und Kriegsführung erkannt und das Primat der Politik gefordert. Damit hat er uns einen bis heute gültigen Grundsatz hinterlassen.

Sie, verehrte Gäste, diskutieren heute und morgen diesen Grundsatz vor dem Hintergrund der Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit unseres Landes. Das ist eines der zentralen Themen unserer Zeit, dem zu Recht immer mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gewidmet wird.

Als Präsidentin des Thüringer Landtags freue ich mich außerordentlich, dass die Clausewitz-Gesellschaft Thüringen als Tagungsort für das FORUM ausgewählt hat. Unser kleines, geschichtsträchtiges Land hat nicht allzu viel Ruhmreiches der Militärgeschichte hinzugefügt, war es doch über Jahrhunderte militärisch zu

schwach auf Grund seiner Zersplitterung in viele kleine Fürstentümer. Thüringen war eher Schauplatz für kriegerische Auseinandersetzungen, etwa im Dreißigjährigen Krieg oder während der Napoleonischen Kriege.

Berühmt geworden ist Thüringen durch einen anderen Krieg, den Sängerkrieg auf der Wartburg von 1206. Eine alte Dichtung erzählt, dass sich sechs Sänger, darunter Wolfram von Eschenbach und Walther von der Vogelweide, zu einem nicht ganz friedlichen Wettstreit auf der Wartburg zusammenfanden. Sie vereinbarten, das beste vorgetragene Lied zu küren und das schlechteste mit dem Tode zu bestrafen. Ein ähnliches Vorgehen in unserer modernen Welt der allgegenwärtigen Musikbeschallung verbietet sich selbstverständlich nicht zuletzt aufgrund der Menschenrechtserklärung der UNO von 1948.

Thüringen ist von je her ein Durchgangs- und Einwanderungsland gewesen, das sehr von seinen Gästen mit Migrationshintergrund – würde man heute wohl sagen – profitiert hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

seien Sie herzlich willkommen in Thüringen – in dem Land, in dem jede Stadt einen oder mehrere große Söhne hat, seltener berühmte Töchter, auf jedem Berg eine Burg steht, in jedem Tal eine Kirche, alle 20 Kilometer ein Theater oder ein Orchester oder eine großartige Schlossanlage und in jedem Dorf ein Museum. Eine dichte Kulturlandschaft ohnegleichen.

Über das von der Kulturgeschichte verwöhnte Thüringen ist oft geschrieben und noch öfter gesprochen worden:

- über den Dichturfürst und Staatsminister Goethe,
- über Weimar als die deutsche Klassikerstadt,
- über Luthers Studienjahre in Erfurt und seine Bibelübersetzung auf der Wartburg,
- über die heilige Elisabeth auf der Wartburg,
- über die in Thüringen allgegenwärtige Musikerfamilie Bach und ihren genialsten Sprössling Johann Sebastian,
- über Schiller in Jena und Nietzsche in Weimar.

Thüringen ist von je her ein Durchgangs- und Einwanderungsland gewesen, das sehr von seinen Gästen mit Migrationshintergrund – würde man heute wohl sagen – profitiert hat.

Zum Beispiel: Ohne Goethes Entscheidung, den aufmüpfigen Feuerkopf Fichte nach Jena zu holen, wäre diese Stadt nicht für zehn, fünfzehn Jahre zur Welt-hauptstadt der Philosophie geworden. Hölderlin, Schelling, Hegel, Humboldt, die Romantiker – sie alle gingen nach Jena und machten Thüringen zu dem, was Paris für Frankreich war – zum geistig-kulturellen Zentrum des deutschsprachigen Raumes.

Mit der Bauhaus-Bewegung war es ähnlich. Die modernste Kunstschule ihrer Zeit zog Künstler und Studenten aus aller Welt nach Weimar: Walter Gropius, Mies van der Rohe, Lyonel Feininger, Wassily Kandinsky, Paul Klee, Oskar Schlemmer, Johannes Itten. Diese internationale Künstler-Avantgarde machte sich von Weimar aus daran, Architektur, Städtebau und Design zu revolutionieren.

Die Fremden und die Zugewanderten, die unser Land kulturell und intellektuell so immens bereichert haben, riefen bei den Thüringern aber auch immer Argwohn und Unverständnis hervor. Das wohl prominenteste Beispiel hierfür ist die Vertreibung des Weimarer Bauhauses im Jahr 1925. Sie wurden aus Thüringen herausgeekelt, weil sie „nackt badeten, Jazz hörten und philosophierten“.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass wir Thüringer vielleicht nicht so weltläufig und gewandt sind wie andere, unsere sächsischen Nachbarn zum Beispiel, und nicht so schnodderig wie die Berliner. Aber wir haben zu allen Zeiten mit Fleiß und Erfindergeist aus Nichts etwas gemacht. Aus dem einheimischen Holz haben die Menschen im Thüringer Wald Spielzeug und Puppen hergestellt, so dass Sonneberg im 19. und frühen 20. Jahrhundert zur Weltspielzeugstadt avancierte.

Aus Sand schmolzen die alten Thüringer Glas und erfanden den Christbaumschmuck, der ebenfalls um die Welt ging, genauso wie das medizinische Glasauge, das Thermometerglas und das technische Glas. Röntgen produzierte in Thüringen seine erste Röhre, in Stützerbach, in dessen Nähe ich heute noch wohne.

Dass ein echter Thüringer zäh ist und nicht aufgibt, hat auch Carl Zeiss zum Erfolg geführt. Zusammen mit Ernst Abbe und später dann Otto Schott hat er solange an seiner Idee des auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und nicht auf Erfahrungswerten basierenden Mikroskops gearbeitet, bis er schließlich in der Lage war, richtige Präzisionsgeräte herzustellen. Durch Zeiss' Mikroskop wurden

wenig später die bahnbrechenden Forschungen in Biologie und Medizin, wie zum Beispiel die von Robert Koch und Paul Ehrlich, möglich. Und in der alten Universitätsstadt Jena entstand ein aufstrebendes Unternehmen, das heute ein Weltkonzern ist. Das Unternehmen wurde aber nicht nur mit seinen optischen Präzisionsgeräten weltbekannt, es gilt uns auch als Vorreiter der modernen Sozialgesetzgebung. So gab es für die Beschäftigten Mitspracherechte, bezahlten Urlaub, Beteiligung am Ertrag, ein verbrieftes Recht auf Pensionszahlungen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und von 1900 an den Achtstundentag.

Nicht nur Carl Zeiss Jena, sondern auch viele andere vor allem mittelständische Unternehmen haben dazu beigetragen, dass Mitteldeutschland – insbesondere Sachsen und Thüringen – zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine hohe Industriedichte aufwies.

Noch 1945 war der Osten den westlichen Landesteilen wirtschaftlich ebenbürtig, zum Teil sogar überlegen. Rund 25 Prozent der deutschen Bevölkerung lebten hier; sie erwirtschafteten knapp 26 Prozent der gesamten deutschen Industrieproduktion. Mitteldeutschland – insbesondere Sachsen und Thüringen – wies eine hohe Industriedichte auf. Die feinmechanische und optische Industrie war bei uns ebenso beheimatet wie die Leichtindustrie, die Automobilindustrie, der Maschinenbau, die Chemie- und Elektroindustrie.

Wir Thüringer sind vielleicht nicht so weltläufig und gewandt wie andere, unsere sächsischen Nachbarn zum Beispiel, und nicht so schnodderig wie die Berliner. Aber wir haben zu allen Zeiten mit Fleiß und Erfindergeist aus Nichts etwas gemacht.

Doch was ist aus den annähernd gleichen Startbedingungen der zwei getrennten Landesteile nach dem zweiten Weltkrieg geworden?

Im westlichen Teil wurden die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft installiert, im Osten die zentralistische Planwirtschaft. Hier wurden Unternehmer enteignet oder durch eine Politik der permanenten Gängelung und des Misstrauens in den Westen getrieben.

Wir haben nach 1945 eine 40-jährige geteilte Geschichte erlebt, im Westen den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, im Osten die Entwicklung der „Diktatur des Proletariats“. Im November 1989 ist durch die Massendemonstration in Städten und Gemeinden im Osten mit der Macht von Kerzen, Gebeten und Diskussionen die Mauer überwunden worden. Es war die erste erfolgreiche Revolution in der deutschen Geschichte. Niemand von uns wird diese bewegenden Tage vergessen. Deshalb möchte ich heute eine kurze Bilanz rund 20 Jahre nach dem Mauerfall ziehen.

Die Einigung Deutschlands erfolgte auf Grundlage des Artikels 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Aus dem Grundgesetz leitete sich für den Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands das Gebot der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ ab. Gleichwertige Lebensverhältnisse in einem Land, das eine 40-jährige getrennte Geschichte erlebt hat und seit 1990 die Gegenwart und Zukunft wieder gemeinsam gestalten kann.

Was heißt eine sinnvolle Ausdeutung des Verfassungsgebotes der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“? Das sind folgende Punkte:

- Es ist die Herstellung eines einheitlichen Rechtssystems und die Durchsetzung gleicher Staatsbürgerrechte und -pflichten.
- Es ist ferner die Herstellung eines einheitlichen Gefüges von Institutionen auf der staatlichen und nichtstaatlichen Ebene.
- Es bedeutet die Etablierung einer gemeinsamen Solidargemeinschaft in den Institutionen der sozialen Sicherung und im Bewusstsein der Menschen.
- Das ist die Ausbildung einer Zivilgesellschaft von freien Assoziationen, Vereinen und Interessenverbänden,
- die Ausbildung eines gemeinsamen Kerns von Grundwerten und einer gemeinsamen politischen Kultur,
- die Entwicklung einer vergleichbaren materiellen Infrastruktur,
- die Herstellung einer vergleichbaren Struktur von Ausbildungs- und Beschäftigungschancen,
- die Herstellung vergleichbarer Besitzverhältnisse und eines vergleichbaren Lebensstandards,
- und nicht zuletzt die Ausbildung ähnlicher Mentalitäten und Sozialcharaktere.

„Erst wenn alle diese Kriterien erfüllt sind, wird man in einem soziologischen Sinn davon sprechen können, dass die Wiedervereinigung sowohl im Sinne der systematischen Integration als auch im Sinne der Sozialintegration abgeschlossen ist“, sagt der Soziologe Karl-Ulrich Meyer vom MPI Berlin.

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zu dieser nüchternen Bilanz machen: Betrachten wir das Rechts- und Verwaltungssystem! Dass die Bundesrepublik Deutschland nie die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennt, sondern die Menschen in der DDR stets als deutsche Staatsbürger angesehen hat, war ein wichtiges Element im Einigungsprozess. Bestimmte Politiker in der Bundesrepublik waren

allerdings bereit, mit der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft die Einheit der Nation preiszugeben [Lafontaine 1987]. Ich denke, gerade solche Leute sind heute schlechte Ratgeber, wenn es um die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands geht.

Dass die Menschen in der DDR gleichberechtigt die deutsche Staatsangehörigkeit hatten, ermöglichte zum einen die Massenauswanderungen des Herbstes 1989 – erinnern wir uns an die Szenen in den überfüllten Botschaften in Prag und Warschau.

Zum anderen garantierte der Artikel 33 des Grundgesetzes nach der Grenzöffnung allen Staatsbürgern unmittelbare gleiche Rechte und Pflichten.

Mit dem am 31. August 1990 unterzeichneten Einigungsvertrag wurde das Rechtssystem der alten Bundesrepublik de jure auf die neuen Länder ausgedehnt. Es handelte sich hier nicht um eine gegenseitige Anpassung oder Angleichung, sondern wirklich um eine bloße Ausdehnung. Das muss man bei den heutigen Diskussionen zur Kenntnis nehmen.

In personeller Hinsicht hat sich das Rechtssystem durch die schnelle Entlassung von DDR-Richtern und die Zuwanderung von Richtern und Verwaltungsbeamten aus den alten Ländern schon Anfang der 90er Jahre angeglichen. Der Prozess war schnell abgeschlossen. Heute sind mehr als 90 Prozent des juristischen Personals aus den alten Ländern, denen die Erfahrung der DDR-Vergangenheit fehlt. Das hat zu Frustrationen geführt. Denn der Transformationsprozess des Rechtssystems wurde in seiner inhaltlichen Dimension von vielen Menschen in den neuen Ländern als „nicht gerecht“ wahrgenommen. Für das normale Empfinden des Bürgers war mit dem neuen Recht nicht immer „Gerechtigkeit“ verbunden:

Das die Bundesrepublik Deutschland nie die DDR-Staatsbürgerschaft anerkannt, sondern die Menschen in der DDR stets als deutsche Staatsbürger angesehen hat, war ein wichtiges Element im Einigungsprozess.

Die Mauerschützenprozesse, die nicht geführten Prozesse um Schalck-Golodkowski, das Anerkennen politischer Urteile der DDR-Klassenjustiz - etwa die künstliche Kriminalisierung Ausreisewilliger in der früheren DDR oder die Pflicht, eine Rehabilitierung für politisch Verurteilte extra einzuklagen - dies schafft ein Gefühl der Ohnmacht und des Nichtverständnisses.

Dieses Gefühl der Frustration kann von Menschen aus den alten Ländern nicht nachempfunden werden, weil ihnen der unmittelbare Bezug der eigenen Erfahrung in einer Diktatur zu einer nicht bewältigten Vergangenheit fehlt. Dabei kam es oft zu unverständlichen Urteilen, weil die Westbeamten die Mechanismen der Diskriminierung nicht kannten und von Rechtsstaatlichkeit ausgingen. Es spielt in ihrem politischen Alltag überhaupt keine Rolle, belastet aber das Verhältnis vieler Menschen aus den neuen Ländern zum Rechtsstaat Bundesrepublik erheblich, weil hier nur die Konzentration auf die Stasi-Problematik

Der Transformationsprozess des Rechtssystems wurde in seiner inhaltlichen Dimension von vielen Menschen in den neuen Ländern als „nicht gerecht“ wahrgenommen.

erfolgte und die Rolle der Partei in einer Diktatur und tägliche Rechtsbeugung überhaupt nicht beachtet wurde.

Hier gilt es noch, Missverständnisse in der öffentlichen Diskussion auszuräumen. Das Rechtssystem ist nur bedingt geeignet, revolutionäre Situationen, wie dieser Umbruch 1989 eine war, zu begleiten. Zum anderen führte die „Verrechtlichung“ der Politik in den letzten Jahren ebenfalls zu Frustrationen in West und Ost.

Betrachten wir die Verwaltung: Der Neuaufbau staatlicher Institutionen und Administrationen und die Transformation der sozialistischen Kaderverwaltung in eine klassisch-europäische Verwaltung verlief sehr rasch. Man kann die formale Verwaltungstransformation zur schnellen Erfolgsseite des Einigungsprozesses zählen.

Zuweilen lässt uns Menschen im Osten allerdings die übernommene Bürokratie an ihrer Sinnfälligkeit zweifeln. Es gibt zu viel übernommene, gedankenlose administrative Routine, die oftmals den Blick auf unkonventionelle, aber zukunfts-trächtige Lösungen versperrt. Hohe Regelungsdichte behindert Kreativität und behinderte anfangs den Wirtschaftsaufbau. Ich wünschte mir von den Beamten mehr Kreativität bei der Rechtsauslegung für den Antragsteller.

Sie müssen ihre Ermessensspielräume für den Bürger und nicht gegen den Bürger ausnutzen. Das alte Denken: Wie kann ich verhindern? muss ersetzt werden! Verwaltungen sind Dienstleister und keine Machtausübenden. Das muss insbesondere den Mitarbeitern der Verwaltung, die größtenteils aus der DDR-Zeit übernommen wurde, gelehrt werden. Nicht gut war bei diesem Prozess die Übernahme des politisch-ideologisch einwandfreien Staatsapparates als Beamte in die neue Administration.

Betrachten wir die Wirtschaft, meine Damen und Herren.

Über den Stand der DDR-Wirtschaft gibt das Schürer-Gutachten Auskunft, das Egon Krenz im Oktober 1989 anfertigen ließ. Es wurde ein schonungslos offenes Gutachten, das den erbärmlichen Zustand der Wirtschaft und die hohe Verschuldung der DDR in Devisen darlegte. Darin hieß es, ohne westliche Finanzhilfe müsse der Lebensstandard in der DDR um 30 Prozent gesenkt werden. Es drohte der Staatsbankrott. Er war bereits zum Greifen nah. Leider wusste das 1989 nur ein kleiner Teil der Bevölkerung und der Politik in Ost und West. Keiner nahm diese Tatsache wirklich zur Kenntnis.

Die OECD, die weltweit anerkannte Organisation for Economic Cooperation and Development, hatte die DDR einst als siebtgrößte Wirtschaftsmacht der Welt definiert. Wie konnte es zu einer solchen Fehleinschätzung kommen? Wie konnte eine solche Wirtschaftsmacht so sang- und klanglos untergehen? Das lag zum einen an der mangelnden Produktivität und somit der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Diese hatten einen riesigen Verwaltungsapparat, der eigentlich staatliche Aufgaben erfüllte, so dass es zwar offiziell Vollbeschäftigung gab, aber wir dennoch eine verdeckte Arbeitslosigkeit hatten, die auf 16 % berechnet wird. Das heißt, es waren mehr Menschen beschäftigt, als zur Herstellung eines bestimmten Produktes in einem modernen Betrieb benötigt werden.

Hinzu kommt ein technologischer Ausrüstungsstand, der auf dem Niveau der 50er und 60er Jahre stehen geblieben war. Unter diesen Umständen erreichte die DDR-Wirtschaft gerade einmal 30 Prozent der westlichen Arbeitsproduktivität und auch deshalb waren unsere Produkte 1990 zu teuer für den Weltmarkt.

Hinzu kam, dass der sozialistische Wirtschaftsverbund, der RGW, Anfang 1990 beschloss, den internen Handel auf Devisen umzustellen. Damit platzte das Auslandsgeschäft mit dem Osten, weil keiner mehr unsere veralteten Produkte zu Westpreisen kaufen wollte und konnte. Und wir verloren auch noch die westdeutschen Kunden, weil nach der Währungsunion unsere Ostwaren nicht mehr als Billigprodukte zur Verfügung standen. Ich erinnere nur an die vielen Billigprodukte in den Katalogen, die zu Dumpingpreisen von der DDR-Führung für Devisen verschleudert wurden.

Zuweilen lässt uns Menschen im Osten allerdings die übernommene Bürokratie an ihrer Sinnfälligkeit zweifeln. Es gibt zu viel übernommene, gedankenlose administrative Routine, die oftmals den Blick auf unkonventionelle, aber zukunftssträchtige Lösungen versperrt.

Die Währungsunion hat den wirtschaftlichen Zusammenbruch beschleunigt. Sie war wie ein Offenbarungseid über den wirklichen Zustand der DDR-Wirtschaft. Im Ergebnis lagen Industrie und Landwirtschaft danieder – 1993 waren die neuen Länder faktisch deindustrialisiert und mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze waren vernichtet. Wir waren fassungslos! Ich schließe mich da ein! Dennoch war die Währungsunion der einzige gangbare Weg zur deutschen Wiedervereinigung. Es gab keine wirkliche realpolitische Alternative zu ihr. Sicher: Aus rein wirtschaftlichen Erwägungen hätte man einen anderen Umtauschkurs wählen müssen, aber der politischen Situation in den neuen Ländern entsprechend war dieser Kurs dringend notwendig.

Die ökonomische Krise und der unüberwindliche technologische Rückstand gegenüber den Ländern Westeuropas resultierten aus dem nicht aufhebbaren Widerspruch zwischen wirtschaftlicher Leistungskraft und politisch-ideologischem Anspruch. Die DDR hat über ihre Verhältnisse gelebt und ist daran zugrunde

Die ökonomische Krise und der unüberwindliche technologische Rückstand gegenüber den Ländern Westeuropas resultierten aus dem nicht aufhebbaren Widerspruch zwischen wirtschaftlicher Leistungskraft und politisch-ideologischem Anspruch. Die DDR hat über ihre Verhältnisse gelebt und ist daran zugrunde gegangen.

gegangen. Dessen sollten wir uns beim gegenwärtigen Anspruchsdenken in unserem Lande – in Ost und West – bewusst sein.

Unser heutiger Reformbedarf im vereinten Deutschland kommt nicht nur aus dem Osten. Die Menschen in ganz Deutschland haben sich zu sehr an ein Anspruchsdenken gewöhnt. Denn auch in den alten Ländern

wurde ein umfangreiches soziales Sicherungsnetz aufgebaut, das seinesgleichen auf der Welt sucht. Es ist ein soziales Sicherungsnetz auf sehr hohem Niveau, das unsere derzeitige Wirtschaftskraft übersteigt.

Hinzu kommt: Unser Sozialstaat beruht auf dem Konzept einer lebenslangen Vollerwerbstätigkeit und den Grundgedanken Ludwig Erhards. Der Wandel der Arbeitswelt hat aber bewirkt, dass heute immer weniger Menschen eine solche lebenslange Vollerwerbstätigkeit haben. Es gibt Zeitarbeit, es gibt geringfügige Beschäftigung, es gibt Selbständige, die praktisch Ein-Mann-Betriebe sind.

Das sind nicht mehr die Ausgangsdaten, von denen die soziale Marktwirtschaft zu Zeiten Ludwig Erhards gestartet war. Das ist eine andere Basis, auf die nun der Sozialstaat umgestellt werden muss. Neue Soziale Marktwirtschaft ist unsere Gegenantwort auf die neuen sozialistischen Ideen, die die Linken derzeit haben.

Meine Damen und Herren,

schauen wir auf die gewaltigen Aufbauleistungen, die wir in den neuen Bundesländern getätigt haben. Durch viele Aufbaumaßnahmen ist in den vergangenen Jahren in den jungen Ländern eine neue Infrastruktur entstanden. Es sind Straßen und Schienenwege gebaut worden. Neuverlegte Glasfasernetze haben den Aufschwung in der Telekommunikation ermöglicht. Städte und Dörfer haben ein farbiges Gesicht bekommen. Alte Stadtkerne sind liebevoll restauriert worden; sie sind in modernes Design eingebunden.

Die Fernwärmeversorgung wurde von Braunkohle auf Gas umgestellt, die Luft wurde sauber. Wir nutzen moderne Müllentsorgungsanlagen. Kontaminierte Böden wurden gereinigt. Neue Wohnhäuser und neue Gewerbegebiete sind entstanden.

Der Lebensstandard der meisten Menschen in den neuen Bundesländern stieg an und verdoppelte sich real. Von allen ehemals sozialistischen Ländern hat Ostdeutschland heute den höchsten Lebensstandard und die beste Infrastruktur. Man kann realistisch sagen: Wir Ostdeutschen haben den Zusammenbruch des Sozialismus gut überstanden.

Man geht davon aus, dass 1,4 Billionen Euro an öffentlichen und privaten Geldern seit der Wiedervereinigung in den Aufbau Ost geflossen sind. Ich bedanke mich ausdrücklich für den Milliardentransfer. Das ist eine gewaltige Solidaritätsleistung der alten Bundesländer, die wir anerkennen sollten. Aber ich sage auch: Der Osten ist kein Milliardengrab, sondern er bietet Milliardenchancen.

Wir haben mit diesem Geld viel erreicht, aber noch keinen selbst tragenden Wirtschaftsaufschwung. Wir haben noch nicht genügend Arbeitsplätze.

Es ist aber auch wahr, dass 40 Jahre vollkommen unterschiedliche Entwicklung nicht schon nach 18 Jahren überwunden sein können. Vorrangig liegt der Schwerpunkt der Politik in den neuen Ländern bei der Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs. Wirtschaftlicher Aufschwung entsteht aber nur dann, wenn wir es schaffen, innovative Produkte und Dienstleistungen anzubieten. Die Grundlage dafür sind Wissenschaft und Forschung. Sie sind der Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung. Nur so können neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Deshalb haben wir uns von Anfang an auf eine gut ausgebaute Wissenschaftslandschaft konzentriert.

Meine Damen und Herren,

die Transformation des Wissenschaftssystems in den neuen Ländern ist ebenfalls eine Erfolgsgeschichte der deutschen Einheit. Ein neues, leistungsfähiges System wurde geschaffen, das international anerkannt ist und lebendig agiert. Unsere Universitäten wurden umstrukturiert, Fachhochschulen gegründet, neue Institute von Fraunhofer, Max Planck und der Leibniz Gemeinschaft errichtet, eine neue Universität Erfurt.

In Thüringen haben wir durch eine gezielte Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik und die Verknüpfung von vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen in einigen Regionen Standortbedingungen herausgebildet, die den Vergleich mit Hightech-Regionen in den alten Ländern nicht zu scheuen brauchen. Jeder kennt heute die Boomtown Jena. Wir haben beispielsweise auf dem Beutenberg-Campus in Jena unter dem interdisziplinären Motto „Lebenswissenschaften treffen Physik“ die Voraussetzungen für eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit von Hochtechnologieunternehmen, Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung geschaffen. Aber auch die Technische Universität Ilmenau, meine alte alma mater, hat rund 100 Ausgründungen begleitet. Überlebt hat nur, wer wirklich neue Produkte anbietet, wer sich auf dem Weltmarkt eine Nische erworben hat.

Lassen Sie mich die Vorteile der Thüringer Universitäten und Fachhochschulen benennen. Wir haben bei der Transformation der Hochschulen und Universitäten konsequent auf eine klare Strukturierung und Transparenz der Studien- und Prüfungsordnungen geachtet. Hierin liegt ein wesentlicher Grund, dass ein Studium an einer Hochschule in Thüringen in der Regelstudienzeit absolviert werden kann. Einschlägige bundesweite Hochschul-Rankings bestätigen das immer wieder. Hinzu kommt, dass das Abitur in Thüringen nach zwölf Jahren abgelegt wird. Wir gehen also insgesamt verantwortungsvoll mit der Lebenszeit der jungen Menschen um. Die Absolventen von Fachhochschulen sind im Durchschnitt 22 bis 23 Jahre alt, von Universitäten durchschnittlich 23 bis 24 Jahre. Die Hochschullandschaft in Thüringen erfüllt also die Forderung der Wirtschaft nach jungen Absolventen und ist mit anderen europäischen Ländern vergleichbar; im Übrigen auch ohne Studiengebühren.

Nach gut 18 Jahren Deutscher Einheit konstatiere ich: Die Umwandlung der Wissenschaftslandschaft ist eines der gelungenen Kapitel der Wiedervereinigung. Im Hinblick auf die europäische Einigung sage ich voraus, dass die ost-

europäischen Länder im Bologna-Prozess entscheidende Impulse geben können und geben werden!

Meine Damen und Herren,

um den Einigungsprozess in Deutschland auf allen Ebenen weiter voranzubringen, bedarf es aber mehr als nur der Lösung vorhandener ökonomischer und materieller Probleme. Wir sind nicht ein Deutschland der Verordnungen und der Erlasse! Wir müssen ebenso daran arbeiten, einen gemeinsamen Kern an Grundwerten und eine gemeinsame, uns alle verbindende politische Kultur zu entwickeln. Das ist eine uns verbindende Aufgabe und Herausforderung.

Grundwerte geben unerlässliche Orientierung und sind bindende Richtschnur für unser Handeln im Leben. Wenn wir Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Toleranz als solche Werte akzeptieren, müssen wir uns mit ihnen im Zeitbezug auseinandersetzen:

Freiheit als der tragende Grundwert unseres Staatssystem ist eben nicht lediglich die Zahl der Handlungsoptionen, über die ein Individuum verfügt oder die es in egoistischer Selbstverwirklichung auslebt, sondern Freiheit und Verantwortung gehören zusammen: Persönliche Freiheit und Verantwortung für die Gesellschaft, für die Mitmenschen sind grundlegend für unsere demokratische Ordnung, auch für unsere demokratische Ordnung im vereinten Europa. Hier müssen wir mit unserer Wertediskussion beginnen.

Um den Einigungsprozess in Deutschland auf allen Ebenen weiter voranzubringen, bedarf es aber mehr als nur der Lösung vorhandener ökonomischer und materieller Probleme . Wir müssen einen gemeinsamen Kern an Grundwerten und eine gemeinsame, uns alle verbindende politische Kultur zu entwickeln. Das ist eine uns verbindende Aufgabe und Herausforderung.

Welche Vorstellung haben wir von Gleichheit? Verbirgt sich nicht für zu viele dahinter Gleichmacherei? Gleichheit bedeutet doch vielmehr Gleichwertigkeit aller Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe, Schicht, Leistungsfähigkeit und Begabung. Es bedeutet

keine anonyme Umverteilungsmaschinerie, das haben wir im Osten besonders schmerzlich erlebt. Wie steht es um unser Verständnis von Toleranz? Meinen wir damit eine bewusste Akzeptanz und innere Offenheit gegenüber dem, was uns fremd ist oder geht es uns nur um einen Freibrief für Gleichgültigkeit?

Toleranz heißt nicht, wegsehen, sondern bewusstes Akzeptieren von Andersartigkeit. Um Toleranz üben zu können, bedarf es eines klaren Standpunktes, ei-

ner inneren Orientierung an Menschenwürde und Selbstbestimmung. Darüber müssen wir in Ost und West diskutieren.

Wir leben in einer offenen Gesellschaft, in der es keine kollektiven Ziele gibt, die von oben her festgelegt und zugeteilt werden. Darüber freue ich mich jeden



Tag! Da uns keine Ziele mehr verordnet werden können, brauchen wir einen möglichst breiten Konsens darüber, in welche Richtung wir uns in den nächsten Jahren gemeinsam bewegen wollen. Ein solcher Konsens kann nur auf dem Wege freier und offener Debatten hergestellt werden. Diese Debatten dürfen weder die Gegensätze unter den Tisch kehren, noch dürfen sie diese ideologisch kultivieren oder nostalgisch verklären, wie es oft auf beiden Seiten im

Osten und Westen von Deutschland geschieht. Deshalb freue ich mich über Ihre Einladung. Hier können wir diskutieren.

Ich wünsche mir mehr Begegnungen dieser Art, da das persönliche Gespräch das Entscheidende beim Zusammenwachsen von Ost und West ist. Sie konnten sich vom Wiederaufbau in Thüringen selbst überzeugen. Wir haben Enormes geleistet und sind stolz darauf. Besuchen Sie uns wieder! Sie sind in Thüringen immer herzlich willkommen!

Zur Autorin: Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar Schipanski ist Präsidentin des Thüringer Landtags.

Schwerpunkte der Clausewitz-Gesellschaft für das Jahr 2009

Die **zentralen Veranstaltungen** konzentrieren sich wieder auf wichtige Herausforderungen und künftige Entwicklungen für unsere Sicherheit:

- Berliner Colloquium 2009 vom 24. bis 26. März: „Die Nordatlantische Allianz – gerüstet für ihr siebtes Jahrzehnt?“
- 43. Sicherheitspolitische Informationstagung in Hamburg 14. bis 15. August: „Zur Legitimation militärischer Gewalt im 21. Jahrhundert“.
- Forum 2008 vom 23. bis 24. Oktober in Luzern: „Clausewitz und Jomini aus heutiger Sicht“ sowie „Die deutsch-schweizerische Sicherheitskooperation“.

Wir freuen uns besonders, dass unsere Schweizer Sektion das nächste Forum in der Schweiz gestalten wird. Sie unterstreicht damit ihr Engagement und ihre Vitalität als wichtiges Element für die gesamte Clausewitz-Gesellschaft.

Im kommenden Jahr gilt es für unsere Clausewitz-Gesellschaft, neben den Aufgaben, die wir uns bereits 2007 vorgenommen hatten, zentral wie in den Regionen, im Jahr 2011 den Blick auf die vorbereitenden Maßnahmen für ihren **50. Gründungstag** zu richten. Neben der Fortschreibung unserer Chronik für die zurückliegenden zehn Jahre wird zu entscheiden sein, ob eine Festschrift oder ein erweitertes Jahrbuch erstellt werden soll.

Die Zusammenarbeit mit **Universitäten und Instituten**, die das soldatisch-philosophische Werk von Clausewitz akademisch mit Blick auf das Heute und Morgen auswerten, kann neben Potsdam und Würzburg auch auf andere Universitäten erweitert werden. Mit Blick auf den 200. Jahrestag der Gründung der „Allgemeinen Kriegsschule“ und der „Friedrich-Wilhelm Universität“ kommt dabei der Zusammenarbeit mit der Humboldt Universität in Berlin besondere Bedeutung zu. Das Forum 2010 soll deshalb Gelegenheit für eine gemeinsame Veranstaltung bieten.

Unsere **internationalen Verbindungen** mit dem angestrebten Aufbau von Sektionen in Österreich, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich sowie weiteren Partnerstaaten sind 2008 leider nicht weiter vorangekommen und bedürfen gezielter Anstrengungen und der Mitwirkung aller Mitglieder.

Auch das **Gewinnen junger Mitglieder** aus dem Kreis der Soldaten und interessierter Bürgerinnen und Bürger bleibt eine Herausforderung. Kleine Fortschritte sind ermutigend, aber ein entscheidender Durchbruch ist noch nicht gelungen. Nur wenn diese Herausforderung gemeistert wird, kann unsere Clausewitz-Gesellschaft auch längerfristig in der sicherheitspolitischen Debatte gestärkt und auf künftige Aufgaben hin orientiert werden.



Der „engere Vorstand“ der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bei der Beratung wichtiger Vorhaben für 2009 – im Bild von links: Flottenadmiral a.D. Toyka (Geschäftsführer), Generalleutnant a.D. Dr. Olshausen (Präsident), Oberst der Res. Tiedt (stellv. Geschäftsführer und Schatzmeister), Oberst a.D. Baach (Informations- und Medienarbeit)

All dies und viele Aktivitäten in den Regionen dienen dazu, ein Netzwerk von Persönlichkeiten zu bilden, die sich für die Sicherheit unseres Landes und für Frieden und Stabilität in der Welt einsetzen. Auf diesem Weg verstärken wir unsere Wirkung in notwendigen nationalen und internationalen sicherheitspolitischen Diskussionen und Entwicklungen. Die politischen und wirtschaftlichen Krisen und Kriege des ver-

gangenen Jahres unterstreichen, dass in komplexen, immer dynamischen Situationen weniger die materiellen als die „geistigen Kräfte und Wirkungen“, die „lebendige Reaktion“ eines oder mehrerer Gegenüber und – damit unweigerlich gekoppelt – „die Ungewissheit aller Datis“ entscheidende Faktoren für alle Handelnden darstellen. In diesem Verständnis hält Clausewitz fest, dass die Theorie nicht so sehr eine Lehre als eine Betrachtung ist:

„Sie soll den Geist des künftigen Führers im Kriege erziehen oder vielmehr ihn bei der Selbsterziehung leiten, nicht aber ihn auf das Schlachtfeld begleiten; so wie ein weiser Erzieher die Geistesentwicklung eines Jünglings lenkt, ohne ihn darum das ganze Leben am Gängelbände zu führen“.

